

Wolfgang Höpken, Holm Sundhaussen (Hrsg.)

Eliten in Südosteuropa

Rolle, Kontinuitäten, Brüche
in Geschichte und Gegenwart

Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“
der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch
den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen,
insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages
unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH

SÜDOSTEUROPA-JAHRBUCH

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von
WALTER ALTHAMMER

29. Band

Eliten in Südosteuropa
Rolle, Kontinuitäten, Brüche
in Geschichte und Gegenwart

herausgegeben von
Wolfgang Höpken und Holm Sundhaussen

Südosteuropa-Gesellschaft
München 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eliten in Südosteuropa : Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart / Südosteuropa-Gesellschaft, München. Hrsg. von Wolfgang Höpken und Holm Sundhaussen. – München : Südosteuropa-Ges., 1998
(Südosteuropa-Jahrbuch ; Bd. 29)
ISBN 3-925450-79-3

Redaktion dieses Bandes: Ulrich Büchsenschütz, Berlin

© 1998 by Südosteuropa-Gesellschaft e.V., München
Widenmayerstraße 49, 80538 München,
Telefon: 089/212154-0, Fax: 089/2289469
e-mail: Suedosteuropa-Gesellschaft@t-online.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet.
Druck: Schoder Druck GmbH & Co. KG, 86368 Gersthofen

99 7 925450

**Bayerische
Staatsbibliothek**

Inhalt

Vorwort	1
<i>Holm Sundhaussen</i>	
Eliten, Bürgertum, politische Klasse? Anmerkungen zu den Oberschichten in den Balkanländern des 19. und 20. Jahrhunderts	5
<i>Anton Sterbling</i>	
Elitenwandel in Südosteuropa: Einige Bemerkungen aus elitentheoretischer Sicht	31
<i>Fikret Adanur</i>	
Nicht-muslimische Eliten im Osmanischen Reich	49
<i>Wolfgang Höpken</i>	
Zwischen Bürokratie und Bürgertum: „Bürgerliche Berufe“ in Südosteuropa	69
<i>Maria Georgieva</i>	
Unternehmer, Staat und Politik: Zur Rolle der Wirtschaftselite in Bulgarien 1878–1941	105
<i>Dubravka Stojanović</i>	
Party Elites in Serbia 1903–1914: Their Role, Style of Ruling, Way of Thinking	129
<i>Anila Habibi</i>	
Politische Eliten und Klientelismus: Albanien in der Zwischenkriegszeit	143
<i>Fanny Papoulia</i>	
Bürgertum in Griechenland: Bürgerliches Selbstverständnis in der Kontroverse – Die Diskurse der Zwischenkriegszeit	175
<i>Mihai Sorin Rădulescu</i>	
Die „überlebte“ Elite: Rumänische Aristokratie in der Zwischenkriegszeit	189

<i>Irina Livezeanu</i> Nationalist Ideology and the Circulation of Elites in Greater Romania	215
<i>Mile Bjelajac</i> Military Elites – Continuity and Discontinuities: The Case of Yugoslavia, 1918–1980	229
<i>Rumen Dimitrov</i> Die bulgarische Elite: Der brüchige Übergang von Intelligenzija zu Expertentum	243
<i>Juliana Roth</i> Die Intelligenz als „verlorene Elite“: Intellektuelle Diskurse in Bulgarien 1990–1996	261
<i>Nenad Zakošek</i> Elitenwandel in Kroatien 1989–1995	279
<i>Anneli Ute Gabanyi</i> Neue Wirtschaftseliten in Rumänien: Von der Nomenklatura zur Oligarchie	289
<i>Csilla Machos</i> Eliten im postsozialistischen Ungarn	321
Verzeichnis der Autoren	351

Vorwort

Die Geschichte Südosteuropas im 19. und 20. Jh. wurde entscheidend geprägt durch die Staats- und Nationsbildungsprozesse, die damit verbundene Ablösung der alten multiethnischen Imperien durch junge Nationalstaaten und die völlige Umgestaltung der politischen Landkarte in mehreren Schüben. Sie wurde ferner geprägt durch die tiefe – konfliktreich und widersprüchlich verlaufende – Transformation aller Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens im Anschluß an die jeweilige Staatsbildung und die großen Erschütterungen, die auch die Geschichte des übrigen Europa im 20. Jh. aufgewühlt haben: die beiden Weltkriege, die Gegensätze zwischen den gesellschaftspolitischen Systemen und Ideologien in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Kollaps der realsozialistischen Regime Ende der 80er Jahre. In allen diesen Ein- und Umbrüchen haben die Eliten eine Schlüsselrolle gespielt: im Kampf um die Neuverteilung politischer, ökonomischer und kultureller Macht, in den Auseinandersetzungen um die Dekonstruktion, Neukonstruktion oder Rekonstruktion von Tradition, in den Konflikten über Ziele, Ausmaß und Tempo der Modernisierung, über Import und Adaption neuer (westlicher) oder Bewahrung bzw. Ausbau überlieferter (einheimischer) Institutionen und vieles andere mehr.

Je undifferenzierter die südosteuropäischen Gesellschaften zu Beginn dieser säkularen Umgestaltungsprozesse waren und je schärfer sich das Spannungsverhältnis zwischen dem Istzustand und den „Verheißungen“ der Zukunft gestalteten, desto größer war der Einfluß der Eliten. Die Nicht-Eliten (also die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die häufig beschworenen und noch häufiger instrumentalisierten „Massen“) wurden in die Rolle von Zuschauern, Leidtragenden, Objekten gedrängt. Gesellschaft als nichtstaatliche, von Bürgern getragene Veranstaltung hat es in Südosteuropa während des 19. und 20. Jh. allenfalls in Ansätzen

gegeben. Der Aufbau einer Zivilgesellschaft ist daher zur großen und späten Herausforderung der postsozialistischen Periode geworden.

Die Eliten waren lange Zeit die eigentlichen (und nahezu ausschließlichen) Akteure der Umgestaltung in Südosteuropa, sie waren es, die Geschichte auf dem Rücken der Nicht-Eliten machten, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Nation deuteten, die die Regeln für nationale und schichtenspezifische Inklusion und Exklusion definierten, die bestimmten, wer Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen erhielt, wer dazugehörte, wer draußen blieb, was richtig oder falsch war usw. Wer waren diese Leute? Wie waren sie zu Macht und Einfluß gekommen? Wie setzten sich die Eliten zusammen? Gab es typische Karriereverläufe? Woher bezogen die Eliten ihre Leitbilder? Wie legitimierten sie sich und ihre Macht? Wie erfüllten sie ihre Funktion und wie nahmen sie ihre Verantwortung wahr? Diese und viele andere Fragen gilt es zu klären.

Während zur Geschichte der Eliten in West- und Mitteleuropa bereits eine umfangreiche Literatur existiert, steckt die Elitenforschung in Südosteuropa noch in den Kinderschuhen. In den vormals sozialistischen Ländern war die Eliten- ebenso wie die Modernisierungsforschung ideologisch tabuisiert. Entsprechend groß war der Nachholbedarf nach 1989. Die Beschäftigung mit den Eliten war (und ist) seither „in“, die Geschichte der Arbeiterbewegung (und ihrer „Avantgarde“) „out“. Das mag ungerecht sein; gleichwohl ist es mehr als ein modischer Paradigmawechsel. Denn wenn richtig ist, daß die Geschichte Südosteuropas im 19./20. Jh. nicht in erster (auch nicht in zweiter) Linie von der Gesellschaft oder ihren Klassen fortbewegt wurde, sondern von einzelnen, hinsichtlich Herkunft und Habitus definierbaren Akteuren gesteuert wurde, dann ist es Zeit, das wissenschaftliche Defizit in der Elitenforschung zu schließen. Oder zumindest die Weichen dafür zu stellen.

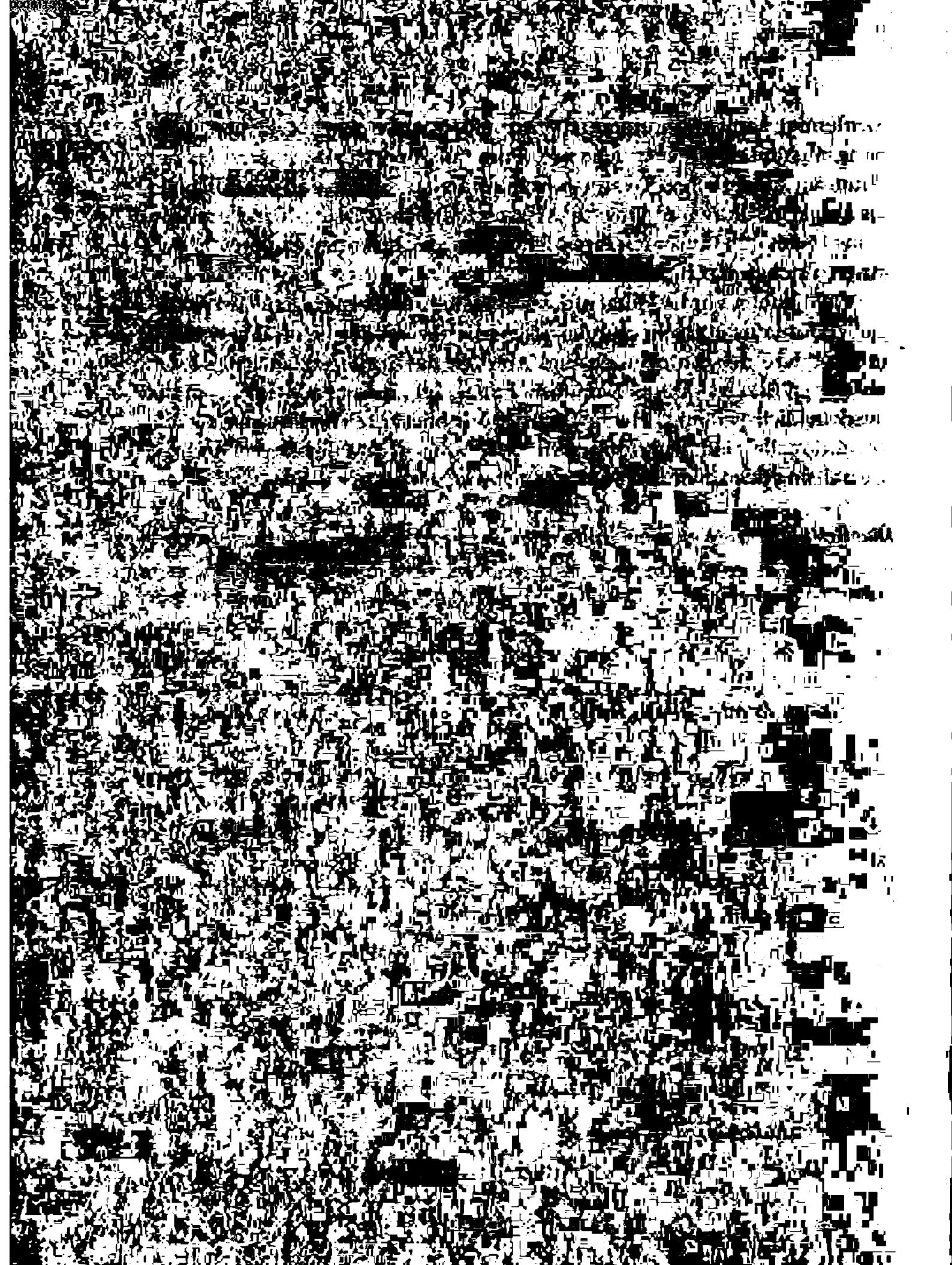
Diesem Ziel diente die von der Südosteuropa-Gesellschaft in München gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing veranstaltete *37. Internationale Hochschulwoche*, die vom 6. bis 10. Oktober 1997 in Tutzing bei München stattfand. Wissenschaftliche Vorbereitung und Leitung der Tagung lagen bei den Herausgebern des vorliegenden Bandes. In einer jahreszeitlich, landschaftlich und räumlich anregenden Atmosphäre (bei spätsommerlichem Wetter, am Westufer des Starnberger Sees, in den einladenden Tagungs- und Gasträumen der

Akademie) kam es zu einem ebenso informativen wie anregenden Meinungsaustausch über Geschichte, Funktion und Zusammensetzung der Eliten im südöstlichen Teil unseres Kontinents: von A bis U, von Albanien bis Ungarn. Ältere und jüngere Wissenschaftler aus Deutschland und den A-bis U-Staaten tauschten ihre Meinungen aus, diskutierten miteinander, stritten sich und schlossen Freundschaften.

Viele haben zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen – in finanzieller, organisatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht. Ihnen allen, insbesondere den Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes, sei an dieser Stelle – ohne Namensnennung im einzelnen – noch einmal ausdrücklich gedankt. Herrn Ulrich Büchsenschütz (Berlin), der für die redaktionelle und technische Überarbeitung der Manuskripte und die Gestaltung des Layouts verantwortlich war, gilt ein spezieller Dank.

Berlin/Leipzig, November 1998

Die Herausgeber



Eliten, Bürgertum, politische Klasse? Anmerkungen zu den Oberschichten in den Balkanländern des 19. und 20. Jahrhunderts

Holm Sundhaussen

Die Frage, was Eliten von Nichteliten unterscheidet, wird zwar im Detail unterschiedlich beantwortet, doch besteht weitgehend Konsens darüber, daß der Besitz von oder die Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen ein wesentliches (wenn nicht das entscheidende) Kriterium für die Identifizierung von (Positions- und/oder Funktions-)Eliten ist¹. Die Ressourcen können vielfältiger Art sein: Es kann sich um materielle oder immaterielle Ressourcen handeln. Wichtig ist, daß sie knapp, erstrebenswert und appropriierbar sind. Mittels dieser Eigenschaften – Knappheit, Attraktivität sowie Aneignungs- oder Akkumulationsfähigkeit – lassen sich im wesentlichen vier Bereiche der Verfügungsmacht unterscheiden: die Wirtschaftsmacht, die Ordnungsmacht, die Deutungsmacht und Wissen.

Der Besitz von oder die Verfügung über materielle Ressourcen war stets ein herausragendes Merkmal von Macht. Die Akkumulation und Redistribution des gesellschaftlichen Mehrwerts sowie die Kontrolle über investiertes Kapital garantieren gesellschaftlichen Einfluß. Zur Ordnungsmacht gehören politische wie rechtssetzende oder rechtsinterpretierende (exekutive und judikative) Kompetenzen; zur Deutungsmacht

¹ Vgl. Hoffmann-Lange, Ursula: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen 1992; Schluchter, Wolfgang: *Der Elitebegriff als soziologische Kategorie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 15 (1963), S. 233–256; Sterbling, Anton: *Eliten im Modernisierungsprozeß: Ein Theoriebeitrag zur vergleichenden Strukturanalyse unter besonderer Berücksichtigung grundlagentheoretischer Probleme*. Hamburg 1987 (Diss.).

zählen die frühere priesterliche Gewalt ebenso wie säkularisierte kollektive Sinnggebung, die Begründung von Interessen oder die Legitimierung gesellschaftlicher Ziele. Daß Wissen Macht ist, gilt als Allgemeinplatz. Gemeint ist hier das institutionalisierte, in Universitäten, Akademien etc. akkumulierte Wissen (im Unterschied zur Deutungsmacht, die auch ohne Professionalisierung erworben werden kann). Die Träger von Deutungsmacht und Wissen, die Intellektuellen bzw. die kulturellen und technischen Eliten, „sind...Monopolbesitzer eines Wissens, das von der Gesellschaft als transkontextuell gültig akzeptiert und von ihren Mitgliedern zur Orientierung benutzt wird“, wie Konrád und Szelényi fomuliert haben².

Allen vier Formen von Ressourcen ist gemeinsam, daß ihr „Kapital“ im Bourdieuschen Sinn³ knapp ist oder knapp gehalten werden kann, daß es akkumulierbar ist und daß der Zugang zu ihm verwehrt werden kann. Der letzte Aspekt wird oft vernachlässigt, ist gleichwohl von grundlegender Bedeutung. Denn die Etablierung von Verfügungsrechten geht stets Hand in Hand mit der Durchsetzung von Ausschlußregeln. Besitzrechte und Ausschlußstrategien gehören untrennbar zusammen, sobald eine Gesellschaft das Stadium der Gütergemeinschaft überschritten hat.

Freilich gehören nicht alle, die in irgendeiner Form an der Verfügungsgewalt über Ressourcen partizipieren (z.B. als Vollstrecker), zu den Eliten. Zu letzteren zählen nur jene Personen, „deren Handlungsvollzüge, Realitätsdeutungen und Entscheidungen auf Grund besonderer, in der Regel privilegierter Handlungschancen für größere Personenkreise und Referenzgruppen meinungsbildend, handlungsrelevant oder mittelbar lebenssituationsverändernd sind“⁴. Die Grenzen zwischen Eliten und Nichteliten variieren je nach Gesellschaftstyp bzw. nach dem Grad der gesellschaftlichen Funktions- und Arbeitsteilung. Wird die Knappheit eines materiellen oder immateriellen Gutes überwunden oder kann der

² Konrád, György / Szelényi, Iván: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt/M. 1978, S. 54.

³ Vgl. Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Soziale Ungleichheiten, hg. von Reinhard Kreckel. Göttingen 1983 (=Soziale Welt. Sonderband 2), S. 183–198.

⁴ Sterbling, Anton: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen. Hamburg 1991,S. 179.

Zugang zu diesem Gut nicht mehr wirksam beschränkt werden, verlieren die bisherigen Träger der Verfügungsgewalt ihren Elite-Status. Um diesem Statusverlust vorzubeugen, werden sie versuchen, Gegenstrategien mittels wirksamerer Formen der Exklusion oder durch Absteckung neuer Ressourcen zu entwickeln.

Alle vier Kategorien von Verfügungsgewalt weisen spezifische Merkmale, spezifische Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen auf, die in allgemeiner Form hier nicht dargestellt werden können und sollen. Die Frage, wie Verfügungsmacht über Ressourcen erworben wird (z.B. durch Appropriation bzw. Okkupation, durch Vererbung, durch Charisma, durch Leistung oder durch Vertrag) und wie Verfügungsgewalt abgesichert wird (durch individuelle Vorsorge, gesellschaftliche Konsensbildung, institutionelle bzw. staatliche Garantie etc.) ist Gegenstand zahlreicher Theorien, die über Jahrhunderte hinaus kontrovers diskutiert und fachspezifisch ausdifferenziert wurden. Philosophen, Ökonomen, Soziologen u.a. haben dazu ihre Erklärungen beigesteuert.

Die vergangenen rund zwei Jahrhunderte markieren in Südosteuropa den Umbruch von der segmentären zur komplexen, von der agrarischen zur agrarisch-industriellen oder industriellen, von der illiteraten zur schriftkundigen Gesellschaft und sind unlösbar verbunden mit der Nations- und Nationalstaatsbildung. Die vielschichtigen politischen, ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Wandlungsprozesse hatten einschneidende Konsequenzen für die Elitenbildung. Denn jede soziale Formation bringt den ihr adäquaten Typ von Elite hervor. In einer Gesellschaft mit weit über 90% Analphabeten gehört schon derjenige, der über rudimentäre Kenntnisse des Lesens bzw. des Lesens und Schreibens verfügt, zur Elite, denn er besitzt Zugang zu einer knappen kulturellen Ressource, die der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, den Nichteliten, verwehrt ist. Auch der Priester – mag er noch so unzulänglich gebildet sein – verfügt aufgrund seiner religiösen Deutungsmacht über eine Autorität, die er im Zuge der Säkularisierung, der Alphabtisierung und angesichts konkurrierender Sinngabungsangebote zu verlieren droht. Damit ändert sich auch sein Status innerhalb der Gesellschaft. Beispiele ähnlicher Art ließen sich fast beliebig fortsetzen.

Zunächst ist es notwendig, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen in Südosteuropa zu Beginn des vorigen Jahrhun-

derts in Erinnerung zu rufen und zwischen den sozialen Organisationsformen nördlich und südlich von Save und Donau zu differenzieren. Nördlich der Trennungslinie hatten sich feudale oder feudalähnliche, ständische oder quasi-ständische Schichtungsmodelle bis ins 19. Jahrhundert hinein erhalten und lebten auch nach den großen Umbrüchen im Gefolge der 48er Revolution in modifizierter Form und stellenweise bis zum Ende des 2. Weltkrieges fort. Südlich von Save und Donau waren die Ansätze zur ständischen Schichtung infolge der osmanischen Eroberung und der Inkorporation dieser Gebiete in das Osmanische Reich verloren gegangen. Den hierarchisierten adelig-bäuerlichen Gesellschaften im Norden standen die überwiegend akephalen Bauern-, Stammes- und Hirtengesellschaften im Süden gegenüber (wobei die Schicht der „professionellen Osmanen“ hier außer Betracht bleiben kann, da sie nach Konstituierung der postosmanischen Nationalstaaten keine Rolle mehr spielte). Während die Gesellschaften im Norden – ungeachtet aller Spezifika – konstitutive Ähnlichkeiten mit den Adelsgesellschaften in anderen Teilen Europas aufwiesen, stellten die akephalen Gesellschaften im Süden eine Besonderheit Europas dar. Im folgenden werde ich mich im wesentlichen auf diese Gesellschaften (mit gelegentlichen Ausweitungen auf die rumänischen Donaufürstentümer) beschränken.

Unter osmanischer Herrschaft war es zu einer vergleichsweise starken sozialen Nivellierung der altbalkanischen Bevölkerung gekommen, durch die ihre vormals hierarchische Gliederung beseitigt wurde. Der vorosmanische Adel war verschwunden. Ein städtischer Genossenschaftsverband hatte sich weder vor noch nach osmanischer Eroberung herausbilden können. Der islamisch-osmanische Überschichtungsstaat hatte der altbalkanischen Bevölkerung zwar gewisse Selbstregulierungskompetenzen zugestanden, die im Falle der orthodoxen Christen mit dem ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel/Istanbul verknüpft worden waren, doch konnte (und sollte) damit die Segmentierung der sozialen Organisationen und ihre laterale Gliederung nicht aufgehoben werden. Die Folge war ein niedriges Niveau an gesellschaftlicher Arbeitsteilung und eine ausgesprochene Armut an indigenen Institutionen und ausdifferenzierten Schichten. Es gab weder einen Adel noch ein Patriziat noch ein Bürgertum (von wenigen exklavenhaften Ausnahmen abgesehen). Läßt man den osmanischen Verwaltungsapparat beiseite, der die

sozialen Interaktionen der christlichen Bevölkerung in den europäischen Provinzen über Jahrhunderte hinaus nur mittelbar reguliert hatte, so beschränkte sich die Zahl der gesellschaftlich prägenden und für die Elitenbildung wichtigen Organisationen bei den Balkanvölkern im wesentlichen auf den Haushalt (zumeist in Form der „erweiterten Familie“ bzw. der „Hauskommunion“), die Dorf- und die Distriktgemeinschaft (in den Ebenen) bzw. den Stamm (in den westbalkanischen Gebirgskammern) sowie auf Einrichtungen der Kirche. Diese wenigen Institutionen, die über lange Zeit hinaus außerordentliche Stabilität bewiesen hatten, erfüllten praktisch alle Funktionen, die für die Gestaltung des sozialen Alltags erforderlich waren, d.h. sie regelten die generative Reproduktion, die Vermittlung spezifischer Fertigkeiten und Kenntnisse, die Nahrungsvorsorge und die Ausstattung mit sonstigen Gütern, die Schlichtung von Konflikten sowie die Orientierung des Handelns im Rahmen von Wertbeziehungen. Die Dorfgemeinschaft – mit der Dorfversammlung, (einem eventuellen Altenrat) und dem Dorfältesten – stellte als Selbstverwaltungs- und Gerichtseinheit, als fiskalische Instanz und Haftungsgemeinschaft sowie als sozioökonomische und religiös-rituelle Gemeinschaft die wichtigste multifunktionale Institution der Balkanvölker im osmanischen Überschichtungsstaat dar⁵.

Gewiß gab es in diesen für das Individuum unmittelbar überschaubaren und wenig ausdifferenzierten face-to-face-Gesellschaften Personen, die sich aufgrund besonderer Eigenschaften (Mut, Weisheit, Gelehrsamkeit, Reichtum) von den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft abhoben und gewisse Verfügungsgewalten durch Appropriation oder Delegation erworben hatten. Zu ihnen gehörten Dorfälteste, Distriktälteste, Stammesführer, Bandenführer, Bajraktare⁶, Priester, Händler und einige mehr. Aber eine stabile Oberschicht hatte sich i.d.R. nicht herausbilden können. Zwar hatten auch die Mitglieder dieser heterogenen Führungsschichten Anstrengungen zur Vererbung ihrer Verfügungsgewalt unternommen, gelegentlich mit Erfolg, – doch ohne staatliche Garantie ihrer Verfü-

⁵ Vgl. Sundhaussen, Holm: Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive, in: *Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa*, hg. von Johannes C. Papalekas. München 1994, S. 35 ff. (mit weiterführender Literatur).

⁶ Vgl. dazu den Beitrag von Anila Habibi im vorliegenden Band.

gungsrechte war an eine Kontinuität und Stabilisierung von Macht nicht zu denken. Die Zugehörigkeit zur Oberschicht blieb temporär und personen- (u.U. auch „familien“-)bezogen. Es existierten keine normierten, differenzierenden Aneignungsregeln. Und solche waren in einer segmentären Gesellschaft mit einer begrenzten Zahl von Mitgliedern auch gar nicht notwendig. Notwendig wurden sie erst im Zuge der modernen Ver-gesellschaftung und der damit verbundenen Vergrößerung der Mitglie-derzahl und Aufgaben, bis die Gemeinschaft zu groß wurde, um sich wechselseitig auf gewohnheitsrechtlicher Basis über den Ausschluß von der Verfügungsgewalt verständigen zu können. Wenn ich von „akephalen“ Gesellschaften südlich von Save und Donau gesprochen habe, so meine ich damit also nicht, daß jegliche Führungsschicht fehlte, sondern nur, daß es über den Rahmen der segmentären Gesellschaft hin-aus (und dessen, was sich der osmanische Staat zur Regelung vorbehalten hatte) keine institutionalisierten, staatlich garantierten Aneignungs- und Ausschlußregelungen hinsichtlich knapper Ressourcen gab.

Dies änderte sich grundlegend mit der Etablierung der postosmanischen Staaten. Die Gründe für diesen Wandel liegen auf der Hand. Politische, militärische, wirtschaftliche und andere Verfügungsrechte, die bisher bei der Hohen Pforte und ihren mehr oder minder loyalen bzw. illoyalen Repräsentanten konzentriert waren, gingen auf die neuen Staaten über. Der parallel dazu verlaufende Prozeß der Nationsbildung führte zur Ent-stehung einer größeren, für den Einzelnen nicht mehr überschaubaren Gemeinschaft mit entsprechendem Regelungsbedarf. Staats- und Nati-onsbildung, d.h. der Kompetenzzuwachs von außen und der neue Rege-lungsbedarf im Innern, hatten eine institutionelle Revolution zur Folge. Binnen kurzem entstand eine Vielzahl von Einrichtungen (oft in Anleh-nung an ausländische Vorbilder), mit denen das Gewaltmonopol des Staates und seine Allzuständigkeit im Kampf gegen das ererbte Subsidia-ritätsprinzip der segmentären Gesellschaften durchgesetzt werden sollte. Je erfolgreicher die staatsbildenden Eliten bei der „Institutionalisierung von Macht“ waren, desto mehr Ressourcen (politischer, fiskalischer, mi-litärischer und kultureller Art) konnten sie akkumulieren. Die Bevölke-rungsmehrheit folgte dieser Entwicklung mit Unverständnis und

Widerwillen. „Schwer mochte sich anfänglich der serbische Gebirgssohn und Bauer mit der ihm auch von der nationalen Regierung zugemutheten weiteren Bezahlung von Steuern befreunden. Mit der Verjagung der Türken hatte er wohl gehofft, für immer von solchen befreit zu sein. Was wußte er viel von den Bedürfnissen des Staates, wenig begriff er die Nothwendigkeit der Gründung von Schulen, Gerichten usw. Sie schienen ihm ebenso überflüssig, wie der Bau breiter Straßen, kam er doch mit seinem kleinen Pferdchen überall fort.“⁷

In Anlehnung an west- und mitteleuropäische Vorbilder wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die staatliche Garantie von Verfügungs- und Exklusionsrechten geschaffen: Gemeint sind die Um- bzw. Neustrukturierung des Rechtssystems durch die Kodifizierung von Verfassungen⁸, die Verabschiedung von Zivil- und Strafgesetzbüchern, die Einführung des Handelsrechts, die Ausarbeitung eines Gesellschaftsrechts, die Normierung der Prozeßordnung usw. Es galt zu klären, welche Institutionen zu welchem Zweck und mit welchen Kompetenzen geschaffen werden sollten. Wer erhielt Zugang zu diesen Institutionen? Wie sollte die politische Entscheidungsmacht aufgeteilt werden? Wer sollte über die fiskalischen u.a. staatliche Einnahmequellen verfügen? Wer definierte das Kulturkapital, wer bestimmte die Partizipations- und Ausschlußregeln? Usw.

An die Stelle der primären Okkupation von Verfügungsrechten (während der Befreiungskriege) trat Schritt für Schritt ein staatlich normiertes und institutionalisiertes Regelwerk. Die „sporadische Macht“ wurde durch die „normierende Macht“ ersetzt⁹. Es waren die neuen Eliten, die

⁷ Kanitz, Felix: *Serbien. Historisch-ethnographische Reisestudien aus den Jahren 1859–1868.* Leipzig 1868, S. 608.

⁸ Zu den Spannungen zwischen westlichen Vorbildern und Verfassungsrealität in den Balkanstaaten vgl. Stadtmüller, Georg: *Westliches Verfassungsmodell und politische Wirklichkeit in den balkanischen Staaten*, in: *Saeculum* 9 (1958), S. 405–424; Djordjević, Dimitrije: *Foreign Influence on Nineteenth-Century Balkan Constitutionalism*, in: *Papers for the V. Congress of Southeast European Studies* 1984, Columbus (1984), S. 72–102; Tsapogas, Michael: *Staatsrationalisierung und Verfassungsbewegung in Griechenland 1832–1843.* Athen 1992.

⁹ Vgl. dazu allgemein Popitz, Heinrich: *Macht und Herrschaft: Stufen der Institutionalisierung von Macht*, in: *Ders.: Phänomene der Macht*, Tübingen 1986, S. 38 ff. Popitz versteht unter „Institutionalisierung“ eine „zunehmende

dieses Regelwerk zur Sicherung eigener Interessen gegen ihre traditionsverhafteten Konkurrenten, die beschäftigungslos gewordenen Veteranen der Befreiungskriege und gegen den vehementen Abscheu der bäuerlichen Bevölkerung durchsetzten¹⁰. Die Repräsentanten der segmentären Gesellschaft (die Dorfältesten, Distriktältesten und Stammesführer) wurden durch zentral ernannte (meist ortsfremde) Bürokraten ersetzt¹¹. Der zentralisierte und regulierende Nationalstaat als Leitidee der Führungsschichten und Demiurg der Entwicklung geriet überall in einen scharfen Gegensatz zum traditionellen Normen- und Wertesystem der bäuerlichen Nichteliten, das auf Dezentralisierung, lokaler Autonomie, face-to-face-Demokratie und Gewohnheitsrecht beruhte¹².

Entpersonalisierung“, eine „zunehmende Formalisierung“ sowie eine „zunehmende Integrierung des Machtverhältnisses in eine übergreifende Ordnung“.

- ¹⁰ Einzelheiten bei Georgiadou, Vassiliki: Griechenlands nicht-kapitalistische Entwicklungsaspekte im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. (u.a.) 1991, S. 116 ff.; Koliopoulos, John S.: Brigands with a Cause. Brigandage and Irredentism in Modern Greece 1821–1912. London 1987.
- ¹¹ Zur Konfliktträchtigkeit dieses Durchstaatlichungs-Prozesses vgl. Boestfleisch, Hans-Michael: Modernisierungsprobleme und Entwicklungskrisen: Die Auseinandersetzungen um die Bürokratie in Serbien 1839–1858. Frankfurt/M. (u.a.) 1987.
- ¹² Zur Zurückdrängung der kommunalen Selbstverwaltung vgl. Guzina, Ružica: Opština u Srbiji 1839–1918. Pravno-politička i sociološka studija. Beograd 1976; Höpken, Wolfgang: Zentralstaat und kommunale Selbstverwaltung in Bulgarien 1880–1910. Zum Charakter eines „Modernisierungskonflikts“, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 199–213. Einzelheiten zum Gewohnheitsrecht im Balkanraum bei Durham, Mary E.: Some Tribal origins, Laws, and Customs of the Balkans. London 1928; Hasluck, Margaret: The Unwritten Law in Albania. Cambridge 1954; Georgescu, Vlad: Alte albanische Rechtsgewohnheiten, in: Revue des études sud-est européennes 2 (1963), S. 69–102; Godin, Amelie von: Das albanische Gewohnheitsrecht. Kanun i Lek Dukadjinit, in: Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft 56 (1953), S. 1–46; 57 (1954), S. 5–73, 58 (1956), S. 121–196; Boehm, Christopher: Blood Revenge. The Enactment and Management of Conflict in Montenegro and Other Tribal Societies. Kansas 1984; Krauss, Friedrich S.: Sitte und Brauch der Südslaven. Nach heimischen gedruckten und ungedruckten Quellen. Wien 1885; Djordjević, Tihomir R.: Selo kao sud u našem narodnom običajnom pravu, in: Zbornik filozofskog fakulteta 1 (1948), S. 267–287; Pantazopoulos, N.: Community Laws and Customs of Western Macedonia under Ottoman Rule, in: Balkan Studies 2,1 (1961), S. 1–22 sowie den Sammelband Običajno pravo i samouprava na Balkanu i u susednim zemljama. Beograd 1974.

Als der serbische Fürst Alexander Karadjordjević 1855 dem Staatsrat eine Systematisierung der bis dahin erlassenen strafrechtlichen Detailgesetze und Verordnungen vorschlug, lehnte der konservativ orientierte hohe Rat das Ansinnen mit den Worten ab: „Unser Volk lebt noch in einem patriarchalen Zustand...Ein guter Mensch braucht keine Gesetze. Das Gesetz ist ein Produkt des Zwangs zur Verhinderung des Bösen und es wird für diejenigen geschrieben, die böse sind. (...) Unser Volk ist in seinen Auffassungen so gut und so gesund wie vielleicht kein anderes in Europa. Also benötigt es auch keine Heilmittel...“¹³ Doch schnell setzte sich die Einsicht durch, „dass sich ein Volk nicht gut ohne geschriebene Gesetze regieren lasse“.¹⁴ Die Zurückdrängung des Gewohnheitsrechts und die Einführung eines nach okzidental Normen gestalteten Rechtssystems hat die Gemüter der Zeitgenossen zutiefst bewegt und ist nicht nur von einheimischen Populisten konservativen (später auch sozialistischen) Zuschnitts, sondern auch von ausländischen Beobachtern z.T. mit Unbehagen verfolgt worden. Selbst ein so nüchterner Kenner des Balkanraums wie Felix Kanitz blieb davon nicht unberührt:

„Dort wo zersetzende Paragraphe unpraktischer Gesetzgeber die geheiligten Traditionen der Hauskommunion noch nicht gelockert haben, bietet sich der das Recht der freien Selbstbestimmung gern einengenden Bureaukratie nur selten Gelegenheit zur Einmischung, und sie verurtheilt schon deshalb das altslavische Familienrecht. Theoretiker, deren ganze Gelehrsamkeit in römisch-germanischen Rechtsanschauungen wurzelt, erklären die 'Hauskommunion' kurzweg für einen Barbarismus.“ Ein Teil „der jüngeren serbischen Staatsmänner aus der französischen Schule“ strebe danach, „deren zerstörende Theorien: der Ackerbau ist ein freies Gewerbe, aller Grund und Boden muss theilbar, muss eine Waare sein, er muss wie Scheidemünze von Hand zu Hand gehen, – in ihr Vaterland einzuschmuggeln, den festen Boden ihrer Agrar- und Familienverfassung mit zersetzenden Paragraphen zu durchsickern.“¹⁵

¹³ Zit. nach Sundhaussen, Holm: *Historische Statistik Serbiens 1834–1914. Mit europäischen Vergleichsdaten.* München 1989, S. 566.

¹⁴ Ebda.

¹⁵ Kanitz: *Reisestudien*, S. 83 f.

Die Eigendynamik der in Gang gesetzten staatlichen Reglementierung fegte solche Bedenken freilich vom Tisch.

Innerhalb weniger Jahrzehnte nach der Staatsgründung multiplizierte sich die Zahl der neuen Institutionen um ein Vielfaches. Und die wichtigste traditionelle Institution der Balkanvölker: die dörfliche Kommune als patriarchalisch verfaßter Genossenschaftsverband mit weitgehender politischer, gewohnheitsrechtlicher und wirtschaftlicher Autonomie verlor jede sozialprägende Bedeutung und wurde vollständig transformiert. Diese Entwicklung war zwangsläufig: Denn selbst dann, wenn die politischen Eliten versuchten, die traditionellen Institutionen in den neuen Staat einzubinden, scheiterten sie und mußten sie scheitern, denn es handelte sich um gänzlich unterschiedliche „Welten“, die nicht mischungsfähig waren und nicht miteinander kooperieren konnten, ohne daß die eine oder andere sich selber aufgab. Die Integration der kleinen, nach innen gekehrten Systeme in ein größeres und nach neuen Prinzipien strukturiertes Sozialsystem war nur möglich über den Autonomieverlust der traditionellen Institutionen und deren Einbindung in eine neue hierarchische Struktur. Der Prozeß der Anonymisierung, Formalisierung und Verrechtlichung der Sozialbeziehungen kam einem Todesstoß für die Unmittelbarkeit und Lebendigkeit der Dorfgemeinschaft gleich. Es konnte gar nicht anders sein. Der „Demiurg“ Staat und seine Trägerschichten zogen mehr und mehr Kompetenzen an sich. Und da dies auf den nachhaltigen Widerstand der Bevölkerung stieß, trat an die Stelle der Integration schließlich das Streben nach Beseitigung der resistenten Kleinsysteme, – ein Prozeß, der in Westeuropa über Jahrhunderte hinaus vorbereitet worden war, in den Balkanländern dagegen innerhalb weniger Jahrzehnte durchgesetzt wurde.

Die Aufteilung der Verfügungsmacht über knappe Ressourcen war begleitet von langanhaltenden, heftigen Verteilungskämpfen und Zielkonflikten. Autochthone und heterochthone Führungsschichten rangen um Positionen und Einfluß: Auf der einen Seite standen die traditionellen Honoratioren – die Distriktältesten, die Stammeshäuptlinge, die Führer der antiosmanischen Befreiungskriege und die Geistlichen –, die ihre Verfügungsrechte nach Vertreibung der „Türken“ durch Okkupation oder

im Falle der Geistlichen durch institutionelle Absicherung ihrer überkommenen Position (Streben nach kirchlicher Autokephalie) zu sichern suchten. Auf der anderen Seite standen die Vertreter der aufstrebenden – aus der „Wiedergeburt-Intelligencija“ hervorgegangenen – „modernen“ Schichten¹⁶, die teils aus Überzeugung, teils aus Selbstbehauptungstrieb die sich anbahnende Machtkonzentration um den jeweiligen Fürsten mittels unterschiedlicher Modelle der Gewaltenteilung auszuhöhlen suchten¹⁷. Zu ihnen gehörten jene Personen, die über Auslandskontakte verfügten und häufig aus der Diaspora in die postosmanischen Staaten übersiedelten. Sie brachten entweder persönlichen Reichtum oder ein personenbezogenes Kulturkapital oder beides mit, die sie im Kampf um die Gestaltung der Sozialordnung einsetzten. Namentlich erwähnt seien die frühen Protagonisten der Nationsbildung: Gelehrte, Schriftsteller, Geistliche, Lehrer, später auch Studenten und Schüler, die Zugang zu einer Schriftkultur besaßen, oder jene Kaufleute, die über interregionale Kontakte verfügten und gleich den Vertretern der ersten Gruppe auf geistige Ressourcen des Auslands (auf die Ideen der französischen Revolution, der Aufklärung und Romantik, des Risorgimento-Nationalismus etc.) Zugriff hatten¹⁸. Nicht nur bei den Griechen, sondern auch bei den

¹⁶ Die frühe bulgarische Intelligenz wird von Rumen Daskalov wie folgt charakterisiert: „It was middle-class in economic and social standing relative to its own society, that is, above the predominantly agrarian population but below that of the traditional village and town notables, big merchants, and creditors. Its position was comparable to that of craftsmen and the petty or middle-size tradesmen. Its social prestige derived mainly from education and knowledge as well as from its professional status....“ Daskalov, R.: *Transformations of the East European Intelligentsia: Reflections on the Bulgarian Case*, in: *East European Politics and Societies* 10 (1996), 1, S. 53. Zur bulgarischen „Wiedergeburt-Intelligenz“ vgl. ferner Genčev, Nikolaj: *Bälgarska vāzroždenska inteligencija*. Sofija 1991; Meininger, Thomas: *The Formation of a Nationalist Bulgarian Intelligentsia, 1853–1878*. New York 1987.

¹⁷ Ausführlich dazu Hering, Gunnar: *Die politischen Parteien in Griechenland 1821–1936*. München 1992, Bd. 1, S. 53 ff.

¹⁸ Zu den Ausbildungswegen der Eliten in der „Wiedergeburtzeit“ vgl. Siupiu, Elena: *The Training of Intellectuals in South-East Europe during the 19th Century*, in: *Anuarul Institutului de istorie și arheologie „A.D. Xenopol“* 23/2 (1986), S. 469–490; Dies.: *Bälgarskata emigrantska inteligencija v Rumänija prez XIX vek*. Sofija 1982; *Bälgarskata vāzroždenska inteligencija*, hg. von Nikolaj Genčev und Krasimira Daskalova. Sofija 1988, S. 5 ff.; Todorova, Cvetana: *Migrationen bulgarischer Studenten an europäischen Universitäten seit der Befreiung von den Türken bis zum Ersten Weltkrieg*, in: *Wegenetz des*

anderen sich formierenden Nationen im Balkanraum spielten die Diaspora-Gemeinden und die zahlreichen, zumeist nach ausländischen Mustern gegründeten Geheimbünde eine tragende Rolle. Ihre Mitglieder erlangten eine im Zuge der Nationsbildung wachsende Deutungsmacht, indem sie die neuen Staaten mit einer Befreiungslegitimation, einer nationalen „Mission“, mit „historischen Rechten“ und einer Modernisierungs-Vision versorgten¹⁹. Viele Mitglieder der neuen politischen und kulturellen Eliten hatten ihr kulturelles Kapital an ausländischen Universitäten erworben. Ein Auslandsstudium (namentlich in Frankreich und Deutschland) gehörte in allen Balkanstaaten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein „zur Grundausstattung politischer Karrieren und sozialen Aufstiegs“²⁰

Auch wenn sich die Führungsschichten der jungen Balkanstaaten mehr und mehr in den entosmanisierten Städten, allen voran in der jeweiligen Hauptstadt, konzentrierten, wird man sie schwerlich als bürgerliche Führungsschicht bezeichnen können. Zumindest dann nicht, wenn man mit Bürgertum mehr als Wohnsitz in der Stadt und Übernahme städtisch geprägter Lebens- und Stilformen verbindet. Im Unterschied zu den Männern aus der Diaspora stellten die aus den Reihen der wohlhabenden Bauern sowie aus lokalen Händlern und Handwerkern aufsteigenden semi-urbanen Führungscliquen mit zumeist starken Bindungen an das Land auf der einen und dem Gehabe gesellschaftlicher Parvenus auf der anderen Seite eine eigene und eigenartige Schicht dar, die sich nur schwer

europäischen Geistes, hg. von Richard G. Plaschka und Katlheinck Mack, Bd. 2. München 1987, S. 67–82.

- ¹⁹ Vgl. Seton-Watson, Hugh: „Intelligentsia“ und Nationalismus in Osteuropa 1848–1918, in: *Historische Zeitschrift* 195 (1962), S. 331 ff.; Mishkova, Diana: *Modernization and Political Elites in the Balkans before the First World War*, in: *East European Politics and Societies* 9 (1995) 1, S. 63–89.
- ²⁰ Spiliotis, Susanne-Sophia: *Transterritorialität und Nationale Abgrenzung. Konstitutionsprozesse der „griechischen Gesellschaft“ und Ansätze ihrer faschistoiden Transformation, 1922/24–1941*. Diss. Berlin 1997, S. 293, Anm. 27. Die Arbeit befindet sich im Druck.

in das mitteleuropäische Begriffsraaster von Bürgertum einfügen läßt²¹. Der Kern zu einer städtischen Führungsschicht, die sich von den traditionellen Honoratioren ebenso wie von der „rückständigen“ Landbevölkerung abgrenzte, war dennoch gelegt. Schon in der zweiten Generation nach der Befreiung wies diese Schicht ein eigenes Profil auf, wodurch sich auch die Distanz zwischen urbaner und ländlicher Bevölkerung, zwischen „Herren“ und Bauern wieder vergrößerte²².

Die Formierung der postosmanischen Eliten gestaltete sich zwar von Land zu Land unterschiedlich, wies aber eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf: Überall kam es zu jahrzehntelangen Verteilungskämpfen zwischen dem Fürsten auf der einen sowie alten und neuen Eliten auf der anderen Seite, zwischen Vertretern des Zentralismus einerseits und Repräsentanten der regionalen und lokalen Selbstverwaltung andererseits, zwischen Autochthonen und Heterochthonen, zwischen neuer Stadt- und resistenter Landbevölkerung. Und überall setzten sich schließlich die Zentralisten dank des Zugriffs auf staatliche Ressourcen durch, indem sie Teile der traditionellen Honoratioren ausschalteten, andere integrierten, d.h. mit Amt und Würden versahen, und die neuen staatlichen Institutionen mit ihren eigenen Anhängern füllten.

Die Bedeutung der neuen Institutionen (von der Legislative und Judikative über die schnell ausufernde Exekutive und das Militär bis hin zu den Wissenschaftseinrichtungen, den Hochschulen, Universitäten, Akademien) kann für die Geschichte der postosmanischen Eliten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wer die neuen Institutionen kontrollierte, hatte nicht nur Zugang zu den Ressourcen, sondern konnte auch seine Klientel befriedigen. Und dies war für den Machterhalt oder den Machterwerb weitaus wichtiger als irgendein noch so wohl fundiertes Programm. Die neue „Herrenschicht“ betrachtete den Staat als eine Art

²¹ Zum Bürgertum vgl. Kocka, Jürgen(Hg.): *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*. Bd. 1. Göttingen 1995, Einleitung, insbes. S. 20 ff.

²² Slobodan Jovanović bezeichnet die städtische Führungsschicht Serbiens in der Mitte des 19. Jahrhunderts treffend als „Bauern im Stadtanzug“. „Keiner war so geeignet, den Bauern im Fellmantel niederzuhalten, wie der Bauer im Stadtanzug. Und keiner als dieser war weniger geeignet, (ersteren) zu führen und zu bilden.“ Jovanovic, S.: *Ustavobranitelji i njihova vlada (1912)*, in: *Sabrana dela S. Jovanovića*, Bd. 3. Beograd 1990, S. 62.

„oikos“, als privaten Großhaushalt zur „organisierten Bedarfsdeckung“ der „Führer“ und ihrer Gefolgschaft.

Schon Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde das junge Fürstentum Serbien von einigen Zeitgenossen als „Beamtenland“ kritisiert²³. Trotz heftiger Attacken eines Teils der sich formierenden „Intelligencija“²⁴ wucherte die funktionale und institutionelle Differenzierung auch in den nachfolgenden Jahrzehnten ungebremst fort und ließ eine mehr und mehr verzweigte Ämterhierarchie entstehen, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in ihrer äußeren Form kaum noch von den Verwaltungseinrichtungen anderer europäischer Staaten unterschied.

Zu den *Besonderheiten* des Umgestaltungsprozesses in den Balkanländern gehörte nicht nur das vergleichsweise atemberaubende Tempo, mit dem die Institutionenbildung durchgesetzt wurde, sondern auch die Tatsache, daß dieser Prozeß aufgrund völlig anders gearteter gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ausgangsbedingungen in viel stärkerem Maße von oben induziert wurde als in Westeuropa. Denn je rückständiger eine Gesellschaft ist, desto größer ist die Rolle der Eliten im gesellschaftlichen Wandel. Diese geben die Richtung vor, legitimieren das Ziel und restrukturieren die Verfügungsmacht über die Ressourcen.

In der Regel wurden die Institutionen in Anlehnung an ausländische Vorbilder geschaffen. Und mit Übernahme der Institutionen glaubten die Führungsschichten, zugleich auch deren Leistungsfähigkeit übernehmen zu können. Doch diese Erwartung erfüllte sich nicht. Gleichwohl taucht sie in Umbruchsituationen immer wieder auf, sowohl bei einem Teil der veränderungswilligen Eliten wie bei einem Teil der Sozialwissenschaftler. Ich nenne letztere die „Institutionalisten“. Sie verstehen politische, wirtschaftliche und rechtliche Institutionen als selbstregulative Systeme, die – sofern sie konsequent implementiert wurden – die gesamte Gesellschaft in ihre Regelwerke zwingen und umformen. Die Institutionen geben die „Spielregeln“ vor, nach denen sich die „Spieler“ zu richten haben. Ver-

²³ Vgl. Boestfleisch: Modernisierungskrisen, S. 81

²⁴ Vgl. dazu Džaja, Srećko M.: *Intelligentsia und Südosteuropäischer Raum*, in: Ders.: *Bosnien-Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Epoche (1878–1918). Die Intelligentsia zwischen Tradition und Ideologie*. München 1994, S. 9 ff. Unter „Intelligencija“ wird im folgenden nur jener Teil der Intelligenz verstanden, der nach einer grundlegenden Veränderung der bestehenden politischen und/oder gesellschaftlichen Verhältnisse strebte.

kürzt formuliert: Die Institutionen und ihr Regelwerk prägen die Gesellschaft und deren Verhaltensweisen.

Im Unterschied dazu neigt eine zweite Gruppe von Sozialwissenschaftlern dazu, die Durchdringungseffekte von Institutionen stark zu relativieren, sie in Frage oder gar in Abrede zu stellen. Zu dieser Gruppe gehören v.a. historisch orientierte Sozialwissenschaftler und Repräsentanten der „Kulturwissenschaften“. Sie messen dem, was Ökonomen gern als „Residualgröße“ oder unerklärbaren „Rest“ aus ihrer Betrachtung ausklammern und in die „Rahmenbedingungen“ verweisen, entscheidende Bedeutung zu. Ihrer Auffassung nach reicht die Etablierung von Institutionen nicht zum Umbau einer Gesellschaft aus, da Institutionen nicht *über* der Gesellschaft stehen, sondern von dieser abhängig sind. Keine Institution kann bis ins Detail derart geplant werden, daß sie unabhängig von ihren Trägerschichten und notfalls gegen die Bevölkerungsmehrheit so funktioniert, wie sie konzipiert wurde. Vielmehr ist es die Gesellschaft, die die „Spielregeln“ festlegt und die Institutionen dementsprechend „deformiert“. Abermals verkürzt formuliert: Nicht die Institutionen prägen die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft prägt die Institutionen.

Vertreter einer dritten Gruppe versuchen, zwischen beiden Positionen zu vermitteln, indem sie die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Institutionen und Gesellschaft in den Vordergrund rücken. Im Verlauf dieser wechselseitigen Beeinflussungen verändern sich sowohl die Gesellschaft wie die Institutionen: Die Gesellschaft ist nach einer gewissen Zeit nicht mehr das, was sie zu Beginn des Prozesses war (ohne das zu werden, was sie gemäß den Postulaten der „Institutionalisten“ hätte werden sollen), und auch die Institutionen haben sich mehr oder minder weit von ihrem Gründungskonzept entfernt (ohne von der Gesellschaft völlig „deformiert“ worden zu sein).

Der dritte Ansatz bringt die Entwicklung in den postosmanischen Balkanländern auf den Punkt. Die Gefolgschaftsbeziehungen aus der akephalen Gesellschaft wurden auf den neuen Staat und seine Institutionen transponiert. Damit kam es zu einer Vermengung und wechselseitigen Durchdringung zweier widersprüchlicher Prinzipien: der persönlichen Gefolgschaftstreue zwischen Patron und Klienten auf der einen und einem institutionalisierten, dem Anspruch nach versachlichten

Regelwerk von Über- und Unterordnungen auf der anderen Seite. „Familiäre“, Sippen- und Clan-Bande, die über Jahrhunderte hinaus eine prägende Rolle bei der Gestaltung der Sozialbeziehungen gespielt hatten, bewahrten diese Funktion auch nach Einführung der neuen Institutionen – und im Gegensatz zu deren Erfordernissen²⁵. Das ungebrochene Vertrauen in persönliche Netzwerke, die den einfachen Staatsbürger über wenige Zwischenstufen mit den höchsten Repräsentanten der Staatsgewalt verknüpfen konnten (ein Bauer wandte sich an den Dorfbürgermeister, der Dorfbürgermeister kannte den Distriktgouverneur, und dieser stand in persönlichem Kontakt zum Minister) war nicht nur der jahrhundertalten Tradition personifizierter Sozialbeziehungen, sondern auch den Defiziten des formalisierten Instanzenweges geschuldet. Und diese Defizite beruhten nicht zuletzt auf der Persistenz persönlicher Netzwerke: – ein Teufelskreis, der schwer zu durchbrechen war. Die Akzeptanz des institutionalisierten und anonymisierten Regelwerks setzte voraus, daß der Instanzenweg verständlich und nachvollziehbar war, daß die Ergebnisse der Entscheidungsfindung als vorhersehbar und korrekt empfunden wurden und daß die Aufhebung von Irrtümern oder Fehlentscheidungen einklagbar war. Von alledem konnte in den ersten Jahrzehnten nach der postosmanischen Staatsgründung keine Rede sein. Die neuen Institutionen funktionierten mehr schlecht als recht, da entsprechend qualifizierte Trägerschichten fehlten. Die illiterate Bevölkerung kannte weder die „Spielregeln“ der neuen Institutionen noch begriff sie deren innere Logik. Angesichts permanenter Amtsmißbräuche und der Unverständlichkeit formalisierter Prozeduren kam die Vertrauensbildung nicht vom Fleck. Ohne Bekanntschaftsnetze und persönliche Fürsprache war nichts zu erreichen; dies blieb über Jahrzehnte hinaus eine prägende Alltagserfahrung.

Die gesellschaftlichen Ressourcen wurden zu einer Pfründe der jeweiligen politischen Führungsschicht und ihrer Klientel. Ende des vorigen Jahrhunderts bemerkte ein zeitgenössischer Beobachter über die Verhältnisse in Serbien: „Sobald eine Partei die andere vom Staatsruder verdrängt hatte, so wurden viele der vom vorhergehenden Ministerium eingesetzten Beamten entlassen, wenn sie nicht rechtzeitig ihren Partei-

²⁵ Vgl. die Beiträge im Sammelband: *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, hg. v. Ernest Gellner u. John Waterbury. London 1977.

standpunkt änderten. – Dem Sieger die Beute, ist der Wahlspruch in den serbischen Parteikämpfen und deshalb sind sie so heftig und leidenschaftlich, weil sie auch wahre Kämpfe um das Brod, um die Beamtenstellen sind.“²⁶ Daran sollte sich auch in den nachfolgenden Jahrzehnten grundsätzlich nichts ändern, – weder in Serbien (resp. Jugoslawien) noch in Griechenland, Bulgarien, Albanien oder Rumänien.

Da nur die Mitgliedschaft in einer staatlich alimentierten Einrichtung soziale Aufstiegschancen zu bieten schien, setzte ein ständiger brain drain aus der Gesellschaft in die staatlichen Institutionen ein. Der Gesellschaft wurden damit weitgehend jene Kräfte entzogen, die eine Institutionenbildung von unten, aus der Gesellschaft heraus ermöglicht oder erleichtert hätten. So konnten auch keine – zumindest keine stabilen – Institutionen entstehen, die in Konkurrenz zu dem von der politischen Führungsschicht monopolisierten Apparat hätten treten und diesen kontrollieren können.

Die dem neuzeitlichen Verwaltungsstaat innewohnende Tendenz zur *Professionalisierung* seiner Repräsentanten wurde infolge dieser klientelistischen Aneignungsregelungen sowie des „Drangs zum Amt“ und des Verständnisses des Amtes als Pfründe nur höchst unzulänglich eingelöst. Im Verhältnis zum Bevölkerungsstand wiesen die Balkanländer in der Zwischenkriegszeit die höchste Zahl von Staatsbediensteten auf. Geradezu extrem waren die Verhältnisse in Rumänien, wo es Mitte der 30er Jahre bei einer Gesamtbevölkerung von 18 Millionen rd. 440 000 Staatsbedienstete gab (während z.B. in Deutschland der öffentliche Dienst nur 250 000 Beschäftigte zählte). Auch in Jugoslawien war der Verwaltungsapparat Mitte der 20er Jahre mit 280 000 Bediensteten bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 13 Millionen hoffnungslos überbesetzt²⁷.

²⁶ Zit. nach Sundhaussen: *Historische Statistik*, S. 447.

²⁷ Heinen, Armin: *Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus*. München 1986, S. 48; Lampe, John: *Belated Modernization in Comparison: Development in Yugoslavia and Bulgaria to 1948*, in: *Diverse Paths to Modernity in Southeastern Europe. Essays in*

Nicht viel anders verhielt es sich in Griechenland²⁸. Und für alle Balkanstaaten gilt: Sobald eine politische Gruppierung die Macht erobert hatte, versuchte sie, den ganzen Staat und seine Institutionen zu usurpieren. Das ungebremsste Anwachsen des Verwaltungsapparats stand daher bald in negativer Korrelation zu seiner Effizienz und Leistungsfähigkeit.

Werfen wir noch einen Blick auf die Formen der Exklusion, mit denen die Eliten ihre Verfügungsrechte über ökonomische, politische oder kulturelle Ressourcen gegen den Zugriff Dritter zu sichern versuchten: Es lassen sich formalisierte und informelle Ausschlußregelungen unterscheiden. So beinhaltete z.B. das staatlich garantierte Eigentum nach römischrechtlichen Prinzipien ein formalisiertes Ausschlußrecht Dritter. Im Kampf um die politische Macht gab es vielfältige formalisierte Ausschlußregelungen: z.B. beim Wahlrecht durch einen Vermögens- und Bildungszensus, durch den generellen Ausschluß von Frauen, durch eine Wahlkreiseinteilung oder ein Auszählungsverfahren, das bestimmte Gruppen der Gesellschaft von der politischen Partizipation ausschloß. Aber auch dort, wo das allgemeine Wahlrecht für Männer (ohne wesentliche Einschränkungen) bereits vor dem 1. Weltkrieg eingeführt wurde (wie in den Balkanstaaten), existierten *informelle* Möglichkeiten zur Exklusion des politischen Gegners: durch Wahlmanipulationen, durch verfassungswidrige oder verfassungsrechtlich bedenkliche Interventionen des Fürsten, durch Auflösung unbequemer Parlamente u.v.a.m. Mit der Darstellung der praktizierten Exklusionen in offener oder versteckter Form ließen sich ganze Bände füllen.

Während sich die postosmanischen Gesellschaften bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts als weitgehend vorkapitalistische Gemeinwesen im Umbruch von der segmentären zur komplexen Gesellschaft dargestellt hatten, repräsentierten sie sich in der nachfolgenden Zeit bis zum 2. Weltkrieg als ausgesprochenene Krisengesellschaften²⁹. Zum Teil hatten

National Development, hg. v. Gerasimos Augustinos. New York (u.a.) 1991, S. 41.

²⁸ Spiliotis: Transterritorialität, S. 58, Anm. 117

²⁹ Einen noch immer lesenswerten Überblick gibt Seton-Watson, Hugh: Ost-europa zwischen den Kriegen 1918–1941. Paderborn 1948.

sie den Umbruch vollzogen, zum Teil waren sie darin steckengeblieben. Die soziale Differenzierung am schmalen oberen und am breiten unteren Rand der Gesellschaft schritt unaufhaltsam voran. Das Wirtschaftswachstum reichte nicht annähernd aus, um die rasch zunehmende Bevölkerung mit neuen Arbeitsplätzen zu versorgen. Die Folge war, daß sich immer mehr „überschüssige“ Arbeitskräfte auf dem Lande stauten, daß die ländlichen Betriebe im Zuge der Erbteilung immer mehr zersplittert und verkleinert wurden und die soziale Frage zum drängendsten Problem der Zwischenkriegszeit avancierte³⁰. Die Kluft zwischen Eliten und Nichteliten vergrößerte sich. Die gut 2% der Bevölkerung an der Spitze der sozialen Pyramide – die Besitzelite – verfügte Ende der 30er Jahre z.B. in Jugoslawien über fast 20% des Volkseinkommens, während die Hälfte der Bevölkerung aus den unteren Einkommenschichten sich mit einem Viertel des Volkseinkommens zufriedengeben mußte³¹.

Infolge der „demographischen Revolution“ hatte der Pauperisierungsdruck auf dem Lande dramatisch zugenommen, während die einsetzende Industrialisierung zur Entstehung einer zwar schwachen, gleichwohl nach der russischen Oktoberrevolution bedrohlich erscheinenden Arbeiterbewegung führte. Erstmals wurden damit die Umrise einer Klassengesellschaft erkennbar.

Die Herausforderung durch den internationalen Wettbewerbsdruck und die sich öffnende Schere zwischen den westlichen Industrie- und den zurückbleibenden Balkangesellschaften bzw. die daraus resultierenden Aufgaben für die Entwicklungspolitik hatten die schon früher zwischen Populisten und „Westlern“, Konservativen und „Liberalen“ zerstrittenen Eliten weiter gespalten. Seit der Jahrhundertwende waren verstärkt auch weltanschauliche Risse hinzugekommen. Die Kluft zwischen der staatsbezogenen Oberschicht und der gesellschaftskritischen Intelligencija verbreiterte sich. Die Exklusionsstrategien der Eliten hielten dem Ansturm

³⁰ Umfangreiches Material dazu bei Moore, Wilbert E.: *Economic Demography of Eastern and Southern Europe*. Geneva 1945. Vgl. auch Sundhaussen, H.: *Die verpaßte Agrarrevolution. Aspekte der Entwicklungsblockade in den Balkanländern vor 1945*, in: *Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa*, hg. v. Roland Schönfeld. München 1989, S. 45–60.

³¹ Sundhaussen, H.: *Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941–1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie*. Stuttgart 1983, S. 106.

der städtischen Schichten auf Gymnasien und Hochschulen nicht mehr stand, so daß das Heer der hochqualifizierten Arbeitssuchenden in den 20er Jahren ein Ausmaß erreichte, das mit den verfügbaren Ressourcen nicht mehr befriedigt werden konnte. Hatte es im 19. Jahrhundert noch einen weit verbreiteten Mangel an qualifiziertem und professionalisiertem Personal zur Besetzung der staatlichen Institutionen gegeben, so kehrte sich die Situation nach dem 1. Weltkrieg um. Jetzt gab es weit mehr Universitätsabsolventen als untergebracht werden konnten³². Die Staatsapparate waren hoffnungslos überbesetzt. Und diejenigen, die trotz einer entsprechenden akademischen Ausbildung nicht mehr adäquat versorgt werden konnten, verstärkten die Reihen der frustrierten „Intelligencija“, die von einem radikalen Umbau der Gesellschaft träumte. Eine selbstbewußte, vom staatlichen Tropf unabhängige Mittelschicht war noch immer nicht in Sicht, ebensowenig wie eine leistungsfähige, nach meritokratischen Prinzipien rekrutierte, politisch neutrale Bürokratie. Zwar gab es eine rechnerische Mittelschicht, d.h. Personen, deren Einkommen in der statistischen Mitte zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommensklassen rangierten. Aber diese Gruppe von höheren Beamten, Freiberuflern, kleineren Unternehmern, Großbauern u.a. war überaus heterogen und blieb zu einem erheblichen Teil vom Staat abhängig. Dies hinderte sie, ein eigenes Gruppenbewußtsein, eine eigene Identität auszubilden. Persönliche und regionale Bindungen und die daraus resultierenden Netzwerke waren nach wie vor wichtiger als programmatische Bindungen oder das Bekenntnis zu einer bürgerlichen Arbeitsmoral und Ethik.

Die staatlichen Institutionen blieben weiterhin die wichtigste Ressource zur Versorgung der Oberschichten und ihrer Klientel. „An der Regierung zu bleiben und damit die Verfügungsgewalt über Ämter und Einkünfte zu behalten, war /weitaus/ wichtiger als ein Programm durchzusetzen.“³³ Die politisch tonangebenden Eliten – auch wenn sie sich als

³² Vgl. Calic, Marie-Janine: *Bildung als Entwicklungsproblem in Jugoslawien (1918–1941)*, in: *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum zweiten Weltkrieg*, hg. v. Nobert Reiter u. Holm Sundhaussen. Berlin 1994, S. 116.

³³ Maier, Lothar: *Rumänien auf dem Weg zur Unabhängigkeitserklärung 1866–1877. Schein und Wirklichkeit liberaler Verfassung und staatlicher Souveränität*. München 1989, S. 480.

„Liberale“ bezeichneten – strebten nicht nach einer Rückführung des Staates auf ein Mindestmaß, sondern betrachteten den Staat als wichtigstes Instrument des Machterhalts. Nicht weniger, sondern mehr Staat, lautete ihre Devise. Dementsprechend nahm der Staatsinterventionismus zu. Damit entstand ein System, das mit Konrád und Szelényi als eine der Frühformen rationaler Redistribution beschrieben werden kann³⁴: eine Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts nicht durch den selbstregulierenden Markt, sondern durch die politische Elite, die damit nicht nur sich selbst und die von ihr beherrschten Institutionen, sondern auch die von ihr gesetzten Modernisierungsziele zu finanzieren suchte.

Und wo die staatlichen Ressourcen beim besten Willen zur Befriedigung der Ansprüche nicht mehr ausreichten, wurden neue Quellen zu Lasten der Gesellschaft erschlossen, z.B. in Gestalt legalisierter Monopole oder aber in Form der nichtlegalisierten, gleichwohl akzeptierten Korruption, die alle Ebenen der institutionalisierten Gesellschaft von unten nach oben oder von oben nach unten durchdrang.

Der mühsam erkämpfte Parlamentarismus führte die Staaten nach dem 1. Weltkrieg angesichts zunehmend knapper werdender Ressourcen und verschärfter Verteilungskämpfe der konkurrierenden Führungsschichten immer wieder an den Rand der Unregierbarkeit. Und da die Attraktivität des Parlamentarismus in vielen Ländern Europas nach der Euphorie von 1918 schnell wieder verblaßte, sah sich der pragmatische und konservative Teil der Eliten im Balkanraum unter Führung der Monarchen ermutigt, die defizitären Demokratien durch Diktaturen oder autoritäre Regime zu ersetzen. Ihre Träger – die Hofkamarilla, hohe Militärs, Wirtschaftsbosse, konservative Ideologen, Opportunisten aller Art, aber auch Enttäuschte, die der fruchtlosen Streitereien überdrüssig waren – strebten keine Mobilisierung der Massen nach faschistischem Vorbild an (dazu fehlten ihnen i.d.R. die technischen Möglichkeiten und die propagandistischen Kenntnisse, von der Geringschätzung der Massen ganz zu schweigen), sondern sie versuchten, die Bevölkerung durch patrimoniale Bevormundung stillzustellen und gegen radikale Strömungen zu immunisieren. Ein Teil der regimetreuen Eliten hoffte, die Modernisierung unter dem Schutz der Diktatur fortsetzen zu können, andere zielten

³⁴ Konrád/Szelényi: *Intelligenz*, S. 75 ff.

auf die Konservierung des gesellschaftlichen status quo ab. Aber überall nahm der staatliche Sektor und die Intervention des Staates – nicht zuletzt unter dem Druck der desaströsen Weltwirtschaftskrise – rapide zu³⁵. Das seit der Befreiung von osmanischer Herrschaft erkennbare Defizit an staatsunabhängiger Gesellschaft verstärkte sich.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Aneignungs- und Exklusionsregeln in den sozialistischen Ländern grundlegend verändert. Die Appropriation und Akkumulation politischen, wirtschaftlichen und kulturellen „Kapitals“ durch die Kommunistischen Parteien ließ ein Machtmonopol bisher unbekanntes Ausmaßes entstehen. Ideologische Konformität avancierte zum wichtigsten Rekrutierungsmechanismus der Eliten, während die zunächst stark betonten sozialen Herkunftskriterien bald wieder in den Hintergrund rückten zugunsten persönlicher Loyalitätsbeziehungen auf der einen und schrittweiser Expansion und Meritokratisierung des institutionalisierten „Kulturkapitals“ auf der anderen Seite. Durch die Konzentration der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Verfügungsrechte in den Händen der Nomenklatura entstand das, was Milovan Djilas 1957 als „neue Klasse“ titulierte:

„Wir haben zu viele vorgeschriebene, von oben vorgeschriebene Wahrheiten.“ „Die dogmatische, bürokratische Theorie, derzufolge nur die Kommunisten die bewußten Kräfte des Sozialismus sind (nach Stalin ein 'besonderer Menschentyp') dient nur dazu, sie von der Gesellschaft zu trennen und über die Gesellschaft zu stellen als diejenigen, die dazu prädestiniert sind, die anderen zu dirigieren, weil sie die einzige Gruppe sind, die sich der 'Endziele bewußt' und vollkommen vertrauenswürdig sind. Diese Theorie und diese Praxis müssen die Kommunisten von den Massen trennen und sie in Priester und Polizisten des Sozialismus verwandeln...“ Und weiter: „Die

35 Vgl. Ránki, Gy. / Tomaszewski, J.: The Role of the State in Industry, Banking and Trade, in: The Economic History of Eastern Europe 1919–1975, hg. v. M.C. Kaser u. E.A. Radice. Vol. 2. Oxford 1986, S. 3 ff.; Djurović, Smiljana: Državna intervencija u industriji Jugoslavije 1918–1941. Beograd 1986; Calic, Marie-Janine: Sozialgeschichte Serbiens 1815–1941. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung. München 1994, S. 403 ff.

Theorie, nach der der Kommunismus von heute eine Form des modernen Totalitarismus ist, ist nicht nur die verbreitetste, sondern auch die zutreffendste. (...) Der moderne Kommunismus ist diejenige Form des Totalitarismus, die aus drei Hauptfaktoren zur Kontrolle über das Volk besteht: der erste ist die Macht; der zweite der Besitz; der dritte die Ideologie. Sie sind das Monopol der einen und einzigen politischen Partei oder...einer neuen Klasse... Keinem totalitären System der Geschichte, nicht einmal einem totalitären System der Gegenwart außer dem Kommunismus ist es gelungen, gleichzeitig alle diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad in sich zu vereinigen.“³⁶

Diese Formulierungen mögen nicht ungeteilte Zustimmung aller finden, aber der These von der einmaligen Konzentration der Verfügungsgewalten wird man sich kaum entziehen können. Zwar wurden im Laufe der vier Jahrzehnte Sozialismus die Zugangs- und Ausschlußregeln in einem von Land zu Land unterschiedlichem Ausmaß modifiziert, doch der Klassencharakter der kommunistischen Oberschicht wurde dadurch nicht grundlegend in Frage gestellt. Auf Details kann ich hier verzichten, da diese in anderen Referaten noch behandelt werden.

Stattdessen will ich versuchen, in wenigen Worten und stark vereinfacht (vielleicht zu stark vereinfacht) die Entwicklung seit der Staatsgründung zusammenzufassen.

Im langfristigen – nicht unbedingt geradlinigen, aber doch stetigen – Trend zeichnete sich eine zunehmende Konzentration der Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen in den Händen der staatstragenden Eliten ab. Der räumlichen Konzentration auf die Hauptstadt (unter Vernachlässigung des übrigen Städtensetzes) entsprachen die Konzentration auf (zentralisierte) staatliche Institutionen (unter Vernachlässigung nichtstaatlicher, regionaler und lokaler Institutionen), die Konzentration auf die Hochschulbildung zur Reproduktion der Eliten (unter Vernachlässigung der Elementar- und Berufsbildung), die Konzentration auf In-

³⁶ Djilas, Milovan: *Die Neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems.* München 1957, S. 226.

dustrie und modernste Technologie (unter Vernachlässigung der Landwirtschaft) und die Konzentration auf Exekutive und Militär (unter Vernachlässigung der Zivilgesellschaft). Es waren die politischen Eliten, die diese Konzentrationsprozesse vorantrieben und von ihnen profitierten. In der ersten Phase – der Phase der Staats- und Nationsbildung – hing die Zugehörigkeit zur Elite noch stark von personenbezogenen Merkmalen (vom persönlichen Kapital der Akteure) ab. Im Ergebnis formierte sich eine Art Oligarchie, die in einem langen Machtkampf die Aneignungs- und Verfügungsregeln über Ressourcen aushandelte und sich durch Einführung neuer Institutionen eine Basis zur Versorgung ihrer Anhänger schuf. Ihre Legitimation leitete sie aus ihrem „nationalen Emanzipationsauftrag“ ab.

In der Krisenphase zwischen den beiden Weltkriegen entstand eine Art staatlicher Frühkapitalismus im Rahmen einer umrißhaft erkennbaren Klassengesellschaft (frühe rationale Redistribution). Die ökonomische Rückständigkeit (insbesondere auf dem Lande), das disproportionierte Industrialisierungsniveau, die schleppend verlaufende Urbanisierung und Alphabetisierung begünstigten das Fortbestehen patrimonialer und traditionalistischer Gefolgschaftsbeziehungen unter veränderten Rahmenbedingungen. In Auseinandersetzung mit der marginalisierten und radikalisierten „Intelligencija“ versuchte der konservative Flügel der partiell verbürgerlichten Eliten, der wirtschaftlich-sozialen Krise und der zunehmenden politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzungen durch eine weitere Konzentration der erschöpften Ressourcen mittels Staatsinterventionismus in die Wirtschaft und Etablierung der Königsdiktaturen zu begegnen.

In der dritten Phase kam es in den sozialistischen Ländern zu einer völligen ideologischen Umpolung der Aneignungs- und Verfügungsregelungen, die zu einem Machtmonopol in den Händen der „neuen Klasse“ führte. Der Weg hatte somit von der traditionell geschichteten, wenig ausdifferenzierten, klassenlosen Gesellschaft über die staatszentrierte frühkapitalistische Gesellschaft mit partieller Verbürgerlichung auf der einen und Formierung einer Arbeiterklasse auf der anderen Seite zur parteibürokratischen Klassengesellschaft unter sozialistischem Vorzeichen mit voll ausgebildeter rationaler Redistribution geführt. Ein gemeinsames Merkmal aller drei Phasen ist das Fehlen einer selbstbewußten,

gesellschaftsprägenden Mittelschicht. Eliten und Nichteliten (einschließlich der selbst ernannten Führungsschicht in Gestalt der „Intelligencija“) standen sich mehr oder minder unvermittelt gegenüber. Die Legitimations-, Rekrutierungs- und Ausschließungsstrategien der Eliten gegenüber dem Rest der Bevölkerung veränderten sich zwar infolge unterschiedlich definierter Loyalitätsbeziehungen, doch der vorwiegend duale Charakter der Gesellschaft blieb erhalten. Ihn zu überwinden, gehört zu den großen Herausforderungen der postsozialistischen Umgestaltungsphase.

Das Fehlen bzw. die Schwäche einer Mittelschicht im soziologischen (nicht statistischen) Sinn hatte weitreichende, negative Konsequenzen auf die Effizienz der gesellschaftlichen Systeme. Wenn die These vieler Modernisierungsforscher richtig ist, daß nämlich langfristige und breitenwirksame Steigerungen der gesellschaftlichen Leistungs- und Anpassungskapazitäten auf eine weitreichende Autonomie der Teilsysteme und die „Entfesselung der teilsystemspezifischen Rationalität“ (Niklas Luhmann) zurückzuführen ist, dann sind die Gründe für den schleppenden und widerspruchsvollen Verlauf der Modernisierung in den Balkanländern evident. Die fortschreitende Zentralisierung von Verfügungsrechten in den Händen der Oberschicht bzw. der „neuen Klasse“ erstickte nicht nur die Autonomie potentieller Teilsysteme, sondern warf auch die Frage nach den Kontrollmechanismen auf. Um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, bedarf es einer unabhängigen und materiell gesicherten Schicht, die nicht der Gruppe angehört, die es zu kontrollieren gilt. Woher sollen diese Personen kommen, wenn nicht aus der Mittelschicht? Und weiter: Kontrolle ohne mögliche Sanktionen bleibt wirkungslos. Deshalb ist es von grundsätzlicher Bedeutung, daß gleichzeitig mit der Regelung von Verfügungs- und Ausschlußrechten auch Sanktionsrechte ausgehandelt werden. Ihre Durchsetzung ist Aufgabe der richterlichen Gewalt. Verfügungsrechte ohne Kontrolle und Kontrolle ohne Sanktionen bzw. Haftungsverpflichtung führen fast zwangsläufig zur Ineffizienz. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung, die auch im gegenwärtigen Transformationsprozeß immer wieder zu hören war, daß private Verfügungsrechte (gleichsam automatisch) effizienter seien als zentralisierte Verfügungsrechte wird hier die Auffassung vertreten, daß es nicht oder nicht allein darauf ankommt, ob Verfügungsrechte zentralisiert oder dezentralisiert

sind, sondern daß Besitz und Verfügungsmacht ohne Kontrolle und ohne Haftung früher oder später stets zur Ineffizienz führen. Die Geschichte der Eliten in den Balkanländern ist zu weitgehenden Teilen eine Geschichte von Rechten ohne Pflichten. Amtsmissbrauch wurde selten oder nur milde geahndet. Vorwürfe wegen Korruption oder Nepotismus hat es zwar in Hülle und Fülle gegeben. Aber entsprechende Untersuchungen endeten meistens ergebnislos. Und wenn es Verurteilungen gab, war die Korruption oft nur Vorwand in einem Machtkampf, nicht wahrer Grund für die Verurteilung³⁷. Wahlmanipulationen gehörten faktisch zum System. Und die Folgen von Mißwirtschaft wurden regelmäßig auf die Gesellschaft abgewälzt. Das war in vorsozialistischer Zeit nicht viel anders als in sozialistischer Zeit. Auch in diesem Punkt stehen die postsozialistischen Gesellschaften vor einer großen Herausforderung. Eine Privatisierung bzw. Dezentralisierung von Eigentums- und Verfügungsrechten ohne gleichzeitige Dezentralisierung von Haftungsverpflichtungen begünstigt den Fortbestand einer (von der Politik in die Wirtschaft oder von der Wirtschaft in die Politik zirkulierenden) Führungsschicht, die fernab von der Gesellschaft und über der Gesellschaft steht.

³⁷ Vgl. Kulundžić, Zvonimir: *Politika i korupcija u kraljevskoj Jugoslaviji*. Zagreb 1968.

Elitenwandel in Südosteuropa: Einige Bemerkungen aus elitentheoretischer Sicht

Anton Sterbling

Der Niedergang der kommunistischen Alleinherrschaft in Ost- und Südosteuropa veranlaßte viele Beobachter und Akteure und nicht zuletzt auch namhafte Sozialwissenschaftler wie etwa Ralf Dahrendorf von einer „Revolution“ zu sprechen.¹ Der Begriff der Revolution indes legt nicht nur eine tiefgreifende Veränderung der politischen Herrschaftsordnung und Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch einen weitgehenden *Elitenwandel* nahe. Dem steht nun die vielfach vorgetragene und mitunter auch mit Akzenten moralischer Empörung versehene Feststellung einer nahezu bruchlosen Kontinuität der Eliten in den Staaten Südosteuropas gegenüber.²

Ein dritter, den realen Gegebenheiten wohl recht nahe kommender Befund wiederum besagt, daß es zwar einen Elitenwechsel in vielen institutionellen Bereichen und Spitzenpositionen gegeben habe, daß dabei aber nur selten alternative Gegeneliten aufgestiegen sind. In die durch den Abgang der alten Eliten freigewordenen oder im Zuge des institutionellen Wandels neu entstandenen Elitenpositionen aufgerückt sind vor allem Funktionäre, Technokraten und Angehörige der Intelligenzija der höheren und mittleren Hierarchieebene im alten System, wobei der Elitenwechsel sich zugleich und vor allem als ein Generationswechsel der

¹ Siehe: Dahrendorf, Ralf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990. Siehe auch: Eastern Europe in Revolution, hg. v. Ivo Banac. Ithaca-London 1993; Gabanyi, Anneli Ute: Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation. Hamburg 1996 (Dissertation).

² Siehe zum Beispiel: Margolina, Sonja: Im Sumpf der Vergangenheit. Das alte Kaderwesen verhindert in Rußland die Herausbildung neuer Eliten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Beilage Bilder und Zeiten, Nr. 141 vom 21. Juni 1997.

Eliten darstellt. Alte und neue Eliten haben indes insofern viele Gemeinsamkeiten, als sie häufig denselben Herkunftsgruppen angehören oder über ähnliche Bildungs- und Karrierewege aufgestiegen sind.³

Solche Befunde können sicherlich durch vielfache empirische Untersuchungen und Beobachtungen gestützt werden,⁴ sie sind aber zugleich – wie angedeutet – weitgehend interpretationsoffen. Um die Frage, ob und inwiefern es in den Gesellschaften Südosteuropas einen *Elitenwandel* gegeben hat, in einem sozialstrukturell und modernisierungstheoretisch präziseren Sinne zu fassen und mit mehr analytischer Tiefenschärfe zu verbinden, erscheinen daher einige klärende elitentheoretische Überlegungen angebracht.

- 3 Siehe: Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a. M. 1994, insb. S. 175 ff.; Sterbling, Anton: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften. Hamburg 1993.
- 4 Zur Elitenproblematik in Osteuropa und Südosteuropa liegt mittlerweile eine umfangreiche Literatur vor. Was die Elitenproblematik in Osteuropa oder einzelnen osteuropäischen Länder betrifft, siehe zum Beispiel: *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*, hg. v. Heinrich Best u. Ulrike Becker. Opladen 1997; Beyme, Klaus v.: Systemwechsel in Osteuropa. a.a.O., insb. S. 175 ff.; *Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe*, hg. v. Bruno Grancelli. Berlin – New York 1995, insb. Part One: The Actors of Change, S. 43 ff.; Kukolev, Igor / Strykow, Petra: Elitenforschung, in: *Sozialwissenschaft in Rußland*, hg. v. Ingrid Oswald u. a. Band 1, Berliner Debatte. Berlin 1996, S. 83–113; Mattusch, Katrin: Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa? Vom Zusammenwirken von Strukturen, Elitenprägung und Bevölkerungseinstellungen, in: *Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die Soziologie*, hg. Bálint Balla u. Anton Sterbling. Hamburg 1996, S. 179–209. Zur Elitenproblematik in Südosteuropa oder einzelnen südosteuropäischen Ländern siehe zum Beispiel: Winderl, Thomas: Machteliten im Systemwechsel: Über Wandel und Kontinuität osteuropäischer Eliten, in: *Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung* 43 (1994), S. 613–627; Tökés, Rudolf L.: Hungary's New Political Elites: Adaptation and Change 1989–1990, in: *Democracy and Political Transformation. Theories and East-Central European Realities*, hg. v. György Szoboszlai. Budapest 1991, S. 226–286; Hoppe, Hans-Joachim: Das Profil der neuen bulgarischen Elite (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 6). Köln 1996; Hoppe, Hans-Joachim: Die neue politische Elite Kroatiens (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 7). Köln 1997; Gabanyi, Anneli Ute: Systemwechsel in Rumänien. a.a.O.; Roth, Andrei: Staatliche Bürokratie und neue Eliten im posttotalitären Rumänien, in: *Max Weber und Osteuropa. Beiträge zur Osteuropaforschung* 1, hg. v. Anton Sterbling u. Heinz Zipprian. Hamburg 1997, S. 181–204.

Solche elitentheoretische Reflexionen werden im ersten Teil meines Beitrages im Mittelpunkt der Ausführungen stehen. Im zweiten Teil des Beitrages werden sodann – unter Bezugnahme auf diese elitentheoretischen Ausführungen – einige Überlegungen zur Rolle der Eliten und zum Elitenwandel in Südosteuropa entwickelt.

Elitentheoretische Überlegungen

Der Elitenbegriff ist nicht nur stark wertgeladenen und ideologiebesetzt. Er erscheint auch in seiner sozialwissenschaftlichen Verwendung reichlich kontrovers und schillernd.⁵ Viele Probleme und Mißverständnisse der gegenwärtigen Diskussion um den Elitenwandel in Ost- und Südosteuropa resultieren meines Erachtens aus einer ungenügend klaren theoretischen Bestimmung und empirischen Abgrenzung des Elitenbegriffs.

So fällt zunächst auf, daß osteuropäische Sozialwissenschaftler heute zu einer nahezu inflationären Verwendung des vormals ideologisch weitgehend tabuisierten Elitenbegriffs neigen.⁶ Dabei wird dieser Begriff nicht selten relativ umstandslos als semantisches Äquivalent der obsolet gewordenen Begriffe Spitzenkader oder Nomenklatura verwendet, oder aber als Beschreibungs- und Selbstbeschreibungskategorie der Intelligenzija gebraucht. Auch wenn es um wirtschaftliche Akteure oder Angehörige der „neuen Unternehmerschaft“, um sogenannte „Neureiche“ oder selbst um irgendwelche Lokal-, Kommunal- oder Provinzpolitiker geht, wird mitunter vorschnell – manchmal allerdings auch nur in ironischer Absicht – von „Eliten“ gesprochen.⁷ Diese vielseitigen, ungenauen und mitunter

⁵ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Eliten im Modernisierungsprozeß, in: *Wohin geht die Sprache? Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz*, hg. Jürgen Mittelstraß. Essen 1989, S. 206–219.

⁶ Zu den Folgen ideologischer Tabuisierung bestimmter Begriffe und Denkfiguren während der kommunistischen Herrschaft siehe auch: Sterbling, Anton: *Unterdrückung, Ideologie und der untergründige Fortbestand von Mythen*, in: *Mythen, Symbole, Rituale. Die Geschichtsmächtigkeit der 'Zeichen' in Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. Dittmar Dahlmann u. Wilfried Potthoff. Bonn 1998 (in Vorbereitung).

⁷ Siehe: *Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe*, hg. v. Bruno Grancelli. Berlin – New York 1995; Mattusch, Katrin: *Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa?* a.a.O.; Lissjutkina, Larissa: *Die „neureichen Russen“*. Zur Typologie der Unternehmerschaft, in: *Max Weber und Osteuropa. Beiträge zur Osteuropaforschung 1*, a.a.O., S. 167–180.

auch leichtfertigen Verwendungsformen des Elitenbegriffs sind indes nur ein spezifischer Ausdruck eines allgemeineren Problems.

Wie sich bei näherer Betrachtung nämlich zeigt, wird in der elitentheoretischen Diskussion und sozialwissenschaftlichen Forschung relativ inkonsistent und deutungsoffen mit unterschiedlichen Elitekonzepten operiert, wobei selbst die Grundfrage, ob Eliten eine „allgemeine“ oder eine „historische“ Analysekategorie darstellt, durchaus strittig erscheint.⁸ Günter Endruweit hat dieses weite und komplizierte Feld verschiedener Auffassungen und Begriffsbestimmungen insofern einigermaßen überschaubar gemacht, als er die gängigen wie auch die weniger gebräuchlichen Konzepte der „Positionseliten“, „Leistungseliten“, „Funktionseliten“, „Machteliten“, „Werteliten“, „Selbsteinschätzungseliten“ und „Fremdeinschätzungseliten“ systematisch einander gegenübergestellt und in ihrem analytischen Gehalt näher expliziert hat.⁹

Daran anknüpfend kann man feststellen, daß in sozialwissenschaftlichen und insbesondere in politikwissenschaftlichen Analysen häufig mit dem Konzept der „Funktionseliten“ oder dem an C. Wright Mills angelehnten Begriff der „Machtelite“¹⁰ wie auch mit dem empirisch relativ einfach operationalisierbaren Konzept der „Positionseliten“ gearbeitet wird. Das Konzept der „Funktionseliten“ erscheint indes – übrigens ähnlich wie das der „Leistungseliten“ – an spezifische strukturelle Voraussetzungen und mitunter auch an einschränkende normative Vorannahmen gebunden,¹¹ die den analytischen Gebrauch in der Osteuropaforschung

⁸ Siehe: Dreitzel, Hans Peter: *Elitebegriff und Sozialstruktur*. Stuttgart 1962; Schluchter, Wolfgang: *Der Elitebegriff als soziologische Kategorie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 15 (1963), S. 233–256, insb. S. 236 ff.; „Demokratische“ Elitenherrschaft. *Traditionsbestände eines sozialwissenschaftlichen Problems*, hg. v. Wilfried Röhrich. Darmstadt 1975.

⁹ Siehe: Endruweit, Günter: *Elite und Entwicklung. Theorie und Empirie zum Einfluß von Eliten auf Entwicklungsprozesse*. Frankfurt a. M. – Bern – New York 1986, insb. S. 15 ff.

¹⁰ Siehe: Mills, C. Wright: *Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten*. Hamburg 1962. Siehe auch: Bottomore, Thomas B.: *Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems*. München 1966.

¹¹ Das Konzept der Funktionseliten und mehr noch das der Leistungseliten erscheint häufig mit Vorannahmen wie offenem und fairem Wettbewerb, Rekrutierung und Selektion der Eliten auf der Grundlage fachlicher Qualifikation und individueller Leistungsfähigkeit, Dominanz funktionaler

deutlich begrenzen. Das Konzept Machtelite wiederum hat den Nachteil, daß es sehr stark auf den Macht- und Herrschaftsaspekt ausgerichtet ist, daß es die Aufmerksamkeit weitgehend auf die politische Elite konzentriert wie auch von einer gewissen Dominanz der politischen Elite ausgeht, was unter bestimmten Herrschaftsverhältnissen und Elitenkonfigurationen zwar zutrifft, aber nicht ohne weiteres generalisierbar erscheint. Das Konzept der „Positionseliten“ schließlich – eine relativ einfache entsprechende Definition lautet, „daß Eliten Menschen in strategischen Positionen in öffentlichen und privaten bürokratischen Organisationen sind“¹² – ist für die Analyse der Elitenbildung und des Elitenhandelns unter den Bedingungen einer relativ stabilen institutionellen Ordnung durchaus geeignet, zumal der Positionsbezug ein empirisch relativ gut handhabbares Bestimmungs- und Abgrenzungskriterium der Eliten bereitstellt. Dieses Konzept erscheint aber nur in begrenztem Maße zur Untersuchung des *Elitenwandels* geeignet, wenn man unter Elitenwandel nicht nur ein Wechsel oder Austausch der Eliten versteht, sondern dabei auch weitreichende Veränderungen des institutionell und sozialstrukturell verankerten Positions- und Statussystems und der maßgeblichen Elitenbeziehungen mit in Betracht zieht.

Von System- und Elitenwandel ist – im Gegensatz zum Elitenwechsel – dann zu sprechen, wenn Eliten nicht nur im Rahmen bestehender Institutionen oder „bürokratischer Organisationen“ agieren, sondern auch und vor allem als „Konstrukteure neuer institutioneller Ordnungen“ hervortreten,¹³ wobei sich – bei weitreichenden Veränderungen der institu-

Autorität und Rationalität usw. verbunden. Dies schränkt den Gebrauch auf bestimmte, demokratisch geordnete Handlungskontexte und entsprechende Gesellschaftssysteme ein. Siehe dazu: Stammer, Otto: Das Elitenproblem in der Demokratie, in: „Demokratische“ Elitenherrschaft. Traditionsbestände eines sozialwissenschaftlichen Problems, a.a.O., S. 192–224; Bachrach, Peter: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse. Frankfurt a. M. 1970; Hartmann, Heinz: Funktionale Autorität. Systematische Abhandlung zu einem soziologischen Begriff. Stuttgart 1964.

¹² Siehe: Field, Lowell G. / Higley, John: Eliten und Liberalismus. Ein neues Modell zur geschichtlichen Entwicklung der Abhängigkeit von Eliten und Nicht-Eliten: Zusammenhänge, Möglichkeiten, Verpflichtungen. Opladen 1983, vgl. S. 34.

¹³ Siehe dazu auch: Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie 9 (1980), S. 118–128; Eisenstadt, Samuel N.: Revolution und Transformation von

tionellen Ordnungen und des Positionsgefüges einer Gesellschaft – in der Regel auch die bestehenden Elitenkonfigurationen, das heißt die grundlegenden Beziehungen zwischen verschiedenen Elitengruppen wie auch zwischen Eliten und Nichteliten, mehr oder weniger tiefgreifend wandeln. Zur Untersuchung der Art und des Ausmaßes des *Elitenwandels* erscheint daher die Analyseebene der *Elitenkonfigurationen* von primärer Bedeutung. Bevor ich anschließend einige Erläuterungen zum Konzept der Elitenkonfiguration gebe, möchte ich zunächst den Elitenbegriff selbst zumindest grob definieren.

Es handelt sich hierbei – so sei vorausgeschickt – um eine Begriffsbestimmung, die sich an den Analysebelangen des Elitenwandels ausrichtet und daher vorrangig handlungstheoretisch und prozessorientiert angelegt ist. Zu den Eliten zählen danach all diejenigen Personen, die über längere Zeit auf Grund bestimmter Handlungsressourcen und besonderen, in der Regel privilegierten Handlungschancen Adressaten spezifischer Erwartungen größerer Bezugsgruppen sind und deren Entscheidungshandeln oder Situationsdeutungen für größere Bevölkerungsgruppen handlungsrelevant oder meinungsbildend werden. Soweit die Realitätsdeutungen und Entscheidungen der Eliten strukturelle Auswirkungen haben, können sie auch die Lebensbedingungen größerer Personenkreise folgenreich verändern. Dabei müssen – darauf sei ausdrücklich hingewiesen – Absichten und Ziele des Elitenhandelns und die durch ihr Entscheidungshandeln herbeigeführten strukturellen Folgen, zu denen oft eine Vielzahl unvorhersehbarer, nichtintendierter oder paradoxer Nebenfolgen zählen, keineswegs übereinstimmen.¹⁴ Die zentralen Elemente der vorgeschlagenen Definition des Elitenbegriffs sind also: Verfügung über bestimmte Handlungsressourcen (zum Beispiel Wissen, Kapital, Macht usw.), besondere Handlungschancen, asymmetrische Erwartungsbeziehungen und Anerkennungsbedürfnisse im Verhältnis zwischen Eliten und Nichteliten

Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen. Opladen 1982; Sterbling, Anton: Widersprüchliche Moderne und die Widerspenstigkeit der Traditionalität. Hamburg 1997, insb. S. 161 ff.

- ¹⁴ Die „paradoxen“ Wirkungen des Elitenhandelns wäre sicherlich ein interessanter Untersuchungsgegenstand, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß es dabei in vielen Fällen um strategisches Entscheidungshandeln geht, das zumeist ein „Gegenhandeln“ (anderer Elitengruppen oder Nichtelitengruppen) nach sich ziehen kann oder in Rechnung stellen muß.

sowie Entscheidungs- und Definitionsmacht mit kollektiv relevanten Auswirkungen.¹⁵

In Anlehnung an diese Elitenbestimmung lassen sich nun auch wichtige konstitutive Elemente oder Dimensionen von Elitenkonfigurationen erläutern. Will man Elitenkonfiguration erfassen, so kann man in einer ersten Annäherung alle wesentlichen Beziehungen zwischen Eliten und Nichteliten wie auch zwischen maßgeblichen Elitengruppen in einer Gesellschaft dazuzählen. Was die Beziehungen zwischen Eliten und Nichteliten betrifft, so kann man diese – idealtypisch betrachtet – im wesentlichen als Macht- oder Autoritätsbeziehungen (Herrschaftsbeziehungen) oder aber als Stellvertretungsbeziehungen auffassen.¹⁶ Die Art der Beziehungen zwischen Eliten und Nichteliten wird davon maßgeblich bestimmt: a) ob und inwiefern sich diese auf gemeinsam geteilte Überzeugungssysteme, auf (partiell) gemeinsame Ziele oder ähnlich gelagerte Interessen stützen, b) welche Handlungsressourcen (Wissen, Kapital, Macht, Sanktionsmittel usw.) dabei relevant und wie diese verteilt sind und c) inwiefern es sich um institutionell verankerte und stabilisierte Beziehungen handelt. Damit hängt auch unmittelbar zusammen, welche Kriterien der Rekrutierung und Selektion der Eliten maßgeblich sind, über welche Durchsetzungschancen und Unter-

¹⁵ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen*. München 1997, insb. S. 255 ff.

¹⁶ Die realen Eliten-Nichteliten-Beziehungen stellen zumeist eine Mischung zwischen Macht-, Autoritäts- oder Stellvertretungsbeziehungen dar, wobei die jeweiligen Komponenten (von Macht, Autorität, Delegation u.ä.) allerdings recht unterschiedlich verteilt sind, so daß diesbezüglich von einer großen Variabilität der Eliten-Nichteliten-Verhältnisse auszugehen ist. Hinzu kommt als ein weiterer differenzierender Gesichtspunkt, daß es sich um „funktionale“ oder um „persönliche“ Abhängigkeitsbeziehungen oder aber um Mischformen handeln kann. Siehe: Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen 1976, insb. S. 122 ff. und S. 541 ff.; Roth, Günther: *Politische Herrschaft und persönliche Freiheit*. Heidelberger Max Weber-Vorlesungen 1983; Weiß, Johannes: *Stellvertretung. Überlegungen zu einer vernachlässigten soziologischen Kategorie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36 (1984), S. 43–55; Popitz, Heinrich: *Autoritätsbedürfnisse. Der Wandel der sozialen Subjektivität*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (1987), S. 633–647; Sterbling, Anton: *Eliten im Modernisierungsprozeß. Ein Theoriebeitrag unter besonderer Berücksichtigung grundlagentheoretischer Probleme*. Hamburg 1987, S. 258 ff.

stützungspotentiale die Eliten verfügen wie auch, auf welche Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten die Nichteliten zurückgreifen können.¹⁷ Die Entscheidungs- oder Definitionsmacht der Eliten erscheint in einem solchen Konzept durch bestimmte Überzeugungssysteme, Ziele oder Interessen *begründet*, die entsprechende Eliten- und Nichtelitengruppen zumindest partiell miteinander teilen und aneinander binden, und gleichsam auch durch entsprechende Bindungen *begrenzt*.

Neben und im Zusammenspiel mit den Eliten-Nichteliten-Beziehungen sind für die nähere Kennzeichnung von Elitenkonfigurationen natürlich auch die Beziehungen zwischen verschiedenen Elitengruppen konstitutiv. Greift man zunächst auf die Typologie von Field und Higley zurück, so kann zwischen „Konsensus-Eliten“, „unvollständig vereinten Eliten“, „entzweiten Eliten“ (bzw. tödlich verfeindeten Eliten) und „ideologisch geeinten Eliten“ unterschieden werden.¹⁸ In dieser Typologie wird vor allem auf die Dimension der weltanschaulich-ideologisch begründeten Konflikt-, Konkurrenz- oder Konsensbeziehungen und auf die politischen Machtauseinandersetzungen zwischen einzelnen Elitengruppen Bezug genommen. Ein anderer, damit mehr oder weniger eng zusammenhängender Betrachtungsgesichtspunkt der Elitenbeziehungen besteht darin, in welchem Maße die Handlungs- und Kompetenzsphären verschiedener Elitengruppen ausdifferenziert sind; das heißt über welche Handlungsautonomie einzelne Elitengruppen verfügen, in welchem Maße sich ihr Handeln nach eigenständigen, teilsystemspezifischen Rationalitätskriterien ausrichtet, legitimiert und soziale Anerkennung findet, wie stark sich die Einfluß- und Handlungssysteme verschiedener Elitengruppen überschneiden und durchdringen oder voneinander separiert sind usw.¹⁹ All dies hat natürlich auch und vor allem mit der funktionalen Differenzierung und institutionellen Ordnung einer Gesellschaft zu tun. Dabei spielen aber auch die Homogenität oder Heterogenität der sozialen Herkunft der Eliten, die typischen Rekrutierungs-, Selektions- und Auf-

¹⁷ Siehe: Schluchter, Wolfgang: Der Elitebegriff als soziologische Kategorie. a.a.O.

¹⁸ Siehe: Field, Lowell G. / Higley, John: Eliten und Liberalismus. a.a.O., insb. S. 56.

¹⁹ Siehe: Sterbling, Anton: Eliten im Modernisierungsprozeß, in: *Wohin geht die Sprache? Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz*, a.a.O., S. 206–219.

stiegswege, die interinstitutionellen Kommunikations- und Konfliktbeziehungen, die Wertestruktur und Kommunikationskultur einer Gesellschaft und eine Vielzahl weiterer Faktoren eine nicht unwesentliche Rolle.

In der näheren Analyse und Kennzeichnung vorliegender Elitenkonfigurationen – dies sei an dieser Stelle zumindest angemerkt – erscheinen noch zwei weitere Gesichtspunkte unbedingt beachtenswert. Zunächst ist näher zu berücksichtigen, welche Rolle bestimmte Elitengruppen in intergesellschaftlichen, interkulturellen und internationalen Kommunikations- und Diffusionsvorgängen, in gesellschaftsübergreifenden Beziehungen spielen und welche Auswirkungen solche durch Eliten und andere Trägergruppen vermittelten Prozesse auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und innergesellschaftliche Konflikte haben.²⁰ Ein weiterer Betrachtungsgesichtspunkt wären die Eigeninteressen einzelner Elitengruppen. Das heißt, es müßte auch näher berücksichtigt werden, in welchem Maße bestimmte Elitengruppen Interessen verfolgen, die unabhängig von den aus den relevanten Eliten-Nichteliten-Beziehungen sich ergebenden Verpflichtungen und Erwartungshaltungen sind – oder diesen geradezu gegenläufig erscheinen.²¹

Wenn man die Eliten-Nichteliten-Beziehungen, die intergesellschaftlichen Beziehungen und auch die Eigeninteressen der Eliten weitgehend ausblendet und allein die Beziehungen zwischen maßgeblichen Elitengruppen in den beiden angesprochenen Dimensionen in den Blick nimmt,

²⁰ Hierbei geht es auch um die Rolle der Eliten in der Adaption oder in der Bekämpfung bestimmter, von auswärts kommender kulturellen Ideen oder institutioneller Innovationen, wobei solche Vorgänge in Modernisierungsprozessen und nicht zuletzt in den gegenwärtigen Modernisierungsbestrebungen in Ost- und Südosteuropa eine ganz wichtige Rolle spielen. Siehe: Sterbling, Anton: *Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel*. Hamburg 1994, insb. S. 225 ff.; Sterbling, Anton: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen*. a.a.O., insb. S. 147 ff.

²¹ Robert Michels hat die Verselbständigung der Eigeninteressen der Eliten gegenüber den Basisinteressen bekanntlich als „Oligarchisierungstendenz“ moderner Parteien und Organisationen beschrieben. Aber auch in anderen Hinsichten und Zusammenhängen können sich die Eigeninteressen der Eliten verselbständigen und in den Vordergrund schieben. Siehe: Michels, Robert: *Masse, Führer, Intellektuelle. Politisch-soziologische Aufsätze 1906–1933*. Frankfurt a. M. – New York 1987.

fällt selbst bei Gesellschaften auf einem vergleichbaren Entwicklungsniveau und mit einer ähnlichen politischen Ordnung eine große Variabilität ihrer Elitenkonfigurationen auf. Deutlicher noch unterscheiden sich Elitenkonfigurationen verschiedener Kulturkreise und Gesellschaftssysteme. In der Betrachtung des System- und Elitenwandels kommt daher der Analyse der Stabilität und der Transformation der Elitenkonfigurationen eine wesentliche Rolle zu. Eine Beschränkung der Analyse auf den Gesichtspunkt des Elitenwechsels – also auf die Fragen, in welchem Maße ein Elitenaustausch stattfindet und aus welchen Gruppen sich die Eliten rekrutieren – wäre jedenfalls zu kurz gegriffen.

Überlegungen zur Rolle der Eliten und zum Elitenwandel in Südosteuropa

Vor dem Hintergrund der grob umrissenen elitentheoretischen Überlegungen sollen nun einige thesenartig pointierte Überlegungen zur Rolle der Eliten und zum Elitenwandel in Südosteuropa entwickelt werden. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit soll dabei die Frage stehen, inwiefern es zu einem Wandel der Elitenkonfigurationen gekommen ist.

Greift man auf die schon erwähnte Typologie von Field und Higley zurück,²² so läßt sich zunächst feststellen, daß die Elitenkonfigurationen in den Staaten Südosteuropas unter kommunistischen Herrschaftsbedingungen am ehesten dem Typus der „ideologisch geeinten Eliten“ entsprechen. Aufstiegsriterien in die Eliten waren „ideologische Konformität“ und mehr noch „persönliche Loyalität“.²³ Die Elitenkonfigurationen waren stark vom politischen Zentrum beherrscht und bestimmt und ideologisch weitgehend gleichgeschaltet. Haben sich die Eliten der südosteuropäischen Staaten nach der kommunistischen Machtübernahme zunächst – im Zuge eines mehr oder weniger weitgehenden Elitenaustausches, der die Verdrängung und auch Vernichtung von Teilen der bis

²² Siehe: Field, Lowell G. / Higley, John: *Eliten und Liberalismus*. a.a.O., insb. S. 56.

²³ Siehe auch: Roth, Günther: *Politische Herrschaft und persönliche Freiheit*. a.a.O.

dahin herrschenden Eliten einschloß²⁴ – aus Gruppen der marginalisierten Intelligenzija wie auch aus unteren bäuerlichen und städtischen Bevölkerungsgruppen rekrutiert, so erfolgte der soziale Aufstieg und die Elitenrekrutierung spätestens seit den sechziger Jahren zunehmend und überwiegend aus der infolge der Bildungsexpansion massiv angewachsenen sozialistischen Intelligenzija. Dies hat zu Differenzierungstendenzen, im Ergebnis aber dennoch zumeist recht begrenzt bleibenden Binnendifferenzierungen der Elitenkonfigurationen geführt.

Die Dominanz einer ideologisch geeinten Elite während der Zeit der kommunistischen Herrschaft hatte einerseits zur Folge, daß die Entstehung von – alternative Wertüberzeugungen und Interessen vertretenden – Gegeneliten schon in Ansätzen repressiv unterbunden wurde. Andererseits führte die politische Kontrolle nahezu aller Gesellschaftsbereiche aber auch dazu, daß die teilsystemspezifische Ausdifferenzierung von autonomen Kompetenz- und Handlungssphären der Funktionseliten (zum Beispiel der Wirtschaftseliten, Wissenseeliten usw.) stark beschränkt blieb, wobei dies im Laufe der Zeit zu einem immer größeren Hemmschuh der wirtschaftlichen, industriellen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungen wurde.

Das Ende der kommunistischen Herrschaft – dies habe ich an anderen Stellen ausführlich dargelegt²⁵ – ist nicht zuletzt das Ergebnis der internen Auseinandersetzungen zwischen den oft überalterten Inhabern von Spitzenpositionen im kommunistischen Herrschaftssystem und jüngeren, in die Elitepositionen drängenden Funktionären und Technokraten der mittleren Ebene, deren weiterer Aufstieg durch die zunehmende Immobilität des Systems weitgehend blockiert war und deren Privilegien mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Krise des Systems rapide schrumpften. Die Veränderungsbestrebungen wichtiger Teile der nachrückenden, an ihrem Aufstieg, ihrer Entfaltung oder der Realisierung ihrer Eigeninteressen gehinderten Eliten traf mit einer weit verbreiteten und sich angesichts der sozialistischen Wirtschaftskrisen zuspitzenden

²⁴ Siehe: Seton-Watson, Hugh: *Die osteuropäische Revolution*. München 1956; Fejtö, Francois: *Die Geschichte der Volksdemokratien*. Buch 1: *Die Ära Stalin 1945–1953*. Frankfurt a. M. ²1988.

²⁵ Siehe: Sterbling, Anton: *Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel*. a.a.O., insb. S. 193 ff.

Massenunzufriedenheit zusammen, die unter den Randbedingungen einer spezifischen historischen Situation Ende der achtziger Jahre zum Teil folgenreiche politische Mobilisierungsprozesse einer ansonsten eher passiven und politikfernen Bevölkerung ermöglichte.²⁶

Als eine weitere, die erste überlagernde eliteninterne Konfliktachse kam – wie schon angedeutet – ein immer größerer Dissens zwischen ideologisch geprägten Machteliten und technokratisch orientierten Funktionseleiten hinzu.²⁷ Für die Erklärungen des Niedergangs der kommunistischen Herrschaft erscheinen zudem auch bestimmte Differenzen in den Wissenshorizonten, kulturellen Orientierungen, Lebensstilen, Alltagsauffassungen und Handlungspräferenzen verschiedener Elitengruppen relevant, die nicht zuletzt auf unterschiedliche Generationenlagen, auf alterskohortenspezifische sozialisatorische Prägungen und anders geartete historische Erfahrungen zurückzuführen sind.²⁸

Ein wichtiger Aspekt des spezifischen, stark vom Elitenverhalten bestimmten Verlaufs des „Systemwechsels“ ist darin zu sehen, daß es zwar überall einen beachtlichen Elitenwechsel gab, daß die neuen Eliten aber zum größten Teil aus den privilegierten Bevölkerungskreisen des alten Systems stammen.²⁹ Das weitgehende Fehlen alternativer Elitenpoten-

²⁶ Siehe auch: Gabanyi, Anneli Ute: Systemwechsel in Rumänien. a.a.O.

²⁷ Auf diese Konfliktlinie haben Konrád und Szelényi schon in den siebziger Jahren scharfsinnig aufmerksam gemacht. Siehe: Konrád, György / Szelényi, Iván: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Frankfurt a. M. 1978.

²⁸ Zunächst fällt wohl nahezu in allen südosteuropäischen Ländern ein deutlicher Unterschied zwischen den „stalinistisch“ geprägten Funktionäre und Eliten der fünfziger Jahre und den in den sechziger und siebziger Jahren herangewachsenen und akademisch sozialisierten nachrückenden Elitengruppen auf. Eine gewisse Differenz ist aber auch zwischen letzteren und den Eliten, die noch etwas jüngeren Alterskohorten angehören, zu erkennen. Siehe dazu auch: Hütten, Susanne / Sterbling, Anton: Expressiver Konsum. Die Entwicklung von Lebensstilen in Ost- und Westeuropa, in: Lebensstile in Städten. Konzepte und Methoden, hg. v. Jens Dangschat u. Jörg Blasius. Opladen 1994, S. 122–134.

²⁹ Siehe: Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa. a.a.O., insb. S. 175 ff. Aufschlußreich wäre in diesem Zusammenhang sicherlich auch eine nähere vergleichende Analyse mit anderen „Systemwechsel“, zum Beispiel nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Siehe dazu: Dahrendorf, Ralf: Eine neue deutsche Oberschicht? Notizen über die Eliten der Bundesrepublik, in: „Demokratische“ Elitenherrschaft. Traditionsbestände eines sozialwissenschaftlichen Problems, a.a.O., S. 309–334.

tiale ist indes selbst zu einem erheblichen Teil eine Folgewirkung bestimmter Herrschafts- und Strukturmechanismen des kommunistischen Systems, und zwar nicht nur, weil dieses – wie schon erwähnt – die Herausbildung und die Handlungsmöglichkeiten von Eliten, die zu systemabweichenden Wertvorstellungen und Interessenartikulationen neigten, repressiv unterbunden hat. Dadurch, daß die Aufnahme in höhere Bildungseinrichtungen, die Zugänge zum Beschäftigungssystem und die beruflichen Aufstiegsprozesse keineswegs nur nach „meritokratischen“ Leistungskriterien erfolgten, sondern in einem erheblichen Maße politisch reguliert und von ideologischer Konformität abhängig waren, wurden in gewisser Weise auch die Grundlagen der Herausbildung alternativer Eliten weitgehend eingeschränkt.³⁰

Obgleich die vor allem in den achtziger Jahren zunehmenden eliten-internen Spannungen und die davon ausgehende Veränderungsdynamik zu den entscheidenden Faktoren des Niedergangs des kommunistischen Systems zählen,³¹ zeigen die unter den kommunistischen Herrschaftsbedingungen geprägten Elitenkonfigurationen doch auch eine gewisse Resistenz, die über die eben angesprochene Kontinuität der Rekrutierungsbasis der Eliten und weitgehend fehlenden alternativen Elitenpotentiale hinausgeht. Zunächst kann festgestellt werden, daß das Prinzip der an Fachkompetenzen und Leistungen gebundenen „funktionalen Autorität“ in den Gesellschaften Südosteuropas weiterhin nur langsam zur Geltung und Entfaltung kommt. Der Prozeß der Ausdifferenzierung von in ihrem Handeln autonomen, an spezifische Institutionenbereiche und an entsprechende Rationalitätskriterien gebundenen Elitengruppen, deren Kompetenz spezialisiert und deren Einfluß auf die entsprechende

³⁰ Dies zumal in allen modernen Gesellschaften akademisch erworbene Wissenskompetenzen und fachliche Qualifikationen zu zentralen Kriterien der Elitenselektion in vielen Bereichen zählen und in gewisser Weise auch unverzichtbare Voraussetzungen kompetenten Handelns in vielen Elitenpositionen sind. Da höhere Bildungsabschlüsse in den südosteuropäischen Staaten stets ein hohen sozialen Prestigewert hatten, gelten auch hier – und hier vielleicht im besonderen – universitäre Bildungsabschlüsse als unverzichtbares Kriterium in nahezu allen Prozessen der Elitenselektion. Siehe: Sterbling, Anton: *Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften*. a.a.O., insb. S. 139 ff.

³¹ Siehe: Sterbling, Anton: *Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel*, a.a.O., insb. S. 193 ff.

Handlungssphäre begrenzt ist³² – ein Sachverhalt, der für die Elitengegebenheiten in den meisten westlichen Gesellschaften charakteristisch erscheint – macht in Südosteuropa nur allmähliche Fortschritte. Die hervorragende Bedeutung des politischen Machtzentrums oder der politischen Machtzentren und das Gefüge soziokultureller Bindungen bleiben in den Elitenkonfigurationen südosteuropäischer Gesellschaften gegenüber dem Prinzip der funktionalen Differenzierung jedenfalls strukturdominant. Zwar ist das kommunistische Macht- und Ideologiemonopol, das die Elitenkonfigurationen vormals weitgehend prägte, verschwunden, etatistische Traditionen, schleppend verlaufende Privatisierungsprozesse und marktwirtschaftliche Transformationen und die erneut auflebenden Auseinandersetzungen um Wertkonflikte mit nationalen, ethnischen oder weltanschaulich-ideologischen Hintergründen führen indes dazu, daß Machteliten und Weltanschauungs- und Kultureliten, die größtenteils der Intelligenzija angehören und deren Autorität und Einfluß sich hauptsächlich auf die Aktivierung allgemeiner soziokultureller Überzeugungssysteme stützt, weiterhin eine überragende Bedeutung haben.³³

Damit sind gleichsam auch wichtige Aspekte der für die gegenwärtigen Elitenkonfigurationen kennzeichnenden Eliten-Nichteliten-Beziehungen angesprochen. In den meisten südosteuropäischen Gesellschaften bestimmen weitgehend jene Elitengruppen die politischen und gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen, deren Einflußchancen vorwiegend auf der Relevanz und Mobilisierungskraft soziokultureller (nationalistischer, ethnischer, religiöser usw.) Überzeugungssysteme beruhen, und nicht jene Elitengruppen, die sich durch spezifische Sachkompetenzen auszeichnen oder die beispielsweise unterschiedliche wirtschaftliche Interessenlagen repräsentieren. Damit bleiben viele sozioökonomische Gruppeninteressen unterrepräsentiert und breite Bevölkerungsinteressen überhaupt ungenügend in die gesamtgesell-

³² Siehe dazu auch: Lepsius, M. Rainer: Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, in: Politische Institutionen im Wandel, hg. v. Birgitta Nedelmann. Opladen 1995 (=Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35), S. 392–403; Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990.

³³ Siehe: Sterbling, Anton: Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen. a.a.O., insb. S. 255 ff.

schaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse vermittelt. Statt dessen stehen schwer überbrückbare Wertkonflikte im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen, und dies führt dazu, daß die weiteren Modernisierungsprozesse in einzelnen südosteuropäischen Gesellschaften weiterhin durch die Gefahr ernsthafter, ethnisch oder nationalistisch begründeter Wertkonflikte bedroht bleiben.³⁴

Betrachtet man die Rolle der Eliten im gegenwärtigen Modernisierungsprozeß, so springt eine – zumindest auf den ersten Blick – neue Konfliktdimension in den Elitenkonfigurationen ins Auge, die den Aspekt der intergesellschaftlichen Beziehungen betrifft. Unter diesem Blickwinkel haben wir es auf der einen Seite mit Elitengruppen zu tun, die die Modernisierungsvorgänge voranzubringen suchen, indem sie eine weitgehende Öffnung und Hinwendung zum Westen anstreben. Sie setzen sich dabei mehr oder weniger entschieden für die Übernahme demokratischer, marktwirtschaftlicher, rechtsstaatlicher und pluralistischer Ordnungsmuster ein und stellen sich als Vertreter universalistischer Werte und weltoffener Kulturbeziehungen dar. Auf der anderen Seite treten aber auch politisch und sozial einflußreiche und kulturell definitionsmächtige Eliten in Erscheinung, die die fremden und insbesondere die westlichen Einflüsse ablehnen, die sich gegen vermeintliche oder tatsächliche Enteignungs-, Überfremdungs- und Selbstentfremdungsgefahren engagieren, die autochthone Werte, nationalkulturelle Traditionen und nationale Mythen vertreten und die im politischen Rahmen eine gesellschaftliche Erneuerung aus eigenen traditionellen Wertbeständen fordern oder betreiben. Insbesondere in den öffentlichen Auseinandersetzungen der Intelligenzija kommt dieser Dissens, dieses „Dauerdilemma zwischen Ost und West“, gegenwärtig besonders deutlich zum Ausdruck.³⁵

³⁴ Auf diese problematischen Entwicklungstendenzen im Demokratisierungsprozeß habe ich schon relativ früh aufmerksam gemacht. Siehe: Sterbling, Anton: *Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen*. Hamburg 1991, insb. S. 245 ff.

³⁵ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: „Kritik als Beruf“ oder das „Dauerdilemma“ der Intellektuellen „zwischen Ost und West“, in: Max Weber und Osteuropa. *Beiträge zur Osteuropaforschung* 1, a.a.O., S. 205–227; Sterbling, Anton: *Unterdrückung, Ideologie und der untergründige Fortbestand von Mythen*. a.a.O.

Diese intellektuellen und politischen Auseinandersetzungen zwischen den Eliten haben indes nicht nur eine lange Vorgeschichte, die in die Zeit der langwierigen und tief umstrittenen Prozesse der Staaten- und Nationenbildung zurückreicht und die in der Zwischenkriegszeit einen weitere, heute vielfach ins kollektive Gedächtnis zurückgeholte Zuspitzung erlebte.³⁶ In diesen Konflikten reflektieren sich natürlich auch bis heute fortbestehende reale Modernisierungsprobleme, die als Probleme *wirtschaftlicher* und *sozialer Rückständigkeit*, als langfristige und durch die kommunistische Herrschaft weiter verschärfte *Demokratiedefizite*, als zum Teil noch ungelöste oder zumindest unbefriedigend gelöste *ethnische Minderheitenprobleme* und *Probleme der nationalstaatlichen Entwicklung* und letztlich auch als *Spannungen* zwischen unterschiedlichen *Religions- und Kulturkreiszugehörigkeiten* in Erscheinung treten. Wie in anderen nichtwestlichen Gesellschaften auch, werden die vielschichtigen Konfliktlinien zwischen westlich oder universalistisch und nationalistisch oder partikularistisch orientierten Elitengruppen wohl noch längere Zeit die Elitenkonfigurationen südosteuropäischer Gesellschaften prägen. Wie sich die Relevanz und der gesamtgesellschaftliche Einfluß der verschiedenen Elitengruppen dabei weiterentwickeln wird, hängt unter anderem vom Fortgang der Modernisierungsprozesse in den einzelnen Staaten und nicht zuletzt von den Fortschritten und Ergebnissen der weiteren, vielfach angestrebten europäischen und transatlantischen Integrationsprozesse ab.

Ein letzter Aspekt, der im Hinblick auf den Wandel der Elitenkonfigurationen in den Gesellschaften Südosteuropas anzusprechen ist, betrifft die *Eigeninteressen* der Eliten. Wie ich schon ausführte, wurde der Niedergang der kommunistischen Herrschaft von eliteninternen Auseinandersetzungen mit angetrieben, die nicht zuletzt in den *Eigeninteressen* bestimmter Teile der nachdrängenden Eliten oder Aspiranten auf Elitepositionen begründet waren. Aber auch im Hinblick auf die gegenwärtige Situation kann man wohl sagen, daß für die weiteren Entwicklungen in den einzelnen südosteuropäischen Gesellschaften von großer, wenn nicht gar ausschlaggebender Bedeutung sein wird, welche *Eigeninteressen* der verschiedenen Elitengruppen letztlich bestimmend werden: Werden sich

³⁶ Siehe: Hösch, Edgar: *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München ²1993.

jene Eigeninteressen durchsetzen, bei denen es vorrangig um eine erneute etatistische Absicherung privilegierter Alimentierungschancen der Eliten und der ihnen nahestehenden Gruppen geht, oder jene Interessen, die auf die dauerhafte Absicherung neuer Erwerbs- und Appropriationschancen durch Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen zielen? Oder welche Kompromisse, welche Mischformen werden bei diesen divergierenden Interessenbestrebungen im Einzelfall gefunden?³⁷ Die nähere Betrachtung der Elitenkonfigurationen in den einzelnen südosteuropäischen Staaten läßt uns vorerst nur erkennen, daß die diesbezüglichen, maßgeblich durch die Eigeninteressen verschiedener Elitengruppen und ihrer Klientele bestimmten „Institutionenkämpfe“³⁸ unvermindert fort-dauern. Die Weichen für die weiteren Modernisierungsprozesse und Entwicklungspfade sind also auch in dieser Hinsicht noch keineswegs endgültig gestellt.

³⁷ Siehe auch: Sterbling, Anton: Der soziale Umbau in den osteuropäischen Transformationsländern und seine Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland, in: Der Wirtschaftsstandort Deutschland, hg. v. Karl Eckart u. Spiridon Paraskewopoulos. Berlin 1997, S. 137–158, insb. S. 157 f.

³⁸ Siehe: Lepsius, M. Rainer: *Institutionenanalyse und Institutionenpolitik*. a.a.O.

Nicht-muslimische Eliten im Osmanischen Reich

Fikret Adanır

I.

Die osmanische Geschichte wird überwiegend als die eines zerfallenden Reiches thematisiert.¹ Die nationalen Nachfolgestaaten dienen dabei als Bezugspunkt für komparatistische Betrachtungen, die gewöhnlich einen modernisierungstheoretischen Ansatz haben. Unter Modernisierung stellt man sich hier einen Sieg der Kräfte des Wandels über die der Tradition vor. Die ersteren agieren unter der Führung einer westlich gebildeten Elite, während die letzteren als wenig bewegliche, reaktionäre oder irrational handelnde Gruppen dargestellt werden.² Die Dichotomie des Patrimonialismus auf der einen Seite und des Modells einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft auf der anderen bildet den historischen Hintergrund zu diesem Paradigma, das eng mit dem Bild von der „orientalischen Despotie“ verbunden ist, mithin einem Konstrukt der Aufklärung, entstanden unter dem Eindruck von Berichten europäischer Reisender ebenso wie diplomatischer *relationi* der Frühen Neuzeit.³

In diesem Rahmen hat man die traditionelle Herrschaft der Osmanen gern einem besonderen Typus des Patrimonialismus zugerechnet, der

- ¹ Für die einschlägige Literatur siehe Adanır, F.: Der Zerfall des Osmanischen Reiches, in: Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion, hg. v. Alexander Demandt. München 1997, S. 108–28.
- ² Von paradigmatischer Bedeutung in dieser Hinsicht ist Lewis, Bernard: The Emergence of Modern Turkey. London – New York – Toronto 1961.
- ³ Valensi, Lucette: The Making of a Political Paradigm: the Ottoman State and Oriental Despotism, in: The Transmission of Culture in Early Modern Europe, hg. v. A. Grafton u. A. Blair. Philadelphia 1990, S. 173–203; Yapp, Malcom E.: Europe in the Turkish Mirror, in: Past and Present 137 (November 1992), S. 134–55.

nach Max Weber die höchste Stufe der Herrengewalt darstellte: dem Sultanismus. Der Herrscher verfügte nach dieser Auffassung über einen rein persönlichen Verwaltungsstab, rekrutiert durchweg aus Beamten, die einen sklavenähnlichen Rechtsstatus hatten. Sie sollen in einer Sphäre der ins Extrem gesteigerten „Willkür und Gnade“ ihres Herrn operiert haben, was das osmanische Regime „von jeder Form rationaler Herrschaft“ unterschied.⁴ Wie auch von einem führenden Osmanisten konstatiert wird, konnte sich eine korporative bürokratische Elite mit klar umrissener und gesetzlich garantierter Verantwortung unter solch ungünstigen Bedingungen schwerlich etablieren.⁵

Freilich wurde das Bild vom Osmanischen Reich als orientalische Despotie schon im 18. Jahrhundert in Frage gestellt.⁶ Die neuere osmanistische Forschung hat längst die Existenz einer relativ unabhängigen Laufbahn-Bürokratie ebenso wie ein wachsendes Bewußtsein von der Bedeutung verfassungsmäßiger Strukturen für die Reichsverwaltung herausgestellt.⁷ Es gibt genug Anhaltspunkte dafür, daß die Osmanen mit der Problematik des entstehenden modernen Staates seit Ende des 16. Jahrhunderts vertraut waren, also mit einem Prozeß, der überall von wachsendem Bedarf nach Finanzmitteln – und dementsprechend nach Zentralisierung und Monetarisierung des Steuersystems – begleitet war. Gerade die Transformation der althergebrachten Institutionen der Steuererhebung, die im osmanischen Fall bis ins 18. Jahrhundert hinein andauerte, begünstigte auf Kosten des persönlichen Verwaltungsstabs des

4 Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5., rev. Aufl., besorgt von J. Winckelmann. Tübingen 1972, S. 133–34.

5 Siehe İnalçık, Halil: *Comments on 'Sultanism': Max Weber's Typification of Ottoman Polity*, in: *Princeton Papers in Near Eastern Studies* 1 (1992), S. 49–73; ders.: *Decision Making in the Ottoman State*, in: *Decision Making in the Ottoman Empire*, hg. v. Caesar E. Farah. Kirksville, MO 1993, p. 10.

6 Das war der Kern der Polemik eines A.-H. Anquetil-Duperron gegen Montesquieu. Siehe Venturi, Franco: *Oriental Despotism*, in: *Journal of the History of Ideas* 24 (1963), S. 133–42, und Schneiderheinze, Klaus: *Orientalische Despotie: Ein Begriff als Blick auf den Anderen* (unveröff. Magister-Hausarbeit). Bochum 1995.

7 Siehe Fleischer, Cornell: *Bureaucrat and Intellectual in the Ottoman Empire: The Historian Mustafa Ali (1541–1600)*. Princeton 1986, S. 212 f.

Herrschers den Aufstieg einer kommerziellen Oligarchie, die sowohl in der Hauptstadt als auch in den Provinzen eingewurzelt war.⁸

Eine Erörterung der Frage der nichtmuslimischen Eliten im Osmanenreich sollte vor diesem Hintergrund zunächst die Tatsache festhalten, daß die alte Gesellschaftsordnung schon immer eine autonome Sphäre, unzweifelhaft außerhalb des Bereiches des Patrimonialismus, gekannt hat: die Religion. Die Rekrutierung religiöser Hierarchien und deren Beförderung fand mehr oder weniger auf der Basis von Verdienstkriterien statt, die spezifische Schulung sowie Leistung im Amt voraussetzten. Diese relativ autonome Verfassung religiöser Hierarchien war im Falle der nichtmuslimischen Gemeinschaften des Osmanischen Reiches noch ausgeprägter. Denn die Geistlichkeit hatte hier auch politische Repräsentationsfunktionen im Rahmen des sog. *millet*-Systems wahrzunehmen.⁹ Daneben konnten sich gewisse Kreise, sei es aufgrund ihres Einflusses auf die Wahl des ökumenischen Patriarchen, sei es durch ihre dem Staat erwiesenen diplomatischen Dienste, zu jener veritablen Oligarchie der Phanarioten formieren, die im 18. Jahrhundert auch die Fürsten der Moldau und der Wallachei stellte. So gesehen überrascht es nicht, daß es ein rumänischer Historiker war, der in der griechisch-orthodoxen Kirche ebenso wie in dem bemerkenswerten Aufstieg der Phanarioten gleichsam

⁸ Siehe Abou-El-Haj, Rifa'at: *Formation of the Modern State: the Ottoman Empire, Sixteenth to Eighteenth Centuries*. Albany, NY 1991; Salzmann, Ariel: *An Ancien Regime Revisited: 'Privatization' and Political Economy in the Eighteenth-Century Ottoman Empire*, in: *Society and Politics* 21 (1993), S. 393–423; dies.: *Rewriting Sovereignty. Fiscal Decentralization and the Constitution of the Ottoman Ancien Régime, 1695–1807*. Leiden 1998.

⁹ Die *millet*-Institution taucht in den Quellen erst im 18. Jahrhundert auf. Aber de facto haben wir es auch schon früher mit *millet*-ähnlichen Verhältnissen zu tun. Jedenfalls ist die Re-etablierung des griechisch-orthodoxen Patriarchats im 15. Jahrhundert eine Tatsache. Es gab also von Anfang an eine nichtmuslimische kirchlich-geistige Elite im Osmanischen Reich. Vgl. vor allem Braude, Benjamin: *Foundation Myths of the Millet System*, in: *Christians and Jews in the Ottoman Empire. The Functioning of a Plural Society*, hg. v. Benjamin Braude and Bernard Lewis. New York–London 1982, Vol. 1, S. 69–88; Ursinus, Michael: *Zur Diskussion um „millet“ im Osmanischen Reich*, in: *Südost-Forschungen* 48 (1989), S. 195–207. Über die Phanarioten siehe Pippidi, Andrei: *Phanar, phanariotes, phanariotisme*, in: *Ders.: Hommes et idées du Sud-Est européen à l'aube de l'âge moderne*. Bukarest–Paris 1980, S. 341–50, sowie die Beiträge in: *Symposium. L'époque phanariote*. Thessaloniki 1974.

eine Manifestation des Kontinuitätsprinzips in der Geschichte Südosteuropas erblickte, die die Formulierung „Byzance après Byzance“ zu rechtfertigen schien.¹⁰

II.

Zugehörigkeit zur Elite richtete sich in einem vormodernen Imperium mit multiethnisch- multireligiösen Strukturen freilich nach anderen Kriterien als in einem bürgerlichen Staatswesen. Im Folgenden steht die Frage nach nichtmuslimischen bürgerlichen Eliten im Vordergrund, deren Aufstieg mit der Transformation des „klassischen“ Fiskal- und Verwaltungssystems im Zuge des sozio-ökonomischen und -politischen Wandels in der Frühen Neuzeit aufs Engste verbunden ist. Ein wichtiges Phänomen in diesem Zusammenhang war die Formierung nichtmuslimischer Kaufmannsschichten auf dem Balkan, wo das kommerzielle Leben ehemals von Italienern beherrscht worden war. Seit dem 16. Jahrhundert zeigten sich aber die osmanischen Untertanen in der Lage, erfolgreich mit Ausländern zu konkurrieren, und so entstand als ein neuer Faktor mit weitreichenden Implikationen das, was Traian Stoianovich „the Conquering Balkan Orthodox Merchant“ genannt hat, nämlich nichtmuslimische osmanische Kaufleute, die jetzt – zusammen mit Muslimen – Handel selbst in Italien betrieben, wie es die Existenz eines *Fondaco dei Turchi* in Venedig belegt.¹¹

Die Intensivierung des Handels erleichterte die Ausbreitung westlicher Kultureinflüsse. Vor allem christliche Kaufleute waren bereit – und dazu auch in der Lage –, ihre Kinder zum Hochschulstudium ins Ausland zu schicken, und noch wichtiger: Sie begannen bald Schulen in ihren Heimatorten zu errichten. Obwohl diese Bildungsanstalten ohne den

¹⁰ Iorga, Nicolae: *Byzance après Byzance*. Bucarest 1935.

¹¹ Stoianovich, Traian: *The Conquering Balkan Orthodox Merchant*, in: *Journal of Economic History* 20 (1960), S. 234–313; ders.: *Pour un modèle du commerce du Levant: économie concurrentielle et économie de bazar, 1500–1800*, in: *Association Internationale des Etudes Sud-Est Européennes. Bulletin* 12 (1974), 2, S. 61–120; Tucci, Ugo: *Tra Venezia e mondo turco: i mercanti*, in: *Venezia e i Turchi. Scontri confronti di due civiltà*. Milano 1985, S. 38–55; Kafadar, Cemal: *A Death in Venice (1575): Anatolian Muslim Merchants Trading in the Serenissima*, in: *Journal of Turkish Studies* 10 (1986), S. 191–218.

offiziell anerkannten privilegierten Status der nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften kaum hätten prosperieren können, stellten doch solche Initiativen bürgerlicher Gruppen wichtige Schritte in Richtung auf die Verweltlichung der Gesellschaft dar. Die griechischen Schulen in Orten wie Janina, Kastoria, Salona, Delvino, Athen, Chios, Patmos, Samos, Ayvalık/Kydoniai, İzmir/Smyrna oder İstanbul/Konstantinopel hatten in ihren Lehrplänen eminent „praktische“ Fächer wie Rechnen, Erdkunde, Geschichte, moderne Sprachen, Mechanik, Optik, oder Chemie, neben dem traditionellen theologisch-philologischen Kanon. Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an waren Werke von Leibniz, Wolff und Locke in griechischer Übersetzung verfügbar. In den ersten Dekaden des 19. Jahrhunderts entstand auch in Bulgarien ein modernes bürgerliches Schulsystem.¹²

Parallel zum Aufstieg von kommerziellen Gruppen und regionalen Notabeln (*ayan*) gewann die Schicht der christlichen kommunalen Führer (*kocabaşı*, *çorbacı*) politisch an Bedeutung.¹³ Schon seit Zeiten der Eroberung hatten einige Gebiete auf dem Balkan ein beachtliches Maß an Selbständigkeit genossen. Ihre Autonomie sollte im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine neue Qualität erlangen.¹⁴ In Serbien beispielsweise basierte

¹² Adamr, F.: Die Schulbildung in Griechenland (1750–1830) und in Bulgarien (1750–1878) im Spannungsfeld von Bewahrung der ethnisch-konfessionellen Identität, Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und Herausbildung des Nationalbewußtseins, in: *Revolution des Wissens? Europa und seine Schulen im Zeitalter der Aufklärung (1750–1825)*, hg. von W. Schmale und N. L. Dodde. Bochum 1991, S. 433–68.

¹³ Siehe Karpat, Kemal H.: *Some Historical and Methodological Considerations Concerning Social Stratification in the Middle East*, in *Commoners, Climbers and Notables*, hg. v. C.A.O. van Nieuwenhuijze. Leiden 1977, S. 83–101; ferner Mutafčieva, Vera P.: *L'institution de l'ayanlık pendant les dernières décennies du XVIIIe siècle*, in: *Etudes balkaniques* 1965/2–3, S. 233–47; Sadat, Deena R.: *Rumeli Ayanları: The Eighteenth Century*, in: *Journal of Modern History* 44 (1972), S. 346–63; Özkaya, Yücel: *Osmanlı İmparatorluğunda âyânlık*. Ankara 1977.

¹⁴ Siehe Visvizis, I. T.: *L'administration communale des Grecs pendant la domination turque*, in: *1453–1953: Le cinq-centième anniversaire de la prise de Constantinople*. Athen 1953, S. 217–38; Christov, Christo: *Za samoupravlenieto na bălgarite v Osmanskata dăržava prez XV–XVIII v.*, in: *Istoričeski pregled* 1973/1, S. 18–42; Grozdanova, Elena: *Bălgarskata selska obština prez XV–XVIII vek*. Sofia 1979; Cvetkova, Bistra A.: *Documents turcs concernant le statut de certaines localités dans la région de Veliko-Tărnovo au XVIIe siècle*, in: *Mémorial Ömer Lûtfi Barkan*. Paris 1980, S. 65–73;

das Verwaltungssystem in dieser Zeit auf einer Art Föderation selbständiger Dorfgemeinschaften unter der Führung gewählter Vorsteher (*kmet*), die ihrerseits den jeweiligen Bezirksvorsteher (*knez*) wählten. Die Veranlagung und Einziehung von Steuern galten als Prerogativen dieser Gruppen, die nebenbei auch als Richter fungierten.¹⁵ Auch auf der Peloponnes waren autonome Strukturen verbreitet. Man wählte eigene Regionalräte, deren Mitglieder meist aus wohlhabenden Verhältnissen stammten. In den Quellen tauchen sie als Besitzer von Immobilien von beträchtlichem Umfang auf, die aus Gebäuden, Gärten, Weinbergen und Olivenhainen bestanden.¹⁶ Daneben werden Christen auch als Gutsherren (*çiftlik sahihi*) registriert, obwohl man Macht und Reichtum weniger dem Landbesitz denn einer Rolle im sozial-administrativen System als Steuerpächter oder Geldverleiher verdankte.¹⁷

Entwicklungen im urbanen Bereich setzten neue Akzente in dem eingetretenen Wandel. Mit der beginnenden Landflucht in der Zeit der sog. *kırcali*-Unruhen um die Wende zum 19. Jahrhundert erlebte das Stadtleben auf dem Balkan einen demographischen Aufschwung.¹⁸ Parallel dazu

Paskaleva, Virginia: Über die Selbstverwaltung der Gemeinden in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches, in: *Bulgarian Historical Review* 1982/1, S. 50–57.

- ¹⁵ Siehe Memoari Prote Matije Nenadovića. Novi Sad–Beograd 1969, ferner Pavlowitch, Stevan: *Society in Serbia, 1791–1830*, in: *Balkan Society in the Age of Greek Independence*, hg. v. Richard Clogg. London 1981, S. 137–156, hier S. 138, und im allgemeinen Guzina, Ružica: *Knežina i postanak srpske buržoaske države*. Beograd 1955.
- ¹⁶ Veinstein, G.: *Le patrimoine foncier de Panayote Bénakis, kocabaşı de Kalamata*, in: *Journal of Turkish Studies* 11 (1987), S. 211–233.
- ¹⁷ Veinstein, G.: 'Ayân' de la région d'Izmir et commerce du Levant (deuxième moitié du XVIII siècle), in: *Revue de l'Occident musulman et de la Méditerranée* 20 (1975), S. 131–47; İnalçık, Halil: *The Emergence of Big Farms, Çiftliks: State, Landlords and Tenants*, in: *Contributions à l'histoire économique et sociale de l'Empire ottoman*, hg. v. J.-L. Bacqué-Grammont, P. Dumont. Louvain 1983, S. 105–126; McGrew, William W.: *Land and Revolution in Modern Greece, 1800–1881. The Transition in the Tenure and Exploitation of Land from Ottoman Rule to Independence*. Kent, Ohio 1985, S. 38.
- ¹⁸ Zu den anarchischen Verhältnisse der *kırcali*-Zeit siehe Mutafçieva, Vera P.: *Kärdžalijsko vreme*. Sofija 1977. Zur städtischen Entwicklung vgl. Paskaleva, Virginia: *Die bulgarische Stadt im XVIII. und XIX. Jahrhundert*, in: *Die Stadt in Südosteuropa. Struktur und Geschichte*. München 1968 (=Südosteuropa-

wuchs die Bedeutung nichtmuslimischer Gruppen im Bereich der städtischen Politik; beispielsweise nahm die Zahl christlicher Handwerksmeister innerhalb der Zünfte (*esnaf*) zu.¹⁹ Waren diese Organisationen früher durchweg ethnisch und konfessionell gemischt gewesen, so trat nunmehr ein Prozeß der Differenzierung bzw. Auflösung ein, indem durch Abspaltung immer häufiger neue ethnisch und/oder konfessionell homogene Zünfte gebildet wurden, ohne daß die gemischten Korporationen gänzlich verschwunden worden wären.²⁰ Zudem wirkte sich die Intensivierung von Handelsbeziehungen zu Zentraleuropa besonders seit Beginn der Donau-Dampfschiffahrt auf die Entwicklung nordbulgarischer Orte positiv aus.²¹ Ähnlich belebende Impulse waren später infolge des Ausbaus eines Eisenbahnnetzes zu verzeichnen.²²

III.

Diese Entwicklungen bildeten freilich den Hintergrund dessen, was für das Osmanenreich eine Herausforderung an mehreren Fronten zugleich bedeutete: Erstens hatte die „Industrielle Revolution“ gerade begonnen, sich auf die osmanische Wirtschaft negativ auszuwirken. In einigen Regionen waren seit dem späten 18. Jahrhundert „proto-industrielle“ Produktionsformen entstanden. Orte wie Ambelakia in Thessalien zur Zeit der Kontinentalsperre oder Kleinstädte wie Koprivštica und Sliven in

Jahrbuch 8), S. 128–145, und Todorov, Nikolaj: *Balkanskijat grad, XV–XIX vek.* Sofija 1972 (Engl. *The Balkan City, 1400–1900.* Seattle 1983), *passim*.

¹⁹ Janeva, Svetla: *Balgarskoto zanajatčijstvo prez vtorata četvart na XIX v. v istoričeskata literatura*, in: *Istoričeski Pregled* 45 (1989), 11, S. 58–72.

²⁰ Janeva, Svetla: *L'artisanat et les corporations de métier dans la partie centrale des Balkans pendant la première moitié du XIXe siècle.* Thèse du doctorat, Florence: Institut Universitaire Européen, Département d'Histoire et Civilisation 1996, besonders S. 129–33.

²¹ Paskaleva, Viržinija: *Sredna Evropa i zemite po dolnija Dunav prez XVIII–XIX v. (Socialno-ikonomičeski aspekti).* Sofija 1986, S. 191–243; dies., *Shipping and Trade on the Lower Danube in the Eighteenth and Nineteenth Century*, in: *Southeast European Maritime Commerce*, hg. v. A.E. Vacalopoulos et al. Boulder, Colorado 1988, S. 131–151.

²² Zografski, Dančo: *Razvitokot na kapitalističkite elementi vo Makedonija za vreme na turskoto vladeenje.* Skopje 1967, S. 331–350. Siehe auch Beiträge in: *Villes Ottomanes à la Fin de l'Empire*, hg. v. P. Dumont u. F. Georgeon. Paris 1992.

Zentralbulgarien in der Frühphase der Reformperiode *Tanzimat* waren berühmt und wohlhabend geworden.²³ Steigende Importe von Fabrikzeugnissen aus Europa bedrohten jedoch die Grundlagen der einheimischen Produktion.²⁴ Die Bemühungen in den 1840er Jahren, dieser Herausforderung mit einem staatlichen Industrialisierungsprogramm entgegen zu treten, das mit der Partizipation vor allem nichtmuslimischer Unternehmer rechnete, blieben ohne Erfolg; die Zentren der industriellen Produktion auf dem Balkan büßten ihre Bedeutung im Zuge der Einbeziehung in den Weltmarkt wieder ein.²⁵

Zweitens konnten die einheimischen Unternehmer infolge des 1838 eingeführten Freihandels nicht darauf hoffen, durch ein System von hohen Importzöllen vor ausländischer Konkurrenz geschützt zu werden.²⁶

- ²³ Siehe Asdrachas, Spyros: *Traditionalismes et ouvertures. Le cas d'Ampelakia en Thessalie*, in: *Structure sociale et développement culturel des villes sud-est européennes et adriatiques aux XVIIe-XVIIIe siècles*. Bucarest 1975, S. 215–23; Yannoulopoulos, Yannis: *Greek Society on the Eve of Independence*, in: *Balkan Society in the Age of Greek Independence*, hg. v. Richard Clogg. London 1981, S. 18–39; Todorov, N.: *Balkanskijat grad*, a.a.O., S. 200–206; Berov, Ljuben: *Ikonomičeskoto razvitie na Bălgarija prez vekovete*. Sofija 1974, S. 74.
- ²⁴ Einige Autoren argumentieren gegen diese altbekannte These, indem sie darauf hinweisen, daß die osmanische Industrie hauptsächlich von der inneren Nachfrage getragen wurde. Siehe Quataert, Donald: *Ottoman Handicrafts and Industry in the Age of European Industrial Hegemony, 1800–1914*, in: *Review. A Journal of the Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems and Civilisations* XI/2, Spring 1988, 169–78; ders.: *Ottoman Manufacturing in the Age of Industrial Revolution*. Cambridge 1993, *passim*.
- ²⁵ Siehe Clark, E.C.: *The Ottoman Industrial Revolution*, in: *International Journal of Middle East Studies* 5 (1975), S. 65–76; Keyder, Çağlar: *Creation and Destruction of Forms of Manufacturing: The Ottoman Example*, in: *Between Development and Underdevelopment. The Precocious Attempts at Industrialization of the Periphery, 1800–70*, hg. v. J. Batou. Geneva 1991, S. 157–179; Palairat, Michael R.: *The Decline of the Old Balkan Woolen Industries 1870–1914*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 70 (1983), S. 331–362; ders.: *Désindustrialisation à la périphérie: études sur la région des Balkans au XIXe siècle*, in: *Histoire, Economie et Société* 4 (1985) 2, S. 253–274.
- ²⁶ Für einige revisionistische Thesen in diesem Zusammenhang siehe die Aufsätze von Kurmuş, Orhan: *Some Aspects of Handicraft and Industrial Production in Ottoman Anatolia, 1800–1915*, in: *Asian and African Studies* 15 (1981), S. 85–101, und ders.: *The 1838 Treaty of Commerce Re-Examined*, in:

In diesem Rahmen wirkten sich auch die sogenannten „Kapitulationen“ äußerst negativ aus. Das System gewährte nämlich europäischen Kaufleuten Exterritorialität einschließlich der Niederlassungs- und Steuerfreiheit auf osmanischem Boden, was die einheimischen nichtmuslimischen Unternehmer dazu trieb, selber den Status des „Protégé“ einer ausländischen Macht anzustreben und damit gleichsam zum Ausländer im eigenen Land zu werden.²⁷

Drittens brachte das 19. Jahrhundert für die Osmanen das Problem der nationalen Sezession. Die Aufstände in Serbien und Griechenland zogen militärische Interventionen auswärtiger Mächte nach sich, was schließlich zur Gründung von ersten Nationalstaaten in Südosteuropa führte. Diese Entwicklung berührte unmittelbar die Einstellung der nichtmuslimischen Eliten zum osmanischen Staat, zumal diese sich der uneingeschränkten Anteilnahme Europas an ihrem Schicksal sicher waren. Denn die Bewunderung für die Zivilisation der Antike, gekoppelt mit einem wachsenden Interesse an Volkskunde und Sprachwissenschaft innerhalb der gebildeten Schichten, hatte im Westen zu dem kulturgeschichtlich bemerkenswerten Phänomen des Philhellenismus geführt.²⁸ Dies ging Hand in Hand mit der Geburt der romantischen Idee: *Volk* wurde nunmehr emphatisch als eine organische Schicksalsgemeinschaft

Économie et société dans l'Empire ottoman, ed. by J.-L. Bacqué-Grammont and P. Dumont. Paris 1983, S. 411–417.

- ²⁷ Siehe Sousa, Nasim: *The Capitulatory Regime of Turkey*. Baltimore 1933, *passim*, ferner Bağış, Ali Ihsan: *Osmanlı ticaretinde gayri müslimler. Kapitülasyonlar – Beratlı tüccarlar – Avrupa ve hayriye tüccarları (1750–1839)*. Ankara 1983; Tuma, Elias H.: *The Economic Impact of the Capitulations: the Middle East and Europa: a Reinterpretation*, in: *Journal of European Economic History* 18 (1989), S. 663–682; Spagnolo, John P.: *Portents of Empire in Britain's Ottoman Extraterritorial Jurisdiction*, in: *Middle Eastern Studies* 27 (1991), S. 256–282; Smyrnelis, Marie-Carmen: *Colonies européennes et communautés ethnico-confessionnelles à Smyrne: coexistence et réseaux de sociabilité (fin du XVIIIe–milieu du XIXe siècle)*, in: *Vivre dans l'Empire ottoman. Sociabilités et relations intercommunautaires (XVIIIe–XXe siècles)*, hg. v. F. Georgeon u. P. Dumont. Paris 1997, S. 173–194.
- ²⁸ Aus der einschlägigen Literatur seien genannt: Spencer, Terence J. B.: *Fair Greece, Sad Relic. Literary Philhellenism from Shakespeare to Byron*. Bath 1974; Howarth, David: *The Greek Adventure. Lord Byron and Other Eccentrics in the War of Independence*. London 1976; Hoffmeister, Gerhart: *Byron und der europäische Byronismus*, Darmstadt 1983; *Der Philhellenismus in der westeuropäischen Literatur 1780–1830*, hg. v. Alfred Noe. Amsterdam 1994.

mit gleichsam kollektiver Seele aufgefaßt – eine Seele, die sich durch das Medium der nationalen Sprache ausdrückte. Die philologische Forschung, die an der Genese eines solchen Volksbegriffs maßgeblich beteiligt war, schärfte den Blick für sprachgenetische Zusammenhänge. Die Problematik der Ethnogenese und das Schicksal individueller Volksgruppen standen nunmehr im Mittelpunkt des Interesses auch bei den intellektuellen Eliten im Osmanischen Reich. Ihre Energien wurden darauf konzentriert, das „nationale Erwachen“ des eigenen Volkes voranzutreiben. Die entstehende Geschichtsschreibung übernahm indes die Aufgabe, den Nachweis nationaler Einzigartigkeit zu erbringen, wenn nicht gar elaborierte Rechtfertigungen für die territoriale Expansion der jungen Nationalstaaten geliefert wurden.²⁹

Die osmanische Staatselite sah ernste Konflikte voraus, genährt hauptsächlich durch den nationalen Separatismus und Irredentismus. Um den Fortbestand des Vielvölkerreiches zu sichern, erschien es unerlässlich, eine kontrollierte Modernisierung von Staat und Gesellschaft einzuleiten. Als erster Schritt in diese Richtung gewährte man den Untertanen formalrechtliche Gleichheit ohne Rücksicht auf die religiöse oder ethnische Zugehörigkeit. Die osmanistische Ideologie, die auf dieser Basis allmählich Gestalt annahm, zielte letztlich darauf, eine staatsnational-säkularisierte Identität zu schaffen.³⁰ Projiziert wurde die Solidargemeinschaft aller osmanischen Völker (*ittihad-ı anasır*), die sich aus der Gemeinsamkeit der Staatsbürgerschaft speisen sollte.

²⁹ Die neuere historische Forschung führt die Anfänge des gegenwärtigen militanten Nationalismus auf dem Balkan zu Recht auf das romantische Nationskonzept des 19. Jahrhunderts zurück und beschreibt die seitherige Kultivierung von ethnischem Bewußtsein, die das Schaffen von nationaler Identität bezweckt, als die mentale Konstruktion einer „vorgestellten“ Gemeinschaft. Siehe Kitromilides, Paschalis M.: 'Imagined Communities' and the Origins of the National Question in the Balkans, in: *European History Quarterly* 19 (1989), S. 149–194.

³⁰ Siehe Lewis, Bernard: *Tanzimat and Social Equality*, in: *Économie et sociétés dans l'Empire ottoman*, hg. v. J.-L. Bacqué-Grammont u. P. Dumont. Paris 1983, S. 47–54; Fadeeva, Irina Evgen'evna: *Official'nye doktriny v ideologii i politike Osmanskoj imperii (Osmanizm-Panislamizm)*. Moskva 1985, *passim*; Safrastjan, Ruben A.: *Ottomanism in Turkey in the Epoch of Reforms in XIX C.: Ideology and Policy*, I, in: *Études balkaniques* 1988/4, S. 72–86.

IV.

Aus der Sicht der Betroffenen war jedoch das gesamte Reformvorhaben geradezu janusköpfig. Die Säkularisierung der Grundlagen der politischen Loyalität und die Verbesserung der Rahmenbedingungen des bürgerlichen Daseins wurden als Bedrohung und Chance zugleich empfunden. Bedrohung deshalb, weil der Osmanismus zweifelsohne eine „nationale“ Ideologie war, wenn auch er nur eine „politische Nation“ im Sinn hatte. Die Verwirklichung seiner Ziele würde den nichtmuslimischen Gemeinschaften die Perspektive der eigennationalen Entwicklung abschneiden.³¹ Dennoch erwiesen sich die Vorteile, die die Reformen den Nichtmuslimen versprachen, nicht zuletzt die Gleichberechtigung, von beträchtlicher Anziehungskraft. Nur so ist zu verstehen, warum die osmanistische Botschaft gerade bei den nichtmuslimischen Gemeinschaften Anklang fand, während die Muslime das Gefühl hatten, nunmehr ins Hintertreffen zu geraten.³²

Im Wirtschaftsleben hatten die Nichtmuslime schon lange eine beherrschende Stellung innegehabt, die sie – wenn auch in zunehmender Abhängigkeit von europäischem Kapital – bis zur Auflösung des Reiches bewahren konnten. In Istanbul gab es unter den rund 5.800 Geldwechslern im Jahre 1877 ebenso wie unter den 40 Privatbankiers im Jahre 1912 keinen einzigen Muslim.³³ Noch im Jahre 1922 lagen lediglich vier Prozent der kaufmännischen Unternehmungen, drei Prozent der Transportfirmen, 15 Prozent des Großhandels und etwa 25 Prozent der

³¹ Augustinos, Gerasimos: *The Greeks of Asia Minor. Confession, Community, and Ethnicity in the Nineteenth Century*. Kent, Ohio–London 1992, S. 73–74. Siehe auch Lewis, B.: *Tanzimat and Social Equality*, a.a.O.; Davison, Roderic H.: *Reform in the Ottoman Empire, 1856–1876*. Princeton 1963, *passim*.

³² „The advantaging of the minorities over the Muslims led to a significant social polarization within Ottoman society during the nineteenth century.“ Göçek, Fatma Müge: *Rise of the Bourgeoisie, Demise of Empire: Ottoman Westernization and Social Change*. New York 1996, S. 114.

³³ *The Levant Herald*, 3 March 1877, S. 167, zitiert in Sturdza, Mihail D.: *Haute Banque et Sublime Porte. Préliminaires financiers de la Guerre de Crimée*, in: *Contributions à l'histoire économique et sociale de l'Empire ottoman*, S. 454; Issawi, Charles: *The Transformation of the Economic Position of the Millets in the Nineteenth Century*, in: *Christians and Jews in the Ottoman Empire*, Vol. 1, S. 262.

Einzelhandelsgeschäfte in den Händen der Muslime.³⁴ Die blühende Seidenindustrie von Bursa wurde von Armeniern und Griechen kontrolliert.³⁵ In Trabzon am Schwarzen Meer stellten griechische und armenische Geschäftsleute und Rechtsanwälte die überwältigende Mehrheit der Exporteure, der Kommissionäre oder Vertreter ausländischer Versicherungsgesellschaften. Als die „Banque Ottomane Imperiale“ Filialen in dieser Region zu eröffnen begann, waren die Angestellten fast nur ortsansässige Griechen und Armenier.³⁶ In der kilikischen Ebene, wo gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine vielversprechende Textilindustrie entstand, wurde nicht nur die Industrialisierung, sondern auch die landwirtschaftliche Erschließung unter Einsatz moderner Agrartechnik hauptsächlich von griechischen und armenischen Geschäftsleuten geleitet.³⁷ In Thessaloniki, der Metropole Makedoniens, war es das jüdische Element, das die Reformepoche prägte. Die Juden dominierten nicht nur das private Bankwesen, sondern waren nach 1870 auch im neuen Sektor der Industrie führend.³⁸ Die freien Berufe in der Stadt lagen ebenfalls entweder in jüdischer oder griechischer Hand. Die Muslime waren unter den neun Gründern der Anwaltskammer von Thessaloniki im Jahre 1879

³⁴ Tezel, Yahya S.: *Cumhuriyet döneminin iktisadi tarihi (1923–1950)*. Ankara 1982, S. 86–97.

³⁵ Siehe Quataert, Donald: *The Silk Industry of Bursa, 1880–1914*, in: *The Ottoman Empire and the World-Economy*, hg. v. H. İslamoğlu-İnan. Cambridge 1987, S. 284–308; Augustinos, G.: *The Greeks of Asia Minor*, S. 98–103.

³⁶ Turgay, A. Üner: *Trade and Merchants in Nineteenth-Century Trabzon: Elements of Ethnic Conflict*, in: *Christians and Jews in the Ottoman Empire*, Vol. 1, S. 287–318. Siehe auch ders.: *Trabzon*, in: *Port Cities of the Eastern Mediterranean, 1800–1914*, hg. v. Ç. Keyder, Y. E. Özveren u. D. Quataert (Review. *A Journal of the Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems and Civilisations*, XVI/4, Fall 1993), S. 435–65.

³⁷ Issawi, Charles: *The Economic History of Turkey 1800–1914*. Chicago–London 1980, S. 202.

³⁸ Siehe Gounaris, Basil C.: *Salonica*, in: *Port Cities of the Eastern Mediterranean*, S. 499–518; Dumont, Paul: *The Social Structure of the Jewish Community of Salonica at the End of the Nineteenth Century*, in: *Southeastern Europe* 5 (1978), part 2, S. 33–72.

nur mit zwei und unter den 74 Ärzten und Medizinerinnen in der Stadt nur mit sechs Personen vertreten.³⁹

Die Überlegenheit der Nichtmuslime widerspiegelte sich auch im entstehenden Vereinsleben im urbanen Raum. Besonderes Stellenwert in diesem Rahmen kam der Freimauerei zu, wobei die Mehrheit der Logenmitglieder den nichtmuslimischen Gemeinschaften entstammten.⁴⁰ Erst in den 60er und 70er Jahren zeigten auch die muslimischen Eliten Interesse an dieser Bewegung, nachdem sogar ein Sultan Logenmitglied geworden war.⁴¹

In den 1890er Jahren kam es in einigen kosmopolitischen Zentren wie Istanbul, Izmir oder Thessaloniki zur Gründung neuartiger Organisationen, die ein exklusives Milieu der Nichtmuslime blieben. Es handelte sich hierbei um Assoziationen mit durchweg öffentlichen Funktionen, die aber zugleich zur Pflege des Elitenbewußtseins ihrer Mitglieder dienten. Mittlerweile hatte man sich insofern dem Zeitgeist angepaßt, daß man es sich – etwa mit Zweithäusern in eleganten Badeorten – leisten konnte, seine Freizeit schichtenspezifisch zu gestalten.⁴² In Thessaloniki beispielsweise gab es seit 1873 einen Herren-Klub nach englischer Art mit dem Namen *Le Cercle de Salonique*, wo man – Vertreter der freien Berufe, Bankiers, Kaufleute und Unternehmer – sich zum Zeitvertrieb traf.⁴³ Andere Vereine wie l'Evangelismos, Filomouson, Cercle des Intimes

³⁹ Anastassiadou, Meropi: *Salonique, 1830–1912. Une ville ottomane à l'âge des Réformes*. Leiden–New York–Köln 1997, S. 344–358.

⁴⁰ Siehe Dumont, Paul: *La Franc-Maçonnerie d'obédience française à Salonique au début du XXe siècle*, in: *Turcica* 16 (1984), S. 65–94; ders.: *La Franc-Maçonnerie ottomane et les 'idées françaises' à l'époque des Tanzimat*, in: *Revue du Monde Musulman et de la Méditerranée* 52/53, 1989–2/3, S. 150–159; ders.: *La Franc-Maçonnerie dans l'Empire ottoman. La loge grecque Prométhée, Jannina*, in: *Les Balkans à l'époque ottomane*, hg. v. Daniel Panzac (*Revue du Monde Musulman et de la Méditerranée*, No. 66, 1992/4), S. 105–112; Svolopoulos, Constantin: *L'initiation de Mourad V à la francmaçonnerie par Claude Scalierie: aux origines de mouvement liberale en Turquie*, in: *Balkan Studies* 21 (1980), S. 441–457.

⁴¹ Svolopoulos, Constantin: *L'initiation de Mourad V à la francmaçonnerie par Claude Scalierie: aux origines de mouvement liberale en Turquie*, in: *Balkan Studies* 21 (1980), S. 441–57.

⁴² Siehe Nahum, Henri: *Portrait d'une famille juive de Smyrne vers 1900*, in: *Vivre dans l'Empire ottoman*, S. 163–171.

⁴³ Anastassiadou: *Salonique*, S. 369–70.

dienten zur Förderung des Musiklebens, der Kunst oder allgemeinen Bildung. Auffallend ist auch das Engagement des Establishment im Bereich des öffentlichen Sports. Dem Einzug des Fußballs mit der Gründung eines *Football and Rugby Club* in Smyrna gegen 1890 folgten jedoch durchweg elitäre Sportarten wie Tennis und Radfahren. So entstanden in Thessaloniki bis zur Jahrhundertwende Sportvereine wie *White Star Cycling Club*, *Lawn Tennis and Croquet Club* oder *Union Sportive*, die als Treffpunkte für die Blume der lokalen Gesellschaft fungierten. Die Mitgliedschaft beispielsweise in dem Tennisklub, gegründet 1898 von einer Gruppe von Damen, war dermaßen begehrt, daß die Zahl bei 60 gefroren wurde.⁴⁴

Beachtung verdient aber in diesem Rahmen vor allem die Tatsache, daß die nicht-muslimischen Eliten in den Kernprovinzen des Osmanischen Reiches auch das kulturelle Leben dominierten. Zum Beispiel erschienen in Istanbul von den im Jahre 1876 herausgegebenen 47 Zeitungen und Zeitschriften nur 13 auf Türkisch, die restlichen 34 Organe verteilten sich auf Griechisch, Armenisch, Französisch, Bulgarisch, Spanisch und Englisch.⁴⁵ Von den etwa 90 Verlagshäusern in der osmanischen Hauptstadt am Ende des 19. Jahrhunderts befanden sich lediglich 23 in muslimischem Besitz, d.h., die überwältigende Mehrheit wurde von Armeniern, Griechen, und Juden kontrolliert. Ein ähnlich großer Teil der zwischen 1876 und 1893 produzierten Bücher erschien in den Sprachen der nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen, wobei sogar die auf Türkisch verfaßten Bücher zu einem beträchtlichen Teil aus der Feder türkischsprechender Christen stammten.⁴⁶ Schließlich verdient Erwähnung, daß das moderne Theater und die Oper in das Osmanische Reich hauptsächlich von türkischsprechenden Armeniern und anderen

⁴⁴ Anastassiadou, Meropi: *Sports d'élite et élites sportives à Salonique au tournant du siècle*, in: *Vivre dans l'Empire ottoman*, S. 145–160.

⁴⁵ Ahmed Emin [Yalman], *The Development of Modern Turkey as Measured by its Press*. New York 1914, S. 41.

⁴⁶ Siehe Strauss, Johann: *Les livres et l'imprimerie à Istanbul (1800–1908)*, in: *Turquie: Livres d'hier, livres d'aujourd'hui*, hg. v. Paul Dumont. Strasbourg–Istanbul 1992, S. 5–24, hier die Anmerkungen 8 und 10, S. 7. Vgl. auch Petrosjan, Jurij A.: *Tureckaja publicistika epochi reform v Osmanskoj imperii (konec XVIII–načalo XX v.)*. Moskva 1985.

nichtmuslimischen Künstlern eingeführt worden sind, wie auch die Autoren der ersten türkischen Romane Armenier oder Griechen waren.⁴⁷

V.

Gleichberechtigter Zugang zum öffentlichen Dienst war ein Hauptanliegen der osmanischen Reformbewegung des 19. Jahrhunderts. Dementsprechend waren Vertreter nichtmuslimischer Gemeinschaften an den provinziellen Gremien – z.B. Verwaltungsräten –, die ab 1840 gebildet wurden, beteiligt.⁴⁸ Später, im Laufe des Krimkrieges, erhielten die Nichtmuslime Zugang zum Heeresdienst, und zwar bis zum Rang eines Obersten, und das Reform-Dekret von 1856 gewährte allen osmanischen Bürgern gleichberechtigten Zugang zu hohen Staatsämtern unter der Voraussetzung der persönlichen Eignung und bildungsmäßigen Qualifikation.⁴⁹ Die Gründung des Lyzeums Galatasaray im Jahre 1868, in dem Französisch die Unterrichtssprache war, sollte als eine Bildungsstätte für bürokratische Kader der Zukunft dienen.⁵⁰ Gleichermaßen waren nicht-

⁴⁷ Ulu, Esin: İstanbul'da ilk opera etkinlikleri, in: İstanbul 4 (Januar 1993), S. 132–38; Vartan Paşa, Akabi Hikayesi. İlk Türkçe roman (1851), hg. v. A. Tietze, İstanbul ...; Anhegger, Robert: Das Temaşa-i Dünya des Evangelinos Misailidis (1871/72) als Quelle zur karamanischen Sprach- und Kulturgeschichte, in: Türkische Sprachen und Literaturen, hg. v. Ingeborg Baldauf et al. Wiesbaden 1991, S. 1–38. Über die türkisch-sprachige Literatur der *karamanlı*-Griechen siehe Salaville, S. / Dalleggio, E.: Karamanlidika. Bibliographie analytique des ouvrages en langue turque imprimés en caractères grecs. Athènes, I (1958), II (1966), III (1974); Balta, Evangelia: Karamanlidika. Bibliographie analytique, I: XXe siècle, II: Additions (1584–1900). Athens 1987; dies.: Karamanlidikoi kodikes tou Kentrou Mikrasiatikon Spoudon, in: Deltio Kentrou Mikrasiatikon Spoudon 1988–89, S. 201–46.

⁴⁸ Siehe Findley, Carter V.: Ottoman Civil Officialdom: A Social History, Princeton, NJ 1989, S. 32–33. Vgl. auch Yalçınkaya, Mehmet Alaaddin: The Provincial Reforms of the Early Tanzimat Period as Implemented in the Kaza of Avrethisarı, in: Osmanlı Tarihi Araştırma ve Uygulama Dergisi 6 (1995), S.43–85.

⁴⁹ Findley, C. V.: Ottoman Civil Officialdom, ebd. Siehe auch Shaw, Stanford: Local Administration in the Tanzimat, in: 150. yılında Tanzimat. Ankara 1992, S. 33–49.

⁵⁰ De Salve: L'enseignement en Turquie: le Lycée impérial de Galata-Séraï, in: Revue des deux mondes (oct. 15, 1874), S. 836–841. Siehe auch Slavova, Stefka / Dojnova, Cvetana: Dokumenti ot nacionalnija archiv na Francija za otkrivaneto na Imperskija osmanski licej v Galata Saraj i pärvite bälgarski

muslimische Kinder ab 1877 zu allen militärischen Bildungsanstalten zugelassen, wie auch die im selben Jahr gegründete zivile Verwaltungsschule (*Mülkiye*) allen Studierenden ohne Unterschied der Religion offenstand.⁵¹

Obwohl die nichtmuslimischen Gemeinschaften sich hartnäckig weigerten, ihre Jugend zum Militärdienst einziehen zu lassen, war ihnen die Teilnahme am politischen Leben oder eine Tätigkeit als Beamter in osmanischen Diensten durchaus willkommen.⁵² So belegten sie mit 40 Abgeordneten mehr als 30 Prozent aller Sitze im ersten osmanischen Parlament (1876–78) und waren mit elf der insgesamt 36 Mitgliedern auch im Hohen Haus vertreten.⁵³ Als Istanbul in den 1860er Jahren eine reformierte Munizipalverwaltung erhalten sollte, übernahm die nichtmuslimische Elite eine Vorreiterrolle.⁵⁴ Innerhalb der Bürokratie war es das Außenministerium, das die nichtmuslimische Jugend besonders anzog. Rund 30 Prozent des Personals dieses Ministeriums in der Periode von 1850–1908 waren Armenier, Griechen oder Juden.⁵⁵

Innerhalb der Provinzialverwaltung dagegen hatten die Nichtmuslime vergleichsweise geringes Gewicht. Dies hatte hauptsächlich mit der Entwicklung der Orientalischen Frage nach 1878 zu tun, als Aufstände nichtmuslimischer Völker auf Kreta, in den armenischen Gebieten Kleinasiens oder in Makedonien das Gespenst der „Regionalautonomie“ wachriefen,

učenici v nego, in: *Izvestija na dāržavnite arhivi* 19 (1970), S. 205–244, und Davison, *Reform*, S. 248 f.

- ⁵¹ Devereux, Robert: *The First Ottoman Constitutional Period. A Study of the Midhat Constitution and Parliament*. Baltimore 1963, S. 216, fn. 81.
- ⁵² Für eine Diskussion dieser Problematik siehe Adanır, *Fikret: Christliche Rekruten unter dem Halbmond: Zum Problem der Militärdienstpflicht für Nichtmuslime im spätosmanischen Reich*, in: *Von der Pruth-Ebene bis zum Gipfel des Ida. Festschrift zum 70. Geburtstag von Emmanuel Turczynski*, hg. von G. Grimm. München 1989, S. 153–64.
- ⁵³ Ortaylı, İlber: *İlk Osmanlı Parlamentosu ve Osmanlı milletlerinin temsili, in Armağan. Kanun-u Esasî'nin 100. yılı*. Ankara 1978, S. 176 ff.
- ⁵⁴ Rosenthal, Steven: *Minorities and Municipal Reform in Istanbul, 1850–1870*, in: *Christians and Jews in the Ottoman Empire*, Vol. 1, S. 369–385; ders.: *The Politics of Dependency. Urban Reform in Istanbul*. Westport, Conn.–London 1980.
- ⁵⁵ Siehe Findley, Carter V.: *The Acid Test of Ottomanism: The Acceptance of Non-Muslims in the Late Ottoman Bureaucracy*, in: *Christians and Jews in the Ottoman Empire*, Vol. 1, S. 343 f.

das letztlich das Postulat der territorialen Integrität des Reiches zu gefährden schien. In verschiedenen Reformprojekten dieser Zeit forderten die Großmächte die Ernennung von christlichen Gouverneuren – *valis*, *mutasarrıfs*, *kaymakams* – zumindest für jene Provinzen oder Distrikte, in denen kompakte christliche Bevölkerungen lebten. Die osmanische Regierung widerstand jedoch diesem Druck hartnäckig und schreckte unter Umständen auch nicht zurück, die Grenzen von Verwaltungseinheiten nach politischen Gesichtspunkten neu zu ziehen. Letztlich erhielten die Nichtmuslime auch dort, wo sie die Mehrheit bildeten, keine echte Mitsprache in der regionalen Verwaltung.⁵⁶

VI.

Trotz manches eindrucksvollen Erfolgs erwies sich die osmanistische Ideologie außerstande, mit dem geradezu sprudelnden Nationalismus der christlichen Völker zu konkurrieren. Aus der Sicht nichtmuslimischer intellektueller Eliten kam die Wahrnehmung einer Funktion im osmanischen öffentlichen Dienst dem Verrat der eigenen nationalen Ideale nahe. Das hatte politische und kulturellen Spaltungen, ja Generationenkonflikte innerhalb nichtmuslimischer Gemeinschaften zur Folge. In Bulgarien beispielsweise wurde in den 1860er Jahren von gemäßigten nationalistischen Gruppen die Perspektive eines türkisch-bulgarischen dualistischen Sultanats beschworen, während eine kleine Elite die Befreiung auf dem revolutionärem Weg, damit auch mit militärischer Hilfe Rußlands forderte.⁵⁷ Es folgten Terrorhandlungen, Partisanen-

⁵⁶ Adanır, F.: Zulassung von Nichtmuslimen zum öffentlichen Dienst im spätosmanischen Reich, unveröffentlichtes Manuskript. Vgl. Ortaylı, İlber: II. Abdülhamid devrinde taşra bürokrasisinde gayrimüslimler, in: Sultan II. Abdülhamid ve Devri Semineri – Bildiriler. Istanbul 1994, S. 163–171.

⁵⁷ Über das *Taen Centralen Bălgarski Komitet* und seine dualistische Programmatik siehe Davison, R.: Reform in the Ottoman Empire, S. 156; ders.: Nationalism as an Ottoman Problem and the Ottoman Response, in: Nationalism in a Non-National State. The Dissolution of the Ottoman Empire, hg. v. W. W. Haddad u. W. Ochsenwald. Columbia, Ohio 1977, S. 25–56, hier 49 f.; Šarova, Krumka: Dviženie za političesko osvoboždenie prez 1866–1869 g., in: Istorija na Bălgarija, Vol. 6: Bălgarsko vāzraždane 1856–1878. Sofia 1987, S. 235; Kosev, Konstantin et al.: Istorija na Aprilskoto vāstanie 1876. Sofia 1976, S. 126–128; Mitev, Jono: Istorija na Aprilskoto vāstanie 1876, Vol. 1: Predpostavki i podgotovka. Sofia 1986, S. 92–93. Über das gespannte

kämpfe, Massenaufstände und deren blutige Unterdrückung von seiten der Behörden sowie schließlich „ethnische Säuberungen“ besonders im Laufe des russisch-türkischen Krieges von 1877–78. Die katastrophale Niederlage des Osmanischen Reiches in diesem Krieg bedeutete einen empfindlichen Rückschlag für die Idee der brüderlichen Einheit osmanischer Völker. Beeindruckt auch von Wellen muslimischer Flüchtlinge aus den verlorenen Gebieten vollzog Abdulhamid II. (1876–1909) eine Wende zum Islam hin. Von nun an war man bestrebt, politische Loyalität auf muslimischer Solidarität von Türken, Kurden, Albanern und Arabern zu gründen, obgleich nach außen hin das Banner des Osmanismus weiterhin hochgehalten wurde.⁵⁸

Unter diesen Bedingungen wurde Gleichheit zwischen Muslim und Nichtmuslim erneut zu einer umstrittenen Frage nicht nur innerhalb des Reiches, sondern auch auf der Tagesordnung der großen Politik der Kabinette. Die zahlreichen Interventionen der Großmächte lenkten die Entwicklung in eine von den radikal-nationalistischen Kräften gewünschte Richtung. Einerseits verringerte sich der Anteil der Nichtmuslime am osmanischen Staatsdienst erheblich, was zu einer Entfremdung gerade der „turkophilen“ Gruppen zur Folge hatte. Andererseits entstanden, wie im Falle der *Administration de la Dette Publique Ottomane*, mächtige Institutionen des internationalen Finanzkapitals, die sich wie ein Staat im Staate gebärdeten. Für die Gebildeten aller Konfessionsgemeinschaften war es schließlich sinnvoller, eine Anstellung bei der Schuldenverwaltung anzustreben, als sich um eine schlecht und unregelmäßig bezahlte Stelle im Staatsdienst zu bemühen. Die *Administration de la Dette Publique Ottomane* ihrerseits bevorzugte offen nichtmuslimische Kader.⁵⁹ Euro-

Verhältnis der Nationalisten zu osmanischer Reform im allg. siehe auch Petrosjan, Irina E. u. Jurij A.: *Osmanskaja imperija. Reformy i reformatory (konec XVIII–načalo XX v.)*. Moskva 1993, S. 78–88.

⁵⁸ Siehe Deringil, Selim: *The Well-Protected Domains: Ideology and the Legitimation of Power in the Ottoman Empire 1876–1909*. London 1998, *passim*.

⁵⁹ Siehe Quataert, Donald: *The Employment Policies of the Ottoman Public Debt Administration 1881–1909*, in: *Wiener Zeitschrift für die Kunde des Morgenlandes* 76 (1986), S. 233–37. Über die Geschichte der Schuldenverwaltung siehe immer noch Roumani, Adip: *Essai historique et technique sur la Dette Publique Ottomane*. Paris 1927, und Blaisdell, Donald C.: *European Financial Control in the Ottoman Empire. A Study of the Establishment, Activities, and*

päischen Kapitalinteressen standen weitere Möglichkeiten der Einwirkung auf die innerosmanischen Entwicklungen zur Verfügung, die die Haltung der Eliten unmittelbar beeinflussten: Die großzügigen Infrastrukturprojekte wie die Eisenbahnen (Bagdadbahn!), Bewässerungsanlagen, Hafeneinrichtungen u.a. eröffneten immer neue Perspektiven für jenen Kreis von Fachkräften, die dem osmanischen Staat fast nichts mehr zu verdanken hatten.

Die „Revolution“ von 1908 konnte an diesem Zustand wenig ändern. Zwar bemühten sich die Jungtürken, die osmanistische Ideologie zu neuem Leben zu erwecken. Friedliches Zusammenleben von Völkern war aber genau das Gegenteil dessen, was die nationalistischen Eliten sehen wollten. Sie hatten dabei zu Recht befürchten müssen, daß ein Erfolg osmanistischer Maßnahmen zumindest als Nebeneffekt die Turkisierung von Kultur und Politik zur Folge haben würde, galt doch das Türkische seit 1876 als die Amtssprache des Reiches. Daher kam es gerade nach 1908 zum erneuten Aufleben des ethnischen Nationalismus im Osmanischen Reich.⁶⁰ Schließlich wurde nach dem Zusammenbruch im Balkankrieg von 1912, der praktisch den Verlust der gesamten „Europäischen Türkei“ bedeutete, das osmanistische Projekt von den Jungtürken selbst aufgegeben. Stattdessen begann man etwa den Groll muslimischer Flüchtlinge gegen nichtmuslimische Bevölkerungen Kleinasiens anzuheizen.⁶¹ Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden die verhaßten Kapitulationen einseitig abgeschafft und eine Politik der „Nationalökonomie“ à la Friedrich List in Angriff genommen, deren Hauptanliegen die Sicherung möglichst günstiger Bedingungen für die Entwicklung einer

Significance of the Administration of the Ottoman Public Debt. New York 1929 (Repr. 1966).

- ⁶⁰ Über die politischen Vorstellungen der Jungtürken siehe Hanioglu, M. Şükrü: *The Young Turks in Opposition*. New York–Oxford 1995. Die osmanistischen Elemente im jungtürkischen Programm 1908–11 werden analysiert in Adanır, F.: *Osmanlı İmparatorluğu'nda Ulusal Sorun ile Sosyalizmin Oluşması ve Gelişmesi: Makedonya Örneği*, in: *Osmanlı İmparatorluğu'nda Sosyalizm ve Milliyetçilik 1876–1923*, hg. v. Mete Tunçay u. Erik J. Zürcher. Istanbul 1995, S.33–72.
- ⁶¹ Die einschlägige Literatur wird vorgestellt in Adanır, F.: *The Greco-Turkish Exchange of Populations in Turkish Historiography*, in: *Compulsory Removals of Populations after the First and Second World Wars: Central-Eastern Europe, the Balkan-Aegean Region, Istria*, hg. v. M. Cattaruzza and M. Dogo (im Druck).

türkischen Nationalbourgeoisie war.⁶² Der Zwang zur Benutzung des Türkischen im öffentlichen Verkehr, eine staatlich gesponsorte Genossenschaftsbewegung, die zum Nachteil nichtmuslimischer Kaufleute reichte, staatliche Eingriffe in den Außenhandel sowie in Währungs- und Bankgeschäfte waren Maßnahmen, die systematisch ergriffen wurden, um die Turkifizierung des Wirtschaftslebens voranzutreiben.

Somit kann festgehalten werden, daß der Erfolg anti-osmanistischer Kräfte und Strömungen mittelbar zum Sieg des ethnischen Nationalismus auch bei den muslimischen Bevölkerungsgruppen beigetragen hat – einem Sieg freilich, der den bisherigen Rahmen der Elitenrivalität sprengte: Die Folgen waren Deportationen, Zwangsumsiedlung von Bevölkerungen und Genozid.⁶³

⁶² Hierzu und zu folg. vgl. Zafer, Toprak: *Türkiye'de „Milli iktisat“ (1908–1918)*. Ankara 1982, S. 21 und *passim*. Vgl. auch Ahmad, Feroz: *Vanguard of a Nascent Bourgeoisie: The Social and Economic Policy of the Young Turks 1908–1918*, in: *Social and Economic History of Turkey*, hg. v. O. Okyar and H. İnalçık. Ankara 1980, S. 329–50; Keyder, Çağlar: *State and Class in Turkey. A Study in Capitalist Development*. London–New York 1987, S. 71–90, and Göçek, F. M.: *Rise of the Bourgeoisie*, S. 108–16.

⁶³ Siehe Adanır, F.: *Die Armenische Frage und der Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich: Betroffenheit im Reflex nationalistischer Geschichtsschreibung*, in: *Erlebnis-Gedächtnis-Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung*, hg. von H. Loewy und B. Moltmann. Frankfurt/M.–New York 1996, S. 237–63; Adanır, F. / Kaiser, H.: *Migration, Deportation, and Nation-Building: The Case of the Ottoman Empire, 1856–1923*, in: *Les Migrations internationales dans une perspective historique*, hg. v. René Leboutte, Firenze (im Druck).

Zwischen Bürokratie und Bürgertum: „Bürgerliche Berufe“ in Südosteuropa

Wolfgang Höpken

I. Einleitung

„Bürgerliche Berufe“ sind erst relativ spät von der sozialhistorischen Forschung als Gegenstand entdeckt worden. Erst nachdem Klassen und sich über Marktlage oder Lebensführung definierende soziale Großgruppen wie Arbeiter oder Bürgertum in den Blick genommen worden waren, richtete sich das Augenmerk auch auf jene Formen von Vergemeinschaftung, die über eine gemeinsame oder ähnliche berufliche Zugehörigkeit erfolgten. Zusammengefaßt werden unter der Bezeichnung der „bürgerlichen Berufe“ gemeinhin jene Berufsgruppen, die durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale verbunden sind, mit denen sie sich von anderen Sozialgruppen abheben: ein spezialisiertes, zunehmend akademisches Wissen, der Anspruch auf ein Monopol für die von ihnen angebotenen Dienstleistungen, eine weitgehende Selbstregulierung der inneren Verhältnisse der jeweiligen Berufsgruppe, ein aus der Qualifikation abgeleiteter Anspruch auf ein hohes soziales Prestige und zumeist auch auf ein überdurchschnittliches Einkommen, schließlich ein über den Beruf gewonnenes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine gemeinsame korporative Identität.¹ Diese Merkmale sind es, welche die Professionen

¹ Zur Begriffsgeschichte und Definition von „Professionen“ vgl. Conze, W. / Kocka, J.: Einleitung zu: Dies. (Hg.): *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Teil I: *Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen*, Stuttgart 1985, S.16 f.; McClelland, Charles: *Zur Professionalisierung der akademischen Berufe in Deutschland*, ebenda, S.237; Siegrist, Hannes: *Bürgerliche Berufe. Die Professionen und das Bürgertum*, in: Ders.(Hg.): *Bürgerliche Berufe*, Göttingen 1988, S.11 ff.; Jarausch, Konrad: *The Unfree Professions. German Lawyers, Teachers and Engineers, 1900–1950*, New York 1990, S.7.

zu einer sozialen Konfiguration besonderer Art verbinden. Im Zentrum der Professionen stehen vor allem Juristen, Ärzte, Professoren, Lehrer, mit einem gewissen zeitlichen Abstand auch die technischen Berufe wie Ingenieure oder Architekten, wobei die Grenzen zu Bereichen wie dem Beamtentum durchaus fließend sind. Der Kanon der als bürgerliche Profession anerkannten Berufe variiert freilich nicht nur von Land zu Land, sondern auch in der Zeit: einzelnen beruflichen Gruppen, etwa den Ingenieursberufen, gelingt auf dem Wege gezielter Professionalisierungsstrategien die Aufwertung in den Kreis der „bürgerlichen Berufe“; andere, wie etwa die Grundschullehrer, bleiben zumindest in Mitteleuropa lange Zeit an den Rändern dieser sozialen Konfiguration. Die Geschichte kennt zudem nicht nur Prozesse der Professionalisierung, sondern auch der „De-Professionalisierung“, also des „Abstiegs“ solcher Berufsgruppen aus dem Kreise der hochqualifizierten, gesellschaftlich als „bürgerlich“ geachteten Professionen. In Südosteuropa sahen sich beispielsweise die bulgarischen Juristen in der Zeit der Herrschaft der agrarpopulistischen Bulgarischen Bauernpartei Aleksandăr Stambolijskis in den frühen 1920er Jahren der Gefahr einer solchen Deprofessionalisierung ausgesetzt – ein Beispiel, auf das noch zurückzukommen sein wird.

Als „bürgerlich“ sind derartige Berufe nicht nur deswegen zu bezeichnen, weil ihr Aufstieg zumindest in Mitteleuropa mit jenem des Bürgertums eng verknüpft ist, sondern auch weil sich ihre Inhaber dem Bürgertum zugehörig fühlten, sie sich an dessen Lebensführung, Wertvorstellungen, Diskursen und Weltdeutungen orientierten.² Das Entstehen solcher Berufsgruppen, ihr quantitatives Gewicht und ihre gesellschaftlich-politische Prägekraft ist denn auch zumeist als ein Gradmesser für die Verbürgerlichung einer Gesellschaft, oder gar als Meßlatte „gelungener Modernisierung“ genommen worden.³

Obwohl von Soziologen wie Talcott Parsons schon in den 1930er Jahren zu einer zentralen Kategorie für das Verständnis moderner Gesellschaften erhoben,⁴ dauerte es lange, bis sich auch die Geschichts-

² Siegrist, H.: Bürgerliche Berufe, S.11.

³ Kocka, J.: „Bürgertum“ and Professions in the 19th.Century. Two Alternative Approaches, in: Burrage, M. / Torstendahl, R. (Hg.): Professions in Theory and History, London 1990, S.62 ff.

⁴ Parsons, Talcott: Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied 1968, S.160–179. Vgl. auch Rueschemeyer, Dietrich: Professionalisierung. Theoretische

wissenschaft des Begriffs und des Gegenstands der Professionen bemächtigte. Dort, wo sie dies tat, blieb der Blick zudem lange vorrangig auf den anglo-amerikanischen Raum gerichtet, auf ein Modell bürgerlicher Berufe mithin, das durch eine liberale Selbstregulierung und eine von staatlichem Einfluß weitgehend freie und quasi unternehmerische Tätigkeit der „liberal professions“ gekennzeichnet war. Sehr viel später erst, eigentlich erst in den siebziger und achtziger Jahren, fand der Begriff der Professionen und das dahinter stehende theoretische Konzept auch für die kontinentaleuropäische Entwicklung Anwendung, und zögerlicher noch wurde Ost- und Südosteuropa für eine vergleichende Geschichte der bürgerlichen Berufe entdeckt.⁵ Auch in den ost- und südosteuropäischen Geschichtswissenschaften hatte man sich zwar durchaus schon früher diesen Berufsgruppen zugewandt; allerdings näherte man sich ihnen hier bis heute zumeist vom Begriff und vom analytischen Konzept der „Intelligenzija“, nicht jedoch von einer professionalisierungstheoretischen Perspektive aus. Die ältere, „vor-sozialistische“ Literatur folgte damit letztlich der kategoriellen Selbstdefinition dieser Berufsangehörigen, die – wie noch zu zeigen sein wird – bis zum Zweiten Weltkrieg stark an einem Zugehörigkeitsverständnis von „Intelligenzija“ orientiert blieb.⁶ In der sich bis 1989 marxistisch verstehenden Geschichtswissenschaft der osteuropäischen Länder dürfte diese Präferenzierung des Intelligenzija-Begriffs zudem daran gelegen haben, daß er eine größere ideologische Korrektheit versprach, fügte er sich doch ein in das verbindliche sowjet-marxistische Klassenschema von Arbeitern, Bauern und Intelligenz.⁷ Aber

Probleme für die vergleichende Geschichtsforschung, in: *Geschichte und Gesellschaft* (1980), S.311 ff.

- 5 McClelland, Charles / Merl, Stephan / Siegrist, Hannes: Introduction , in: Dies.(Hg.): *Professionen im modernen Osteuropa – Professions in Modern Eastern Europe*, Gießen 1995, S.11 ff.
- 6 Vgl. exemplarisch für Bulgarien: Gabrovski, Nikola: *Nravstvenata zadača na inteligencijata*, Sofija 1889; Sakázov, Janko: *Inteligencijata i nejnata rolja v obšttestvoto*, Sofija 1993 (Reprint); Kepov, Ivan: *Inteligencija i narod*, Plovdiv 1925; Cvetkov, Luben: *Pätištata na bälgarskata inteligencija*, in: *Filozofski pregled* 11 (1929); Vasilev, Goran: *Inteligentna Bälgarija*, Sofia 1932; Pavlov, Todor: *Inteligencija*, in: *Archiv za stopanska i socialna politika* 14 (1939) 5, S.320–329.
- 7 Dimitrov, Krästju: *Bälgarskata inteligencija pri kapitalizma*, Sofija 1974. Genčev, Nikolaj: *Očerci. Socialno-psichologičeski tipove v bälgarskata istorija*, Sofija 1987; Kolev, Jordan: *Formirane na profesionalnata struktura na bäl-*

auch seit der Überwindung vormaliger theoretischer und begrifflicher Vorgaben hat sich an der Präferenz für diesen Begriff gegenüber jenem der Professionen oder der „bürgerlichen Berufe“ in den Historiographien der südosteuropäischen Länder nichts geändert.⁸ Kommt darin bereits eine gewisse Distanz zum Professionalisierungsbegriff und zum theoretischen Konzept von Professionalisierung zum Ausdruck, so hat auch die „westliche“ Forschung immer wieder Skepsis geäußert, ob sich die akademischen Berufsgruppen in Osteuropa tatsächlich einfügen in ein Modell „bürgerlicher Berufe“, oder ob sie nicht doch eher als Teil einer sehr viel breiteren, sozial, lebensweltlich und mentalitätsmäßig anders gearteten „Intelligenzija“ zu verstehen und sozialgeschichtlich zu verorten sind.⁹ Die begriffliche Unschärfe, mit denen man diesen Berufsgruppen begegnet, deutet somit bereits an, daß deren Entstehen, ihr Profil und ihr Status in den osteuropäischen Gesellschaften offenbar nur schwer exakt zu fassen sind und daß ihre Entwicklung im Ergebnis besonderer sozialgeschichtlicher Traditionen hier möglicherweise anderen Wegen gefolgt ist als im westlichen oder mittleren Europa.

Um eben diese Besonderheiten der „Professionen“ und – soweit dies im Rahmen eines solchen Beitrags möglich ist – um deren komparative Einordnung in einen europäischen Kontext soll es im folgenden gehen. Juristen, Ärzte, in wenigen beispielhaften Bezügen auch Ingenieure sollen dabei als Untersuchungsbeispiel dienen. Serbien und Bulgarien bilden dabei den geographischen, das späte 19. und die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts den zeitlichen Hintergrund der Überlegungen. Eine systematische Beschreibung der ausgewählten Berufsgruppen muß dabei

garskata inteligencija (1878–1900), in: Godišnik na Sofijskija univerzitet „Sv.Kliment Ochridski“. Istoričeski fakultet 81 (1988), S.112–137; Ders.: Office-rite v profesionalnata struktura na bälgarskata inteligencija 1878–1912, in: Voenno-istoričeski sbornik (1989) 2; Ljudžev, Dimităr: Bälgarskata inteligencija prez 40-te godini, in: Godišnik na Sofijskija univerzitet. Istoričeski fakultet 79 (1985), S.114–164;

- ⁸ Vgl. beispielhaft für die südosteuropäische Forschung: Ders.: Bälgarskata inteligencija 1878–1912, Sofija 1992, dessen Arbeit sich schwerpunktmäßig mit Berufsgruppen befaßt, die als Professionen zu bezeichnen sind sowie: Manafova, Rajna: Inteligencija s evropejski izmerenija, Sofija 1992.
- ⁹ Für Rußland etwa Geyer, Dietrich: Zwischen Bildungsbürgertum und Intelligenzija: Staatsdienst und akademische Professionalisierung im vorrevolutionären Rußland, in: Conze, W. / Kocka, J. (Hg.): Bildungsbürgertum I, S.207 ff.

freilich ebenso unterbleiben wie die gesonderte Behandlung einzelner südosteuropäischer Staaten.

II. Professionalisierung „vom Staat aus“

Die Entwicklung der bürgerlichen Berufe war in Südosteuropa zunächst einmal eine Angelegenheit des Staates. Hierin ist bereits eine und sicherlich die zentrale sozialgeschichtliche Besonderheit der Professionen in dieser Region zu erblicken. Zwar war auch in Mitteleuropa, in Frankreich, im deutschen oder im Habsburger Raum, das Schicksal der Professionen eng an den Staat geknüpft. Der Staat schuf auch hier viele der Voraussetzungen für ihr Entstehen; er besaß – anders als in Großbritannien oder den USA – das Monopol auf die Bildungsinstitutionen, aus denen sie hervorgingen; er kontrollierte auf dem Wege von Staatsprüfungen die Qualifikationsanforderungen und regelte so die Zulassungspraxis zu den Berufen, er setzte mittels des Koalitionsrechts die Bedingungen für deren Selbstorganisation, und er stellte nicht zuletzt einen beträchtlichen Teil der Absolventen in seine Dienste. Dietrich Rueschemeyer spricht daher auch für Mitteleuropa von einer „staatlich gesponsorten Professionalisierung“; Hannes Siegrist hat, – die prägende und die kontrollierende Rolle des Staates für die bürgerlichen Berufe noch stärker betonend – den Begriff der „Professionalisierung von oben“ gebraucht.¹⁰

In Südosteuropa ist die Rolle des Staates für Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Berufe aber zweifelsohne noch von ungleich größerem Gewicht gewesen. Die „extraordinary fixation on the state“, von der auch der amerikanische Historiker Konrad Jarausch für das deutsche Beispiel gesprochen hat,¹¹ sie verblaßt, setzt man das Verhältnis von Staat und Professionen in den südosteuropäischen Staaten dagegen.

Schon das Entstehen der bürgerlichen Berufe war auf dem Balkan letztlich ganz maßgeblich an die Nationalstaatsbildung gebunden. In Mitteleuropa hatten sich schon seit dem Mittelalter im Dienst für Für-

¹⁰ Rueschemeyer, Dietrich: *Lawyers and their Society. A Comparative Analysis of the Legal Professions in Germany and the United States*, Cambridge 1973; Ders.: *Professionalisierung*, S.324 f.; Siegrist, H.: *Professionalization as a Process: Patterns, Progression and Discontinuity*, in: Burrage / Torstendahl (Eds.): *Professions*, S.177 ff.

¹¹ Konrad Jarausch: *The German Professions in History and Theory*, in: Cocks, G. / Jarausch, K. (Ed.): *German Professions, 1800–1950*, New York 1990, S.13.

sten, Adel, Kirchen und städtische Selbstverwaltung in Gestalt „gelehrter Stände“ vormoderne Traditionen an „Expertenkultur“ aufgebaut, die dann seit dem ausgehenden 18. Jh. durch die kamentalistischen Regulierungsbemühungen und die bürokratische Modernisierungspolitik des Staates in „moderne“ Berufsgruppen umgeformt wurden.¹² Anders auf dem Balkan: auch hier, im osmanisch beherrschten Südosteuropa, gab es zwar solche endogenen Ansätze, insbesondere in der Spätphase des Reiches, als der Modernisierungsschub der Reformära um die Mitte des 19. Jhs. zu einer Belebung von Handel, Handwerk und städtischem Wachstum in den europäischen Besitzungen des Reiches führte und so auch unter der christlichen Bevölkerung den Bedarf nach Bildungsträgern mit „praktischem“, säkularem Wissen, wie das von Lehrern, Juristen, Medizinern, entstehen ließ.¹³ Die Eröffnung sekundärer Bildungseinrichtungen, etwa in Gestalt medizinischer und militärischer Spezialschulen, die wachsende Frequentierung von weiterführenden Schulen wie die *kurucesme* oder das *Robert College* sowie schließlich die Öffnung der staatlichen Verwaltung für Nicht-Muslime im Zuge der Tanzimat-Reformen – dies alles schuf darüber hinaus erste Entwicklungschancen für "Professionen" im Osmanischen Reich selbst.¹⁴ Allerdings blieben derartige Impulse im ganzen doch begrenzt. Die nivellierte Sozialstruktur der balkanischen Agrargesellschaften mit ihrer bis weit in das 19. Jh. hinein geringen Arbeitsteilung behinderte letztlich das Entstehen von Dienstleistungsmärkten für derartige Berufe. Die weithin gewohnheitsrechtlich organisierte Rechtswelt der christlichen Untertanen, sie bedurfte des professionalisierten juristischen Expertenwissens eben doch sehr viel weniger; die agrarische Wirtschaft, noch weithin auf dem Subsistenzprin-

¹² Siegrist, H.: Bürgerliche Berufe, S.22; Burrage, M.: Introduction: The Professions in Sociology and History, in: Burrage / Torstendahl (Eds.): Professions, S.16f.

¹³ Vgl. hierzu den Beitrag von Fikret Adanır in diesem Band; ferner: Findley, Carter: The Acid Test of Ottomanism: The Acceptance of Non-Muslims in the Late Ottoman Bureaucracy, in: Braude, Benjamin / Lewis, Bernard(Eds.): Christians and Jews in the Ottoman Empire: The Functioning of a Plural Society, Bd.1, New York 1982, S.339–368.

¹⁴ Zur Bedeutung des Robert Colleges: Ilčev, Ivan: Robert Kolež i formiraneto na bälgarskata inteligencija, in: Istoriceski pregled (1981) 1, S.50–62; Nacov, N.: Carigrad kato kulturen centär na Bälgarite do 1877, in: Sbornik BAN (1925).

zip beruhend, hatte keine große Nachfrage nach professionellen Juristen, nicht zu reden von Angehörigen der technischen Berufe.

Vor der Nationalstaatsbildung blieb der Markt für derartige Berufe und mit ihm auch die Zahl der Ausübenden begrenzt. Sicherlich nahm die Zahl der Lehrer zu, von ihrer Zahl wie von ihrem Selbstverständnis her blieben sie vor der Etablierung der Nationalstaaten freilich noch weit davon entfernt eine Art akademische Profession zu bilden; Mediziner, Juristen, Angehörige technischer Professionen gar kamen im Kreise dieser vor-staatlichen Intelligenzija zumindest in den hier in erster Linie ins Auge gefaßten Staaten der Serben und Bulgaren über eine marginale Ausnahmeerscheinung kaum hinaus.¹⁵ Sie beschränkten sich ganz überwiegend auf jene, die sich ihre höhere Ausbildung durch ein Studium im Ausland erworben hatten oder die in der Diaspora in solche Professionen aufgestiegen waren.¹⁶ Von ihnen jedoch fanden nur die wenigsten vor der Staatsbildung den Weg zur Berufsausübung in ihre noch osmanisch beherrschte Heimat.¹⁷

Letztlich war es erst die Nationalstaatsbildung, die dem Entstehen dieser Berufsgruppen den Weg ebnete. Die Erfordernisse der quasi aus dem Nichts heraus erfolgenden staatlichen Institutionenschöpfung¹⁸ produ-

¹⁵ Für Bulgarien mit weiterführenden Literaturangaben Höpken, W.: Professionalisierung an der Peripherie: Juristen und Beamte in Bulgarien, in: McClelland / Merl / Siegrist (Hg.): Professionen im modernen Osteuropa – Professions in Modern Eastern Europe, S.95–98; Radkova, Rumjana: Bälgarskata inteligencija prez vāzraždāneto, Sofija 1986; Meininger, Thomas: The Formation of a Nationalist Bulgarian Intelligentsia 1835–1878, Ph.D. thesis University of Madison, Wisconsin 1974; Dragova, N.: Bolgarskaja inteligencija epochi nacional'nogo vozroždēnija, in: Social'naja struktura obščestva Jugosločnoj Evropy v XIX. v., Moskva 1982, S.283 ff. zu den Anfängen der Medizin: Istorija na medicinata v Bälgarija, Sofija 1980, S.98 ff. Stefanov, V.: Bälgarskata medicina prez vāzraždāneto, Sofija 1980.

¹⁶ Vgl. hierzu Stepanova, L. I.: Vklad Rossii v podgotovku bolgarskoj intelligencii v 50–70-e gg. XIX v., Kišinev 1981, bes. S.120 ff.; Bucvarova, Neli: Vāzpitānici na južnoruskite učilišta i razvitie na naučnite znanija v Bälgarija XIX v., Sofija 1989; Siupiur, Elena: Bälgarskata emigrantska inteligencija v Rumānija prez XIX vek, Sofija 1982.

¹⁷ Kujumdžieva, Miglena: Formirane na bälgarskata inteligencija s visše obrazovanie prez XIX vek, in: Godišnik na Sofijskija Univerzitet „Sv.Kliment Ochridski“. Centār po kulturoznanie 82 (1989), S.83–149.

¹⁸ Vgl. hierzu allgemein Sundhausen, H.: Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive, in: Papalekas,

zierte überhaupt erst eine Nachfrage nach Inhabern akademischer Ausbildung und professionellem Wissen. Der Staat regulierte auch, wer in den Genuß einer solchen beruflichen Qualifikation kam. Bevor die Balkan-Staaten sich mit der Gründung von Hochschulen bzw. Universitäten eigene Ausbildungsinstitutionen für akademische Berufe schufen, war die Vergabe von Stipendien bzw. ein Studium im Ausland das wichtigste Regulierungsinstrument, um das Entstehen akademisch qualifizierter Berufe den Bedürfnissen des Staates anzupassen, und auch nach Gründung eigener Hochschulen verlor sie diese Funktion lange Zeit nicht.¹⁹ Der Staat beschäftigte zunächst auch praktisch alle Absolventen einer professionellen Bildung. Stipendiaten wurden ohnehin verpflichtet, nach Rückkehr für einige Jahre in den Staatsdienst einzutreten, und zumeist verblieben sie mangels Alternativen dort. Aber auch jene, die nicht mit staatlicher Unterstützung eine akademische Ausbildung genossen hatten, fanden in den ersten Jahren nach der Staatsgründung beinahe ohne Ausnahme im Staat Unterschlupf.²⁰

Johannes Chr.(Hg.): Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa, München 1994 (=Südosteuropa-Jahrbuch. 25), S.35–54.

- ¹⁹ Vgl. für Bulgarien: Tančev, Ivan: Učeniето na Bălgari v čužbina 1879–1892, Sofija 1994; Ders.: Bălgarskata dăržava i podgotvjavaneto na specialisti s evropejsko obrazovanie 1879–1888, in: Istoričeski pregled (1991) 10; Zidarova, Ljudmila: Stipendiantstvoto v kulturnata politika na Bălgarija, in: Godišnik na Sofijskija Univerzitet „Sv.Kliment Ochridski“. Centăr po kulturoznanie 82 (1989), S.189–220; Paskaleva, Viržinija: Bulgarische Studenten und Schüler in Mitteleuropa in den 40er Jahren des 19. Jhs., in: Plaschka, R./ Mack, K. H. (Hg.): Wegenetze europäischen Geistes. Universitäten und Studenten und die Bedeutung studentischer Migration in Mittel- und Südosteuropa vom 18.–20.Jhdt, Bd.2, Wien 1987, S.62 ff.; Karasev, V.: Ausländische Studenten aus slawischen Ländern an der Moskauer Universität, in: ebenda, S. 241–249; Merdžanov, Ivan: Deutsche kulturelle Bildungszentren und die bulgarische Intelligenz der Wiedergeburtzeit, in: Bulgarian Historical Review (1990) 2, S. 56–69; für Serbien: Miličević, J. M.: Prva grupa srbijanskih studenata dăržavnih pitomaca školovanih u inostranstvu 1839–1842, in: Istorijiski časopis 9–10(1959), S.363–374; Pavlović, Vojislav: Srpski studenti u Parizu 1839–1856, in: Istorijiski časopis 33 (1986); Trgovčević, Ljubinka: Srpska inteligencija u XIX. veku – zapadni i istočni uticaji, in: Istorijiski Institut SANU (Hg.): Evropa i Srbi, Beograd 1996, S.261–273.
- ²⁰ Für Serbien Hinweise bei Trgovčević, Ljubinka: Studije u inostranstvu prve generacije univerzitetskih nastavnika, in: Univerzitet u Beogradu 1838–1988. Sbornik radova, Beograd 1988, S.72f, Katić, Bojana: Društvena struktura gradova u Srbiji sredinom XIX. veka. Univerzitet u Beogradu, Filozofski fakultet: Magistarski rad 1993, masch., S.182f.; für Bulgarien: Searles, Joel N.: The

Diese von der Staatsbildung aus in Gang gebrachte Professionalisierung hatte vor allem zwei Folgen: zum einen bestimmte der Bedarf auch das Profil der bürgerlichen Berufe, d.h. es waren vor allem Juristen, an denen sich der Staat neben den Lehrern besonders interessiert zeigte, deren Ausbildung er förderte und denen er vor allem einen Arbeitsplatz in der Staatsverwaltung anbot.²¹ Juristen sollten sich damit von Anbeginn an einen Platz in der Hierarchie der bürgerlichen Berufe erobern, den sie bis zum 2. Weltkrieg nicht mehr abgaben.²² Mediziner und – mit beträchtlichem zeitlichen und quantitativen Abstand – die technischen Berufe folgten ihnen. Zum zweiten verwandelten diese Entstehungsbedingungen die „bürgerlichen Berufe“ von Anfang an in eine Form staatlicher Bürokratie. Die enge Vernetzung mit dem Prozeß der Staatsbildung verlieh den Professionen einen starken etatistischen Grundzug, den sie auch dann nicht verlieren sollten, als der Staat sich und seine staatlichen Institutionen gefestigt hatte und der unmittelbare Bedarf der anfänglichen Staatsbildung überwunden war. Praktisch zu keiner Zeit, allemal nicht bis zum Ersten Weltkrieg, konnten sich die Professionen aus der Tutorenschaft, die der Staat seit seiner Gründung über sie gewonnen hatte, befreien. Nicht nur, daß der Staat – ganz wie in Mitteleuropa auch – Ausbildung, Qualifikation und Zulassungsvoraussetzungen bestimmte, er blieb in Serbien, Bulgarien, aber auch in Rumänien, vor allem stets ein wichtiger, ja ein unverzichtbarer Markt für die bürgerlichen Berufe. Vor 1918 war die Zahl derer, die nicht in den Staatsdienst traten ohnehin gering. Nicht nur Lehrer, Professoren oder Richter, die aufgrund des staatlichen Ausbildungs- und Zulassungsmonopols gar keine andere

Emergence of the Leadership Element in Bulgaria. A social and Political Investigation 1877–1881, Ann Arbor 1977.

- ²¹ Todorova, Cvetana: Migration bulgarischer Studenten an europäische Universitäten seit der Befreiung von den Türken bis zum Ersten Weltkrieg, in: Plaschka / Mack (Hg.): *Wegenetze europäischen Geistes. a.a.O., Bd.2, Wien 1987, S.79ff.*
- ²² Vgl. zum überproportionalen Anteil an Jura-Studenten für Serbien: Karanovich, Milenko: *Higher Education in Serbia during the Constitutionalist Regime, 1838–1848*, in: *Balkan Studies* 28 (1987) 1, S.125–150, hier S.131–135; Ekmečić, Milorad: *Stvaranje Jugoslavije, Bd.1, Beograd 1989, S.243.* Danach waren unter den 1337 Absolventen der „Velika škola“ in den Jahren 1863 bis 1905 allein 825 Juristen; für Bulgarien die Angaben in Arnaudov, Mihail: *Istorija na Sofijskija Univerzitet „Sv. Kliment Ochridski“ prez pärvoto mu polustoletie 1888–1938, Sofija 1939, S.626 f.*

Auskommensmöglichkeiten besaßen, sondern der größte Teil der Juristen, ganz überwiegend die Ärzte, und selbst Architekten, Ingenieure oder Apotheker waren in ihrer Mehrzahl Staatsbedienstete. In Bulgarien etwa waren am Vorabend der Balkan-Kriege von 615 Ingenieuren und Technikern mit höherer Bildung 524 in staatlichen Diensten; gleiches gilt für 49 der 75 Architekten; unter Humanmedizineren praktizierten weniger als 1/3 als selbständige Ärzte, und auch von ihnen taten viele dies nur in Nebenbeschäftigung.²³ Nicht viel anders sah es in Serbien aus, wo die sehr viel frühere staatliche Autonomie den Professionen zwar einen zeitlichen Entwicklungsvorsprung gegeben hatte, wo aber auch hier die Enge des Marktes die Professionen nicht weniger in den Staatsdienst drängte. Auch in Serbien waren noch im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkriege praktisch alle Ärzte Staatsbedienstete; auch hier hatten die Ingenieure und Techniker zum großen Teil im Militär oder im staatlichen Eisenbahnwesen ihr Auskommen.²⁴ Erst in der Zwischenkriegszeit begann sich die absolute Zahl der selbständigen „professionals“ substantieller zu erhöhen, der relative Anteil der Selbständigen blieb jedoch auch jetzt relativ gering. Die Bedeutung des Staates als Marktfaktor verringerte sich dadurch freilich nicht. Noch Ende der 1930er Jahre wirkte nur ein kleiner Teil in freier Beschäftigung, und von denen, die angestellt waren, war wiederum nur eine ganz kleine Minderheit in der privaten Wirtschaft beschäftigt.²⁵

²³ Jubilejna kniga na grad Sofija (1878–1928), Sofija 1928, S.311 ff.; Berov, Ljuben: Materialnoto položenie na inteligencijata meždu dve svetovni vojni, in: Istoričeski pregled (1988) 12, S.22–233; Kolev, J.: Profesionalnata grupa na medicinskite specialisti v Bălgarija (1878–1912), in: Istoričeski pregled (1992) 5, S.35 f.; Istorija na medicinata v Bălgarija, S.163; Kolev, J.: Formirane na profesionalnata struktura, S.133.

²⁴ Stanojević, Vladimir: Organizatori zdravstvene službe i istaknuti bolnički lekari starog Beograda, in: Godišnjak Grada Beograda IX/X (1962/63), S.171–177; Srpski Arhiv za Celokupno Lekarstvo (1901) 10 (künftig: SACL); für die serbischen Ingenieure Trgovčević, Ljubinka: Srpski inženeri na studijama u inostranstvu do 1918, in: SANU (Hg): Putevi Srpskog inženerstva tokom XX. veka, Beograd 1995, S.148 ff.

²⁵ Berov, Ljuben: The Material Status of the Free-lanced Professions in South-Eastern Europe (18th–19th century), in: Etudes balkaniques (1984) 1, S.3–23; Ders.: Materialnoto položenie na inteligencijata v Bălgarija meždu dve svetovni vojni, in: Istoričeski pregled (1988) 12.

Die gewichtige Rolle des Staates als Markt für Professionen war dabei zunächst auch in Mitteleuropa durchaus keine andere gewesen. Peter Lundgreen hat mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, wie klein auch in Deutschland, Frankreich, der Schweiz oder Österreich der Anteil an Angehörigen bürgerlicher Berufe in privatwirtschaftlicher Beschäftigung im ganzen 19. und noch bis weit in das 20. Jh. hinein war. Die Markterweiterung über das staatliche Angebot hinaus war auch hier ein lange andauernder Prozeß.²⁶ Für den südosteuropäischen Raum ist allerdings kennzeichnend, daß sich genau diese Markterweiterung hier eben kaum oder nur in schüchternen Ansätzen einstellte. Während in Mitteleuropa Industrialisierung und mehr noch der Ausbau des Wohlfahrtsstaates für Juristen, aber auch für Ingenieure und Mediziner, einen erheblichen Nachfrageschub an professionellen Dienstleistungen außerhalb der staatlichen Verwaltung auslöste und so einen immer größeren Teil der Professionen aus der Abhängigkeit eines staatlichen Angebotsmonopols befreite, fand in den südosteuropäischen Gesellschaften ein vergleichbarer Prozeß nicht statt. Der Staat substituierte somit im Grunde genommen während der gesamten Existenz der südosteuropäischen Staaten als "bürgerliche" Staaten die Dienstleistungsmärkte der "freien" Professionen.

Ökonomische Gründe, mithin also die Folgen der generellen Modernisierungsschwäche der südosteuropäischen Staaten, waren für die nur zögernd aufbrechende Enge der Dienstleistungsmärkte ein gewichtiger, keinesfalls aber der einzige Grund. Eine aus der etatistischen Grundeinstellung herrührende latente Gegnerschaft gegen private Dienstleistungen auf seiten der staatlichen Administration, die den privat tätigen "professionals" noch bis über die Jahrhundertwende hinweg immer wieder Schwierigkeiten in den Weg stellte und sie vereinzelt sogar einer oftmals willkürlichen Polizeikontrolle unterstellte, war ein weiterer.²⁷ Schließlich aber scheiterte das Bemühen um Markterweiterung aber vor allem auch daran, daß die neuen, „modernen“ Berufe unter der Bevölkerung nicht immer das entsprechende Vertrauen gewannen, um Nachfrage

²⁶ Lundgreen, Peter: *Bildung als Norm in historischer Perspektive*, in: Hettling, M. et al. (Hg.): *Was ist Gesellschaftsgeschichte?*, München 1991, S.121 f.

²⁷ Vgl. entsprechende Klagen von seiten der wenigen privaten Ärzte in Serbien: *SACL* (1901) 11, S.523; ebenda, (1908) 12, S.509.

zu produzieren. Immer wieder beklagten vor allem Mediziner bis weit über die Jahrhundertwende hinaus, daß die bäuerliche Bevölkerung sich, durchaus nicht nur aus finanziellen Gründen, der medizinischen Dienstleistung verweigere, selbst dort, wo die kostengünstigeren staatlichen und kommunalen Ärzte zur Verfügung standen.²⁸ Lieber trage man die kranken Kinder in das nächste Kloster als sie zum Arzt zu bringen, so berichtete beispielsweise ein serbischer Kreisarzt um die Jahrhundertwende und ganz ähnliche Klagen finden sich auch ein Jahrzehnt später noch in der medizinischen Verbandspresse.²⁹ Wie lange sich solche Distanz zur professionellen Medizin dabei hielt, dies zeigt der Umstand, daß in den ländlichen Gegenden Serbiens selbst in den 1920er Jahren das beschriebene Bild nicht viel anders aussah.³⁰ Die vergleichende Professionalisierungsforschung hat gezeigt, wie entscheidend das Entstehen der freien Berufsgruppen in Mitteleuropa gerade von der Nachfrageseite her, durch den Bedarf und das wachsende Vertrauen in die Qualifikation der Experten, stimuliert wurde.³¹ Dieser Impuls kam demgegenüber in Südosteuropa nur sehr zögernd zur Geltung und konnte von daher der quantitativen Entwicklung eines professionellen Mittelstandes nur geringe Impulse verleihen. Nur in den urbanen Zentren mit ihrer schmalen Oberschicht entwickelten sich letztlich auch hier bescheidene nicht-staatliche Märkte für eine freie Ausübung der Professionen. Angesichts einer solchen Marktlage blieb für die Masse der Professionen der Staatsdienst jedoch stets eine attraktive Alternative.

Natürlich haben sich die Professionen bemüht, ihre Marktlage – in und außerhalb des Staatsdienstes – zu verbessern. Wie ihre Kollegen in Mitteleuropa sollte dies vor allem auf zwei, eng miteinander verwobenen Wegen geschehen – auf dem Wege der Absicherung der eigenen Berufs-

²⁸ Gjorgjewitj, Vl.: Die öffentliche Gesundheitspflege in Serbien 1883. Vortrag des Sektionschefs im Königlich Serbischen Ministerium auf der Hygiene-Ausstellung in Berlin, Berlin 1883, S.6; Jovanović-Batut, Milan: Medicinski Fakultet Srpskog Univerziteta, Beograd 1899, S.23.

²⁹ SACL (1897) 8, S.380; ebenda 11 (1906), S.474; ebenda (1907) 8, S.400; ebenda 12 (1909), S.404 f.

³⁰ Vgl. Išić, Momčilo: Seljaštvo u Srbiji 1918–1925, Beograd: Filzofski fakultet, doktorski rad 1991, masch., S.349–352.

³¹ Lundgreen, Peter: Wissen und Bürgertum. Skizzen eines historischen Vergleichs zwischen Preußen/Deutschland und den USA, 18.–20. Jahrhundert, in: Siegrist, H. (Hg.): Bürgerliche Berufe, Göttingen 1988.

gruppe gegen nicht-professionelle Konkurrenz zum einen sowie durch Versuche der Markterweiterung auf der anderen Seite.

Dem ersten Ziel diene vor allem das Bemühen, die eigene Profession zu verwissenschaftlichen, d.h. eine akademische Ausbildung als verbindlich durchzusetzen, die Berufsausübung an Prüfungen zu binden und geregelte Zulassungsformen einzuführen. Die Repräsentanten der Professionen waren denn auch die Protagonisten der Schaffung von akademischen Ausbildungsstätten im eigenen Lande, so etwa von medizinischen Fakultäten, die zunächst aus den Universitätsplänen der jeweiligen Regierungen ausgespart blieben und auch erst nach den Balkan-Kriegen eröffnet wurden.³² Materielles Existenzsicherungsinteresse ging dabei einher mit dem Anliegen, den gesellschaftlichen Status der eigenen Profession zu erhöhen. Die einzelnen Berufsgruppen sind in diesem Bemühen unterschiedlich erfolgreich gewesen. Am frühesten gelang dies in Serbien wie in Bulgarien den Medizinern, denen seit den 1860er Jahre im ersteren Falle, seit Ende der 1880er Jahre in Bulgarien nurmehr nach ausgewiesenem Studium die Ausübung des Berufs gestattet war. In der Praxis blieb aber offensichtlich das Prüfungswesen auch danach häufig uneinheitlich geregelt, inkonsistent und sicherte nicht, Ärzte „in demselben Sinne auszubilden wie in Deutschland oder Österreich-Ungarn“.³³ Auch den Richtern gelang es, zumindest den gesetzlichen Bestimmungen nach, mit der Zeit die fachlichen Qualifikationsanforderungen an die eigene Profession strenger zu reglementieren. Seit 1899 verlangte die Besetzung der Richterstellen oberhalb der Kreisgerichte in Bulgarien eine juristische Ausbildung.³⁴ Auch hier blieb jedoch noch lange manches nur auf dem Papier, ohne daß es in der Praxis wirklich konsequent umgesetzt wurde. In Bulgarien war selbst am Vorabend der Balkan-Kriege, als der Zugang zum Richterberuf eigentlich nurmehr nach staatlicher Prüfung möglich war, immer noch eine relativ große Zahl an Richtern ohne entsprechende

³² Vgl zur Diskussion um die Notwendigkeit einer Medizinischen Fakultät in Serbien: Jovanović-Batut, Milan: Medicinski fakultet srpskog univerziteta, Beograd 1899; Zdravlje (1912) 8, S.233 ff.; Djordjević, Slobodan P.: Srpsko Lekarsko Društvo u osnivanju Medicinskog fakulteta, in: Univerzitet u Beogradu 1838–1988, Beograd 1988, S.178ff.

³³ SACL 12 (1908), S.500 f. u. S.510.

³⁴ Dāržaven vestnik No 7 vom 12.1.1899.

Ausbildung im Dienst.³⁵ Nicht zuletzt die Tatsache, daß auch Richter (wie auch die staatlich beschäftigten Ärzte) nicht völlig vor willkürlichen Versetzungen oder gar Entlassungen sicher sein konnten, beeinträchtigte dabei einen rascheren Fortschritt der fachlichen Professionalisierung der Justiz vor dem Ersten Weltkrieg. Hinweise auf Entlassungen von Richtern finden sich noch bis in die Zwischenkriegszeit. Erst 1939 sprach der bulgarische Juristenverband davon, daß „der schwierige Weg zur richterlichen Unkündbarkeit vollendet sei.“³⁶ Schon für die Prokuratoren jedoch blieb das gleiche Maß an beruflicher Sicherheit noch bis in die späten 1930er Jahre unrealisiert.³⁷ In Serbien, wo sich in den ersten Jahrzehnten nach der Erlangung der Autonomie unter Fürst Miloš eine von der Exekutive getrennte Legislative nur langsam durchsetzte³⁸ etwa dauerte es Jahrzehnte, bis die Zeit der – wie es der Jurist und Historiker Slobodan Jovanović genannt hat – analphabetischen und halbgebildete Richter vorbei war.³⁹ Länger als im Falle der Richter dauerte es, bis sich auch unter den Advokaten eine vergleichbar strenge Regelung der Zulassungsvoraussetzungen herausgebildet hatte. Anfangs durfte in Serbien wie in

- ³⁵ Kazazov, Dimo: Ulici, chora, säbitija. Sofija pred polovin vek, Sofija 1959, S.183 spricht davon, daß 1907/8 von 408 Richtern nur 291 eine Hochschulbildung gehabt hätten; Sădijski vestnik 6 (1924) 9, S.2–4.
- ³⁶ Zur Rechtslage der Unkündbarkeitsentwicklung: Džambazov, Angel: Pravo-sădnata sistema na Bălgarija (1878–1944), Sofija 1990, S.81 ff; zur Praxis vgl. entsprechende Hinweise in: Centralen Duržaven Istoričeski Archiv (künftig: CDIA) fond 537: Sdruženie na bălgarskite sădii, op.1., a.e.44, list 119 (1923); Sădijski vestnik 6 (1924) 1, S.1–3; ebenda 10 (1929) 17–18, S.4; ebenda 14 (1933) 7, S.97 ff.; ebenda 17 (1935) 4, S.73 f.; ebenda 17 (1936) 6, S.122; ebenda 20 (1939) 5, S.97 (Zitat).
- ³⁷ Vgl. die immer wiederkehrenden Forderungen, den Schutz vor Entlassung auch auf die Prokuratoren auszudehnen in: Sădijski vestnik (1924) 19–20, S.19; ebenda (1925) 18–19, S.9 f.; ebenda (1930) 9, S.158; ebenda (1931) 8, S.117; ebenda (1935) 4, S.74; ebenda (1936) 10, S.217; ebenda (1938) 10, S.217 f.
- ³⁸ Vgl. zu den Anfängen des Gerichtswesens in Serbien: Petrič, Vera: Razvitak pravosuđe u Srbiji u periodu 1815–1839 godine, in: Arhiv za pravne i društvene nauke 83/84 (1966), S.81–94.
- ³⁹ Jovanović, Slobodan: Ustavnobranitelji i njihova vlada, in: Sabrana dela 3, Beograd 1990 (Reprint der Ausgabe von 1912), S.37 f., sowie ebenda, S.439 ff. zur nicht gewährleisteten Unabhängigkeit der Richter bis Ende der 1850er Jahre.

Bulgarien praktisch jeder diesen Beruf ausüben.⁴⁰ In Serbien beließ es selbst das erste Advokatengesetz 1861 angesichts fehlender Ausbildungsmöglichkeiten noch bei einem weithin freien Zugang zur Advokatur. Zum Ende des Jahrhunderts hin setzten sich dabei erst Verregelungen durch. Auch in Bulgarien wurde 1898 für die Advokatur eine juristische Ausbildung mit staatlicher Prüfung und Referendariat verlangt.⁴¹ Selbst als man sich zu schärferen Zugangsregelungen entschloß, blieben noch Schlupflöcher die Qualifikations- und Zugangsregelungen zu umgehen. Zumindest in Bulgarien hatte dies auch den Hintergrund, daß der Advokatenberuf eines der bevorzugten Betätigungsfelder der Angehörigen der staatlichen und politischen Bürokratie war. Frühere Minister etwa konnten noch bis 1910 auch ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Qualifikationsanforderungen eine Advokatenstätigkeit ausüben. 1911 waren hier immerhin noch etwa 1/3 der Advokaten ohne eine vollständige Erfüllung der eigentlich notwendigen Anforderungen.⁴² Die an den Ersten Weltkrieg anschließende Regierungszeit der Bulgarischen Bauernpartei unter Aleksandar Stambolijski brachte für das Professionalisierungsbemühen der Advokaten dabei erneute Einbrüche, suchte die Bauernregierung in ihrer sozialen Gegnerschaft gegen staatliche Bürokratie und akademische Professionen doch den Zugang zu den juristischen Berufen wieder in stärkerem Maße zu lazisieren und den Kreis der advokatenpflichtigen Rechtsstreitigkeiten stark einzuengen.⁴³ Advokaten gehörten denn auch

⁴⁰ Vgl. für Bulgarien Constantin Jireček: *Das Fürstentum Bulgarien*, Prag–Wien–Leipzig 1891, S.280 f.; für Serbien: Popović, Dušan: *Beograd kroz vekove*, Beograd 1964, S.361.

⁴¹ 1888 wurde denjenigen der Zugang zur Advokatur ermöglicht, die nach einer dreijährigen Praxis eine Prüfung ablegten. Auch die Verpflichtung der juristischen Staatsprüfung wurde zudem für Richter wie Advokaten in bestimmten Zeiten, so während der Balkan-Kriege, wieder aufgehoben: Ganev, Venelin: *Die Rechtsanwaltschaft in Bulgarien*, in: Magus, J.(Hg.): *Die Rechtsanwaltschaft*, Berlin 1925, S.129–134.; *Advokatski pregled* (1924) 8–9, S.98, 103 f., ebenda (1929) 1, S.12; *Sădijski vestnik* (1924) 9, S.2–4.

⁴² Kazazov, D.: *Ulici, chora, sābitija, Sofija* 1959, S.183; Kolev, J.: *Formirane na profesionalnata struktura*, S.130; für Serbien: Janković, Dragoslav: *Radjanje parlamentarne demokratije. Političke stranke u Srbiji XIX. veka*, Beograd 1997, S.84.

⁴³ Zu den Auswirkungen der Politik der Bauernpartei auf die Professionen Kolev, J.: *Kām vāprosa za profesionalnite organizacii na bălgarskata inteligencija 1919–1923*, in: *Vtori kongres po Bălgaristika. Dokladi, tom 8*, Sofia 1989, S.562–577.

zu den vorbehaltlosen Unterstützern des blutigen Putsches gegen die Bauernregierung im Juni 1923, und viele weigerten sich sogar, Angehörige der Bauernpatei vor Gericht zu verteidigen, nachdem die neue Regierung diese zu belangen suchte.⁴⁴

Besonders schwer taten sich in dieser Hinsicht die Ingenieure, deren technisches Wissen in der südosteuropäischen Agrargesellschaft nur schwer zu standardisieren war. Besonders nachdrücklich forderten auch sie daher geregelte Prüfungsleistungen, eine gleiche Qualifikationsprüfung für staatliche und private Ingenieure sowie den Schutz des Berufstitels gegen Laien ohne Qualifikations-Patente ein.⁴⁵ Unabhängig von allen im Lande selbst für die Professionen aufgestellten Qualifikationsanforderungen und unabhängig auch von den im eigenen Lande bestehenden akademischen Ausbildungsmöglichkeiten war aber für alle akademischen Berufe das Studium im Ausland noch bis in die Zwischenkriegszeit hinein ein gewichtiges Kriterium für den Status und auch damit auch für die Verdienstmöglichkeiten eines Arztes, Advokaten oder auch Architekten und Ingenieurs. Nur wer ein Studium in Deutschland, Österreich, Frankreich oder – bis 1917 – auch in Rußland absolviert hatte, gehörte wirklich zur professionellen Elite des Landes.

Markterweiterung war ein zweites Anliegen, die eigene ökonomische Lage und den sozialen Status der Profession zu verbessern. Die Durchsetzung eines Angebotsmonopols war dafür ein wichtiger Schritt. Mit Verweis auf ihre höhere und akademische Bildung und ihr Expertenwissen reklamierten die Professionen vom Staat das ausschließliche Recht auf die Ausübung einer juristischen, medizinischen oder technischen Beschäftigung. Vor allem die juristischen Professionen sind in diesem Bemühen nicht ohne Erfolg geblieben. Ein Juristenmonopol für den höheren Verwaltungsdienst, das etwa in Deutschland der juristischen Profession eine feste Stütze im oberen Staatsdienst sicherte, konnte zwar angesichts der immer noch geringen Zahl an universitär ausgebildeten

⁴⁴ Advokatski pregled 4 (1923) 1–2, S.2; ebenda 4 (1923) 8, S.1; zu den Forderungen nach einer Wiederherstellung der Qualifikationsanforderungen: ebenda 4 (1923) 5, S.1; ebenda 4 (1923) 6, S.1; ebenda 4 (1923) 8, S.2.

⁴⁵ Vgl. für Serbien Srpski Tehnički List (künftig STL) 2 (1891) 5, S.66; ebenda (1906) 13, S.96; ebenda (1906) 17, S.142, ebenda 22 (1911) 22, S.196 u. 226; ähnlich auch für die slowenischen Ingenieure Šerše, Aleksandra: Technical Intelligentsia in Slovenia, in: McClelland / Merl / Siegrist (Hg.): Professionen, S.394 ff.

Juristen zunächst nicht einmal auf relativ hoher Ebene durchgesetzt werden. In Bulgarien dauerte es bis zum Balkan-Krieg, bis dies selbst unter den Verwaltungschefs der Bezirke der Fall war.⁴⁶ Sowohl in Serbien als auch in Bulgarien gelang es Juristen aber, jene Sektoren der Rechtsprechung, die vom Staat zunächst der professionellen Justiz vorenthalten worden war, zunehmend für die eigene Profession zu erobern. Lokale Bauern und Dorfgerichte, in denen niedere Zivil- und Straftatbestände ohne anwältliches Vertretungsrecht und professionelle Richter verhandelt wurden, wurden im Laufe des späten 19. Jhs. zusehends der professionellen Justiz untergeordnet.⁴⁷ Der Kreis der advokatenpflichtigen Rechtsstreitigkeiten etwa in der Familiengerichtsbarkeit, wurde auf Druck der Juristen zunehmend erweitert; Eingaben und Beschwerden wurden in die alleinige Kompetenz der Anwälte gelegt, die Zulassung von Rechtsverfahren ohne Beteiligung ausgebildeter Juristen auch bei geringeren Streitwerten wurde verhindert;⁴⁸ die Besetzung von höheren Beamtenstellen mit Personen mit juristischer Ausbildung gefordert.⁴⁹ Dies verbreiterte zwar den potentiellen Klientenkreis der Juristen, tat ihrem sozialen Kredit aber eher Abbruch, gerieten sie doch dadurch in den Augen der bäuerlichen Bevölkerung zunehmend in den Geruch einer parasitären „Blutsauger-Kaste“, den sie auch mit Verweis auf ihre hohe Qualifikation und ihr berufliches Ethos kaum zu entkräften vermochten. Das Ansehen der Advokaten, so resümierte man noch in der Zwischenkriegszeit, sei zwar im wachsen begriffen; „Jedoch ist dieses Ansehen oft mehr auf die Person des Anwalts als auf den Stand als Ganzes zurückzuführen. Der Anwaltstand nimmt nur allmählich, aber sicher seine natürliche Stellung im Leben des bulgarischen Volkes ein.“⁵⁰ Ärzte richteten ähnliche Bestrebungen nicht nur gegen volksmedizinische Laien-Behandlung, sondern

⁴⁶ Narodna Biblioteka „Kiril i Metodii“ – Bălgarski istoričeski archiv (NBKM–BIA), fond 177, a.e.4, list 26–45.

⁴⁷ Petrov, G.A.: Našite selsko-obštinski sādove, in: *Juridičeski pregled* II (1894), S.220–223; Dejkov, N.: Selsko-obštinski sādilišta i merki za podobrenieto im, in: ebenda IV (1896), S.804–806.

⁴⁸ Für Bulgarien CDIA fond 833: Sājuz na bălgarskite advokati op.2, a.e.17, l.6; ebenda, op.2, a.e.18, l. 296–312.; ebenda, a.e.17.; ebenda fond 537, op.1, a.e.20, l. 101 f.

⁴⁹ Ebenda, list 18.

⁵⁰ Ganev, V.: Die Rechtsanwaltschaft, S.134.

auch gegen die nicht-akademischen Medizin-Berufe wie die „Feldscher“, die angesichts des Mangels an Ärzten und ihrer kürzeren Ausbildungszeiten in allen südosteuropäischen Ländern wichtige Instanzen medizinischer Versorgung waren.⁵¹ Auch innerhalb einer Profession selbst kam es dabei angesichts der bestehenden Marktengpass bisweilen zu Kämpfen, die eine einheitliche Professionalisierungsstrategie gegenüber dem Staat erschwerten. In Serbien etwa bestanden zwischen der überwiegenden Zahl der im Staatsdienst tätigen Ingenieure und ihren „zivilen“ Berufskollegen erhebliche Meinungsunterschiede über gleiche Qualifikationsanforderungen oder den Zugang zu staatlichen Aufträgen.⁵²

Die enge Anbindung an den Staat, die den Professionen auf dem Balkan ein gutes Stück den Charakter von Staatsbürokratie verliehen, ist von den Betroffenen durchaus als Bevormundung und als Mangel an berufsständischer Autonomie beklagt worden.⁵³ Zugleich jedoch richtete man sich aber recht gut in diesem staatlichen Paternalismus ein. Vor allem, wenn die sozialen Interessen der eigenen Berufsgruppe in Gefahr gerieten, rief man nach dem Staat. Darin allerdings folgten die südosteuropäischen Berufsgruppen freilich dem Vorbild ihrer mitteleuropäischen Kollegen. Bei drohenden Überfüllungskrisen verlangte man vom Staat, durch Zulassungsbeschränkungen die Sicherung der eigenen Position. Eine „planmäßige Produktion von Advokaten“ forderten beispielsweise bulgarische Advokaten in der Zwischenkriegszeit vom Staat ein, nachdem der starke Anstieg der Juristen bei gleichzeitig enger werdenden staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten die Zahl der praktizierenden Anwälte hatte anschwellen lassen.⁵⁴ Ein Teil der serbischen Ärzte wurde nicht weniger müde, trotz der eklatanten medizinischen Unterversorgung

⁵¹ SACL 11 (1906), S.488. In Bulgarien boykottierte der Ärzteverband sogar 1919 die Feldscher-Schulen: *Istorija na medicinata v Bălgarija*, S.164.

⁵² STL 26 (1906), S.135ff., S.143; ebenda (1911) 14–15, S.118 f.

⁵³ Vgl. etwa die Klage über schikanöse Kompetenzen und Praktiken der Polizei bei der Genehmigung von Praxiszulassungen sowie über den schädlichen Einfluß parteipolitischer Abhängigkeiten SACL 12 (1908), S.508 f. u. S.514 f.

⁵⁴ CDIA fond 537, op.1., a.e.20, l.18; *Advokatski pregled* (1924) 8–9, S.105; ebenda (1929) 1, S.15, ebenda (1930) 1, S.30; *Sădijski vestnik XVI* (1935) 7, S.107 f.

Serbiens, vor der Gefahr eines Ärzte-Proletariats zu warnen.⁵⁵ Angesichts der staatlichen Beschäftigung eines beträchtlichen Teils der jeweiligen Berufsgruppen ergaben sich selbst innerhalb der Professionen häufig konkurrierende Abschottungsinteressen. Unter den Ingenieuren etwa gab es Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit der staatlich Bediensteten und den zivilen Ingenieuren um eine Abgrenzung der Marktchancen. Staatliche Ingenieure versuchten beispielsweise in Serbien nicht ohne Erfolg, ihre freischaffenden Kollegen von staatlichen Aufträgen fernzuhalten; umgekehrt suchten die Zivil-Ingenieure den ohnehin besser bezahlten beamteten Berufskollegen das Wildern in privater Tätigkeit zu erschweren.⁵⁶ Natürlich provozierte auch das Bemühen von Frauen in die Professionen vorzudringen Widerstand. Angesichts des auf dem Balkan auch im bürgerlichen und urbanen Milieu noch kaum wirklich angegriffenen Patriarchalismus, wie auch der generellen Marktenge muß es aber überraschen, wie *relativ* offen sich die Balkan-Staaten, gerade auch im Vergleich zu west- oder mitteleuropäischen Staaten zeigten. Später zwar als die europäischen Vorreiter Schweiz (1865) und England (1869), zeitgleich aber immerhin mit dem Deutschen Reich (in Preußen allerdings erst 1908) und früher immerhin als etwa in Österreich oder Böhmen⁵⁷ war beispielsweise in Bulgarien 1900 den Frauen der Zugang zum Universitätsstudium geöffnet worden.⁵⁸ Sie löste in den kommenden Jahren eine Dynamik aus, die jene in den meisten mitteleuropäischen Ländern z.T.

⁵⁵ SACL (1906) 11, S.470 ff.; 484 f.; ; (1906) 3, S.150; Zvezda (1900) 1, S.334 f. u. S.340; zur medizinischen Versorgung für das frühe 20. Jh.: SACL (1900) 1, S.2 ff.; ebenda (1906) 11, S.471 ff.; Zdravlje 7 (1912) 8, S.236; Zvezda (1900) 1, S.84 u. S.333 f.; Jovanović-Batut, M.: Medicinski fakultet Srpskog Univerziteta, S.18–24.

⁵⁶ STL 27 (1906), S.142 f., S.165; ebenda (1911), S.107 u. S.110 f.

⁵⁷ Vgl. zur westeuropäischen Entwicklung Costas, Ilse: Die Öffnung der Universitäten für Frauen – Ein internationaler Vergleich für die Zeit vor 1914, in: Leviathan (1995) 3, S.496–516. Als interessante Perzeption dieser europäischen Verhältnisse aus bulgarischer Sicht: Ženite v evropejskite univerziteti, in: Bălgarska sbirka (1896) 1, S.73–77.

⁵⁸ Vgl. zur vorbereitenden Diskussion um die Zulassung: Šišmanov, Ivan: Ženata i visše učilište, in: Bălgarska sbirka (1897) 10, S.162–168; Stalutov, D.: Visšeto učilište i ženskijat vāpros, in: Misāl VI (1896), S.138–141; Ders.: Bălgarski ženi i Ministerstvoto na prosveštenieto, in: Misāl VII (1897), S.67–70; Sretenova, N. M.: Cultural and Historical Background of Women's Entrance into Higher Education in Bulgaria, in: History of European Ideas 19 (1994) 4–6, S.867–874.

weit überstieg. Schon bis 1914 erreichte der Anteil der Frauen unter den Studenten in Spitzenjahren einen Maximalwert von 25%, im Durchschnitt waren es zwischen 1901 bis 1914/15 etwa 10% (im Gesamtzeitraum 1901 bis 1938 22% weibliche Studenten) – deutlich mehr als zur gleichen Zeit in Deutschland. In manchen Fakultäten, vor allem in der historisch-philosophischen, aber auch in der physisch-mathematischen lag der Anteil bei 59 bzw. 45%; hier überstiegen die weiblichen Studenten die männlichen seit etwa 1914/15 fast ständig. In der Medizin blieben Frauen mangels Vorhandensein einer Medizinischen Fakultät an der Universität Sofia bis zum Ersten Weltkrieg auf ein Auslandsstudium verwiesen. Aufgrund der dafür notwendigen, ganz erheblichen finanziellen Mittel ließen auch bulgarische Familien in erster Linie ihren männlichen Nachkömmlingen eine solche Chance zugute kommen, darin unterschieden sie sich nicht substantiell von Eltern in Mitteleuropa zur damaligen Zeit. Immerhin finden sich unter den bulgarischen 735 Medizinern, die zwischen 1898 und 1909 im Ausland studiert hatten, 37 Frauen. Nach Etablierung einer Medizinischen Fakultät nach dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der Frauen mit 23 bzw 26% schon bald sogar noch knapp über dem Gesamtdurchschnitt – ein bemerkenswerter Unterschied zu dem stets besonders geschlossen gehaltenen Medizinistudium für Frauen etwa in Deutschland, Österreich. Eine verschwindende Minderheit blieben die Frauen lediglich in der Juristischen Fakultät. Selbst die 4.5 % weiblichen Studenten, die zwischen 1905 und 1938 in Sofia Jura studierten, lagen jedoch noch weit über jenem Anteil, den Frauen an den Juristischen Fakultäten in Deutschland ausmachten. Hier waren es selbst auf dem Höhepunkt der Zwischenkriegszeit nur 2.8%.⁵⁹ In Serbien war die Entwicklung weniger dynamisch, obwohl das Land sehr viel früher die Grundlagen für ein Hochschulstudium gelegt hatte und die ersten Studentinnen 1887 in die damals noch "Hohe Schule" genannte Universität eintraten; blieb ihre Zahl bis 1914 bei deutlich unter 10%, so lag sie zwischen 1919 und 1929 bei 13%, 1929 bis 1939 bei immerhin 29% – auch das jedoch noch mehr als in Deutschland und auch hier verließ bereits 1891 die erste Frau diplomiert die Universität, bevor Frauen in Deutschland

⁵⁹ Jarauschi; Konrad: *The Unfree Professions*, S.234.

überhaupt Zugang zum Diplom hatten.⁶⁰ Wie in anderen europäischen Staaten auch, bedeutete Universitätszugang aber auch auf dem Balkan noch lange nicht auch Zugang zum erlernten Beruf. Im Gegenteil: In der Frage der Öffnung der Berufe für Frauen verrieten die Professionen allenthalben ihre eigenen Prinzipien von Leistung und fachlicher Qualifikation als alleinigen Zugangskriterien.⁶¹ Der Balkan fällt aus diesem Muster der Geschlechtertrennung sicherlich nicht heraus. Das Beispiel der südosteuropäischen Staaten zeigt jedoch Ambivalenzen, die so gar nicht in das Bild eines patriarchalisch bestimmten, hinter mitteleuropäischen Verhältnisse weit hinterherhinkenden Balkan passen wollen. Zwar gelang den Frauen auch hier vor allem in jenen „bürgerlichen Berufen“ relativ zügig der Zugang in die bürgerlichen Berufe wo diese Berufe in ihrem akademischen Charakter umstritten und in ihrem Prestige eher niedrig angesiedelt waren, also etwa im Grundschullehrerberuf. Der Zugang wurde umso schwerer, je mehr Prestige ein Beruf hatte. Angesichts der etwa im deutschsprachigen Raum erst seit dem Ende des Ersten Weltkriegs langsam aufbrechenden Zugangsbarrieren für Ärztinnen,⁶² stellen sich die Verhältnisse in Serbien aber auch hier beinahe als offen dar. Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren etwa in Serbien etwa ein Dutzend Ärztinnen im Staatsdienst tätig, allerdings, wie selbst der Ärzteverband beklagte, in materiell und von ihrer Tätigkeit her zumeist diskriminierten Positionen.⁶³ Auch die Ärztinnen in Bulgarien waren angesichts des noch kaum entwickelten Marktes für private medizinische Dienstleistungen ganz überwiegend auf staatliche Anstellungen als Ge-

⁶⁰ Nikolova, Maja: Školovanje ženske mladeži u Srbiji do 1914, in: Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20.veka 2: Položaj žene kao merilo modernizacije, Beograd 1998, S.73–82; zum Auslandsstudium von Frauen: Trgovčević, Ljubinka: O studentkinjama iz Srbije na stranim univerzitetima do 1914 godine, ebenda, S.83–98;

⁶¹ Frevert, Ute, in: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jhdt., Bd.3, München 1988.

⁶² Huerkamp, Claudia: Frauen im Arztberuf im 19. und 20.Jh. Deutschland und die USA im Vergleich, in: Hettling, Manfred et al. (Hg.): Was ist Gesellschaftsgeschichte? München 1991, S.135–145.

⁶³ SACL 12 (1908), S.506 ff., 518 ff.; Božinović, Neda: Žensko pitanje u Srbiji u XIX. i XX.veku, Beograd 1996, S.80 f.; Stojanović, Dubravka: Žene „u smislu razumevanja našeg naroda“. Slučaj žena stručnjaka u Srbiji 1903–1912, in: Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20.veka 2, S.241ff.

meinde-, Kreis- oder Stadtärzte angewiesen, wo sie es schwer hatten sich gegen männliche Konkurrenz durchzusetzen. Bis 1918 schafften es nur einige wenige einen dieser Jobs zu ergattern; selbst in der Zwischenkriegszeit, als der Ausbau des Krankenhauswesens den Bedarf erhöhte und die ersten Absolventen der eigenen medizinischen Fakultät dazu kamen, waren es nur einige Dutzend. Die meisten Frauen mit einer medizinischen Ausbildung mußten daher auf medizinische Hilfsberufe, wie die *feldžeri* oder den Hebammenberuf ausweichen.⁶⁴ Am umkämpftesten jedoch war in Bulgarien, wie auch anderswo in Mitteleuropa, der Zugang zu den juristischen Professionen. Nur wenige Pioniere wie die USA oder die skandinavischen Länder hatten hier bereits im Laufe des letzten Viertel des 19. Jhs. rechtliche Diskriminierungen im Zugang von Frauen zu juristischen Berufen beiseite geräumt. Andere, wie Belgien und Frankreich folgten um die Jahrhundertwende; manche, wie Deutschland überhaupt erst nach dem Ersten Weltkrieg. Nicht viel besser war auch die Entwicklung in Südosteuropa. In Bulgarien, wo die Öffnung der Universitäten 1900 erfolgte und vier Jahre später auch auf die neu geschaffene juristische Fakultät ausgedehnt wurde, blieb die Zahl der Studentinnen relativ gering. In Jugoslawien blieb er mit 15–20% selbst in der Zwischenkriegszeit deutlich unter der Medizinischen Fakultät.⁶⁵ Der Grund lag wohl vor allem darin, daß dieser Zugangspraxis zur akademischen Ausbildung eine restriktive Haltung in der Frage des Zugangsrechts zum Anwalts- oder Richterberuf entgegenstand. Schon bald nachdem die erste Generation an Studentinnen die Juristische Fakultät durchlaufen hatte, wurde der Kampf für die Zulassung der Advokatur seit etwa 1910 zu einem zentralen Schauplatz des Bemühens von Frauen um die Einlösung von Gleichheitsforderungen. Die Bemühungen der Frauen sollten jedoch bis zum Ende der Zwischenkriegszeit und trotz mehrerer Generationen von juristisch ausgebildeten Frauen vergeblich bleiben. Obwohl 1914 und dann erneut 1929 in das Parlament eingebracht und obwohl sich die zuständige beratenden Kommissionen des Parlaments dafür aussprachen, fiel das formale Verbot des Zugangs der Frauen zum Anwaltsberuf – anders als in den Nachbarstaaten Jugoslawien, Rumänien und selbst der

⁶⁴ SAČL (1908) 12, S.517 f.

⁶⁵ Univerzitet u Beogradu, S.230.

Atatürkschen Türkei – bis 1941 nicht.⁶⁶ Juristisch ausgebildeten Frauen blieb so, sofern sie nicht nach dem Studium auf einen Abschluß oder auf eine Ausübung ihres Berufs verzichteten, was offensichtlich bei einer Reihe von ihnen der Fall war, nicht mehr als eine mittlere oder subalterne Beamtenstelle vor allem im Finanz- oder Justizministerium – eine Notlösung, die allerdings auch nur wenige erreichten.⁶⁷ Auch in Jugoslawien gelangten erst seit dem Ende der 1920er Jahre die ersten Frauen nach absolviertem Jura-Studium auch zur Berufsausübung.⁶⁸

Eines fällt bei dengenannten Restriktionen im Vergleich zu Mitteleuropa allerdings auf: In Mitteleuropa waren es vor allem die professionellen Organisationen selbst, die durch ihre Verweigerungsstrategie die eigene Zunft gegen potentielle weibliche Konkurrenz abschotteten. Für Deutschland hat Claudia Huerkamp sehr eindringlich und überzeugend die vielfältigen Strategien der Ärztezunft gegenüber einem Andrang von Frauen herausarbeiten können. Der deutsche Anwaltsverein versuchte noch nach der gesetzlichen Zulassung von Frauen zum Anwaltsberuf diesen zu sabotieren, unter Aufbietung der abstrusesten Argumente, von denen nur eines wirkliche Relevanz hatte, nämlich die Angst vor Konkurrenz. Obwohl die Regierung 1921 die Zulassungsfreiheit zum Anwaltsberuf für Frauen ermöglicht hatte, gab es in der ganzen Weimarer Republik noch 1932 lediglich 79 Frauen im Anwaltsberuf.⁶⁹ In Serbien und Bulgarien waren die Verbände hingegen jedoch sehr viel entgegenkommender, auch den Frauen den Zugang zum Beruf zu öffnen. Der serbische Ärzteverband kritisierte die Praxis, akademisch voll ausgebildete Ärztinnen nicht auf angemessenen Positionen zu beschäftigen.⁷⁰ Sowohl die Führung des bulgarischen Anwaltsvereins als auch der bulgarische Richterverband machten sich durchaus zum Fürsprecher einer Öffnung des Anwaltsberufs und des Richteramtes für Frauen. Ihre mehrfachen Bemü-

⁶⁶ Vgl. zur Parlamentsberatung 1930: *Advokatski pregled* (1930) 15, S.187.

⁶⁷ Noch 1911 arbeiteten in allen Justizbehörden nur drei Volljuristinnen, allesamt in unterqualifizierten Positionen: *Statistika na činovnicite i služasti pri dāržavnite i izbornite učreždenija kām 1 April 1911*, Sofija 1918, S.47.

⁶⁸ *Advokatski pregled* (1929) 16, S.197 f.; ebenda (1929) 17, S.210 f.

⁶⁹ Jarausch, K.: *The Unfree Professions*, bes. S.34 ff.; Siegrist, H.: *Advokat, Bürger, Staat. Eine vergleichende Geschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.-20.Jhdt)*, Frankfurt a. M. 1995.

⁷⁰ *SACL* (1908) 12, S.506f.u. S.518f.

hungen in der Zwischenkriegszeit, den Verband der Advokaten für eine entsprechende Beschlußfassung zu gewinnen, scheiterten jedoch vor allem am Widerstand der Anwälte aus der Provinz. Der Grund dafür lag wohl in der chronischen Überfüllungskrise im Anwaltsberuf, von der schon ein Großteil der Sofioter Anwälte betroffen war,⁷¹ die aber die Existenzsituation der Provinzanwälte in noch eklatanterer Weise traf.⁷² Gegen diese aus elementaren materiellen Interessen herrührenden Konkurrenzängste vermochten sich auch die aufgeklärten Positionen der Hauptstadtjuristen und der Führung des Verbandes nicht durchzusetzen.⁷³

Schließungsforderungen an den Staat richteten sich natürlich vor allem gegen ausländische Konkurrenten. Serbische Ingenieure etwa verlangten, daß der Eisenbahnbau ausschließlich in die Hände serbischer Fachleute gelegt und die Posten der staatlichen Bauräte nur mit Einheimischen besetzt werden sollten.⁷⁴ Ihre rumänischen Standeskollegen, auch sie zu einem großen Teil im Staatsdienst, verlangten die Ausschaltung der billigeren und besseren britischen Konkurrenz, als die Budgetkrise des Staates um die Jahrhundertwende den Eisenbahnbau ins Stocken geraten ließ und die öffentlichen Aufträge versandeten.⁷⁵

Vor allem in den multiethnischen Gesellschaften Südosteuropas erhielten solche Schließungsforderungen darüber hinaus leicht eine nationalistische Stoßrichtung gegen Minderheiten im eigenen Lande. Rumänien kann hierfür sicherlich als das gravierendste Beispiel stehen. Vor allem die Juristen, aber auch andere akademische Berufsgruppen,

⁷¹ Vgl. entsprechende Zahlen über den die Industriestaaten z.T. übersteigenden Anwaltsbesatz gemessen an der Gesamtbevölkerung in: Advokatski pregled (1926) 11, S.158 f.; ebenda (1929) 1, S.15.

⁷² Vgl. entsprechende Klagen der Provinziorganisationen des bulgarischen Advokatenverbandes: CDIA fond 833, op.2., a.e.45, l.1; ebenda a.e.20, l.95 f.; ebenda a.e.27, l.43.

⁷³ Vgl. die Stellungnahmen des Verbandes der Advokaten: Za advokatskite prava na ženite, in: Sădijski vestnik XI (1929) 4, S.2, CDIA fond 537, op.1., a.e.20, l.63, 89, 97 (1938); Advokatski pergled (1928) 1, S.2. Auch der bulgarische Frauenverband würdigte die unterstützende Haltung der Führung des Verbandes in einer Grußansprache: S.2. Advokatite v zaštita na advokatskite prava na ženite, Sofija 1928.

⁷⁴ STL 18 (1907) 28, S.225 f. u. S.231.

⁷⁵ Jensen, John / Rosegger / Gerhard: Xenophobia or Nationalism? The Demands of the Romanian Engineering Professions for Preference of Government Contracts 1899–1901, in: East European Quarterly 19 (1985) 1, S.1–14.

setzten sich hier nicht nur erfolgreich gegen den Zugang jüdischer Repräsentanten zum Staatsdienst ein; auch gegenüber anderen nicht-rumänischen Nationalitäten zeigte beispielsweise der rumänische Advokatenverband in der Zwischenkriegszeit eine deutliche Exklusionsneigung.⁷⁶ Das Ergebnis war hier nicht nur eine Segmentierung des Berufsstandes, die die Entwicklung einer gemeinsamen korporativen Identität erschwerte, sondern auch eine Segregierung der Märkte: Zu erkennen ist dies etwa bei den deutschen Anwälten Rumäniens, die praktisch nur deutsche Klienten hatten. Im Falle Jugoslawiens, für das es noch weithin an entsprechenden Forschungen mangelt, scheint schon die bis 1929 bestehende Uneinheitlichkeit der Strafgesetzgebung zwischen den einzelnen Landesteilen⁷⁷ eine solche Segregierung des Marktes produziert zu haben.

Gegenüber diesem Bauen auf staatliche Regulierung blieben die Selbstorganisationsfähigkeit und die Autonomie der Professionen fast durchweg unterentwickelt. Zwar gründeten sich in Übernahme ähnlicher Vorbilder in Mitteleuropa auch in Südosteuropa schon seit dem letzten Viertel des Jahrhunderts ein immer dichter werdendes Netz an Berufsverbänden.⁷⁸ In der Zwischenkriegszeit begannen sich diese zum Teil sogar, wie etwa im Falle der bulgarischen Ärzte, nach politischen Zielen in mehrere Verbände aufzuspalten. Zu einflußreichen Verbandsorganen, die auch gegenüber dem Staat zu einer wirksamen korporativen Interessenvertretung fähig gewesen wären, reichte dies aber nur selten. Einige dieser Verbände blieben schon von ihrer Mitgliederzahl her schwach. Der bulgarische Advokatenverband etwa, ohnehin erst 1920 gegründet gegen die Versuche der Regierung Stambolijski, den Anwaltsberuf zu beschnei-

⁷⁶ Livezeanu, Irina: *Between State and Nation: Romanian Lower Middle Class Intellectuals in Interwar Romania*, in: Koshar, Rudi (Ed.): *Splintered Classes*, New York 1990, S.176 ff.

⁷⁷ Peritsch, J.: *Die jugoslawische Anwaltschaft*, in: Magus, J. (Hg.): *Die Rechtsanwaltschaft*, Berlin 1925 (Deutscher Anwaltsverein Druckschriften Nr.5), S.117–124. Nova Evropa 10 (21.9.1924) 9, S.259 ff.; Cohen, Lenard: *The Socialist Pyramid. Elites and Power in Yugoslavia*, Oakville 1989, S.259 ff. spricht – allerdings etwas mißverständlich – gar von einem „legal federalism“.

⁷⁸ Vgl. etwa für die Juristen Serbiens 1883: *Srpski pravnik* (1883) 1; für die Ärzte: *Ustav Srpskog Lekarskog Društva*, o.O. (Beograd) 1874, für die medizinischen Professionen in Bulgarien: *Letopis na Lekarskija sąjuz v Bălgarija I* (1903); *Programa i ustav na Farmaceutičesko družestvo*, Sofija 1903.

den,⁷⁹ erreichte selbst in seinen besten Zeiten nur knapp die Hälfte aller Anwälte;⁸⁰ zum Vergleich: in Deutschland gehörten mehr als 4/5 aller Anwälte dem Deutschen Allgemeinen Anwaltsverein an.⁸¹ Die organisatorische Erfassung der Provinz zog sich noch bis zum Ende der 1920er Jahre hin.⁸² Über mangelnde Organisationsbereitschaft klagten auch die serbischen Ärzte, die sich schon Anfang der 1870er Jahre zusammenschlossen hatten.⁸³ Der Verband der serbischen Ingenieure und Architekten vermochte selbst in der Hauptstadt Belgrad um 1907 herum nicht mehr als 15 Mitglieder zur aktiven Mitarbeit des ohnehin nur 170 Mitglieder umfassenden Landesverbandes zu aktivieren. Zeitweilig blieb der Ingenieursverband sogar auf staatliche Subventionen angewiesen, um seine Existenz zu sichern.⁸⁴ Bisweilen zeigten sich die Berufsverbände sogar dort zurückhaltend, wo staatliche Politik die autonome Selbstregulierung der Berufe stärken wollte. In Serbien etwa stießen um die Jahrhundertwende Bemühungen eine Ärztekammer nach mitteleuropäischem Vorbild als autonomes korporatives Verbandsinstitut zu schaffen, lange Zeit auf Widerstand unter großen Teilen der Ärzteschaft.⁸⁵ Diese sah darin eine „fremde Schablone“, die auf die serbischen Verhältnisse nicht

⁷⁹ Sājuz na advokatite: Almanach No 2 (1925), S.112–131; Advokatski pregled IV (1923) 1–2, S.2; ebenda IV (1923) 3, S.2; Ustav na Sājuza na bālgarskite advokati, CDIA fond 833, op.2, a.e.1, l.9–14; vgl. ähnliche Gründe auch für die Gründung des Richterverbandes 1919: Po slučaj desetogodišnata na Sājuza, in: Sādijski vestnik 10 (1929) 15–16, S.1–3.

⁸⁰ Vgl. die entsprechenden Zahlen in: Advokatski pregled (1923) 8, S.6; ebenda (1924) 8–9, S.94; ebenda (1926) 18, S.265; ebenda (1927) 17, S.232; ebenda (1929) 1, S.5 u.13; CDIA fond 833, op.2, a.e.18, l.296–312; fond 537, op.2, a.e.10., l.101, l.164.

⁸¹ Jaraus, K.: The German Professions, S.14.

⁸² Klagen über die organisatorische Schwäche in der Provinz in: Advokatski pregled (1924) 8–9, S.94; ebenda (1928) 1, S.7.

⁸³ SACL (1897) 8, S.379 ff.; ebenda (1906) 3, S.150 f.; ebenda 13 (1907) 5, S.261, S.401; ebenda (1909), S.67–69.

⁸⁴ STL 7 (1986) 5–6, S.69; ebenda 13 (1902), S.3–4; ebenda (1905) 1, S.3; ebenda 18 (1907) 2, S.3; ebenda S.186, ebenda 20 (1909) 28, S.226; Hinweise auf die organisatorische Schwäche und die geringe Resonanz der Verbandspublikation auch in STL 18 (1908) 19, S.204; ebenda 20 (1909) 19, S.157; ebenda 23 (1912) 28, S.205–206.

⁸⁵ SACL 3 (1897) 8, S.381.

passe, da ja ohnehin 99% der Ärzte Staatsbeamte seien.⁸⁶ Nicht nur mangelnde organisatorische Potenz, sondern auch ein Mangel an gemeinsamem korporativen Bewußtsein drückt sich in diesen Fakten aus.

Ein durchschlagender Interessenlobbyismus ließ sich so nur in Grenzen erreichen. Zwar forderten die Verbände immer wieder eine institutionalisierte Beteiligung an administrativen Entscheidungsprozessen. Dem Ärzteverband und den Juristen wurde beispielsweise in Bulgarien eine solche fachlich-konsultative Rolle auch gewährt. So stand dem bulgarischen Ärzteverband seit 1909 ein Vorschlags- und Anhörungsrecht bei gesundheitspolitischen Vorhaben des Staates zu, welches er auch immer wieder prägend zur Geltung brachte.⁸⁷ Die Juristenorganisationen wurden ebenfalls zur Vorbereitung und Diskussion wichtiger legislativer Vorhaben hinzugezogen.⁸⁸ Auf diese Art und Weise vermochten die Verbände immer wieder sachlichen Einfluß auf die Staatspolitik in den jeweiligen Bereichen zu nehmen. Bisweilen setzten sich die Berufe auch durchaus erfolgreich zur Wehr gegen staatliche Interventions- und Kontrollversuche, im ganzen aber wurden sie für den Staat kein gleichwertiger oder gar gefürchteter Partner. Am ehesten scheinen sich noch die Juristen hier wirkungsvoll in Szene haben setzen können – ihnen dürfte dabei aber wohl eher ihre enge personelle Vernetzung mit der politischen Führungselite im Staat geholfen haben als ein organisierter Verbandslobbyismus. Advokaten nämlich gehörten zu der die politischen Vertretungsinstanzen dominierenden Berufsgruppe. Der Anteil der Advokaten am bulgarischen Parlament lag zwischen 1899 und 1918 stets bei 30 bis 37%; ähnlich hoch lag er unter den Ministern. Nicht anders sah es in anderen südosteuropäischen Staaten aus.⁸⁹ Mag dies auch in Südosteuropa besonders stark ausgeprägt sein, so fällt es im Grunde genommen nicht aus dem europäischen Rahmen heraus, sondern läßt sich in ähnli-

⁸⁶ SACL (1900) 10, S.482 f.; (1901) 11, S.502, S.509 f. (Zitat); S.515, S.523; ebenda (1906) 12, S.554.

⁸⁷ Istorija na medicinata v Bälgarija, S.137 f.

⁸⁸ Advokatski pregled (1924) 16, S.1.

⁸⁹ Minčev, G. P.: Našeto narodno predstaviteľstvo. Statističeski strichi, in: Sävremenna Misäl (1911) II, S.155–163; Paruševa, Dobrinka: Balkanskijat političeski elit – Sociografija na praviteľstvenija elit v Bälgarija i Rumänija v kraja na XIX i načaloto na XX vek, in: Elit i obštество v istorijata, Sofija 1998, S.102–121, hier S.108.

cher Weise, wie Heinrich Best herausgearbeitet hat, auch in einer ganzen Reihe von anderen europäischen Ländern ausmachen.⁹⁰ Die meisten anderen Berufsgruppen klagten ohnehin immer wieder über ihren geringen Einfluß auf die Politik.⁹¹

Letztlich war es auch in diesem Zusammenhang die eben durch Staatsdominanz geprägte Marktlage der Professionen, die ihre korporative Selbstorganisation und ihren Einfluß hemmte. Auch hier kann der Blick auf das deutsche Vergleichsbeispiel die Unterschiede in der Entwicklung schärfer konturieren. Die Ausweitung der Dienstleistungschancen für die Professionen nämlich eröffnete hier, trotz der auch in Deutschland starken staatlichen Regelungskompetenz, den Professionen die Chance zu einflußreicher Selbstorganisation, mit der man dem Staat entgentreten und für die eigene Gruppe beträchtliche Autonomieräume erstreiten konnte. Claudia Huerkamp hat dies beispielsweise für den deutschen Ärzteverband, der sich zur gewichtigen Lobbyfunktion entwickelte, gezeigt.⁹² Zu vergleichbarer Kraft gelangten die professionellen Organisationen in den Balkanstaaten jedoch nicht. Nur in Ansätzen konnten die Professionen somit auch zum Entstehen einer verbandspluralistischen Struktur in den südosteuropäischen Gesellschaften beitragen, in der die Macht des Staates wirkungsvoll durch konkurrierende und kontrollierende Institutionen ergänzt und begrenzt worden wäre.

Die hier angesprochenen Berufsgruppen, und damit sei ein Zwischenfazit formuliert, fanden im Laufe der Zeit somit letztlich wohl zu dem, was in der jüngeren Forschungsdiskussion mit Blick auf den deutschen Fall mit dem Wort der „Verberuflichung“ bezeichnet worden ist,⁹³ d.h. es gelang ihnen, ausgehend von einem zunächst noch diffusen Status, ohne

⁹⁰ Best, Heinrich: Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848–1997. Die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich, in: *Historical Social Research* 22 (1997) No.314, S.4–31, hier bes. S.22.

⁹¹ Für Serbien *SACL* (1897) 6, S.307; (1906) 3, S.151; ebenda (1897) 6, S.307.; *STL* 22 (1911) 22, S.169; für Bulgarien entsprechende Kritik am Richterverband *Sädijski vestnik* 7 (1925) 20, S.1.

⁹² Huerkamp, Claudia: *Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jh. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens*, Göttingen 1985.

⁹³ Vgl. für die deutschen Volkswirte Bruch, Rüdiger v.: *Die Professionalisierung der akademischen gebildeten Volkswirte in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: Jeismann, Karl-Ernst(Hg.): *Bildung, Staat, Gesellschaft im 19.Jahrhundert*, Wiesbaden 1989, S.361 ff.

feststehende Qualifikationsanforderungen und geregelte Aufgabenbereiche, in fließendem Übergang zu anderen Teilen der „Intelligenzija“ zu einem festen Berufsbild zu gelangen. Was ihnen aber sehr viel weniger gelang war, sich auch zu dem zu entwickeln, was mit dem englischen Wort der „professionalization“ angedeutet ist, nämlich zur selbstregulativen, autonom agierenden Korporation.

III. Bürgerliche Identität oder Intelligenzija?

Entstehungsbedingungen, Marktlage und gesellschaftliche Rolle waren somit für die Professionen Südosteuropas aufs engste mit dem Staat verknüpft. Welche Auswirkungen, und damit ich möchte zu einem weiteren Aspekt kommen, ergaben sich aus dieser Situation für deren Selbstverständnis? War es, wie im Falle der mitteleuropäischen Professionen eine bürgerliche Identität, an der sich ihre Vertreter orientierten? Lassen sich in den genannten Berufen vielleicht gerade jene bürgerlichen Kreise identifizieren, an denen es nach weit verbreiteter Meinung der Geschichte der Balkan-Gesellschaften doch so sehr ermangelte?

Eine Antwort auf diese Frage fällt beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht leicht. Auch hier stochern wir, wie überall, wenn es um die sozialen Eliten Südosteuropas geht, noch weithin im Nebel. Es scheint allerdings, daß die hybride soziale Positionierung der Professionen zwischen bürgerlichem Beruf und Bürokratie auch im sozialen Gruppenbewußtsein der „professionals“ eine Entsprechung gefunden hat. Eine diffuse mentale und identitäre Selbstdeutung, die sich durch die Publikationen und Selbstzeugnisse ihrer Angehörigen zieht, deutet an, daß hier eine sozialstrukturell erst im Entstehen begriffene Gruppe auch bewußtseinsmäßig ihren gesellschaftlichen Platz noch suchte.

Einerseits ist dabei unübersehbar, daß diese Berufsgruppen mit ihrer höheren, zunehmend akademischen Ausbildung (die sie ja größtenteils im Ausland erhalten hatte), zugleich auch die Prinzipien bürgerlicher Wertevorstellungen adaptierte. In der ständig wiederholten Betonung der eigenen Bildung und des eigenen Expertenwissens, im Verweis auf die eigene Leistung, auf das Dienstethos und vor allem auf die eigene „Modernität“ der jeweiligen Berufsgruppe spiegeln sich unübersehbar bildungsbürgerliche Selbstdeutungen wider. In zunehmendem Maße war es dabei das fachlich-professionelle Expertenwissen, das man zugleich als ein

Symbol der angestrebten Europäisierung der eigenen Gesellschaft begriff, mit dem man die eigenen Eliten-Rolle begründete.⁹⁴ Und immer weniger rekurrierte man auf jenen schwammigen, allgemein kulturellen Bildungsanspruch, den noch die „alte“ Intelligenzija zur Begründung ihrer Führungsrolle ins Feld führte. Hier deuten sich meines Erachtens nach Entwicklungen von einem Wandel in der eigenen sozialen Verortung vom „intelligent“ zum „professional“ an. Besonders wird dies dort spürbar, wo der Anspruch zur „Intelligenzija“ zu gehören am umstrittensten war, wie bei den Ingenieuren und den technischen Berufen. Der Widerspruch zwischen der beanspruchten wissenschaftlichen Qualität und dem ihnen von der Gesellschaft zugewiesenen Status war bis zum Ersten Weltkrieg beinahe ein Dauerthema der Verbandspresse. Repräsentant moderner Technik und damit Vorreiter einer künftigen zu „Kultur“ sein, dies wurde von ihnen immer wieder geltend gemacht, gerade auch gegen die Überlegenheitsattitüden anderer professioneller Gruppen wie Juristen, Mediziner oder Professoren.⁹⁵ Auch die Lebensführung, das Alltagsleben, die Wohnvorstellungen und Freizeitgewohnheiten waren unverkennbar am mitteleuropäischen Leitbild bürgerlicher Stadt-Kultur ausgerichtet. Die insgesamt freilich spärlichen Informationen etwa zur Wohnungseinrichtung Sofioter Juristen und Professoren oder zu den Geselligkeitsformen von Angehörigen der Belgrader Oberschicht aus dem Kreise der Professionen lassen dies erkennen.⁹⁶ Ärzte und seit dem frühen 20. Jh. auch Ärztinnen gehörten beispielsweise in Belgrad zu den Organisatoren urban-bürgerlicher Geselligkeitsformen wie des Salons.⁹⁷ Bürger-

⁹⁴ Vgl. etwa der kroatische Advokatenverband: *Nova Evropa* 10 (21.9.1924) 9, S.252.

⁹⁵ *STL* 2 (1891) 5, S.66; ebenda 4 (1893) 3, S.1, S.74; ebenda 4 (1893) 4, S.86; ebenda 5 (1894) 3, S.45; ebenda 13 (1902) 1–2, S.1 f.; ebenda 17 (1906), S.96; ebenda 23 (1912) 26–27, S.92.

⁹⁶ Vasileva, Darija: Interiorät na žilišteto na bälgarskata gradska inteligencija 1878–1912, in: *Bälgarska etnografija* 4 (1993) 1, S.33–47; Dies.: Žilišteto na gradska inteligencija (1878–1912), in: *Bälgarska etnografija* III (1992) 5–6, S.41–50. Zugleich wurde Klage darüber geführt, daß nur eine Minderheit der Anwälte in der Hauptstadt sich eigene Wohnungen oder Häuser leisten könnten: *Advokatski pregled* IV (1924) 13, S.9.

⁹⁷ Hierzu mit ersten Andeutungen Čolak-Antić, Tatjana: Žur u Beogradu u doba izmedju dva svetska rata. Univerzitet u Beogradu. Filozofski fakultet, odeljenje za etnologiju: *Diplomski rad* 1993, S.92.

lich ausgerichtet waren letztlich auch die materiellen Erwartungen und der Prestigeanspruch, welche die Angehörigen der Professionen immer wieder geltend machten. Solche materiellen Ansprüche wurden von allen Berufsgruppen immer wieder mit den Notwendigkeiten einer Stand und Qualifikation entsprechenden Lebensführung begründet – mit den „kulturellen und professionellen Bedürfnissen“, wie es hieß.⁹⁸ Wir sind über die materielle Lebenssituation der professionellen Eliten allerdings noch höchst ungenügend informiert. Die verdienstvollen quantitativen Vergleichsuntersuchungen des bulgarischen Wirtschaftshistorikers Ljuben Berov über die freien Professionen Südosteuropas geben hier allenfalls Anhaltspunkte,⁹⁹ sie sagen aber wenig über die tatsächliche Lebensführung aus. In der Breite scheint die materielle Substanz der professionellen Eliten, vor allem wenn man sie zum bürgerlichen Status ihrer mitteleuropäischen Berufskollegen in Relation setzt, eher überschätzt zu werden. Alle Berufsgruppen haben beinahe konstant Klage geführt über ihre materiellen Verhältnisse,¹⁰⁰ und nicht alles daran war unbegründeter Standesegoismus. Nur für einen Teil der Professionen dürfte die Einlösung ihrer Bürgerlichkeitsvorstellungen auch tatsächlich materiell möglich gewesen sein. Zumindest in Bulgarien, ähnliches scheint auch für Rumänien zuzutreffen, dürfte sich die zuvor recht generöse Einkommenslage der meisten Professionen seit der Jahrhundertwende und insbesondere in der Zwischenkriegszeit, zunächst nach Kriegsende und sodann mit der Weltwirtschaftskrise, verschlechtert haben.¹⁰¹ Die in relativ sicheren staatlichen Stellungen arbeitenden Ange-

⁹⁸ CDIA 833, op.2, a.e.37, l.78; Sădijski vestnik X (1928) 9–10, S.112.

⁹⁹ Berov, Luben: *The Material Status of the free-Lanced Professions in Southeastern Europe (18th–19th century)*, in: *Etudes balkaniques* (1984) 1, S.3–23; ders.: *Materialno položenie na inteligencijata v Bălgarija meždu dvete svetovni vojni*, in: *Istoričeski pregled* (1988) 12, S 3–21.

¹⁰⁰ Vgl. exemplarisch für die Ärzte Serbiens: *Rezolucija Upravnog Odbora Lekarskog Društva*, in: *SACL* 13 (1907) 5, S.261; für die Richter in der Zwischenkriegszeit in Kroatien: *Nova Evropa* 10 (21.9.1924) 9, S.263 f.; für die Ingenieure: *STL* (1891) 4, S.51; ebenda (1894) 3, S.45; ebenda (1899) 4, S.89; ebenda (1911) 14–15, S.118 f.

¹⁰¹ Vgl. für die bulgarischen Advokaten CDIA fond 833, op.2., a.e.37, l.78; ebenda l.74, 83; ebenda fond 997, op.1, a.e.31, l.1,5; Sădijski vestnik 10 (1928) 9–10, S.1 f.; *Advokatski pregled* (1925) 19, S.238; ebenda (1930) 6, S.69; für die Richter: CDIA fond 537, op.1., a.e.50, list 203 (1921); Sădijski vestnik 8 (1928) 1–2, S.1 f.; ebenda (1928) 12, S.1 f.; ebenda 11 (1930) 9, S.161; ebenda 8 (1932)

hörigen litten jetzt unter der sich verschärfenden staatlichen Budgetkrise; für die freien Berufsangehörigen wurden die Überfüllungstendenzen in den meisten Berufen zum Problem. Unter den Juristen, denen aufgrund ihres generell schlechten Ansehens aus dem Kreise der bäuerlichen Bevölkerung konstant der Vorwurf unangemessener Bereicherung gemacht wurde, aber auch der kleinen Händler und Handwerker,¹⁰² konnte zwar in der Hauptstadt so mancher ein beträchtliches Einkommen erzielen und einen bürgerlichen Lebensstil pflegen, vor allem jene, die mit der Politik verbandelt waren. Der Zugang zum politischen Amt erwies sich hier als das wertvollste Kapital, das man aus der Profession ziehen konnte.¹⁰³ Wer über derartige Beziehungen nicht verfügte oder gar seinen Beruf in der Provinz ausübte, der mußte allerdings mit einem sehr viel bescheideneren, oft wohl „unbürgerlichen“ Lebensstandard vorlieb nehmen. Bulgarische Provinzadvokaten führten jedenfalls in lebendigen Beschreibungen Klage darüber, daß manche von ihnen mit der täglichen Existenz zu kämpfen hatten.¹⁰⁴ Angesichts der Tatsache, daß Länder wie Bulgarien und Rumänien in der Zwischenkriegszeit einen größeren Besatz mit Advokaten erreichten als Deutschland oder Frankreich klingen derartige Klagen durchaus überzeugend. Auch hier zeigte sich im Übrigen ganz die Erwartungshaltung an den staatlichen Paternalismus auf seiten der Professionen: da man nicht für sich, sondern für die Gesellschaft arbeite, so klagten beispielsweise Anfang der 30er Jahre lokale Anwälte in Bulgarien, habe der Staat auch für deren angemessenes Leben materielle Sorge zu tragen.¹⁰⁵

9, S.129 ff.; ebenda 25 (1933) 9, S.122 ff.; ebenda 20 (1938) 3, S.49 f., Advokatski Pregled (1923) 8, S.6; ebenda IV (1924) 14, S.1. Ärzte waren, sofern sie als Militärärzte gearbeitet hatten, zudem von den Entmilitarisierungsverpflichtungen, welche der Friedensvertrag von Neuilly Bulgarien auferlegt hatte, betroffen, so daß unter ihnen angesichts eines nach wie vor beengten privaten Dienstleistungsmarktes Anfang der 1920er Jahre eine beträchtliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war: Kolev, J.: Kām vāprosa, S. 562.

¹⁰² Vgl. entsprechende Beispiele in: Advokatski pregled (1930) 18, S.1.

¹⁰³ CDIA fond 833, op.2, a.e.44, l.135 f.: Klagen von Advokaten aus der Provinz, daß die hauptstädtischen Advokaten mit Beziehungen zur Regierung das Gros der lukrativen Rechtsstreitigkeiten an sich zögen.

¹⁰⁴ CDIA fond 997: Višš advokatski sävet, op.1., a.e.31, l.1, 55 f., 9 f., 5, 17, 18, 25; CDIA fond 833, op.2, a.e.44, l.74; ebenda a.e.37, l.78; Sādijski vestnik (1928) 9–10, S.112; Kazazov, D.: Ulici,chora, sābitija, S.184.

¹⁰⁵ CDIA 9777, op.1, a.e.32, l.1, 6 u.a.

Gaben sich die Professionen somit auf der einen Seite somit bürgerlich, so war dieses bürgerliche Selbstbewußtsein auf der anderen Seite aber auch in zweierlei Hinsicht auffallend gebrochen: Zum einen nämlich konnte auch die eigene professionelle Identität sich nie von der Fixierung auf den Staat lösen. Will heißen: Das gesellschaftliche Leitbild, dem man nacheiferte, blieb für viele stets das des beamteten „Gebildeten“. Staatlich angestellte Ingenieure in Serbien beispielsweise forderten von der Regierung die finanzielle und statusmäßige Gleichstellung mit höheren Beamten; die Forderung nach einer Staatsprüfung für jeden Ingenieur diene eben dem Ziel, damit den Anspruch auf einen Zugang zum Staatsdienst zu erhalten.¹⁰⁶ Auch zivile Techniker orientierten sich in ihren Erwartungen in puncto Entlohnung und gesellschaftliche Stellung an den Staatsbeamten. Nicht das Ideal des britischen oder amerikanischen „liberal professional“ war es, wonach der Arzt, Anwalt oder Ingenieur strebte in Südosteuropa, sondern der Status des Beamten.

Und noch von einer anderen Seite her erweist sich die Selbstdeutung der hier in Rede stehenden Berufe als diffus und hybride: So sehr man nämlich auch zunehmend auf die eigene fachliche Qualifikation und den Beruf als Ausweis des eigenen Status verwies, so sehr man also Arzt, Jurist oder Ingenieur war, so sehr blieben doch auch die Relikte jenes in der Tradition des 19. Jhs. stehenden „Intelligenzija-Bewußtseins“ spürbar – einer Identität also, die letztlich aus einem moralisch-kulturellen Verantwortungsanspruch der eigenen Gruppe genährt wurde. Der „Dienst am Volke“, eine Art „Kulturmission“ gegenüber einer rückständigen und aufklärungsbedürftigen Bevölkerung, damit begründeten Ärzte, Juristen und Ingenieure ihren Prestigeanspruch stets auch und nicht nur mit dem Verweis auf Studium und professionelles Bildungspatent. An die Stelle der Pflichterfüllung gegenüber dem Volk, so kritisierte beispielsweise die Verbandszeitschrift der serbischen Ärzte um die Jahrhundertwende, beginne immer mehr rüder Materialismus das Selbstverständnis des Arztes zu bestimmen.¹⁰⁷ Offenbar bedurfte es dieser traditionellen Identifikation, um damit bei der Bevölkerung jene Zustimmung und Wertschätzung einzuklagen, die man allein mit dem Verweis auf die professionelle

¹⁰⁶ STL 2 (1891) 5, S.66; ebenda (1894) 3, S.45 f., S.61; ebenda 17 (1906) 24, S.95.

¹⁰⁷ SACL (1900) 11, S.474; ähnliche Hinweise in: ebenda (1921) 2, S.111 ff.; Nova Evropa 10 (21.9.1924) 10, S.269.

Zugehörigkeit noch nicht einzuhandeln in der Lage war. Nicht nur die chronisch schlecht angesehenen Juristen, auch Ärzte und Ingenieure klagten jedenfalls immer wieder darüber, daß die Gesellschaft ihr professionelles Wissen nicht genügend würdige.¹⁰⁸ „Moderne“ Berufsidentität stand so neben traditionellem „Intelligenzija-Bewußtsein“, ein Ausdruck dafür, wie sehr auch die gebildeten Eliten sich in Südosteuropa im späten 19. und frühen 20. Jh. in einem äußerst widersprüchlichen Entwicklungsgang befanden.

IV. Fazit

Welche Erkenntnisse lassen sich nun aus einem solchen, zwangsläufig kursorischen Blick auf die Rolle der professionellen Eliten für eine Sozialgeschichte der Balkan-Gesellschaften entnehmen? Der Blick auf die Professionen, und darum ging es dem vorliegenden Beitrag, zeigt einmal mehr die Brechungen, denen die Balkan-Gesellschaften in ihrer jüngeren Entwicklungsgeschichte ausgesetzt waren. Der soziale Wandel dieser Gesellschaften brachte zweifelsohne Berufsgruppen hervor, die sich in vielem in das Konzept der Professionen einordnen lassen; indes, in diesen Professionen erwachsen den Balkan-Gesellschaften gleichwohl keine wirklich bürgerliche Trägerschicht; im ganzen blieben sie der Bürokratie näher. Ist dieser hybride Charakter zwischen Bürgertum und Bürokratie somit ein weiterer Beleg für das viel beschriebene Scheitern der Modernisierung in dieser Region? Folgt man herkömmlichen struktur-funktionalen Modernisierungskonzepten, so wäre dies wohl nicht anders zu deuten. Der Weg der osteuropäischen Professionen ist denn in der Literatur bisweilen auch als „immature professionalization“ bezeichnet worden.¹⁰⁹ Sehr viel Normativität klingt hierin an, die mir unangemessen zu sein scheint. Sinnvoller dürfte es statt dessen sein, so wie es die vergleichende Professionalisierungsforschung auch für das westliche Europa getan hat, die Vielschichtigkeit der Entwicklungswege der bürgerlichen Berufsgruppen überall in Europa im Auge zu haben anstatt von generalisierbaren Verlaufsmodellen des Entstehens und der Entwicklung dieser Berufs-

¹⁰⁸ STL 1 (1890) 7, S.1 f.

¹⁰⁹ Balzer, H.: *The Problem of Professionals in Imperial Russia*, in: Clowes, E. W. et al. (Hg): *Between Tsar and People. Educated Societies and the Quest for Public Identity in Late Imperial Russia*, Princeton 1991, S.183–198.

gruppen auszugehen.¹¹⁰ Auch Professionalisierung ist, um einen Begriff von Wolfgang Zapf zu übernehmen, ein pfadabhängiger Prozeß;¹¹¹ und es sind letztlich die sozialen Traditionen und Rahmenbedingungen, die die jeweiligen Professionalisierungspfade prägen.

Und noch in einem weiteren Punkt scheint Relativierung angebracht: Vor allem die ältere amerikanische soziologische Professionalisierungstheorie hat im Entstehen von akademischen Berufsgruppen gleichsam eine *conditio* und einen Garanten für demokratische Stabilität gesehen. In den Diskussionen um die heutigen Transformationsgesellschaften wird bisweilen in eine ähnliche Richtung argumentiert, so etwa, wenn Charles McClelland schreibt: „whatever democracy, pluralism, return to the west ... really mean, their meaning will be stamped to a significant degree by the success or failure of members of the learned occupations to professionalise themselves“. Schon die problemlose, bisweilen gar enthusiastische Art und Weise, mit der die deutschen Professionen sich nach 1933 verstaatlichen ließen und ihre mühsame Autonomie aufgaben,¹¹² mahnt hier zur Vorsicht. Und auch in Südosteuropa ist die politische Rolle der beruflichen Gruppen durchaus höchst unterschiedlich gewesen: unter dem Druck sozialer Marginalisierung wurden sie in Rumänien zweifelsohne zu Trägern nationalistischer, autoritärer Strömungen;¹¹³ in Bulgarien, unter vergleichbarem sozialen Krisendruck, gab es hingegen durchaus Distanz der professionellen Organisationen gegen die Versuche einer autoritären Neuformierung der Gesellschaft seit 1934. Die Richter verweigerten dem autoritären Staat zwar ihre Loyalität nicht, beharrten aber auf der Selbstständigkeit ihres Verbandes gegen die Bestrebungen einer den ganzen administrativen Sektor umfassenden korporativen Organisation unter

¹¹⁰ Siegrist, H.: Professionalization as a Process, in Burrage / Torstendahl (Eds.): Professions, S.179.

¹¹¹ Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan (1996) 1,S.63–77.

¹¹² Zu den deutschen Anwälten im Nationalsozialismus jetzt auch: Douma, Eva: Zwischen Demokratie und Anpassung. Deutsche Anwälte 1933–1950, Frankfurt a. M. 1998.

¹¹³ Heinen, Armin: Die „Legion Erzengel Michael“ in Rumänien, München 1986.

staatlicher Kontrolle.¹¹⁴ Der Advokatenverband erwies sich als Verfechter parlamentarischer Normen gegen den "Fassadenparlamentarismus" und die schleichende Autoritarisierung des Landes¹¹⁵ und verweigerte trotz aller Überfüllung der Zunft allen staatlichen Versuchen zur Ausgrenzung jüdischer Kollegen die Zustimmung.¹¹⁶ Autoritarismus wie Liberalität – beides verband sich also durchaus mit der Rolle dieser Berufsgruppen, und auch in dieser Hinsicht scheint die Sozialgeschichte der Balkanstaaten durchaus facettenreich verlaufen zu sein.

¹¹⁴ CDIA fond 537, op.1, a.e.20, l.60, 69. Sădijski vestnik 16 (1934) 3, S.38; Advokatski pregled (1935) 1, S.2; ebenda (1937) 1, S.2; ebenda (1938) 10, S.219 f.; ebenda (1941) 10, S.1.

¹¹⁵ CDIA fond 537, op.1, a.e.20, l.91 (1938); ebenda fond 833, op.2, a.e.50, l.3 (1937); ebenda a.e.47, l.193 (1934); ebenda a.e.18, l.37 (1943); ebenda l.269–271 (1935), ebenda l.279–282 (1937), ebenda l.341–344 (1940); Sădijski vestnik 17 (1936) 10, S.221 (Zitat); Advokatski pregled (1938) 1, S.1; ebenda (1940) 1, S.22.

¹¹⁶ CDIA 833, op.2, a.e.18, l.341–344.

Unternehmer, Staat und Politik: Zur Rolle der Wirtschaftselite in Bulgarien 1878–1941

Maria Georgieva

Die Rolle der Unternehmerschicht und der Wirtschaftselite in Bulgarien bzw. im Südosteuropa des 19. Jahrhunderts ist noch kaum erforscht. Während es in Rumänien und Jugoslawien einige Wissenschaftler gibt, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, so gibt es in Bulgarien nur wenige Historiker, Soziologen oder Politologen, die sich überhaupt mit „Eliten“ beschäftigen.

Die Gründe hierfür sind unterschiedlicher Natur: Erstens mangelt es immer noch an Interesse und dementsprechend auch an Untersuchungen im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Darstellungen zur politischen Geschichte nehmen nach wie vor einen überragenden Platz unter den Veröffentlichungen ein. Zweitens war und ist immer noch ein Theoriedefizit zu beobachten, besonders bei der Untersuchung sozialer Prozesse und Phänomene (Dieser Umstand ist auf das jahrelange Theoriemonopol des Marxismus-Leninismus zurückzuführen; damit ist auch die Auswahl von Forschungsthemen in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten verbunden: Geschichte der Arbeiterklasse, -bewegung und -partei; Geschichte der Volksmassen und nicht der Persönlichkeit, noch weniger: der Elite. Und was die Unternehmer betrifft, so durften sie als Angehörige der Ausbeuterklasse auf keinen Fall Objekt einer Untersuchung sein). Drittens ist nicht zuletzt der Mangel an einem für die Region passenden Begriffssystem zu erwähnen, das anstelle des von Westeuropa geliehenen geschaffen werden muß und adäquate Bezeichnungen für die sozialen Gruppen, Schichten, Erscheinungen und Strukturen liefern kann.

Und wenn solch wichtige Werkzeuge des Historikers wie Theorie und Begriffssystem fehlen, dann ist es nicht erstaunlich, daß es nach den in den

vergangenen Jahrzehnten geschriebenen Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterklasse, zur Geschichte einzelner Parteien – an erster Stelle der Kommunistischen Partei und deren Verbündeten in Bulgarien, etwa dem Bauernbund, einigen kleinbürgerlichen Parteien – an anderen Studien im Bereich Sozialgeschichte mangelt.

In den letzten Jahren beschäftigen sich zwar südosteuropäische und bulgarische Historiker auch mit anderen Bewegungen, Strukturen oder Organisationen (etwa der Frauenbewegung, der Stratifikation politischer Eliten, der Intelligenzija usw.). Es fehlen aber noch immer Forschungen zu sozialen Prozessen, Phänomenen, Transformationen, zu Institutionengeschichte und -wandel, zur politischen Kultur und zu bestimmten sozialen Gruppen und Schichten, darunter auch das Unternehmertum.

Die Figur bzw. Schicht, die im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen soll: der Unternehmer resp. die Wirtschaftselite, ist aus den erwähnten Gründen mit Ausnahme separater biographischer Studien, Autobiographien und Memoiren einzelner Staatsmänner, die zugleich dieser Gruppe angehörten (z.B. die Brüder Gešov u.a.).¹ kaum erforscht worden.

Welch eine Forschungslücke sich hier in der Historiographie auftut, zeigt schon ein Blick auf die Handlungsfelder dieser sozialen Gruppe: Wenn die Arbeiterklasse nur die ausführende Kraft im Produktionsprozeß ist, so ist der Unternehmer, der Industrielle, der Bankier die Person, die das Kapital investiert, die Branche wählt, das Unternehmen aufbaut und die Arbeit organisiert, den Produktionsprozeß leitet und nicht selten sein Produkt verkauft, also eine Schlüsselfigur im Produktionsprozeß, und damit auch im sozialen Bereich, soweit man den Produktionsprozeß als einen sozialen Prozeß versteht. Der Mangel an Untersuchungen über eben diese so wichtige Figur im Wirtschaftsleben und im sozialen Bereich kann nur andeuten, wie wenig wir über den Produktionsprozeß und den Sektor Wirtschaft wissen. Natürlich kann man die Geschichte des Produktionsprozesses nicht nur als eine Geschichte des Unternehmertums begreifen, aber man muß dieser Schicht zumindest einen vorderen Platz

¹ Vgl. u.a. Staneva, Evelina: *Almanach na bälgarskite industrialci, 1878–1995*. Sofija 1995; Gluškov, Chr./Statelova, E.: *Bratja Evlogi i Christo Georgievi*. Sofija 1982.

bei den Untersuchungen über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte reservieren.

Mit der Untersuchung dieser Figur – ihrer Herkunft, Zahl usw. – können wir einen Beitrag leisten zur Rekonstruktion eines vollständigeren Bildes von der Sozialgeschichte Südosteuropas. Das wichtigste wäre aber, den Platz dieser sozialen Gruppe in der Gesellschaft, ihren Platz im sozialen Transformationsprozeß und im politischen Leben zu erforschen. Wenn wir die Frage nach dem spezifischen Verlauf der historischen Prozesse und dessen Ergebnissen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts untersuchen, müssen wir unter anderem alle sozialen Schichten in Betracht ziehen – ihre Charakteristika, Rolle, Beteiligung an den Prozessen. Nur so sind vielleicht einige Erklärungen für die Geschwindigkeit, für den Kurs und für die Resultate der sozialen Prozesse und Wirtschaftsentwicklung zu finden, zumal die gegenwärtigen Prozesse in der Region nicht nur von der Perestrojka oder vom „Wind of Change“, sondern auch und vielleicht in wesentlich größerem Umfang von den historischen Gegebenheiten und jahrhundertlang überlebten sozial-ökonomischen Charakteristika geprägt worden sind, die sich nicht zuletzt in den sozialen Schichten und Gruppen widerspiegeln.

Bevor wir mit der Untersuchung der Unternehmerschaft in Bulgarien beginnen, sei vorweggeschickt:

1. Diese Studie hat, wie jeder erste Versuch, nicht die Absicht, die wichtigsten Fragen endgültig zu beantworten. Vielmehr stellt sie Fragen und arbeitet Hypothesen aus. Noch weniger erhebt die Untersuchung den Anspruch auf Vollkommenheit. Es soll eine Untersuchung der sozialen Schichten versucht werden.
2. Hier soll nicht nur die dünne Schicht der Unternehmerschaft im engeren Sinne des Wortes im Zentrum stehen, also die Personen, die Aktien kaufen und in Unternehmen (vorwiegend in Industrie und Transport) investieren oder an einem bestimmten risikoreichen Projekt arbeiten, sondern die Unternehmer als solche, die sich mit „Business“, mit Unternehmensgründung und Unternehmensleitung im Bereich der Industrie, Handel, Transport, Versicherungswesen, Bankwesen usw. beschäftigen. Hier verwenden wir also den Terminus Unternehmer in einem weiteren Sinne, im Sinne

von Bourgeoisie bzw. Wirtschaftselite, auch wenn es nicht ganz korrekt ist, die ganze Unternehmerschicht als Wirtschaftselite zu betrachten.

Im Rahmen der vorliegenden Studie soll vor allem folgenden Fragen nachgegangen werden: Welche Unternehmer gehören zur Wirtschaftselite: die reicheren und erfolgreich arbeitenden Unternehmer im Finanz- und Wirtschaftssektor? Wie und wie erfolgreich funktionierte die Unternehmerschicht als Wirtschaftselite?

Generelle Probleme

Zunächst soll Fragen nach der Bedeutung der Präsenz der Unternehmerschaft in der Gesellschaft nachgegangen werden, etwa nach der numerischen Größe dieser Schicht, nach der Kontinuität zwischen den mittleren und reichen und anderen bekannten Familien aus der „Wiedergeburtzeit“ (Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker) und den Unternehmern aus den folgenden Jahrzehnten sowie nach der sozialen Herkunft der Unternehmerschaft. Warum sind diese Fragen wichtig? Vor allem deshalb, weil schon einige Angaben über die Zahl, Herkunft und soziale Basis die Rolle dieser Schicht in der Gesellschaft beleuchten.

1. Während des Untersuchungszeitraums existierte eine dünne Schicht aus Besitzbürgertum, Unternehmern, Industriellen und Bankiers. Nach den vorhandenen statistischen Daten ist es nicht besonders leicht, diese Kreise von anderen differenziert zu beobachten, aber unter den Rubriken Klein-, Mittel- und Großbourgeoisie (Besitzer, Selbständige), finden sich folgende Zahlen:

	1877	1910	1926
Industrie und Handwerk	200	1.050	88.501 (2,87 %)
Kredit, unternehmerische Tätigkeit u. Handel	32.000	39.000	49.000 (1,32 %)
Verkehr bzw. Kommunikation	50	150	10.000 (0,35 %)

Im großen und ganzen machte das nur 3–4 % der beschäftigten Personen (oder der aktiven Bevölkerung) aus.²

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab es kaum wichtige Veränderungen – die Periode war zu kurz dafür. Die letzte Volkszählung vor dem Krieg war 1934; seitdem hatte sich die Schicht der Industriellen und Unternehmer um 1500 bis 2000 Unternehmer vergrößert, vorwiegend im Bereich Dienstleistungen, Nahrungsmittelindustrie, Transport usw.

Wenn wir hier von Zahlen sprechen, dann nicht ohne Grund. Die Zahl der Unternehmerschaft war recht gering und unbedeutend, nicht nur im Vergleich zu Westeuropa. Man kann davon ausgehen, daß eine dermaßen kleine soziale Gruppe, trotz ihres Reichtums und ihrer Position in Gesellschaft und Politik, nicht dieselbe bedeutende große Rolle spielen kann, wie die entsprechende Gruppe etwa in Westeuropa.

2. Gab es eine Kontinuität zwischen den Schichten mit unternehmerischer Aktivität (reiche Kaufleute, Handwerker, erste Vertreter der Industriellen aus der Zeit der bulgarischen „Wiedergeburt“) und den Unternehmern aus den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit? Verbunden damit ist auch die nächste Frage: Aus welchen Schichten rekrutierte sich die Unternehmerschicht des neuen Staates: Bauern, Beamte, Kaufleute, Handwerker, Händler usw.?

Soweit diese Fragen in der bulgarischen Geschichtsliteratur überhaupt erforscht wurden, sind Schlußfolgerungen gemacht worden, wonach die bulgarischen industriellen Kreise nach 1878 in ihrer Mehrzahl neu entstanden bzw. neu rekrutiert worden sind und sich kaum auf die Reichtümer der bekannteren bulgarischen Familien aus der Zeit der „Wiedergeburt“ stützten. Man muß auch wissen, daß es bis zur Befreiung von der osmanischen Herrschaft nur drei oder vier bulgarische Millionäre gab (mit einem Kapital von mehr als über 1 Mio. Groschen – also über 0,25 Mio. Francs – bis höchstens 2,54 Mio. Groschen): die Brüder Georgievi, Michalaki Gjumjušgerdan und Chr. Tapcilestov. Zwei von ihnen mußten in den Jahren des Befreiungskrieges aufgeben – die Fabrik Gjumjušgerdans bei Plovdiv wurde zerstört und Tapcilestov ging Pleite,

² Ljuben Berov (Hg.): *Ikonomikata na Bălgarija do socialističeskata revoljucija*. Sofija 1989, S. 367; *Statističeski Godišnik na Carstvo Bălgarija*. Sofija 1935, XXVII, S. 31.

zum Teil weil er sein den Türken geliehenes Geld nicht zurückbekommen hatte. Während des Krieges wurden auch andere reiche Kaufleute, Wucherer, Großgrundbesitzer und reiche Bulgaren ruiniert (reich im Sinne von Geldreserven über einige Zehntausend Groschen) und das war meist mit materiellen Schäden an ihrem Besitz, mit verliehenen Summen, die nicht mehr erhebbar waren, verbunden.

So kam es, daß von über 279 reicheren Familien vor der Befreiung nach 1900 nur noch 82 als immer noch reich bzw. als Vertreter der sogenannten Bourgeoisie erwähnt wurden. Darunter sind die Beispiele von Familien nicht sehr zahlreich, die vor der Befreiung Kaufleute, Handwerker oder Industrielle waren, und nachher zu der Unternehmerschicht gehörten.³

1878 gehörten von allen untersuchten, als „Intelligenz“ bezeichneten Leute nur 2,3 % zu den kaufmännischen und industriellen Kreisen, als Unternehmer wurden nur 0,2 % bezeichnet.⁴

Unterstrichen werden kann in diesem Zusammenhang, daß ein großer Teil von den Kindern der reichen Leute, die potentiell zu der Unternehmerschicht gehören konnten, andere Berufe wählten – sie wurden Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Beamte im Staatsapparat, Journalisten usw. Diese Tendenz war am Ende des 19. Jahrhunderts besonders ausgeprägt. Die „Bürokratisierung“ der Intelligenz und der mittleren und reicheren Kreise ist nicht zufällig. Die Gründe dafür können in folgenden Richtungen gesucht werden: Die Beamtenstellen waren sicher, mit sicherem Gehalt und erschienen als eine bessere Alternative nicht nur im Vergleich zum Leben und der Arbeit auf dem Lande, sondern auch im Vergleich zur unternehmerischen Aktivität. Für den Erfolg der letzteren ist viel Kapital notwendig, das den meisten potentiellen Unternehmern nicht oder nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stand, da die Gesellschaft als Ganzes arm war; ebenso war ein gewisser Grad der Industrialisierung noch nicht erreicht – bekanntlich steckte die Industrialisierung noch in ihren Anfängen. Weitere Gründe waren die noch nicht entwickelten Marktbedingungen – kleine Märkte, unqualifizierte Arbeits-

3 Es seien hier nur folgende Familien erwähnt: Chr. Petrov aus Burgas, Iv. Kalpazanov, Chr. Bobčev, Rašeev, Hadžiberov, die Gebrüder Stojčevi aus Gabrovo, Iv. Grozev aus Karlovo u.a.

4 Genčev, Nikolaj: Bälgarskata vāzroždenska inteligencija. Sofija 1991, S.280.

kräfte, mangelnde Infrastruktur. Hinzu kam die fehlende Sicherheit im politischen Leben – denken wir an die Staatsstriche, an die kaum entwickelte und unvollständige parlamentarische Demokratie, an die häufigen Regierungswechsel, die Kriege, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise usw. Zuletzt sei hier die Mentalität erwähnt. Meiner Meinung nach reicht es anzumerken, daß sich unternehmerische Mentalität und unternehmerisches Handeln in der sich nur langsam modernisierenden traditionell-patriarchalischen Welt des bulgarischen Handwerkers, Industriellen und Bankiers nicht besonders schnell verwurzeln konnten. Zuletzt sei auch noch die mangelnde professionelle Ausbildung erwähnt. Erst um die Jahrhundertwende und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts wurden Handelsschulen in Sofia, Plovdiv, Burgas und Varna gegründet.

Es gab zwar Leute aus den alten, bekannteren Familien, die sich weiter mit „Business“ beschäftigten, aber das meiste Kapital wurde in der Industrie um die Jahrhundertwende akkumuliert. Ähnliches gilt auch für den Sektor Handel. Erst in den zwanziger und dreißiger Jahren sind mehr Beispiele anzutreffen, bei denen die Söhne aus Unternehmerfamilien eine spezielle Ausbildung erhalten, damit sie das Geschäft übernehmen können; gleichzeitig vermehren sich die Beispiele von zwei bis drei Generationen Unternehmersfamilien. Leider war die Zeit für eine normale Entwicklung dieses Prozesses zu knapp. Mit dem Zweiten Weltkrieg und dem sich anschließenden Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung war auch das Schicksal der Unternehmerschaft besiegelt.

3. Neben der Rekrutierung von Unternehmern aus alten Familien kamen auch andere Schichten dafür in Frage: einfache Handwerker, sogar Lehrlinge.⁵ Dabei spielten solche Eigenschaften wie Risikobereitschaft, unternehmerische Lust, Organisationstalent eine Rolle – und nicht das zuvor angehäuften Kapital. Hier müssen auch Kaufleute erwähnt werden – waren und sind doch die unternehmerische und händlerische Tätigkeit eng verbunden. In einem geringeren Umfang rekrutierte sich die Unternehmerschicht auch noch aus den Reihen der Intelligenzija. Der Adel als Basis für die Rekrutierung der Unternehmerschicht fehlte in Bulgarien.

⁵ Als Beispiel hierfür könnte man Todor Balabanov nennen. Vom Lehrling und Hilfskraft eines türkischen Händlers stieg er zum Unternehmer auf - mit einer Holzfabrik und einer Spiritusfabrik.

Die Hauptwege, auf denen die Gelder akkumuliert wurden, waren Wucherei, Handel, Boden- und Immobilienspekulation usw. Hinzu kam unternehmerische Tätigkeit bei staatlichen Baumaßnahmen und Lieferungen (besonders beim Eisenbahnbau), und hier wird schon die Rolle des Staates mit seiner Industrieförderungspolitik berührt. Dieser förderte durch die Zollpolitik und durch spezielle Gesetze, z.T. durch die Steuerpolitik die Fabrikproduktion und damit auch die Industriellen, die Unternehmer selbst, indem er die unternehmerische Tätigkeit und das Kapital lenkte und günstige Marktbedingungen schuf. Andere Wege für die Geldakkumulation waren der Schwarzhandel und die Spekulation während der Kriege – das Geld wurde anschließend zum Teil in die Produktion investiert.

Im großen und ganzen existierten völlig andere Ausgangsbedingungen bei der Rekrutierung und Formierung der Schicht der Unternehmer in Bulgarien im Vergleich zu Westeuropa, und sogar im Vergleich zu einigen südosteuropäischen Staaten wie Rumänien oder Serbien, ganz zu schweigen von den südslawischen Gebieten Österreich-Ungarns. Die Unternehmerschicht war sehr dünn, häufig ohne unternehmerische Herkunft und nie adeliger Abstammung. Es handelte sich also um die erste bis zweite Generation Unternehmer. Sie waren kapitalarm und in den ersten Jahren nicht immer speziell für das Geschäft ausgebildet – dies änderte sich erst in den zwanziger und dreißiger Jahren. Die Unternehmerschaft in Bulgarien startete also mit ungünstigen Ausgangsbedingungen und das allein ist schon ein Anzeichen dafür, daß sie sich nur langsam und mühsam als soziale Schicht emanzipieren und ihren Platz in Gesellschaft und Politik finden konnte.

Die Frage nach der Wechselbeziehung Staat – Unternehmer

Kommen wir nun zum Spannungsfeld „Wirtschaft – Politik“ auf dem Balkan. Dies ist ein sehr interessantes Forschungsobjekt, weil in der Region viele „Abweichungen“ vom westlichen Entwicklungsmodell zu beobachten sind. Man könnte gar von anderen spezifischen Merkmalen, Strukturen und manchmal auch Phänomenen sprechen. Diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen haben zur Folge, daß auch die Figur des Händlers bzw. des Unternehmers auf dem Balkan in einer wesentlich anderen Beziehung zu Staat und Politik steht als in Westeuropa.

Wenn wir an die politische Betätigung des bulgarischen Unternehmers denken, dann fallen uns gleich zwei unterschiedliche Typen politischen Benehmens des bulgarischen Unternehmers auf. Zum einen der Typ „Baj Ganjo“ (hier verwenden wir den Namen von Baj Ganjo in keinem Falle als Symbol eines Teils der bulgarischen Unternehmer, sondern als Typ von Benehmen, als Einheit von Charakteristiken, als eine „Einheit von unsympatischen Zügen“, die erstens in der Literatur unterschiedlich interpretiert worden sind und zweitens in keinem Falle speziell für den bulgarischen Unternehmer und nur für ihn typisch waren.) und zum anderen haben wir die sehr dünne Schicht von Bankiers, Unternehmern sowie Staatsbeamten, Ministern, Staatsmännern, Wirtschaftswissenschaftlern europäischer Prägung. Diese beiden Typen waren während der ganzen Periode zu treffen. Manchmal tendierte ein Teil von ihnen zum Populismus und der andere zu Formen der formalen Modernisierung.

Beide Typen waren von der Umschichtung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen und damit von Konstruktionsprozessen einer bürgerlichen Gesellschaft betroffen, in der die Unternehmerschicht ihre Rolle spielen sollte. Es ist aber ebenso klar, daß erstens diese Veränderungen in der Region sehr langsam verliefen, und daß zweitens die dünne Schicht der Unternehmer, Bankiers und Kaufleute, in ihrer Mehrheit einerseits Träger einer bäuerlich-traditionellen Mentalität und des Provinzialismus waren und andererseits die Züge des Quasistadtlebens und, in seltenen Fällen, sogar der Modernität zur Schau trugen. Und eben diese Charakteristik des Unternehmers als Mischfigur der alten und der neuen Zeit prägte den Verlauf und das Resultat der Modernisierungsversuche in Bulgarien.

Was die politische Betätigung dieser Schicht betrifft, läßt sich konstatieren, daß von den Unternehmern (wenigstens vom zweiten Flügel) versucht wurde, als Vertreter des Liberalismus, Parlamentarismus und Pluralismus zu handeln. Wie wir aber wissen, wurde aus dem Liberalismus staatliche Förderung und Lenkung der Wirtschaft; aus dem Parlamentarismus nur eine schwache parlamentarische Demokratie mit Parteienvielfalt anstatt Pluralismus. Das demokratische System wurde zudem sehr leicht und oft von undemokratischen, autoritären Regimen außer Kraft gesetzt. Die Traditionalisten verdrehten die Prinzipien der Modernisierung; den westeuropäisch orientierten „Modernisierern“ ge-

lang es nicht, diese Prinzipien als akzeptabel für die ganze Gesellschaft durchzusetzen.⁶ Die Gründe dafür müssen wir nicht zuletzt in der Figur, in der unternehmerischen Aktivität dieses Personenkreises, in den Beziehungen innerhalb dieser sozialen Gruppe und im politischen Handeln und Benehmen der Wirtschaftselite suchen.

Was die Figur des Unternehmers betraf, so konnte sich der bulgarische Unternehmer nicht leicht von seiner patriarchalen Welt entfernen, er konnte die engen Grenzen dieser Welt nicht leicht überwinden. Für ihn war das große, risikoreiche Unterfangen eher untypisch. Sein Denken war voll Aberglauben und Fatalismus. In seinem Bereich, der wirtschaftlichen Aktivität, zeichneten ihn unrationelle Betriebsführung und Verwendung veralteter technischer Ausrüstungen ebenso aus wie vorkapitalistische Arbeitsethik und Mangel an Disziplin. Erst in der Zwischenkriegszeit fanden sich Beispiele für modern organisierte und geführte Unternehmen, deren Leiter zudem entsprechend ausgebildet waren, und in denen auch neue Technologien und Arbeitsmethoden eingeführt wurden. In den meisten Fällen gingen diese Neuerungen allerdings auf den Einfluß ausländischer Unternehmer bzw. Experten zurück.

Dies alles hatte seine Gründe in den wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Gegebenheiten der Region, die sich von denen in Westeuropa unterschieden sowie z.T. in den verspäteten Modernisierungsprozessen. So wie der Bauer in Südosteuropa nicht nur bis zur Mitte des Jahrhunderts, sondern bis heute kein Farmer geworden ist, so ist auch der Unternehmer kein businessman geworden, sondern vielmehr ein *gešeftar* – vom deutschen Wort „Geschäft“, aber im Sinne von „dunklen Geschäften“. Im gleichen Maße, wie der Unternehmer zu keinem Bourgeois wurde, blieb auch die Gesellschaft von einer bürgerlichen Gesellschaft entfernt.

Dieser Umstand wird nicht nur durch die Figur des Unternehmers, sondern auch durch die Beziehungen innerhalb dieser Gruppe und das politische Engagement des Unternehmers illustriert. Sie unterschieden sich nicht von den für den Balkanraum spezifischen sozialen Beziehun-

⁶ Sundhaussen, H.: Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive, in: Papalekas, J. (Hg.): Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa. München 1994 (=Südosteuropa-Jahrbuch. 25), S.51 f.

gen, die von familiären, Sippen- und Klan-Banden geprägt waren. Diese Beziehungen wurden in den meisten Fällen auch in die politische Aktivität des Unternehmers hineingetragen. Was etwa das politische Engagement der Unternehmer betraf, so waren die Unternehmer in verschiedene Parteien gespalten, die der Clan- oder Interessengemeinschaft sehr nahe standen.

Während der ganzen Periode galt keine der vielen Parteien ausschließlich als Partei der Industriellen und der Finanzkreise. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg entstammten die Anhänger der beiden Zweige der Liberalen Partei, der Progressiv-Liberalen Partei (ihre Mitglieder waren vor allem mit dem Binnenmarkt verbundene Kaufleute, Industrielle, Handwerker), aber auch der Demokratischen Partei P. Karavelovs der Kleinbourgeoisie sowie dem Handel und der Industrie. Ähnliches galt für die *Narodna Partija* („Volkspartei“), die eher konservative Kreise, einen Teil der Großhändler, Industriellen und Wucherer mit engen Beziehungen nach Frankreich um sich scharte. Die Nationalliberale Partei Radoslavovs wird in der Literatur als Partei eines anderen Teils des Handels- und Unternehmenskapitals mit Verbindungen zum deutschen und österreichischen Kapital erwähnt.

Die Charakterisierung des politischen Lebens in Bulgarien als Scheinpluralismus ist insofern treffend, als die Parteienvielfalt aus der Bindung bestimmter Personen bzw. Personenkreise an einzelne Parteien resultierte. Die verschiedenen Gruppen von Unternehmern in den jeweiligen Parteien konkurrierten untereinander. Für sie war es wichtig, ihr Streben nach Macht zu befriedigen, aber nicht etwa, um politische Programme, sondern vielmehr um ihre spezifischen Gruppeninteressen durchzusetzen. Dies gilt auch für die Zwischenkriegszeit, als die Demokratische Partei und die „Demokratische Eintracht“ (*Demokratičeski Sgovor*) als die Parteien der Großbourgeoisie angesehen wurden.

Wie effektiv aber waren die Organisationen der Unternehmer und die politischen Parteien, wie wirksam ihre Beteiligung an der Macht? Welchen öffentlichen Druck konnten diese Organisationen ausüben? Einige Beispiele, etwa von der Beteiligung und Durchsetzung der Interessen der Industriellen bei der Steuerung der Wirtschaftspolitik sowie bei der Etablierung undemokratischer Regime, sollen das Verhalten der Unternehmerschaft in der Politik illustrieren.

So gelang es Kreisen von Großindustriellen um die regierende „Demokratische Eintracht“ in den zwanziger Jahren, den Zollprotektionismus und die Privilegien der Industrieförderungsgesetze bis zum Ende des Jahrzehnts zu bewahren. Sie waren Anhänger des Industrieprotektionismus, nicht weil sie Anhänger des Protektionismus gewesen wären, sondern vielmehr, weil der gesetzliche Schutz der Industrie die Förderung der Produktion und direkte Privilegien bedeutete. Diese Maßnahmen wurden unter dem Zeichen der „Wirtschaftsprosperität“ und der „Überwindung der Rückständigkeit“ durchgeführt, was zur gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Politik jenseits der Regierenden beitrug. Auch unter anderen Regierungen, unabhängig davon, ob es sich um parlamentarisch-demokratische oder autoritäre Regime handelte, gelang es den Kreisen der Industriellen und Finanziers, die persönlich mit den Regierenden und den machthabenden Zentren verbunden waren bzw. direkt an der Macht teilhatten, ihre Interessen durchzusetzen.

Die Durchsetzung von engen Gruppeninteressen führte in der Zwischenkriegszeit zu Erscheinungen, die von den Zeitgenossen als „Überindustrialisierung“ und „parasitäre Industrien“ bezeichnet worden sind, zur Liquidierung der Konkurrenz und des Geistes der Rationalisierung der Wirtschaft, zu Opfern der ganzen Wirtschaft in Namen der geförderten Zweige, Unternehmen und Unternehmer.

Ein Beispiel für diese Verzahnung von Unternehmerinteressen und Politik war die Zollpolitik. Aus Angst, daß die Gültigkeit des Förderungsgesetzes nicht verlängert wird, forderten die Vertreter der alten Branchen (Mehl-, Bier-, Leder- und Wolltextilproduzenten) hohe Schutzzölle. Bei den neuen Industrien im Bereich der Metallproduktion und -verarbeitung sowie bei der Baumwolltextilproduktion war das Argument die Schaffung von guten Ausgangsbedingungen für diese Industriezweige. Auf diese Weise sollten soziale Gegensätze zwischen den Vertretern der beiden Gruppen vermieden werden, da wegen der sozialpolitisch schwierigen Nachkriegssituation die Elite konsolidiert werden mußte. Vergleichbare Motive standen auch hinter den Veränderungen des Förderungsgesetzes im Jahre 1928, wobei es interessant ist, daß die Industrie- und Handelskammern sich gegen die neuen und gegen die kleineren Unternehmen stellten, deren Interessen sie eigentlich hätten verteidigen sollen. Das Resultat war der für die Wirtschaft schädliche Überprotektionismus.

Dank des Protektionismus und anderer Regierungsmaßnahmen war der Preisverfall der industriellen im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen während der Weltwirtschaftskrise weniger dramatisch. Das bedeutete weniger Verluste für die Industriellen im Vergleich zu den Produzierenden auf dem Lande.

Ein weiteres Beispiel für die Durchsetzung der Interessen einer Gruppe von Industriellen in einigen Branchen sei hier noch erwähnt: Hinter den Apellen der Großindustriellen in der zweiten Hälfte der zwanziger bis zur zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nach Rationalisierung der Industrie und Herabsetzung der Zölle verbarg sich ihr Kampf mit kleineren Konkurrenten, weil deren Produktion ohne staatlichen Schutz nicht hätte existieren können. Die Kreise der Großindustriellen, die die Demokratische Partei unterstützten oder ihr angehörten (der Industriellenverband in Zusammenarbeit mit dem „Volksblock“) die Herabsetzung der Zölle und die Annulierung der gesetzlichen Vorteile durchsetzen, weil sie auch die politische Macht dazu besaßen. Von den Industriellen um die Nationalliberale und die Radikale Partei wurde dies als gegen ihre Interessen gerichtete Politik gesehen. Hier zeigt sich, daß die industriellen Kreise sich keineswegs einig waren – sie sind gespalten in neu und alt, in groß und klein. Profitieren konnten nur jene, die der Regierung nahe standen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Steuerpolitik, die vor allem die Industriellen begünstigte. Bei einigen Steuern, z. B. auf Gesellschaften und Einkommen, fielen die Steuersätze für Industrielle geringer aus als für Kaufleute. Zudem wurden nach einem Gesetz vom Juli 1925 die reinvestierten Summen in der Industrieproduktion nicht besteuert.

Das Regime der „Überproduktion“ in einigen Branchen führte zur Annulierung der Begünstigungen für bestimmte Zweige, aber es verbot auch die Gründung von neuen Unternehmen in diesen Zweigen – also neue Verbote für die Konkurrenz.

Zwei Punkte sind an diesen Beispielen bemerkenswert:

Nicht Theorien oder volkswirtschaftliche Interessen waren bei der Steuerung der staatlichen Wirtschaftspolitik zu respektieren, sondern vielmehr enge Gruppeninteressen, wenn etwa die Unternehmer Staatspolitik und Volkswirtschaft als Profitquelle betrachteten. In diesem Fall wurden die Modernisierungsversuche des Staates akzeptiert, weil sie hohe

Profite versprochen. Der politische Druck der Unternehmer erwies sich als effektiv, was ihre eigene Interessen betraf; im Hinblick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen aber, der zugunsten von persönlichen und Gruppeninteressen, von politischen Zwecken und von den Imperativen der Zeit in den Hintergrund gedrängt wurde, erwies sich diese Politik als schädlich.

Darüber hinaus gelang es nicht allen, sondern nur einem Teil der Unternehmer, von dieser Politik zu profitieren. Die besseren Positionen an der Macht (oder in ihrer Nähe) im Vergleich zu den anderen in- und ausländischen Produzenten bedeutete für sie höhere Profite.

Es scheint ein Charakteristikum der Unternehmerschicht hinsichtlich ihrer Einstellung zur Macht und Politik in Bulgarien und Südosteuropa zu sein: Man strebt nach engen Beziehungen zu Prominenten, zur Macht – und das gilt heute noch. Der Unternehmer ist bestrebt, nicht nur sein Geschäft zu haben, sondern auch der Macht nahe zu stehen. Diese Anziehungskraft der Macht, ist mit dem hohen Grad an Sicherheit, den die Macht gibt, sowie mit den zusätzlichen Profitmöglichkeiten verbunden. In einem armen Land, mit kleinen Modernisierungschancen, mit geringen Kapital-, Human- und anderen Ressourcen, mit geringen Exportchancen und begrenztem Binnenmarkt, sind die Möglichkeiten für ein profitbringendes Geschäft viel enger mit staatlicher Förderung und anderen Formen der Staatshilfe verbunden als in Westeuropa. Und weil der Staat, die Regierenden, nicht allen geschäftlichen Kreisen behilflich sein können, ist das Bestreben der meisten von ihnen, sich in der Nähe der Macht zu befinden verständlich, um so die Möglichkeit zu haben, sich zu bereichern – auf Kosten der anderen Schichten der Bevölkerung. Es geht hier also um die typische Beteiligung an der Macht als Quelle von geschäftlichen Vorteilen. Das erklärt auch viele Charakteristika der Industriellen und auch anderer sozialer Gruppen und der politischen Kultur in Bulgarien wie z.B. den Konformismus oder die Beteiligung ein und derselben Person in unterschiedlichen Parteien oder Formierungen mit dem Ziel, immer an der Macht zu sein. Ebenso erklärt es auch die Bildung von Klans und Netzwerken an der Spitze der Verwaltung usw. zur Sicherung des Erfolgs von Unternehmen.

Die Nähe zur Macht zu suchen hat aber auch noch einen anderen Sinn: Typisch für alle Einsteiger ist das Streben nach Ansehen, guten

sozialen und politische Positionen sowie, wenn möglich, Auszeichnungen und Würden. Das ist besonders für die Gruppe der Unternehmer des Typs „Baj Ganjo“ kennzeichnend.

Im Gegensatz dazu waren die modern denkenden Unternehmer eher an der Beteiligung an spezialisierten Organisationen wie Industrie- und Handelskammern interessiert. Von den erforschten 150 bekannten Industriellen in Bulgarien in der Zeit 1878-1945 waren nur 7 Abgeordnete im Parlament; unter den ungefähr 40 Wirtschaftsministern waren nur 7 Industrielle oder Bankiers.

Außer der politischen Beteiligung sind hier auch die Berufs- bzw. Branchenorganisationen zu erwähnen. Weil die soziale Differenzierung nach der Befreiung wenig vorangeschritten war, war auch die Wahrnehmung der Unternehmer als separate Schicht nur rudimentär ausgebildet. Daher entstanden erst nach und nach Berufsvereinigungen. 1894 wurden die ersten Industrie- und Handelskammern in den größeren Städten gegründet. Später kamen Verbände und Vereinigungen nach Branchen hinzu: Industrielle, Händler, „Unternehmer“, die Wirtschaftsvereinigung usw. Diese Organisationen waren allerdings zunächst schwach und unbedeutend. Allmählich aber begannen sie, zunächst auf kommunaler Ebene und seit den zwanziger Jahren auch auf Staatsebene, ihre Brancheninteressen zu verteidigen. Erst seit dieser Zeit konnten sie sich leistungsfähiger an der Förderung des Einflusses der Unternehmerkreise auf Verwaltung und Politik beteiligen.

Bezüglich dieser Beispiele sei aber folgendes hinzugefügt: Es wäre zu einfach und einseitig, hier die Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik nur als eine Funktion von Geschäftsinteressen der Bourgeoisie oder nur eines Teils davon zu betrachten. Im Vergleich zu Westeuropa besaß der Staat zwar eine geringere, aber trotzdem eine gewisse Autonomie gegenüber dominanten gesellschaftlichen Interessen. Zweitens sollte immer auch die andere Richtung der Wechselbeziehung zwischen Unternehmer und Staat berücksichtigt werden. Der Staat, die staatliche Politik spiegelt in großem Umfang gewisse Interessen einiger Gruppen wider; gleichzeitig prägt aber der Staat diese Gruppen und Schichten. Sie sind vom Staat abhängig. Und hier sollte die Rolle des Staates als kompensatorischer Faktor für die mangelnden Elemente der Marktwirtschaft erwähnt werden: Der Staat sichert und akkumuliert Kapital, er investiert in strategischen Bereichen,

er schafft günstige Marktbedingungen für den Unternehmer usw. In diesem Sinne wurde der Staat nicht nur in Bulgarien, sondern in ganz Südosteuropa zu einer unterstützenden Einrichtung für die potenziellen Modernisierungskräfte, die Unternehmer; in manchen Fällen trat er wegen deren Schwäche gar an ihre Stelle.

Wenn wir von der Beziehung Unternehmer–Staat bzw. Unternehmer–Politik sprechen, müssen wir auch das Problem Unternehmerkreise bzw. Wirtschaftselite und die undemokratischen bzw. autoritären Regime erwähnen. In diesem Zusammenhang stellt sich eine Reihe von Fragen: Inwieweit war die Unternehmerschaft an den Transformationen der Macht und an der Gestaltung des politischen Systems beteiligt? War sie ein Gegner, ein Träger, ein Sympatisant der autoritären Regime? Inwiefern war diese Schicht verantwortlich für die Etablierung dieser Regime?

Wenn wir diese Fragen stellen, denken wir zuerst an das veraltete Schema, wonach in Bulgarien seit 1923 der Faschismus als Macht der Großindustriellen und Finanziers regierte. An diesem Bild sind schon Korrekturen angebracht worden: Zum einen ist in den letzten Jahren der Zeitpunkt der Etablierung nichtdemokratischer Regime in die dreißiger Jahre verschoben worden und zum anderen bezeichnet man heute die Regime als „autoritär“ und nicht als „monarchofaschistisch“. Wie verhält es sich aber mit der Rolle der Bourgeoisie? Es sind zwar keine speziellen Untersuchungen gemacht worden, die die Beteiligung oder den Widerstand dieser Klasse und der unterschiedlichen Gruppen in ihren Reihen zum Gegenstand haben, aber man kann schon in diesem Forschungsstadium zu ihrer Rolle einige Aussagen treffen:

Während der autoritären Wellen stand in Bulgarien keine Persönlichkeit aus der politischen und wirtschaftlichen Elite an der Spitze des Regimes, und dies, obwohl Ideen für ein elitäres Regiment relativ weit verbreitet waren.

Für ganz Südosteuropa und überhaupt für die kleinen Länder war typisch, daß sich die Elite, und „die Massen“ kaum an autoritären oder faschistischen Bewegungen beteiligten. Insofern ein Teil der Elite (darunter die Wirtschaftselite) zur Diktatur tendierte, sah sie hierin eine Möglichkeit zur Schaffung einer stabilen Macht und kompetenter Führung mit elitärem Charakter, die den Kapitalismus retten und die Krise bewältigen konnte. Deswegen gingen die Anhänger der antidemokrati-

schen Bewegungen oder Regime nicht selten sogar aus den alten und traditionellen Machtgruppen hervor, die die Rettung des Staates aus dem Chaos propagierten.⁷ So etablierten sich in Bulgarien die beiden „autoritären“ Wellen in den Jahren tiefer sozialer, politischer und moralischer Krisen. Die Idee für eine „grundlegende Veränderung“ in Richtung Stabilität und Prosperität schien einen Ausweg aus der Situation zu bieten. Das war der Grund, warum auch in den traditionellen demokratischen Kreisen elitäre bzw. autoritäre Ideen Fuß fassen konnten. Zudem standen einige Vertreter des Banken- und Finanzkapitals aus den Kreisen der „Wirtschaftsentwicklung AG“ hinter der Organisation und Finanzierung verschiedener Aktivitäten wie z.B. der Zeitung „Slovo“ der „Volkseintracht“ (Naroden bzw. Demokratičeski Sgovor). Auch nach der Machtübernahme der „Volkseintracht“ wurde die Regierung von der genannten Aktiengesellschaft finanziell unterstützt – bis zum Jahre 1925. Das Regime fand auch eine gewisse ökonomische und soziale Unterstützung durch einen bedeutenden Teil der Großunternehmer und Bankiers, aus dem Umfeld der Demokratischen Partei und der Vereinigten Volkspartei, die zudem mit mächtigen internationalen Kapitalgruppierungen verbunden waren.

Ein anderer Teil der Wirtschaftselite nicht nur Bulgariens, sondern auch der anderen südosteuropäischen Staaten gehörte zu den Gegnern der Diktatur. Dabei entsprach die Abgrenzungslinie zwischen den Anhängern und den Feinden der Diktatur unter der Wirtschaftselite der Linie zwischen persönlichen Kontakten zum Hof und dem mit ihm verbundenen Militär- und Bürokratiekreisen einerseits und den Anhängern des Regimes andererseits.

Was die Beziehung der autoritären Regime zu den Vertretern der Großwirtschaft betraf, so waren die Regime und die faschistischen Bewegungen bestrebt, sich einerseits der Unterstützung dieser Machtelite zu versichern; andererseits aber sahen sie in dieser Elite eine Stütze des demokratisch-parlamentarischen Systems und versuchten sie deshalb von der Macht auszuschließen. So kam es, daß einige Gruppen dieser Elite in

⁷ Thamer, H. U.: *Faschismus, Nationalismus, Autoritäre Regime*, in: *Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944*, hg. v. E. Oberländer et. al. Mainz 1995, S.15.

den Machtkomplex einbezogen wurden, während andere ausgeschlossen wurden.

Eingedenk des Ziels der Regime auf dem Balkan, das System nur zu verbessern und zu sanieren, nicht aber zu zerstören, war im großen und ganzen auch die Sicherung der Machtposition der traditionellen Eliten und der Mangel an Bestrebungen verständlich, neue Massenbewegungen zu schaffen.

Zusammenfassung

Nachdem wir die Größe der Unternehmerschaft und ihre Stellung in Staat und Politik betrachtet haben, stehen wir jetzt vor der Aufgabe, die Rolle der Unternehmerschaft zu bewerten. Dabei müssen wir zuerst den Fragen nach der Rolle der Unternehmer in der Gesellschaft und bei der Gestaltung der sozialen Prozesse nachgehen.

Wie sah die Unternehmerschaft als soziale Gruppe aus? Entwickelten sich die Unternehmer zu einer sozialen Gruppe und später zu einer „Klasse“ mit innerem Zusammenhalt, eigener Lebenswelt und Lebensstil, gemeinsamen Interessen und mit der Notwendigkeit zum politischen Handeln zur Verteidigung und Durchsetzung dieser Interessen? Entwickelte sich die Unternehmerschaft zu einer Elite, zur Wirtschaftselite, mithin zu einer Schicht von Personen im Zentrum der Macht, die die politischen Entscheidungen trifft? Übernahm sie ihre „natürliche“ Rolle, die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Prozesse zu gestalten? In diesem Zusammenhang muß auch die Frage nach der Wechselbeziehung Unternehmer oder Wirtschaftselite einerseits und Modernisierung andererseits gestellt werden.

Hinsichtlich des ersten Problemenkreises läßt sich behaupten, daß sich eine Art „Bourgeoisie“ und die uns hier interessierende neue Wirtschaftselite (Unternehmer, Bankiers usw.) im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur langsam und allmählich konstituieren konnten. Sie waren demnach im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben präsent. Ob die bloße Präsenz aber ein Zeichen eines vollendeten Prozesses der Formierung einer bürgerlich-industriellen Gesellschaft war, ist allerdings fraglich. In der bulgarischen Historiographie spricht man von städtischer und ländlicher Bourgeoisie und bürgerlichen Kreisen schon seit dem 19. Jahrhundert wie

auch von industrieller Revolution, von einer kapitalistischen Entwicklungsphase ohne vorkapitalistische Überbleibsel während der Zwischenkriegszeit. Neuerdings setzt sich aber die Meinung durch, daß man von einer Bourgeoisie als „Klasse“ oder von einer bürgerlichen Gesellschaft bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts kaum sprechen kann, und wenn, dann nur in Ansätzen.⁸ Betrachtet man die politische Betätigung der Unternehmerkreise, kann man von Scheinpluralismus sprechen, meint man die Parteien, kann man sie vielleicht besser als Interessengruppen und das Bürgertum als Scheinbürgertum bezeichnen. Man könnte daher auch von einem Defizit an Bürgerlichkeit sprechen.

Bis zu einem gewissen Grad kann man die Ursachen für die Etablierung der autoritären Regime eben in dieser Charakteristik der politischen Kultur (hier im Sinne eines pluralistisch-demokratischen Systems) in der ganzen Region suchen. Es mangelte an moderner politischer Kultur im echten Sinne des Wortes bzw. an politischer Kultur, die charakteristisch für die bürgerliche Gesellschaft war. Woran es nicht mangelte waren Elemente der politischen Kultur, die typisch sind für vorkapitalistische, paternalistische Strukturen wie Klientelismus und Korruption. Daran änderte auch die Existenz von Institutionen wie Verfassung oder Gesetzen nichts. Die tragenden Kräfte in der Gesellschaft (auch die Unternehmerschicht gehört hierher) sind besonders wichtig: Fehlen sie oder haben sie nicht den Willen oder sind sie nicht vorbereitet, ein parlamentarisch-demokratisches System zu organisieren und die Rechtsordnung zu respektieren bzw. die gesetzlichen Normen nach den bürgerlich-demokratischen Normen zu verwirklichen – und genau dies war der Fall in Bulgarien – so kommt es zu bescheidenen Resultaten beim Aufbau eines bürgerlichen, parlamentarisch-demokratischen Systems oder gar zur völligen Abkehr vom „bürgerlichen“ politischen System und zur Errichtung von autoritären Regimen.

Betrachtet man politische Kultur im politologischen Sinn des Wortes als politische Aktivität der Eliten, als ein Normensystem, das die Beziehung des Individuums zum politischen Objekt zeigt und seine Beteiligung

⁸ Sundhaussen, H.: Rückkehr in die Vergangenheit oder Aufbruch in die Zukunft: Versuch einer Zwischenbilanz für die Balkanländer, in: *Südosteuropa zu Beginn der neunziger Jahre. Reformen, Krisen und Konflikte in den vormals sozialistischen Staaten*, hg. v. H. Sundhaussen. Berlin 1993, S.216.

am politischen Prozeß leistet, so zeigt sich, daß dieser Lernprozeß auch in Bulgarien in Angriff genommen wurde. Gleichwohl setzte dieser Prozeß sehr spät ein; er verlief auch überaus langsam. Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten Elemente der traditionellen, parochialen Kultur durchaus Bestand: schwach differenzierte politische Rollen und schwach ausgedrückte Interessen, manchmal durch Abneigung gegenüber dem Staat gekennzeichnet. Zugleich gab es vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine eher passive Beteiligung am politischen Leben mit geringen Anteilen einer Partizipationskultur.

Die Gründe hierfür lagen zum einen in der durch die historische Entwicklung unterbrochenen Beziehung zwischen Individuum und politischer Aktivität. Zum anderen bildeten sich nur vorläufige Modelle dieser Beziehungen, die ständigen turbulenten Ereignissen unterzogen waren und zudem unter dem Schatten eines Imperiums standen, das sich im Bewußtsein der Bulgaren widerspiegelte: Entfremdung, Pragmatismus (aber nicht im Sinne von Rationalität, sondern als Opportunismus bzw. Egoismus), Konformismus, Fatalismus, Klientelismus, politischer Nihilismus und Konservatismus sowie mangelnde Toleranz. Gesellschaftliche Beziehungen bildeten sich in erster Linie auf dem Prinzip der Abstammungs- bzw. Regionalverwandtschaften heraus, weniger nach Standes- oder Branchenzugehörigkeit. Nur mühsam entwickelte sich eine Stadtkultur, die jedoch oft nur quasistädtischen Charakter erreichte. Bis 1940 lassen sich kaum Veränderungen in der politischen Kultur der gesellschaftlichen Schlüsselgruppen beobachten. Der bulgarische Unternehmer wurde nicht zum echten *Homo politicus*, obwohl er schon seine ersten Schritte erfolgreich gemacht hatte. Die politische Kultur besaß nur scheinbar die Formen der bürgerlichen und politischen Beteiligung. Damit entfernte sich diese Kultur von ihren westeuropäischen Vorbildern der rationalen Beteiligungskultur.

Aber konnte sich unter diesen Bedingungen die Unternehmerschaft zu einer Elite, zu einer Wirtschaftselite entwickeln? Übernahm sie ihre „natürliche“ Rolle, die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Prozesse zu gestalten?

Versteht man die beschriebene Figur des Unternehmers, seine politische Betätigung und professionelle Organisation als ein Symbol für den Stand und die Reife der gesamten Gesellschaft, würde das bedeuten, daß

eine geschlossene, traditionalistische, provinzielle, rückständige und arme Gesellschaft kaum Unternehmer europäischer Prägung hervorbringen konnte; „moderne“ Unternehmer waren unter diesen Umständen eher eine Ausnahme von dieser Regel. Andersherum könnte man sagen: Wie der Unternehmer – so die Gesellschaft und das würde heißen: Weder in der Zeit der nationalen „Wiedergeburt“ noch in den folgenden Jahrzehnten verfügte Bulgarien über eine genügend ausgebildete und reiche unternehmerische und kaufmännische Schicht. Und eben dies hatte Folgen für die Gestaltung der Prozesse vor und nach der Gründung des Staates: Die Abwesenheit einer führenden Schicht im Bereich der Wirtschaft mit ausreichendem Potential und einem Bewußtsein für ihre Rolle in der Gesellschaft verlangsamte zusätzlich die soziale Transformation und die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Rolle des Initiators und Organisators der Umgestaltungsprozesse während der „nationalen Wiedergeburt“ hatte anstelle der kaum existierenden Bourgeoisie und der Besitzerkreise die Intelligenz übernommen – zunächst als Kompensator. Später, nach der Gründung des Staates rekrutierte sich ein großer Teil der regierenden Elite und der Wirtschaftselite aus den Reihen der Intelligenzija; man denke hier nur an die sogenannten Parlamente der Professoren; oder die Handelsminister, die ihres Berufs nach Journalisten, oder Rechtsanwälte waren usw. Dieses Phänomen – die Intelligenzija übernimmt die Rolle der Bourgeoisie – ist übrigens bis zum heutigen Tage in fast allen osteuropäischen bzw. post-sozialistischen Staaten zu beobachten. Als weiterer Kompensationsfaktor für die dünne Unternehmerschicht und auch für andere fehlende Modernisierungsfaktoren kann in diesem Zusammenhang der Staat gelten.

Die Modernisierung hatte fördernde, in gewissem Maße aber auch hemmende Auswirkungen⁹ für die Rekrutierung, Struktur und Funktionen der Eliten. Fördernde Auswirkungen insofern, als sie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation beschleunigte (und damit auch die Prozesse der Herausbildung dieser Schicht); hemmende Effekte, weil sie umfangreiche Anpassungsfähigkeiten erforderte und zu dementspre-

⁹ Gross, M.: Die Rolle der Eliten in der Modernisierung Nordkroatiens von den fünfziger bis zu den achtziger Jahren des 19. Jhs, in: *Gesellschaft, Politik und Verwaltung in der Habsburgermonarchie 1830–1928*, hg. v. F. Glatz u. R. Melville. Budapest/Stuttgart 1987., S. 106.

chenden Schwierigkeiten führte. Nur solche Gruppen konnten gute Modernisierungschancen haben und sie ausnutzen, die sich schon auf dem Wege der Umwandlung befanden. In Bulgarien gab es solche Gruppen nicht. Die bulgarische Unternehmerschaft besaß recht geringe Modernisierungschancen. Und selbst diese geringen Chancen wurden in vollem Umfang von der Wirtschaftselite genutzt. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Modernisierung den Einstieg dieser Schichten aus der „Wiedergeburtzeit“ – Intelligenzija, Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten – in die kapitalistische Wirtschaft ermöglichte. Wie schon erwähnt, ist das nicht allen gleich gut gelungen. Viele Angehörige der alten Eliten wurden ruiniert, viele der neuen Reichen, besonders auf dem Lande und die Wucherer, übernahmen nur langsam und nicht in vollem Umfang die neuen Produktionsformen und Methoden. Die Mehrzahl konnte sich überhaupt nicht anpassen.

Die Unternehmerschicht versuchte modernisierend zu wirken. Diese Versuche waren aber erstens einseitig, etwa im Bereich der Eisenbahnbauten, aber auch der Verwaltung und der gesetzlichen Institutionen. Die anderen Wirtschaftsbereiche aber wurden vernachlässigt. Man ging nur langsam dazu über, die Wuchergelder und Handelsreichtümer als akkumuliertes Kapital zu betrachten, das in Unternehmen investiert wurde. Lange Zeit war der „take-off“ in die Industrialisierung und der endgültige Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise nicht abzusehen. Und zweitens führten die Denkweise und das geringe Ausbildungsniveau in Kombination mit dem Kapitalmangel dazu, daß veraltete technische Ausrüstung verwendet wurde, Unternehmen oft unrationell organisiert wurden und nicht immer die volle Produktionskapazität erreichen konnten sowie Qualitätsverbesserungen nicht angestrebt wurden. Die geringe Zahl von Unternehmern europäischer Prägung konnte kaum zu einer generellen Richtungsänderung beitragen.

Nur im Falle, daß die Wirtschaftselite schon einen gewissen Modernisierungsstand erreicht hatte, konnte es möglich sein, daß sie die Modernisierungswellen in ihrem Interesse nutzen konnte. Das war aber in Bulgarien bis zum Ende der untersuchten Periode fast nicht der Fall – die Zeit war zu knapp. Zwar konnte diese Elite die Prozesse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels verhältnismäßig erfolgreich in ihrem eigenen Interesse, aber viel uneffektiver im Interesse eines allgemeinen

Wirtschaftswachstums ausnutzen und steuern – und das hätte zu den wichtigsten sozialen Funktionen dieser Schicht gehört. Und damit wird die These der marxistischen Historiographie, daß die Regierungen „Regierungen der Bourgeoisie“ gewesen seien und in deren Interessen handelten, widerlegt. Es ist wahr, daß die industriellen Kreise, Kaufleute und Bankiers nach gesellschaftlicher Dominanz strebten; es ist aber auch wahr, daß ihnen dafür die wirtschaftliche und kulturelle Grundlage fehlte.

Die Unternehmer fungierten nur bedingt als Wirtschaftselite; gleichzeitig funktionierte diese Elite nur bedingt als Stütze einer Zivilgesellschaft. Es gab sowohl traditionalistisch orientierte Schichten, als auch moderne, westeuropäisch orientierte. Erstere strebten nicht nach echter Modernisierung, sondern pervertierten sie oder erfüllten sie mit Pseudo-inhalt oder Populismus. Die „modernen“ Unternehmer übernahmen meistens die formale Modernisierung: Sie waren gut ausgebildet, waren Verfechter des Liberalismus und der Demokratie, importierten moderne Maschinen und Technologien. Aber es gelang der Unternehmerschaft nicht, die Moderne als ganzes in eine sozioökonomische Realität zu überführen und alle Symbole des Modernen in gesellschaftseigene umzuwandeln, sie mithin für die Bevölkerungsmehrheit verständlich und akzeptabel zu machen und auf diese Weise die Gesellschaft mit all ihren Strukturen und Beziehungen in eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft zu transformieren. Dazu mangelte es an Verständnis für die eigene soziale Rolle, an Verständnis für die Rolle der Beteiligung an Institutionen, die entweder zu passiv ausfiel oder als Pfründen gesehen wurden. Ihnen gelang es nicht, in den Unternehmen neue Produktionsdisziplin, Rationalität und Arbeitsethik einzuführen und in Gesellschaft und Politik solche Institutionen und Beziehungen zu schaffen, die ihre Interessen als soziale Gruppe, und nicht als konkurrierende Gruppen schützten. Ebenso wenig dienten sie als Vermittler zwischen Bürger und Staat, um auf diese Weise autonom und nicht als Verlängerung der Staatsautorität zu agieren. Es gelang ihnen auch nicht, eine Partizipationskultur zu entwickeln und die traditionellen, patriarchalen Politikbeziehungen zu überwinden. Es bestand eine Kluft zwischen ihnen und der sich nur langsam anpassenden Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung.

Hätte eine solchermaßen skizzierte Figur eines Unternehmers zu einer Wirtschaftselite westeuropäischer Prägung werden können? Hätte sie die

Gesellschaft dominieren (erinnern wir uns nur an die geringe Zahl Unternehmer in den Organen der legislativen und exekutiven Macht) und die Rolle eines Transformateurs der vormodernen Gesellschaft unternehmen können? Gemeint ist hier ihre gleichsam „natürliche“ Rolle, um ihre „Mission“, als Vorreiter der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse aufzutreten, sei es im Kampf um die Befreiung vor 1878, sei es in den sich anschließenden Modernisierungsbemühungen. Wenn wir in ihre geringe Anzahl, ihre Mentalität und politische Kultur sowie die mangelnden wirtschaftlichen und anderen Grundlagen in Betracht ziehen, so kann man nicht umhin, den Unternehmern diese Möglichkeiten abzusprechen. Daß die Unternehmerschicht nicht bereit und auch nicht fähig war, schnell und stark genug als Modernisierungsfaktor aufzutreten, zeigte sich auch in den nicht langsamen und wenig erfolgreich verlaufenden Transformationsprozessen in der bulgarischen Gesellschaft und Wirtschaft.

Party Elites in Serbia 1903–1914: Their Role, Style of Ruling, Way of Thinking

Dubravka Stojanović

Political elites in predominantly agrarian societies, such as the Balkan societies at the beginning of the 20th century, play an exceptionally important and even simple role. In societies without aristocracy, industry and major capital – where the middle class consists of civil servants, officers and merchants – political elites are also the social and intellectual elite. Advantages as well as limitations derive from this fact. Due to these social circumstances political elites, and even politics, become the generators of modernization, the motivating force of an otherwise rather inert society, and creators of basic developmental assumptions. Such undifferentiated, multi-functional political elites, without a counter-balance in another area (culture, society, economy) breed societies which are prisoners of politics, where politics seems to define all relations – from economic to private. The significant role of the political elite in Southeast European societies makes it an extremely important subject for historical analysis. This is true particularly because the slow development of these societies during the 19th and 20th centuries rendered possible a continuity of power, which unfortunately has helped to perpetrate some major problems. Therefore, the results of this historical analysis are strikingly similar to those obtained in my study of the present-day party elites in Serbia.

Irrespective of mutual political differences, there are many similarities in the social origins of members of the party elites in Serbia at the beginning of the 20th century. Their social profile shows that Serbian political party leaders at the turn of the century were mainly people who came from small Serbian towns, which had retained pronounced Balkan-Ottoman characteristics, who went on to earn highest academic titles at

Western universities, and who were mainly intellectuals or members of the free professions. As the best educated stratum of the population, intellectuals naturally entered politics.¹ This political engagement eclipsed their other professional activities and led many to see their political activity as a mission. This lent an especially emotional tone to political debate and lower tolerance for political difference.

Educated at Western universities, party leaders brought modern political concepts to Serbia. This created a paradoxical situation where political thought and the institutional and legal foundations of the Serbian state were much more modern than the society itself, which was only slowly abandoning its profoundly agrarian and patriarchal pattern. In addition to writing books, these intellectuals/politicians also started theoretical-legal, political and literary journals, based on the highest European standards.² Aside from records of parliamentary debates, these journals are perhaps the best proof that Serbian politicians were competently and sovereignly familiar with and open to the new political doctrines of the time, and that they possessed very precise knowledge about the normative aspect of their political ideal – parliamentary democracy.

After the coup in 1903, when a group of military conspirators liquidated the last members of the Obrenović dynasty, Serbian political leaders had the opportunity to implement their theoretical knowledge. The new king, Petar Karađorđević, was elected by the National Assembly after the liberal constitution of 1888 was reinstated. This act confirmed that the center of political life in the „new age“ had shifted from the court to the parliament. The constitution on which this new parliamentary monarchy was founded in 1903 was modelled after the Belgian constitution and recognized the principles of traditional constitutional monarchy.³

- ¹ See also: Perović, Latinka: *Naučnik i političar: Jovan Žujović. Prilog proučavanju srpske elite [Scientist and Politician: Jovan Žujović. A Contribution to the Study of the Serbian Elite]*, in: *Tokovi istorije* 1–2, 1992, pp.55–67.
- ² See: *Srpski književni glasnik, Delo, Arhiv za pravne i društvene nauke, Nedeljni pregled, Glas prava, sudstva i administracije*.
- ³ See: Popović-Obradović, O.: *Parlamentarizam u Kraljevini Srbiji 1903–1914 [Parliamentarism in the Kingdom of Serbia, Manuscript of the doctoral thesis]*. Belgrade 1996.

The new political system was the work of the western educated political elites and is the best proof of their modernizing desires.

With the introduction of parliamentarism, organized parties became the main political factor in Serbia. However, with almost balanced power, neither the ruling parties nor the opposition could establish a stable parliamentary majority and this became one of the biggest obstacles for the development of parliamentarism and even of political modernization in Serbia. Unstable governments (18 within 11 years) and violent party conflicts opened the scope of political influence of the king and a group of military conspirators who brought him to power. This practically reduced the power of parliament and forced the non-institutional resolution of many important government problems.⁴

In addition to these obstacles, the political system in Serbia was shaped under the influence of many other internal and traditional factors. Their profound impact brought the newly-established system into the historic continuity of Serbian political development. Under-developed liberal traditions, disregard for political culture, lack of tolerance, a „surplus of party fanaticism and unscrupulousness“⁵, old models of political behavior and specific perceptions of the state prevented the new institutions from fully assuming modern contents.⁶ Political mentality, customs and political philosophy established through historic development adjusted the parliamentary system to Serbian environment as much as they alienated it from its original principles. Party elites, on the one

4 About the relations between the King and the conspirators see: Živojinović, D.: *Kralj Petar I Karadorđević*. Belgrade 1990, pp.199–244 and 315–340. Analyses show that by the end of this period it wasn't only the matter of the army influence on politics, but an open fight for dominance. Cf. Mitrović, A.: *Srbija u Prvom svetskom ratu* [Serbia in World War I]. Belgrad 1984, pp.39–40; Batković, D.: *Sukob vojnih i civilnih vlasti u Srbiji u proleće 1914* [Conflict between Military and Civil Authorities in Serbia in the spring of 1913], in: *Istorijski časopis XXIX–XXX*, 1982–1983.

5 Jovanović, S.: *Dvodomni sistem* [The bicameral System], in: *Sabrana dela* [Collected Works], 2. Belgrade 1990, p.270.

6 Compare: Popović-Obradović, O.: *Demokratija u Srbiji* [Democracy in Serbia], in: *O Demokratija* [On Democracy]. Belgrade 1995, pp.171–186. By the same author: *Osnovne prepreke političkoj modernizaciji u Srbiji posle 1903 godine* [Fundamental Obstacles to Political Modernization in Serbia after 1903], in: *Tokovi istorije*, 1–2, 1994, pp.49–53.

hand the driving force behind political modernization, became its most visible barrier.

Such a situation was the consequence of the specific process of pluralization, one of the main assumptions of political modernization. Pluralization in Serbia after 1903 did not occur as the expression of interest differentiation within society, but rather as the result of cleavages in the until-then-dominant Radical Party. The relationship between Radicals and Independents almost entirely defined all political relations in Serbia. The search for a coherent party identity, shifts in the formerly nearly-monolithic electorate, recomposition of the political scene, and changes in the balance of power made this process as fierce as if it were the „final showdown“, with emotions stirred to a point more appropriate between fighting families than between political rivals.

The Independent Radicals, who founded their own political party towards the end of 1904, were responsible for this bitterness in political relations. Ideological differences between the two radical parties were negligible, so that their search for a party identity relied more on criticism of others than on shaping their own program. It appears that the most significant characteristic of these two political groups in Serbia was the attitude toward the other party rather than an actual articulation of a political alternative. The conflict between the Radicals and Independents is the key to the comprehension of relations between party elites, because it most explicitly shows the essence of their political behavior and understanding of politics.

The People's Radical Party was founded in 1881 as a broad popular movement with ideological roots in Svetozar Marković's *narodnički* socialism. The Radicals aimed to establish a people's state, in contrast to a state of law.⁷ To carry out such a program it was necessary to establish a broad popular movement, fully-centralized and subject to firm discipline. The idea was to come to power and then permeate the entire state with the movement and thus essentially transform the people's state into the party state. Equally important for the party were slogans which identified it with its uncontested leader, Nikola Pašić („Pašić belongs to us, we belong to him“), and those which identified it with the entire people

⁷ Perović, L.: *Srpski socijalisti 19. veka [Serbian Socialists in the 19th Century]*, Belgrade 1995, p.122.

(„Radical Party and Serbian people are one“). This program established a specific feeling between the leader, party and people which was closer to patriarchal sensibility than to civil rationalism.

The party evolved over time. It adopted a liberal interpretation of constitutionality and inclined towards parliamentarism, making a major step away from the people's state concept. The English parliamentary pattern, which they most frequently mentioned as their model, was quite opposed to economic egalitarianism and political self-government, their main principles in 1881. However, when the separation of the Independent wing and the attendant loss of nearly half of the electorate jeopardized their almost unlimited rule, it became obvious that their political behavior patterns had not changed much. It turned out that opting for parliamentarism had not represented their maturity and their own modernization, but rather had been the consequence of the fact that since they held nearly 90% of the seats in parliament (after the 1903 elections), their power could have been seriously restricted by any institutional boundaries. The Radical leaders' political behavior after 1905 demonstrated that their perception of parliamentarism did not necessarily imply its main assumption – political pluralism. Evidence for this may be found in their rhetoric, their attitude toward elections, and in instances of political violence.

The Radicals' rhetoric shows that they continued to perceive their party as an all-people's movement rather than as one of many political options. It naturally follows that they understood the separation of the Independent Party as a „schism in the Serbian people“⁸, as „evil and misfortune“.⁹ Proceeding from the idea that „enemies of the Radical Party are enemies of Serbia“¹⁰, in their party papers and parliamentary speeches they proclaimed that other parties, in particular the Independents, were

⁸ Perović, L.: *Nikola Pašić – pisma, članci i govori* [Nikola Pašić – Letters, Articles and Speeches]. Belgrade 1995, p.17.

⁹ Shorthand notes from the National Assembly (SNNA), I, Belgrade 1905, pp.115–118.

¹⁰ „Pred izbore“ [Before the elections], in: *Samouprava*, 9 June 1905.

„evil for the people“¹¹ and act „against vital interests of the fatherland“.¹² This not only meant that the Radical Party was the only representative of people's interest, but that political pluralism was evil in itself because, as they used to say, „Serbia needs unanimity more than ever to be able to face to serious forthcoming challenges while ‘independent’ Serbian papers try to obstruct it on its way“.¹³

In the Radical's rhetoric, the motive of „treason“ had a function beyond discrediting political opponents. In the new political situation, Radical leaders wanted to return to the idea of their party as the emanation of the people's will.¹⁴ They tried to raise their party above politics and concrete problems and thus show that their opinion was not just a political stand, but an articulation of a general truth. From such a stand followed an attitude towards the parliamentary minority, which saw the minority not as a constituent element of parliamentary system¹⁵, but, as the leader of the independent radicals Ljuba Davidović often said, as „enemies of this country, against whom any instrument was acceptable.“¹⁶ This was most visible during parliamentary elections, for which we have evidence of breaches of voting confidentiality, disorderly election lists which allowed manipulation with the number of voters, corruption, and direct

¹¹ „Odgovor na ispravku nekoliko kragujevackih samostalaca“ [Response to the correction suggested by several Independents from Kragujevac], in: Samouprava, 19 March 1905.

¹² „Opoziciona štampa“ [The opposition press], in: Samouprava, 12 April 1905; „Baš tako vajna braćo“ [Just like that, so-called brothers], *ibidem*, 20 May 1905; „I opet tvrdimo“ [We claim, once again], *ibidem*, 23 May 1905; „Ko radi u interesu Srbije“ [Who works in the interest of Serbia], *ibidem*, 27 May 1905; „Prijeteljska reč“ [A friendly word], *ibidem*, 10 June 1905; see also Pašić's speeches: 14 October 1905; 9 December 1905; 9 October 1906; 17 December 1907; 24 March 1908, in: Nikola Pašić u Narodnoj Skupštini.

¹³ „Opoziciona štampa“ [The opposition press], in: Samouprava, 12 April 1905.

¹⁴ The Radical Party as an expression of the „people's will“ see: „Ko radi u interesu Srbije“ [Who works in the interest of Serbia], in: Samouprava, 27 May 1905; Pašić's speeches in the National Assembly: 24 March 1908; 4 June 1907; 28 January 1908; 3 March 1908; 14 March 1908; 8 March 1908, in: Nikola Pašić u Narodnoj Skupštini.

¹⁵ See Parliament sessions: 1 December 1903; 14 December 1903; 20 March 1907; 20 December 1907, in: Nikola Pašić u Narodnoj Skupštini.

¹⁶ SNNA, Extraordinary session 1906, p.113.

pressures on voters by the police and municipal authorities.¹⁷ The huge influence of municipal authorities on the elections is witnessed by the fact that prior to elections the party in power used to replace civil servants in accordance with the party needs, and that the party which organized elections won all five elections in this period. This refers above all to the Radicals who were in power throughout the period under consideration, with the exception of a one-year term in 1905–1906, when the Independents won the elections, which they carried out instead of the Radicals after the King's intervention. The most drastic examples of the denial of pluralism are certainly the instances of physical violence against political rivals. The best known case is the murder of the Novaković brothers, officers who were strong opponents of military conspirators. They were killed in prison, in the presence of the Radical interior minister. Though the courts later proclaimed him guilty, the Radical majority in the parliament cast a vote of confidence in his favor.

With such behavior, the party in power showed that it did not perceive politics as a way of channeling and mitigating social conflicts, but as a skill for the sake of the skill, cunning and violence. It was an authoritarian concept of rule, which viewed tolerance as weakness and pluralism as its enemy. Social and political conflicts were pushed out of the system's institutions, reducing the possibility of compromise and widening the scope of non-institutional and open conflict. That is why in Serbia, in response to the „dictatorship of the majority“, opposition parties, above all the Independents, justified the use of all means, mentioning repeatedly even revolution.¹⁸ Open confrontation as a way of conflict resolution is typical of pre-modern societies in which stagnation in a series of semi-emergency situations slows down development.¹⁹

¹⁷ For details of election irregularities see: Popović-Obradović, O.: *Parlamentarizam u Kraljevini Srbiji 1903–1914* [Parliamentarism in the Kingdom of Serbia, Manuscript of the doctoral thesis]. Belgrade 1996.

¹⁸ SNNA, 1906–1907, p.269; *Ibid.*, 1907–1908, II, p.193; *Ibid.*, 1910–1911, p.32; *Odjek*, 28 February 1908; 3/4 March 1908, cited after Popović-Obradović, O.: *Demokratija u Srbiji*, p.173.

¹⁹ Marković, P.: *Theory of Modernization and its application on the Interwar Yugoslavia and Belgrade*, in: *Serbia in Modernization processes of the 20th century*. Belgrade 1994, p.436.

Born of the same circumstances, the Independents, at least until 1906, were only the other side of the same model. Insufficiently ideologically differentiated from their parent organization, the Radicals, the Independent Radical Party developed its identity by accusing Pašić's Radicals of abandoning the original party program, thus presenting themselves as the only authentic advocates of radicalism. It seemed that these men who had studied in France wanted to annul the development which occurred in the Radical Party, to return to its *narodni* roots and to enhance the collectivist and patriarchal components in the party policy. However, subsequent development showed that it was only in the initial phase in search of the party profile, in which the Independents – typical of dissidents – tried to present themselves to the electorate as orthodox and thus emotionally attach the voters to themselves.²⁰

This is evidenced by the campaign pursued against the Radicals in 1905 and 1906, at the time when the political scene in Serbia was developing. In their 4-page party paper *Odjek* („Echo“) three pages were devoted to attacks on Radicals. An analysis of these texts shows that the Independents, attacking methods employed by Radicals in inter-party confrontations, acted in an almost identical manner. Although they accused the leaders of the Radical Party of „inventing treason theories“,²¹ they themselves used this motive frequently in confrontations with the others. In doing this, they did not only write about the betrayal of party principles,²² but also about the betrayal of the „reputation and interests of their fatherland“²³ by the Radicals and other opposition parties, not

²⁰ On relations between the Radicals and the Independents, see: Jovanović, S.: *Radikali i samostalci* [Radicals and Independents], in: *Sabrana dela*, XI, pp.533–536; Popović-Obradović, O.: *O ideološkom profilu Radikala i Samostalaca u Srbiji 1903–1914* [On the ideological profiles of the Radicals and the Independents in Serbia 1903–1914], in: *Tokovi istorije*, 1–2, 1994, pp.59–76.

²¹ „Dva Stojana“ [Two Stojans], in: *Odjek*, 23 March 1905.

²² See: „Pred organizaciju“ [Before getting organized], in: *Odjek*, 9 March 1905; „Fuzionaske navike“ [Fusionist habits], *ibidem*, 5 August 1905

²³ „Naša opoziciona štampa“ [The opposition press of this country], in: *Odjek*, 30 July 1905.

hesitating to remind their readers that the Radicals' „mockery“ with politics is „well paid.“²⁴

In addition to such direct accusations of political rivals, their texts contained overt personal insults. In response to the continuous accusations by the Radicals that the Independents, because of the generation gap, were immature, frivolous political „brats“, who were playing government,²⁵ the Independents restorted that the leaders of the original party were „feeble old men, who no longer know what they are doing“²⁶ that their main attributes were „old-age spiritual exhaustion“ and „old-age nervousness“.²⁷ But, insults were sometimes much more drastic. Thus, while the Radicals wrote in *Samouprava* („The Self-Rule“) that many among the Independents „do not know what a family is, because they have neither a wife nor children, they don't even have a kitten or puppy, as the saying goes, and hence do not know what honor and dignity are“²⁸, their former party-mates wrote that being in the company of Radicals means „getting over the threshold of a damp, dark and stuffy cave, full of poisonous gasses, swarming with innumerable disgusting and slimy creatures“.²⁹

What is interesting is that the Independents behaved towards other opposition parties in the same way that the Radicals acted towards them, using as accusations what had already been used against them. Thus, one of the main criteria in party confrontations was political background. Background as a political criterion was first used by the Radicals in rela-

²⁴ „Ko je otpadnik“ [Who is the renegade?], in: *Odjek*, 19 March 1905; *Pred organizaciju* [Before getting organized], *ibidem*, 9 March 1905; „Fuzionističke navike“ [Fusionist habits], *ibidem*, 5 August 1905.

²⁵ See „Baš tako vajna braćo“ [Just like that, so-called brothers], in: *Samouprava*, 20 May 1905; „Ko ste vi?“ [Who are you?], *ibidem*, 30 May 1905; „Samostalski program i kobni zajam“ [The Independents's program and the disastrous loam], *ibidem*, 7 July 1905; „Iz greha u greh“ [From sin to sin], *ibid.*, 2 August 1905.

²⁶ „Fuzionisti na prvom koraku“ [The first step of the fusionists], in: *Odjek*, 3 March 1905.

²⁷ „Po naprednjački“ [In the Progressivists' manner], in: *Odjek*, 27 July 1905.

²⁸ „Odjekovcima“ [To the Echoists], in: *Samouprava*, 2 August 1905.

²⁹ „Kleveticima oko Samouprave“ [To the Libellists around the The Self-Rule], in: *Odjek*, 21 May 1905.

tion to the Progressive and People's Parties, the ruling parties in the previous Obrenović period. In relation to the parties of the former regime, an almost post-revolutionary relationship was established after 1903, which enabled the winning Radicals to get even with the parties which had been in power under the Obrenović dynasty. This created divisions between Radicals and non-Radicals which outlived the split of the Radical Party and survived until 1912, when the Independents finally made an alliance with the rest of the opposition, eliminating the former divisions.³⁰ This division between Radicals and non-Radicals, which existed for more than thirty years, irrespective of dramatic changes in Serbia within this period, shows that the behavior of the political parties, which did not want to overcome traditional divisions and in the new conditions build new, more modern relationships, aggravated the stagnant political situation. It was also responsible for the inertia of the electorate, which was already insufficiently mobile due to social conditions, hindering regular change in power.

The other type of division „by background“ started with the separation of the Independent from the original Radical Party. Radicals then started to emphasize their background, their struggle for political freedoms in Serbia, their sacrifices,³¹ even stressing that the history of the party was at the same time its program.³² They wanted thus to discredit the Independents as a party without a past, without roots, and hence without future. On the other hand, Independents implemented a similar method, often ridiculing old Radicals for their excessive insistence on the past and accusing them of doing this only because they had no other choice.³³ Promoting themselves as people with an immaculate past, they accused the Radicals of succumbing to the „absolutist Obrenović regime“,

³⁰ Popović-Obradović, O.: *Političke stranke i izbori...*, p.344.

³¹ See N. Pašić's speeches: 20 November 1906; 7 February 1907; 13 March 1907; 24 March 1908; 17 March 1911, in: *Nikola Pašić u Narodnoj Skupštini*; „Nekoliko kragujevačkih samostalaca“, in: *Samouprava*, 19 March 1905; „Koste vi?“, *ibid.*, 30 May 1905; „Ne odbraniste se“ [You have not defended yourselves], *ibid.*, 16 June 1905; „Deseti juli“ [Juli 10th], *ibid.*, 6 Juni 1905; „Iz greha u greh“, *ibid.*, 2 August 1905.

³² Nikola Pašić's speech on 13 March 1907, in: *Nikola Pašić u Narodnoj Skupštini*.

³³ „Klevetnicima oko samouprave“, in: *Odjek*, 21 March 1905; „Njihova prošlost!“ [Their past!], *ibid.*, 31 March 1905.

reminding them in almost every issue of their paper of unpleasant details which proved that the Radicals were corrupt, unscrupulous and lacking in principles.

Personal accusations set the tone for the entire political life, making it an arena for wild political passions. Although this created the impression that politics was the main occupation of society – which is why such societies are often called political societies – there was in fact very little that was „political“ in these politics. They remained dimmed by personal conflicts and skirmishes, which seemed to become an end in themselves, pressing all essential problems to background. It appeared to contemporaries, that politics remained neglected, subordinate to rhetorical competition. Some people were even of the opinion that „because of party confrontations the idea of state became almost lost, that the country is heading into disaster“.³⁴ Such a political mentality certainly „hampered proper implementation of parliamentarism“ because, as one of the greatest Serbian historians Slobodan Jovanović wrote, „such a system implies pursuing public affairs through discussion, but reasonable and tolerant discussion, which should, if possible, lead to compromise. In our country, with our mentality, discussion often turned into personal quarrel, the topic of discussion became irrelevant and, like in sports matches, the only thing that mattered was who will outplay whom. Instead of a compromise, where both parties would at least get something, politicians preferred quarrel, which left both parties beaten and bruised.“³⁵

Such a perception of politics defined the political behavior of the opposition. After the election in 1906, when it became obvious that the electorate had finally swayed towards Nikola Pašić's Radicals, the Independents shifted from verbal insults to more concrete and no less fierce models of political struggle. To the extent that the Radicals used their power almost to the limits, the opposition abused its power and liberal parliamentary rules of procedure in the parliament, obstructing the parliament for months on end and thus jeopardizing the functioning of the entire government system. Resorting to the ultimate instruments of po-

³⁴ Jovanović, S.: *Radikali i samostalci*, p.535.

³⁵ Jovanović, S.: *Jedan prilog za proučavanje srpskog nacionalnog karaktera* [A contribution to the study of the Serbian national character], in: *Sabrana dela*, XII, p.581.

litical struggle, both the government and the opposition paralyzed the state, hampering even the voting on the budget (March 1907–April 1908).

All these problems, arising from the traditional understanding of politics, and even more from the traditional way of political behavior, hampered the full establishment of a parliamentary system. The true reason for this condition was the discrepancy between institutions and social foundations. Serbian society at this time was predominantly agrarian, with more than 87 % of the population poor peasants, only half of whom owned up to 5 hectares of land. In 1905 craftsmen accounted for only about 5 % of the total population, little more than 2 % were merchants, and another 2 % government employees.³⁶ This poorly differentiated society had poorly differentiated interests, so that political division did not occur as the natural and spontaneous articulation of social interests. Political parties did not emerge as the representatives of certain parts of society and the advocates of their interests before the state, but from the political ideas of their leaders or, more frequently, as the result of personal animosities within the close circle of the intellectual elite in the capital. Small differences and the absence of social foundations in political parties forced the political conflict to take place mostly on the surface, substituting dynamic party strife for actual pluralism.

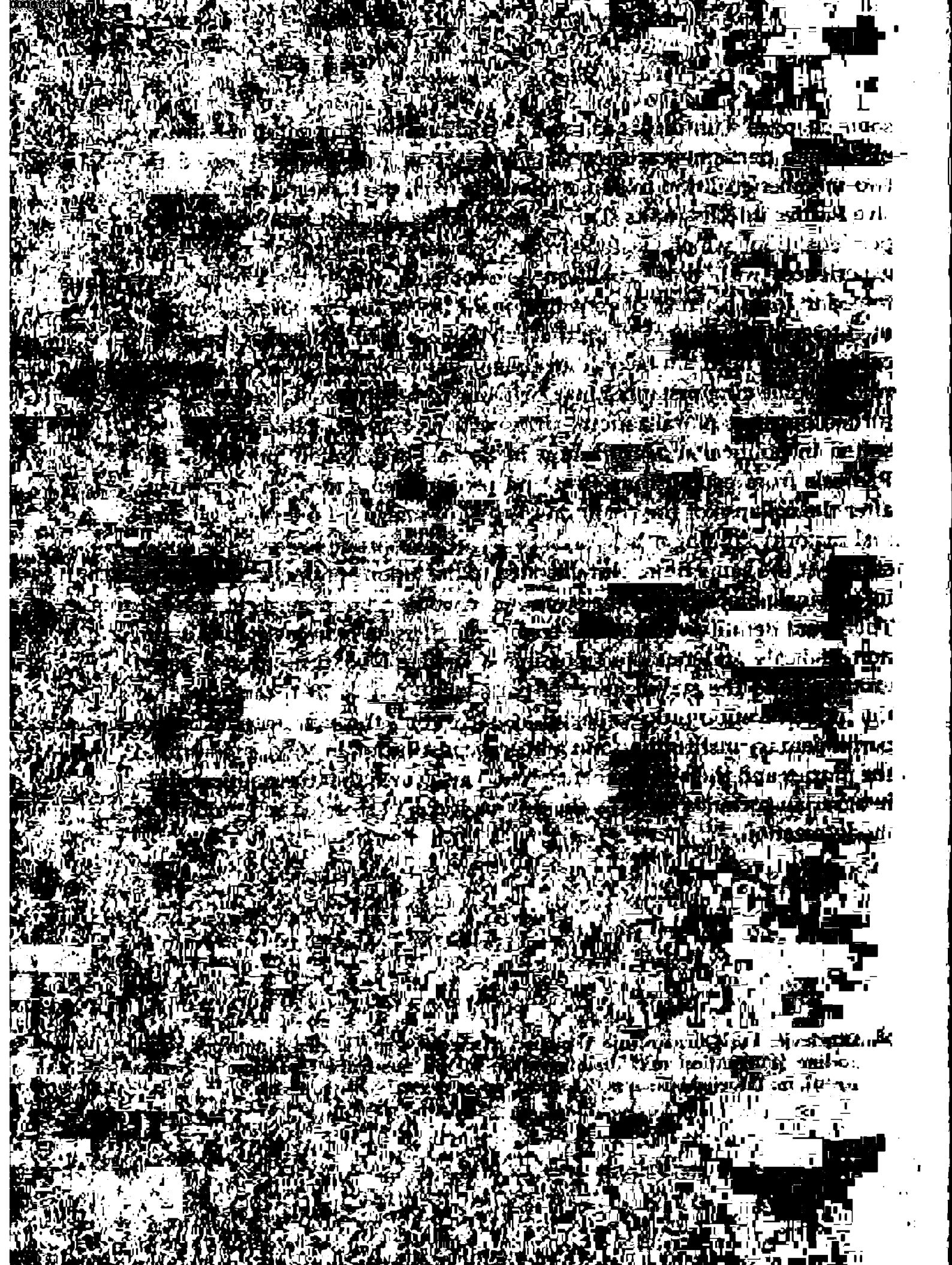
Hence, political modernization did not come about as the consequence of social development. Rather, it seems that in Serbia at the beginning of the 20th century it became its prerequisite. It seems that the institutional and political parliamentary system, with its rules and formal framework, started to produce modernizing effects and to overcome many traditional obstacles that limited it. Strict parliamentary principles forced the political mentality to gradually adjust, guiding the participants in the political competition to change their habits, and gradually even their understanding of politics. This was shown in 1908 when the election results did not allow the establishment of a homogenous Radical government.³⁷ Therefore, for the first time after the party split, the Radical and Independent Parties formed a coalition government, which lasted – with

³⁶ Dordević, D.: *Srpsko društvo...*, p.126.

³⁷ Radicals won 44,1 %, Independents 31,2 % and the Coalition of the Nationalists and Progressivists 23,3 % of the votes. Popović–Obradović O.: *Parlamentarizam u Kraljevini Srbiji 1903–1914*. Belgrade 1996, p.506.

some changes – until 1911 as the first coalition government in the history of Serbian parliamentarism.³⁸ The annexation crisis of 1908 forced the two-member coalition to admit ministers from the National and Progressive Parties into its ranks. This established for the first time the 4-member coalition which lasted from February to October 1909. The experiences with these coalition governments, which the parties were forced to form because of constitutional rules or foreign threats, contributed to gradual changes in mutual relations. It turned out that the political opponent need not be only an enemy, but could also be a collaborator, who in some circumstances may help one to retain power. In addition, it turned out that pluralization – irrespective of how it came about – resulted in political modernization in Serbia. It definitely prevented the Radicals from establishing firm and predominant rule. It forced them, after the collapse of the coalition in 1911, to safeguard their almost minimal majority, among other ways, by a careful attitude towards the opposition. At the same time, pluralism led to the linking of opposition parties into a single block before the elections scheduled, but never held, in 1914. This event definitely halted the traditional division between Radicals and non-Radicals and rendered possible a modern, political-interest-based grouping and the stabilization of parliamentary rule. It turned out that the modernization process begun by party elites through introduction of parliamentary institutions and a liberal constitution in 1903, modernized the parties and their elites themselves. This proves that the political elites in agrarian societies serve as the driving force, obstructor and product of modernization.

³⁸ Dordević, D.: *Obrazovanje i raspad vlade četvorne koalicije u Srbiji 1909. godine* [Formation and disintegration of the quadruple coalition in Serbia 1909], in: *Istorijski časopis*, XI, 1960, pp.213–229.



Politische Eliten und Klientelismus: Albanien in der Zwischenkriegszeit

Anila Habibi

Die zwei für das gesamte Europa turbulenten Jahrzehnte der Zwischenkriegszeit waren zugleich die ersten Jahre im Leben des albanischen Nationalstaats. Dieser Staat, gegründet *de jure* 1913, *de facto* erst 1920, erstreckte sich auf Teile der in jeder Hinsicht vernachlässigten westlichen Peripherie des ehemaligen Osmanischen Reiches. Er umfaßte eine Fläche von ca. 28.000 qkm mit rund 740.000 Einwohnern. Nach Erlangung der Unabhängigkeit mußten auf den Trümmern der osmanischen Herrschaft neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen errichtet werden. Bei der Untersuchung dieser Aufbauprozesse wird zwangsläufig sehr viel die Rede von wenigen Personen sein. Der Elitenforschung kommt dabei primäre Bedeutung zu.

Als Ausgangspunkt des folgenden Beitrags dient die von Politikwissenschaftlern erarbeitete und auf Webers Begriff des Patrimonialismus beruhende Theorie des neo-patrimonialen Staates.¹ Nach Weber ist Pa-

¹ Eine erste Verwendung des Weberschen Begriffs finden wir bei Roth, Guenther: *Personal rulership, patrimonialism and empire building in the new states*, in: *World Politics*, Bd. 20, 1968, S. 194–203. Es folgt Willame, Jean-Claude: *Patrimonialism and Political Change in the Congo*. Stanford 1972. Die begriffliche Differenzierung zwischen dem traditionellen und heutigen Patrimonialismus machte Eisenstadt, S. N.: *Traditional patrimonialism and modern neo-patrimonialism*, in: *Sage Research Papers*. London 1973. Weiter Eisenstadt, S. N.; Rokan, Stein (Hg.): *Building States and Nations*, Bd. 2. London 1973, S. 384–426, Schwartzmann, Simon: *Back to Weber: Corporatism and patrimonialism in the seventies*, in: *Authoritarianism and Corporatism in Latin America*, hg. v. James M. Malloy. Pittsburgh 1977; Médard, Jean-François: *The Underdeveloped State in Tropical Africa: Political Clientelism or Neopatrimonialism?*, in: *Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, hg. v. Christopher Clapham. London 1982, S. 162–193; Mit seinem „Clientelist State“ meint Powell eine „variation

trimonialismus eine aus den primären Typen von Herrschaft (Gerontokratie und Patriarchalismus) abgeleitete Herrschaftsform. Sie unterscheidet sich vom primären Patriarchalismus durch die Entstehung eines persönlichen Verwaltungsstabes.² Der Gegenstand von Obedienz ist hier die Autorität des Herrschers, die dieser aufgrund seines traditionellen Status genießt. Die Person, welche die Herrschaft ausübt, ist kein Vorgesetzter, sondern ein affektiver Führer. Sein Verwaltungsstab besteht nicht aus Offiziellen, sondern aus persönlichen Gefolgsleuten, die aus den Reihen seiner Verwandten, Kameraden, Sklaven oder Klientel stammen. Der Stab stützt sich bei der Ausübung von Macht im einfachsten Fall hauptsächlich auf die personenbezogene Loyalität, kultiviert durch einen allgemeinen Prozeß der Sozialisation. Auch die Beziehung des Stabes zum Herrscher wird durch die persönliche, traditionsorientierte Loyalität und nicht die impersonelle Pflicht gegenüber dem Amt bestimmt. Um die Interessengemeinschaft zwischen Herrscher und Gefolgschaft unlöslich zu machen, stützt sich die patrimoniale Herrengewalt auf Sold, Leibwachen und -heere und erweitert so das Ausmaß der Willkür, Gunst und Gnade auf Kosten der Traditionsgebundenheit.³ Die Essenz des Patrimonialismus kann auf die Idee reduziert werden, daß alle Staatsautorität und -macht sowie die damit verbundenen Rechte dazu neigen, als privat appropriierte Vorteile behandelt zu werden.⁴

Im Unterschied zum ursprünglichen Patrimonialismus ist der Neo-Patrimonialismus ein modernes Phänomen, da er eng mit der Modernisierung verknüpft ist. Neo-patrimoniale Gesellschaften agieren im Netzwerk moderner Staaten und sind in das internationale System einbezogen. Sie können sich Impulsen von außen nicht entziehen und müssen

on Weber's Patrimonial State“, siehe dazu Powell, J. Duncan: *Peasant Society and Clientelist Politics*, in: *Friends, Followers and Factions. A Reader in Political Clientelism*, hg. v. Steffen W. Schmidt et. al. Berkeley 1977, S. 147–161.

² Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. Aufl., Tübingen 1980, S.133–134.

³ *Ibid.*, S. 133.

⁴ Médard, Jean-François: *The Underdeveloped State*, S. 178–179.

ihr traditionelles Herrschaftssystem den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.⁵

Das „conceptual framework“ bzw. der Begriff „Klientelismus“ bietet einen guten Ansatz zur Analyse der Eliten in neo-patrimonialen Gesellschaften. Er hat, im Gegensatz zu anderen, viel zu abstrakten und schwer umsetzbaren Großtheorien einen ausgeprägten empirischen Charakter. Dieses weniger anspruchsvolle Modell hilft bei der Untersuchung mikropolitischen Realitäten. Doch für deren Einordnung in den größeren Rahmen der Makro-Politik oder der wirtschaftlichen Umwelt benötigt man weiterführende theoretische Ansätze, z.B. die Klassentheorie. Wenn der Klientelismus auf die soziale Ungleichheit hinweist, bezieht er sich auf die sozialen Klassen, wobei ein scharfer Unterschied zu machen ist zwischen Klassen als analytische Kategorie und Klassen als Einheiten der politischen Aktion.⁶

Beispielsweise kann das Konzept Klientelismus erklären, wie und warum eindeutig ausgebeutete soziale Gruppen sich nicht organisieren können, um der Ausbeutung zu entkommen, und warum das Klassenbewußtsein stärker bei den höheren als bei den unteren Klassen präsent ist.⁷ Andererseits deckt der Klientelismus eine Reihe von Phänomenen wie Nepotismus, Tribalismus oder Korruption nicht ab, die mit ihm zum Teil, weil stark überlappend, identifiziert werden, obwohl sie keineswegs identisch sind. Aber eines haben diese Kategorien gemeinsam: das Fehlen einer Trennung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich beziehungsweise die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Sie alle lassen sich unter dem Dach des neo-patrimonialen Konzepts subsumieren, weil dieses breit genug ist, die verschiedenen Elemente, einschließlich des Klientelismus, sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Daraus ergeben sich mehrere Fragen: Welche genaue Proportion hat sich im neo-patrimonialen Staat zwischen Nepotismus, Klientelismus, Korruption oder anderen

5 Eisenstadt, S. N.: *Revolution and the Transformation of Societies*. New York 1978, S. 276, zitiert bei: Médard, Jean-François: *The Underdeveloped State*, S. 179.

6 Clapham, Christopher: *Clientelism and the state in: Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, hg. v. C. Clapham. London 1982, S. 31–32.

7 Médard, Jean-François: *The Underdeveloped State*, S. 170–178.

Komponenten gebildet? Inwiefern kann eine Gesellschaft (oder Staat) als klientelistisch, nepotistisch oder tribalistisch bezeichnet werden? Wie lautet die patrimoniale Formel? Diese Fragen können hier nur angesprochen werden; ihre Beantwortung bedarf weiterer Forschung.

Der Klientelismus ist Forschungsobjekt zweier Wissenschaftsrichtungen: der Sozialanthropologie und der Politikwissenschaft. Weil beide Disziplinen das Phänomen in unterschiedlichen Phasen seiner Ausprägung untersuchen, ergeben sich zwei sehr verschiedenartige Definitionen. Für Anthropologen ist Klientelismus in erster Linie ein zwischenmenschliches Verhältnis, das von Verena Burkolter wie folgt definiert wird:

„Two parties unequal in status, wealth and influence form a dyadic, particularistic, self-regulating (no formal normative regulations are needed) relationship of asymmetrical commitment and face-to-face contact, and legitimated by certain values. The relationship depends on the formation and maintenance of reciprocity in the exchange of resources (goods and services) in totalistic terms... meaning that none of these resources can be exchanged separately.“⁸

Folgt man Burkolter weiter, bestehen die Verpflichtungen des Patrons gegenüber dem Klienten aus folgenden Punkten: Er liefert die Basismittel für die Existenz des Klienten, steht als Versicherung für eventuelle Existenzkrisen, gibt Schutz in verschiedenen Bereichen, wirkt als Vermittler (broker) und setzt seinen Einfluß zugunsten seines Schützlings ein. Die Verpflichtungen des Klienten gegenüber dem Patron sind: Leistung der Grunddienste und der vom Patron angeordneten Sonderdienste, ein loyales Mitglied der Fraktion zu sein, die Bereitschaft, sich für die Ehre des Patrons einzusetzen, die Selbstverständlichkeit für die Aufrechterhaltung des Status-quo und schließlich neue Klienten für den Patron zu rekrutieren.⁹

Die Politologen haben den Begriff aus der Anthropologie ausgeliehen, um damit eine spezifische Form der Machtausübung zu bezeichnen. Klientelismus ist also im politikwissenschaftlichen Kontext ein Attribut des politischen Systems. Es war naheliegend, die Terminologie der An-

⁸ Burkolter, Verena: *The Patronage System. Theoretical Remarks*. Basel 1976, S. 7–8.

⁹ *Ibid.*, S. 9–10.

thropologen auch für den Prozeß der Integration patrimonialer Gesellschaften in nationalpolitische Systeme zu verwenden. Der Staat wurde damit zum „Patron“ und „rekrutierte“ die lokalen Notablen. Die „Ressourcen“ der letzteren bestanden im Einfluß, den sie auf ihre Domänenbauern ausübten. Allgemein formuliert:

„The study of patronage ... is the analysis of how persons of unequal authority, yet linked through ties of interest and friendship, manipulate their relationships in order to attain their ends.“¹⁰

Oder:

„Klientelismus ist, zumindest in seinen dauerhaftesten Erscheinungen, ein Index für die strukturelle Konfusion zwischen Staat und Gesellschaft und der mangelnden Institutionalisierung des politischen Systems.“¹¹

Auf eine spezifische Entwicklungsstufe bezogen kann Klientelismus auch verstanden werden als

„Analyse der verschiedenen Formen, in welchen die Parteiführer versuchen, die Institutionen und Ressourcen für eigene Zwecke zu benutzen, und wie Favorisierungen unterschiedlicher Art gegen Stimmen ausgetauscht werden.“¹²

Augenfällig ist, daß sowohl bei anthropologischen wie bei politologischen Konzipierungen zwei Elemente – Ungleichheit und Tausch – explizit oder implizit immer zugrunde liegen. Klientelismus ist also eine Interessenbeziehung zwischen Ungleichen. Dadurch unterscheidet er sich vom Nepotismus, der durchaus ein Verhältnis zwischen Gleichen sein kann, weil hier primordiale (verwandtschaftliche) Bindungen und nicht wirtschaftliche Interessen eine konstitutive Rolle spielen (allerdings können sich in der Realität beide Erscheinungen überschneiden). Wenn sich in einem Staat die Praxis des Tauschs unter Verwandten auf mehrere hundert Personen erstreckt, hat man es mit Tribalismus zu tun.

- ¹⁰ Weingrod, A.: „Patrons, patronage and political parties, in: *Comparative Studies in Society and History*, Nr. 10 (1968), S. 377–400, zitiert nach: Clapham, Christopher: *Clientelism and the state*, a.a.O., S. 4.
- ¹¹ Graziano, Luigi: *Clientelismo e sistema politico. Il caso dell'Italia*. Milano 1980, S. 10.
- ¹² Ders.: *Schema concettuale per lo studio del clientelismo*, in: *Clientelismo e mutamento politico*, hg. v. Luigi Graziano. Milano 1974, S. 12.

Zum Schluß dieses theoretischen Abschnitts möchte ich darauf verweisen, daß Klientelismus nicht zuletzt auch eine moderne Erscheinung ist. Vor der Entstehung der neuzeitlichen Nationalstaaten, in welchen (zumindest spekulativ) die Frage nach der politischen Emanzipation aufgeworfen wird, kann von Klientelismus als Analysekategorie im politologischen Sinn keine Rede sein. Weder die verwandtschaftsgeprägten (Stammes-) noch die feudalen (oder feudal-ähnlichen) Gesellschaften sind klientelistische Gesellschaften im engeren, politikwissenschaftlichen Sinn, obwohl sie viele Komponenten klientelistischer Verhaltensmuster aufweisen und der Boden sind, auf dem sich diese Muster herausbilden und später ihre Existenz unter der Marke „Klientelismus“ fortführen. Während in traditionellen Gesellschaften diese Prinzipien offen oder gar stolz proklamiert sowie allgemein akzeptiert wurden, „weiß“ der „moderne“ Klientelismus genau, daß er, obschon von jahrhundertalter Überlieferung untermauert, nicht der offiziellen Moral entspricht.¹³

Angesichts des dürftigen Forschungsstands über die gesellschaftlichen Verhältnisse in Albanien zu Anfang des 20. Jahrhunderts ist es schwierig, ein vollständiges Bild der Eliten in dieser Zeit zu erstellen. Die albanische Gesellschaft scheint von zwei Hauptformen der sozialen Organisation dominiert worden zu sein: von den Stammesstrukturen im Norden und dem Çiftlik-System der Tanzimat-Epoche (vorwiegend) im Süden des Landes.

Für die nördliche Bergbevölkerung Albaniens (die Ghegen) interessierte sich seit der Jahrhundertwende eine beachtliche Zahl von Ethnographen¹⁴, da die dortige Bevölkerung vielleicht die letzte in Europa war, in der ein tribales, d.h. auf streng verwandtschaftlicher Basis organisiertes Gemeinschaftssystem, überlebt hatte. Die Mitglieder eines Stammes führten ihre Herkunft auf ein und denselben Stammvater zurück und durften – als Verwandte – nicht untereinander heiraten. Die Konservie-

¹³ Gellner, Ernest: *Patrons and clients in: Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, hg. v. E. Gellner u. J. Waterbury. London 1977, S. 1–6.

¹⁴ Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Reiseberichte von M. E. Durham und Baron F. Nopcsa und die Studien der Italiener Baldacci, Cordignano, Cozzi und Valentini. Der letztere war ein Jesuitenpater der Anfang des Jahrhunderts von Rom nach Albanien geschickt wurde um das Gewohnheitsrecht zu untersuchen.

rung dieser archaischen Gesellschaftsform war durch eine Reihe von Faktoren ermöglicht worden:

Aus den praktischen Überlegungen der Hohen Pforte, wie die von allen Routen abgetrennten, schwer zugänglichen und armen Gebieten des nordalbanischen Siedlungsraums effizienter in das Osmanische Reich integriert werden könnten, gewährte man den dortigen Bewohnern die Selbstverwaltung gegen einen jährlichen Tribut und schuf die Institution des Bajrak. Letztere wurde vom osmanischen Staat gegen Ende des 17. Jahrhunderts eingeführt und stellte eine autonome territoriale Verwaltungseinheit mit militärischen und rechtlichen Funktionen, auf Basis des traditionellen Gewohnheitsrechts dar. Anstatt die stets rebellische und extrem arme Bergbevölkerung in das allgemeine Timar-System einzubeziehen, entschlossen sich die Osmanen, die militärischen Dienste dieser geborenen Krieger in Anspruch zu nehmen. Nach den Tanzimat-Reformen verdingten sich dann die Nordalbaner als Söldner, da Krieg ihr eigentliches Handwerk war. So verharrten sie bis ins 20. Jahrhundert hinein in Stammesstrukturen, abgeschirmt durch die für den Staat vorteilhafte Institution des Bajrak. Ende des 19. Jahrhunderts existierten in den zwei nordalbanischen Provinzen, den Vilayets von Shkodra und Kosova, 96 resp. 72 Bajraks mit jeweils 100 bis 1500 Haushalten.¹⁵

Das Oberhaupt des Bajrak, der Bajraktar (türk. Fahnenträger), hatte durch seine umfassenden administrativen und kriegerischen Aufgaben und durch die Unterstützung des osmanischen Staates die vormalige Stammesaristokratie weitgehend verdrängt.¹⁶ Er hatte eine unumstrittene und erbliche Macht erworben und unterschied sich hinsichtlich seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung von der übrigen Bevölkerung. Jeder neue Bajraktar, der den „Posten“ geerbt hatte, stellte sich den Autoritäten des Sandschaks oder Vilayets vor, begleitet von der Führungsschicht des Bajrak, um die allgemeine Unterstützung seiner Untertanen zu beweisen.¹⁷ Die Fahnenträger waren zumeist katholischen, mitunter

¹⁵ Ulqini, Kahreman: Bajraku në organizimin e vjetër shoqëror. Fundi i shek. XVII deri më 1912. Tiranë 1991, S. 23–37.

¹⁶ Zojzi, Rrok: „Mbeturina të rendit fisnor në disa mikrorajone të vendit tonë“, in: Konferenca Kombëtare e Studimeve Etnografike 28–30 qershor 1976. Tiranë 1977, S. 161–181.

¹⁷ Ulqini: Bajraku, S. 42.

aber auch muslimischen Glaubens. Einige von ihnen, wie z.B. der Mirditen-„Fürst“¹⁸, schufen regelrechte „Dynastien“, konzentrierten beträchtliche Macht in ihren Händen und wurden zu gewichtigen und einflußreichen Persönlichkeiten im sozialen und politischen Leben der Region.

Der Süden des albanischen Siedlungsraums blieb seinerseits bis tief ins 20. Jahrhundert hinein in feudalähnlichen Produktionsverhältnissen geprägt. 210 000 ha (55% des bebaubaren Bodens) unterlagen dem Çiftlik-System.¹⁹ 56 287 ha davon gehörten dem osmanischen bzw. nach 1912 dem albanischen Staat, und 13 700 ha waren Vakuf-Eigentum.²⁰ Den Rest, ca. 140 000 ha, besaßen private Personen. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte zwar ein Prozeß der Zersplitterung des Großgrundbesitzes eingesetzt, aber am Vorabend des Ersten Weltkrieges verfügten die sieben bis zehn größten Grundbesitzerfamilien noch immer über ca. die Hälfte der obengenannten Fläche. Einigen hundert kleinen Besitzern (Agas, Händlern, Funktionären) gehörte die andere Hälfte, ca. 68 000 ha. Der neue Staat übernahm die ererbten Eigentumsverhältnisse und ließ sie im großen ganzen bis zum Zweiten Weltkrieg unangetastet.²¹

Die ausschließlich muslimischen Großgrundbesitzer, die „Beys“, besaßen noch im 20. Jahrhundert absoluten Einfluß auf ihren Domänen. Sie waren Eigentümer des Landes, das von ihren Bauern (çifçi) in Fronarbeit bestellt wurde. Der Gutshof mit seinen Ländereien war eine „Welt“ für sich, ein eigener (mehr oder minder abgeschirmter) Schutzraum:

¹⁸ Über die Person des Mirditenführers Prenk Bib Doda schreibt mit Begeisterung der Augenzeuge Ekrem Bey Vlora in: Vlora, E. Bey: Lebenserinnerungen, Bd. 1. München 1968, S. 81: „Prenk Bib Doda war... weit davon entfernt, ein grober Bauer zu sein. Er war im Gegenteil einer der gebildetsten, humorvollsten, patriotischsten (sic!) und zugleich realistischsten und gescheitesten erblichen Feudalherrn des damaligen Albaniens.“

¹⁹ Über die Entstehung, Verbreitung und Inhalt des Çiftlik-Systems in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches siehe McGowan, Bruce: Economic Life in Ottoman Europe. Taxation, trade and the struggle for land, 1600–1800. Cambridge 1981.

²⁰ Vakuf = Eigentum frommer Stiftungen.

²¹ Historia e Shqipërisë, Bd. 3. Tiranë 1984, S. 67–70.

„The law is weak and distant. Only tough men can survive the ruthlessness of the struggle. The landlord who is weak loses all he has...“²²

Unter den Umständen einerfeudalähnlichen Anarchie stützte sich jeder Gutsbesitzer (çifligar) auf eine, seiner wirtschaftlichen Macht entsprechenden, bewaffnete Truppe, die sich aus engsten Vertrauten und Nachfolgern und nicht zuletzt aus Söldnern zusammensetzte. Die Beys konnten in ihren Herrschaftsgebieten nach Belieben schalten und walten, auch weil die zentrale Gewalt, die die Bauern vor ihrer Willkür schützen sollte, „weak and distant“ war. Aber nicht alle nutzten dies aus. Es gibt reichlich Beispiele sowohl für „tyrannische“ wie für „gute“ Beys.

Zu der wirtschaftlichen Macht und dem damit verbundenen Zwangsapparat gesellte sich ein anderer Machtfaktor. Gewöhnlich hatten die Beys mit ihren großen Familienkreisen sämtliche lokale Verwaltungsämter monopolisiert und besaßen Zugang zu vielfältigen überregionalen Verbindungsnetzwerken im Osmanischen Reich. 1912, nach der Lostrennung von der Pforte, verloren sie zwar ihre offiziellen Posten, konnten aber noch eine Zeitlang infolge der tiefverwurzelten kulturellen Muster ihre sozialen Privilegien aufrechterhalten. Die Beys gaben im politischen Leben ihrer Region den Ton an und drängten sowohl das bürgerliche Element, von dem noch zu sprechen sein wird, als auch die kleinen Notablen der sog. freien Dörfer an den Rand. Dementsprechend besaßen sie ein ausgeprägtes Standesbewußtsein, das sich auch in ihrer Lebensführung niederschlug. Ekrem Bey Vlora beschreibt den Alltag in den großen Beyhäusern des Südens im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts mit den Worten:

„Im Grunde genommen hatte jedes ‘Große Haus’ ein doppeltes Leben: Der Mann verbrachte seine Zeit wie in einem Junggesellenheim... mit dem Empfang von Hunderten von Besuchern: Reisenden, Nichtstuern, Kaffeetrinkern, Bittstellern, Angebern, selten auch von Freunden. Ohne die geringste Rücksicht auf Zeit,

²² Yalman, N.: „On Land Disputes in Eastern Turkey“, in: G. L. Tikku (Hg.): *Islam and its Cultural Divergence*. Urbana 1971, S. 180–218, zitiert nach: Özbudun, Ergun: „Turkey: The Politics of Clientelism“, in: *Political Clientelism, Patronage and Development*, hg. v. S. N. Eisenstadt u. R. Lemarchand. Beverly Hills 1981, S. 255.

Lust und Ausdauer des Hausherrn, gingen sie scharenweise ein und aus, und wehe dem Hausherrn, der erschöpft oder gelangweilt in der Erfüllung der Pflichten nachließ, welche die 'heilige Sitte' des 'Offenen Hauses' vorschrieb. Wer die Besucher nicht empfing oder sich nicht wenigstens durch einen seiner nächsten Verwandten vertreten ließ, der wurde der scharfsten Kritik unterzogen und mußte gewärtig sein, mit der geringschätzigen Bemerkung 'er hat sein Tor selbst verschlossen' abgetan zu werden. Was ich über den Selamlik (Männerwohnung) gesagt habe, kann auch für den Harremlik (Frauenwohnung – Familienwohnung) gelten.“

Und weiter:

„Diese Mentalität wird dem Leser verständlich machen, welche Bedeutung der Gastfreundschaft in Albanien... beigemessen wurde. In den Städten gab es für 'Herrschaften' keine Hotels. Einige miserable Herbergen (Hane) genügten für die Unterkunft der bescheidenen Leute. Wer in eine Stadt kam, Namen und gesellschaftliche Stellung hatte oder sich einbildete, etwas zu sein, der ging als Gast in das 'Große Tor' oder in ein weniger wichtiges, aber offenes Haus (mit großem Tor und hohem Schornstein). Ich habe es in unserem Hause nie erlebt, daß die Eingangstore des Parkes und des Hauses geschlossen wurden. Sie standen Tag und Nacht offen, damit jeder ohne irgendwelche Formalität eintrete... Wozu all das? 'Das Große Tor' in Albanien mußte, wenn es auf diesen Titel nicht verzichten wollte, gastfreundlich sein... sie (diese Gastfreundschaft) fing an, sobald ein 'großer Herr' über das Allernotwendigste... hinaus noch etwas bieten konnte, und sie hörte auf, wenn er auch seinen letzten Brocken der Glorie der Gastfreundschaft geopfert hatte.“²³

Diese Schilderung bestätigt Grazianos Beobachtungen, daß in denjenigen Gesellschaften,

„in denen der Markt nicht als allgemeiner Akkumulierungsmechanismus fungieren kann, Großzügigkeit die rationalste Form der Investition ist; denn sie erlaubt die Maximierung jener Ressource, die

²³ Vlora: Lebenserinnerungen, Bd. 1, S. 22–24.

im traditionellen Kontext das Ausmaß der Macht bestimmt: des sozialen Ranges.“²⁴

Viele Repräsentanten der Beyklasse waren an der albanischen Nationalbewegung beteiligt. Ihre Beweggründe²⁵ reichten zwar nur so weit, wie die Pforte ihre lokale Herrschaft störte, dennoch ist ihre entscheidende Rolle bei der Erlangung der Unabhängigkeit unbestreitbar. Daß sich der albanische Staat bald als größerer „Störer“ herausstellen und damit sofort auf ihre Ablehnung stoßen sollte, davon wird noch die Rede sein.

Auch die Geistlichen aller drei im albanischen Siedlungsraum vertretenen Konfessionen sind den Notablen zuzurechnen. Infolge des intensiven Islamisierungsprozesses stellten die Muslime 1912 ca. 70% der Bevölkerung des albanischen Staates. Sie waren in zwei Richtungen geteilt: in die Sunniten oder orthodoxen Muslime auf der einen und die Derwischorden der Bektaschis auf der anderen Seite. Die erste Gruppe war in Zentralalbanien und vor allem in den Städten kompakt vertreten, doch fanden sich Sunniten sporadisch auch im Norden, unter den Stämmen.²⁶ Anders als in den Städten, wo das soziale Leben einer zwingenden Kontrolle unterlag und der islamische Glaubenseifer nicht selten in Fanatismus einmündete, blieb den sunnitischen Geistlichen der breite Einfluß auf die ländliche Bevölkerung verwehrt. Dies lag in erster Linie an der Reduzierung ihrer Lehre auf eine Sammlung trockener Regeln, an der unüberwindbaren Kluft zwischen Gott und Mensch, die von den Sunniten gepredigt wurde, an der Starrheit und Unpersönlichkeit ihres Wirkens, an der fehlenden Seelsorge und nachhaltigen Missionstätigkeit. Das Sunnitentum im ländlichen Albanien hinterließ eine Tendenz zur Kontemplation sowie eine apathische Hinnahme all dessen, was das Schicksal, sprich die Autoritäten, den Untertanen beschert hatte.²⁷ Entsprechend unbedeutend gestaltete sich der Einfluß der Sunniten auf die politischen Geschehnissen des Landes. Gänzlich anders verhielt es sich mit den Bektaschis.

²⁴ Graziano: *Clientelismo e sistema politico*, S. 37.

²⁵ Morozzo della Rocca, Roberto: *Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944* (Originaltitel: *Nazione e religione in Albania 1920–1944*), Tiranë 1994, S. 27.

²⁶ *Ibid.*, S. 24.

²⁷ *Ibid.*, S. 34.

Im Gegensatz zum orthodoxen Islam war der Bektaschismus wesentlich attraktiver und volksnäher. So wie alle Derwischorden vertraten auch die Bektaschis eine islamische Volksreligion, durchmischt mit christlichen und vorchristlichen Elementen. In ihren Tekkes, die nicht weiter als sechs Stunden voneinander entfernt waren, pflegten sie Gastfreundschaft und Wohltätigkeit. Sie gingen gelassen mit kultischen Pflichten um (z. B. hielten sie einen regelmäßigen Besuch der Moschee nicht für unbedingt notwendig, tranken Wein und reduzierten den Fastenmonat auf drei Tage), sie predigten die Gleichheit zwischen Männern und Frauen, betrieben Seelsorge und übten weitestgehende Toleranz gegenüber Nichtmuslimen. Letzteres machte sie auch unter der christlichen Bevölkerung im Süden Albaniens, wo sie ihren eigentlichen Verbreitungsraum gefunden hatten, besonders beliebt.²⁸

Zu den Bektaschis gehörten nicht nur die prominentesten Vertreter der albanischen Nationalbewegung, die Gebrüder Frashëri, sondern auch viele andere nationale Protagonisten. Nach den Untersuchungen Morozzo della Rocca²⁹ waren die Derwische hauptsächlich bürgerlicher Herkunft oder stammten aus der Schicht der kleinen Beys. Dieser gesellschaftliche Hintergrund sowie die geistige Tradition und die in der Vergangenheit oft schweren Existenzbedingungen der „Sekte“ erklären das hohe kulturelle Niveau der Bektaschis, ihre Aufgeschlossenheit gegenüber dem Fortschritt und ihre Bereitschaft zur Aufnahme neuer Ideen aus dem Ausland. Die Passivität der übrigen muslimischen Sekten war ihnen fremd. Nicht zuletzt aufgrund ihres stetigen Gegensatzes zum Regime in Istanbul waren sie nationalen Ideen besonders zugänglich, und in ihren Tekkes, die dem westlichen Reisenden als Oasen der Ordnung und Sauberkeit im Kontrast zur düsteren Umwelt erschienen, wurde eine intensive nationale Propaganda betrieben. Gelegentlichen zeitgenössischen Vorstellungen, der Bektaschismus könne zur nationalen Religion der Albaner erhoben werden³⁰, stand die These gegenüber, der Bektaschismus sei unfähig, Organisationsformen zu konzipieren, die über die Grenzen einer gehei-

²⁸ Bartl, Peter: *Die albanischen Muslime zur Zeit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung 1878–1912*. Wiesbaden 1968, S. 99–101.

²⁹ Morozzo della Rocca: *Kombësia dhe feja*, S. 38–45.

³⁰ Hasluck, Margaret: *The nonconformist Moslems of Albania*, in: *Contemporary Review*, May 1925, S. 599–606.

men Sekte hinausgingen. Ihr „Universalismus“ habe eher den Charakter einer ewigen Sehnsucht als die Form eines zielbewußten Projekts. Nichtsdestotrotz genossen sie als „Gottesleute“ höchstes Ansehen im Volk.

Die Eigentumsverhältnisse der muslimischen Institutionen sind noch weitgehend unerforscht. Es ist bekannt, daß sie über 13 700 ha Vakufboden verfügten, aber ob und inwiefern diese wirtschaftliche Komponente ihre Stellung beeinflusste, bleibt unklar.

Die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft im Land stellte die griechisch-orthodoxe dar, mit einem Bevölkerungsanteil von ca. 20%. Ihr Kerngebiet lag im Süden des Siedlungsraums, doch waren sie auch in einigen Städten Mittelalbaniens vertreten. Gleich allen anderen orthodoxen Christen in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches unterstanden auch die albanischen Glaubensgenossen im Rahmen des Millet-Systems der Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchen in Istanbul. Dessen Kompetenz bzw. die Kompetenz der ihm unterstehenden Würdenträger beschränkte sich nicht allein auf religiöse Fragen, sondern erstreckte sich auch auf die Regelung ziviler Angelegenheiten des Alltagslebens.³¹ So lautet z.B. der erste Absatz im „Kanon des Altenrats (Dhimogerondia)“ der orthodoxen Gemeinde der Stadt Korçë:

„Die Dhimogerondia ist das höchste Forum... und das Gericht der Gemeinde unter Vorsitz...des Metropoliten, des natürlichen und ständigen Oberhaupts der Dhimogerondia, der Ephorien³² und Epitropien³³ sowie jeder Voll- oder Teilversammlung.“³⁴

Trotz der Sonderstellung in ihren selbstverwalteten Gemeinden haben die orthodoxen Würdenträger die albanische Staats- und Nationsbildung eher behindert als gefördert. Da der griechische Nationalismus die orthodoxe Bevölkerung Albanien und deren Siedlungsgebiete traditionell für sich reklamierte, existierte ein tiefes Mißtrauen gegenüber einem („muslimischen“) albanischen Staat. Dieses wurde nicht zuletzt durch die grundsätzlich griechischen Nationalität des hohen Klerus begünstigt, so

³¹ Ibid., S. 46–47.

³² Die Ephoria ist der dreiköpfige Rat für die Verwaltung der Gemeindegasse.

³³ Die Epitropia ist der zweiköpfige Rat für die Verwaltung der Kirchen.

³⁴ Materiale dokumentare për Shqipërinë Juglindore të shekullit XVIII- fillimi i shekullit XX (Kodiku i Korçës dhe i Selasforit), hg. v. Petraq Pepo, Bd. 2. Tiranë 1981, S. 78.

daß die orthodoxen Honoratioren, von einigen Ausnahmen abgesehen, im besten Fall eine desinteressierte, im extremsten Fall eine abtrünnige Haltung gegenüber Albanien einnahmen.

Last but not least umfaßte die katholische Konfession ca. 10% der Bevölkerung. Ihr Wirkungsgebiet lag ausschließlich im Norden. Der albanische Katholizismus hatte über die Jahrhunderte hinweg eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit im ständigen Kampf mit dem Islam und der Orthodoxie bewiesen. Dabei war es zu einer wechselseitigen Durchdringung von christlichem Glauben und albanischem Gewohnheitsrecht gekommen. Die Träger des albanischen Katholizismus waren lange Zeit die Franziskaner gewesen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts kamen die Jesuiten hinzu. Waren die ersteren ausschließlich Albaner, so wiesen die Jesuiten mehrheitlich eine italienische Herkunft auf. Während sich der niedere, säkulare Klerus kaum von anderen Dorfbewohnern unterschied, entfalteten die ca. 100 franziskanischen und 61 jesuitischen Priester, die sich überwiegend in Shkodër aufhielten, vielfältige Aktivitäten im Schulbereich, im Verlagswesen oder bei der Entwicklung und Förderung von Sprache, Literatur und anderen kulturellen Aufgaben. Sie prägten damit nicht nur die geistige Atmosphäre der Stadt, sondern fanden auch Widerhall im ganzen Land. Der leidenschaftliche Patriotismus der Franziskaner war einer der Hauptträger des „Wiedergeburt“-Gedankens gewesen. Auch später, bis zu ihrer Eliminierung unter kommunistischer Herrschaft, blieb ihre intellektuelle Rolle von maßgeblicher Bedeutung für das ganze Land, während sich ihr Zentrum Shkodër als Festung von Kultur und Bildung gemäß westlichen Maßstäben präsentierte.³⁵

In den Städten, vor allem in Shkodër und Korçë, hatte sich während der Epoche des Paschaluks (Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts) eine dünne Schicht der Handelsbourgeoisie gebildet, die zur Zeit von Napoleons Kontinentalsperre ihre Blütezeit erlebt hatte.³⁶ Ihre (aufgrund der geographischen Lage) zunächst unentbehrliche Transitfunktion zwischen Ost und West hatte sie allerdings mit Öffnung des Suez-Kanals wieder verloren.³⁷ Dennoch blieb sie auch wei-

³⁵ Morozzo della Rocca: *Kombësia dhe feja*, S. 65–82.

³⁶ Shkodra, Zija: *Qyteti shqiptar gjatë Rilindjes Kombëtare*. Tiranë 1984, S. 40.

³⁷ *Historia e Shqipërisë*, Bd. 3, S. 78.

terhin ein wichtiger Teil der städtischen Eliten. Die soziale Stellung der Bourgeoisie ähnelte der der Notablen, doch waren die Vertreter des Handelskapitals im wohlverstandenen Eigeninteresse stärker als die Notablen an der Überwindung traditioneller Entwicklungsbarrieren interessiert und dementsprechend kompromißbereit.³⁸

Unter den Auslandsalbanern lassen sich zwei Gruppen unterscheiden:

1. Die Wirtschaftsemigranten außerhalb des Osmanischen Reiches.

Neben den albanischen Minderheiten in Italien und Griechenland, die seit dem 15. Jahrhundert existierten, hatten sich im 19. Jahrhundert im nahen und fernen Ausland albanische Kolonien gebildet. Unter ihnen sind die ägyptische, die bulgarische und die rumänische hervorzuheben. Im 20. Jahrhundert kamen (nicht zuletzt infolge der verschiedenen Kriege auf albanischem Boden) eine US-amerikanische und eine australische Diaspora hinzu. Welches Ausmaß die wirtschaftliche Emigration bei den Südalbanern Anfangs des Jahrhunderts erreichte, verdeutlicht eine Äußerung Petraq Pepos:

„Sämtliche Dörfer (es folgt eine Aufzählung von Ortsnamen, A.H.) blieben... ohne erwachsene männliche Einwohner, da diese... in mehrjährige Emigration gegangen waren.“³⁹

Aus den Reihen dieser Diaspora stammten die ersten Protagonisten der albanischen Nationalbewegung. Mobilität, Bildungsbereitschaft und Zugang zu den geistigen Strömungen im Ausland prädestinierten sie zu Vorkämpfern politischer und gesellschaftlicher Veränderungen.⁴⁰ Hinzu kamen die Erfahrungen, die sie als Angehörige einer ethnischen Minderheit gesammelt hatten und die sie in ihrem Kampf um einen eigenen Staat bestärkten.⁴¹ Sie werden förmlich als die albanische Intelligenzija der „Wiedergeburtsepoche“ angesehen.

2. Die Emigranten innerhalb des Osmanischen Reiches. Diese setzten sich zum großen Teil aus islamisierten Beamten und Offizieren im Dienst der Hohen Pforte zusammen. Die Albaner hatten über die Jahrhunderte

³⁸ Weiter dazu, siehe Schmidt-Neke, Michael: Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien. München 1987, S. 286.

³⁹ Pepo: Materiale, Bd. 1, S.15.

⁴⁰ Siehe dazu Sundhaussen, Holm: Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall. Mannheim 1993, S. 21–22.

⁴¹ Lange, Klaus: Grundzüge der albanischen Politik. München 1973, S. 13–14.

hinaus eine Sonderstellung in der osmanischen Bürokratie innegehabt. Der letzte Sultan, Abdülhamid II., beförderte Albaner besonders gern in die höchsten Ämter seines Staates. Dort besetzten sie die Positionen ihres Umfelds mit „eigenen Leuten“, die ihrerseits „vertrauenswürdige“ Personen aus der Heimat um sich scharten; dies setzte sich bis in die letzte Ecke des Staatsapparates fort. Die Balkankriege machten all dem ein Ende. Die osmanisch-albanischen Beamten und Militärs waren nun gezwungen, das vergleichsweise riesige Osmanische Reich durch die kleine albanische Heimat zu ersetzen. Das Ergebnis war, daß die albanische Staatsverwaltung mit Beamten und Offizieren aus der türkischen Schule überflutet wurde.⁴² Die „größten“ unter ihnen trugen glänzende Namen und waren mit beeindruckenden *Curricula* ausgestattet. Dennoch wird ihre Rolle im albanischen Staat in der Regel negativ beurteilt. Zum einen übten sie mit ihren unverhältnismäßigen Machtansprüchen eine destabilisierende Wirkung aus, zum anderen verfestigten sie in ihrer Heimat jenen berühmt-berüchtigten osmanischen Geist der Passivität, Ineffizienz⁴³ und Korruption, der sich in der Dekadenzeit des Reiches herausgebildet hatte und der die Modernisierungsbestrebungen in den folgenden Jahren hartnäckig behindern sollte.⁴⁴

Im Leben des albanischen Staates der Zwischenkriegszeit werden folgende Phasen unterschieden:

1. Die Jahre der Staatsgründung und des Parlamentarismus von 1920 bis Juni 1924;

⁴² Vlora, Ekrem Bey: *Lebenserinnerungen*, Bd. 2. München 1973, S. 204.

⁴³ Zu dem ersten Ministerpräsidenten Albaniens, Turhan Pasha Përmeti, ex-Botschafter in allen europäischen Hauptstädten und mehrere Male Minister im Osmanischen Reich, schreibt Vlora weiter: „Turhan Pasha war entschieden ein hochfeiner Mann, ein glänzender ‘Causeur’, aber in der Arbeit furchtbar unschlüssig. Legte man ihm einen Text vor, dann mußte er stundenlang herumgrübeln und herumstreichen, Beistriche, Punkte, Ausrufungszeichen hineinmalen und dann wieder auslöschen, bis er endlich nach einem anstrengenden Vormittag ein Telegramm von drei Zeilen aus der Hand ließ.“

⁴⁴ Çika, Nebil: *Njimendësija shqiptare. Studim politik e psikologjik*. Tiranë 1943, S. 15–17.

2. die Monate des Sieges nach der „demokratisch-bürgerlichen Revolution“ von Juni 1924 bis Dezember 1925 und
3. die Restauration der traditionellen Eliten unter der Königsdiktatur Zogus (Zogistische Periode) von Dezember 1925 bis zur italienischen Besetzung des Landes im April 1939.

Im Jahre 1920 konnte endlich eine mehr oder minder normale staatsbildende Aktivität aufgenommen werden. Ein „Organisationskomitee“ berief einen nationalen Kongreß durch Appellbriefe ein, in denen jede Unterpräfektur aufgefordert wurde, zwei „Vertreter“ in die Stadt Lushnjë zu entsenden: Der Kongreß fand im Januar 1920 statt.⁴⁵ Leider konnte ich eine vollständige Liste der Teilnehmer bisher nicht finden, doch deutet alles darauf hin, daß es sich bei den Delegierten um die bekanntesten Notablen des Landes handelte. Sie bildeten eine Regierung und bereiteten sich nach demokratisch-parlamentarischen Prinzipien und gemäß westlichen Vorbildern auf die ersten Wahlen vor.⁴⁶

Während der Wahlkampagne zeichneten sich erste Konturen künftiger politischer Orientierungen ab, doch ist es unmöglich, im Wirrwarr der damaligen albanischen Politik die ideologischen Fäden der jeweiligen Gruppierungen konsequent zurückzuverfolgen. Politische Parteien im modernen Sinn, mit Programm und Organisation, waren nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Bislang hatten die Albaner nur die Gefolgschaftstreue gegenüber einem „Anführer“ gekannt, während politische Überzeugungen keinerlei Rolle gespielt hatten.⁴⁷ Daran sollte sich auch so bald nichts ändern. Aufgrund persönlicher Sympathien oder Antipathien wurden Bündnisse ebenso schnell geschlossen wie gebrochen.

Wie zu erwarten war, erhielt der neue Staat mit 70% muslimischer Bevölkerung auch ein unverwechselbar muslimisches Gepräge. Dies

⁴⁵ *Historia e Shqipërisë*, Bd. 3, S. 209.

⁴⁶ Nach den Hintergründen dieser Wahl der albanischen Staatsbildner forschte Klaus Lange in seiner oben zitierten Arbeit: *Grundzüge der albanischen Politik*. Seiner Auffassung nach stellt die demokratische Tendenz in den nationalpolitischen Entwicklungen die Kontinuität der politischen Ideengeschichte Albaniens dar, eine virtuelle Verlängerung der Vorstellungen der späten „Rilindja“ (alb. Wiedergeburt), welche, angeregt durch die zugespitzte soziale Frage im Süden, „soziale Veränderungen als automatische Folge der Unabhängigkeit“ betrachtet hatte.

⁴⁷ *Ibid.*, S. 139.

führte zu Unzufriedenheit und Verunsicherung bei den christlichen Minderheiten, die sezessiv oder aufständisch reagierten und das damit ohnehin heikle politische Gleichgewicht zusätzlich gefährdeten. Doch der eigentliche Machtkampf wurde zwischen den Beys, dem (noch immer) wichtigsten Machtfaktor im Lande, und den aufsteigenden städtischen Schichten, der künftigen Mittelschicht, ausgetragen. Während es den Beys grundsätzlich um die Erhaltung ihrer Privilegien ging, kämpften die letzteren um einen angemessenen Platz auf dem politischen und ökonomischen Spielfeld Albaniens. Die beiden Grundtendenzen sind jedoch nicht als geschlossene Aktionseinheiten zu verstehen. Sie waren vielfältig gespalten, und die Bandbreite der politischen Strömungen reichte vom Liberalismus bis zum exaltierten Radikalismus.

Die Macht der Beys basierte auf der breiten Gefolgschaft in ihren Einflußgebieten und auf der Undurchlässigkeit ihrer Kaste (sie rekrutierten sich ausschließlich aus den eigenen Nachkommen), – zwei Aspekte, die eine Festigung der politischen Dominanz in Zukunft aussichtsreich erscheinen ließen. Die Grundbesitzer mußten nun ihre Gefolgschaftsnetzwerke für politische bzw. Wahlzwecke einsetzen und sie somit in Klientelnetzwerke verwandeln. Damit hielt der Klientelismus Einzug in den neuen Staat und begann, sich wie ein Krebsgeschwür auszubreiten. Die Zersplitterung und Koordinationsunfähigkeit der Beys bot jedoch ihren politischen Gegnern verhältnismäßig viele Angriffsflächen. Prägnant und lebhaft beschreibt Vlora den Zustand seiner Klasse Anfang der zwanziger Jahre:

„...die Beys hatten seit jeher nur die Tradition der Uneinigkeit, des Kampfes untereinander geerbt, die jedem von ihnen die Illusion gab, der wichtigste und stärkste Zankhahn im Hühnerstall zu sein und auf dem politischen Hof Albaniens am lautesten krähen zu können. Das war natürlich nicht mehr möglich. Die soziale und politische Entwicklung der Mittelklasse, insbesondere der Staatsbeamten, und die Erfahrungen der letzten Jahre hatten die Einstellung des Volkes geändert. Die Beys waren durch die Teilung des Besitzes wirtschaftlich nicht mehr so stark, um die für die Erhaltung eines „Großen Hauses“ notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Sie waren durch die vorhergehenden Geschehnisse und die

obwaltenden Verhältnisse zwar noch nicht verarmt, aber immerhin recht mitgenommen.

... Der Sandschakbey und seine Gleichgestellten waren selbst Staat, Regierung und Sultansvertreter in einer Person (gewesen); die Leute strömten von selbst durch ihr 'großes Tor'... Heute mußte man... wenn es so bleiben sollte,... Macht erkämpfen. So sah ich mich gezwungen, äußerlich mit den Wölfen zu heulen, um nicht gefressen zu werden. ...um die Position zu halten, mußten wir uns die neuen Methoden des Wettbewerbes auf dem politischen Felde aneignen, Reklame machen, Wahlpropaganda treiben, Begünstigungen und Gefälligkeiten geben und nehmen. Wer Einfluß suchte, war zu schäbiger Klientenpolitik gezwungen...

... Bei meiner... Beschäftigung störten mich wieder die allzu zahlreichen und ausgedehnten Besuche... Sie sitzen zu lassen oder kurz abzufertigen wie ehemals – das ging nicht mehr. Die Zeiten hatten sich geändert, wir hatten uns alle demokratisiert. Meine Besucher waren nicht mehr 'Gefolgsleute' sondern 'Parteifreunde'... Sie brauchten mich als Aushängeschild, ich brauchte sie, um bei den 'Wahlen', ohne ein Wort zu sagen, ohne das Tor meines Hauses zu überschreiten, das zu werden, was ich sein wollte."⁴⁸

Die Mittelschicht als politischer Faktor hatte bis dahin nicht existiert. Ihre Entstehung war eine natürliche Folge der sozialen Entwicklungen. Die Durchsetzung der Prinzipien der Volkssouveränität und Demokratie in Nachkriegseuropa fand auch in Albanien ihre Resonanz. Darüber hinaus hatten der Mobilisierungseffekt der vorangegangenen Kriege, der Erfolg bei den Bemühungen um die Unabhängigkeit und internationale Anerkennung des neuen Staates und der überraschende Sieg über die letzten italienischen Besatzungstruppen im Süden für Euphorie und Aufbruchsstimmung gesorgt. In diesem Klima keimte die antikonservative politische Kraft auf, die sich heterogen aus Angehörigen des Bürgertums, der Beamten- und Offiziersschicht, aus Geistlichen, Ärzten, Anwälten, Lehrern, Abkömmlingen des verarmten Adels⁴⁹ usw. zusammensetzte. Sie selbst nannten sich „das demokratische Element“, obwohl sie eine ziem-

⁴⁸ Vlora, *Lebenserinnerungen*, Bd. 2, S. 140, 171, 162.

⁴⁹ *Ibid.*, S. 161.

lich unscharfe Vorstellung von Demokratie hatten. Ihr politisches Kapital waren „patriotische“ Taten und „umstürzlerische“ Ideen, die bei einem Teil der Bevölkerung gut ankamen. Im großen und ganzen blieben diese Menschen jedoch Einzelkämpfer, und einen maßgebenden Einfluß auf die Bevölkerung konnten sie nie erlangen. Im Gegensatz zu den Beys verfügten sie über keine Klientelbeziehungen, und von einer politischen Emanzipation der Bevölkerung konnte ebenfalls keine Rede sein.

Während der ersten Wahlkampagne hatten sich „Parteien“ formiert, welche im Grunde nichts anderes waren als parlamentarische Clubs oder „Honoratioren-Parteien“.⁵⁰ Oft besaßen sie nicht einmal ein politisches Programm. Und wenn sie eines gehabt hätten, hätte es wenig bewirkt, da die Wähler für Personen und nicht für abstrakte Ideen votierten, unter denen sich keiner etwas vorzustellen vermochte. So wie die Großgrundbesitzer, gruppierten sich auch die Bürgerlichen in derartigen „Parteien“. Daneben existierten auch außerparlamentarische, antikonservative Verbände, die über einen mehr oder minder weiten Wirkungsradius verfügten.⁵¹ Einige (nach eigener Bezeichnung) „patriotische Gesellschaften“ jüngerer Vertreter des Bürgertums existierten in vielen Städten seit Beginn des Ersten Weltkrieges. Sie schlossen sich 1921 zu einem Dachverband zusammen, der sog. „Gesellschaft Bashkimi (alb. Union)“. In dieser Gruppe, die ein revolutionäres (nach Auffassung verschiedener Autoren faschistisch angehauchtes) Programm vertrat, befanden sich auch die extremistischen Elemente, wie Avni Rustemi, die „gegen alles Alte und Schädliche“ kämpften.

Trotz massiver Bemühungen gewannen die bürgerlichen Elemente sowohl bei den ersten (1921) wie bei den zweiten Wahlen (1923) nicht mehr als ein Drittel der Parlamentssitze und blieben somit aus dem Kreis

⁵⁰ Über den Begriff der „Honoratioren“ findet sich bei Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 170, folgende Definition: „Honoratioren sollen solche Personen heißen, welche:

kraft ihrer ökonomischen Lage imstande sind, kontinuierlich nebenberuflich in einem Verband leitend und verwaltend ohne Entgelt oder gegen nominalen oder Ehren-Entgelt tätig zu sein, und welche eine, gleichviel worauf beruhende, soziale Schätzung derart genießen, daß sie die Chance haben, bei formaler unmittelbarer Demokratie kraft Vertrauens der Genossen zunächst freiwillig, schließlich traditional, die Aemter inne zu haben.“

⁵¹ Schmidt-Neke: *Entstehung*, S. 78 ff.

der Entscheidungsträger ausgeschlossen. Die demokratische Bewegung befand sich noch in ihren Anfängen: Nichts sprach im damaligen Albanien dafür, daß der Zeitpunkt für einen politischen Umbruch gekommen wäre.

Ekrem Bey Vlora, dieser reaktionäre und zugleich hochbegabte und -gebildete Akteur, erlebte den Wahlkampf 1923 in seinem Heimatsort Vlorë wie folgt:

„Ich bildete... meine Parteigruppe aus Personen, die im Bezirk von Vlorë mehr oder weniger Einfluß, Anhang und eine konservative Einstellung hatten. Es schien mir die selbstverständlichste Sache, daß ich die Wahlen wieder fast einstimmig gewann. Freunde und auch Feinde, die konservativ dachten, unterstützten mich ohne Zögern. Es zeigte sich noch einmal, daß die Mehrheit der Bevölkerung von überspannten Linksparolen nichts wissen wollte. Ich mußte für die Sicherung meines Erfolges nicht ein Wort, nicht einen Pfennig investieren... Man wählte mich und meine Gruppe, weil es noch unfaßbar war, jemand anderen als den Bey zu wählen...“⁵²

Die fünf Jahre des politischen Parlamentarismus wurden durch einen erbitterten Kampf um die Macht und eine zunehmende Radikalisierung aller teilnehmenden Kräfte geprägt. Während sich die beiden Gruppen im Parlament über die Agrarfrage und die Beute der Ölkonzessionen stritten, legten die Glaubensminderheiten, vor allem in Korça und Shkodra, kantonale Ansprüche an den Tag. Die Stämme lehnten sich in Rebellionen auf. Ausgegrenzt fühlten sich auch die „Rückwanderer“. Die prominentesten von ihnen verbündeten sich in einer weitgehend mysteiös gebliebenen Organisation namens „Clique“⁵³, und schlugen sich auf die Seite der Regierungsgegner. Der kompromißlose Charakter dieses Kampfes um die Macht war angesichts der albanischen Gegebenheiten schon in seinen Anfängen vorherzusehen, nahm jedoch einige Jahre später ein Ausmaß von Gewalttätigkeit an, daß Bluttaten als politisches Instrument die Oberhand gewannen.

⁵² Vlora: Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 171–172.

⁵³ Fischer, Bernd-Jürgen: Mbreti Zog dhe përpkjka për stabilitet në Shqipëri (Originaltitel: King Zog and the Struggle for Stability in Albania, New York 1984). Tiranë 1996, S. 38.

Diese fünf Jahre können aber auch als die Jahre des Aufstiegs einer Person betrachtet werden, welche später allen Entwicklungen ihren Stempel aufdrücken würde: des künftigen Königs Ahmed Bey Zogu. Dieser Mann, ein muslimischer Stammesführer, also eine Mischung zwischen Bey und Stammeshäuptling, hatte seinen Machtbereich binnen kurzer Zeit progressiv erweitert, bis er es zum Ministerpräsidenten gebracht hatte. Als unbedeutender, kleiner Stammesführer, bediente er sich zunächst der „Clique“ und der Demokraten, später begriff er, daß die günstigste Konstellation für die Regierung des Landes momentan die Beys darstellten, obwohl die Zukunft gegen sie arbeitete. Sie sollten ihn in den Sattel der Macht verhelfen, während er sich als geeignetster Fürsprecher zur Erhaltung ihrer Privilegien ausgab.

In der ersten Hälfte 1924 eskalierte die Situation, bis im Juni eine Revolution ausbrach. 43 oppositionelle Abgeordnete verließen das Parlament in Tirana und versammelten sich im empfänglichen Vlorë. Mit der Hilfe einiger Gendarmerieoffiziere und einer 12 000 Mann starken Truppe marschierten sie auf die Hauptstadt. Die Regierung und die Mehrzahl der Großgrundbesitzer flohen aus dem Land.

Die an die Macht gekommene Gruppe bildete eine bürgerlich-liberale Regierung und kündigte umfassende Reformen an, darunter auch eine Agrarreform. Daß sie sechs Monate später, allerdings durch eine Intervention von außen, aus dem Land verjagt wurde, während sich die alten Eliten restaurierten, haben die Demokraten ihrer Schwäche, Inkonsequenz und den Versäumnissen bei der Mobilisierung der Bevölkerung zu verdanken. Es ist schwierig festzustellen, wie tief der Umsturz in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist. Sicher ist allerdings, daß sein ideologisches Wirkungsgebiet der Süden und Südwesten des Landes war, und daß der Norden davon so gut wie unangetastet blieb.

In seinem Belgrader Exil hatte Zogu sorgfältig seine Rückkehr vorbereitet. Mit Hilfe einiger Beys, die ihre Ressourcen zur Verfügung stellten, aber vor allem mit Hilfe der jugoslawischen, und weniger der griechischen Armee, marschierte er im Dezember 1924 siegreich nach Albanien zurück. Die „revolutionäre“ Regierung verließ das Land, ohne den geringsten Widerstand zu leisten. In der späteren Zeit versuchte Zogu, die exilierten Juni-Revolutionäre mittels verschiedener Amnestien ins Land zurückzuholen. Damit wollte er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: einerseits

die Quelle für neue Umsturzpläne trockenlegen, andererseits seinem Regime einen bürgerlich-intellektuellen Touch verleihen. Viele der damaligen Oppositionellen kehrten tatsächlich zurück, fügten sich aber dem Regime und fanden sich damit ab.

In den ersten Jahren stützte sich Zogu weitgehend auf die kleine Schar der einflußreichsten Großgrundbesitzer. Etwa ein Drittel der Parlamentsmitglieder von 1925 trugen den Titel Bey. Der Rest bestand aus ihren Strohmännern oder regimekonformen Elementen; das Gleiche gilt für die Regierungen. Es wurde jedoch versucht, den multikonfessionellen Verhältnissen des Landes gerecht zu werden. Während sich der Nationalkonvent von Vlorë im Jahre 1912 aus 77%, der Lushnjë-Senat von 1920 aus 72% und das Parlament von 1921 aus 70% Muslimen zusammensetzte, ging ihr Prozentanteil in Zogus Parlamenten bis auf 64% zurück, und auch an den Regierungen war mindestens ein Minister christlichen Glaubens beteiligt.⁵⁴ Diese Tatsache steht im direkten Zusammenhang mit der von Zogu konsequent verfolgten Gleichgewichtspolitik.

Ende der zwanziger Jahre, sobald sich der, inzwischen zum König proklamierte, erste Mann Zogu auf seine von britischen und italienischen Offizieren auf die Beine gebrachten Gendarmerie und Miliz verlassen konnte, versuchte er, die Macht der Beys zu beschneiden. Diese taten natürlich alles, um ihren Einfluß zu behalten und weiter zu festigen. Auf ihren Domänen verhielten sie sich wie kleine Könige und den wirklichen König, diesen „Emporkömmling“, verachteten sie wegen seiner niedrigeren Herkunft und seines geringeren Vermögens. Über den „bedeutendsten aller albanischen Beys“, Shevqet Bey Vërlaci, berichtet ein ehemaliger italienischer Diplomat:

„Zogu... klagte lang und breit über die Forderungen dieses Mannes, ...über seine Anmaßung, ein Staat im Staate zu sein; zum Beispiel, daß er nicht zulassen wolle, daß ein anderer als er den Präfekten von Elbasan ernenne...

Ein Staat im Staate, das war sein Lehen in Elbasan wirklich. Ich erinnere mich, wie wir ihn das erste Mal auf seinen Gütern besuchten. Vërlaci hatte alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um den militärischen Charakter seines Schlosses zu tarnen... Kein einziger

⁵⁴ Alle Zahlenangaben berechnet aus den Parlamentslisten veröffentlicht von Schmidt-Neke: *Entstehung*, S. 320–356.

Bewaffneter war zu sehen, aber man spürte überall die charakteristische Atmosphäre einer Festung im Alarmzustand.

Mit ihm durch die Straßen von Elbasan zu gehen war einzigartig: Alle Männer, oder fast alle, trugen den Schnurrbart wie er. Im Basar blieben alle in respektvoller Entfernung in der Haltung einer halben Verbeugung stehen, keiner trat näher, dem nicht das Zeichen dazu gegeben wurde, keiner sprach mit ihm, ohne ihm vorher devot die Hand geküßt zu haben.⁵⁵

Eine solche Machtakkumulation in seiner nächsten Umgebung wollte und konnte Zogu nicht dulden. Spätestens seit der Verkündung der Agrarreform von 1930, die allerdings nie umgesetzt wurde, ging seine Vernunftthe mit den Beys in die Brüche. Den tatsächlichen politischen Einfluß im zentralen Staat Albanien verlor die Gutsbesitzerklasse allmählich, ihre Namen sind jedoch bis zum Schluß in den Abgeordnetenlisten zu finden. Sie verwandelten sich in Bürokraten und ersetzten ihre früheren Çiftlikeinnahmen durch die beträchtlichen staatlichen Gehälter sowie – nicht weniger wichtig – durch den regelmäßigen Amtsmißbrauch. Andere begnügten sich mit verschiedenen Funktionen im diplomatischen Dienst. Trotz dieser Verdrängung wurden ihre Klasseninteressen bis zum Schluß vom Staat konsequent verteidigt. Offenbar war auch das Regime selbst an einer Veränderung der bestehenden sozialen Verhältnisse nicht interessiert. Nach zeitgenössischen Feststellungen, beurteilte Zogu die Rahmenbedingungen für eine soziale Umstrukturierung in seinem Staat als unreif⁵⁶, eine Überlegung die in erster Linie zu seinem zentralen Zweck der Machtabsicherung zurückzuführen ist.

Fortan regierte Zogu ganz allein, umgeben von einer Handvoll von Vertrauensleuten, ehemaligen Mitstreitern, Personen aus dem Familienkreis und Stammesgenossen, also Personen des eigenen „Verwaltungsstabs“, und war bestrebt, seine Herrschaft zu verewigen. Seine Leibgarde setzte sich ausschließlich aus Matjanern (aus Zogus Heimat Mati) zusammen. Ghegischer Abstammung war auch die Mehrheit der Gendarmerie- und Milizangehörigen. Die Beys dagegen hatten einen neuen Schirmherren gefunden: die Italiener, welche der Meinung waren,

⁵⁵ Quaroni, Pietro: *Diplomatengepäck*. Frankfurt 1956, S. 101–106.

⁵⁶ Robinson, Vandeleur: *Albania's Road to Freedom*. London 1941, S. 114.

daß sie zur Realisierung ihrer Penetrationspolitik immer eine alternative Kraft zur offiziellen Gewalt griffbereit halten müßten.

Auch die katholischen Stämme hatten sich zum Gegenstand ausländischer Manipulationen gemacht, und zwar Jugoslawiens, das nach dem „Verrat“ Zogus daran interessiert war, das Regime in Tirana zu beseitigen. Diese Versuche kamen den unzufriedenen Stammeshäuptlingen gelegen; sie lehnten sich 1926 in eine Rebellion auf, die zunächst blutig niedergeschlagen wurde. Zogu hatte aber schon immer erkannt, welche destabilisierende Gefahr von den Stämmen ausgehen konnte und versuchte ihnen entgegenzukommen. Bereits 1925 war in Tirana eine Versammlung ausgerichtet worden, an der ca. 350 Stammesführer teilgenommen hatten. Dort verlangte und bekam Zogu von ihnen die „Besa“ (alb. Ehrenwort), die Waffen niederzulegen und den neuen Staat zu respektieren.⁵⁷ Gleichzeitig wurden die noch immer absolutistisch herrschenden Bajraktaren und ihre Söldnerverbände für ihre angeblichen militärischen Dienste regelmäßig in Gold bezahlt, was für eine recht gebrechliche Wirtschaft wie die albanische eine außerordentliche Belastung darstellte. Diese, allerdings übermäßig kostspielige Beschwichtigungspolitik trug ihre Früchte: Die Stammesführer hielten sich aus der albanischen Politik weitgehend heraus.

Durch ein 1929 erlassenes Dekret versuchte Zogu ferner, den Einfluß der Religionsgemeinschaften zu beschränken. Den Gemeinden wurde jegliche politische Betätigung, die Ausübung einer eigenen Jurisdiktion, die ausländische Finanzierung sowie das Wahlrecht für geistliche Würdenträger untersagt. Gleichzeitig waren sie verpflichtet, den Patriotismus und die Einigkeit aller Albaner zu unterstützen. Die eigentlichen Zielgruppen waren die christlichen Minderheiten, vor allem der einflußreiche katholische Klerus, welcher, wie erwartet, heftigsten Widerstand leistete:

„Die albanische Regierung hatte entschieden, das bürgerliche Gesetz anzunehmen,... (und somit) das ganze Familienrecht der kirchlichen Rechtsprechung zu entziehen. Der albanische Klerus wollte nicht nachgeben. Und... dies war ein Echo aus anderen Zeiten, als Monsignore Mjeda (der Erzbischof von Skutari) von der Kanzel seiner kleinen Kirche in Skutari die Exkommunikation

⁵⁷ *Historia e Shqipërisë*, Bd. 3, S. 314–316.

gegen den albanischen Staat und gegen jeden aussprach, der sich seinen Gesetzen füge.

...In der türkischen Epoche erzogen, als die religiöse Gemeinschaft offiziell anerkannt war, brachte er es nicht fertig, sich den modernen laizistischen Ansprüchen des neuen albanischen Staates zu fügen. Im Bewußtsein seines Einflusses auf seine Katholiken und im Bewußtsein ihres militärischen und politischen Gewichts verhandelte er mit dem albanischen Staat wie eine kriegführende Macht mit der anderen.“⁵⁸

Ihre Loyalität gewann Zogu erst dann, als er die Gemeinschaften mit Regierungssubventionen bedachte.

Zogu wird nachgesagt, sein Regime hätte zwar eine modernisierende Fassade gehabt, wurde aber mit orientalischen Methoden ausgeübt. Tatsache ist, daß er seit Ende der zwanziger Jahre durch die Umbildung der Rechtsgrundlagen wichtige Versuche in Richtung Modernisierung unternahm.⁵⁹ Der Staat nahm Schritt für Schritt bürgerliche Züge an, obwohl die osmanisch geprägte sozial-ökonomische Struktur den nominellen Neuregelungen nur sehr schleppend folgte. Durch eine bürgertumsfreundliche Politik (bei Schaffung vorteilhafter Rahmenbedingungen für die Entwicklung der heimischen Industrie und massiver Steuerbegünstigungen) erhoffte Zogu eine Erweiterung seiner schmalen sozialen Basis. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wuchs auch das politische Gewicht der bürgerlichen Schichten, was seinen Ausdruck in einer zunehmenden Teilnahme bürgerlicher Elemente in den Regierungen der 30er Jahre fand.

Ein im Jahre 1935 gnadenlos niedergeschlagener Aufstand einiger Offiziere und Intellektueller aus dem Kreis seiner persönlichen Gegner bewegte Zogu zu einem Kurswechsel. Es wurde eine bürgerlich-liberale Regierung mit im Westen ausgebildeten Persönlichkeiten gebildet, um den Wünschen und Bedürfnissen der bürgerlichen Schichten entgegenzukommen. Die Regierung versprach eine Stärkung des Rechtsstaates. An die Stelle der bisherigen Patronagekriterien zur Beförderung von Beam-

⁵⁸ Quaroni: *Diplomatengepäck*, S. 163–164.

⁵⁹ *Ibid.*, S. 79–80. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre verabschiedete das Parlament das Zivil-, Straf- und Handelsrecht, welche von den bestgeschätzten Exemplaren der europäischen Ländern übernommen worden waren.

ten sollte ein qualifikations- und leistungsorientierter Auswahlvorgang treten; die Pressefreiheit sowie umfassende wirtschafts- und finanzpolitische Sanierungsmaßnahmen wurden angekündigt. Das von Zogu angestrebte Ergebnis blieb jedoch aus: Die Lockerung der Repression brachte statt einer Basisverbreiterung lediglich die Ermutigung der Regimegegner mit sich: überall im Lande wurden Unruhen registriert. So ließ Zogu das erst einjährige Kabinett wieder fallen. Aber auch ohne diese unerwünschte Nebenwirkung wäre es nicht mehr lebensfähig gewesen. Das reaktionäre Parlament boykottierte die Arbeit der Regierung, da deren Unterstützung letztlich auf eine Eliminierung der althergebrachten Privilegien hinausgelaufen wäre. Zogu kehrte nun zu den bekannten Gesichtern der früheren Jahre zurück, und dem „liberalen Experiment“ wurde ein Ende gesetzt. Sein Scheitern zeugte noch einmal davon, daß die Durchsetzung von demokratischen Prinzipien ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Entwicklung und Institutionalisierung voraussetzte.

Vandeleur Robinson, ein Engländer und Kenner Albaniens der 30er Jahre, hat Zogus Herrschaftsmethode („*How King Zog Governed*“) wie folgt beschrieben:

„Ruling in the... lands lately ruled by Turkey, is essentially the art of dealing with *people*. ...First you make the fullest enquiries about a man's abilities and loyalty. ...Then you give him a good job, and treat him with apparent confidence. After a bit you sack him, to ensure that he shall realise his complete dependence upon the throne. ...Presently you relent, and put him back in office... If he strikes up a friendship with another functionary, you move one of them to a remote station. This is personal rule, and it is the way in which King Zog retained control of Albania for more than fourteen years.

...One of the most unpleasant and, in the long run, disastrous feature of this kind of régime is the almost inevitable Court camarilla. King Zog had an unpleasant favourite named Abdurrahman Krosi, much hated, and the centre of all sorts of intrigues. As is the way with such persons, he had his own clientèle of friends and favourites, for whom he would exercise a sort of reflected power of protection, importuning the King when necessary...

...the Parliament was an assemblage of mere individuals. What is more important, these individuals were hand-picked by the King."⁶⁰

Was Robinson so scharf beobachtet hat, ist der Klientelismus in idealtypischer Gestalt. Er war praktisch in allen Stufen des Verwaltungsapparates nachweisbar. Parallel dazu kam eine andere Eigenschaft von Zogus Herrschaftsweise zum Vorschein: seine Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“. Tatsächlich, in Zogus Staat durfte sich niemand seiner Stellung sicher fühlen. Den Beys hielt er die Agrarreform als „Schreckgespenst“ vor die Nase, – den Bürgerlichen, den Separatisten, den Geistlichen die repressiven Gesetze und die militärische Gewalt. Und immer wieder verkündete er Amnestien, rehabilitierte ehemalige politische Verfolgte, unternahm Annäherungsversuche zu den feindlichen Gruppen und schien die Situation perfekt zu meistern. Es ist überflüssig zu betonen, daß die Wahlen in der zogistischen Periode zu einer Farce reduziert wurden.

Unter der Überschrift „*Corruptio ad absurdum*“ behandelt Robinson ein anderes, mit dem Klientelismus eng verwandtes Phänomen, die Korruption:

„Before you get to the Prefect or the Magistrate or the Minister, who has power to settle your business, you give a present to the clerk who admits you. If you do not, the clerk states that the Minister is engaged: and the Minister never knows that you have called.

The higher positions give even greater opportunities. Imagine yourself a Minister, about to award a contract... Italy has just advanced the money – on which you will, of course draw liberally for ‘expenses’. Your brother-in-law has got some concrete... and the bill will not be too closely scrutinised. Dishonest? Yes, but how is a man to live? ...Next month the King will perhaps dismiss you, and there is no pension. Moreover, you are now the prosperous member of your family; your relations are all clamouring for sinecures, subsidies, pensions, jobs, contracts, or Heaven knows what.

⁶⁰ Robinson: *Albania's Road*, S. 108–114.

...It should be said at once that, particularly of late years, there was an increasing number of genuinely honest men in the public service... But not all Albanians looked with the same eyes upon an honest public servant; a few years ago one such man died, as poor as he began, and a bystander at his funeral remarked: ... 'There goes another fool'.⁶¹

Wenn man alle drei Phasen, die das neue Albanien durchlaufen hat, unter der Perspektive des Klientelismus betrachtet, ergeben sich folgende Beobachtungen:

Zunächst – nach formaler Gründung des Staates – mußten sich neue Machtstrukturen in freier Konkurrenz um das Gewaltmonopol herauskristallisieren. In diesem Konkurrenzkampf besaßen die Großgrundbesitzer die eindeutig besten Ausgangspositionen. Sie konnten sich auf ihre wirtschaftliche Macht, ihre jeweiligen Söldnerverbände und die kulturelle Tradition stützen. Konkurrenz erwuchs ihnen seitens der aufstrebenden Schichten, für die nicht zuletzt auch die Zeit arbeitete. Erst nachdem sich die Beys mit Zogu, einem ehemals lokalen Führer, der später in die Rolle des affektiven, nationalen Führers schlüpfte, verbunden hatten, konnten sich die zwar kastenbewußten, aber völlig unorganisierten und zersplitterten Beys vor einer gewalttätigen Absetzung retten.

Zogu baute seinen Verwaltungsstab nach klientelistischen Kriterien auf. Er kooptierte die lokalen Notablen, um zunächst eine politische Stabilität für seine spätere Herrschaft zu sichern. Ein *Leader*, der das Zentrum kontrollierte, besaß die Möglichkeit, Ämter und Güter zu verteilen und sich im Tausch dafür politische Unterstützung und personengebundene Koalitionen zu sichern. In einem noch nicht institutionalisierten Staat waren derartige Koalitionen unverzichtbar. Darüberhinaus schufen klientelistische Strukturen, diese auch in den Randgebieten verwurzelten menschlichen Netzwerke, eine Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie. Zugleich hielten sie die Kosten für den Unterhalt eines Gewaltapparates in Grenzen, – Kosten, die der rudimentäre Staat noch nicht tragen konnte. Eine meisterhafte Handhabung klientelistischer Methoden seitens der herrschenden Oligarchie konnte zeitweilig sogar die Aufwen-

⁶¹ Ibid.

dungen für kostspielige soziale Reformen ersparen und darüber hinaus potentielle Gegner in das System einbinden. Die Kunst bestand allerdings darin, die Mehrung des eigenen Reichtums mit der Redistribution von Ressourcen zum Zweck der Herrschaftssicherung in Einklang zu bringen.⁶² Zogu scheint alle diese Imperative und Künste gekannt und gemeistert zu haben. Das Albanien seiner Zeit wies daher alle Merkmale eines neo-patrimonialen Staates auf.

Auch wenn Zogu die Einschränkung oder gar Gefährdung seiner persönlichen Macht, die von den Beys ausging, mit einigem Erfolg abzuschütteln versuchte, blieb der klientelistische Charakter seines Regimes vollständig erhalten, wenngleich mit dem Unterschied, daß sich der König jetzt auch auf seine Streitkräfte verlassen konnte. Nepotismus und Tribalismus spielten daneben weiterhin eine gesellschaftsprägende Rolle. Zusammen mit der Fügsamkeit und Käuflichkeit – auf Kosten von Qualifikation und Effizienz – bildeten sie die Hauptkriterien bei der Rekrutierung von Staatsbediensteten.

Zogu behandelte die Regierungsangelegenheiten wie private Angelegenheiten. Ihm ging es nur und ausschließlich um persönliche Macht. In dieser Hinsicht ähnelte sein Staat späteren afrikanischen Staaten, von denen Guenther Roth 1968 schrieb: „...some of these new states may not be states at all but merely private governments of those powerful enough to rule.“⁶³ Ein nennenswerter Fortschritt bei der funktionalen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Rollen und Rollenträger war im Albanien der Zwischenkriegszeit nicht zu verzeichnen. Die allgegenwärtige Korruption im Verwaltungsapparat zeugte von dieser einschneidenden Konfusion. Ämter wurden wie selbstverständlich als Pfründe betrachtet. Eine Verselbständigung der Politik wurde zwar propagandistisch angestrebt, aber nie erreicht.

In diesem Sinn bestand eine direkte Beziehung zwischen Klientelismus und Legitimation von Macht.⁶⁴ Grundsätzlich kann das Verhältnis eines Führers zu seinen Gefolgsleuten a) auf *purere Gewalt*, b) auf *persönlichem Einfluß* oder c) auf *Autorität* beruhen.

⁶² Médard, Jean-François: *The Underdeveloped State*, S. 169.

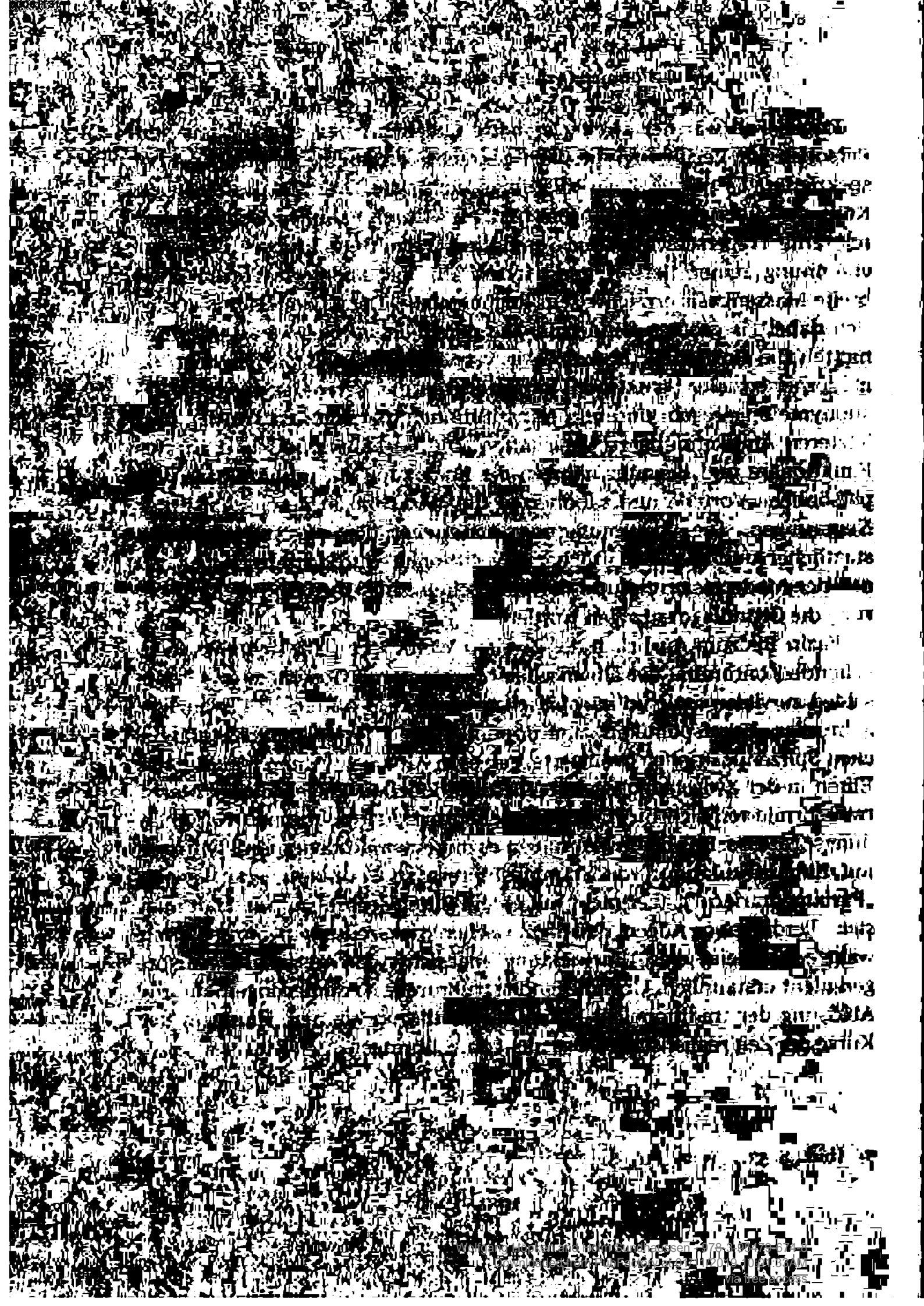
⁶³ Roth, Guenther: *Personal rulership, patrimonialism and empire building in the new states*, in: *World Politics*, Bd. 20, 1968, S. 194–203.

⁶⁴ Graziano: *Clientelismo*, S. 48–49.

Zogus Fall war der zweite; er hatte lediglich einen engen Kreis von Personen zur Verfügung, die dazu gebracht wurden, seine Macht zu respektieren. Es gelang Zogu allerdings nicht, die Grenzen dieses engen Kreises zu überwinden. Autorität bzw. eine durch Familien, Schulen und relevante Trägerschichten der Gesellschaft vermittelte und gestützte Anerkennung seiner Person und Herrschaft, mit anderen Worten: eine breite Massenbasis erreichte sein Regime nicht. Der Klientelismus erwies sich dabei als größtes Hindernis. Die persönlichen Netzwerke unterminierten die Entfaltung horizontaler Vernetzungen und die Formierung moderner sozialer Strukturen. Sie sprengten das Vertrauen in rationale, anonyme Spielregeln und in die Institutionen, die etabliert wurden, um letzteren Anerkennung zu verschaffen. Die Verhaltensweisen korrupter Funktionäre und Beamter nährten die Erwartung auf unmittelbare und persönliche Vorteile und sabotierten die Wirksamkeit gesellschaftlicher Neuerungen. Die Akkumulierung materieller Ressourcen zugunsten staatlicher und gesellschaftlicher Investitionen wurde hintertrieben, so daß der Modernisierung und der politischen Emanzipation der Bevölkerung die Grundlage entzogen wurde.⁶⁵

Fazit: Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges läßt sich eine weitgehende Kontinuität der albanischen Machteliten beobachten. Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern, wo Ende der zwanziger Jahre der „Berufspolitiker“ zum dominierenden Typ in politisch-staatlichen Spitzenpositionen avancierte, gab es in Albanien keinen Wechsel der Eliten in der Zwischenkriegszeit. Die traditionellen Träger lokaler Macht transformierten sich in Träger der neuen national-politischen Entscheidungsprozesse. Das heißt: Wir haben es mit einem Rollentausch, teilweise mit Elitenzirkulation (von Stammesführern zu Politikern, von Beys zu „Parlamentariern“), aber nicht mit einem Elitenwechsel zu tun. Hält man sich allerdings vor Augen, daß die Zwischenkriegszeit nur zwanzig Jahren währte, erscheint diese Entwicklung angesichts der Ausgangsbedingungen nicht erstaunlich. Grundlegende strukturelle Veränderungen, die zur Ablösung der traditionellen Eliten hätten führen können, waren in der Kürze der Zeit realistischerweise nicht zu vollbringen.

⁶⁵ Ibid., S. 53.



Bürgertum in Griechenland: Bürgerliches Selbstverständnis in der Kontroverse – Die Diskurse der Zwischenkriegszeit

Fanny Papoulia

Das Bürgertum wird gemeinhin verbunden mit dem Eintritt in die Moderne. Industrialisierung und Französische Revolution markieren den Beginn des „bürgerlichen Zeitalters“, den Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, vom Absolutismus zum modernen Verfassungsstaat. Auf der Basis marktwirtschaftlich organisierter Ökonomien und moderner Verwaltungen entstanden Funktionsträger, welche die Grundlage für die Entstehung eines modernen Bürgertums bildeten. Bei seiner Betrachtung der griechischen gesellschaftlichen Entwicklung schlußfolgert der Journalist und Historiker Georgios Ventiris 1931: „...während das Bürgertum das Rückgrat heutiger Gesellschaften bildet, fehlte es in den historischen Ereignisabläufen Griechenlands bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts...und hat sich bis auf den heutigen Tag nicht vollständig ausgebildet...“¹ Es stellt sich hierbei die Frage: Welches Verständnis von Bürgertum legt Ventiris seinem ernüchternden Urteil von 1931 zugrunde? Steht hinter diesem Resümee die bloße Rezeption eines westlichen Modells bürgerlicher Entwicklung, verbunden mit der Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit, den Auswirkungen der französischen Revolution und der Industrialisierung, an der die griechische Entwicklung gemessen wird?² Diese Fragen drängen sich auf angesichts

¹ Βεντήρης, Γεώργιος: Η Ελλάδα του 1910–1920. Ιστορική μελέτη. 2 Bde. Athen 1931, ND Athen 1970, S. 22.

² Zu Problemen der Entwicklungsgeschichte des Bürgertums in Europa vgl. Kocka, Jürgen: Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl. Bd. 1: Einheit und Vielfalt Europas, hg. von J. Kocka. Göttingen 1995 (=Kleine

der Tatsache, daß sich in der Zwischenkriegszeit eine intellektuelle Elite in Griechenland durchaus als „bürgerlich“ definierte. Diesem offensichtlichen Widerspruch in der Selbstwahrnehmung soll nachgegangen werden. Bei meinen Betrachtungen möchte ich mich deshalb im folgenden auf das Selbstverständnis dieser intellektuellen Führungsschicht in der Zwischenkriegszeit konzentrieren, wie es sich in zeitgenössischen Quellen spiegelt. Zwei Aspekte, die zu den virulenten gesellschaftspolitischen Diskursen der Zwischenkriegszeit zählen, bieten hier einen fruchtbaren Zugang. (1.) Die Genese des Bürgertums. Wie wird der historische Konstituierungsprozeß des griechischen Bürgertums dargestellt und welche Funktion mißt man dem Bürgertum innerhalb der gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse zu? (2.) Welche konstitutiven Merkmale von Bürgertum werden formuliert? Am Beispiel der Sprachen- und Bildungsfrage einerseits, des Disputs um das „richtige“ Kulturverständnis andererseits möchte ich die Wirksamkeit und Grenzen solcher bürgerlicher „Selbstdefinitionen“ veranschaulichen.

Die mit den 1920er Jahren auftretende Brisanz der Frage, warum bzw. ob es in Griechenland – anders als in den westlichen Gesellschaften – im 19. Jahrhundert zu keiner Formierung eines Bürgertums gekommen war, verweist auf die Rahmenbedingungen, in denen sich diese Diskussion entfaltete.³ Die griechische Zwischenkriegszeit war (1.) geprägt von einer tiefen Krisenstimmung, die im Anschluß an die Niederlage im kleinasiatischen Feldzug, der sogenannten „Kleinasiatischen Katastrophe“ (1922), das öffentliche Klima beherrschte.⁴ Allein die Aufnahme von 1,5 Millionen

Vandenhoeck-Reihe. 1573), S.9–75; Haltern, Lutz: *Bürgerliche Gesellschaft. Sozialtheoretische und sozialhistorische Aspekte*. Darmstadt 1985 (=Erträge der Forschung. 227).

- 3 Zur Geschichte der griechischen Zwischenkriegszeit vgl. Δάφνης, Γρηγόριος: *Η Ελλάδα μεταξύ δύο πολέμων 1923–1940*. 2 Bde. 2. Aufl. Athen 1974; Mavrogordatos, George Th.: *Stillborn Republic. Social Coalitions and Party Strategies in Greece, 1922–1936*. Berkeley–Los Angeles–London 1983; Hering, Gunnar: *Die politischen Parteien in Griechenland 1821–1936*. München 1992, Bd. 2, S. 883–1127; Mazower, Mark: *Greece and the Inter-War Economic Crisis*. Oxford 1991; Βενιζελισμός και αστικός εκσυγχρονισμός, hg. v. Γιώργος Θ. Μαυρογορδάτος u. Χρήστος Χατζηιωσήφ. Irakleion 1988.
- 4 Stellvertretend für die umfangreiche Literatur zu „1922“ sei für unseren Zusammenhang lediglich erwähnt Pentzopoulos, Dimitri: *The Balkan Exchange of Minorities and Its Impact upon Greece*. Paris–Den Haag 1965 (= Publications du Centre de Sciences sociales d’Athènes. 1); Augustinos,

Flüchtlingen bedeutete einen Bevölkerungszuwachs von über 25% und stellte das Land vor enorme wirtschaftliche und soziale Probleme. Diese Niederlage wirkte (2.) um so stärker, als ohnehin die Frage über den griechischen Kriegseintritt in den Ersten Weltkrieg zu einem nachhaltigen Konflikt zwischen König und liberaler Regierung geführt hatte, an dem sich die gesamte Gesellschaft polarisierte. Dieser sogenannte *Dichasmos* (Schisma) vergiftete das innenpolitische Klima auf Jahrzehnte hinaus.⁵ Nach einer Periode großer Reformeuphorie während der ersten Regierungsphase (1910-1920) unter dem Ministerpräsidenten Venizelos war (3.) eine weitreichende Ernüchterung eingetreten. Soziale und institutionelle Mißstände, die dort kurzfristig nicht gelöst werden konnten, traten nun um so offensichtlicher zu Tage. Schließlich setzte (4.) mit dem Scheitern der Vision eines Großgriechenlands, die mit viel Hoffnung verbunden war, eine stärker nach innen gerichtete Reflexion ein.⁶ Es wird begonnen, nach inneren Gründen der „griechischen Krankheit“ (so der griechische Bildungsminister Glinos) zu suchen. Für das als rückständig empfundene Verharren in Traditionen und das damit in Zusammenhang gebrachte Nichtfunktionieren des gesellschaftlichen Zusammenspiels werden historische Ursachen analysiert. Zwei Parameter an denen die Unzulänglichkeit der Gegenwart gemessen werden, bestimmen die Vorstellung eines idealen Zustandes: die „eigene“ vergangene geistige Größe und die mit der Französischen Revolution

Gerasimos: *Development Through the Market in Greece: The State, Entrepreneurs, and Society*, in: *Diverse Paths to Modernity in Southeastern Europe. Essays in National Development*, hg. von G. Augustinos. New York–Westport, Conn.–London 1991, S.92 ff.; Δρίτσα, Μαργαρίτα: Πολιτικές και οικονομικές όψεις του προσφυγικού προβλήματος, in: Συμπόσιο για τον Ελευθέριο Βενιζέλο. Πρακτικά. Αμφιθέατρο Εθνικού Ιδρύματος Ερευνών 3., 4. και 5. Δεκεμβρίου 1986, hg. v. Εταιρεία Ελληνικού Λογοτεχνικού και Ιστορικού Αρχείου u. Μουσείο Μπενάκη. Athen 1988, S.133–144.

- 5 Zur Geschichte des „Dichasmos“ und seiner nachhaltigen Wirkung auf das griechische politische Leben vgl. Μαυρογορδάτος, Γιώργος: Ο Διχασμός ως κρίση εθνικής ολοκλήρωσης, in: Ders.: Μελέτες και κείμενα για την περίοδο 1909–1940. Athen–Komotini 1982, S.39–54; Ders.: Ο Διχασμός ως ταξική σύγκρουση. Ebda., S.55–77.
- 6 Vgl. Δημαράς, Κωνσταντίνος: Ο τελεσφόρος συγκερασμός, in: Ιστορία του Ελληνικού Έθνους, hg. v. Γεώργιος Χριστόπουλος, Ιωάννης Μπαστιάς. Bd. 15. Athen 1978, S. 484–489; Τζιόβας, Δημήτρης: Οι μεταμορφώσεις του εθνισμού και το ιδεολόγημα της ελληνικότητας στο μεσοπόλεμο. Athen 1989.

ausgelöste Mustergültigkeit der westeuropäischen Gesellschaften. Die Frage nach der historischen Rolle des Bürgertums gewann in der öffentlichen Diskussion in dieser Phase innerer Zerrissenheit und politischer Instabilität an Bedeutung. Die Funktion von Bildung und das „richtige“ Verständnis von Kultur werden zu zwei zentralen Diskurs-elementen.

Die Frage nach dem Konstituierungsprozeß des griechischen Bürgertums, eines der virulenten Themen dieser Diskussion, bildet meinen ersten Untersuchungsaspekt. Mit Aufkommen der ersten sozialistischen Theoretiker zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird der Bürgertumsbegriff in den griechischen Sprachgebrauch eingeführt.⁷ Dem staatsbürgerlichen Begriff des „πολίτης“ wird die eher Klassen akzentuierende Bezeichnung des „αστός“ bzw. der „αστική τάξη“ zur Seite gestellt. Anders als in Westeuropa, wo der Bürgertumsbegriff sich in einem langen Prozeß aus dem ständischen Bürgerbegriff des Ancient Regime heraus entwickelte, wird er in Griechenland nach der Jahrhundertwende als „Kampfbegriff“ eingeführt: das Bürgertum als sozialer Antagonist der Arbeiterklasse.⁸

Als einer der ersten thematisiert der Soziologe Georgios Skliros 1919 in einem historisch weit ausholenden Exkurs die Entwicklung des griechischen Bürgertums.⁹ Anhand einer historisch-soziologischen Analyse

⁷ Zur Entwicklung des Bürgertum-Begriffes in Griechenland vgl. Κονδύλης, Παναγιώτης: Η καχεξία του αστικού στοιχείου στη νεοελληνική κοινωνία και ιδεολογία, in: Τα Ιστορικά 7 (1990), S. 4 f.

⁸ Zur Begriffsgeschichte im allgemeinen vgl. Riedel, Manfred: Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. v. O. Brunner u.a.. Bd. 1. Stuttgart 1972, S. 672–725 und die komparatistische Arbeit von Koselleck, Reinhart, Ulrike Spree u. Willibald Steinmetz: Drei bürgerliche Welten? Zur vergleichenden Semantik der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, England und Frankreich, in: Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur, hg. v. Hans-Jürgen Puhle. Göttingen 1991 (= Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte. 1), S.14–58.

⁹ Georgios Skliros (Pseudonym für Georgios Konstantinides) wurde 1878 in Trapezunt geboren. Nach Studien in Moskau und Jena lebte er bis zu seinem Tod 1919 im ägyptischen Alexandria. Neben der Ausübung seines zweiten Berufes als Arzt nahm er rege am kulturellen und publizistischen Leben der zu jenem Zeitpunkt etwa 25.000 Personen umfassenden griechischen Gemeinde teil. Vgl. Αζελός[!], Λουκάς: Γ. Σκληρός 1878–1919. Η ζωή του, το έργο και η εποχή του, in: Σκληρός, Γ.: Έργα, S. 9–74; Σταυρίδη-Πατρικιου, Ρένα: Ο Γ.

möchte er Erklärungsansätze für die „gegenwärtigen Probleme“ der griechischen Gesellschaft aufzeigen.¹⁰ Der west- bzw. mitteleuropäische Entwicklungsweg dient ihm prototypisch als Vergleichsschablone. Er unterteilt die historische Entwicklung des Bürgerbegriffes in drei aufeinanderfolgende Stufen. Zunächst umfaßt „Bürgertum“ laut Skliros die Gruppe der Nichtadligen. Somit setzt er den Entstehungszeitpunkt des griechischen Bürgertums recht schematisch mit dem Niedergang des byzantinischen Adels durch die Osmanische Eroberung in die Mitte des 15. Jahrhunderts an.¹¹ Mit dem Verlust des byzantinischen Adels, so seine zentrale These in Bezug auf die Bürgertumskonstituierung, sei die griechische Gesellschaft eine „bürgerliche“ geworden: eine Gesellschaft frei von aristokratischer Herrschaft – wenngleich unter fremder Herrschaft. In einer zweiten Stufe ist bei ihm jeder nichtagrarisch Tätige mit einer gewissen Bildung Bürger.¹² Hierzu zählt er die geistigen Vordenker des nationalen Aufstandes von 1821. Entscheidend ist aber seine dritte Bedeutung, die er in das 20. Jahrhundert verlegt.¹³ Der Begriff des Bürgers erhält nun einen dynamischen, auf Fortschritt und sozialen Wandel abzielenden Impetus. In den „Dimotikisten“, der Bewegung zur Durchsetzung der Volkssprache, sieht Skliros, die erste bürgerliche Bewegung in Griechenland. Sie sind die gedanklichen Vorbereiter für das große Reformwerk des liberalen Politikers Venizelos. Hierin gipfelt für Skliros die Verwirklichung eines bürgerlichen Gesellschaftsprogrammes. Das Bürgertum wird somit zum Hoffnungsträger einer mit sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit verbundenen Modernisierungsbewegung.

Diese offenkundige Funktionalisierung des Bürgertums-Begriffes bei Skliros entsprach einem, wie sich zeigte, sehr weitgehenden gesellschaftli-

Σκληρός στην Αίγυπτο. Σοσιαλισμός, Δημοτικισμός και μεταρρύθμιση. Athen 1988.

¹⁰ Σκληρός, Γ.: Τα σύγχρονα προβλήματα του Ελληνισμού. Alexandria 1919, im folgenden zitiert nach dem Abdruck in der Werkausgabe: Σκληρός, Γ.: Έργα, eingel. u. hg. v. Loukas Axelos. 2. Aufl., Athen 1977, S. 153–358. „Τα σύγχρονα προβλήματα του Ελληνισμού“ wurde von April bis Juni 1919 in Ägypten verfaßt und erschien im Selbstverlag des Autors auf Betreiben der griechischsprachigen Literaturzeitschrift Alexandrias „Τα Γράμματα“ in einer Auflage von zunächst 1000 Exemplaren.

¹¹ Σκληρός: Τα σύγχρονα προβλήματα, a.a.O., S.213–219.

¹² Ebda, S.220–247.

¹³ Ebda, S. 290–305.

chen Bedürfnis nach grundlegenden Strukturreformen. Der solchermaßen positiv besetzte Bürgertums-Begriff wurde von der Politik Venizelos vereinnahmt. In einem persönlich von Venizelos in Auftrag gegebenen Werk verankerte der Journalist Georgios Ventiris in seiner 1931 erschienen politischen „Geschichte Griechenlands“ die Genese des griechischen Bürgertums in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹⁴ Ziel war es hierbei, die liberale Systempolitik Venizelos in eine historische Kontinuität zu stellen, die ihren Ausgang in der Modernisierungspolitik des Ministerpräsidenten Trikoupis in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts nahm. Während Skliros weder der Modernisierungspolitik unter Ministerpräsident Trikoupis im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch dem Militäraufstand von 1909 nachhaltige politische Bedeutung beimißt, werden diese zu zentralen Momenten bei Ventiris. Der „freie griechische Bürger“ tritt hier nicht erst im 20. Jahrhundert auf, sondern um 1880.¹⁵ Die staatliche Neuorganisation unter Ministerpräsident Trikoupis habe die Voraussetzung für den Durchbruch des Bürgertums geschaffen. Seitdem sei eine immer deutlicher werdende Organisation des Bürgertums aufzeigbar, die ihren Ausdruck finde in der Gründung von Berufsvereinen, Kammern und Verbänden. Die viel beschworene Zäsur von 1909, der Militäraufstand von Goudi, sei demnach Ergebnis und nicht Ursache

¹⁴ Georgios Ventiris (1890–1954) arbeitete nach einem Jura-Studium an der Athener Universität bei zahlreichen griechischen Tageszeitungen. Er gehörte zu den engen Mitarbeiterstab Venizelos in dessen letzten Lebensdekade. Seine Studie basiert auf Archivarbeit und zahlreichen schriftlich und mündlich geführten Interviews mit führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens jener Zeit. Auf persönlichen Wunsch von Venizelos erhält er den Auftrag eine Geschichte des liberalen Regierungswerkes zu verfassen. Nachdem Ventiris sich der immer rigider werdend Redaktion seines Manuskriptes durch die Ehefrau des Politikers widersetzte, wurde ihm die zunächst großzügige finanzielle Unterstützung entzogen. Lambrakis, der Herausgeber der führenden Athener liberalen Tageszeitung „Eleutheron Vima“, sicherte mit den Vorabdrucken für seine Zeitung schließlich die Fortsetzung des begonnen Werkes. So erschien „Η Ελλάδα του 1910–1920“ zunächst als Artikelserie in 56 Folgen, bevor es als zweibändige Monographie zum allgemeinen Standardwerk für die griechische Geschichte der ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts werden sollte. Βεντήρης: a.a.O., zum Entstehungshintergrund des Buches vgl. die Erinnerungen von Νάκου, Λιλικά: Το χρονικό μιας δημοσιογράφου. 2. Aufl. Athen 1981, S.149–156.

¹⁵ Βεντήρης: a.a.O., S.25 ff.

einer bürgerlichen Konstituierung.¹⁶ Die Forderung nach Abschaffung der „erblichen Oligarchie“ auf der Versammlung 50.000 Athener Bürger im September desselben Jahres sei, so Ventiris, ein deutlicher Ausdruck eines politischen Herrschaftsanspruchs gewesen. Das erste Mal seit Staatsgründung habe sich eine solche Anzahl Menschen vereinigt, um öffentlich ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die Offiziere und deren Aufstand von Goudi habe ihnen den Impuls gegeben, ihre Forderungen zu bekräftigen. Die nicht scharf genug ausgeprägten sozialen Antagonismen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Klassen hätten jedoch die Kraft dieses Aufstandes geschwächt. Dieses sei darauf zurückzuführen, daß der griechische Bürger sich sozial und wirtschaftlich nicht in dem unüberbrückbaren Maße von der politischen Oligarchie, wie das westeuropäische Bürgertum von der privilegierten Klasse unterschieden hätte. Um dem drohenden Scheitern des Aufstandes entgegenzuwirken, so die Interpretation Ventiris, war die „schwache Bürgergemeinde“ gezwungen, eine starke politische Persönlichkeit für ihre Führungsaufgaben zu berufen.¹⁷ Diese habe sie in dem kretischen Politiker Eleftherios Venizelos gefunden. Die Übertragung von Sonderrechten und gleichzeitige vertrauensvolle Unterordnung unter seiner Führung habe ihre noch junge Volksherrschaft [λαοκρατία] geschützt und habe somit das große liberale Reformwerk geschützt. Bürgertum und Bürgerlichkeit wurden zu den Garanten einer sozialen Modernisierung. Diese Sicht auf das Bürgertum prägte weitgehend das zukünftige Geschichtsbild und wurde auch in systemstabilisierender Hinsicht instrumentalisiert.

Das unter den Bedingungen der Zwischenkriegszeit konstruierte Selbstbild des Bürgertums als „Modernisierungsagent“ warf im folgenden die drängende Frage auf, in welchem gesellschaftlichen Bereich dieser Umstrukturierungsprozeß greifen sollte. Nur marginale Berücksichtigung finden ökonomische Aspekte. Der Bürger als Bourgeois hatte kaum einen prägenden Einfluß auf die Debatte. Statt dessen griff man die von den Dimotikisten aufgeworfenen Fragen wieder auf und konzentrierte sich auf den Bildungsbereich. Am Beispiel der brisanten Bildungsfrage möchte ich deshalb den zweiten Teil meiner Fragestellung illustrieren, nämlich

¹⁶ Seine Bewertung der Ereignisse um den Militäraufstand von 1909 s. Βεντήρης: a.a.O., S.37–66.

¹⁷ Βεντήρης: a.a.O., S.51–59, 74 f.

die Frage nach den konstitutiven Merkmalen von Bürgertum in der griechischen Diskussion.

Bildung und Bildungspolitik, so der Pädagoge Glinos, sollten die Führungsaufgabe des Bürgertums sein, es gleichsam im Gegenzug aber auch konstituieren.¹⁸ Unter dem Schlagwort der „Griechischen Krankheit“ führte Glinos deshalb die Schwäche des Bürgertums im 19. Jahrhundert darauf zurück, daß es sich eben diesem Führungsanspruch verweigert habe.¹⁹ Während in allen Gesellschaften das Bürgertum mit dem Moment seiner Herrschaftsdurchsetzung die jeweilige Sprachenfrage gelöst habe, gebe man sich in Griechenland seit hundert Jahren nach wie vor klassizistischen Träumereien hin. Glinos wandte sich damit entschieden gegen die Anhänger der am Altgriechischen orientierten Katharevousa, einer künstlich geschaffenen „Reinsprache“. Diese Richtung verwarf die gesprochene Volkssprache als Produkt des geistigen Verfalls der Griechen unter Osmanischer Herrschaft, die ihrer Ansicht nach eine Rückbesinnung auf die eigenen antiken Traditionen behindere.²⁰ Glinos' Vision, auf der Grundlage des aufklärerischen Bildungsideals eine neue bürgerliche Identität zu schaffen, hatte in der Gründung des

¹⁸ Dimitrios Glinos wurde 1882 in Smyrna geboren und absolvierte die dortige griechische „Evangelische Schule“. Nach Studien an der Philosophischen Fakultät Athens, Jena und Leipzig übte er an verschiedenen Orten seinen Beruf als Lehrer aus. Unter den Regierungen des Ministerpräsidenten Venizelos hatte er zahlreiche Ämter im Bereich der Bildungspolitik inne: Rektor der Athener Pädagogischen Hochschule (1912), Mitarbeiter des Bildungsministers Tsirimokos (1913), Leiter des „Erziehungsrates“ der provisorischen Regierung Venizelos in Thessaloniki (1917). 1925 verfaßte er die Satzung der neugegründeten Universität von Thessaloniki. Darüber hinaus gründete er 1921 die „Höhere Frauenschule“ und die „Pädagogische Akademie“ (1924). Zum ideengeschichtlichen Hintergrund von Glinos vgl. Ιμβριώτης, Γιάννης: Η ιδεολογική πορεία του Δημήτρη Γληνού, in: Επιθεώρηση Τέχνης 9 (1964), S.389–396.

¹⁹ Γληνός, Δημήτρης: Η ελληνική αρρώστεια, in: Αναγέννηση 1 (1926), S.121–129 (= ND in: Γληνός, Δημήτρης: Εκλεκτές σελίδες. Bd. 2, S.109–123). Der Text ist die Antwort Glinos' auf eine von der Zeitung „Ελεύθερος Τύπος“ durchgeführten Interviews über Phänomene, Ursachen und Bewältigungsstrategien der zum damaligen Zeitpunkt empfundenen Krise.

²⁰ Zur Problematik der griechischen Sprachenfrage vgl: Hering, Gunnar: Die Auseinandersetzungen über die neugriechische Schriftsprache, in: Sprachen und Nationen im Balkanraum. Die historischen Bedingungen der Entstehung der heutigen Nationalsprachen, hg. von Christian Hannick. Köln–Wien 1987, S.125–194.

„Erziehungsvereins“ im Mai 1910 konkrete Gestalt gewonnen.²¹ Der „Erziehungsverein“ war die Organisationsplattform der Dimotikisten-Bewegung. Von der Durchsetzung der Volkssprache und der Einführung prototypischer Modellschulen erwarteten die Mitglieder eine tiefgreifende Reform des Systems von innen heraus auf der Grundlage umfassender Volksbildung. Diese Erwartung erfüllte sich zunächst, nicht zuletzt, weil einige der prominentesten Mitglieder des Erziehungsvereins in die bildungspolitische Arbeit der Regierungen Venizelos integriert wurden. Berühmt geworden ist die Triade der Bildungswissenschaftler Glinos, Delmouzos und Triantafyllidis, die als eigentliche Architekten der neuen Bildungspolitik in dieser ersten Regierungsphase Venizelos', die wohl radikalsten Bildungsreformen seit Staatsgründung durchsetzten.²² Höhepunkt der Reformmaßnahmen bildete die Einführung der Volkssprache als Unterrichtssprache in den ersten vier Grundschulklassen sowie die parallele Abschaffung des Altgriechischen als Unterrichtsfach.²³ Es muß

- ²¹ Zur Gründungsgeschichte des „Erziehungsvereines“ s. die Grundsatzerklärung und den Einladungsbrief zur Mitgliedschaft, abgedruckt in: Δελτίο του Εκπαιδευτικού Ομίλου 1 (1911), S.4–6; vgl. auch Τσιριμόκος, Μάρκος: Ιστορία του Εκπαιδευτικού Ομίλου (Γραμμένη από έναν ιδρυτή), in: Νέα Εστία 1 (1927), Heft 7, S.401–410 u. Heft 8, S.468–478; Χαραλάμπους, Δημήτρης Φ.: Ο Εκπαιδευτικός Όμιλος: η ίδρυση, η δράση του για την εκπαιδευτική μεταρρύθμιση και η διάσπασή του. Thessaloniki 1987 (Παιδαγωγικές Μελέτες και Έρευνες, 10), S.43–60. Über die soziale Zusammensetzung des Vereines vgl. Δημαράς, Αλέξης: Τα μέλη του Εκπαιδευτικού Ομίλου (1910–27). Πρώτες εκτιμήσεις, in: Τα Ιστορικά 16 (1992), S.95–120.
- ²² Zu den Gesetzesentwürfen und Reformmaßnahmen im Einzelnen incl. Abdrucke der Gesetzesentwürfe s. Γληνός, Δημήτρης: Άπαντα, hg. von Φίλιππος Ιλιού, Bd. 2. Athen 1983, S. 183–372; Δελμούζος, Αλέξανδρος: Μελέτες και Πάρεργα (Μεταθανάτια έκδοση), Bd. 2. Athen 1958, S. 224 f.; Δημαράς, Αλέξης: Προσθέσεις των πρώτων κυβερνήσεων Βενιζέλου (1910–1913) στα εκπαιδευτικά. Ενδείξεις από νομοθετικά κείμενα. Μελετήματα γύρω από τον Βενιζέλο και την εποχή του, hg. von Θάνος Βερέμης u. Οδυσσέας Δημητρακόπουλος. Athen 1980, S.21–47.
- ²³ Gesetz Nr. 827 vom 5.9.1917 und Gesetz Nr. 1332 vom 27.4.1918, welche zusammen kodifiziert wurden im königlichen Dekret vom 15.5.1918. Einen Gesamtüberblick über die Bildungsreformen der Zwischenkriegszeit gibt Δημαράς, Αλέξης: Εκπαίδευση 1913–1941, in: Ιστορία του Ελληνικού Έθνους, hg. von Γεώργιος Χριστόπουλος u. Ιωάννης Μπαστιάς. Bd. 15, Athen 1978, S. 489–493. Zum Charakter der Bildungspolitik unter den Regierungen Venizelos vgl. Ders.: Χαρακτηριστικά αστικού φιλελευθερισμού στα εκπαιδευτικά προγράμματα των κυβερνήσεων Βενιζέλου. Βενιζελισμός και αστικός εκσυγχρονισμός, hg. von Γιώργιος Θ. Μαυρογορδάτος u. Χρήστος Χ.

allerdings betont werden, daß sich diese Reformmaßnahmen in erster Linie auf die Grundschule beschränkten. Die mittlere und höhere Schulbildung verharrte nach wie vor in einem strengen Klassizismus, der wirklichkeitsfremd blieb.

Doch schon bald stieß das Selbstbild des Bürgers als „Bildungsagent“ an seine Grenzen. Das Modell der sozialen Modernisierung auf dem Weg der Bildungsreform verlor in dem Maße an Rückhalt, wie die ausgeklammerten ökonomischen Umbrüche sich in wachsenden Klassenantagonismen niederschlugen. Glinos selbst verwarf nun die Idee des bürgerlichen Bildungsauftrages. Bildungsreformen mit dem Bürgertum als Trägergruppe betrachtete er als nicht realisierbar. Wie auch andere griechische Intellektuelle wechselte er unter dem Eindruck des gescheiterten bürgerlichen Modernisierungskonzeptes in das sozialistische Lager.²⁴ Bildung wurde nun zu Klassenbildung und richtete sich damit gegen ihre früheren Verfechter. In starren Formen standen sich die ehemals in der Bildungsfrage Verbündeten Glinos und Delmouzos gegenüber. Während Alexandros Delmouzos an dem Grundsatz Bildung für alle festhält und mit Volk die gesellschaftliche Einheit gleichsetzt, wird bei Glinos der Volksbegriff nun in einem marxistischen Interpretationsansatz als Klassenbegriff verstanden. Das Volk wird damit abgesetzt von der „herrschenden Klasse“, dem Bürgertum. Das Konzept einer „Bildung für die Gesamtheit“ hat laut Glinos keine andere Funktion als eine Bildungspolitik zu kaschieren, die letztendlich nur den Interessen des Bürgertums diene. Delmouzos wehrt sich gegen eine solche Politisierung der Kategorie Bildung. Sie müsse unabhängig von parteipolitischen Interessen verfolgt werden, da sie eine den sozialen Klassen übergeordnete Größe darstelle. Der Schüler müsse zum gesamtgesellschaftlichen Gemeinsinn erzogen werden. Über das Verhältnis von Bildung bzw. Bildungsreform zu sozialpolitischen Fragen konnte schließlich keine Einigung erzielt werden. Die Diskrepanzen gipfelten im Frühjahr 1927 in der Spaltung des Erziehungsvereins.²⁵ In ei-

Χατζηιωσήφ. 2. Aufl. Irakleion 1992 (Πανεπιστημιακές Εκδόσεις Κρήτης), S.21–32.

²⁴ Mit der Gründung der „Kommunistischen Partei Griechenlands“ (KKE) 1924 bot sich für zahlreiche linke Kritiker des Venizelismus eine politische Alternative, dazu Mavrokordatos: *Stillborn Republic* (wie Anm.3), S.335–337.

²⁵ Die unausweichlich gewordene Spaltung des Erziehungsvereins wurde deutlich auf der Jahreshauptversammlung 16.2.–24.3.1927. Zu den

nem offenen Brief erklärte der auf der Jahreshauptversammlung unterlegene Flügel um Delmouzos seinen geschlossenen Austritt.²⁶ Angesichts der immer schwächer werdenden Dynamik des Venizelismus und einer zunehmend erstarkenden sozialistischen Organisierung zerbrach die integrative Funktion von Bildung als Bindeglied für ein gemeinsames bürgerliches Verständnis.

Ich komme zu dem zweiten Beispiel, an dem ich bürgerliche Selbstdefinition darstellen möchte. Es war die junge „Generation der 30er“, die zu Beginn der 1930er Jahre eine gewandelte Funktion und damit veränderte Grundlage bürgerlichen Selbstverständnisses aufbrachte.²⁷ Stark geprägt von den Kriegs- und Fluchterlebnissen der „Kleinasiatischen Katastrophe“ (1922) drängte sie darauf, Antworten auf eine tief empfundene nationale und kulturelle Identitätskrise zu finden. Über die rein literarische Verarbeitung ihrer Erfahrungswelt hinausgehend begann sie, sich kritisch mit einem von ihr als „verkrustet und erstarrt“ empfundenen

unterschiedlichen Positionen von Delmouzos und Glinos s. *Η μεταρρύθμιση που δεν έγινε* (Τεκμήρια Ιστορίας), hg. von Αλέξης Δημαράς. Bd. 2: 1895–1967, S.151–153; sie dokumentiert sich schließlich in der öffentlichen Austrittserklärung von 44 Mitgliedern um A. Delmouzos in: *Ελεύθερον Βήμα* vom 8.5.1927 und der neuen Grundsatzklärung um den verbliebenen Flügel um D. Glinos „Διακήρυξη της Διοικητικής Επιτροπής του Εκπαιδευτικού Ομίλου“, abgedruckt in: *Αναγέννηση* 1 (1927), S.578–589; die Positionen des Delmouzos-Flügels ausführlich auch in: *Δελμούζος, Αλέξανδρος: Παιδεία και Κόμμα*. Athen 1947, S.33–84 über Einzelheiten der Auseinandersetzungen siehe auch die Erinnerungen von Σωμερίτης, Στράτης: *Η μεγάλη καμπή, Μαρτυρίες-Αναμνήσεις 1924–1974*. Athen 1975, S. 185–241; vgl. *Χαραλάμπους, Δημήτρης Φ.: Ο Εκπαιδευτικός Όμιλος: Η ίδρυση, η δράση του για την εκπαιδευτική μεταρρύθμιση και η διάσπασή του*. Thessaloniki 1987 (=Παιδαγωγικές Μελέτες και Έρευνες. 10), S.117–155; *Φραγκουδάκη, Άννα: Εκπαιδευτική μεταρρύθμιση και φιλελεύθεροι διανοούμενοι. Άγονοι αγώνες και ιδεολογικά αδιέξοδα στο μεσοπόλεμο*. Athen 1977, S. 76–85.

²⁶ *Ελεύθερον Βήμα* vom 8.5.1927. Der Verein habe seine Zielsetzung grundlegend geändert. Er hätte nach der Ansicht der Verfasser des Briefes weiterhin ein reiner „Bildungsverein“ bleiben müssen. Ähnliche Diskussionen wie die hier beispielhaft aufgeführte innerhalb des „Erziehungsvereins“, haben auch in anderen Vereinen und Verbänden stattgefunden. So spaltete sich unter ähnlichen Umständen 1928 auch der Lehrerverband.

²⁷ Zum Forschungsstand über die „Generation von '30“ vgl. *Μπασκόζος, Γιάννης Ν.: Ο μεσοπόλεμος και η πεζογραφία. Εισαγωγικές παρατηρήσεις προς διερεύνηση*, in: *Διαβάζω* Nr. 279 (22.1.1992), S.14–18; vgl. *Vitti, Mario: Η „Γενιά του Τριάντα“*. Ιδεολογία και μορφή. 2. neue, überarb. Aufl. Athen 1995; *Tastsoglou, Evangelia: Social Class, Ideology, and the Novel in Interwar Greece (1922–1940)*, in: *Modern Greek Studies Yearbook* 8 (1992), S.241–271.

Umfeld auseinanderzusetzen. Nicht mehr die soziale Modernisierung, sondern die kulturelle Modernisierung wurde hierbei zum Kern des Bürgertumsbegriffs. Unter dem programmatischen Titel „Freier Geist“ veröffentlichte der Schriftsteller Theotokas 1929 eine Essaysammlung, in der er für die ideelle Erneuerung der griechischen Kultur plädierte.²⁸ Sein Manifest ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, gilt es doch als Gesinnungsliteratur einer ganzen Generation. Theotokas richtet sich gegen die vorherrschende kulturpolitische Strömung des „Hellenozentrismus“, der sich ursprünglich aus einem Rekurs auf die historische Größe der Griechen in der Antike bzw. Byzanz speiste und jetzt die Volkskultur als grundlegendes Identifikationselement entdeckte.²⁹ Dieser Kreis, aus ursprünglichen Vertretern der Dimotikisten-Bewegung, so lautet der Vorwurf von Theotokas, verknüpfe nun die Volkskultur mit historischen Traditionen und verharre so in einem ewig gestrigen Ahnenkult. Sittliche und kulturelle Normen müßten den realen Lebensbedingungen entsprechen und würden deshalb zwangsläufig andere sein als die der Vätergenerationen. Traditionen könnten nur mittelbar - auf die Bedürfnisse realer Anforderungen zugeschnitten - der Zukunftsgestaltung dienlich gemacht werden. Der rückwärtsgewandten Traditionalität und dogmatischen Engstirnigkeit der von ihm kritisierten Hellenozentristen stellte Theotokas Meinungspluralismus und Diskurskultur als spezifisch bürgerliche Werte gegenüber. Er forderte die Wiederbelebung des Humanismus als Leitidee einer jungen Generation auf dem Weg in eine neue sittlich begründete Gesellschaft.³⁰ Damit reagierte er auf die

²⁸ [Orestis Digenis] Θεοτοκάς, Γεώργιος: Ελεύθερο Πνεύμα. Athen 1929, ND Athen 1973 (=Νέα Ελληνική Βιβλιοθήκη. 22), siehe auch die ausführliche Einleitung von Κ.Θ. Δημαράς in dieser Ausgabe S.ιε'–λβ'.

²⁹ Er bezieht sich hierbei namentlich auf den Kritiker Fotos Politis (1890–1934) und den Professor für neugriechische Philologie an der Universität von Thessaloniki Giannis Apostolakis (1886–1947), Θεοτοκάς: a.a.O., S.13 ff.. Zur Entwicklung des Hellenozentrismus als neugriechische Ideologie vgl. Κονδύλης: a.a.O., S.16–20; zu den einzelnen Vertretern des Hellenozentrismus in der Zwischenkriegszeit vgl. Τσάκονας, Δημήτρης Γρ.: Λογοτεχνία και κοινωνία στο Μεσοπόλεμο. Athen 1987, S.400–418.

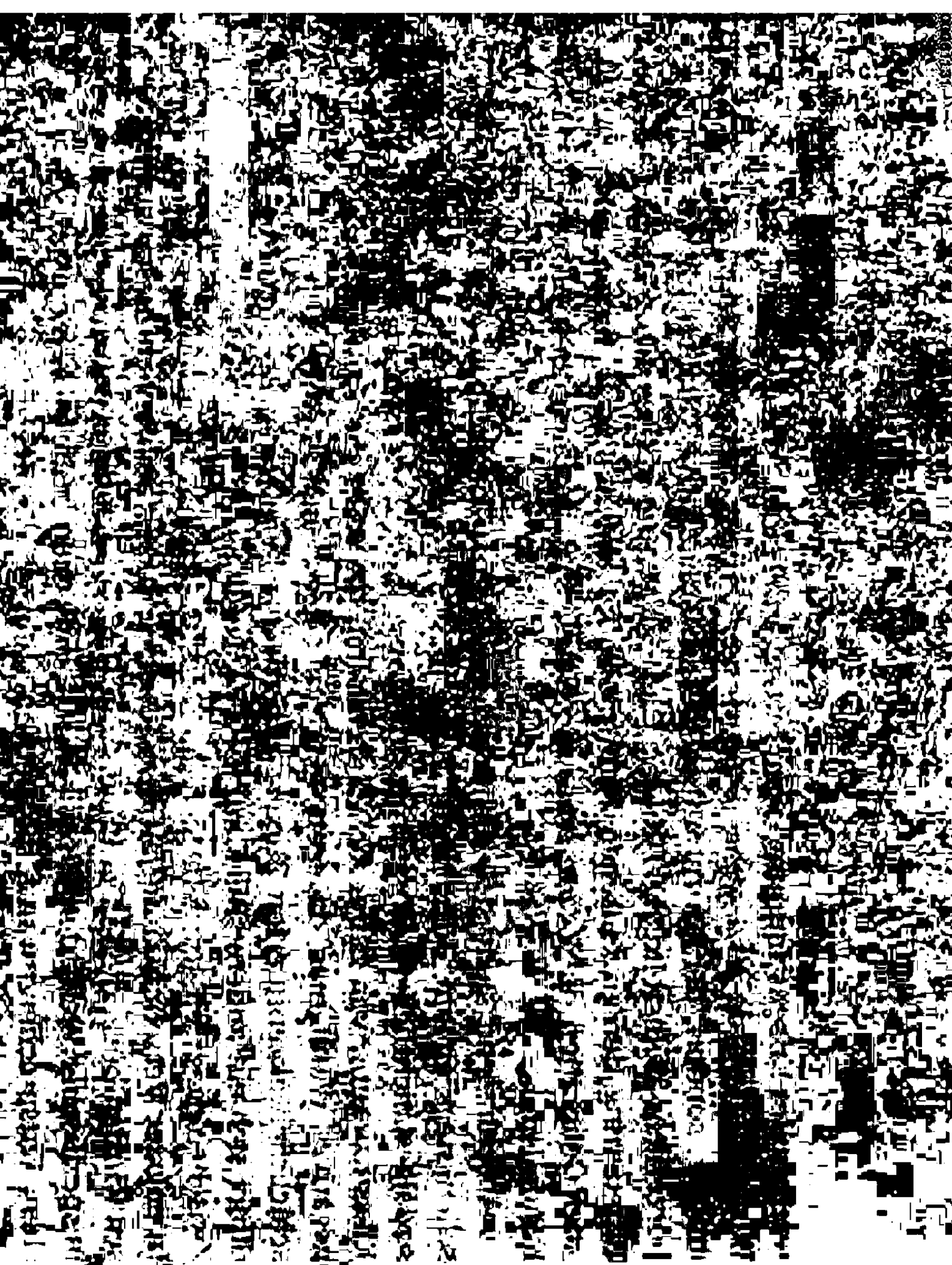
³⁰ Θεοτοκάς, Γιώργος: Εμπρός στο κοινωνικό πρόβλημα. Athen 1932, im folgenden zitiert nach Θεοτοκάς, Γιώργος: Στοχασμοί και θέσεις. Πολιτικά κείμενα 1925–1966. Bd.1: 1925–1949, hg. v. Νίκος Αλιβιζάτος u. Μιχάλης Τσαπόγας. Athen 1996, S.170–197. Zur politischen Haltung Theotokas vgl. auch die Einleitung von Νίκος Αλιβιζάτος in: Θεοτοκάς: a.a.O., S.43–96;

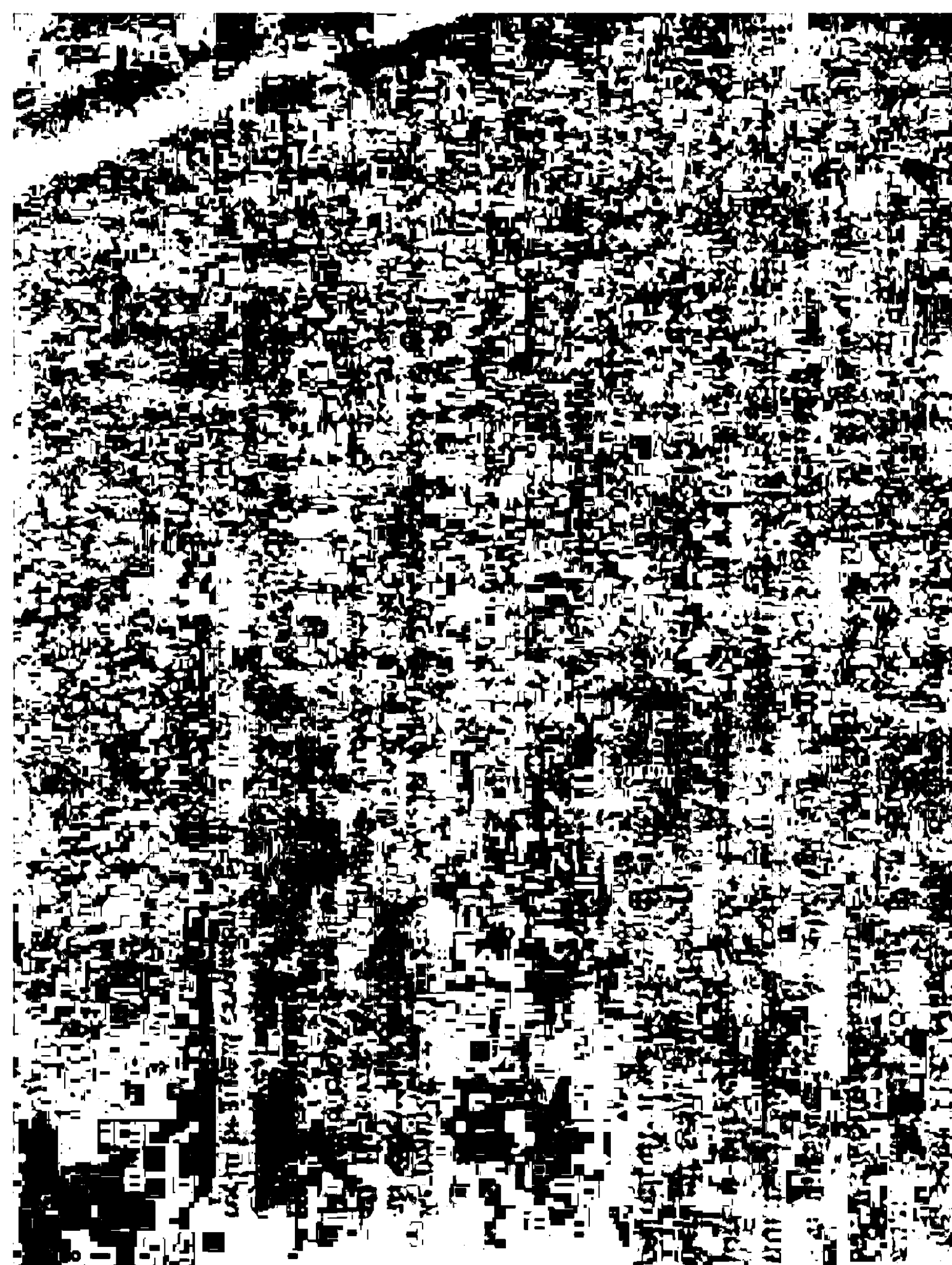
wachsende Krisenstimmung von Sittenverfall und Werteverlust. Das Bürgertum wurde jetzt zum „Kulturträger“. Nicht mehr der Bildungsauftrag, sondern der Kulturauftrag bekam konstitutive Qualität für das bürgerliche Selbstbild. Ziel dieser vom Bürgertum getragenen ideellen Erneuerung der griechischen Kultur war für diesen Protagonisten der 30er Generation die Vision eines die Gesellschaft fundierenden Bürgerhumanismus.

Abschließend stellt sich die Frage: gab es in Griechenland der Zwischenkriegszeit ein Bürgertum? Folgt man der inzwischen klassischen sozialgeschichtlichen Bürgertumsforschung mit ihrer schematisierten Klassifizierung von bürgerlichen Schichten, so wäre die Antwort wohl negativ.³¹ Wählt man dagegen – wie hier geschehen – einen kulturgeschichtlich akzentuierten Zugang zur griechischen Geschichte, dann eröffnet sich ein anderer Blick auf die Fragestellung. In den Diskursen der Zwischenkriegszeit spiegelte sich die Selbstwahrnehmung als Bürgertum. In engster Verschränkung mit den gesellschaftsgeschichtlichen Ereignissen wurden bürgerliche Deutungs- und Handlungsmuster entwickelt, die in spezifischer Weise den jeweiligen zeitpolitischen Bedürfnissen entsprachen. Entsprechend waren die Deutungsmuster, was Bürgertum ausmache, sehr kurzlebigen Konjunkturen unterworfen. Der griechische Fall zeigt, daß das Konzept Bürgertum in höchstem Maße funktionalisierbar ist. Es konnte ganz unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedürfnissen entsprechen. Angehörige des Bürgertums sind demnach eben nicht nur nach sozialgeschichtlichen Kriterien zu definieren, sondern auch aus ihrem bürgerlichen Selbstverständnis. Das mag eine griechische Besonderheit sein, eine Überprüfung anhand anderer „nicht-bürgerlicher“ Gesellschaften wäre aber sicherlich lohnenswert.

Κιτρομηλίδης, Πασχάλης Μ.: Τα όρια του ελληνικού φιλελευθερισμού: Το παράδειγμα του Γιώργου Θεοτοκά, in: Διαβάζω Nr. 137 (12.2.1986), S.37–40; Πεπονής, Αν. Σ.: Ο Γιώργος Θεοτοκάς και η ελληνική πολιτική σκέψη, in: Το Βήμα της Κυριακής vom 23.5.1976.

³¹ Die Möglichkeiten über Methoden der quantifizierenden Sozialgeschichte, diese ausgesprochen heterogene soziale Formation zu erfassen haben sich als recht begrenzt erwiesen, vgl. dazu Kocka: a.a.O., S. 9ff.





Die „überlebte“ Elite: Rumänische Aristokratie in der Zwischenkriegszeit

Mihai Sorin Rădulescu

Das Thema könnte überraschend wirken, weil es eine Reihe von Fragen hervorruft: Gab es wirklich eine rumänische Aristokratie? Kann man in unserem geographischen und kulturellem Raum von Aristokratie im 20. Jh. sprechen? Kann man dieses komplexe Problem ohne systematische Quellen studieren, ohne eine statistische Analyse, die mit unseren heutigen Mitteln eher als unverwirklichbar erscheint? Wie sollte man die Entwicklung dieser Elite ohne die notwendigen Hilfsinstrumente studieren können, aber auch ohne allgemeine sozialgeschichtliche Werke, weil uns noch immer die Synthesen in diesem Bereich fehlen? Wir verfügen weder über eine Geschichte der Bojarenklasse noch über eine Geschichte des rumänischen Bürgertums. Die Werke von Ștefan Zeletin, Eugen Lovinescu, Mihail Manoilescu, Ioan C. Filitti, Constantin C. Giurescu – und diese Aufzählung ist bestimmt unvollständig –, die als wertvolle Beiträge in dieser Richtung angesehen werden können, ersetzen aber nicht die fehlenden Studien zur Geschichte der sozialen Klassen und Gruppen Rumäniens. Ebenso fehlen Lexika der rumänischen Politiker, Studien zur Prosopographie der politischen Parteien, oder genealogische Synthesewerke. Diese historiographischen Schwierigkeiten haben eine eindeutige Erklärung: sie sind den historischen Bedingungen zu verdanken, die in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurden. Während der langen Periode totalitärer Unterdrückung standen die Archive nur teilweise den Forschern zur Verfügung. Viele Themen bekamen eine offizielle Interpretation, die keinen Platz für alternative Meinungen ließ. In dieser Atmosphäre wurde das Studium der rumänischen Eliten in großem Maße

ignoriert und selbst der Begriff der „Elite“ hatte einen subversiven Charakter.¹

In der rumänischen Gesellschaft hatten sich in der Zeitspanne zwischen der Herrschaft des Fürsten Alexandru Ioan Cuza und der Einführung des kommunistischen Regimes sozio-politische Eliten entwickelt, die vor 1989 mit einem vereinfachenden und propagandistischen Begriff als „burghezo-moşierime“ (Bourgeoisie und Gutsbesitzer) bezeichnet wurden. Die Bedeutung dieser Eliten kann nicht unterschätzt werden, ohne die Geschichte dieser Epoche selbst zu verfälschen. Aus den gehobenen Kreisen der rumänischen Gesellschaft stammten die meisten Akteure der rumänischen politischen Szene: von der Bewegung der jungen rumänischen Bojaren in 1848² bis zu den Führern der demokratischen wie antidemokratischen Parteien der Zwischenkriegszeit.

Die Aristokratie hat die rumänischen Historiker und Soziologen wenig interessiert. Auf der Suche nach der nationalen Eigenartigkeit der rumänischen Gesellschaft schienen sie ihre aristokratische Dimension eher vergessen zu haben. Dieser Zustand ist seltsam, wenn man die wichtige Rolle bedenkt, die die Bojaren während des ganzen Mittelalters für die Erhaltung des Staates sowie im kulturellen Leben gespielt haben. Die Bojarenfamilien lebten auch nach 1858, dem Jahr der Abschaffung der Bojarenprivilegien weiter, indem sie ihr Prestige behielten. Die Aristokratie bewahrte ihren sozialen Status, auch nachdem sie nicht mehr einen klar abgegrenzten Teil der Gesellschaft darstellte. In diesem Sinne scheint uns die von Mihail Manoilescu gegebene Definition des Begriffs „Klasse“ verwendbar: Sie „kennzeichnet sich durch eine relative Dauer der aufeinanderfolgenden Generationen derselben Familie. Man erkennt die Klasse dadurch, daß sich die Individuen, die ihre Mitglieder sind, in der Zeit physisch verschwinden, aber die Familienstämme sich nur wenig verän-

- ¹ Rădulescu, Mihai Sorin: *Noţiunea de elită în istoriografia occidentală* [Der Begriff „Elite“ in der westlichen Geschichtsschreibung], in: *Contemporanul*, Nr. 7, Bukarest, 19. Februar 1993, S.8–9.
- ² Berindei, Dan: *Legăturile genealogice dintre fruntaşii revoluţiei de la 1848 din Ţara Românească* [Die genealogischen Verbindungen zwischen den Anführern der Revolution von 1848 aus der Walachei], in: *Caietele Bălcescu*, IX–X, Bălceşti pe Topolog, 1984, S.113–120.

dern.“³ Diese Definition kann für die Bojarenfamilien verwendet werden, deren Stämme sich oft bis heute fortsetzten. Mehr als in jedwelchen anderen Teil der rumänischen Gesellschaft ist die Kontinuität der Familien im Falle der Aristokratie erkennbar. Manoilescu definierte drei Hauptzüge der Begriffs „Klasse“: „1. Die Klasse ist eine soziale Gruppe, die aus zahlreichen Familien besteht. 2. Sie wird durch die Kontinuität der Generationen gekennzeichnet, indem ihre Mitglieder durch Geburt rekrutiert werden. 3. Die Klasse ist eine soziale hierarchische und horizontale Gruppe.“⁴

Die genealogische Forschung führt zu der Schlußfolgerung, daß während der Zwischenkriegszeit die Bojarenfamilien eine wahre Klasse bildeten,⁵ auch wenn ihre ökonomische Macht und ihr politischer Einfluß sich im Vergleich zu der Lage vor dem Ersten Weltkrieg erheblich verringerten. Die Meinungen der Historiker und Soziologen über die Kontinuität der rumänischen Aristokratie sind sehr unterschiedlich. Der Historiker Radu Rosetti, Nachfahre von moldauischen Großbojaren und Enkel des letzten Hospodaren der Moldau, Grigore Alexandru Ghica, schrieb über die „perfekte Ruine der Bojaren, die aufgehört haben, ein politischer Faktor zu sein“, sogar vor dem Ersten Weltkrieg.⁶ 1907 waren für diesen Autor die Nachfolger der Bojaren, „als Anzahl wie auch als ökonomische Bedeutung eine ganz vernachlässigbare Menge geworden, eine winzige Fraktion mit Ansprüchen innerhalb der neuen führenden Klasse. Die alte rumänische Oligarchie, wenn sie noch lebt, verdankt diesen Lebensrest der Erinnerung ihrer vergangenen Macht, und nicht ihrer aktuellen Macht, die nicht existiert.“⁷ Wir sind nicht der Meinung von Radu Rosetti über den Abgang der Bojaren von der Szene der Geschichte. Wir werden weiter unten auch konkrete Gründe angeben, die man für das Bewahren der Stellung der Bojaren in den politischen und kulturellen Strukturen nach der Zwischenkriegszeit anführen kann.

3 Manoilescu, Mihail: *Rostul și destinul burgheziei românești* [Der Sinn und das Schicksal der rumänischen Bourgeoisie], Bukarest, o.J., S.23.

4 Ebda., S.25.

5 Ebda., S.303–305.

6 Rosetti, Radu: *Pentru ce s-au răsculat țărani* (Warum sich die Bauern auflehnten), hg. von Z. Ornea. Bukarest 1987, S.368–369.

7 Ebda., S.369, siehe auch S.370 u. 372.

Eine interessante Meinung wurde von dem Soziologen Ștefan Zeletin ausgedrückt, der über die Beseitigung des Adels durch die Bourgeoisie, über die kulturelle Opposition, die die alte führende Klasse ausgeübt hatte, sprach.⁸ Wenn in anderen Ländern der Adel die Macht in seinen Händen mit Hilfe der Waffen zu bewahren versuchte, verwendeten „unsere Bojaren edlere Waffen als die gewöhnlichen: als führende Klasse hatten sie das Monopol der Kultur, der Intelligenz. Darum richteten sie gegen die Bourgeoisie die scharfsinnigen Waffen der Wissenschaft. Anders gesagt, war ihr Kampf ein kultureller Kampf.“⁹ So entstand die Gesellschaft „Junimea“ als kultureller Ausdruck des „theoretischen Kampfes gegen die rumänische Bourgeoisie“.¹⁰ Gleichzeitig war die Bourgeoisie immer mehr bestrebt, die Aristokratie, deren Lebensweise als vorbildlich galt, nachzuahmen.¹¹ Die Aristokratisierung der neuen höheren Schichten war ein Prozeß, der sich auch in der Zwischenkriegszeit abspielte und über welchen der Literaturhistoriker George Călinescu im Jahre 1941 in seiner Geschichte der Rumänischen Literatur schrieb: „Vor einem Jahrhundert konnte Gh. Eminovici zu einem Bojaren werden, da es einen Fürsten gab, der ihm diesen Titel verleihen konnte, während heute dem Bürger für immer diese Eitelkeit fehlt. Die rumänische Aristokratie bildet sich gerade heute und die zahlreichen Genealogien und Studien zur Familienarchivistik zeigen, daß die Individuen, die Urkunden hervorbringen können, die Neigung aufweisen, eine Kaste zu bilden und kollektiv der Initiative des Individuums Widerstand zu leisten“.¹² Die Bemerkungen von Călinescu wurden von dem Roman „Donna Alba“ von Gib Mihaescu veranlaßt, einem Roman, der die Bewunderung des aristokratischen Geistes ausdrückte.

Wie George Călinescu, dessen monumentale Literaturgeschichte zahlreiche Schriftstellergenealogien enthält, schrieb, kann man eine Be-

⁸ Zeletin, Ștefan: *Neoliberalismul (Der Neoliberalismus)*. Bukarest ³1992, S.34.

⁹ Ebda., loc.cit.

¹⁰ Ebda., S.35

¹¹ Chaussinand-Nogaret, Guy: *La noblesse, ministère de l'idéal*, in: *Noblesse oblige*, Nr. 89 von Autrement, April 1987, S.88–95.

¹² Călinescu, G.: *Istoria literaturii române de la origini până în prezent [Die Geschichte der rumänischen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart]*. Bukarest ²1982, S.764.

ziehung zwischen dem Selbstbewußtsein der Nachfolger der rumänischen Bojaren und dem Aufschwung der genealogischen Forschungen in der Zwischenkriegszeit feststellen. Aus dieser Periode stammen die Genealogien der Bojarenfamilien aus der Walachei, aufgestellt von Ioan C. Filitti, Emanoil Hagi-Mosco und George D. Florescu (die bis heute unveröffentlicht geblieben sind). Für die Moldau kann man die Werke von Sever Zotta, Gheorghe Ghibănescu, Constantin Gane und Gheorghe Bezviconi, der die Zeitschrift „Din trecutul nostru“ (Aus unserer Vergangenheit) veröffentlichte, erwähnen. Die genaueste Familienmonographie verdanken wir dem General Radu Rosetti: „Familia Rosetti“ (2 Bände, Bukarest 1938–1940). Das Buch ist in bemerkenswerter Weise dokumentiert. Und es ist nicht das einzige Werk dieser Gattung. In derselben Kategorie kann man die Monographien von Ioan Nădejde¹³, General Mihai Racoviță-Cehan¹⁴, Teodor Bălan¹⁵, Gheorghe Ungureanu¹⁶, Teodor Botiș¹⁷ usw. erwähnen.

Das Interesse für die Geschichte der Bojarenfamilien ist durch die Anzahl und die Qualität dieser Monographien, wie auch durch die Versuche der Gründung eines Instituts für genealogische Forschungen bewiesen. Als die Studien in diesem Bereich einen hohen Grad der Mannigfaltigkeit erreichten, erwies sich die Notwendigkeit ihrer Koordinierung. Im Rumänien der Zwischenkriegszeit gab es aber kein Institut und keine genealogische Gesellschaft, die diese Rolle hätte spielen können.

Am 7. Juli 1938 sandte Gheorge Bezviconi an Nicolae Iorga eine Denkschrift, in der er die Notwendigkeit eines genealogischen Instituts

¹³ Nădejde, Ioan: V. G. Morțun. Biografia lui și genealogia familiei Morțun [V. G. Morțun. Seine Biographie und die Genealogie der Familie Morțun]. Bukarest 1923.

¹⁴ Racoviță-Cehan, Mihai: Familia Racoviță-Cehan. Genealogie și istorie [Die Familie Racovita-Cehan. Genealogie und Geschichte]. Bukarest 1942.

¹⁵ Bălan, Teodor: Familia Onciul. Studiu și documente [Die Familie Onciu. Studium und Urkunden]. Cernăuți 1927.

¹⁶ Ungureanu, Gheorghe: Familia Sion. Studiu și documente [Die Familie Sion. Studium und Urkunden]. Iași 1936.

¹⁷ Botiș, Teodor: Monografia familiei Mocioni [Die Monographie der Familie Mocioni]. Bukarest 1939.

begründete.¹⁸ Es folgte die Denkschrift von George D. Florescu, die von N. Iorga im gleichen Jahr in der „Revista istorică“ (Historische Zeitschrift) veröffentlicht wurde.¹⁹ Es handelt sich zweifelsohne um einen der interessantesten Texte der rumänischen genealogischen Literatur. Florescu sprach von einem genealogischen Bewußtsein der rumänischen Bojaren des Mittelalters. Die Motivbilder z. B. galten ihm als Beweise der Vorfahrenverehrung im rumänischen Mittelalter.

Durch dieses Institut wollte man eine Kontrolle über die genealogischen Arbeiten ausüben, um den Dilettantismus zu bekämpfen und um wissenschaftliche Studien zu fördern. Das Institut sollte in fünf Abteilungen eingeteilt werden: 1. Die Walachei mit Oltenien (mit den Zentren in Bukarest und in Craiova); 2. Die Moldau, mit Bessarabien und der Bukowina (mit den Zentren in Iași, Chișinău, Cernăuți); 3. Siebenbürgen, Maramureș, Banat (mit dem Zentrum in Cluj); 4. Die Dobrudscha, mit dem Kadrilater (mit dem Zentrum in Constanța); 5. Eine Abteilung für Mazedonien. George D. Florescu betonte die Ziele jeder Abteilung des Instituts; er wollte ebenfalls einen Verein für gegenseitige Hilfe des rumänischen Adels, nach dem Vorbild der „Association d'entre aide de la noblesse française“, gründen.

Für die Verwirklichung eines genealogischen Institutes nahmen in der Presse Aurel George Stino, Theodor Râșcanu, George Grecianu²⁰, Scarlat Preajbă (Pseudonym des Generals N. Negreanu)²¹ sowie N. Moțoc-Epureanu²² Stellung. Dieser Plan wurde aber leider wegen des Krieges nicht verwirklicht. Am 7. März 1943 gründete man in der Bukarester Wohnung des Generals Mihai Racoviță-Cehan aber einen Verein von Fachleuten: „Cercul Genealogic Român“ (Der rumänische genealogische

¹⁸ Veröffentlicht in: *Cetatea Moldovei*, Januar 1944, S.67.

¹⁹ Florescu, George D.: *Planul unui Institut de genealogie. Memoriu* [Der Plan eines Institutes für Genealogie. Denkschrift], in: *Revista istorică*, Nr.10–12, Bukarest 1938, S. 340–350.

²⁰ In: *Din trecutul nostru*, Nr.36–39, S.88–89, Januar–April 1939, S.1–7; Mai–Juli, S.25–31; Oktober, S.1–4.

²¹ Preajbă, Scarlat: *Prezentări literare* [Literarische Darstellungen], Auszug aus der Zeitschrift „Bugeacul“. Bukarest 1941, S.21–27.

²² Moțoc-Epureanu, N.: *Un imperativ al vremii: Institutul român de cercetări genealogice* [Eine Notwendigkeit der Zeit: das rumänische Institut für genealogische Forschungen]. Iași 1942.

Zirkel).²³ Das Ziel des Vereins war die „Erforschung der Vergangenheit der Familien des Landes“, sowie die „Seelenannäherung zwischen allen Erforschern unserer Vergangenheit“. Es handelte sich meistens um das Studium der Bojarenfamilien, aber der Verein strebte nach einer sozialen Öffnung. An der Führung des Vereins standen Nachfolger der Bojaren. Als Vorsitzender wurde der General Mihai Racoviță-Cehan, als stellvertretender Vorsitzender George D. Florescu ernannt. Der Rumänische Genealogische Zirkel gab eine Zeitschrift „Arhiva Genealogică Română“ (Das Rumänische Genealogische Archiv) heraus. Dieser Verein hatte eine kurze Lebensdauer von nur einem Jahr. Er ist also in einer Atmosphäre der Förderung der Adels- und Familienstudien entstanden.

Waren sich die Nachfahren der Bojaren in der Zwischenkriegszeit ihrer Herkunft bewußt und an ihr interessiert? Was dachten sie über ihren eigenen Stammbaum? Die Memoirenliteratur dieser Epoche beantwortet diese Fragen; einige Beispiele aus diesem Genre seien hier erwähnt. Der Politiker Constantin Argetoianu schrieb über die Bojarengeschlechter aus Oltenien, von denen er abstammte.²⁴ Der Kunsthistoriker Alexandru Tzigara-Samurçaş entdeckte die Beweise seiner adeligen Herkunft in einer venezianischen Kirche.²⁵ Er war inmitten alter Familienurkunden aufgewachsen, deren Wert er seit seiner Kindheit zu schätzen gelernt hatte.²⁶ Ebenfalls in seinem Familienmilieu erfuhr er die Schönheit der Volkskunst.²⁷

Wenn Tzigara-Samurçaş seine Affinität zur Kultur an seine Herkunft knüpfte, sah auch der Historiker Nicolae Iorga seine Neigung zum politischen Leben als Folge seiner Abstammung von alten moldauischen Boja-

²³ Arhiva Genealogice Română [Das Rumänische Genealogische Archiv]. Bukarest 1944, S.85.

²⁴ Argetoianu, Constantin: Pentru cei de mâine [Für die von morgen], I. Band, I. Teil. Bukarest 1991, S.8–11, 13–14.

²⁵ Tzigara-Samurçaş, Al.: Memorii [Erinnerungen], I. Band, hg. v. Ioan und Florica Şerb. Bukarest 1991, S.21.

²⁶ Tzigara-Samurçaş, Al.: Muzeografie românească [Rumänische Museographie]. Bukarest 1936, S.XIII–XIV.

²⁷ Ebda.

rengeschlechtern (den Miclescu, den Catargi usw.).²⁸ Für Nicolae Iorga war die Liebe zur Geschichte eine Erbschaft der Vorfahren und zugleich der Ausdruck der Verbindung mit ihnen. Der Historiker glaubte fest an die byzantinische Abstammung der Familie seiner Mutter (der Familie Arghiropol).

Das Bewußtsein seiner sozialen Zugehörigkeit wurde klar von dem Schriftsteller Alexandru Paleologu ausgedrückt: „Ich habe immer zugegeben, daß ich eine bürgerliche Herkunft habe, ich hätte sie als adelig bezeichnet, aber so war die Formel, ich habe also meine Abstammung nicht verhüllt (...). Es wäre absurd gewesen, anders zu tun; indem ich meine Erinnerungen veröffentliche, sieht man klar, daß meine Kindheitserinnerungen in ein adeliges Milieu und adelige Kultur gehörten“.²⁹

Die rumänische Gesellschaft hat sich jahrhundertlang kontinuierlich entwickelt, indem sie sich im Mittelalter eine Oberschicht geschaffen hatte, die man als Aristokratie bezeichnen könnte, um einen allgemeinen Begriff zu benützen. Seine weite Geltung erlaubt, ihn für verschiedenartige soziale Kategorien zu verwenden: die Bojaren der Moldau und der Walachei, sowie die Nachfolger der Bojaren aus dem Făgăraş-Gebiet, der rumänischen Adelligen aus der Maramureş und aus anderen Regionen Siebenbürgens. Dieser Begriff umfaßt die verschiedenen angegebenen sozialen Gruppen unter dem Gesichtspunkt eines ihnen gemeinsamen Zuges, der Nobilität, deren symbolischer und kultureller Wert seine Kraft seit dem Mittelalter und bis heute behielt. Man kann beobachten, daß der adlige Charakter aus der Kontinuität der Tradition innerhalb derselben Familie hervorgeht.

Die Nobilität ist im Westen gewöhnlich von einer monarchischen Autorität verliehen und sie wird genealogisch weiter vererbt. Andererseits „la noblesse c'est l'oeuvre du temps“ – eine Eigenartigkeit auch des rumänischen Bojarentums. Die Nobilität war in der rumänischen Gesellschaft nicht unbedingt mit Adelstiteln verbunden, die eigentlich (mit

²⁸ Iorga, N.: *Orizonturile mele. O viață de om așa cum a fost* [Meine Horizonte. Ein Menschenleben so wie es war], hg. v. Veleriu und Sanda Râpeanu. Bukarest 1976, S.7.

²⁹ Paleologu, Al. / Tănase, Stelian: *Sfidarea memoriei (convorbiri)* [Die Herausforderung der Erinnerung (Gespräche)]. Bukarest 1996, S.59.

einigen Ausnahmen) bei den Bojaren der Moldau und der Walachei auch nicht existierten.

Die Adelstitel, die von den rumänischen Verfassungen von 1866 und 1923 nicht anerkannt wurden, stammten von ausländischen Autoritäten, gewöhnlich vom Habsburgischen Kaiser. So im bekannten Fall der Familie Brâncoveanu, die auch im Gotha-Almanach (unter der Form „Bassaraba de Brancovan“) verzeichnet ist, da der Hospodar der Walachei, Constantin Brâncoveanu, im Jahre 1695 zum Fürst des Römisch-Deutschen Reiches erhoben worden war.³⁰ Den Fürstentitel hat im Jahre 1900 ebenfalls Radu (Rodolphe) Kretzulescu vom italienischen König Umberto I.³¹ erhalten, mit dessen Tochter er sich verloben sollte. Als weitere Beispiele könnten angeführt werden: Constantin Bălăceanu, der am Ende des 17. Jhs. den Grafentitel bekam, die Barone Bellu, Meitani, Kapri usw.³²

Das westliche Adelssystem funktionierte in Siebenbürgen wie auch in der Bukowina³³ während der österreichischen Herrschaft. In Siebenbürgen blieben viele Rumänen auf dem Niveau des titellosen Kleinadels (gentry).³⁴ Die Rumänen, die zur katholischen Konfession übertraten, konnten den Stand der Agnaten erreichen. Die rumänische Abstammung der ungarischen Adelsfamilien Banffy, Kendeffy, Kemeny usw. ist bekannt. In der Bukowina erkannten die Behörden die Nobilität vieler Bojarenfamilien an.³⁵ Während der österreichischen Herrschaft wurden Adelstitel wie Edler, Ritter, Freiherr und einmalig der Grafentitel (für die Familie Wassilko von Serecki) verliehen.

Für die Aristokratie des alten rumänischen Königreiches sind die selbstverliehenen Adelstitel spezifisch. Es handelt sich also um die Nach-

³⁰ Die Brâncoveanu (Brancovan) sind in den Gotha-Almanachen verzeichnet, z. B. im *L'almanach de Gotha pour l'année 1912*, S.287.

³¹ Ebda., S.355.

³² Bălăceanu-Stolnici, Constantin: *Cele trei săgeți* [Die drei Pfeile]. Bukarest 1990, S.59.

³³ Larionescu, Train: *Familii vechi bucovinene* [Alte Familien aus der Bukowina] in: *Arhiva Genealogică Română*. Bukarest 1944, S.26–27.

³⁴ Pușcariu, Ioan cavalier de: *Date istorice privitoare la familiile nobile române* [Historische Angaben über die rumänischen Adelsfamilien], 2 Bde. Sibiu 1892–1895.

³⁵ Larionescu, T.: op. cit.

folger der Hospodaren der Fürstentümer, die oft den Fürstentitel verwendeten: zuerst die Nachfolger von Gheorghe Bibescu und Barbu Știrbei, danach auch die der phanariotischen Herrscher;³⁶ ähnlich handelten auch einige Cantacuzenen, besonders aus dem Zweig des Hospodaren Șerban Cantacuzino, sowie auch einige Ghica, wie der katholische Priester Vladimir Ghica, Enkel des Hospodaren Grigore Alexandru Ghica.³⁷ In der Zwischenkriegszeit gab es in der hohen rumänischen Gesellschaft den „Fürsten“ Barbu Știrbei, Ministerpräsident im Jahre 1927, und den „Fürsten“ George Valentin Bibescu, Vorsitzender des Internationalen Aeronautischen Verbandes. Die Adelstitel hatten im Rumänien der Zwischenkriegszeit einen mondänen und nicht einen juristischen Wert.

Nach 1918 enthielt die rumänische Aristokratie die Nachfolger der Bojaren der Walachei und der Moldau, die des rumänischen Adels aus Siebenbürgen, sowie die des Adels aus der Bukowina und aus Bessarabien; die in den moldauischen Bojarenfamilien wurzelten. Hinzu kamen Elemente des Großbürgertums, die durch Heirat von der Aristokratie assimiliert wurden. Es gab eine Tendenz der Homogenisierung der rumänischen Aristokratie, die sich durch Ehen zwischen Siebenbürgern und „Moldowalachen“ ausdrückte – einige Beispiele in diesem Sinne, die aus verschiedenen Generationen stammen: Constantin Sărățeanu (erster Vorsitzender des Hohen Gerichtshofes, Mitglied der Regentschaft) und Olga Popovici, die Schwester des Politikers Mihai Popovici; Octavian C. Tăslăuanu, Schriftsteller und Politiker; Fatma Sturdza, Enkelin Vasile Sturdzas, dem moldauischen Staatsmann und Mitglied der Regentschaft der Moldau in 1858–1859; Eugen Goga, der Bruder des Dichters Octavian Goga, und Eliza Odobescu, die Nichte des Schriftstellers Alexandru Odobescu und Nachfahrin mütterlicherseits der Bojarenfamilie Florescu und Manu; der Volkskundler Mihai Pop, der Neffe des Politikers Ilie Lazăr (de Purcăreți) und Irina Sturdza, Nachfahrin desselben Vasile Sturdza, und des Staatsmannes Ion Cămpineanu. Obwohl in der Gesellschaft solche Ehen gefunden werden können, gab es aber in der Politik Spannungen zwischen der politischen Klasse des alten Königreiches und

³⁶ Argetoianu, Constantin: *op. cit.*, S.110

³⁷ Bossy, Raoul: *Amintiri din viața diplomatică* [Erinnerungen aus dem diplomatischen Leben], I.Band. Bukarest 1993, S.187.

den aus Siebenbürgen stammenden Politikern.³⁸ Diese drückten sich in der Machtkonkurrenz zwischen der National-Liberalen Partei und der Nationalen Bauernpartei aus.

In den folgenden Betrachtungen werde ich versuchen, den Platz der Aristokratie in der rumänischen Gesellschaft zwischen 1918 und 1947 zu definieren. Sie fußen auf der genealogischen Analyse mehrerer rumänischer politischer Persönlichkeiten, deren Vorfahren und Verwandtschaftsbeziehungen ich untersucht habe.

Wenn mit der Abschaffung der Bojarenprivilegien im Jahre 1858, durch die Pariser Konvention, die rechtliche Existenz der Bojaren beendet worden war, setzte sich ihre physische und geistige Existenz in dem privaten Bereich doch fort. Man könnte vielleicht einen Vergleich mit der Stellung der Bojaren im rumänischen Mittelalter (im 15. und 16. Jh.) wagen, eine Stellung, die selten mit dem Amt der betreffenden Person zu tun hatte, sondern vielmehr mit der Geburt in eine Bojarenfamilie, welche Boden besaß, sich eines besonderen sozialen Prestiges erfreute und oft mit dem Hospodaren (im Falle der Großbojaren, die als „vlastelini“ bezeichnet wurden) und mit anderen Bojarengeschlechtern verwandt war.³⁹ Wenn wir uns einen solchen Sprung in der Zeit und im Raum erlauben könnten, würden wir auch eine andere Frage stellen: hörte der Adel in Frankreich nach der Abschaffung der aristokratischen Privilegien „de facto“ auf zu existieren? Die Antwort ist negativ – auch heute gibt es in Frankreich den Adel als relativ geschlossene soziale Gruppe, mit spezifischen Zügen.⁴⁰ Eine ähnliche Lage kannte die rumänische Gesellschaft nach 1858.

Bis zur Einführung des kommunistischen Regimes erlebte die rumänische Gesellschaft eine organische Entwicklung, ohne brutale Umgestaltungen, ohne strukturelle Umwälzungen. Eine bedeutsame Veränderung in der Entwicklung der politischen Klasse während des liberalen Regimes

³⁸ Argetoianu, Constantin: *Memorii* [Erinnerungen], IV. Band, VI. Teil. Bukarest 1996, S.220–221.

³⁹ Pleşia, Dan: *Quelques grandes familles valaques des XIVe et XVe siècle*, in: 12. Internationaler Kongreß für genealogische und heraldische Wissenschaften. München 1974, Bd. Genealogie, S.209–219.

⁴⁰ „Noblesse oblige“, „Autrement“, Nr. hg. v. Y. de Kerorguen und O. Poivre d'Arvor. Paris 1987.

war die Assimilation der aus Siebenbürgen stammenden rumänischen Politiker, die sich auf der politischen Szene nach 1918 als sehr aktiv erwiesen haben. Diese Elite, die in das Spiel eintrat, umfaßte zahlreiche Nachfolger des rumänischen Kleinadels, so wie z. B. Iuliu Maniu⁴¹ und Alexandru Vaida Voevod. Nach dem Verschwinden der Bojaren als privilegierte Klasse der Gesellschaft äußerten sich ihre Vertreter weiter im öffentlichen Leben Rumäniens. Sie verwendeten dabei das symbolische und kulturelle Kapital ihrer Familien.⁴² Wie schon betont worden ist, behielten die alten Bojarengeschlechter – manchmal mit Linien hoch- und mittelbürgerlicher Familien alliiert und oft lange Stammbäumen mittelalterlicher Würdenträger weiterführend – ihre soziale Stellung bis zur Sowjetisierung des Landes, also auch nach den Veränderungen, die nach dem Ersten Weltkrieg stattfanden. Oft auch mit den Phanarioten genealogisch verbunden, überstanden sie die Schwankungen in der sozialen Hierarchie des 19. und zu Beginn des 20. Jhs.

Man müßte systematische Untersuchungen über den Einfluß der phanariotischen Familien in der Entwicklung der rumänischen Aristokratie durchführen. Man müßte sich in diesem Zusammenhang fragen, ob man z. B. von einer Heiratspolitik der Phanarioten sprechen könnte. Und wann kann man überhaupt von der Assimilation einer phanariotischen Familie sprechen, d. h. nach wievielen Generationen, die sie in der rumänischen Gesellschaft gelebt hat? Inwieweit beeinflussten die Phanarioten die Entstehung des rumänischen Bürgertums im 19. Jh.? Zahlreiche Griechen, die in der Klasse der rumänischen Bojaren akzeptiert worden sind, wie die Vertreter der Familien Mano, Ventura und vieler anderer, wurden schnell zu Rumänen, während die Sutzu z. B. wegen ihrer starken Endogamie den Idealen der nationalen, politischen und kulturellen Wiederge-

⁴¹ Rădulescu, Mihai Sorin: *Despre genealogia lui Iuliu Maniu* [Über die Genealogie von Iuliu Maniu], in: *Iuliu Maniu în fața istoriei* [Iuliu Maniu vor der Geschichte]. Bukarest 1993, S.14–20.

⁴² Berindei, Dan: *Mutations dans le sein de la classe dirigeante valaque au cours du deuxième quart du XIXe siècle*, in: „Genealogica et Heraldica. Reports of the 14. International Congress of Genealogical and Heraldic Sciences in Copenhagen 25–28 August 1988. Kopenhagen 1988; ders.: *Societatea românească în vremea lui Carol I (1866–1876)* [Die rumänische Gesellschaft zur Zeit Carols I.]. Bukarest 1992, S.104–107.

burt Griechenlands verbunden blieben.⁴³ Die in das rumänische Milieu integrierten Phanarioten brachten einen wichtigen Beitrag zu der Formierung der politischen Klasse Rumäniens; so z. B. entstammte der liberale Politiker Mihail G. Orleanu (1859–1942), Minister und Vorsitzender des Abgeordnetenhauses, zwei bedeutenden phanariotischen Geschlechtern, den Plagino und den Aristarchi.⁴⁴

Die Nachfolger der Phanarioten gehörten nicht nur der liberalen Elite an, sondern auch der sozialen Basis der Konservativen Partei. So z. B. im Falle des Generals Gheorghe Manu (1833–1911), einem der einflußreichsten Gestalten dieser Partei und Sohn des Regenten („caimacam“) Ioan Manu und seiner Frau Ana, geborene Ghika.⁴⁵ Mehrere hohe Würdenträger des Patriarchats in Konstantinopel – des kulturellen und historischen Erben der byzantinischen Legimität – gehörten der Familie Mano⁴⁶ an, und ein Zweig dieser Familie ist in Griechenland geblieben, wo er auch heute noch existiert.

Trotz der Öffnung, welche die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im politischen Leben Rumäniens nach dem Ersten Weltkrieg verursachte, lieferten die Nachfahren der Bojaren weiterhin politische Führer des Landes, sowie berühmte Intellektuelle. Die Vertreter der Aristokratie brachten die Tradition der politischen Beschäftigung mit sich, sowie eine gepflegte Erziehung, meistens im Westen vollendet, besonders in Frankreich und in Deutschland. Sie kamen ins politische Leben mit einem hohen sozialen Prestige, das sie der Vergangenheit ihrer Familien, ihrem Vermögen, ihren Verwandtschaftsbeziehungen, ihren durch Generationen weitergeführten Freundschaften verdankten. Alle diese Vorteile, die ihren sozialen Status definierten – und diese Aufzählung ist natürlich unvollständig – mußten durch gezielte Ehen bewahrt werden, die die von

⁴³ Sturdza, Mihail Dimitri: *Grandes familles de Grèce, d'Albanie et de Constantinople. Dictionnaire historique et généalogique.* Paris 1983.

⁴⁴ Ghyka, G. u. Rădulescu, M. S.: *Orlenii [Die Orleanu]*, in: *Porto-franco*, Nr.3–4 (9–10). Galați 1991, S.42; diess.: *Din trecutul P.N.L. – Mihail G. Orleanu [aus der Vergangenheit der National-Liberalen Partei – Mihail G. Orleanu]*, in: *Liberalul*, Nr. 34, 18.–25. Januar 1991. Bukarest, S.1.

⁴⁵ Sturdza, M. D.: *op.cit.*, S.315.

⁴⁶ Mano, Constantin G.: *Documente din secolele al XIV-lea – al XIX-lea privitoare la familia Mano [Urkunden aus dem 14.–19. Jh. über die Familie Mano]*. Bukarest 1907.

der Bodenreform von 1921 erheblich verkleinerten Vermögen zu retten versuchen sollten.

Die Tatsache, daß viele Politiker, die sich im öffentlichen Leben vor und nach dem Ersten Weltkrieg äußerten, direkte Nachkommen der alten Bojarenfamilien waren, wurde von dem Historiker Neagu Djuvara in einer im Jahre 1987 in den „Südostforschungen“ veröffentlichten Studie hervorgehoben.⁴⁷ Diese Tatsache werden wir jetzt mit Hilfe der Genealogie näher betrachten. So stammte z. B. I. G. Duca, einer der hervorragendsten liberalen Politiker der Zeit durch seine Mutter Lucia, geborene Ghica-Budeşti, aus der zahlreichen fürstlichen Familie der Ghica und durch seine Großmutter mütterlicherseits, aus dem Geschlecht der walachischen Großbojaren Filipescu.⁴⁸ Die Ahnen des Politikers Constantin Argetoianu, eine bedeutende Gestalt der rumänischen Freimaurerei der Zwischenkriegszeit, waren Vertreter der Familien Oteteleşanu, Rahoviţeanu und Slătineanu⁴⁹, um nur einige Namen seiner Vorfahren aufzuzählen. Diese Feststellung kann auch durch die Genealogie des Diplomaten Nicolae Titulescu veranschaulicht werden, dessen Mutter aus der alten Bojarenfamilie der Urdăreanu stammte. Titulescus Großmutter mütterlicherseits war die Schwester des Malers Theodor Aman und des Costache Aman, dessen Tochter Elena sich im Jahre 1853 mit Barbu Bălcescu, dem jüngeren Bruder des Historikers und Politikers Nicolae Bălcescu, vermählt hatte.⁵⁰ Eine ihrer Töchter war die Mutter des Ingenieurs Ion Gigurtu⁵¹, Ministerpräsident im Jahre 1940, der also ein Neffe von Nicolae Titulescu war.

⁴⁷ Djuvara, Neagu: *Les Grandes Boyards ont-ils constitué dans les principautés roumaines une véritable oligarchie institutionnelle et héréditaire?*, in: *Südostforschungen* 46 (1987).

⁴⁸ Siehe das für die letzten Generationen der Familien verwendbare genealogische Werk von Lecca, Octav George: *Genealogia a 100 de case din Țara Românească și Moldova* [Die Genealogie von 100 Häusern aus der Walachei und der Moldau]. Bukarest 1911, Tafel 45.

⁴⁹ Argetoianu, Constantin: *op. cit.*, S.7–17.

⁵⁰ Rădulescu, M. S.: *Despre originea și înrudirile lui Nicolae Titulescu* [Über die Abstammung und die Verwandtschaftsbeziehungen von Nicolae Titulescu], in: „*Dreptatea*“, Nr. 278, Bukarest, 11. Januar 1991, S.2; ders.: *Theodor Aman – legături genealogice* [Theodor Aman – genealogische Verbindungen], in: *Centenar Theodor Aman 1991*. Bukarest 1991.

⁵¹ Rădulescu, M. S.: *op.cit*, S.26.

Die Vertreter der rumänischen historischen Elite erscheinen nicht nur in politischen Parteien von liberaler und demokratischer Prägung, sondern auch in rechts- und linksradikalen Bewegungen. So z. B. stammte der General Gheorghe Cantacuzino „Grănicerul“, Vorsitzender der ultranationalistischen Partei „Totul pentru țară“ („Alles für das Vaterland“), von dem Hospodaren der Walachei Șerban Cantacuzino⁵², während Alecu Cantacuzino, eine junge Hoffnung der Eisernen Garde, der Enkel des konservativen Politikers Gheorghe Grigore Cantacuzino war.⁵³ Alexandru Ghika – der Leiter der Polizei der Eisernen Garde – war der Urenkel des Grigore Alexandru Ghica, dem letzten Hospodaren der Moldau, und auch der direkte Nachkomme des Politikers Ion Câmpineanu.⁵⁴ Einer der bekanntesten kommunistischen Intellektuellen war der Dichter und Historiker Scarlat Callimachi, der „rote Prinz“ genannt, direkter Nachfahre eines Bruders des Hospodaren der Moldau Ioan Theodor Callimachi; seine Mutter war die Tochter des Politikers Gheorghe Vernescu.⁵⁵

Unter den 20 Ministerpräsidenten Rumäniens zwischen 1918 und 1940 stammten elf (väterlicherseits oder mütterlicherseits) aus der historischen Elite der Donaufürstentümer (der General Constantin Coandă; Ion I. C. Brătianu, Barbu Știrbei, Vintilă Brătianu, Nicolae Iorga, I. G. Duca, Dr. Constantin Angelescu, Gheorghe Tătărescu, der General Gheorghe Argeșanu, Constantin Argetoianu, Ion Gigurtu); zwei stammten aus dem rumänischen Kleinadel aus Siebenbürgen (Iuliu Maniu, Alexandru Vaida Voevod); zwei entstammten dem bürgerlichen Milieu (Take Ionescu, Armand Călinescu), zwei hatten bäuerliche Herkunft (der General Alexandru Averescu, der Patriarch Miron Cristea), einer entstammte dem orthodoxen Pfarrermilieu aus dem Süden Siebenbürgens (der Dichter Octavian Goga), einer stammte von moldauischen Freibauern (der Professor George G. Mironescu), einer war der Sohn eines Beamten von fremder Herkunft (der General Arthur Văitoianu).

⁵² Filitti, Ioan C.: Arhiva Gheorghe Grigore Cantacuzino. Bukarest 1919, Anhang II.

⁵³ Ebda.

⁵⁴ Lecca, O. G.: op. cit, Tafeln 23 u. 45.

⁵⁵ Xenopol, A. D.: Istoria și genealogia casei Callimachi [Die Geschichte und die Genealogie des Hauses Callimachi]. Bukarest 1897, S.198–199.

Die Brătianu, die sich an der Spitze der National-Liberalen Partei befanden, die als Ziel die Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie hatte, waren auch alter adeliger Herkunft, adelig in dem osteuropäischen orthodoxen Sinn.⁵⁶ Ihre Genealogie kann man bis in das 15., und sogar bis Ende des 14. Jhs. verfolgen, wenn man die Bojaren Vlădescu in Betracht zieht, die ihre Vorfahren in weiblicher Linie waren.⁵⁷

Das Verschwinden der Konservativen Partei aus dem politischen Leben stellte eine Folge der Demokratisierung des Wahlrechts nach dem Ersten Weltkrieg dar, des Zugangs zum politischen Leben einer großen Anzahl von Bürgern – meistens aus dem dörflichen Milieu – die bis dahin nicht das Recht zur Äußerung auf diesem Gebiet gehabt hatten. Die wichtigen Reformen, die nach 1918 durchgeführt wurden, verringerten erheblich die ökonomische Basis der rumänischen historischen Elite. Trotzdem waren die Nachkommen der Bojarengeschlechter weiter aktiv in der Politik, in der Wissenschaft sowie in der Kunst. Hierfür finden sich zahlreiche Beispiele. In der Zwischenkriegszeit wurde die berühmte Zeitschrift „Convorbiri literare“ durch den Kunsthistoriker Alexandru Tzigara-Samurcaș geleitet, dem Urneffen des „vornics“ Constantin Samurcaș, einem griechischen Bojaren, Mitglied der Hetărie und hohem Würdenträger am Bukarester Hofe zu Beginn des 19. Jhs.⁵⁸

Nicolae Ghika-Budești, eine der hervorragendsten Gestalten der rumänischen Baukunst, zugleich Künstler und Architekturhistoriker, Verfasser eines klassischen Werkes über die Entwicklung der Baukunst in der Walachei, stammte aus einem moldauischen Zweig der Familie Ghica⁵⁹, die zehn Hospodaren der Donaufürstentümer geliefert hatte. Durch seine Mutter war er Cousin ersten Grades des Architekten G.M. Cantacuzino

⁵⁶ *Genealogia familiei Brătianu* [Die Genealogie der Familie Brătianu], aufgestellt von George D. Florescu, überprüft und ergänzt von Dan Cernovodeanu, veröffentlicht in der Broschüre von Ion I. Brătianu: *Contribuția lui Ioan C. Brătianu la revoluția pașoptistă din Țara Românească și cugetările sale despre această revoluție* [Der Beitrag Ioan C. Brătianus zur Revolution von 1848 in der Walachei und seine Gedanken über diese Revolution]. Paris 1983.

⁵⁷ Vlădescu, Nicolas M.: Der Stammbaum der Familie Vlădescu (unveröffentlicht); die genealogische Monographie über die Familie Vlădescu, in der Handschriftenabteilung der Bibliothek der Rumänischen Akademie in Bukarest (Signatur A 2460).

⁵⁸ Tzigara-Samurcaș, Alexandru: *Memorii*, S.15.

⁵⁹ Lecca, O. G.: *op. cit.*, Tafel 45.

und des Malers Theodor Pallady, zwei anderen Aristokraten und Intellektuellen, die beide – einer väterlicherseits, der andere mütterlicherseits – aus dem Zweig Daleanu-Măgureanu der Familie Cantacuzino stammten.⁶⁰ Die Bojarenklasse hatte noch genug Energie, um der rumänischen Kultur zahlreiche Talente zu liefern. Der Erfinder Henri Coandă, Sohn des Generals Constantin Coandă, war der Urenkel Ghiță Coandăs, der im Jahre 1845 die Bojarenwürde eines „pitar“ bekommen hatte.⁶¹ Einer der berühmtesten Juristen des Landes, Istrate Micescu, war der Enkel eines gleichnamigen Bojaren, der am 30. August 1839 ebenfalls zum „pitar“ ernannt worden war.⁶²

An der Spitze der rumänischen historischen Schule der Zwischenkriegszeit befanden sich ebenfalls Nachfolger der alten Bojarenklasse. Nicolae Iorga hatte in der Familie seines Vaters fünf Würdenträger; sogar sein Vater war im Jahre 1858 zum „medelnicer“ ernannt worden. Das alte Bojarentum aber kam bei Nicolae Iorga durch seine Mutter in die Familie; näher gesagt durch seine Urgroßmutter Catinca Miclescu; diese hatten einen Sohn Gheorghe Arghiropol, der sich mit Elena, der Tochter des „vornics“ Iordache Drăghici, einem der aufgeklärten Bojaren am Anfang des 19. Jh. vermählte. Aus dieser Ehe wurde Zulnia Arghiropol, die Mutter von Nicolae Iorga, geboren.⁶³ Desgleichen stammte Gheorghe Brătianu, Historiker von europäischer Dimension, durch seine Mutter Maria, geborene Moruzi⁶⁴, von den phanariotischen Hospodaren Constantin und Alexandru Moruzi ab, während seine Frau Elena, geborene Sturdza war.⁶⁵

⁶⁰ Cantacuzène, Jean-Michel: Mille ans dans les Balkans. Paris 1992, S.442.

⁶¹ Rădulescu, M. S.: Genealogia lui Henri Coandă [Die Genealogie Henri Coandăs], in: Contemporanul, Nr.1, 8. Januar 1993, S.1,6,7.

⁶² Filitti, Ioan C.: Catagrafie oficială de toți boerii Țării Românești la 1829 [Amtliches Verzeichnis aller Bojaren der Walachei von 1829]. Bukarest 1929, S.23.

⁶³ Gorovei, Ștefan S. u. Rădulescu, M. S.: Strămoșii cunoscuți ai lui N. Iorga [Die bekannten Vorfahren von N. Iorga], in: „Acta Moldaviae Meridionalis“, VII–VIII. Vaslui 1985–1986.

⁶⁴ Marinescu, Florin: Etude généalogique sur la famille Mourouzi. Athena 1987, S.127

⁶⁵ Rădulescu, M. S.: Posteritatea lui Mihail vodă Sturdza [Die Nachkommenschaft des Fürsten Mihail Sturdza], in: Arhiva Genealogică, neue Folge, Nr.3–4. Iași 1995, S.277–282.

Der Historiker P. P. Panaitescu stammte durch seine Mutter Leonia geborene Greceanu – aus dem moldauischen Bojarengeschlecht der Greceanu⁶⁶ – aus den Familien Mano (aus deren moldauischen Zweig), Miclescu⁶⁷ usw. Durch seine Großmutter, Profira Mano, geborene Miclescu, war P. P. Panaitescu ein Cousin vierten Grades (trotz des Altersunterschiedes) von Nicolae Iorga⁶⁸, mit dem er in großer historiographischer Polemik stand. Man könnte in diesem Sinne ebenso den Historiker Ioan C. Filitti, einen Nachkommen mütterlicherseits der Bojaren Slătineanu, erwähnen. Einer der bedeutenden Altertumswissenschaftler seiner Zeit, Scarlat Lambrino, stammte aus einem moldauischen Bojarengeschlecht griechischer Herkunft, das in der Moldau erstmals im 17. Jh. urkundlich erwähnt wird.⁶⁹

In der rumänischen biologischen Wissenschaft der Zwischenkriegszeit traten mindestens drei Vertreter der Aristokratie hervor: der Entomologe Aristide Caradja, der Arzt Ioan Cantacuzino und der Speläologe Emil Racoviță. Aristide Caradja war der Urenkel des Ioan Caradja, Hospodar der Walachei zwischen 1812 und 1818⁷⁰ und seine Mutter Eufrosina, geborene Sutzu, stammte von einem anderen phanariotischen Hospodar, Alexandru Sutzu, der Caradja auf dem Throne in Bukarest folgte. Der Arzt Ioan Cantacuzino war den Enkel des Großbojaren Constantin Cantacuzinos, Regent der Walachei in den Jahren 1848/49, und seine Mutter war die Tochter des Generals Nicolae Mavros.⁷¹ Emil Racoviță stammte aus dem alten Bojarengeschlecht der Racoviță-Cehan, das im 15. Jh. erstmals urkundlich erwähnt wurde.⁷²

In der Musik und in der Musikwissenschaft zeichneten sich der Volksmusikwissenschaftler Constantin Brăiloiu aus, Nachfolger einer

⁶⁶ Ghibănescu, Gh.: Familia Greceanu din Moldova [Die Familie Greceanu aus der Moldau], in: Ion Neculce, Nr.9, I. Teil, 1931, S.191–219.

⁶⁷ M. S. Rădulescu bereitet zur Zeit eine Studie über die Ahnen des Historikers P. P. Panaitescu vor.

⁶⁸ Gorovei, Ștefan S. u. Rădulescu, M. S.: op.cit., S.442, Anm. 23 und 36.

⁶⁹ Cf. Perietzianu-Buzău, Alexandru: der Stammbaum der Familie Lambrino (unveröffentlicht).

⁷⁰ Sturdza, M. D.: op. cit., S.257–258, 420.

⁷¹ Cantacuzène, Jean-Michel: op. cit., S.440.

⁷² Racoviță-Cehan, M.: op. cit.

alten Bojarenfamilie aus Oltenien; Mihail Jora, ein berühmter Komponist und Dirigent stammte aus einem alten moldauischen Geschlecht, dem die Mutter des Chronisten Grigore Ureche zugehört hatte. Seine Großmutter väterlicherseits Smaranda Jora, geborene Rosetti, war die Nichte von Costache Negri, einem bekannten Politiker und Schriftsteller aus dem 19. Jh.⁷³ Mihail Jora war ebenfalls ein Cousin ersten Grades der Maruca Cantacuzino, geborene Rosetti-Tatcanu, der Gattin des Komponisten George Enescu. Die Anzahl der Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler der Zwischenkriegszeit, die aus rumänischen aristokratischen Familien entstammten, ist sehr hoch und ihre Aufzählung könnte ermüdend werden. Darum erwähnen wir nur noch einige Namen: die Dichter Elena Văcărescu, Ion Pillat, Adrian Maniu, die Prinzessin Martha Bibescu, den Sprachwissenschaftler Alexandru Rosetti, die Schauspielerin Lucia Sturdza-Bulandra, den Mathematiker Alexandru Ghika, den Geologen Ștefan Ghika-Budești usw.

Die Diplomatie war eine der rumänischen Elitekorps, dem die Bojarenklasse zahlreiche Elemente lieferte. Wegen der Fremdsprachenkenntnisse, der gepflegten Erziehung und dem sozialen Status, der mit der diplomatischen Laufbahn verbunden war, traten die Nachfolger der aristokratischen Familien besonders häufig in die Diplomatie ein, eine Tatsache, die mit Hilfe vieler Beispiele bewiesen werden kann. Wir haben schon Nicolae Titulescu erwähnt, ebenso entstammte Grigore Gafencu durch seinen Vater einer Bojarenfamilie aus der Bukowina und durch seine Mutter dem Bojarengeschlecht der Costaki⁷⁴, dem der Metropolit der Moldau Veniamin Costaki und der Politiker Manolache Costaki Epuoreanu angehört hatten. Die Mutter des Diplomaten Nicolae Petrescu-Commen, Außenminister Rumäniens, stammte aus der Familie Cernovodeanu.⁷⁵ Auch in der Regierung der Eisernen Garde, im Herbst des Jahres 1940, war das Außenministerium von einem Sturdza, Mihail

⁷³ Lecca, O. G.: op. cit.

⁷⁴ Rădulescu, M. S.: Grigore Gafencu – date genealogice [Grigore Gafencu – genealogische Angaben], in: *Contemporanul*, Nr. 38 (75), 20. Sept. 1991, S. 6; ders.: *Completări la genealogia lui Grigore Gafencu* [Ergänzungen zur Genealogie von Grigore Gafencu], *ibidem*, Nr. 41 (182), 15. Oktober 1993, S. 11.

⁷⁵ Cf. Cernovodeanu, Paul: *Der Stammbaum der Familie Cernovodeanu* (unveröffentlicht).

(Lucă) Sturdza, geleitet, der ein Enkel des obenerwähnten Vasile Sturdza war.⁷⁶ Mihail Manoilescu, Wirtschaftswissenschaftler und Außenminister in der Regierung Gigurtu, stammte mütterlicherseits von den moldauischen Bojarengeschlechtern Bădărău und Tăutu.⁷⁷

Alle diese Beispiele – und wir hätten genauso auch andere wählen können – zeigen, daß vor dem Sowjetisierungsprozeß des Landes die rumänische Gesellschaft von historischen Eliten geleitet worden ist. Die diktatorischen Regime, die 1938 und danach 1940 eingeführt worden sind, hatten keine Folgen für die Entwicklung der Strukturen der Gesellschaft. Der erste Leiter der Regierung nach der Wiedereinsetzung des demokratischen Regimes im August 1944, der General Constantin Sănătescu, stammte aus einer Bojarenfamilie aus dem oltenischen Kreis Gorj, die im Jahre 1717 von dem Kaiser Karl VI. geadelt worden war.⁷⁸

Bis zu der Einführung des kommunistischen Regimes führten die Nachfolger der Bojaren ihr von der französischen Zivilisation tiefgreifend beeinflusstes Leben weiter; meistens behielten sie ihre Gutshäuser und ihre Bukarester Wohnsitze.

Das Leben auf dem Lande hatte auch in der Zwischenkriegszeit seine Bedeutung. Die Enteignungen, die von der Bodenreform verursacht worden waren, beeinflussten die ökonomische Grundlage der Aristokratie stark, indem sie den Großgrundbesitz um 6 Millionen ha verkleinerte.⁷⁹ Die Nachfolger der Bojaren besaßen aber weiterhin große Ackerflächen mit ihren Gutshäusern. Das Landgut der Brătianu war Florica, das von Gheorghe Tătărescu Poiana (im Kreis Gorj), das von Iuliu Maniu sein Geburtsdorf Bădăcin (im Kreis Sălaj). Orte, die politisch-mythologische Bedeutung erlangten.

Das Leben der Aristokratie auf dem Lande erscheint in den Erinnerungen ihrer Nachkommen, die nach 1989 veröffentlicht wurden: so er-

⁷⁶ Sturdza, Mihai: *România și sfârșitul Europei. Amintiri din țara pierdută* [Rumänien und das Ende Europas. Erinnerungen aus dem verlorenen Land]. Alba Iulia – Paris, 1994, S.52.

⁷⁷ Manoilescu, Mihail: *Memorii* [Erinnerungen], I.Band. Bukarest 1993, S.19

⁷⁸ Ștephănescu, Mihail G. u. Mănescu, Ioan N.: *Enluminures héraldiques des XVIe – XVIIe siècles dans la collection de l'Académie Roumaine*, in: *Revue Roumaine d'Historire de l'Art – Beaux-Arts*, Band XVII, 1980, S.32–33.

⁷⁹ Șandru, D.: *Reforma agrară din 1921 din România* [Die Agrarreform von 1921 aus Rumänien]. Bukarest 1975, S.350.

zählt z. B. der Literaturkritiker Matei Călinescu über das Gutshaus in Dârvari (in dem Kreis Mehedinți), das der Familie seiner Mutter, den Vulcănescu, gehört hatte.⁸⁰ Elisabeth Varlam, die Tochter des Generals und Historikers Radu Rosetti, erinnerte sich ihres Vaters:

„Ich glaube, daß der Ort, wo mein Vater sich am besten fühlte, Brusturoasa, an dem Fluß Trotuş, im Kreis Bacău, war. Dort war der Besitz meiner Mutter (Ioana Rosetti, geborene Ştirbei), wo sie nach ihrer Heirat die Sommerzeit verbrachten. Meine Mutter war sehr stark mit diesem Ort verbunden, wie auch mein Vater. Als Andenken an meine Mutter errichtete mein Vater dort eine Schule und eine Krankenbehandlungsstelle, er reparierte Kirchen und half den Leuten aus diesem Ort, wie er es vermochte, er zeigte uns durch alle seine Äußerungen seine tiefe Liebe für die Bauern und für das Land“.⁸¹

In der Zwischenkriegszeit wohnte die Prinzessin und Schriftstellerin Martha Bibescu in ihrem Schloß in Mogoşoaia bei Bukarest, welches sie nach den Plänen der Architekten Domenico Rupolo und G.M. Cantacuzino restaurieren ließ. Das alte Herrenhaus der Bojaren Buzescu in Strejeşti (im Kreis Olt) wurde von der Familie Dârvari geerbt; in Ştrobăneasa (im Kreis Teleorman) gab es den Sitz der Familie Racottă; in Buftea, Voila (im Kreis Prahova) und Dărmăneşti lagen die Herrenhäuser der Familie Ştirbei; in Sihlea (im Kreis Buzău) wurde das Herrenhaus der Bojaren Grădişteanu von der Familie Ghica (dem Zweig des Ingenieurs Şerban Ghica) geerbt. Die Ghica aus der Walachei (der Zweig des Nicolae I. Ghica, dem Sohn des Schriftstellers Ion Ghica) besaßen ein Herrenhaus in Ghergani (im Kreis Dâmboviţa), während die Ghica aus der Moldau Besitzer wahrer Schlösser in ihrem Heimatgebiet waren: in Comăneşti, Doftana usw. Die Fürsten Brâncoveanu hatten ein Herrenhaus in Breaza (im Kreis Prahova). Der Diplomat Antoine Bibescu hatte als Sommersitz das Herrenhaus in Corcova (im Kreis Mehedinți). In Ciocăneşti (im Kreis Ilfov) befand sich das Herrenhaus der Prinzessin Alexandrina Cantacuzino, geborene Paldi, der Vorsitzenden des Vereins

⁸⁰ Călinescu, Matei u. Vianu, Ion: *Amintiri în dialog* [Erinnerungen im Dialog]. Bukarest 1994, S.31–32.

⁸¹ Varlam, Elisabeta H.: *Un remember* [Eine Erinnerung], in: Rosetti, R.: *Pagini de jurnal* [Tagebuchseiten]. Bukarest 1993, S.35.

der Rumänischen Orthodoxen Frauen. Die Cantacuzino besaßen in der Zwischenkriegszeit (mit einer Kontinuität seit dem 17. Jh.) Bodenflächen und Herrenhäuser in dem Kreis Prahova: in Râfov (der Zweig von Șerban Vodă), in Florești und in Poiana Țapului (der Zweig des Politikers Gheorghe Grigore Cantacuzino) usw. In Căciulați (im Kreis Ilfov) gehörte das neoklassizistische, von dem Hospodaren Alexandru Ghica errichtete Herrenhaus den Nachfolgern der Familie Blaremburg (den Mavrocordat und den Filipescu). Das Herrenhaus des Gelehrten Udriște Năsturel aus dem 17. Jh. in Herăști (im Kreis Ilfov) war im Besitz der Nachkommen des liberalen Politikers Anastase Stolojan. Der Sitz der Familie Callimachi auf dem Lande war das Herrenhaus in Stâncești (im Kreis Botoșani)⁸², sowie der eines Zweiges der Bojaren Miculescu – das Herrenhaus in Călinești (auch im Kreis Botoșani). Die berühmte Familie Văcărescu besaß Herrenhäuser in Văcărești (im Kreis Dâmbovița) und in Mănești (im Kreis Prahova).

Die von Lydia Filipescu, geborene Handjerli, der Nachfahrin des phanariotischen Hospodaren Alexandru Handjerli, veranstalteten „gardenparties“ in ihrem Bukarester Wohnsitz, auf der Dionisie-Lupu-Strasse oder die von Constanța Cantacuzino, der Schwester des Wissenschaftlers Ioan Cantacuzino, in ihrem Haus in Bukarest organisierten Konzerte waren prestigevolle Orte, wo sich die rumänische historische Elite der Zwischenkriegszeit traf.⁸³

Die meisten Aristokraten waren prodemokratisch und prowestlich gesinnt. Die französische Zivilisation übte ihren Einfluß aus durch die Verwendung der französischen Sprache, die als Zeichen der sozialen Vornehmheit angesehen wurde.⁸⁴ Frankreich und Paris übten eine magische Anziehungskraft auf die rumänische Elite aus⁸⁵, deren Vertreter sogar teilweise in den Reihen der französischen Armee kämpften, wie es der Fall

⁸² Callimachi, Princess Anne-Marie: *Yesterday Was Mine*. London 1952, S.230–231.

⁸³ Miculescu, Paul Emil: *Din Bucureștii trăsurilor cu cai* [Aus dem Bukarest der Pferdewagen]. Bukarest 1985, S.101 u. 105

⁸⁴ Paleologu, Alexandru: *Minunatele amintiri ale unui ambasador al golanilor* [Die wunderbaren Erinnerungen eines Botschafters der Strolchen]. Bukarest 1995, S.57.

⁸⁵ Mavrocordato, Roxane J. Berindei: *En tournant les pages*. Bukarest 1939, S.52.

von Ioan Olănescu, dem Neffen von Martha Bibescu, war, der im Juni 1940 an der französischen Front starb.⁸⁶ „Der Fall Frankreichs war ein Ereignis, welches uns allen die Luft nahm“, erzählte der Schriftsteller Alexandru Paleologu.⁸⁷ Frankreich wurde als Grundlage der Wertehierarchie der rumänischen Gesellschaft angesehen.⁸⁸ Die rumänische Aristokratie der Zwischenkriegszeit verdankte ihre europäische Offenheit ihrer Erziehung⁸⁹ sowie den häufigen Reisen in den Westen.⁹⁰ Die Nachkommen des rumänischen Adels aus Siebenbürgen und aus der Bukowina waren mit der deutschen Sprache vertraut und im Geiste der deutschen Kultur erzogen worden.

Die Pflege der Ehre drückte sich aus in dem adeligen Ritual des Duells, das noch in der rumänischen aristokratischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit existierte.⁹¹ Nach Paul Morand war Bukarest eine der Städte, wo die Duelle am häufigsten stattfanden.⁹²

Das mondäne Leben der Bukarester Aristokratie wird in Einzelheiten in der Zeitschrift „Je sais tout de Bucarest“, die zwischen 1939–1944 von Ștefan Miculescu herausgegeben wurde, geschildert. Man wird von der großen Anzahl der Bälle beeindruckt, die die ausländischen Diplomaten und die Vertreter der rumänischen Elite zusammenbrachten.⁹³ Sehr beliebt waren die von den Botschaften in Bukarest veranstalteten Bälle.⁹⁴ Wie noch betont wurde, waren die Treffpunkte der rumänischen Aristokratie sowohl Musikabende⁹⁵ als auch Ausstellungseröffnungen.⁹⁶

⁸⁶ Bibescu, Martha: *Jurnal politic ian. 1939 – ian. 1941* [Politisches Tagebuch Januar 1939 – Januar 1941]. Bukarest 1979, S.220.

⁸⁷ Paleologu, Alexandru u. Tănase, Stelian: *Sfidarea memorei (convorbiri)*, S.72.

⁸⁸ Ebda.

⁸⁹ Callimachi, Princess Anne-Marie: *op. cit.*, S.236.

⁹⁰ Ebda., S.207.

⁹¹ Hagi Mosco, Emanoil: *București. Amintirile unui oraș* [Bukarest. Die Erinnerungen einer Stadt]. Bukarest 1995, S.167–268.

⁹² Morand, Paul: *Bucarest*. Paris 1990, S.247.

⁹³ Siehe etwa den *compte-rendu* eines Balls im Country-Club in der Zeitschrift „Je sais tout de Bucarest“, I. Jg., Nr.3–4, 20. Juli 1939.

⁹⁴ Argetoianu, C.: *op. cit.*, S.115–116.

⁹⁵ Fay, Ștefan J.: *Caietele unui fiu risipitor* [Die Hefte eines verschwenderischen Sohnes]. Bukarest 1994, S.12.

Man kann natürlich über die Lebensweise der rumänischen Aristokratie in der betrachteten Zeitspanne kritische Fragen stellen. Manche Aristokraten teilten ihre Zeit zwischen „busy leisure“ und Reisen.⁹⁷ Aber viele der Nachfolger der moldo-walachischen Bojaren und des rumänischen Adels in Siebenbürgen waren im Leben der Gesellschaft tätig, indem sie ihre Persönlichkeit in verschiedenen Bereichen entfalteten. Das Flugwesen, eine Äußerungsweise des aristokratischen Geistes, wurde von einigen klangvollen Namen vertreten: George Valentin Bibescu, Constantin (Bâzu) Cantacuzino, Ionel Ghica, Marina Știrbei-Brâncoveanu. Das königliche Palais war ein aristokratisches Milieu: die Hofdamen (unter ihnen Simona Lahovary, Elena Mavrodi geborene Greceanu, Irina Procopiu, geborene Berindei, Nelly Catargi geborene Miculescu) und die Hofmarschälle (z. B. Henri Catargi, Constantin Hiott, der Freiherr I. Mosconyi-Stârcea, Octav Ullea, Dimitrie Negel) stammten alle aus Bojarenfamilien.

Unbedingt erwähnt werden müssen die Eliteclubs: der Jockey-Club, der Club „Tinerimea Română“ („Die Rumänische Jugend“), der Automobil-Club, der Yacht-Club. Der Zugang zu diesen Clubs war von der Empfehlung der Mitglieder abhängig. Besonders der Jockey-Club, im Jahre 1875 gegründet, hatte einen ziemlich geschlossenen Charakter; es war ein hauptsächlich aristokratischer Verein. Der Jockey-Club ist aus dem Vereinigungswunsch der rumänischen aristokratischen Elite hervorgegangen, aus ihrer Bestrebung, sich eine spezifische Institution zu schaffen, ohne politischen Charakter. Für das politische Leben gab es die Parteien, die sich einander in der Regierung ablösten. Die Mitglieder des Jockey-Clubs wurden durch ihre Leidenschaft für die Pferde und für das Pferderennen, wie auch durch das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zu der Elite der Gesellschaft vereinigt. Alle diese Institutionen wurden nach der Machtergreifung der Kommunisten aufgelöst; die ganze Lebensweise der rumänischen Aristokratie wurde nun grundsätzlich verändert.

Während der Zwischenkriegszeit wurde der Jockey-Club von seinen stellvertretenden Vorsitzenden effektiv geleitet, alle aus Bojarenfamilien stammend: Alexandru Marghiloman, Constantin I. Bălăceanu, Dimitrie

⁹⁶ Z. B. in „Je sais tout de Bucarest“, Nr.22–23, Dezember 1940 die Eröffnung der Ausstellung von Anna Tzigara-Berza im Dalles-Saal.

⁹⁷ Callimachi, Princess Anne-Marie: op. cit., S.224.

Greceanu, Mihail Deşliu, Constantin Argetoianu und Barbu Catargi. Die Haupttätigkeit des Jockey-Clubs war die Veranstaltung von Pferderennen in Băneasa bei Bukarest, eines der beliebtesten sportlichen Ereignisse der Hauptstadt, wo man den Jockey-Club-Preis, den Royal-Preis und den Diana-Preis verlieh.

Der berühmteste Pferdebesitzer in der Geschichte des rumänischen Jockey-Clubs war Alexandru Marghiloman mit seinem Gestüt „Albatros“ in der Stadt Buzău. Es gab auch andere bekannte Gestüte, ebenfalls im Besitz der Mitglieder der Bukarester Aristokratie: das von Târgşor (im Kreis Prahova) des Generals Gheorghe Moruzi, das von Afumaţi (im Kreis Ilfov) des Gheorghe Negroponce, das von Măgureni (im Kreis Prahova) des Brabu Catargi, das von Logreşti (im Kreis Gorj) des Obersten E. Săvoiu, das von Carapciu (im Kreis Storojineţ) der Familie Grigorcea.

In der Zwischenkriegszeit befand sich der Sitz des Jockey-Clubs in einem Bukarester Bojarenhaus, das vorher der Familie Gianni gehört hatte, an der Ecke Episcopiei- und Nicolae-Golescu-Straße, in der Nähe des Rumänischen Athenäums. Das Innere des Clubs war mit gutem Geschmack eingerichtet und sicherte seinen Mitgliedern eine angenehme Atmosphäre. Der Rumänische Jockey-Club bestand im Jahre seiner Auflösung 1947 aus 307 „ständigen Mitgliedern“.

Mit der brutalen Beseitigung der alten führenden Klasse von der Spitze der Gesellschaft fand eine grundlegende Veränderung in der Entwicklung der rumänischen sozialen Strukturen statt. Die kommunistischen Führer, die die sowjetischen Interessen vertraten, hatten als Ziel die völlige Umwandlung der rumänischen Gesellschaft und die Entfernung der Aristokratie aus dem öffentlichen Leben, was ihnen auch gelang.

Man kann sich die Frage stellen, was mit der rumänischen Aristokratie nach der Machtübernahme der Kommunisten passiert ist. Durch ihre Beseitigung von der politischen Szene wollte man die rumänische Gesellschaft enthaupten, um ihre Verbindung mit der eigenen Vergangenheit abzuschaffen. Die Unterdrückung war nicht nur gegen die Aristokratie gerichtet, sie führte auch zur totalen Veränderung der Stellung des Bürgertums und der Bauernschaft in der Gesellschaft. Vielleicht hatte die Aristokratie am meisten wegen des neuen Regimes zu leiden, weil sie auch am engsten mit der Vergangenheit verbunden war. Ihre Vertreter über-

lieferten von einer Generation zur anderen ihre Werte und die Erinnerung an das vorkommunistische Rumänien.

Das Ende des Krieges hatte einen Schein der Normalisierung ins Leben der rumänischen Aristokratie gebracht. Die Atmosphäre von Normalität verschwand als Folge der von der Groza-Regierung beschützten Ereignisse: die Bodenreform von 1945, die gefälschten Wahlen von November 1946, die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die politischen Prozesse und schließlich die Abdankung des Königs Michael. Man hat ein Terrorregime gegen die „Ausbeuterklasse“ eingeführt, deren Vertreter unter den Folgen ihrer sozialen Herkunft leiden mußten. Manche Aristokraten wanderten in den Westen aus und versuchten von dort den Kampf gegen die in Bukarest von den sowjetischen Truppen installierte Regierung weiterzuführen.

Die Tatsache, daß keine Adelstitel in der rumänischen Geschichte existierten (mit den oben angeführten Ausnahmen), sowie die langjährige Unterdrückung hatten wichtige Folgen für das Zugehörigkeitsgefühl zur Aristokratie. Trotzdem gibt es dieses Gefühl auch noch heute. In den liberalen Gesellschaften wird es von einer Generation zur nächsten überliefert und nur ein liberales Regime kann die Kontinuität der Existenz der historischen Elite gewährleisten und begünstigen.

Nationalist Ideology and the Circulation of Elites in Greater Romania

Irina Livezeanu

Present-day intellectuals who are following the current transition to post-communism – and I count myself among these – tend to view the interwar, pre-communist, period with a generous dose of nostalgia. Many of them, or most of us, almost involuntarily perceive those years somewhat uncritically as a golden age of intellectual creativity and political democracy. It would nevertheless be difficult to analyze Greater Romania's interwar history conscientiously without recognizing certain intractable problems. One task for historians, then, is to try to see the interwar period without the idealizations imposed by our own times and our needs for a „usable past“.

I would like to stress from the start that interwar Romania was by no means unique in the dilemmas and challenges that it faced. On the contrary, the entire group of countries located between Germany and the Soviet Union, that emerged from World War I and the subsequent peace treaties, shared a number of predicaments and problems that affected their elites and the tenor of their politics. After 1918 several new, reinvented political entities of this area underwent a major transition from the status of subunits of multinational empires to sovereign states that viewed themselves as nation-states. While some of these newly reconfigured countries were in their turn multiethnic, multicultural, and multi-confessional – like their imperial predecessors only less so – their elites for the most part did not clearly acknowledge these pluralistic, multinational qualities which were hidden behind the image of the homogeneous, centralized, unitary nation-state. In addition, in the victorious nations, those which emerged from the Great War enriched by newly-awarded territories, there was a new dimension of complexity to contend with: the

sub-national unit or region, that was part of the newly-constituted state but had a separate „personality“ or political culture. These regions also had elites of whatever nationality who had been socialized historically by differing sets of cultural and political institutions, who had been „educated“, even in the strict meaning of the word, in different university and secondary school systems in a variety of languages. In these fundamental, structural problems interwar Romania differed little from the newly formed contemporary states of Czechoslovakia, Poland, and the Kingdom of Serbs, Croats and Slovenes, to mention only the most obvious comparisons.

Almost everywhere in Eastern Europe the interwar period was marked ideologically by a rising tide of nationalism that ran the gamut from moderate, establishment politicians involved in centrist political parties, to political figures in extra-parliamentary opposition on the extreme right. Outside of this „nationalist consensus“ were generally the left-wing parties and their sympathizers, standing for socialist or communist internationalism, and the national minorities which adhered to their own, usually nationalist, minority parties or to the internationalism of the left. It is significant that what I am calling the „nationalist consensus“ included some of the most sophisticated democrats of the period, of which there is perhaps no better example than Thomas Masaryk, the founder and first president of the Czechoslovak Republic. Roman Szporluk has written about Masaryk's interwar political philosophy and Czechoslovakia's nationality policies that in spite of the Czechoslovak Republic having „a democracy that her neighbors lacked. (...), even this regime was corrupt in the eyes of the [minority] nationals involved, because the State was thought to be an instrument in the hands of a permanent majority (...) seeking to promote only the ruling nation's welfare.“¹ Even Czechoslovakia, „the bastion of democracy“ in interwar Eastern Europe, had a deeply flawed form of democracy according to Szporluk because the country was „governed by the Czechs,“² primarily for the Czechs who were considered to be the „leading“ nationality in the state. „Czechoslovakia lacked a rationale that could unite here [sic] citizens in a

¹ Szporluk, Roman: *The Political Thought of Thomas G. Masaryk*. Boulder 1981, p.155.

² *Ibid.* Emphasis added.

common loyalty that would supersede mere attachment to nationality.³ In all of the multi-ethnic East European states of that period electoral majorities were similarly tied to ethnic politics. Ethnically-based electoral majorities thus perpetuated themselves, leaving the minorities consistently unrepresented. In an ethnic-blind democracy, or in ethnically homogeneous polities in which parties do not primarily express ethnic identities, the parties' popularity and electoral base can change more easily. Once the political majority/minority is tied to ethnicity, which in the East European context was in turn fairly slow to change, such majorities and minorities become almost fixed.

„Civil society,“ another supposed virtue, along with democracy, of the independent eastern Europe's interwar polities when viewed in the nostalgic hindsight of the communist and post-communist periods, is an equally problematic category under closer scrutiny.⁴ In Romania, among other Eastern European countries, populism rather than pluralism was the favorite form of opposition to authoritarian politics. Anti-establishment populists, often hailing from university youth of the majority ethnos, tried and often succeeded in excluding from the universities, from the political process, and from any elite status the „foreigners“ most experienced in *urban* economic, social, political and cultural traditions, the very bread-and-butter of civil society.⁵ While this may have been a clever strategy for promoting new, formerly-disadvantaged ethnic elites, it clearly retarded rather than fostered the continuous development of civil society in the Eastern European region.

3 Ibid.

4 See for example the implicit reference in Vladimir Tismăneanu's chapter „A Glorious Resurrection: The Rise of Civil Society,“ in: *Reinventing Politics: Eastern Europe from Stalin to Havel*. New York 1992. Tismaneanu uses the expressions „rebirth“ and „resurrection“ of civil society to describe the rise of the Polish, Czech and Hungarian dissident movements in the 1970s and 80s with implicit reference to the pluralism of the pre-World War II era.

5 For populism in the Romanian context see Livezeanu, Irina: *Cultural Politics in Greater Romania: Regionalism, Nation Building, and Ethnic Struggle, 1918–1930*. Ithaca 1995, pp.307–312 and *passim*; and for a contrasting view Treptow, Kurt: *Populism and Twentieth Century Romanian Politics*, in: *Populism in Eastern Europe: Racism, Nationalism, and Society*, ed by Joseph Held. Boulder 1996. For populism in other Eastern European countries, see the other essays in the Held volume.

One key to a better understanding of Romania's interwar history, its problematic democracy and fragile civil society, lies in a close look at its elites, both in demographic and social terms, and in terms of the elites' dominant ideologies. As I have already explored this theme in my book, *Cultural Politics in Greater Romania: Regionalism, Nation Building, and Ethnic Struggle, 1918-1930*, I would like to summarize here some of the research and findings presented there.⁶ This paper will analyze the proportional imbalance between largely non-Romanian urban elites in interwar Romania's cities and towns and Romania's rural hinterlands inhabited by Romanian majorities. I will also examine the regionalized nature of the different provincial elites, and the political and ideological implications of such demographics.

Greater Romania was formed by uniting three provinces of varied political provenance with what until 1918 had been the Old Kingdom of Romania, or *Vechiul Regat*. (Dobrudja, a marvelously multiethnic region with its own unique characteristics, was added to the Romanian Kingdom in 1913 following the Balkan Wars and the Peace of Bucharest; it is here considered as part of the Old Kingdom.) The regions annexed in 1918 were Bessarabia, taken from the Moldavian Principality under Ottoman suzerainty by Russia in 1812, Bukovina, similarly taken from the Moldavian Principality by the Habsburgs in 1775, and Transylvania, whose medieval and modern history had been ineluctably intertwined with that of Hungary. The four units that came together in 1918 thus varied substantially in their political trajectories and cultural histories, their ethnic compositions, and in the languages and mores of their general populations and elites. The three new provinces, however, they had in common their absence from the process of modern nation-building traversed by Romania in the long nineteenth century. While each area had either a Romanian demographic majority (in Transylvania and Bessarabia) or a Romanian plurality (in Bukovina), the ethnic minorities in the three new territories were not insignificant, and proved to be challenging and even troublesome. The new provinces of Greater Romania thus brought with them into the newly enlarged-state national glory and fulfillment, but also social complications and political problems.

⁶ See footnote 5 above. For the Romanian edition see Livezeanu, Irina: *Cultura și nationalism în România Mare, 1918–1930*. Bucharest 1998.

The heterogeneity of the population posed a challenge to the newly-enlarged Romania because the multi-national population consisted of over twenty-eight percent ethnic non-Romanians in a state that saw itself and projected the image in its propaganda of a homogeneous nation-state.⁷ The problem, in short, was the divergence between image and reality. Ethnic heterogeneity had, of course, been introduced with the annexation of the new territories where the Romanians outnumbered all other groups, but where their proportion was much smaller relative to these other ethnic groups than in Old Romania's population prior to 1918. Whereas ethnic Romanians constituted 92 percent of the population of the Old Kingdom before the unification of 1918, they declined relatively to only 71.9 percent of Greater Romania's population by 1930.⁸ In each of the new provinces the numbers were even less favorable to Romanian ethnicity than this overall figure: in Transylvania ethnic Romanians were 57.8 percent, in Bessarabia 56.2 percent, and in Bukovina 44.5 percent of the general regional population.⁹

Heterogeneity was not simply the result of the multiple ethnic, linguistic and confessional groups of Romania's population, and thus of the non-Romanians who amounted to 28.1 percent of the country's entire population according to the 1930 census;¹⁰ *regionalism*, a factor which affected ethnic Romanians as much as the minorities, also contributed in its own way to this problematic diversity. Regionalism was the normal effect of the different provinces' separate historical development under four sets of conditions. If the nineteenth-century French historian Ernest Renan was correct in thinking that „the essence of a nation is that all individuals have many things in common, and also that they have to-

⁷ Livezeanu: *Cultural Politics*, p.10, table 3. The official Romanian estimate in 1920 considered that Romanians constituted 69.9 percent in a total population of 16,897,000. See Șandru, Dumitru: *Populația rurală a României între cele două războaie mondiale*, in: *Anuarul Institutului de istorie și arheologie „A.D. Xenopol“* (Supliment II). Iași 1980, p.49.

⁸ Rothschild, Joseph: *East Central Europe between the Two World Wars* Seattle 1977, p.284.

⁹ Livezeanu: *Cultural Politics*, pp.9–10.

¹⁰ *Ibid.*, Table 2, p.10.

gether forgotten many things“,¹¹ i.e. that they have shared memories and „forgettings,“ then the branches of the Romanian nation, living until 1918 under different political and cultural systems had no way of building the common memories and „forgettings“ suggested by Renan prior to their unification. The stock of shared memories had largely to be deliberately produced beginning from the moment of the Great Union. A process of production of common memories would be the result of a collaboration between the old and new elites of Greater Romania.

Finally, and perhaps most importantly, the urban-rural balance shifted against ethnic Romanians with the addition of the new territories in 1918. In the cities and towns of Transylvania, Bukovina and Bessarabia, ethnic Romanians were severely underrepresented. By and large, the Romanians were the rural peasants of these long-lost Romanian provinces, and not their urban elites. Ethnic Romanians amounted to three-quarters of the Old Kingdom's urban population, but they made up only about one-third of the urban population in the new provinces (34.7 percent in Transylvania, 33 percent in Bukovina, and 31 percent in Bessarabia).¹² The new territories brought Greater Romania large masses of Romanian peasants sprinkled with a thin stratum of Romanian urbanites. The greater part of the urban elites in the new territories were ethnic foreigners of which Hungarians, Germans, Jews, and Russians were the most numerous.

A closer look at Transylvania (by which I mean Transylvania proper, together with the adjacent territories of Satu-Mare, Crisana, Maramures and the Banat), also known in Romanian as „Ardeal,“ will serve as an example. According to the 1910 census, Transylvanian Romanians made up close to 60 percent of the region's rural population, but only 18 percent of the urban population, while Magyars, Germans and Jews together constituted 82 percent of the urbanites.¹³ As a matter of fact, prior to the

¹¹ Renan, Ernest: *What Is a Nation?*, in: *Becoming National*, ed. by Geoff Eley and Ronald Grigor Suny. New York 1996, p.45.

¹² Livezeanu: *Cultural Politics*, Table 3, p.10.

¹³ These figures are recalculated from Table 9, p.135 in *ibid.* A corrected version of Table 9, which was based on erroneous figures cited in Manuilă, Sabin: *Aspects démographiques de la Transylvanie*, in: *La Transylvanie, 1938*, has been introduced in the Romanian edition of this book at p.164. See note 6 above.

union with Romania, the Ardeal's urban areas were even more culturally Magyar and German than these figures might indicate, for several reasons. Not only had the Jews largely assimilated as Hungarians and Germans, but the Romanians who lived in the towns had failed to leave much of a stamp on their environment. If they worked as domestic servants, they were perceived and identified themselves as peasants, despite their urban residence; their extended or even immediate families resided in the countryside, and it was the ancestral village, to which they periodically returned, that they considered to be their true „home.“

With few exceptions, Romanian pupils in Transylvania seeking schooling beyond the first few grades would attend urban Hungarian or German gymnasiums and lycées. Once there, they were obliged to wear „European“ clothing, and thus give up a part of their ethnic identity represented by the traditional costume.¹⁴ For some this socialization opened the way to further assimilation, while it turned others into bitter enemies of Hungarian assimilationist policies. Although Bukovina and Bessarabia each had a different evolution, the sparseness and awkwardness of the Romanians in the urban environments and higher social strata constituted a common denominator for all three provinces.

The fact that the Romanians represented larger proportions of the population of smaller towns, and smaller proportions of the larger cities, which were also the more „urban“ and important from a cultural point of view, is similarly significant, suggesting yet another way in which the Romanian impact on the urban environment was dampened.¹⁵ In addition, some urban Romanians who worked in the Romanian community as lawyers, priests, teachers, journalists or other similar professions, did not leave their mark on the *general* urban landscape, although they had a deep impact on the Romanian enclaves. This meant that the Romanian cultural presence in Transylvania's cities existed largely in a „ghettoized“ form prior to 1918. Another category of urban Romanians who did not add to the Romanian character of the towns, were the ones who had successfully absorbed other languages and cultural codes becoming

¹⁴ For the schooling of Onisifor Ghibu and that of his brothers see Livezeanu: *Cultural Politics*, p.145.

¹⁵ Manuilă: *Aspects démographiques*, pp.16,17,70.

„assimilated,“ usually to Magyar, less often to German, language and culture.

Overall then, from the point of view of victorious nationalism, Greater Romania was at best an ambiguous vehicle, no matter how attractive it may seem now to those nostalgic for the „good old days.“ I have even used the metaphor of the „Trojan Horse“: on the one hand the country had gained almost all the territories nationalists prior to the Great War might have dreamt about, and it had gathered together almost all ethnic Romanians from the territories adjacent to the Old Kingdom. On the other hand, however, the gift that fulfilled Romanians' patriotic ambitions concealed certain nightmares: possibly the worst of these was a large number and proportion of ethnic minorities that were more urban, educated, wealthy, and modern than most Romanians. The Romanians were thus ethnically diminished in Greater Romania. Moreover, the large number of *urban* ethnic minorities faced a largely rural, agricultural society. The minorities were then relatively overrepresented in the social strata, locales, and institutions associated with urban elites, that is, in towns, industries, trade, culture, and among groups with a secondary and higher education.

Furthermore, Greater Romania also faced the above-mentioned problems of regionalism which involved not only ethnic foreigners, but the Romanians themselves, who had been differently socialized in the four different zones of modernization under Austria, Hungary, Russia, and Romania. Regional heterogeneity made itself felt particularly at the level of the elites, schooled in a variety of languages, cultural traditions, and institutional settings. Less mobilized by modern life, the peasants were more likely to continue living their local life without any immediate dramatic changes in their relations with other localized populations. But Romanian elites, from heretofore distinct provinces, found themselves „the morning after“ the Great Union confronting, in their new compatriots, divergent understandings of Romanian identity, institutions, and goals, and confronting in their new, post-union, circumstances a degree of crisis. As the Transylvanian journalist Petre Nemoianu saw it, in 1918 his province's peasants had „voted for the union, danced the *hora*, and then gone home,“ to pick up where they had left off, while educated intellectuals like himself, whose role had been that of mediators between the Ro-

manian peasantry and the Hungarian state and urban institutions, now had to find a new *raison d'être* and „to change their whole way of life.“¹⁶

Another unexpected result of the unification was the conflict which arose amongst the country's regional elites. Romanian educational cadres from Bukovina for example, felt superior to their counterparts in the Old Kingdom. They insisted on autonomy and on holding on to their old school inspectors, even minority ones; they also demanded the right to their own, distinct, curriculum. These claims and attitudes alienated the officials of the Ministry of Education in Bucharest, who accused the Bukovinians involved in the transitional and semi-autonomous institutions of the province prior to 1920 of harboring „regionalist sentiments.“ Regat Romanians stood for centralization in part because this process brought the rest of the country under their system. But they took offense at the new Romanians' resistance to the institutional-level unification slated to take place under the aegis of Old Kingdom institutions. The centralizers objected to the superiority evinced by Bukovinian and Transylvanian Romanians and to the „Russianness“ of the Bessarabians. As a result, in 1920 they dismantled as soon as possible the transitional semi-autonomous institutions to the considerable outrage of the „provincials.“¹⁷

Although the problems of multiethnicity and regionalist tensions could be studied in various aspects of interwar Romanian society, I have analyzed especially the *cultural* politics of unification, both in the official policies designed for bringing about the integration of the expanded country, and from the more intriguing angle of the implementation and evolution of such policies on the ground, with all their contingent and unexpected elements. I chose the cultural angle for several reasons; the most important of these is that cultural institutions – all schools, but secondary schools and universities especially – literally produced the elites of Greater Romania. These in turn drew my attention because of their ethnic profile: Greater Romania faced at its foundation a relatively small proportion of ethnically Romanian elites vis-à-vis relatively numerous foreign elements. Given these demographic conditions, Romanian

¹⁶ Nemoianu, Petre: *Intellectualii ardeleni după unire*, in: *Țara noastră*, 27 January, 1924

¹⁷ Livezeanu: *Cultural Politics*, p.43.

cultural policies aimed to make over and expand Romania's elites by linguistically nationalizing schools and universities, by expanding the school and university system (which grew tremendously in the interwar period), by increasing the number of Romanian teachers and faculty, and by unofficially giving in to student demands of „*numerus clausus*“, the exclusion of the old, particularly Jewish, elites from the universities and more generally from elite positions. The policy of school expansion was also aimed at helping to resolve one source of regionalist tension by raising the Old Kingdom up to the level of the new provinces, since the Regat was both numerically and relatively behind these provinces in terms of educational development.¹⁸

The demographic transformation of Romania which coincided with the country's territorial expansion in 1918 helps to explain both Bucharest's cultural policies as described above, and the ideological choices of interwar Romanian students and intellectuals. In fact one could say that the prevailing public discourse of the period was a populist and nationalist one, reflecting the project of nationalizing the elites discussed above. By the 1930s, much of this discourse was also infused with a self-righteous anti-Semitism. Although this was by no means a uniquely Romanian phenomenon – it circulated widely in Western, Central, and Eastern Europe at the time¹⁹ – I would suggest that in Romania the emerging nationalist consensus was in large part a response to demographic realities. These, in turn, were mediated through the policies that successive governments designed in order to integrate the new territories solidly with the Old Kingdom core of the country, and to create new and larger, ethnically-pure Romanian elites, who would secure the territorial expansion with their loyalty.

The focus of many of these policies and the heroes of much of the nationalist-populist discourse of interwar Romanian intellectuals were Romania's peasants. According to many government spokesmen, and to both mainstream and extreme nationalists, it was among Romanian vil-

¹⁸ Angelescu, Constantin: *Evoluția învățământului primar și secundar în ultimii 20 de ani*. Bucharest n.d., pp.23–24.

¹⁹ For an examination of fascism in the heart of democratic Western Europe see Sternhell, Zeev: *Neither Right nor Left: Fascist Ideology in France*. Princeton 1996.

lagers, in the rural, Eastern Orthodox strata of the population, that Romanian nationhood resided most purely and most fully. It was from these hinterland manpower reserves that renewed, reinvigorated, and truly legitimate Romanian elites might emerge that could take over the elite positions formerly held by foreigners, urbanites, and non-Orthodox. Such a functional definition of the Romanian nation as necessarily based on the native, ethnic-Romanian, Orthodox peasantry was an effective strategy. It excluded from social competition the urban, minority elites still dwelling in Romania's new territories, vestiges of pre-war, non-Romanian urban society (civil society), as well as the newly-emancipated Jewry of the Old Kingdom. A Romanian nation thus conceived in autochthonist principles, was not of the political, contractual type, but rather of the ethnic, organic type. Nae Ionescu, the renowned philosopher and mentor of the „new generation“ of Romania's interwar intellectuals, described it using an appropriately botanical metaphor:

„If you plant a wheat grain in the soil (...) it will sprout and grow shoots, a certain type of shoot, with a certain necessary development already determined by the very structure of the wheat grain. It's the same way with our 'Romanianness.' To be Romanian means having a certain make-up, from which, with absolute necessity, flow certain attitudes and gestures.“²⁰

This is clearly not the kind of fusionist or contractual nationality that one could be naturalized into or grow into after immigration, or even after several generations. To be Romanian for Ionescu and so many of his disciples, was nothing like being American or Australian in our own day, or even like being French or British to Ernest Renan in his day. Renan warned against the grave mistake being made in the last decades of the nineteenth century (and later more brutally, and still in our day in Croatia, Bosnia, and Kosovo) of confusing races, or ethnographic, or linguistic groups with nations.²¹ It is conceivable, though not easily so, that differently imagined, the Romanian nation might have been able to absorb and benefit from the vestigial non-Romanian elites from Bukovina, Transylvania and Bessarabia, integrating them into a new political, cultural, and

²⁰ Ionescu, Nae: *Roza vânturilor 1926–1933*. Bucharest 1937, p.197.

²¹ Renan: *What Is a Nation?*, p.42.

social configuration, much the way that nineteenth-century Hungarian society attempted to assimilate its minorities, and successfully incorporated bourgeois Germans and Jews. But conceived as an autochthonist unit, the Romanian nation became a protectionist refuge for ethnic Romanian elites, an instrument for promoting the collective heirs of the Romanian peasantry, even if these had not necessarily been born in the village, and even if – or especially if – they were attempting to make their ways and careers in the ethnically impure world of the city.

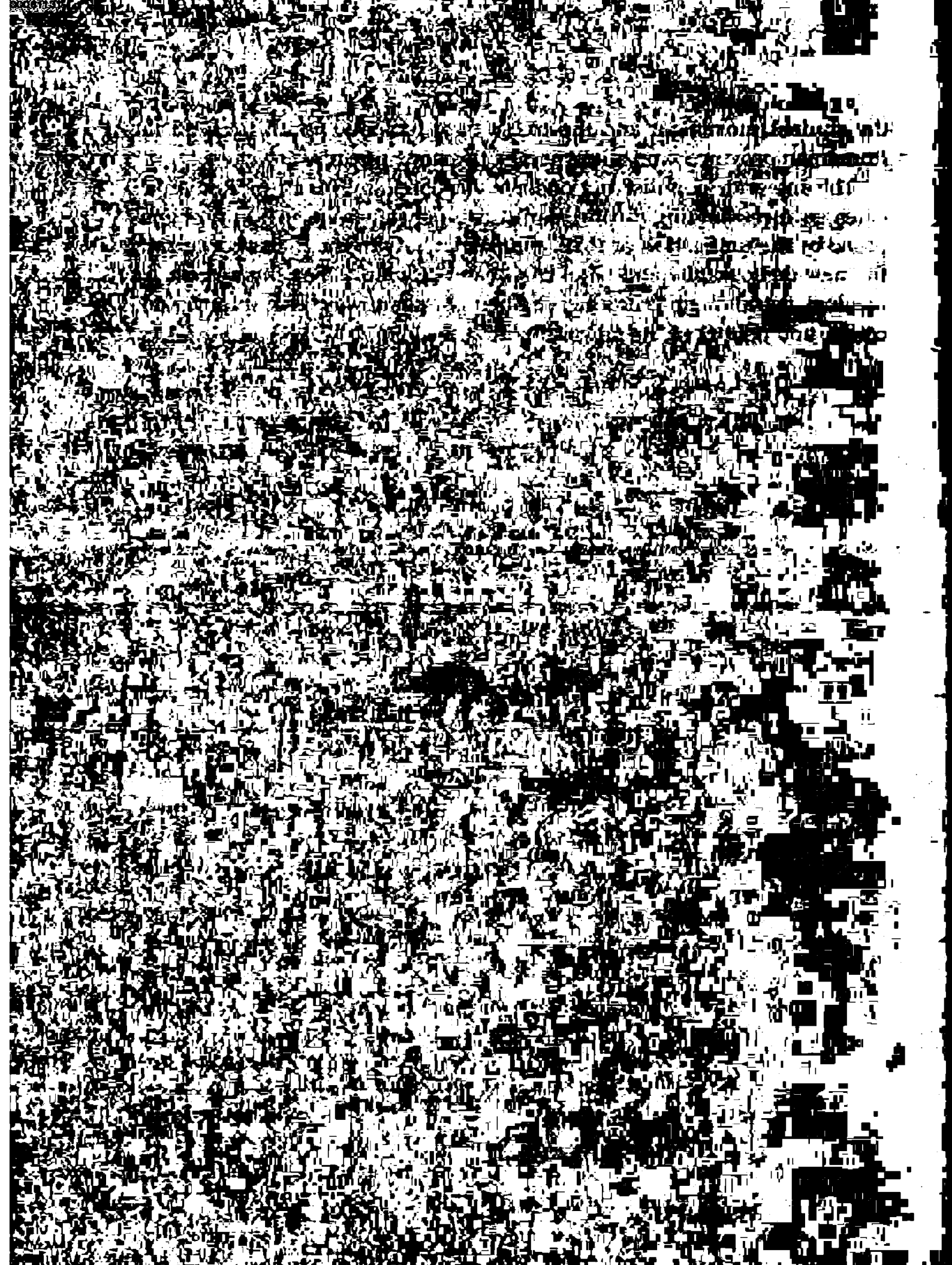
This working definition of the Romanian nation became a bridge between government spokesmen and those from right-wing opposition groups since both mainstream politicians and their extreme-right critics shared these basic assumptions. Both the moderate nationalists in the National Peasant and Liberal parties, and the radicals from the student movement, the Iron Guard, and the League for National Christian Defense, tended to accept and actively organize for the idea that the Romanian state belonged above all to the Romanian nation defined in the organic, populist, ethnic sense. The extreme nationalism of the generation of the 1922 student movement and of the Iron Guard was not a marginal element on the political scene.²² On the territory of nationalism, populist ideology brought the radicals close to the moderates; granted that the radicals appeared more principled, more idealistic, and less prone to compromise, while the establishment could be accused of corruption, half-measures, and collaborationism with the enemies of the nation.

Nationalist populism succeeded so well for a number of additional reasons. The populist currents seemed like a welcome balance to the abuses of the Regat- and Bucharest-based bureaucracy. Some Transylvanians for instance allied themselves with the Iron Guard because it embodied a principled opposition to the corrupt power of Old Kingdom Liberals. Second, for the young generation, integral nationalism represented a force against the regionalism that asserted itself so emphatically among their elders precisely after the 1918 unification. Thus, unlike the establishment political parties hailing from the historic prewar parties, which tended to have regional bases of power, the radical nationalists in

²² On the relationship between Romania's student movement and the Iron Guard see Chapter 7, "The Generation of 1922: From Student Movement to Iron Guard," in: Livezeanu: Cultural Politics.

the student movement and the Iron Guard included youth from all the Romanian provinces and all corners of Greater Romania.

The integral, populist nationalism harbored by many of Romania's elites gave resounding, fitting, and convenient answers to the problems posed by the unification of 1918, and particularly to the issues concerning the new demography and elites of Greater Romania. For this reason, an ideology based on an ethnically-defined populism was central to the discourse and politics of the interwar period.



Military Elites – Continuity and Discontinuities: The Case of Yugoslavia, 1918–1980

Mile Bjelajac

Many historians and other analysts have paid attention, more or less successfully, to the military factor in former Yugoslavia. Obviously that fact proves that there is a real interest in such a subject. In the opinion of this author there is plenty of room for further research that will improve our knowledge. We could list several well-known and inevitable scholarly works of our esteemed colleagues concerning East European or Yugoslav history in particular, and show traces or influence produced by older literature. Those old works, especially on the Kingdom of Yugoslavia, had been affected by political attitudes and quarrels. The general remark of the present author is that previous approaches were too narrow. These authors emphasised the political role of military representatives, some times of a few important or well-known persons, as well as of the Army in the frame of a multi-ethnic society.¹ We would like to try to enlarge the

¹ Bićanić, Rudolf: *Ekonomska podloga hrvatskog pitanja* (preface by dr V. Maček). Zagreb 1938; Tomasevich, Jozo: *Peasants, Politics and Economic Change in Yugoslavia*. Stanford 1955; Rothschild, J.: *East Central Europe Between the Two World Wars*. Seattle 1974; Denitch, Bogdan Denis: *The Legitimation of a Revolution. Yugoslav case*. New Haven–London 1976; *Communist Armies in Politics*, ed. by Jonathan R. Adelman. Westview Press, 1982; *Soldiers, Peasants and Bureaucrats. Civil-Military relations in Communist and Modernizing Societies*, ed. by R. Kolkowich and A. Korbonski. George Allen & UNWIN, 1982; Banac, Ivo: *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*. Zagreb 1988; *Yugoslavia's security dilemmas: armed forces, national defence, and foreign policy*, ed. by M. Milivojević et. al. Berg Publishers Limited, 1988; Deak, Istvan: *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918*. Oxford 1990; R.J. Crampton: *Eastern Europe in the Twentieth Century*. Routledge 1994.

field of interest and take into account many more aspects in which military elite, or army in general exercised influence on society.

In the past and present, every country, at war, in revolution, or at cold war has faced problems of relations between civilians and the military. The clashes between military values and civilian ones appeared very often. The military may easily become a focus of discontent and the strongest alternative to civilian government. Thus the questions of military elites always emphasises the type of civil-military relations, democracy, militarism, modernisation, and military structure itself (recruitment, social and national origins, education level, social status, prestige, internal differentiation on an elite „cadre“ and elite „nucleus“ etc.) Furthermore, we cannot avoid questions of relations between military and other elites (especially economic ones) in the frame of the military-industrial complex, and also questions of legitimacy.²

What does the case of Yugoslav military elites show? First of all, can we lay out some new aspects of its characters or even structure? For the moment, the purpose of this paper is not to cover all the topics which we have previously mentioned but to present more, in our opinion very interesting results of our ongoing research.

The Yugoslav officer corps was created by unification of several different elements: former Serbian (3.500), Montenegrin (469), Austro-Hungarian (2.590) and Russian (12) army officers. Step by step, on the eve of W.W.II it became a new corps, educated in Yugoslavia (over 85% out of 10.000). This unification was not only a military matter but also a political one. In spite of intentions of military and civilian rulers

² The Role of the Military in Underdeveloped Countries, ed. by John J. Johnson. Princeton 1962; Janowitz, Morris: *The Military in the Political Development of New Nations*. 4th edition, Chicago 1971; *Armed Forces and Society. Sociological Essays*, ed. by Jacques van Doer. Paris 1968; *Civilian Control of the Military. Theory and Cases from Developing Countries*, ed. by Claude E. Welch, Jr. Albany 1976; *The Military and Problem of Legitimacy*, ed. by G. Harries-Jenkins, J. van Doer. London 1976; Nordlinger, Eric A.: *Soldiers in Politics, Military Coups and Governments*. Prentice Hall, NJ 1977; *Military Profession and Military Regimes. Commitments and Conflicts*, ed. by Jacques van Doer. The Hague-Paris; Russett, Bruce: *Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security*. Cambridge, MA-London 1990; Gow, James: *Legitimacy and the Military. The Yugoslav Crisis*. New York 1992; Barany, Zoltan: *Soldiers and Politics in Eastern Europe, 1945-1990*. New York 1993.

(including Prince Alexander), the practice was faced with opponents both from among the officers as well as from the public at large. Some prejudices or myths about that matter created in those days persisted up to date and we can find its echoes even in the scholarly literature.

By social origin, Serbian highly educated officers had been predominantly (75%) from tiny bourgeois class. Officers from the Military Academy, some faculties and supplemented education, in a decade before W.W.I constituted some 77-80% (in 1907 76,8% out of 2.021) of the career officer corps.³ Others came from the ranks (non-commissioned officers, reserve officers, private soldiers, etc.). We do not have precise data on their social background. We can only state with certainty that reserve officers at least had some kind of secondary school, that is six or eight years of regular education, whereas non-commissioned officers had eight years of schooling.

The Balkan wars and World War I affected badly the officer corps in terms of numbers. For example, the rate of casualties of the graduates from 1899-1914 who had entered the wars as majors or in lower ranks, averaged 38,1% (490 out of 1.286). The percentage varied from class to class in a scale from 16,6 up to 62.⁴

Concerning the previously mentioned pre-wars Serbian officer corps, it should be emphasised that outstanding social position and prestige of officer corps in poor, predominantly peasant (over 85%) Serbian society had been improved by marriages with girls from the bourgeois families (99,8%). This process was carefully encouraged by laws and regulations at the time.⁵

What can we conclude if we take a look at the part of the k.u.k. officer corps admitted into the new created Yugoslav Army, what can we find out?

³ Spomenica sedamdesetpetogodinjice Vojne akademije 1850–1925. Beograd 1925; Milićević, Milić: *Reforma srpske vojske 1897–1900*. MA thesis, Beograd 1996; Bjelajac, M.: *Slučaj tajnog raporta pukovnika Maina 1906*, in: *Military Historical Review (Belgrade)*, No 1, 1997, p.64.

⁴ *Spomenica Vojne akademije 1925*.

⁵ Bjelajac, M.: *Ženidbe oficira srpske i jugoslovenske vojske 1881–1941*. Planirano stvaranje elite, in: *Annual for Social History (Belgrade)*, No 1, 1995.

In brief, according to Deak, in 1910 there were only 2,4% Serbs, Croats and Slovenes, or in total 427 out of 17.808 k. u. k. officers in active service. That shows a decline of 1,5% in comparison to data of 1897. In the same period there were only 35 Serbs, Croats and Slovenes in all classes of Military Academy, out of which 17 were Serbs. The Military and the Technical Academies, mainly schools for the sons of the military and civil elite (much of them nobles) lost their elite character at the beginning of the twentieth century, especially on the eve of W.W.I. Only graduates of the military academies had a good chance of making it into the General staff and thus ending up as Generals. For the staff officers it was possible to obtain that rank at the age of 53, but for the others only at the age of 58 or 61. On 1 November 1918, there were 25 South Slavs out of 375 actively serving Generals (or 6,6%).⁶

The majority of Yugoslavs enrolled in one of the nineteen Cadet schools (Kadettenschulen). Those schools, predominantly for the less prestigious infantry could admit 1.000 youngsters annually. In practice, however, there were never enough students. The number of total enrolment on three years fell steadily (from 3.333 in 1897, 2.279 in 1907 to 1.864 in 1911). After those schools future officers served first for two years as cadets.⁷

In k.u.k. military practice it was also possible to become career officer from the reserve corps or from the ranks (14,3%). It is important to point out that the casualty rate among k.u.k. officers was tremendous. By the end of 1914 3.168 officers (out of 18.000 career and 14.000 reserve officers, and 25.000 of various categories activated) were killed, and other casualties amounted to 22.310 (50%). Throughout the war 15.408 were killed and 8.000 died in captivity. For example, from the class which graduated from the Military Academy in 1913 (134), 30% died in war, some were badly wounded, some missing in action (in total 51,9% casualties).⁸

It is well known that preponderant influence on Yugoslav Royal army was exercised by Serbian General corps. However, as opposed to some

⁶ Deak, p.188; Review Ratnik, 1906, vol.3, pp.455–6.

⁷ Deak, pp.86,91.

⁸ Deak, pp.91, 194

claims that there were no others among Generals but a few non-Serbs (2 Croats and 2 Slovenes), according to the researches of this author, it can be said that there were 12 former Montenegrin and 64 former k.u.k. officers in the General/Admiral corps (out of 506). The percentage of those Generals in active service had increased, especially in the last six years before the W.W.II. (6,5% in 1936, 23,5% in 1940/41).⁹

Among the Yugoslav Generals of Serbian origin, besides the Military Academy, 36% of the Generals had finished the War Academy too. In addition, the next 23% have passed preparations for General staff. Of the officers in Services, 10% graduated from faculties (74% out of that number abroad). Also 10% of them have passed schools, military academies or war academies abroad, and 15% out of the strata spent longer periods on various courses or specialisation. Among the Generals and Admirals who hailed from the former k. u k. army, originally only 38% had finished Military, Technical or Naval Academy (25 in total), 52% Cadet schools (34), 12% had graduated from faculties (8). In advanced training in Monarchy 17% finished the War Academy (11) and some of them preparations for General staff.

Irrespective of the decline in social descent of newly created Yugoslav officer corps, the old guard was rooted in bourgeois (middle) class. This was especially so with Generals who were connected by marriages, in high percentage (45%) to the richest families (by local standards). As for the rest of the Serbian and former k.u.k. officers we can state the following.

According to the „Yugoslav Army's rank list for the officers in active service“¹⁰ after some retiring or abandoning army by own decision, there had been left in ranks 1.979 former k.u.k. officers (353 superiors) in 1924. Among superior officers 15% had finished the Military Academy, 61,7% had finished the Cadet school, 17,5% had graduated from faculties and

⁹ Stručna rang lista oficira, službenika i ukaznog osoblja Kraljevine SHS. Beograd 1922 (1926); Personal files in the Military Archives, Belgrade; Službeni vojni list (Military Gazette) 1918–1941; Pavlowitch, Stevan K.: How many non-Serbian Generals in 1941?, in: *East European Quarterly*, Vol.XVI, No.4, January 1983, pp.447–452.

¹⁰ Opšta rang lista oficira Kraljevine SHS/Jugoslavije za 1924. Beograd 1924 (also for 1927, 1932, 1937). The Navy had separately lists. These lists were not publicly available in pre-war Yugoslavia, and today access to them is only possible in the Military Archives.

5,6% came from the ranks etc. On the other hand, there was a group of 1064 former Serbian superior officers. Among them 65,6% had finished the Military Academy, in addition 26,7% had finished the Higher school of Military Academy (War Academy), 6% had graduated from faculties and 28% came from the ranks (out of them 11,8% Colonels, 29% Lieutenant colonels, 54,3% Majors). As a result of war in the next lower rank (Captains I. class), which included the last pre-war class (46) of the Military Academy, the rate of officers who came from the ranks amounted to 83,27% (among former k.u.k. 31,25%). Most of them had previously been non-commissioned officers (64%).

World war II and the social revolution made a deep cut in continuity of Yugoslav military elites. After the so called „April war“ in 1941, the majority of active officer corps were sent to prisoners camps in Germany and a smaller number in Italy. At the end of June 1941 13.559 officers were in German captivity, mainly Serbs, Slovenes and Jews. Very few Croats remained with their comrades. The Majority of Croats were admitted into the army of newly created Croat State (3.300 Generals, officers and cadets from military schools).¹¹

Serbian military elite, General corps, and in smaller scale those of former k.u.k. disappeared from the historical stage at the end of the war. On the eve of the W.W.II, out of 506, some 17,19% had died in the inter-war period, 3,75% died at home during the war years, 2,37% in captivity and 2% were killed in action or during the bombing of Belgrade. Some 20% (mainly retired Generals), spent the war years inactively at home. Out of some 200 Generals who had been taken prisoners, 47% returned home during or at the end of the war, and 36,5% more or 73 in total (included some refuges in 1944 and 1945) chose the life of emigrants, rather than living under new regime of communism or in order to escape being put on trial for collaboration etc. According to the available data 16 active Generals took a part in Pavelić's Croat units. Three of them emigrated (one returned home after while), one was sentenced to death by a law court in 1945. That was the fate of another two in Serbia and Slovenia. For the remaining 93 or 18,37% this author has no data as yet.

¹¹ Terzić, Velimir: *Slom Kraljevine Jugoslavije 1941. godine*, vol.II. Beograd 1982; Tomasevich, Jozo: *The Chetniks*. Stanford 1975 (Zagreb 1979); Koutić, Ivan: *Hrvatsko domobranstvo u Drugom svjetskom ratu*. Zagreb 1992.

In 1946 there were only 12,4% former military personnel in the new officer corps. Former officers consisted only 7,7% of the officer corps in 1950. Only 12 former Generals were accepted in the new army, mainly on posts in education and sciences as well as in medical service. Concerning the social origin of the new officers, 40% were of peasant and 25% of worker origin. This officer corps had no military education in the beginning but war experience. However it was soon transformed into an educated and trained one (around 90% in 1953). Among the Generals or future Generals (up to 1980) 76% (out of 846)¹² passed the Higher Military Academy, in addition 27% the War Academy and 12% faculties. Around 13% of them were educated or supplementary trained in Russia, USA, France etc. As for their birth place, 30,13% were born in towns (only 7 in Belgrade). However, „village“ sometimes can hide the social background. There were sons of teachers, priests, or even new civil servants who moved from villages to cities very soon after their sons had been born. Thus, among them we can find persons who graduated in France or elsewhere in Europe before W.W.II. According to their social status before the war and revolution, 12,5% were peasants and fishermen, 20% workers, 13,4 students, 19,13% pupils, 2,63% teachers, 6,4% civil servants (including highly educated ones), 3,1% medical doctors, 2,15% lawyers, 0,8 engineers, 10,76% army officers, 5,26% non-commissioned officers.

To a smaller degree than in 1919, Yugoslavia was again a land of reconciliation after tremendous civil and liberation war. The new army took some of the officers who had returned from German captivity (2.016), 1.963 officers of Independent State of Croatia (Domobranstvo), 215 from the German army, 322 from the Bulgarian army, 124 from the Italian army 18 from the Hungarian army, 4 from Albanian the fascist militia, 727 from General Mihailović's troops and 17 Royal officers who had escaped to the Middle East in 1941. The process of reception began on the larger scale in late 1944, and was accelerated in the spring of 1945. It is interesting to note that the Croat group still included many former k.u.k officers. Such was for example the Chief of new the Air Force, General

¹² Vojni leksikon. Beograd 1981.

Pirc, and the Chief of Military Intelligence and member of the Supreme Command in late spring of 1945, General Vjekoslav Klišanić.¹³

Former Yugoslavia was a multiethnic society, and that has always been a special concern of its rulers at the time.¹⁴ Without going into details, suffice it to say that there is no evidence in the sources which can confirm any chauvinistic attitude or intention of the Serbian decision makers in military hierarchy of the inter-war period. On the contrary, many top secret orders by the War minister to the upper commanders or whole officer corps show that they were fully aware that harmony and loyalty among different elements and satisfied citizens are the main pre-conditions of the combat moral. They were also fully aware that every mistake in that respect would nourish anti-Serb or anti-Yugoslav propaganda by opponents to the new Kingdom.¹⁵

In spite of many political claims at the time that former k.u.k. officers were neglected in the common army, figures suggest more profound conclusions. Absence of non-Serb Generals or the small number of them in the period between 1923-1935 cannot be taken as the only proof for negligence towards those officers by Serbian military authorities. For example, at the beginning of the 1920s former k.u.k. officers formed 36,76% out of the officer corps (6.800), in 1924 they had been only 9,7% of the Colonels, 15,8% of the Lieutenant colonels and 42,2% of the Majors and only 4 of the Generals and Admirals. Twelve years later (1936), they were 6,5% of the General corps, 33,35% of the Colonels, 34,66 of the Lieutenant colonels and 47,76% of the Majors (among pre-war officers, newly promoted Yugoslav officers excluded). On the eve of the W.W.II there were 23% in active General corps.

¹³ Later, Klišanić was transferred to the post of the Chief of the Education department of the Defense Ministry. (*Razvoj oružanih snaga SFRJ 1945–1985*, vol.15, *Kadrovi i kadrovska politika*, Classified ed. of YPA. Beograd 1986).

¹⁴ Yugoslav experience with a multi ethnic army during seven decades will be discussed much more thoroughly in the forthcoming article „Die jugoslawische Erfahrung mit der multihnschen Armee 1918–1991“ by this author in the review „Südosteuropa“.

¹⁵ More about it: Bjelajac. M.: *Vojska Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca 1918–1921*. Beograd 1988; *Vojska Kraljevine SHS/Jugoslavije 1922–1935*. Beograd 1994.

The Yugoslav Communist Party, or more precisely its top brass, brought into socialist Yugoslavia much of its political heritage from previous times. They were of the opinion that the main problem in the pre-war army had been the domination of Serbian Generals, as well as the alleged Serbian hegemony in general. Consequently, they concluded that the problem of legitimacy in multiethnic society would be overcome by appropriate representation of non-Serbs among the Generals and the officer corps in general. However, they faced the same or similar problems, as their royal predecessors. Non balance caused by the commanding structure of the partisan Army, and after 1950 absence of interest for military schools in already less represented nations, steadily repeated undesirable national proportions in officer corps. Thus the Serbs who were 36,30% of the Yugoslav population formed approximately 57,17% of the officer corps. However among Generals their share was 46% and they held only 33% of the highest posts. If compared to the Croats who were in the same time (1971) 22% of the population, 14% of the officer corps, 19% of the General Corps but 38% of the highest posts, it can be seen that it was much easier for a non-Serb to be promoted to the highest ranks and posts.¹⁶

Regarding both elites, we can identify some similarities. The most obvious ones deal with modernisation. Firstly, the army officer corps is a channel for vertical social mobility allowing individuals of modest or lower social origin (sons of: peasants, workers, lower rank clerks etc.) to achieve a social promotion into prestige, to become a part of the well off or even the political decision making elite. The second one is the influence on a developing military and other basic or supplement industry, railroads, ports, water supplies (pipes, reservoirs etc.), energy systems, mines etc. Painful experience during W.W.I and problems in obtaining enough supplies before W.W.II contributed to the developing of Yugoslavia's own military-industrial complex. That complex became at the end of SFRY an impressive one employing 80.000 workers (strictly military factories), and affecting also many complementary industries of various kinds. The

¹⁶ Denitch, p.115

arms export in the last decades produced an income of \$ 1,5-2 billion per year, a sum much higher or equal to that of tourism.¹⁷

Both elites, involved in the creation or liberation and the enlargement of Yugoslavia, were highly motivated in her defence and survival. According to our present knowledge, that basic motif made them firm supporters of the rulers (Alexander I and Tito) in the moments when Yugoslavia faced foreign threats. Rulers could also count on them when they wanted to impose radical solutions in internal politics, especially when crisis endangered and undermined the stability and unity of Yugoslavia and consequently sapped the country's defence strength (1929, 1971).

Both elites, because they had experienced war sufferings, were keen to maintain the peace in the region and around the world. According to our knowledge which is more profound of the inter-war period, there were no war plans except for defence. Offensive plans against Hungary would be put into force only in case Hungary attacked any of the Yugoslav allies from Little Entente, or Yugoslavia itself. Plans for operations in northern Albania would be put into practice only in a case of confrontation with the Italian army in Albania. An exception was the preparation of operation within limited range the territory near the border of Bulgaria in 1930 to settle the problem of Internal Macedonian Revolutionary Organisation terrorism after too many assassinations and attacks had been committed by that organisation. Yugoslavia had the right to undertake such an action according the League of Nations' Pact. However that plan was abandoned in early 1931. Another exception was the case of the preparations for sending military assistance to General Marcos during the Greek civil war (1948). A complete Division had been prepared to cross the border in a region of Bitolj and take part on his side. However, the Yugoslav leaders or Tito himself gave up the plan because of the changed circumstances (aggravation in the relationship with the USSR).

Still, there are some differences between those military elites, too. Since 1903 a certain tendency had existed among the groups of Serbian officers to take an active part in politics in an unconstitutional way during

¹⁷ Dragojević (General), Dr Milorad: *Razvoj naoružanja u SFRJ u makazama ideologije i politike*, (from his forthcoming book „Tiina zvana“), in: *Politika*, 23 November – 14 December 1996.

internal or international crises. They also had a propensity to act as „praetorians“. That heritage came into Yugoslav Army, and finally caused the coup d'état on 27 March 1941.

However, according to the results of our research, we can state that no doctrinal militarism existed in Yugoslavia. In general, elite „cadre“ was in favour of democracy and healthy political life which would provide satisfied citizens, future combatants. As for the elite „nucleus“ usually identified as „White hand“ or King's military „entourage“ it can be said that they acted sometimes in their own selfish interest.¹⁸ For example, in spite of predominant democratic orientation of the officer corps, during the long political crisis in 1924 some very influential officers worked in private interest in cahoots with corrupted ministers. On the eve of the King's „coup d'état“ in 1929 they were busy, too. After the King's death, Regent Prince Paul had tried (and almost succeeded after 1936) to remove them from the Army.

In communist Yugoslavia, in Tito's era, the military elite was rather an object or a tool than an active subject which created politics in spite of legal possibilities for exercising influence through the bodies of the LCY (Central Committee or Presidency) or through the post of the Defence Minister. The revolutionary multinational army and its elite was transformed into an exclusive, professional, supranational „Yugoslav“ institution that was almost hermetically sealed off from the rest of the Yugoslav society. Defence Secretary General Gonjak (1953-1967) and his close associates were responsible for military affairs only to Tito. Nothing, or very little, has changed in the period of Gonjak's successor General Ljubičić. The old partisan guard was still devoted to Tito, and was prepared to carry out the task which he had given to them in late 1971, that is to be the „ultimate guarantor of the Yugoslav state and Communist system.“

This general remark must be supplemented by some data on certain exceptions. Behind the curtain, far away from the eyes of the public, usually a rivalry among the top brass existed. The causes were of different

¹⁸ French contemporaries in Belgrade had only five persons in mind. Also, they made remarks about the character of secret organisations like „White hand“ and especially on its chief General Petar Živković (more about it in Bjelajac, M.: *Vojska Kraljevine SHS/Jugoslavije 1922–1935*, pp.44–54, 141, 242–247, 308–309; *Između vojske i politike. Biografija generala Duana Trifunovića 1880–1942*. Beograd 1997, pp.133–136, 188–194).

kinds, ranging from political or ideological to strictly military ones. Sometimes Generals were accused of being puppets of political wire-pullers from without the army. Such things we can follow since 1948, when two prominent Generals (Arso Jovanović and Branko Petričević), along with a certain number of Colonels, opposed to Tito and the majority of the officer corps in the quarrel with Stalin. The cases of the Generals (Serbs) Miloje Milojević, Radivoje Jovanović and Velimir Terzić in the early 1960s testified for the first time the existence of a national question or different approaches to it. The cases of the Generals Pavle Jakić, Radovan Vukanović and Rade Hamović were of military doctrinal type. However, after 1967 and 1968 and especially after the retirement of many prominent partisans' cadre we can identify first cracks in the army unity. The culmination of that process in Tito's era took place during the „Croatian spring“ in 1971. Some 13 Generals (Croats) gave support to the political leadership of Croatia and new nationalist tendencies. Finally, in the mid 1970s, Tito retired some Generals close to his wife Jovanka, accused of disloyalty, in spite of their merits during the National Liberation War and afterwards.¹⁹ However, Tito increasingly relied on the army until his death.

In a fact, some analysts claim that „in the mid-1960s, party reformers feared that this isolation of the military could mean a future 'militaristic' threat to wide ranging economic and political reforms introduced in Yugoslavia at the time. They sought, with considerable success, to dilute the exclusiveness of the military establishment. The reformers forced on the YPA an 'opening to society' (as process was termed in Yugoslavia) after 1966.“²⁰ However, secret clashes between streams in the elite of the YPA cannot be correctly judged if the efforts from the outside are ne-

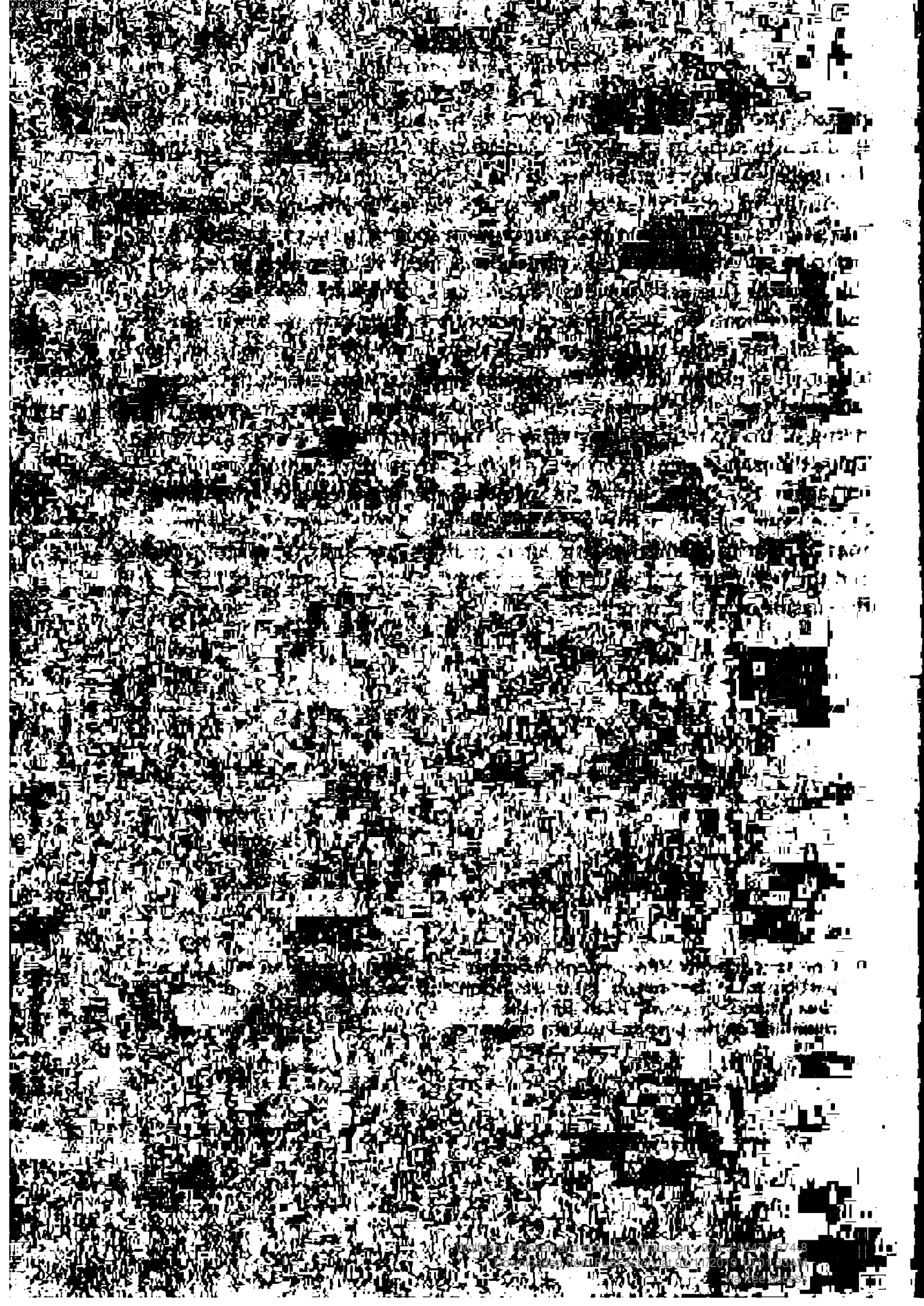
¹⁹ Vuković, Zdravko: *Od deformacija SDB do maspoka i liberalizma. Moji stenografski zapisi*. Beograd 1989; Jakić (General), Pavle: *Nad uspomenu, Vol.II*. Beograd 1990; Vukčević, Radomir: *Jovankin (Broz-M.B.) vojni puč*, in: *Duga*, No 415, 1990; *General osumnjičen za državni udar. Svedočenje narodnog heroja Đoke Jovanića*, in: *Borba*, 20 Januar – 1 Februar 1990; Ramet, Sabrina P.: *Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962 – 1991*. Bloomington and Indianapolis, 2.ed. 1992 (the author quoted Š. Đodan, a Croat ex-leader who stated that 18 Generals and 270 partisan officers were punished after 1971).

²⁰ Johnson, A. Ross: *The role of the military in Yugoslavia: An historical sketch*, in: *Soldiers, Peasants* (see note 1), p.187.

glected. Tito has wavered from one side to another, but has always managed to win support of his war comrades declaring himself in favour of the Yugoslav unity. For this reason the majority remained loyal to him.²¹

Finally, in order to better understand the real position and prestige of Tito's Generals in a rather poor communist society (in 1950s and 1960s) it has to be said that a General's rank bore some privileges such as comfortable housing (big flats or villas), official cars for private use (up to 1962), and motor boats on the Adriatic, credits for buying private cars in 1960s, good salaries (equal to those of the nomenclature), holidays in Army hotels or villas etc. In the mid 1970s federal military social security was established (pensions and health insurance). That facility improved the status of many retired army officers and their families, even Generals. Thus, thousands were received „with open arms by YPA and federal Center“ again. For Generals that meant pensions almost equal to the salaries of the same rank in active service (especially for holders of „Spomenica 1941“), right to medical treatment in military hospitals (separate rooms and the best care) and winter and summer vacations in military hotels at the seaside or in the mountains.

²¹ One very famous YPA General, member of Central Committee of the LCY and participant at the time on its famous Brion's 4th session (1966), confided to his close friend: „I cried. I felt that the end of Yugoslavia had begun.“ But he remained on the post and did not resign.



Die bulgarische Elite: Der brüchige Übergang von Intelligenzija zu Expertentum

Rumen Dimitrov

1.

Die Grundthese dieses Beitrags lautet, daß der Postkommunismus in Bulgarien mit einem gravierenden Defizit an Eliten verbunden ist. Elitenlosigkeit ist ein Zustand, der auch für den modernen Westen nicht untypisch ist. Das Leistungsprinzip produziert eine medienwirksame Prominenz, deren Schattenseite die egalitäre Langeweile des Mittelstandes ist. Offen bleibt die Frage, ob Prominenz – in Ost und West – heute als Elite zu definieren ist. Trotz des strukturellen Durcheinanders verblissen auch die Eliten im Osten zu Prominenz. Wenn die Entwicklung im Westen sich Zeit nahm, einen deutlichen Übergang von Parvenü zu Prominenz zu markieren, so treffen im Osten in aller Eile Parvenü und Prominenz gleichzeitig zusammen. Die große Frage ist, ob dies eine Ähnlichkeit nur auf der Oberfläche ist, und sie eigentlich auf ganz unterschiedlichen Prozeßtiefen zu beziehen ist, oder, im Gegenteil, der Osten in seinem Umbruch nur Prozesse und Probleme offensichtlicher und sichtbarer macht, die im Westen unter der Oberfläche verborgen bleiben. Haben europäische Eliten doch ein gemeinsames Schicksal? Ich werde in diesem Beitrag keine Antwort auf diese Frage geben können. Doch ich finde, das bulgarische Beispiel kann als eine Anregung in dieser Richtung dienen.

2.

Die modernen Eliten – als funktionelle Eliten – haben etwas mit der funktionellen Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu tun. Elitenbildung und Demokratisierung können durchaus parallele Prozesse sein. Ausdifferenzierung als Entflechtung, Autonomisierung, Individualisierung ist eine notwendige Grundlage der Demokratie. Und Eliten sind auch ein

Medium – Produkt und Voraussetzung – dieser Ausdifferenzierung. Sie machen – nach Bourdieu – den „feinen Unterschied“ aus. Sich fein zu unterscheiden, bedeutet, sich als Teil des Ganzen auszusondern, ohne sich davon abzuspalten. Dieser Teil hat den Anspruch, das Ganze zu vertreten, zu vermitteln, zu resümieren. Gibt es den Unterschied nicht, oder ist er zu groß, verlieren die Eliten in beiden Fällen ihre Funktion und Legitimation – die öffentliche Repräsentanz. Wenn keine Eliten entstehen – oder die Erwartungen an sie nicht erfüllt werden –, so darf zumindest gefragt werden, worauf ein solcher elitenloser Postkommunismus hinausläuft.

3.

Nach meinem Dafürhalten – hier unterscheidet sich meine These von den Prämissen der meisten Elitetheorien – ist das Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem für die Definition moderner Eliten entscheidend. Die Eliten als meinungsbildende und prominente Assoziationen, so Habermas¹, übernehmen unter anderem die vermittelnde – und an Bedeutung stets wachsende – Funktion eines öffentlichen Bindegliedes zwischen den autonomen privaten Sphären. Wenn – nach Szelenyi – das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft für die (östliche) *Intelligenzija* konstituierend ist, weil sie als staatliche Elite ihr Pendant in der gesellschaftlichen (marktwirtschaftlichen) Elite der (westlichen) *Experten* hat², so ist – für mich – das Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem für die *Eliten* (Meinungsführer, Prominenz, Reputations- und Prestigeträger) konstituierend, da ihre Domäne die *Öffentlichkeit* ist. Auch die Eliten in den privaten Sektoren sind nur insoweit Eliten, als sie als öffentliche Sprecher für das Private auftreten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet heißt das: Nicht die ganze Intelligenzija einerseits und nicht nur die Intelligenzija andererseits gehört zur Elite. Zerfällt die Öffentlichkeit, wird den Eliten der Boden entzogen.

- ¹ Vgl. Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main, besonders im Vorwort zur Neuauflage von 1990, S.33–50.
- ² Vgl. Szalai, E.: *Two Studies on Transition: Intellectuals and Value Changes. Notes from the Belly of a Whale. A World Falling Apart*. Budapest: Collegium Budapest/Institute for Advanced Study, Discussion Paper No. 24, 1996.

4.

Demokratisierung bedeutet mehr Öffentlichkeit. Überall in Osteuropa ist sie heute quantitativ gewachsen. Die Institution der politischen Zensur ist weg usw. Doch qualitativ erfährt die Öffentlichkeit dort sehr widersprüchliche, ja zum Teil rückläufige Prozesse. Nach dem mißlungenen Versuch im Kommunismus, die Öffentlichkeit zu totalisieren, erfährt sie im Postkommunismus – zumindest im bulgarischen Fall – einen überraschenden weiteren Verfall. Im Kommunismus sollte das Öffentliche als das quasi Weltlich-Sakrale das Private als das Profan-Defizitäre nicht ergänzen bzw. vermitteln sondern ersetzen und dominieren. Der Kommunismus stellt unter anderem den totalen Versuch dar, das Private zu veröffentlichen. Dieser Versuch ist mißlungen – auf Kosten einer folgenreichen und langanhaltenden Diskreditierung des Öffentlichen als des gewissermaßen Kommunalen. Im Postkommunismus scheint deshalb die Emanzipation des Bürgers zunächst als eine Emanzipation des Privaten gegen das Öffentliche zu verlaufen. Doch was – wieder zumindest im bulgarischen Fall – in Wirklichkeit stattfindet, ist eine Zerstörung der Öffentlichkeit, aber nicht als Emanzipation des Privaten, sondern als Revanche des Paternalistischen – des bereits im Sozialismus im Schatten gediehenen – deshalb von vornherein streng nichtöffentlich, ja anti-öffentlich funktionierende – „zweiten Netzes“ des Patriarchalisch-Kollektiven, der egalitär-etatistischen Sippensolidarität. Der Verfall der Öffentlichkeit hat weitreichende Folgen. Die Mafiabildung ist nur eine unter den vielen, die die öffentliche Verschließung der Gesellschaft bzw. der Wirtschaft verursacht hat.

5.

Es ist schwer, sich „fein zu unterscheiden“, wenn das Spiel grober wird. Dann bleibt von der „öffentlichen Repräsentanz“ nicht viel mehr als die unvermittelte Geste des Körpers. Wenn das Mediale, das Vermittelnde „verstopft“ wird, dann erscheint und funktioniert die Körpergeste nur als Gewalt. Das ist eine der Paradoxien östlicher Transition. Demonopolisierung der Wirtschaft – also die Ausbildung des Marktes – und die Demonopolisierung der Politik – also die Gewaltenteilung und der Parteipluralismus – werden durch eine überraschende, ungebetene, quasi automatische *Demonopolisierung der Gewalt überhaupt* begleitet. Die

Gewaltkompetenz – geheimdienstliche, bewaffnete, rein physische – wird dem zentralen Staat teils entnommen, teils von ihm selbst freigegeben und, so Ernest Gellner, von den „segmentierten Gemeinschaften der Väter und der Rituale“³ aufgesaugt. Die vom Staat entlassene und gekündigte Gewalt entgeht nunmehr nicht nur jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle, sondern wird auch gezielt gegen sie angewendet. Die Gewalträume werden sprunghaft erweitert. Wenn wir die Norbert Elias' Theorie des Prozesses der Zivilisation als einer Tendenz unter anderem der Monopolisierung der Gewalt vom (zunächst absolutistischen) Staat⁴ – in Betracht ziehen, dann haben wir es bei der Demonopolisierung der Gewalt mit einem eindeutig rückläufigen und somit antizivilisatorischen Prozeß zu tun.

6.

Der Umbruch in Osteuropa erweist sich als historischer Selbstmord (-versuch?) der „Intelligenzija“ als staatstragende und vom Staat getragene Elite. Dieser Selbstmord basiert auf einem gewaltigen und folgenschweren Irrtum. Man hat sich vor der Wende eine ganz andere Zukunft versprochen. Doch nachdem der Prozeß angelaufen war und es ziemlich bald klar wurde, worauf er hinausläuft, war es zu spät, ihn zu stoppen. Der Irrtum bestand darin, daß die Intelligenzija ernsthaft geglaubt hat, daß sie ihre privilegierte Position durch die Demokratisierung weiter ausbauen könne. Sie identifizierte sich – zunächst rein ideologisch, also in schizophrenem Widerspruch zu ihrer tatsächlichen Lage – nicht mehr mit der Staatsmacht, sondern mit der Marktwirtschaft. Man dachte sich einen Scheingegner aus: den Bürokraten, den „Apparatschik“. Er hat die Macht und ist dumm. Die Intelligenzija braucht keine Macht, weil sie klug ist. Im Perestrojka-Slogan ist die Intelligenzija da, um die Gesellschaft wieder einmal zu retten (obwohl sie von ihr selber als Sozialismus eingeführt worden war), da sie angeblich schon immer gegen die Macht aufklärt und,

³ Vgl. Gellner, E.: *Conditions of Liberty. Civil Society and its Rivals*. Praha 1966, S.11–16.

⁴ Vgl. Elias, N.: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Bd. 2: *Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation*. Frankfurt/Main 1982, besonders S.143–159, 351–368.

um Gottes Willen, die Macht nie eingeweiht habe. Dies war die neue Ideologie der Intelligenzija, mit der sie ihrem alten Machtanspruch eine neue Legitimation verleihen wollte. Gestützt wurde sie von der Erfolgsstory der 70er Jahre, als die erste, die nichtöffentliche Phase des Transformationsprozesses – zumindest in Gesellschaften mit staatlich-korporatistischen Eliten wie der bulgarischen oder der ungarischen – abgeschlossen wurde. Dies war die Transformation eines Teils des politischen Kapitals in kulturelles. Dies war das erste Zeichen der ansetzenden Pluralisierung. Die kulturelle Elite erlangte eine gewisse Autonomie von der politischen Elite. Kein kultureller Markt entstand, doch fette Honorare wurden nunmehr administrativ umverteilt. Man blieb durchaus innerhalb des staatlichen Machtgefüges, doch die Macht konnte adäquater, zeitgemäßer legitimiert werden – nicht mehr über proletarischen Internationalismus, sondern beispielsweise durch die kulturelle Wiederentdeckung des Nationalstaates usw. Man versprach sich eine neue, erfolgreiche Phase nach der Wende – die der Transformation des kulturellen Kapitals in ökonomisches und, dadurch – was man nicht gern eingestand – ja auch, indirekt, in politisches Kapital. Szelenyi behauptet auch heute, daß dies dann tatsächlich geschah, und daß in Ungarn die gegenwärtige Politik von ehemaligen kulturellen Eliten beherrscht wird. Ich weiß nicht. Ich glaube nicht daran. Auf jeden Fall zeigt das bulgarische Beispiel, das ich eher für verallgemeinerbar für Osteuropa halte, daß sich in Wirklichkeit alles ganz anders entwickelt hat.

7.

Dieser Mythos war falsch und effektiv zugleich. Doch die neue Gesellschaft ähnelte ihrem Entwurf kaum. Die Emergenz war enorm. Strukturen und Werte zerfielen über Nacht, ohne daß ihnen unbedingt neue folgten. Einige persönliche Beispiele für Transformation des kulturellen Kapitals in politisches – wie der erste demokratische Präsident Željko Želez in Bulgarien –, konnten niemanden darüber hinwegtäuschen, daß sich das neue politische Kapital aus ganz anderen Ressourcen zu rekrutieren begann. Sieben Jahre nach der Wende in Bulgarien ist kein einziger ehemaliger Dissident in der aktiven Politik geblieben. Als Illusion erwies sich die Transformation des kulturellen Kapitals in politisches. Die Politik in Bulgarien schöpft Ressourcen entweder aus dem eigenen Milieu (die

Sozialisten) oder aus marginalen Feldern (die Demokraten), die von den kulturellen Milieus ziemlich weit entfernt sind.

8.

Die bulgarische Intelligenzija zeichnete sich – ähnlich wie die slowakische – durch ihre bäuerliche Herkunft aus. Damit unterschied sie sich von der „klassischen“ russischen *Intelligenzija*, die vom ökonomisch relativ gesicherten, doch politisch abhängigen Adel kommt. Sie unterschied sich auch von den französischen *Intellectuels*, die aus der politisch autonomen, doch ökonomisch ungesicherten Berufsbourgeoisie stammen. Der strukturelle Rahmen des Sozialismus wies also verschiedene kulturhistorische Implikationen auf. Die russische Intelligenzija produzierte das Symbol des *Non-Profit-Intellectuals*, dessen Mission es war, in den Nischen außerhalb des Staates, ja auch der (verstaatlichen) Gesellschaft sein Wissen – für die Schubladen und für die Schüler – retten und bewahren zu können. Hier scheint das kulturelle Kapital in ewiger, heiliger Opposition zum politischen – aber auch zum ökonomischen – Kapital zu stehen. Natürlich werden auch solche Symbole – von individuellen Beispielen abgesehen – in kollektivem Muster falsch resümiert, die dann als ideologische Legitimationen vervielfältigt werden. Den Intellektuellen als irgendeine Opposition zur Macht gab es natürlich in Rußland als Einzelbeispiele zahlreicher als anderswo. Aber nicht diese zerstreute und isolierte Marginalintelligenz, sondern die Gruppe der russischen staatlichen Intelligenzija war der modell- und systembildende Kulturfaktor im Sozialismus. Die bulgarische kulturelle Elite hat diese spezifisch russische Projektion in der Zeit der Perestrojka als kritische Waffe gegen das „Kommando-administrative System“ (Alexander Beck) unkritisch übernommen. Doch anders als die russischen Marginalen – und ähnlich wie die ungarische Elite – stand die bulgarische Intelligenzija in einem engen korporativen Verhältnis zu dem Staat und dachte kaum daran, eine „zweite Öffentlichkeit“ – etwa nach polnischem Muster – außerhalb der partei-staatlichen zu gründen. Nach der Wende hat sich herausgestellt, daß alle Schubladen leer waren. Keine Schulen, keine Schüler tauchten von irgendeinem subkulturellen Untergrund auf. Die kleinbürgerliche Herkunft eilt mit dem momentanen Erfolg, ihr Zeitgeist bleibt im Augenblick der Gegenwart gefangen. Die „Lüge“ des russischen Intellektuellen

war, daß er gegen die Machtinhaber sei, ohne Experte zu sein. Die „Lüge“ des bulgarischen war, daß er ein Experte sei, obwohl er im Staatsgefüge blieb.

9.

Das Problem, das auch Szalai⁵ beschäftigt, ist, was tun, wenn die kulturelle Elite *aufhört, Intelligenzija zu sein* (weil die direkt verfügbaren staatlichen Ressourcen im allgemeinen und die indirekten – etwa die Subventionen – im besonderen weg sind) und zugleich (noch) *nicht zum Expertentum wird*, da die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals (als Bildung eines primären Marktes) alles andere, nur nicht Kultur (Tauschwert erst eines sekundären, noch nicht existierenden Marktes) braucht. Die kulturelle Elite hat einerseits (im Unterschied zur politischen) keine Ressourcen mehr, um den Markt mitzugestalten, und ist andererseits bereits außerhalb des Staates geraten, um ihn – zu spät, zu spät! – projektieren und umdefinieren zu können. Ein Teil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Elite – Historiker, Schriftsteller, Lehrer usw. –, die über ein national geprägtes transkontextuelles Wissen verfügt, verliert mit der Öffnung des nationalen Marktes nach Westen seine geistige und materielle Position. Was ihm bleibt, ist entweder die Arbeitslosigkeit oder die Umprofilierung als Teil der nationalistischen politischen Elite. Zugleich dazu haben Geisteswissenschaftler ein anderes, inhaltliches und wertmäßiges Problem - sie können noch nicht den Schock einer elementaren Entdeckung überwinden. Die Kontakte mit dem Westen waren für sie zuerst eine pure Enttäuschung. Plötzlich haben sie mitbekommen, daß sie die Aufklärung völlig falsch verstanden hatten. Sie betrachteten die Wissenschaft als Domäne der Freiheit, als Mittel der Selbstemanzipation. Manche wissenschaftliche Institutionen in Bulgarien, insbesondere die Sofioter Universität, stellten – als einzige vor der Wende – exklusive Gewächshäuser für exotische Liberale dar. Die ersten Forschungsreisen in den Westen – besonders nach Amerika – und die ersten Boten des westlichen Rationalismus und Postmodernismus nach Bulgarien verkündeten vor dem seinen Ohren nicht glaubenden Ost-Dozenten, daß die Wissenschaft ein Mittel nicht der Befreiung, sondern der

⁵ Vgl. Szalai, E.: op. cit.

Disziplinierung sei. Ein wichtiges Stück Identität des osteuropäischen Sozialwissenschaftlers geht mit der „Wiedererlangung“ seiner „Weltidentität“ verloren. Mit der „Verwestlichung der Wissenschaft“ findet in ihm ein mehr als ernüchternder Wertewandel statt, indem die sich als illusorisch erweisende Wirbelsäule des osteuropäischen Wissenschaftlers, der Freiheitsgedanke – auch auf Raten – gebrochen wird.

10.

Die Intelligenzija konnte auch als journalistische Elite nicht gerettet werden. Ist die Journalistik nicht etwas passenderes für Intellektuelle als die Politik? Die Enttäuschung von der Politik war schnell bei der Hand. Die Enttäuschung von der Journalistik hat ein wenig länger auf sich warten lassen. Viele Kandidaten-Sprecher in der Öffentlichkeit haben etwas Zeit gebraucht, um zu erfahren, daß ihre Intelligenzija-Rolle auch hier an den Nagel gehängt werden muß. Als unverbesserliche Weltverbesserer, wollten sie die immer deutlich werdende Defizite der Politik durch Medienwirkung korrigieren. Doch die Öffentlichkeit soll und kann dies nicht. Sie kann Defizite sichtbar machen, zur Sprache bringen. Aber als intermediäres Kommunikationssystem⁶ kann die Öffentlichkeit politische Entscheidungsstrukturen nicht ersetzen. Als Illusion hat sich auch herausgestellt, daß über Medien politische Ziele oder kulturelle Werte zu schaffen und in die Gesellschaft zu implantieren sind. Dies ist jedoch nicht das Spezifikum der Medien, die in der differenzierten modernen Gesellschaft – nach Jeffrey Alexander – hauptsächlich eine generalisierende und integrierende Leistung zu bringen haben. Die Werte-Werkstatt der kulturellen Eliten ist nicht so sehr die Medienöffentlichkeit, sondern vielmehr das informelle Netzwerk der stil- und milieugebundenen Unter-Öffentlichkeiten. Sie müssen aber in Bulgarien nun erst neu konstituiert werden. Zu dieser Zeit scheint hier die politische Teilung zwischen den Kulturträgern jedoch immer noch stärker als die eigene Gravitation des kulturellen community zu sein. Und die Medien erweisen sich auch hier eher als eine

⁶ Vgl. Neidhardt, F.: Auf der Suche nach „Öffentlichkeit“, S.25–35, in: Kunst, Kommunikation, Kultur. Festschrift zum 80. Geburtstag von Alfons Silberman, hg. v. W. Nutz. Frankfurt/Main 1989, sowie Gerhards, J. / Neidhardt, F.: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin: WZB Discussion Paper FS III, S.90–101.

Falle. Denn wenn kulturelle – aber auch journalistische – Eliten versuchen (selbstverständlich aus guten moralischen Gründen), als öffentliche Autorität anstelle der fehlenden politischen Autorität zu agieren, dann überträgt das Publikum unwillentlich die politischen Defizite auf die Medien und die gesellschaftlich-politische Krise wird nunmehr als Medienkrise empfunden. Die Eliten beseitigen hier die Ursachen des Unbehagens nicht, sondern lenken es lediglich auf sich selbst. Ihr Prestige und Einfluß gehen damit auch dort unter, wo dies nicht unbedingt selbstverschuldet zu sein mag.

11.

Dies möchte ich am Beispiel der Zeitungen in Bulgarien veranschaulichen. Bald nach dem Wandel definierten sich alle neuenstandene Zeitungen als Teil des demokratischen politischen Sektors. Die Öffentlichkeit verstand sich ausschließlich als *politische Öffentlichkeit*. Alles neue war „demokratisch“, also – „antikommunistisch“. „Unabhängig“ war ein direkter Anspruch auf eigene staatsbürgerliche Position. Das Publikum wurde *nicht als Konsumort, sondern als Bürgerforum* angesprochen. Eine wahre Renaissance der Öffentlichkeit! Dieser Mythos konnte überzeugen, auch weil die journalistische Elite nicht alle Probleme der politischen geerbt hatte. Die neue Politik konnte nur durch neue Gesichter – durch neue Personen – legitimiert werden. Für die neue Journalistik reichte, ein neues Gesicht zu zeigen – also ohne die Personen zu wechseln. So wurde im Postkommunismus das Prinzip der Nomenklatura im Bereich der Medien weiter und besser fortgesetzt als im Bereich der Politik selbst.

12.

Nach der ersten Runde von Etablierungswahlen – insbesondere nach der Konstituierung der „politischen Klasse“ – hatte die politische Legitimation der Medien keinen so großen Kredit mehr beim Publikum. Auch die Transformation des politischen Kapitals in ökonomisches schien nun – am offensten zu der Zeit des Kabinetts Berov 1992-1995 – ziemlich fortgeschritten zu sein. Als der Unterschied zwischen „Demokraten“ und „Demokratie“ nicht mehr zu übersehen war, wurde eine neue Differenz

signifikant – die nicht mehr innerhalb der Politik, sondern die zwischen Politik und Gesellschaft. Die Medien entdeckten ihre neue Legitimation. Ihr Vorschlag an das Publikum war, nicht mehr zwischen demokratischer und undemokratischer Politik zu unterscheiden, sondern zwischen Politik und Demokratie schlechthin. Die Politik wurde als Sphäre privater Interessen diskreditiert. Nur die Medien als Hauptträger der Öffentlichkeit brüsteten sich als einzige Domäne des „allgemeinen Interesses“. Doch so verschwand das Politische im Öffentlichen. Was blieb, war genau das Gegenteil – die Öffentlichkeit als die Sphäre, wo die Leute jenseits der Politik unter sich sind. Das Publikum bestand nicht mehr aus Staatsbürgern, sondern aus Konsumenten. Das *Bürgerliche* wurde also zum Gegensatz des Politischen – zum Nichtpolitischen und, letzten Endes, zum *Apolitischen*. So haben die meisten Zeitungen langsam aufgehört, zwischen Gesellschaft und Politik zu vermitteln, als Anleitung zu bürgerlicher Partizipation und politischem Handeln zu dienen.

13.

In diesem Kontext wurde „unabhängig“ als *unabhängig von der Politik* verspätet hervorgehoben. Dieser Rückfall vom Öffentlichen ins Private konnte jedoch das Publikum nicht über die neue – viel wichtigere – Abhängigkeit der Medien hinwegtäuschen: die *Abhängigkeit von den neuen politökonomischen Gruppierungen*. Sie ist auch marktvermittelt, doch nur sekundär. Einerseits sind diese Medien öffentlich-rechtlich nicht mehr kontrollierbar. Kein Zufall, daß die Sensibilität für journalistische Rechte in den öffentlichen Medien in viel stärkerem Maße als in den privaten erhalten geblieben ist. Andererseits ist nicht der Markt, und am wenigsten – über die Auflagenzahl – das Publikum der Faktor, welcher über ihr Schicksal entscheidet. Eigentum und Werbung sind begrenzte ökonomische Faktoren, die auch für politische Zwecke instrumentalisiert werden können. Im neuverteilten politökonomischen Raum besitzt jede Gruppierung ihr eigenes Medium – wie ihre eigene Bank, ihre eigene Lobby im Parlament. In der Regel verlustbringend, haben die „großzügig“ unterstützen Medien das Ziel, das angeschlagene Image ihrer Eigentümer – nicht besonders zimperlich und wenig ruhmvoll für das allgemeine Publikum – aufzupolieren und sie als Teil des „nationalen Kapitals“ zu legitimieren. Was dieser Mythos nicht verdecken konnte, sind die lokalen

Kriege, die zwischen den Gruppierungen selbst ab und zu aufflammen. Wo er mehr Erfolg hat, ist die Tarnung der journalistischen Elite als integrativer Teil der neuen politischen Klasse. Sonst hätte sie nicht so hartnäckig auf dem Unterschied bestanden.

14.

Die „unabhängige“ Presse hat auch ihre neue, „antiideologische“ Sprache gefunden. Als eine gegen den Kopf – gegen das Ideologische – gerichtete Sprache, wurde der neue Diskurs einzig auf den Körper – besonders auf seinen unteren Teil – fixiert. Die „Emanzipation von unten“ wurde also als Enttabuisierung des Unterleibes dargestellt. *Die existentielle Geste des Körpers*, der Vor-Diskurs des Biologischen erzeugen eine *neue Untoleranz*, die letzten Endes nicht weniger antiindividualistisch wirkt. Die Reduktion des Individuellen auf den Körper erlaubt noch keine persönliche Identifikation. In den Bedingungen einer halbmodernisierten Gesellschaft ist die Intoleranz des individuellen physischen Körpers nur die Kehrseite der Intoleranz des sozialen kollektiven Körpers. Ziehen wir auch die Anomie der totalen Krise – den Zerfall sozialer Normen und „Normalität“ – in Betracht, dann können wir besser verstehen, warum diese neue Sprache nur solche sozialen Identifikationen stiften kann, die auf sozial unkomplizierten, quasi-natürlichen, anschaulich-physischen Merkmalen ruhen können. Solche neue Identifikationen kann in Bulgarien nur die Vetternwirtschaft der Mafia mit ihren Kampfeinheiten und ihren „Helden“ – den sogenannten *Ringkämpfern* – liefern. So haben gerade die unabhängigen Medien die Jungs für das Grobe, die schmutzigen Hände der Mafia, die hirnlosesten Gewaltgeile als Zentralhelden der Gegenwart mythologisiert und mehr oder weniger gerechtfertigt. Sie werden als Beispiel gezeigt und gegeben, sie machen die Schlagzeilen; mit einem Wort – sie machen den antiideologischen Gegenpol, *das action*. Damit ist eine historische Chance vertan. Die Sprache bewegt sich jenseits des Ideologischen, doch sie wird nicht reflexiv und kritisch. Nur die Form der Intoleranz wechselt. Sie wird nun zu einer vor-kulturellen, physisch-entdisziplinierten, nachrichtenwert-legitimierten Gewalt. Doch jeder Diskurs bewahrt seine ideologische Dimension – im Vorder- oder Hintergrund. Auch wenn das Ideologische nicht präsentiert wird, ist es nicht abwesend. Ein Beispiel dafür ist, wie leicht sich die unabhängigen Zeitun-

gen während der letzten Kommunalwahlen in Bulgarien (Herbst 1995) und den allgemeinen Wahlen (Frühling 1997) für die Interessen von diesen oder jenen politökonomischen Gruppierungen instrumentalisieren ließen. Oder – mit Georgi Losanov, dem bulgarischen Medienforscher zu sprechen – wurde ihre Rolle als Unabhängige einzig auf eine Wechselmünze reduziert, welche sich zu besitzen lohnt, um sie dann für etwas anderes tauschen zu können.

15.

Der *Ringkämpfer* ist die Schlüsselfigur der heutigen bulgarischen Elitenlosigkeit. „Ringkämpfer“ oder „Kämpfer“ (in Bulgarisch ist es eins und dasselbe Wort – „borec“) ist das resümierte Bild einer neuer emporwachsenden „Business-Schicht“, deren Vertreter wenig mit dem buchhalterischen Stift, dagegen aber viel mit dem Baseballschläger anfangen können. Äußerlich ist der Kämpfer unverkennbar, ja auffallend. Stämmige – eher beleibte als kräftige – Figur, quadratischer Nacken, vom Winde umgeblasene Ohren. Auf dem kurzgeschnittenen Haarschnitt ist eine kleine Schlüssel-Kappe aus schwarzer Wolle aufgesetzt. Ihr Rand kann im Falle eines Falles heruntergerollt werden. So kann sie als Maske – mit Schlitz für die Augen – das Gesicht völlig decken. Kettchen um Hals und Hand, kurze Lederjacke, aus der ein üppiger Bauch – wie aus einer geöffneten Knospe – hervorspringt. Er steht auf Mercedes und BMW, die Straßenverkehrsordnung wird von ihm hingegen glatt ignoriert. Das Handy ist sein Lieblingsspielzeug. Die Schuhe kennen keine Farbe und Bürste. Die Fortuna hat diesen Migranten offensichtlich allzu schnell überrollt. Alles in ihm verrät die Minderwertigkeitskomplexe der Bauernherkunft – das Schwanken des vom Erfolg erwischten Obskuranten, die dumpfe Gesundheit des seinem Körper Überlassenen, der Schreck, daß alles, was so schnell gerafft ist, noch schneller zwischen den Fingern versickern kann. Karikatur von sich selber, doch immerhin eine starke Figur, wird der Kämpfer in der Öffentlichkeit respektvoll verspottet – weil gefürchtet. Er liefert fast ausschließlich die Nahrung für die neuen Witze. Sie sind jetzt an die Stelle der Milizionär-Witze getreten. Im Unterschied zum damaligen Milizionär ist der Ringkämpfer ein Aufsteiger – ein *Parvenü*. Er unterscheidet sich jedoch sowohl vom klassischen westlichen Parvenü als auch vom russischen Neureichen. Der westliche Parvenü hat schon das Geld,

doch nicht die kulturelle Kraft, sich fein zu unterscheiden. Was ihm als Aufsteiger fehlt, ist die Raffinesse der höfischen Aristokratie, ihr Stil und Geschmack – die für die bürgerliche Elite lange Zeit ein Modell war. Die Situation in Bulgarien ähnelt der Situation der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals im Westen. Nur der Kämpfer hat die Rolle des Parvenüs übernommen. Da aber die „modellbildende Schicht“ – nach Bourdieu – der Aristokratie fehlt, hat der Kämpfer nicht für seine Zukunft, sondern lediglich mit seiner Vergangenheit zu kämpfen. Er ist nur ein Ersatz für Elite. Schickt er sich als Elite an, wird seine Elitenlosigkeit besonders auffällig. Er hat kein Modell vor sich und kann zu keinem Modell selbst werden. Der bulgarische Kämpfer ist auch nicht fähig, sich die Art des Sich-Unterscheidens seines russischen Maitres leisten, der keine westliche Kultur braucht, da er von seiner slawischen Seele schon überfüllt ist. Der Russe demonstriert Antikultur, ohne zur Avantgarde zu gehören. Wichtig ist für ihn die Weite der irrationalen Geste, in der er auszufern braucht – in einer nach ihrem Ausmaß atemberaubenden und aggressiv kitschigen Verschwendung, in einem tollen Verhalten, welches sich gerade der spröden Sparlogik des westlichen Parvenüs demonstrativ widersetzt. Sein bulgarischer Kollege ist hier nicht nur viel armer, sondern auch viel schüchterner und weniger einfallsreich in seiner Geschmacklosigkeit.

16.

In jeder Epoche existiert eine zentrale Jugendgruppe, die das Erfolgsmodell einer ganzen Generation konkret resümiert. Solche relevante Gruppen sind mal Soldaten, mal Gymnasiasten; sind mal Schauspieler, mal Sportler. In Bulgarien vor dem Krieg war es zum Beispiel der *zaristische Offizier* – er bat der Frau gesellschaftliches Ansehen und soziale Sicherheit. In der Zeit der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ der 60er Jahren war es der *junge Spezialist* – sein Hochschulabschluß versprach den meisten Erfolg. Heute ist das der Kämpfer. Vielleicht hängt die relevante Gruppe irgendwie mit den Zukunftserwartungen der Generation zusammen. Der Kämpfer resümiert eine Zeit, in der man – ohne Zukunft und Vergangenheit – völlig der Gegenwart überliefert ist. Er produziert nicht, er wird nur wegen des Konsums beneidet. Er verspricht nichts, er ermöglicht nur. Die Tragödie der bulgarischen Eliten besteht in ihrer

historischen Diskontinuität. Jede Revolution und Konterrevolution ist ein guter Anlaß für den bäuerlichen Obskurantismus gewesen, sich an der verhaßten – weil unverstandenen – städtischen Bürgerintelligenz zu rächen. Nach jedem historischen Bruch fängt die Gesellschaft wieder von vorne an, indem wieder neue Dorfmigranten den Anspruch erheben, die neue Elite zu sein. Und irgendwie gelingt ihnen das – zumindest hinsichtlich der Beseitigung alter Eliten. Beispielsweise sind die Kinder der Kämpfer heute diejenigen – da der patriarchalische Kult der Bildung als Rettung vom Acker in allen Schichten der östlichen Gesellschaft fest verankert bleibt –, die fast ausschließlich in englische Colleges und amerikanische Universitäten geschickt werden.

17.

Es gibt keinen Königsweg in der Verwandlung der Nomenklatura in Bourgeoisie. Das historische Risiko ist erheblich, der Prozeß ist ein zweischneidiges Messer, entscheidend hier ist der Wettlauf mit der Zeit. Denn die Nomenklatura verliert ihre alte Legitimation noch bevor sie eine neue bekommt. Als redistribuierender Stand hat sie einen Machtanspruch gerade über ihre Eigentumslosigkeit im bürgerlichen Sinne – also als kollektiver Verwalter des „gesellschaftlichen“ Eigentums. Jede (offene) Privatisierung, jede (offene) persönliche Aneignung entzieht ihr die Legitimationsbasis, macht sie sofort politisch angreifbar und verletzbar. Es handelt sich um ein geschichtliches Abenteuer, um einen künstlich verursachten Schiffbruch inmitten eines unruhigen Meers, wo es darauf ankommt, nicht nur überhaupt, sondern auch als erster zum anderen, ersehnten und rettenden Ufer (möglichst trocken) zu gelangen. Der Sozialismus war die erste ausgedachte Gesellschaft. Doch auch der Postkommunismus ist voll mit Neuheiten und Experimenten. Er ist nur viel phantasieloser. Ein – vielleicht utopisches – Ziel im Postkommunismus ist die *Verkleinbürgerlichung*, die Schaffung einer „nationalen Bourgeoisie“ – der Massenbasis der Marktwirtschaft und der zivilen Gesellschaft. Das ist auch beispiellos in der Geschichte, da sie bisher nur die entgegengesetzte Tendenz kennt. Die Kleinbourgeoisie zerfällt und erzeugt stündlich – nicht nur nach Marx – Eigentum und Nichteigentum, Großbourgeoisie und Proletariat. Die Frage lautet nun: Kann es umgekehrt passieren? Kann man Nomenklatura (statt Großbourgeoisie) und

Proletariat zurück verkleinbürgerlichen? Die Schicht der selfmade-men, der unabhängigen Marktagenten, der individuellen Effizienz-Beispiele ist ohne Zweifel sowohl psychologisch als auch politisch äußerst wichtig. *Psychologisch* können die Kleinbesitzer eine neue Mentalität einführen, die eben auf Gewinn, nicht auf Vorteile orientiert ist. Die – eigentlich frühliberale – Logik, vom Staat ökonomisch unabhängig zu sein, um auf ihn politisch wirken zu können, ist wahrscheinlich immer noch unersetzlich für die (Selbst-) Erziehung des neuen Bürgers. Und *politisch* ist diese hypothetische Schicht mehr als jede andere ein Garant dafür, daß die osteuropäische Variante nicht lateinamerikanisiert wird. Wenn die historische Hegemonie der Nomenklatura auch im Postkommunismus – wer die Vergangenheit kontrolliert, der kontrolliert auch die Zukunft – nicht gebrochen wird, wird nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft wie eine ausgehöhlte Pyramide aussehen – eine zahlenmäßig große pauperisierte Schicht unten, eine kleine reiche Oligarchie oben, und kein Mittelstand, nichts dazwischen, welches Demokratie tragen und vermitteln könnte.

18.

Doch es kam leider anders. Die „roten Barone“ haben nach 1989 die Banken und den Großhandel für sich privatisiert, doch in ihrem Interesse war, das Staatseigentum in der Großproduktion und das Gemeindееigentum an den Kleinunternehmen zu bewahren, um ihre Extraprofiten damit sichern zu können. In Bulgarien wurde keine *Kleinprivatisierung* wie in der Tschechoslowakei durchgeführt, wo allein im Jahr 1990 etwa 30 000 Kleinbetriebe privatisiert wurden. Damit wurde die Chance vertan – die Leute hatten damals immer noch Geld, welches heute von der Inflation verzehrt ist –, die soziale und ökonomische Basis der Demokratie zu gründen und zu sichern. An die Stelle der nichtgeborenen Bourgeoisie drängten sich die kriminellen Gruppierungen – die Ringkämpfer, die Schutzgelderpresser, die Versicherer. Sie eroberten den Tourismus, die Restaurants, die Geschäfte, die Speicher, die Handelsflächen, die Waren mit gesichertem Gewinn – wie Alkohol, Zigaretten, Zucker, Speiseöl, Benzin, Getreide, zuletzt auch das Brot. Was sich den Kriminellen immer noch widersetzen könnte, wird von der Inflations- und Steuerpolitik des Staates vernichtet. Die Investitionen werden nicht als Kosten anerkannt,

keine technische Innovation wird von Steuern befreit, die Ammortisationsabschreibungen sind völlig unadäquat usw. Die Mieten sind so hoch, daß nur diejenigen, die über eigene Garagen verfügen, weiter überleben können. Oder die, die keine Steuer zahlen. Sie werden in die Schattenwirtschaft getrieben, da Bestechung billiger als Steuerzahlen bleibt. Die „graue Ökonomie“ stellt heute über 40 Prozent des BIP in Bulgarien her. Sie wird jedoch in der Regel von den Ringkämpfern kontrolliert. So konnte die Verkleinbürgerlichung in Bulgarien – trotz günstiger struktureller Voraussetzungen – nicht stattfinden. Im Gegenteil. Dort ist eine Entkleinbürgerlichung zu beobachten. Der Weg zum erträumten – und von den Politikern so heraufbeschworenen – Mittelstand bleibt den meisten Bulgaren heutzutage mehr denn je versperrt. Die Verkleinbürgerlichung hat in Bulgarien nicht stattgefunden – nicht weil es dort nicht genug, sondern weil es dort allzuviel Kleinbürgertum gab. Kleinlich verhielt man sich auch – und am meisten – dort, wo Kleinbürgertum am wenigsten zu suchen hatte – im Denken und Handeln der Eliten. Sie konnten sich nur *klein, nicht fein* unterscheiden. *Sie waren leider zu klein, um dem notwendigen historischen Sprung – auch über sich selbst – gewachsen zu sein.*

19.

Die jüngst gewählten „demokratischen“ Regierungen und Präsidenten in Bulgarien und Rumänien zeigen, daß die fundamentale Transformation des politischen in ökonomisches Kapital in diesen Gesellschaften weitgehend abgeschlossen ist. Das alte, politisch legitimierte Kapital, hat sich prinzipiell in das neue ökonomische transformiert. Doch es ist nicht zu ökonomischer Elite, sondern zunächst zu Mafia geworden. Es ist eine spontan abortierte Elite, ohne öffentliches Dasein. Es handelt sich hier nur zum geringeren Teil um eine funktionelle Elite, die sich aus der modernen Ausdifferenzierung der Wirtschaft von der Politik ableiten läßt und deren Macht nur biographisch gebunden, über Generationenwechsel nicht gesichert ist. Dieser Moment ist schon da, aber er ist noch nicht bestimmend. Es handelt sich am meisten um eine teilweise Bewahrung der Standesgesellschaft, um einen politökonomischen Bündel von alt-neuen Privilegierten, zu denen der Zugang für Nichtangehörige weiterhin verschlossen oder erschwert bleibt. Ihre ökonomischen Vorteile bleiben

politisch rückversichert, die strikte funktionelle Grenze zwischen Wirtschaft und Staat bleibt aus.

20.

Die Macht der „ehemaligen Kommunisten“, der Nachfolgeparteien, wurde gebraucht, um diese Transformation in Gang zu setzen und zu verwirklichen. Nun braucht man die Macht der neuen demokratischen Parteien, um diese Transformation abzuschließen, sie gleichsam zu besiegeln. Und das ist das Neue im Alten. Der Unterschied ist kein unwesentlicher. Das neue ökonomische Kapital hat mächtige Legalitäts- und Legitimationsprobleme. Verwachsen mit wirtschaftlicher Kriminalität und politischem Klientelismus, besitzt es ein schlechtes Ansehen in der Gesellschaft. Die Nachfolgeparteien waren notwendig für seine „ursprüngliche Akkumulation“. Die ehemaligen Kommunisten konnten auf die politischen Expansion der „neuen Demokraten“ kaum anders reagieren als mit ihrer Verschanzung in den ökonomischen Nischen und deren Ausbau. Durch marktwirtschaftliche Ideologie versuchten sie dieses „nationale Kapital“ zu legitimieren, obwohl es im wesentlichen illegal vonstatten ging. Nun kommt die Phase der „Normalisierung“. Dafür eignen sich die ehemaligen Kommunisten nicht mehr. Die „neuen Demokraten“ – viele von ihnen ganz ehrlich – haben jetzt der „Mafia“ einen Krieg erklärt: Man will ihre politischen und kriminellen Fühler abschneiden. Da das Kind nicht mit der Badewanne ausgeschüttet werden soll, kann niemand die ganze Wirtschaft als solche in Frage stellen. Genetisch-theoretisch wäre das richtig, doch praktisch-politisch – dumm. So wird nun eine Hintertür für „Depolitisierung“ und „Entkriminalisierung“ des Kapitals offen gelassen. Man vergißt gern seine Vergangenheit, wenn es nunmehr nach den allgemein anerkannten Normen handelt – vorausgesetzt, sie existierten. Die „neuen Demokraten“ – ohne es unbedingt beabsichtigt zu haben, und genau umgekehrt wie die Sozialisten – *legalisieren* das bereits transformierte Kapital, indem sie seine Legitimität anzweifeln.

21.

Das ist eine Tendenz nicht ohne Ironie, doch mit Gewinnen für alle. Die Zeit der gewaltsamen Aufteilung wirtschaftlicher Räume, der Kriminalität als Produktivkraft geht vorbei. Erpressung und physische Gewalt sind

nicht mehr so gewinnbringend und -sicher, wie Wechsel, Anleihen und Zinsen. Deshalb werden die „neuen Demokraten“ von den neuen Reichen gegen die Kriminalität, die sie früher ja selber gestiftet haben, nunmehr nicht nur durch pure Lippenbekenntnisse unterstützt. Die Prioritäten ihrer Interessen haben bereits eine wichtige neue Runde auf der zivilisatorischen Schraube vollzogen. Was allerdings verschwunden ist, ist die alte Intelligenzija. Und was geblieben ist, sieht nicht unbedingt nach neuen Eliten aus.

Die Intelligenz als „verlorene Elite“: Intellektuelle Diskurse in Bulgarien 1990–1996

Juliana Roth

A. Einleitendes

Es ist wohl der Aufmerksamkeit von kaum einem Beobachter der politischen Szene in Ost- und Südosteuropa entgangen, daß der Zusammenbruch des Realsozialismus Veränderungen nach sich gezogen hat, die auch die grundlegenden sozio-kulturellen Strukturen, Institutionen und Werte dieser Gesellschaften derart tiefgreifend umgestaltet haben, daß man vielleicht eher von einer „Kulturrevolution“ als nur von „Kulturwandel“ sprechen könnte. Angedeutet werden soll damit das schwindelerregende Tempo der andauernden, vielfältigen, immer noch kaum vorhersehbaren und kontrollierbaren Entwicklungen im soziokulturellen Bereich, die die gesamte Umwelt der wirtschaftlichen und politischen Reformen beeinflussen. Heute, fast zehn Jahre nach dem Beginn des demokratischen und marktwirtschaftlichen Experiments in den Reformländern, zeigt sich deutlicher denn je, wie wichtig das Wissen um diese Entwicklungen ist, und wie entscheidend auch soziokulturelle Kriterien für die Gestaltung der Reformprozesse sind.

Unsere tatsächlichen Kenntnisse der gegenwärtigen soziokulturellen Strukturen der Reformgesellschaften stehen in keinem Verhältnis zum Bedarf an exaktem Wissen. Dieses ist nicht ungewöhnlich, denn in Zeiten wirtschaftlicher Not und politischer Instabilität erscheinen soziologisch-ethnologische Studien zumeist als Luxus. Doch auch inhaltliche Gründe sind festzustellen: Der Umbruch hat z.T. recht unerwartete Reaktionen der Betroffenen ausgelöst und eine so starke Differenzierung in traditionsbestimmte und innovative Handlungsbereiche gezeitigt, daß es immer schwieriger wird, diese mit dem Instrumentarium der üblichen Denkmodelle und Konzepte – wie z.B. jenen der *Modernisierung*, des

rationalen Handelns oder des *Universalismus* – hinreichend zu erfassen (vgl. Bendix 1973; Mänicke-Gyöngyösi 1995). Es fehlen empirische Erhebungen von aktuellen soziokulturellen Daten und Fallbeobachtungen, z.B. Analysen von heutigen formellen und informellen Machtstrukturen oder des Zusammenspiels zwischen innovationsbereiten und traditionsgebundenen Sektoren des Alltagshandelns im Postsozialismus.

Zu den spezifischen soziokulturellen Phänomenen der Wende in Südosteuropa gehört gewiß die Schlüsselbedeutung der *Intelligenzija* als Wegbereiter und Anführer der politischen und gesellschaftlichen Transformation. Die unerwartete Machtposition, die den Intellektuellen beim Systemwechsel zukam (und für die als Beleg gerne die Abgeordnetenlisten der ersten frei gewählten Parlamente mit ihrem hohen Anteil von Akademikern und besonders von Angehörigen geisteswissenschaftlicher, künstlerischer und freier Berufe angeführt werden) (vgl. Sterbling 1993: 42–45), hat eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Es sind Fragen

- nach den Gründen für ihren schnellen und scheinbar unhinterfragten gesellschaftlichen und politischen Aufstieg,
- nach ihren politischen und staatsmännischen Kompetenzen,
- nach ihrem integrativen und orientierendem Potential als Modernisierungsagenten, sowie rückblickend
- nach dem Schicksal und der Funktion der Intellektuellen in der sozialistischen Periode.

Der Verlauf der politischen Entwicklung hat mittlerweile einige dieser Fragen beantwortet. Zu ihnen gehört die am Anfang der 90er Jahre vielleicht am häufigsten gestellte Frage, ob die Intelligentsia die ihr beim Systemwechsel zugefallene politische Verantwortung und die anfängliche Führungsrolle in Staat und Gesellschaft ausbauen und halten konnte. Heute, fast ein Jahrzehnt nach dem Ende des realen Sozialismus, genügt ein Blick auf den politischen Alltag und auf die Medienlandschaft, um zu erkennen, daß die Führungspositionen inzwischen durch andere Personen besetzt sind. Verschwunden sind die öffentlichen Figuren und Idole der ersten postsozialistischen Periode, ihre Vorreiterrolle und Vorbildfunktion scheinen vergessen zu sein und selbst der Gebrauch der Wörter „Intelligenzija“ und „Intellektueller“, die früher für positive Werte und für die Zugehörigkeit zur „besseren Hälfte der Nation“ standen, hat stark abgenommen.

Gehören also die Intellektuellen zu den Verlierern der politischen Wende? Wie verlief der Prozeß der Verdrängung der Intellektuellen von der politischen und gesellschaftlichen Führung? Warum hat die Intelligenzija ihren „Weg zur Staatsmacht“ nicht realisieren können? Sind die Gründe dafür immanent oder sind sie eher in den äußeren Begleitumständen der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu suchen?

Die Konzentration auf diese und ähnliche Fragen bedarf heute der besonderen Begründung, denn das Problem der Intelligenzija ist inzwischen nahezu obsolet geworden. Fast überall in Osteuropa ist es zu einer Marginalisierung der Intelligenzija und zur Bildung von neuen Führungsschichten aus Politikern, Unternehmern und Angehörigen freier Berufe gekommen.

Das heutige Forschungsinteresse geht, anders als kurz nach der Wende, über das bloße Feststellen des politischen Kräftespiels hinaus und zielt auf die Erfassung des soziokulturellen Wertewandels und der mentalen Konsequenzen der postsozialistischen Transformation. Eine fundierte Analyse des soziokulturellen Wandels im Postsozialismus steht noch aus. Welches sind seine Dimensionen und wie sehen seine Differenzierungen für die einzelnen Reformländer aus? Wie verhält sich die Dynamik und das Wesen des kulturellen Wandels zum Verlauf der ökonomischen und politischen Transformationsprozesse? Mein Ziel ist, zu einer differenzierten Darstellung der Umgestaltung zu gelangen und Konzepte für die angemessene Erfassung der soziokulturellen Realität in den Reformländern zu entwickeln. Eine solche Vorgehensweise birgt die Chance, das Denken in von außen angelegten Modellen zu überwinden und zu kulturell stimmigeren Erklärungen und Prognosen für die Reformstaaten zu gelangen.

Für dieses Anliegen ist die Betrachtung der Intelligenzija-Problematik ein sehr geeigneter Weg. Denn die Ablösung der Intellektuellen von ihren Führungspositionen und ihre gesellschaftliche Marginalisierung spiegeln nur die massiven Veränderungen in den Normen- und Wertevorstellungen ihrer Gesellschaften, die durch die soziokulturellen Veränderungen beim Systemwechsel verursacht wurden.

B. Die bulgarische „Intellektuellendiskussion“

Die bulgarische Entwicklung nach dem November 1989 unterschied sich in ihren Hauptzügen kaum von jener in den anderen sozialistischen Staaten. Bedingt durch das historisch gewachsene Verständnis der geistigen Führungsrolle der Intelligenzija sowie durch das tatsächliche politische und moralische Engagement einzelner Intellektueller war im Bewußtsein der bulgarischen Öffentlichkeit eine Art Gleichsetzung von *Intellektuellen* und *Opposition* entstanden (vgl. Daskalov 1996). In der politischen Relevanz dieser Gleichsetzung liegt wohl die Erklärung für die enorme öffentliche Aufmerksamkeit, die der Intelligenzija insgesamt und ihren exponierten Vertretern sofort nach der Wende zuteil wurde. Bis dahin nur in engsten Fachkreisen bekannte Soziologen, Historiker, Schriftsteller, Künstler usw. wurden plötzlich zu Schlüsselfiguren, die sich jeden Tag in den Medien wiederfanden. Unerwartet kam dazu auch die Verantwortung, für die neue Ordnung im Staate zu arbeiten, mit den Machthabern zu verhandeln und ihnen Positionen abzutrotzen, notfalls mit der Macht der Straße, die sie zumindest in den Großstädten auf ihrer Seite wußten und auch in kürzester Zeit für Protestaktionen mobilisieren konnten.

Die große Bedeutung der Intellektuellen aufgrund ihrer Rolle als Initiator und Anführer der Wende weckte nach innen den Wunsch nach einer Aufarbeitung des Geschehenen und nach einem Nachdenken über die neuen Aufgaben. Hieraus entstand eine Grundsatzdebatte über das Wesen, die politische Befähigung und den moralischen Willen der Intelligenzija, sowie allgemein über ihre Rolle im Staate und in der Gesellschaft. Ich benutze für diese Debatte den Begriff „*Intellektuellendiskussion*“ und meine damit jene Vielzahl von Publikationen zu verschiedenen Aspekten der Intelligenzija-Problematik, die in den Druckmedien des Intellektuellen-Spektrums ab 1990 erschienen. Bis zu ihrem Ausklang 1995 begleitete sie den Werdegang der bulgarischen Intelligenzija nach der Wende, vom Aufstieg in Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft bis hin zum Absinken in die politische Ohnmacht und Marginalität. Sie bildete den Kontext, in dem alle damals wichtigen Themen wie Machtfragen, politische Kämpfe, Wirtschaftsreformen, Sicherung der Demokratie, Bildungsfragen, Vergangenheitsbewältigung usw. diskutiert wurden. Der Verlauf, die Intensität und die Inhalte dieser

Debatte können als Indikator für die Veränderungen in den sozialen Strukturen und Wertvorstellungen gelten. Die Beiträge zur Intellektuellendiskussion stellen damit eine wertvolle Quelle für das Studium der soziokulturellen Aspekte der postsozialistischen Transformation dar.

Auf die übliche definitorische Klärung des Begriffs *Intelligenzija* möchte ich verzichten; zum einen, weil dieses in etlichen historischen und soziologischen Untersuchungen bereits geleistet worden ist, die zahlreiche Kriterien anführen, mit denen aus der *Außensicht* allgemein-theoretische und landesspezifische Aspekte zur Abgrenzung der *Intelligenzija* zusammengefaßt sind (Sterbling 1994: 49–58); zum anderen, weil m.E. die Einnahme der *Binnenperspektive* der Betroffenen die Chance bietet, den Begriff aus seinem kulturellen Umfeld heraus, d.h. aus der *emischen* Sicht der Intellektuellen selbst vorzustellen und so den impliziten kulturellen Konsens über seinen Gehalt und seine Wertbesetzung nachzuvollziehen.

Zentral für die eigene Identitätsbestimmung der bulgarischen Intellektuellen sind zwei Vorstellungen, nämlich jene von dem abstrakt-geistigen Wesen der *Intelligenzija* als „Wissenselite“, das sich aus der Kompetenz ihrer Mitglieder im literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich ergibt. Kraft dieser Kompetenz entsteht ihr Anspruch, sich in politischen, moralischen und öffentlichen Angelegenheiten zu Wort zu melden; als „Gewissenselite“ ist sie daher gewohnt, sich als gesellschaftliche Gruppe und als politischer Faktor wichtig zu nehmen. Überzeugt von ihrer moralischen Aufgabe als „Retter“ der Nation, fühlt sie sich aufgerufen, in konflikthaften Perioden der Geschichte ihres Landes Verantwortung zu übernehmen, also konkret und pragmatisch zu handeln. Die Allgemeinheit, aber auch die Widersprüchlichkeit dieser Bestimmungskriterien, die sich nur schwer an konkreten sozialen Handlungen und demographischen Gruppen festmachen lassen, scheinen das Selbstverständnis nicht zu stören; selbst Standardwerke über die bulgarische *Intelligenzija* verzichten auf die Definition ihres Untersuchungsgegenstandes oder geben lediglich einen Verweis auf die Unhinterfragtheit und allgemeine Akzeptanz des Begriffs (vgl. Genčev 1987: 134–153; Genčev 1988; Kujumdžieva 1995; Radkova 1986).

Im folgenden möchte ich den Verlauf und die wichtigsten Inhalte der Intellektuellendiskussion vorstellen. Aus kulturwissenschaftlicher Sicht möchte ich auf einige Aspekte hinweisen, die ein Erklärungspotential für die heutige Transformation der bulgarischen Gesellschaft enthalten. Als Hauptquelle meiner Fallstudie nutze ich die regelmäßig erschienenen Jahrgänge (1990–1995) der Wochenzeitung *Vek 21*, die in ihrem Anspruch, aber auch im öffentlichen Ansehen als programmatisches Forum der intellektuellen Elite galt. Bereits der selbstbewußt gewählte Titel „21. Jahrhundert“ zeugt von der großen Zuversicht, die die Intellektuellen bezüglich ihrer historischen Leit- und Vorbildrolle hegten. Die blaue Farbe im Titel verwies zudem symbolisch auf die Zugehörigkeit zur anti-kommunistischen Opposition (*Union der Demokratischen Kräfte*).

Vek 21 veröffentlichte in der angegebenen Periode die meisten expliziten Beiträge zur Intelligenzija-Problematik. Es gibt mehrere Hinweise, darunter die große Nähe des Blattes zu den entscheidenden Kreisen der bulgarischen Intelligenzija, die dafür sprechen, daß seine inhaltliche Ausrichtung und Entwicklung den Charakter und die Wandlungen der bulgarischen Intelligenzija im Postsozialismus widerspiegelt. Ergänzend wurden von mir aber auch Beiträge aus anderen Druckmedien mit explizitem Bezug zur Intellektuellen-Problematik berücksichtigt.

Die Betrachtung dieses Materials ergab, daß die Gestaltung und der Verlauf der Intellektuellendiskussion das aktuelle politische Geschehen unmittelbar widerspiegelt. Der Zeitraum 1990–1996 läßt sich nach den wichtigsten Abschnitten im Kräftespiel der zwei damaligen großen politischen Kontrahenten, der *Bulgarischen Sozialistischen Partei* (als Nachfolgeorganisation der Bulgarischen Kommunistischen Partei) und der *Union der Demokratischen Kräfte* in drei Phasen einteilen; diese Phaseneinteilung markiert zugleich auch die Perioden der Intellektuellendiskussion.

1. Phase (1990–1991): Auf dem Weg zur Macht

Diese Phase markiert die Periode zwischen dem Wahlsieg der Sozialisten im Juni 1990 und ihrer Ablösung von der politischen Verantwortung nach den vorgezogenen Wahlen im Oktober 1991 durch die oppositionelle UDK. In dieser Zeit weist die Intellektuellen-Bebatte ihre größte Intensität auf. Die Beiträge sind am zahlreichsten und sind immer zentral positioniert. Die Themenwahl und ihre engagierte, gelegentlich pathetische

Behandlung reflektiert die damalige Aufbruchstimmung unmittelbar nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft. Sie zeugen von dem hohen Selbstwertgefühl der Intelligenzija sowie von ihrem Anspruch auf die geistige und moralische Führung der Nation. Die Liste der Autoren liest sich wie ein „Who is Who“ der wissenschaftlichen und schriftstellerischen Elite; die Länge der Beiträge, ihr hoher Abstraktionsgrad und ihr schwieriger Stil verliehen ihnen literaturwissenschaftliche Qualitäten, die den Rahmen von Medien, die eigentlich auf das allgemeine Publikum zielen sollten, sprengten. Titel wie „Die große Zeit der Intelligenzija“ (*Kultura* 51/1990), „Die Auferstehung der Intelligenzija“ (*Vek 21* 27/1990), „Der neunte September und die Intelligenzija“ (*Vek 21* 23/1990), „Der Zerfall der Intelligenzija“ (*Kultura* 13/ 1991), „Intelligenzija oder eine Handvoll Nörgler“ (*Vek 21* 6/1991) sind Beispiele für Themen, die der gesamten Nation mit ungebrochenem Selbstverständnis zur Diskussion angeboten wurden, obwohl sie sehr spezifische Inhalte und ausschließlich interne Probleme der Intellektuellen ansprachen.

Das Hauptinteresse der Beiträge in *Vek 21* in dieser Periode gilt der Politik und der Kultur (im engeren Sinne). Wirtschaftsthemen sind unterrepräsentiert, und wenn sie vorkommen, so beschwören sie plakativ und allgemein die Vorteile verschiedener marktwirtschaftlicher Modelle, ohne den Bezug zur bulgarischen wirtschaftlichen Realität herzustellen. Die zwei wichtigsten Grundannahmen, die in dieser Phase für Auftrieb sorgen, sind „Die Kommunisten sind immer noch an der Macht“ und „Die Bulgarische Sozialistische Partei = Bulgarischen Kommunistische Partei“. Dementsprechend sind die zentralen Themen die Bloßstellung des politischen Gegners und die böse Natur des Kommunismus, das Aufbrechen des kommunistischen Informationsmonopols, d.h. das Nachholen von Information über einstige Tabuthemen und über früher gemiedene Autoren, die Betrachtung historischer Themen aus neuer Sicht, und die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Die Kritik an den Zuständen vor 1989 sowie die Abrechnung mit früheren Ereignissen und Führungspersönlichkeiten beherrschten jede Ausgabe: Die Beliebtheit dieser Themen und der aggressive Ton in den Artikeln belegen das Aufkommen einer neuen, nun antikommunistischen „*political correctness*“.

Die Sicht ist stark innenbezogen, d.h. die behandelten Themen beziehen sich in der Regel auf das innerbulgarische Geschehen; auswärtige

Angelegenheiten dienen nur der Legitimierung der eigenen antikommunistischen Sichtweise. Daß daraus eine Horizontverengung entstand, lag in der Natur der Sache. Als Beispiel möchte ich aus dem dreiteiligen Bericht des Herausgebers von *Vek 21* über eine Reise mit zwei Redaktionskollegen nach Österreich, Polen und der (damaligen) Tschechoslowakei zitieren (*Vek 21* 24–26/1991). Ganz im Gegensatz zu dem sonst elitären Anspruch des Blattes bringen die Reisenden in einer herausgehobenen Sonderrubrik „*Vek 21* in Europa“ eine extrem vereinfachende Darstellung des beobachteten fremden Alltags. Als einziges Beurteilungskriterium für Demokratie und Fortschritt dienen ihnen Warenangebot und Marktpreise, die in extenso mit den heimischen verglichen werden. Die Erklärung für die schlechte Situation in Bulgarien ist bestechend einfach: „Weil bei uns noch die Kommunisten an der Macht sind“! So heißt es am Anfang des Berichts über Polen: „Ein kleines Mädchen erklärt mir die Besonderheiten des polnischen Marktes: – Weißt Du, Onkel, warum es in Polen Bananen gibt? Weil es keine Kommunisten gibt. Und in Bulgarien gibt es keine Bananen, weil es Kommunisten gibt.“ (Za komunizma i bananite; *Vek 21* 24/1991).

Auffallend ist das Fehlen von interner Kritik. In den seltenen Fällen, in denen kritische Töne aufscheinen, wird nicht zur Sache, sondern in Form eines persönlichen Angriffs auf den Kritiker reagiert, dem „kommunistischen Gedankengut“ nachgewiesen wird.

2. Phase (1991–1992): An der Macht

Diese Periode ist markiert durch die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die *Union der Demokratischen Kräfte*. Den Intellektuellen brachte sie den Triumph, daß sie nun in der ihnen gebührenden Führungsrolle bestätigt waren. Viele von ihnen gelangten in Regierungsämter und andere hohe Positionen, was in Spezialbeiträgen besonders gefeiert wurde: Der Anspruch auf die Rolle der Intelligenzija als moralische und richtende Instanz wurde noch ausgeweitet.

Und doch: für den außenstehenden Beobachter nehmen Intensität und Anspruchsniveau der Intellektuellendiskussion merklich ab. Hat sich die Intelligenzija-Problematik erschöpft oder ist sie für die Leserschaft nicht mehr so zentral? *Vek 21* bringt immer mehr Informationen und Berichte, die Analysen nehmen ab, politische Themen treten in den Hintergrund. Die Beiträge zur internen Intellektuellen-Problematik werden

seltener und sind auf engere Fragestellungen beschränkt. Neu ist die Diskussion über die Spaltung der Intellektuellen in „Idealisten“ und „Pragmatiker“, die sich aus der Spannung zwischen der Anziehungskraft der politischen Machtposition und der romantischen Vorstellung von dem die Macht negierenden Intellektuellen. Politik gewinnt an Attraktivität und viele Intellektuelle wandern in Ämter ab; diesen „Pragmatikern“ wird zunehmend Nähe zu kommunistischen Machthabern vorgeworfen und zugleich das moralische Recht auf Führung abgesprochen. In Verbindung damit wird das Thema der Partei-Intelligenzija aktualisiert, also jenen Intellektuellen, die ihren beruflichen und sozialen Aufstieg der Verflechtung mit dem kommunistischen Regime verdanken. Ähnlich wie in der Vergangenheit stellt sich die Nähe zur Macht als eine ernste Bedrohung der eigenen Identität dar, denn durch sie wird die Abgrenzung vom kommunistischen Gegner undeutlich. Die Aufspaltung in „Idealisten“ und „Pragmatiker“ bedeutete nun eine Grenzziehung mit stabilisierender Wirkung; durch die deutliche Abgrenzung zu den „Abwanderern“ vermochte sie die „echten“ Intellektuellen in ihrer Zusammengehörigkeit und Identität zu bestärken (vgl. Dimitrov 1992).

Auch in dieser Phase nimmt die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit einen zentralen Platz ein. Die stereotype Erklärung für alle vergangenen und gegenwärtigen Mißstände, „an allem ist der Kommunismus schuld“, bestach durch ihre Einfachheit. Kritische und differenzierte Auseinandersetzungen mit der postkommunistischen Realität blieben aus. Der Blick war rückwärts gewandt und auf die „böse Natur“ des Kommunismus fixiert.

3. Phase (1992–1995): Nicht mehr an der Macht

Der vorzeitige Rücktritt der UDK-Regierung im Dezember 1992 und die Rückkehr der BSP an die Macht markieren den Beginn der dritten Phase. Die Kommentare in *Vek 21* zeigen deutlich die Enttäuschung und Bitterkeit über den Verlust, der in der öffentlichen Meinung auch als Versagen der Intellektuellen gedeutet wurde. Die Zahl der Beiträge zur Intellektuellen-Problematik nahm stark ab und selbst die Wörter *Intellektueller* und *Intelligenzija* tauchten immer seltener auf. Die wenigen einschlägigen Beiträge erscheinen nun ausschließlich in *Vek 21*, das seit 1993 inhaltlich und gestalterisch sein Gesicht auffällig veränderte: Aus dem einst anspruchsvollen Intellektuellen-Blatt wurde zunächst ein allgemeines

Informationsmedium zu Politik und Kultur mit vielen Kurzbeiträgen, mit Kulturkalender und Werbung, während Kommentare und Analysen nahezu verschwanden. Das häufigste Thema war die politische Krise der *Union Demokratischer Kräfte*, die mit kommunistischer Verschwörung erklärt wurde: Es fehlte weiterhin an einer ernsthaften kritischen Aufarbeitung nach innen und es blieb bei den verzweifelten Versuchen, die Schuld für das Geschehene allein beim politischen Gegner, den ehemaligen Kommunisten zu suchen.

Das Intellektuellen-Thema schien ausgedient zu haben und die wenigen aufmunternden Beiträge („Neobchodimijat vestnik“, *Vek 21* 11/1994) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Intellektuellen ihre zentrale Position in der Gesellschaft und im Staat verloren hatten und daß andere, vorwiegend wirtschaftlich definierte Gruppierungen an ihre Stelle getreten waren. Die Intellektuellendiskussion war 1995 an ihr Ende gelangt. Das sinkende öffentliche Interesse an der Intelligenzija spiegelte sich im Lebensweg ihres Blattes. 1995 erschien es noch regelmäßig, wenn auch in veränderter Form als Massenblatt; nach einer erneuten Umgestaltung 1996 zum Boulevardblatt existiert *Vek 21* seither als unregelmäßiges Periodikum an der Peripherie der inzwischen stark diversifizierten bulgarischen Medienlandschaft.

C. Die Gründe

Der vorausgesagte „Weg der Intellektuellen zur Klassenmacht“ (vgl. Konrád/Szelényi 1979) war für Bulgarien offensichtlich gescheitert. Warum? Der Prozeß der Verdrängung der Intellektuellen von der politischen und gesellschaftlichen Führung im Postsozialismus kann aus der Perspektive mehrerer Wissenschaften betrachtet werden. Am bekanntesten ist die politologische und die soziologische Perspektive (vgl. Konrád/Szelényi 1991), während die Einbeziehung kulturwissenschaftlicher Kriterien immer noch selten ist. Erst in letzter Zeit gibt es, unter dem Eindruck der Mißerfolge in der demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung in den Reformstaaten und angeregt durch Samuel P. Huntingtons Verknüpfung von politischen und kulturellen Kriterien (vgl. Huntington 1997) einige Versuche, für die Deutung „harter“ Daten aus Politik und Wirtschaft auch auf „weiche“, kulturelle Faktoren zurückzugreifen.

Diesen Weg möchte auch ich beschreiten, indem ich versuche, einige wichtige Merkmale der drei Phasen der Intellektuellendiskussion anhand ethnologischer Kategorien zu analysieren. Von herausragender Bedeutung erscheinen mir hier die ethnologischen Kategorien *Ingroup* – *Outgroup*, *privat* – *öffentlich*, sowie *Zeit* und *Kontext*.

Ingroup – *Outgroup* ist eine ethnologische Kategorie, die der Erfassung der Unterscheidung zwischen dem sozialen Drinnen und dem sozialen Draußen, also der Bestimmung sozialer Zugehörigkeit dient. Diese Bezeichnungen gehen zurück auf den amerikanischen Forscher Sumner, der als erster auf das Phänomen des Ethnozentrismus hingewiesen und den Begriff geprägt hat (vgl. Sumner 1906). Die Beziehungen der Mitglieder der *Ingroup* zu den verschiedenen *Outgroups* sind durch Abgrenzung und Ausgrenzung bestimmt, die beide als Mittel der inneren Stabilisierung von Gruppen und Gesellschaften gelten. Während die Abgrenzung diese Stabilität durch die Abwehr des „Außen“ bewirkt, zielt Ausgrenzung auf die Festigung der Zusammengehörigkeit und Identität im Inneren. Beide Mechanismen dienen der Bestandssicherung und der Stärkung der Innenstabilität, die für das Fortbestehen jeder Gruppe essentiell ist. Die *Ingroup/Outgroup* Grenze ist niemals fest; sie wird je nach Situation und Konstellation und immer subjektiv durch die Mitglieder der *Ingroup* gesetzt (s. Roth 1998).

Die Unterscheidung zwischen sozialem Drinnen und Draußen ist natürlich eine universelle Kategorie. Die Art der Grenze zwischen beiden, ihre Markierung und Gewichtung können jedoch je nach Kultur sehr unterschiedlich ausfallen. Ein spezifisches Merkmal der bulgarischen (bzw. der balkanischen) Kultur ist die Neigung zur Bildung von *sehr festen* Grenzen zwischen beiden und zur strikten Aufteilung des sozialen Raumes in Innen und Außen. Bei ihrer Realisierung in nahezu allen kommunikativen Interaktionen, z.B. bei Gründungen von Parteien oder Interessenverbänden, bei Gesprächen, Verhandlungen, Leistungsbeurteilungen, Arbeitsaufträgen usw. bedeutet das, daß die beteiligten Personen allein nach ihrer Gruppenzugehörigkeit (*Ingroup* – *Outgroup*) und kaum nach sachlichen Kriterien beurteilt werden. Bevorzugt werden stets die Mitglieder der *Ingroup*, da das Aufrechterhalten der interpersonellen Beziehungen Priorität vor der Aufgabenerfüllung hat. Es gelten auch unterschiedliche Normen für die Kommunikation mit Personen, die „zu

uns gehören“ („*naš čovek*“) und mit solchen, die als *Outgroup* definiert werden („*drugite*“).

Diese Werthaltungen sind handlungsleitend und bestimmen, daß man sich etwa einer Partei, einer Gruppierung oder Zeitungsredaktion anschließt nur, wenn deren Führungspersonen von den „unsrigen“ („*naši*“) sind. Es sind dies Denk- und Handlungsweisen, die ständig neu Klientelsysteme reproduzieren. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, daß der im kulturellen System Südosteuropas tief verwurzelte Klientelismus wesentlich auf der scharfen Absetzung des sozialen Drinnen vom Draußen basiert (s. Ganslandt 1992).

Der Kategorie *Ingroup* – *Outgroup* benachbart ist die Kategorie *privat* – *öffentlich* insofern, als auch sie etwas aussagt über den sozialen Abstand zwischen Individuen. Der soziale Abstand wird definiert als die Bereitschaft einer Person, gewisse Situationen mit anderen Personen zu teilen. Unterschiede zeigen sich in verschiedenen Graden der Intimität bzw. des Zugangs zu den verschiedenen Regionen der Persönlichkeit. Ein geringer sozialer Abstand bedeutet, daß mehr Regionen für eine Teilnahme von außen offenstehen; beim größeren sozialen Abstand sind es nur einige wenige periphere Schichten. Eine größere „Offenheit“ des Individuums stellt sich dar, wenn mehrere periphere Schichten und ihre Grenzen weniger Widerstand gegen Teilnahme von außen leisten und nur wenige, sehr zentrale Regionen unzugänglich bleiben. Betrachtet man die Zugänglichkeit der verschiedenen Regionen der Individuen unter dem Gesichtspunkt der Gruppenbildung, so zeigt sich, daß die zugänglichen, peripheren Regionen für das gesellschaftliche, „öffentliche“ Leben, und die unzugänglichen für das „private“ Leben reserviert sind (vgl. Lewin 1953: 22–62).

In der bulgarischen Gesellschaft ist der Widerstand gegen Teilnahme von außen sehr hoch. Die starke Separierung der Individuen, auch der Intellektuellen, nach *Ingroups* und *Outgroups* betont zugleich auch die Grenze zwischen privat und öffentlich, wobei nur sehr wenige periphere Bereiche für eine Teilnahme von außen zugänglich sind. Die meisten Regionen der Persönlichkeit sind durch Privatheit belegt, wodurch der Umfang der dem Privaten zugeordneten Ereignisse vergleichsweise groß ist. Bei der Begegnung zwischen Individuen kommt es daher sehr schnell zu einer Berührung von privaten Regionen; entsprechend ist fast jeder Aus-

tausch, da meist im privaten Innenraum angesiedelt, eine intime Angelegenheit und kann nur Mitgliedern der *Ingroup* zugebilligt werden. Von außen Herantretende werden stets in Bezug zu der trennenden Grenze gesehen und jeder Annäherungsversuch wird tendenziell als ein Angriff, bestenfalls als eine nicht ernstzunehmende Idee interpretiert. Diesen Kommunikationsmechanismus kennt jeder, der in Bulgarien (und anderswo in Südosteuropa) versucht hat, sich engagiert an einer Problemlösung zu beteiligen, um hinterher festzustellen, daß alle seine Vorschläge ohne erkennbare Gegenargumente einfach ignoriert wurden: „Das ist unsere Sache, das verstehen Sie nicht“ ist die höfliche, „Warum müssen die Fremden immer mit Ratschlägen kommen“ die weniger höfliche Erklärung, mit der der Fremde auf seine Zugehörigkeit zur *Outgroup* und auf den großen sozialen Abstand hingewiesen wird.

Die bulgarische Intellektuellendiskussion ist (trotz ihrer medialen Öffentlichkeit) nach der Art ihrer Austragung deutlich als ein intimer, nach innen gerichteter Diskurs zu bezeichnen. Klar erkennbar ist die Tendenz zur Etablierung dichter informeller Gruppen und die Formierung der Intellektuellen als eine stabile *Ingroup* mit scharfer Abgrenzung nach außen. Die Sicherheit und Intimität im Innern wird bestärkt durch die Bevorzugung des Privaten, das in den meisten Handlungsbereichen dominiert. In der ersten Phase der Diskussion wird die Grenze nach außen durch das Feindbild des kommunistischen Gegners bestimmt; als sich später diese Grenze infolge der pragmatischen Annäherung mehrerer Intellektueller und ihrer Beteiligung an staatlichen Strukturen abschwächt, wird die intellektuelle *Ingroup* durch die Distanzierung von den „unechten Intellektuellen“ (oder „Realos“) neu etabliert.

Das ständige Ziehen neuer Grenzen und der Rückzug ins Private haben eine sehr wichtige Konsequenz: Die ohnehin schwache Tendenz zum Gedankenaustausch mit Andersdenkenden nimmt weiter ab, die Entwicklung einer formalen öffentlichen Sphäre, die Freiräume für den kritischen Diskurs bieten könnte, wird behindert, die Umgangsformen werden von der geringen Fähigkeit zur Distanzierung und Reflexivität dominiert, kurz: es herrscht die „Tyrannei der Intimität“. Verständlich wird damit die Bevorzugung der personalisierten Diskussionsführung und die Vermeidung des sachorientierten Diskurses: Wenn Meinungs-austausch nur innerhalb der *Ingroup* möglich ist, wo es einen breiten Sockel gemeinsa-

mer unhinterfragter Überzeugungen gibt, dann können Gedanken auch nur unter Bezug auf das persönliche Profil ihres Urhebers richtig gedeutet werden. „Wer hat das gesagt“ statt „Was hat er gesagt“ wird dann zur vorrangigen Frage.

Die Intimität der *Ingroup* schafft sehr dichte Kommunikationskontexte (vgl. Hall 1983: 59–77). Das bedeutet, daß ein großer Teil der Information nicht im expliziten „Text“ enthalten ist, sondern ausschließlich als gemeinsamer Wissensvorrat der *Ingroup* vorhanden ist. Außen-seiter haben in der Regel zu diesem Wissen keinen Zugang, und in der Tat sind große Teile der *veröffentlichten* Inhalte ohne intimste Kenntnisse der personalen Kontexte und Beziehungen nicht verstehbar. Für die adäquate Interpretation der Zeitungsinhalte ist also zumeist das Insider-Vorwissen oder das Einholen des jeweiligen Diskussionskontextes unabdingbar, was nur durch face-to-face-Kommunikation in Gesprächen und Interviews mit vertrauten Insidern möglich ist. Die Öffentlichkeit des Printmediums erweist sich damit weithin als eine *Scheinöffentlichkeit*. Dieser Umstand, der die Erstellung von zuverlässigen Analysen enorm erschwert, ist nur wenigen auswärtigen Analysten bewußt.

Die Konsequenz ist diskursive Isolation und eine patriarchale Abgeschlossenheit gegenüber der Außenwelt, die sich als ein unüberwindbares Hindernis für die Herausbildung eines offenen gesellschaftlichen Diskurses erweist und jeden Ansatz von kritischem Umgang als „Nestbeschmutzung“ denunziert. Die Aussicht auf die Entwicklung von Bewegungen, Netzwerken oder Institutionen, die unabhängig vom Staat im öffentlichen Raum zwischen Individuum und Staat existieren und handeln, erscheint angesichts dieser sozio-kulturellen Strukturmerkmale als wenig realistisch.

Die *zeitliche* Orientierung der Diskussion ist sehr deutlich die Vergangenheit. Die Aufmerksamkeit ist fixiert auf vergangene Zeitepochen, mal die idealisierte Epoche der nationalen „Wiedergeburt“ des 19. Jahrhunderts, mal die bürgerliche vorkommunistische Zeit, mal die kommunistische Periode. Die Vergangenheit ist stets präsent und aktuell, sie wird stets zur Legitimierung von gegenwärtigem Handeln herangezogen. Bei dieser Rückwärtsgewandtheit fehlt im Diskurs nahezu völlig die Zukunftsorientierung (vgl. Roth 1995).

Für das Verstehen des Niedergangs der bulgarischen Intelligenzija ergibt die Analyse der Intellektuellendiskussion entscheidende Hinweise auf soziokulturelle Merkmale, die ich wie folgt zusammenfassen möchte: Der Verlauf der *öffentlich* ausgetragenen Diskussion ist bestimmt durch ihre Gestaltung als eine *private* und nach innen gerichtete *Ingroup*-Diskussion. Da in der ersten Phase die Interessen der Intelligenzija-Ingroup hauptsächlich auf die Bloßstellung der üblen Natur des Kommunismus gerichtet waren und damit mit dem Interesse einer Bevölkerungsmehrheit noch übereinstimmten, konnten die Intellektuellen ihre Vorreiterrolle erfüllen. In dem Maße aber, wie das allgemeine Interesse sich von der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit abwandte, die Intellektuellen sich aber für einen kritischen, zukunftsorientierten Diskurs nicht öffneten, verloren die Intellektuellendiskussion und ihre Träger rapide an Relevanz. Die *Ingroup* erlaubte durch ihre Abkapselung keine freie Zirkulation der Gedanken und Innovationen, sondern war darauf bedacht, durch immer neue Ausgrenzungen von Außenseitern und Abgrenzungen nach innen die Stabilität der Identität zu wahren. So kam es zu keiner Entwicklung von Strukturen, die in der sich konstituierenden postsozialistischen Öffentlichkeit gestalterische Kraft entwickeln und der Intelligenzija eine Rolle als innovativer Führer und als moralisch-geistiges Gegengewicht zu den neuen politischen und ökonomischen Eliten sichern konnten. Eine ähnliche kritische Bilanzierung der Rolle der bulgarischen Intellektuellen im Reformprozeß läßt sich in den Reflexionen des ehemaligen Staatspräsidenten und „Nobelintellektuellen“ Željko Želez erkennen (s. Červenková u.a. 1997: 11–16).

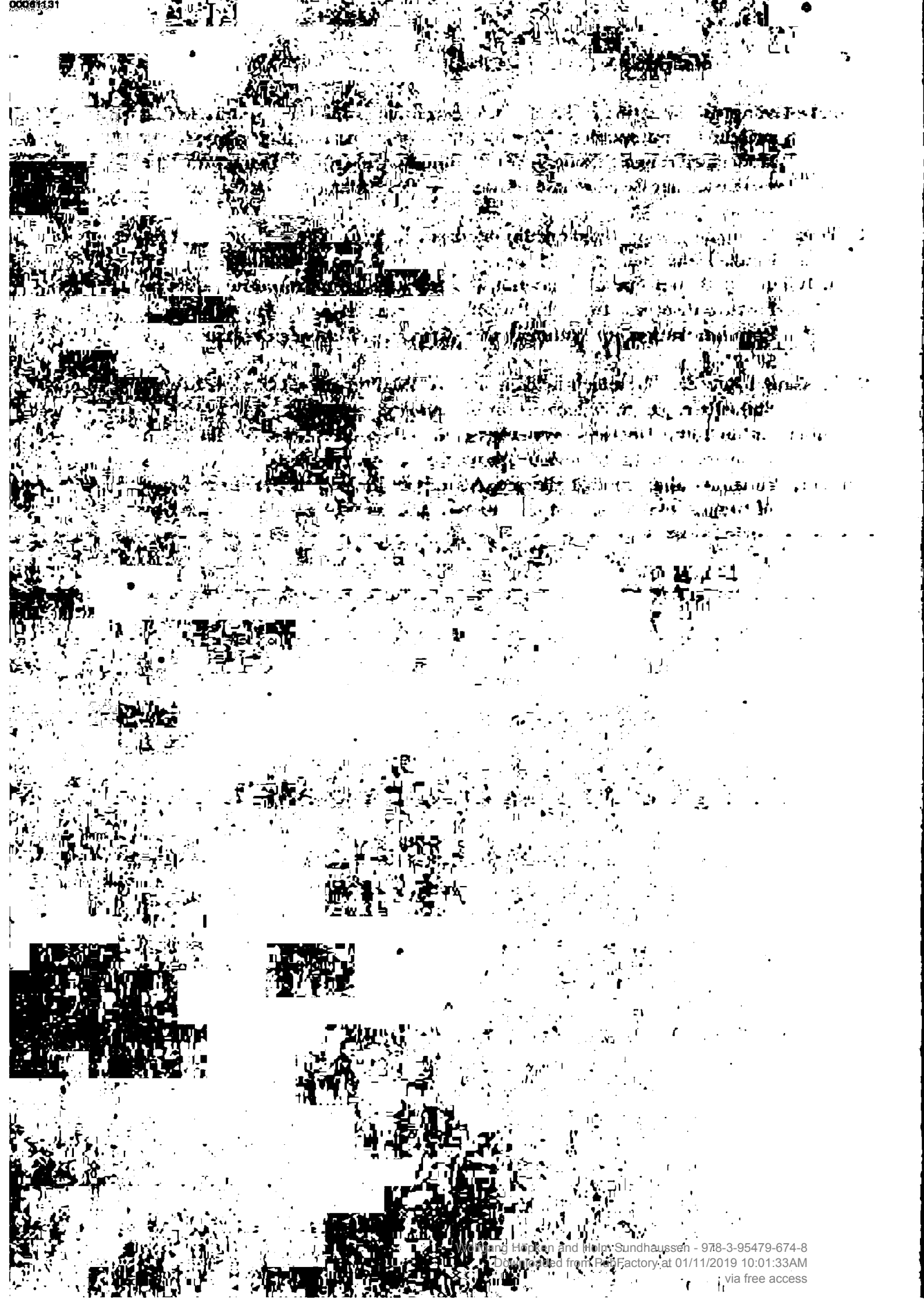
Die Betrachtung der bulgarischen Intellektuellendiskussion hat einige markante traditionelle Merkmale im kulturellen Portrait der bulgarischen Intelligenzija offenbart: zunehmende patriarchale Separierung, Meidung von offenem kritischem Diskurs, Betonung partikularer Interessen, Bereitschaft zum Austausch nur in der Privatsphäre und Vergangenheitsorientierung. Mit diesen Eigenschaften vor Augen und mit dem Wissen um die Konsequenzen möchte ich abschließend zu meiner Anfangsfrage zurückkehren: Waren die Intellektuellen in der Lage, die innovatorische Leistung einer Modernisierungselite zu erbringen und die durch den Systemwechsel bedingten immensen externen Anforderungen an die eigene Realität zu adaptieren? Konnten die Intellektuellen über-

haupt Modernisierungsagenten werden für die Transformation in eine offene Gesellschaft, bei der neue Handlungsweisen eines rationalen Umgangs, eines (selbst)kritischen Diskurses und einer bürgerlichen Zivilität eingeübt und vorgelebt werden mußten? Vor dem Hintergrund meines Datenmaterials muß meine Antwort negativ ausfallen. Kritisch und einschränkend muß ich allerdings anmerken, daß die Quellengrundlage meiner Fallstudie begrenzt war. Es wird der Vertiefung und Ausweitung der Forschung bedürfen, um hier zu einer verlässlicheren Antwort zu gelangen.

Literatur

- Bendix, Reinhard 1973: *The Cultural and Political Setting of Economic Rationality in Western and Eastern Europe*. In: R. Bendix (Hg.): *State and Society*. Berkeley, Los Angeles. S. 335–351.
- Červenková, K. u.a. 1997: *Pärvata välna ili šizofrenijata na prechoda*. Sofia: Spektär.
- Daskalov, Roumen 1996: *Transformations of the East European Intelligentsia: Reflections on the Bulgarian Case*. In: *East European Politics and Societies* 10:1, S. 46–84.
- Dimitrov, Rumen 1992: *Krajat na inteligencijata?* In: R. Dimitrov: *Tribunal ili forum*. Sofia: Georges Naef. S. 100–113.
- Ganslandt, Herbert 1992: *Das politische Weltbild der Griechen. Zur Soziogenese einer politischen Kultur*. In: K. Roth (Hg.), *Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne*. München: SOG. S. 235–262.
- Genčev, Nikolaj 1987: *Očerci. Socialno-psichologičeski tipove v bălgarskata istorija*. Sofia: Septemvri.
- Genčev, Nikolaj, K. Daskalova (Hg.) 1988: *Bălgarskata văzroždenska inteligencija. Enzyklopedija*. Sofia: Dr. Petăr Beron.
- Hall, Edward T. 1983: *The Dance of Life*. New York: Doubleday.
- Huntington, Samuel P. 1997: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Touchstone.
- Konrád, George, I. Szelényi 1979: *The Intellectuals on the Road to Class Power*. New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Konrád, George, I. Szelényi 1991: *Intellectuals and Domination in Post-Communist Societies*. In: P. Bourdieu, J.S. Coleman (Hgg.): *Social Theory for a Changing Society*. Boulder, San Francisco: Westview Press. S. 337–361.
- Kujumdžieva, Miglena 1995: *Intelektualnijat elit na bălgarskoto obštество prez Văzraždaneto*. Sofia: Kliment Ochridski.
- Lewin, Kurt 1953: *Die Lösung sozialer Konflikte*. Bad Nauheim: Christian-Verlag.

- Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina 1995: Ost- und ostmitteleuropäische Gesellschaften zwischen autonomer Gestaltung und Adaptation westlicher Modernisierungsmodelle. In: H. Wollmann u.a. (Hgg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Opladen: Westdt. Verlag. S. 30–53.
- Radkova, Rumjana 1986: Bălgarskata inteligencija prez Văzraždaneto. Sofia. Nauka i izkustvo.
- Roth, Juliana 1998: Wir und die Anderen: Deutsch-russische Kommunikation im Postsozialismus. In: Chr. Giordano u.a. (Hgg.): Interkulturelle Kommunikation im Nationalstaat. Fribourg, Münster: Waxmann. S. 57–71.
- Roth, Klaus 1995: Zeit, Geschichtlichkeit und Volkskultur im postsozialistischen Südosteuropa. In: Zeitschrift für Balkanologie 31:1, S. 31–45.
- Sterbling, Anton 1993: Überlegungen zur Schlüsselbedeutung der Intelligenz in Südosteuropa. In: Südosteuropa 42:1, S. 42–58.
- Sumner, William Graham 1906: Folkways. A study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores, and morals. Boston: Ginn; New York: Dover 1959.



Elitenwandel in Kroatien 1989–1995

Nenad Zakošek

Im vorliegenden Beitrag soll versucht werden, den Wandel der kroatischen politischen Eliten seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes und dem Beginn der Konstituierung einer demokratischen Ordnung in den Jahren 1989–90 zu umreißen. Diesen Versuch werde ich in mehreren Schritten vollziehen, möchte aber den inhaltlichen Ausführungen zwei methodische Anmerkungen voranstellen.

Erstens möchte ich den von mir benutzten Begriff der politischen Elite näher bestimmen. Es handelt sich um einen wertneutral gebrauchten Begriff der Elite, der weder positive noch negative Konnotationen über die Qualitäten, Struktur und gesellschaftliche Rolle der Elite impliziert – etwa im Sinne der klassischen Studie von Schumpeter. Die politische Elite umfaßt die führenden politischen Akteure, welche die politische Entscheidungsfindung und -implementierung bestimmen und als eine besondere gesellschaftliche Gruppe erkennbar sind. In diesem Begriff sind sowohl strukturelle als auch Aktionsaspekte enthalten. Durch seine Betonung der Bedeutung von politischer Macht unterscheidet er sich von dem neuerdings oft gebrauchten Begriff der politischen Klasse (über den Unterschied von „politischer Klasse“ und „politischer Elite“ siehe Borchert/Golsch 1995: 614–615). In Anwendung auf die kroatischen Umstände beschreibt der Begriff der politischen Elite die Gruppe des oberen – in der Regel professionell an den politischen Entscheidungen beteiligten – politischen Personals auf nationaler und regionaler Ebene. Eine solche Definition impliziert eine klare Absetzung der politischen Elite gegen andere Gruppen, die sich ebenfalls an der Politik beteiligen:

- die politischen Gegeneliten, also führende politische Akteure der oppositionellen Kräfte, insbesondere auch der Oppositionsparteien,

- die kontinuierlich und professionell im politischen Leben tätig sind, aber nicht über die politische Entscheidungsmacht verfügen;
- andere Elitegruppen, mit denen die politische Elite in enger Interaktion steht, z.B. die intellektuellen, ökonomischen, juristischen oder militärischen Eliten.

Zweitens ist darauf hinzuweisen, daß die empirischen Grundlagen meiner Analyse äußerst dürftig sind. Das hängt mit dem Umstand zusammen, daß die empirische Erforschung der politischen Eliten in Kroatien nach wie vor sehr unterentwickelt ist und deswegen die wichtigsten Daten fehlen. Über die postsozialistischen politischen Eliten in Kroatien gibt es nur wenige wissenschaftliche Forschungsarbeiten (als erste Schritte in diese Richtung gibt es bisher die Studien von Jović 1993 und Tull 1995); gleichzeitig liegen die offiziellen, von den staatlichen Organen zur Verfügung gestellten Informationen über führende politische Funktionäre in keiner geordneten Form vor. Die einzigen Daten bietet – in unsystematischer Weise – die journalistische Berichterstattung. Aus diesem Grund hat auch mein Beitrag den Charakter einer vorläufigen Skizze, die die Möglichkeiten einer künftigen Forschung nur andeutet.

Im weiteren Text werden sechs Aspekte des Elitenwandels in Kroatien untersucht: 1) Die politischen Bedingungen in Kroatien vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes und ihre Bedeutung für die Entstehung der neuen politischen Elite, 2) die politischen Rahmenbedingungen des Elitenwandels nach 1989, 3) die Hauptquellen der Elite-Rekrutierung, 4) Die politischen und institutionellen Mechanismen der Elite-Rekrutierung, 5) die Ideologie der neuen politischen Elite und 6) einige kritische Anmerkungen und Aussichten der zukünftigen Entwicklung.

1. Die politischen Bedingungen in Kroatien vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes und ihre Bedeutung für die Entstehung der neuen politischen Elite

Der Wandel der kroatischen politischen Elite nach 1989 ist nicht ohne die vorangegangene Entwicklung im Sozialismus zu verstehen. Einige Charakteristika des jugoslawischen sozialistischen Systems sind allgemein bekannt; jedoch sind im Hinblick auf die Entstehung der neuen politischen Eliten in den jugoslawischen Republiken eher weniger bekannte

Merkmale wichtig. Kroatien wiederum unterscheidet sich in einigen wesentlichen Momenten von den anderen Republiken. Ich möchte fünf dieser Besonderheiten erwähnen, die für die spätere Entstehung der post-sozialistischen politischen Elite von großer Bedeutung waren:

a) Für das gesamte jugoslawische System war charakteristisch, daß sich die herrschende politische Elite seit den Wirtschaftsreformen Mitte der sechziger Jahre zunehmend von der technokratischen Elite unterschied, welche sich mit der Führung großer staatlicher Wirtschaftsunternehmen befaßte. Diese beiden Gruppen wurden nach unterschiedlichen Selektionsmechanismen rekrutiert (ideologische Loyalität versus technische Kompetenz), und daraus entwickelte sich zunehmend auch ein politischer Gegensatz. Die technokratische Elite akkumulierte Expertenwissen, das eine kritische Bedeutung für die Lösung von Wirtschaftsproblemen unter Marktbedingungen hat. Demgegenüber behielt die Nomenklatura zwar die politische Übermacht bis zum Regimezusammenbruch, war aber in der Wirtschaftspolitik auf den Sachverstand der Technokraten angewiesen. Deswegen wurden die Träger der Wirtschaftspolitik seit den sechziger Jahren in der Regel aus dem Kreis der letzteren rekrutiert.

b) Die innere Dynamik der politischen Elite seit Anfang der sechziger Jahre war wesentlich durch ethnopolitische Konkurrenz und Konflikt bestimmt. Die neue Situation drückte sich in einer Reihe von Veränderungen aus: der Umstrukturierung der Institutionen der jugoslawischen Föderation nach ethnischen Kriterien, den politischen Konflikte innerhalb der kommunistischen Führung, der Artikulation divergierender Interessen in allen Politikbereichen aus der Perspektive der interethnischen Beziehungen, schließlich in der Dominanz von ethnopolitischen Kriterien bei der Rekrutierung in die politischen Führungsorgane. Jede Republik versuchte, sich als Nationalstaat der ethnischen Mehrheit zu profilieren – vielleicht mit Ausnahme von Bosnien und Herzegowina. Zugleich verlangten unter diesen Bedingungen die politischen Vertreter der stärksten ethnischen Minderheit in jeder Republik nach mehr Macht und Garantien für ihre Rechte. In Kroatien hatte diese Veränderung für die politischen Eliten zwei Auswirkungen: Die kroatisch-serbischen Beziehungen in Kroatien wurden zur wichtigsten politischen Frage, wobei die politischen Vertreter der serbischen Minderheit in Kroatien nach einem

ethnopolitischen Gleichgewicht bzw. Vetomacht der Serben in Kroatien drängten; zugleich wurde nach außen der Kampf um die Position Kroatiens in der Föderation entscheidend. Die kroatische Republikführung formulierte Forderungen nach mehr Selbständigkeit der Republiken – ihr wichtigster Gegenspieler war die serbische Republikführung, die eine stärkere Zentralisierung des Bundesstaates befürwortete (Slowenien agierte dabei als kroatischer Bündnispartner).

Zugleich drängte die Dominanz der ethnopolitischen Konflikte den in allen anderen sozialistischen Staaten vorherrschenden Gegensatz zwischen Reformern und Dogmatikern in den Hintergrund.

c) Es kam zum Aufstieg einer neuen Generation der politischen Elite seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und zu ihrer repressiven Beseitigung nach der Zerschlagung des sogenannten „kroatischen Frühlings“. Dies zeitigte langfristige Folgen für die Reproduktion der politischen Elite in Kroatien: einerseits die Frustration der politisch Verfolgten, andererseits die Blockade des Aufstiegs von neuen Generationen als Folge der Übermacht der Status-quo-Koalition in den siebziger Jahren, die sich auch nach Titos Tod in den achtziger Jahren fortsetzte. Gleichzeitig bildeten die politisch Ausgeschlossenen weiterhin das Potential einer Gegenelite, waren also für das Status quo gefährlich. Die Ausmaße der Blockade und Frustration in der politischen Elite Kroatiens stellen m.E. eine kroatische Besonderheit dar und sind nur teilweise vergleichbar mit ähnlichen Frustrationen innerhalb der serbischen Eliten (obwohl politische Säuberungen praktisch die Eliten in allen Republiken und nicht nur in Kroatien und Serbien trafen).

d) Aus den oben umrissenen Gründen gab es keine Erneuerung der kroatischen politischen Elite in den achtziger Jahren, aber auch keinen Aufstieg einer neuen demokratischen Gegenelite: Dies bedeutete zum einen versperrte Aufstiegschancen in der Politik für eine ganze Generation und zum anderen eine biologische und geistige Überalterung sowohl der kommunistischen politischen Elite als auch der unterdrückten Gegenelite.

e) Die Dynamik innerhalb der kroatischen kommunistischen Elite war zusätzlich durch die politische Bedeutung einer starken kroatischen Emigration belastet: Diese Emigration war sehr heterogen, sie umfaßte Vertreter der faschistischen Ustaša-Bewegung aus dem 2. Weltkrieg, Be-

fürwörter von verschiedenen „bürgerlichen“ Optionen, sowie eine zahlreiche, westlich orientierte ökonomische Migrantenspopulation, die politisch mobilisierbar war und eine ständige Quelle der potentiellen politischen Destabilisierung für Kroatien darstellte.

2. Die politischen Rahmenbedingungen des Elitenwandels nach 1989

Kroatien gehört zur Gruppe der postsozialistischen Staaten, in denen der Regimewechsel friedlich erfolgte und zugleich auch infolge des Ausgangs der ersten freien Wahl die politische Elite ausgewechselt wurde (darin vergleichbar mit Polen, Ungarn oder Tschechien). Die Auswirkungen dieser Veränderungen führten allerdings zur staatlichen Unabhängigkeit und zum Krieg, wodurch spezifische Bedingungen für die Fortsetzung der demokratischen Transformation geschaffen wurden, die sich wesentlich von jenen der oben genannten Staaten unterscheiden.

Diese besonderen Bedingungen haben auch den Prozeß des Elitenwandels nach 1989 bestimmt. Die politischen Rahmenbedingungen waren vor allem durch folgende Momente gekennzeichnet:

a) Seit 1990 wurde durch die ununterbrochene Regierungsmacht der in der ersten freien Wahl erfolgreichen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) eine monopolistische politische Situation geschaffen. Die HDZ ist ein Amalgam von breiter nationaler Bewegung (die die Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit zum Ziel hatte) und einer populistischen catch-all-Partei, die um ihren charismatischen Führer, den kroatischen Staatspräsidenten Dr. Franjo Tudjman, aufgebaut ist. Die monopolistische Position der HDZ und die Schwäche der Oppositionsparteien hat zur Folge, daß die HDZ sich zum wichtigsten (und praktisch einzigen) Rekrutierungskanal für die neue politische Elite entwickelt hat.

b) Die traumatischen Bedingungen der Konstituierung des unabhängigen kroatischen Staates, die innere Rebellion der serbischen Minderheit und der Krieg gegen die Bundesarmee, führten dazu, daß auf der symbolischen Ebene ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit vollzogen wurde. Dieser Bruch fand seinen Ausdruck in einer durch die HDZ formulierte neue politische Ideologie, die das Ziel der staatlichen Konstituierung ins Zentrum stellte. Die Priorität des Aufbaus des kroatischen Staates erforderte zugleich die Etablierung einer Reihe von staatlichen und politischen

Posten, die in Kroatien vorher nicht existierten (auswärtige Beziehungen, Landesverteidigung). Damit wurde auch das Feld für neue politische Elitekarrieren geöffnet.

c) Trotz radikaler Veränderung auf der symbolisch-ideologischen Ebene hat es in Kroatien keine systematischen „Säuberungen“ oder „Lustrationen“ von alten politischen „Kadern“ gegeben (besonders im Vergleich zu einigen anderen postsozialistischen Staaten, wie z.B. Ostdeutschland und Tschechien). Dadurch war der Wandel der kroatischen politischen Elite auf personeller Ebene weit weniger radikal als auf der symbolischen. Zwar kam es auf der Ebene der höchsten staatlichen Führung zum personellen Wechsel (auch wenn viele der HDZ-Führungsfiguren, einschließlich Tudjman selbst, eine Geschichte zumindest als mittlere oder untere „Kader“ der kommunistischen Nomenklatura hinter sich haben), aber die neue Regierungspartei nahm zugleich praktisch alle politischen Überläufer aus dem alten Regime (zumindest jene, die die mittleren und niederen Ränge der alten Nomenklatura bekleideten) willig auf. Die wichtigste Vorbedingung für diesen politischen Farbenwechsel war allerdings, daß die neue herrschende Ideologie ohne Vorbehalt akzeptiert wurde. Hinter der symbolischen Diskontinuität in der kroatischen politischen Elite versteckt sich also ein gewisses Maß an Kontinuität.

d) In einem Bereich allerdings kam es zu einer sehr spürbaren Veränderung: angesichts der serbischen Rebellion, des Krieges und einer offenen antiserbischen Stimmung in der Öffentlichkeit verschwanden die Mitglieder der serbischen politischen Minderheit aus der kroatischen politischen Elite. Während im Sozialismus das Regime auf einer Art ethnischen Gleichgewicht zwischen Serben und Kroaten gerade in höchsten politischen Positionen insistierte, wurden die Serben unter neuen politischen Bedingungen aus allen wesentlichen politischen Stellungen verdrängt.

e) Schließlich sei anzumerken, daß die dominante Position der HDZ nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler Ebene (mit wenigen Ausnahmen) durchgesetzt wurde. Dies sah unmittelbar nach der ersten freien Wahl 1990 noch anders aus, da die Sozialdemokratische Partei (SDP), die sich als die Nachfolgepartei der Reformkommunisten konstituiert hatte, als zweitstärkste Partei einige wichtige Regionen (vor allem

jene mit einer lokalen serbischen Mehrheit) erobern konnte. Der Krieg veränderte diese Umstände radikal, einige Gebiete mit regionaler serbischer Mehrheit fanden sich vorübergehend unter Kontrolle einer serbischen sezessionistischen Bewegung (die nach der militärischen Niederlage 1995 einen massenhaften Exodus der Serben aus diesen Gebieten organisierte), und die SDP verlor rapide ihren politischen Einfluß.

3. Die Hauptquellen der Elite-Rekrutierung

Unter den allgemeinen politischen Bedingungen, die oben umrissen wurden, gibt es im wesentlichen fünf erkennbare Gruppen, aus denen die Mitglieder der neuen politischen Elite rekrutiert werden. Es handelt sich um folgende Gruppen:

a) Politische Aktivisten des sogenannten „Kroatischen Frühlings“, der nationalen Bewegung vom Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, die in den Jahren 1971/1972 gewaltsam aus dem politischen Leben entfernt wurden. Hierbei handelt es sich jedoch keineswegs um eine biographisch und politisch homogene Gruppe. Im „Frühling“ waren Teile der damaligen kommunistischen Nomenklatura, ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei sowie radikale Antikommunisten aktiv. Auch das Schicksal der Aktivisten nach der Unterdrückung des Frühlings war sehr unterschiedlich: von langjährigen Gefängnisstrafen, über Emigration und Berufsverbot bis zum politischen Rückzug, bei gleichzeitiger Möglichkeit, eine „bürgerliche“ Berufskarriere zu verfolgen.

b) Mitglieder der kroatischen politischen und ökonomischen Emigration, die durch die HDZ oder auch andere Parteien im Ausland politisch mobilisiert wurden (im letzteren Fall war es notwendig, daß die Kandidaten für eine politische Karriere zumindest zu einem späteren Zeitpunkt der HDZ beitraten) und die nun nach Kroatien zurückkehrten. Zu dieser Kategorie gehören auch Kroaten aus Bosnien und Herzegowina, die ja keine Emigranten sind, jedoch nach der Auflösung des jugoslawischen Staates gewissermaßen den Status von „Auslandskroaten“ haben.

c) Mitglieder des alten kommunistischen Staatsapparats, die über bestimmtes Expertenwissen verfügen und die zugleich bereit sind, die neue herrschende Ideologie kritiklos anzunehmen.

d) Mitglieder der technokratischen Elite in den großen Staatsunternehmen (die inzwischen teilweise privatisiert sind), die ihre politische

Karriere durch ihr Expertenwissen begründen, zugleich aber ihre politische Loyalität nachweisen müssen.

e) Schließlich sei noch eine Gruppe erwähnt, deren Bedeutung nicht zu vernachlässigen ist: Es handelt sich um Teile der im sozialistischen System politisch passiven Intelligenz (insbesondere Schriftsteller, akademische Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte), die nun ihre Sachkompetenz mit der erforderlichen ideologischen Ausrichtung zum Zwecke des politischen Aufstiegs kombinieren.

4. Die politischen und institutionellen Mechanismen der Elitenrekrutierung

Es wurde oben bereits erwähnt, daß die neue Regierungspartei wegen ihrer monopolistischen Position der entscheidende Selektionsmechanismus für die neue politische Elite ist. Eine genauere Analyse zeigt aber, daß dieser Mechanismus nicht lediglich einen, sondern zwei Kanäle der Selektion beinhaltet. Es handelt sich einerseits um den Parteiapparat der HDZ (einschließlich regionaler Parteizweige), andererseits um den Apparat des Präsidialamtes. Die Selektion der Kandidaten für die höchsten politischen bzw. staatlichen Positionen (Regierung, Parlament, Spitzenpositionen in der Verwaltung auf nationaler und regionaler Ebene) erfolgt durch das Zusammenspiel, Konkurrenz und Auseinandersetzung dieser zwei Apparate. Der Selektionsprozeß verläuft natürlich nicht konfliktlos, sondern ist durch persönliche und politische Rivalitäten gekennzeichnet. In beiden Rekrutierungsorganen spielen auch bestimmte „regionale Allianzen“ (also die Gruppierung der Elitemitglieder nach regionaler Herkunft) eine Rolle.

Die gegebene monopolistische Position von HDZ hat noch weitere zwei Konsequenzen. Einerseits kommt es immer wieder zu Versuchen, die bestehenden schwachen Oppositionsparteien durch Spaltungen und Anwerbung einzelner führender Aktivisten zu destabilisieren. Zum zweiten versucht die HDZ, nicht nur den Zugang zu politischen Eliteposten unter ihrer Kontrolle zu behalten, sondern auch die Aufstiegskanäle im gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich zu erobern. Einige wichtige Selektionsmechanismen sind bereits in Händen der HDZ, etwa die Ernennung von leitenden Managern in staatlichen Unternehmen und Medien, oder auch die Auswahl der Richter.

5. Die Ideologie der neuen politischen Elite

Ein wichtiges Kriterium der Elitenselektion, als auch das Mittel zum Erhalt ihrer inneren Kohäsion, ist die bereits erwähnte neue Ideologie der Staatsformation. Nach dem Ende des Sozialismus wurde in Kroatien also keine ideologiefreie politische Arena für freien politischen Wettbewerb geschaffen. Im Gegenteil, es wurde eine Art neue quasi-offizielle Ideologie geschaffen, die in funktionaler Hinsicht die gleiche Rolle hat wie die überwundene sozialistische Ideologie. Inhaltlich beruht die neue politische Ideologie auf einer nationalistischen Interpretation der kroatischen Geschichte, die zweierlei leistet: einerseits die Filterung des Geschichtsbildes von allen mit der herrschenden nationalistischen Sicht unvereinbaren Daten, andererseits eine historische Legitimierung der politischen Mission der neuen Elite, die gewissermaßen neben die demokratische Legitimation tritt. Die Zugehörigkeit zur politischen Elite setzt die unhinterfragte Akzeptanz der genannten Ideologie voraus.

6. Kritische Anmerkungen und Aussichten der zukünftigen Entwicklung.

Die demokratische Transformation in Kroatien nach dem Zusammenbruch des Sozialismus wurde durch die Bedingungen der Staatsbildung und des Krieges aufgehalten und teilweise verzerrt. Die Demokratie ist deswegen in Kroatien noch immer nicht stabilisiert (Zakošek 1995). Die Mechanismen der Rekrutierung und Machterhaltung der neuen politischen Elite weisen deutliche Demokratiedefizite aus. Die Entwicklung Kroatiens zur vollen liberalen Demokratie ist nur durch die Überwindung der bestehenden monopolistischen politischen Situation möglich. Es ist zu erwarten, daß die Veränderung, die das ermöglichen wird, durch unterschiedliche Prozesse zustande kommt: durch Konflikte und Spaltungen innerhalb der Regierungspartei, durch Stärkung und politische Zusammenarbeit der Oppositionsparteien und nicht zuletzt auch durch eine größere politische Partizipation der zivilen Akteure.

Literatur

- Borchert, Jens / Golsch, Lutz (1995): Die politische Klasse in den westlichen Demokratien: Rekrutierung, Karriereinteressen und institutioneller Wandel. In: Politische Vierteljahresschrift, 36. Jg., Nr. 4, S. 609–629.**
- Jović, Dejan (1993): Politički stavovi i pozicije hrvatskih saborskih zastupnika u mandatu 1990–1992. In: Politička misao, 30. Jg., Nr. 4, 53–73.**
- Tull, Stephen (1995): Ethnopolitics and Conflict in the Breakup of Yugoslavia: A Theory of Ethnic Mobilization. (unveröffentlichte Dissertation, University of Michigan).**
- Zakošek, Nenad (1995): Is There a Future for Liberalism in Eastern Europe. In: Politička misao, 32. Jg., Nr. 5, 45–53.**

Neue Wirtschaftseliten in Rumänien: Von der Nomenklatura zur Oligarchie

Anneli Ute Gabanyi

Systemwandel und Elitentransformation in Osteuropa

Im zehnten Jahr nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den Staaten Osteuropas gewinnt die Frage nach dem seither vollzogenen Elitenwechsel oder -wandel zunehmend an Bedeutung. Schlüssige Antworten auf die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit den osteuropäischen Eliten zu finden ist angesichts der dynamischen Entwicklung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in diesen Ländern schwierig.

Das gilt nicht zuletzt auch für die Definition der neuen Wirtschaftseliten. Die Studie zur Elitenzirkulation in den Transformationsstaaten von Széleány, Treiman und Wnuk-Lipinsky decken nicht das gesamte regionale Spektrum ab. Die Untersuchung basiert auf der Gleichsetzung zwischen Wirtschaftseliten und den Managern der erfolgreichsten – staatlichen wie privaten – Firmen in den betreffenden Ländern.¹ Rumänien ist weder in der ersten, in polnischer Sprache veröffentlichten Version noch in der englischen Version vertreten.² Die Wirtschaftseliten in Rumänien kann man wohl mit den Begriff „patroni“ bezeichnen. Der dem Französischen entlehnte Begriff des „patron“ entspricht im Deutschen demjenigen des „Arbeitgebers“. Im Unterschied zu dem oder den ur-

- ¹ Circulation vs. Reproduction of Elites during Postcommunist Transformation of Eastern Europe, hg. v. I. Széleányi et al. (=Theory and Society, Special Issue, 24 (1995) 5).
- ² Elity w Polsce, w Rosji i na Węgrzech. Wymiana czy reprodukcja? [Eliten in Polen, Rußland und Ungarn. Wandel oder Reproduktion?]. Warschau 1995. Siehe hierzu: Karpinski, Jakub: Sociologists Compare Nomenklatura Members and Contemporary Elites, in: Transition, 31.5.1996.

sprünglichen Firmeneigentümer/n und den Besitzern von Aktienanteilen ist der „patron“ in Großbetrieben zumeist mit dem leitenden Manager des Unternehmens identisch.³ In Rumänien wie auch in den anderen Übergangsländern kann man davon ausgehen, daß diese leitenden Manager in vielen Fällen mit den Eigentümern (oder mit Verwandten der Eigentümer) identisch sind.

Die Frage, ob die alten kommunistischen Eliten Nutznießer des Systemwandels waren, ist relativ leicht mit „ja“ zu beantworten. Empirische Forschungen haben nachgewiesen, daß es Teilen der vormaligen Machteliten nach 1989 gelungen ist, das formal freie Spiel der Kräfte von Markt und Meinung dank ihres Herrschaftswissens und der von ihnen ausgeübten Kontrolle über die nationalen Ressourcen sozusagen legal zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen und es in ökonomische Vorherrschaft und politische Macht umzumünzen. Verkürzt gesagt: Die Nomenklatura wurde zur Oligarchie.⁴

Kein Konsens herrscht hingegen darüber, ob die alten Machteliten aus Partei, Staatsapparat und Wirtschaftsbürokratie freiwillig auf ihre vor 1989 gehaltene Monopolstellung in Politik (Einparteienstaat) Wirtschaft (Staatseigentum und Ressourcenallokation) und Ideologie (Definitonsmonopol) verzichtet und den Systemwandel zu ihren eigenen Gunsten genutzt haben. In Unterstützung dieser These lassen sich drei Argumente ins Feld führen:

- 3 Valeriu Simion, der geschäftsführende Generaldirektor der Nationalen Konföderation der Rumänischen Arbeitgeber (Confederația Națională a Patronatului Român) in einem Interview mit der Zeitung Dilema Nr. 229, 13.–19.6.1997.
- 4 Siehe hierzu: Ágh, Attila: From Nomenklatura to Clientura. The Emergence of New Political Elites in East-Central Europe, in: *Stabilising Fragile Democracies. Comparing New Party Systems in Southern and Eastern Europe*, hg. v. Geoffrey Pridham u. Paul G. Lewis. London etc. 1996, S.44–68; Baylis, Thomas A.: Plus Ça Change? Transformation and Continuity Among East European Elites, in: *Communist and Post-Communist Studies* 27 (1994) 3, S.315–328; Best, Heinrich / Becker, Ulrike: *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*. Opladen 1997; Higley, John / Kullberg, Judith / Pakulski, Jan: The Persistence of Postcommunist Elites, in: *Journal of Democracy* 7 (1996) 2, S.133–147; Schröder, H.-H.: Russische Wirtschafts- und Gesellschaftseliten im Übergang, in: *Der Osten Europas im Prozeß dert Differenzierung*, hg. v. BIOst. München etc. 1995, S.266–277.

1. Die sich zuspitzende Krise der staatlichen Planwirtschaftssysteme in den kommunistischen Staaten hatte dazu geführt, daß Korruption und Kriminalität im Rahmen einer halbstaatlichen Form der Schattenwirtschaft zunehmend überhand nahmen. Immer deutlicher kristallisierte sich dabei die Kommandowirtschaft als eine Mischung aus staatlichen Eigentumsformen und ihrer privatwirtschaftlichen Abschöpfung durch die herrschenden Eliten heraus.⁵
2. Die Vertreter der alten Machteliten verfügten zwar über kollektive Privilegien, nicht aber über Eigentumsrechte. Der Genuß der Privilegien konnte wegen der herrschenden Gleichheitsideologie nicht zur Schau gestellt werden. Diese politisch begründeten Privilegien konnten auch verlorengehen, da sie amts- und nicht personengebunden waren. Eigentum kann vererbt und investiert werden. Den Schluß aus dieser Gleichung habe die kommunistische Machtelite bereits vor dem Systemwandel gezogen, meint der polnische Wissenschaftler Wojtech Lamentowicz: „Indem sie (wie in Ungarn und Polen) die Wirtschaftsreform in Kraft setzte, versuchte sie, ihre kollektiven Privilegien in individuelle Eigentumsrechte zu verwandeln.“⁶ Diese „Befreiung der Nomenklatura“ führte, so Jadwiga Staniszkis, zur „Woge der Revolutionen von oben und zur kontrollierten Aufgabe des Kommunismus“ mit dem Ziel, den „Status der vorangegangenen Periode und die Netzwerke der kommunistischen Vergangenheit“ zu bewahren.⁷ Entsprechend interpretiert der russische Bürgerrechtler Timofejew die Wende denn auch als die „Liquidierung der sozialistischen Planwirtschaft zugunsten eines freien Marktes von Gruppen, die diesen Markt vorher bereits beherrscht haben.“⁸

5 Siehe hierzu: Pleines, Heiko: Korruption in den post-sozialistischen Staaten. BIOst, Aktuelle Analysen Nr. 1/1998, 29.12.1997.

6 Lamentowicz, Wojtech: Politische Instabilität in Ost- und Mitteleuropa: innenpolitische Gefährdungen der europäischen Integration und Sicherheit, in: Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Strategien für Europa, hg. v. Werner Weidenfeld. Gütersloh 1995.

7 Staniszkis, Jadwiga: „Globalisierung“ und das Ende des Kommunismus, in: Internationale Politik Nr. 5/1997.

8 Raith, Werner: Das neue Mafia-Kartell. Wie die Syndikate den Osten erobern. Berlin 1994, S.167.

3. Als Folge der Rezession und der Ölkrisen im Verlauf der 70er Jahre trat die pseudostaatliche Schattenwirtschaft in einen halboffiziellen Austausch mit der westlichen Finanzwirtschaft. Um diese neuen Kreditgeschäfte abzuwickeln, wurden in den einzelnen osteuropäischen Staaten Tarnfirmen der kommunistischen Partei und der Nachrichtendienste im In- und Ausland gegründet, die eine breite Palette oftmals okkulten Devisengeschäfte abwickelten. Aus dem Bereich solcher Firmen und Seilschaften in den ehemals kommunistischen Staaten sind besonders viele erfolgreiche und wohlhabende Vertreter der neuen Wirtschaftseliten hervorgegangen.

Die weitgehende Übereinstimmung der politischen und wirtschaftlichen Systeme in den ehemals kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas hatte zur Folge, daß auch der 1989 erfolgte Wandel dieses Systems in den betroffenen Staaten große strukturelle Ähnlichkeiten aufwies. Am Ende dieser Entwicklung steht folgerichtig nicht die „Marktwirtschaft im Sinne eines freien Marktes“, sondern ein „System von Beziehungen, Begünstigungen und gegenseitigen Abhängigkeiten“ zwischen den Mitgliedern einer „kleinen Gruppe von Wirtschaftsführern, Regierungsmitgliedern und hohen Staatsbeamten“.⁹ Dieser „oligarchische Kapitalismus“, so Staniszkis, bedient sich selektiv der „institutionellen Hinterlassenschaften des Kommunismus“. Es ist gekennzeichnet durch gemischte Eigentumsverhältnisse, Verstaatlichung und Politisierung der Wirtschaft, Konzentration durch die Verbindung von Finanzwelt und Industrie, beruhend auf Netzwerken persönlicher Beziehungen aus der Zeit des Kommunismus. ... Gelenkte Märkte mit administrativ reguliertem Zugang werden von 'politischen Kapitalisten' als Vehikel benutzt, um Risiken und Kosten mit dem Staat zu teilen und so die Globalisierung zu überleben sowie die Bildung inländischen Kapitals zu beschleunigen.“¹⁰

Das System stellt einen idealen Nährboden für Korruption und Kriminalität dar. Der Übergang von der Korruption der staatlichen Planwirtschaft und der sie begleitenden Schattenwirtschaft in die private Wirtschaftskriminalität vollzieht sich fast nahtlos. Die nach der Wende

⁹ Hoffmann, Christiane: Wettbewerb um Privilegien. Die Verflechtung von Wirtschaftsmacht und politischen Befugnissen in Rußland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.1997.

¹⁰ Staniszkis, Jadwiga: „Globalisierung“, a.a.O.

überall entstandenen Defizite bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit sind auch eine Folge der notwendigen Reformen im Bereich von Justiz, Polizei, Armee und Nachrichtendiensten. Die Entstehung neuer Staaten und Grenzen und die Kriege in Teilen Europas haben zur Internationalisierung, Brutalisierung und Militarisierung der kriminellen Strukturen geführt.¹¹

Der Kampf um das Erbe des Diktators

Der Wandel, schreibt der rumänische Politologe Stelian Tănase in Anlehnung an ein Wort Schumpeters, könne nur gelingen, wenn die Eliten zusammenarbeiteten und darauf verzichteten, einander physisch und politisch auszuschließen. Dies sei eine der Vorbedingungen für das Gelingen der Demokratie.¹² Unter dem Blickwinkel der Kooperation alter und neuer, bürokratischer und technokratischer Eliten um das Vermögen der kommunistischen Partei und ihres Vorsitzenden ist der Wandel in Rumänien als gelungen zu bezeichnen. Die Bedingungen hierfür waren in dem einzigen Land Osteuropas, wo eine blutige Revolution stattfand und wo als einziger der ehemalige Staats- und Parteichef hingerichtet wurde, nicht gerade günstig.

Das politische System Rumäniens unter Nicolae Ceaușescu entsprach in weit stärkerem Maße als das der anderen kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas dem von Eisenstadt so genannten Konzept des „neopatrimonialen Staates“.¹³ Es zeichnete sich durch ein ungewöhnlich hohes Maß an Klientelwirtschaft und Patronagewesen aus. Zur Sicherung seiner Macht hatte Ceaușescu in zunehmendem Maße auf ein informelles System persönlicher Bindungen und Belohnungen gesetzt. In einer ersten Phase, die nach seinem 1965 erfolgten Machtantritt begann und bis zum Ende des Jahrzehnts dauerte, spielte die Fachkompetenz bei der Kooptierung neuer Eliten zwar eine wichtige Rolle, da der Generalsekretär der

¹¹ Siehe Thamm, Bernd Georg: Es ist fünf Minuten nach zwölf. Das Ende des Kalten Krieges: Quantensprung des organisierten Verbrechens, in: Die Welt, 20.4.1996.

¹² Tănase, Stelian: *Revoluția ca eșec. Elite și societate* [Die Revolution als Scheitern. Eliten und Gesellschaft]. Jassy 1996, S.70.

¹³ Eisenstadt, Samuel N.: *Revolution and the Transformation of Societies: A Comparative Study of Civilizations*. New York 1978.

RKP Nicolae Ceaușescu daran interessiert war, seine Machtstellung im Inneren gegen den Widerstand zu festigen. Nach 1968 ging Ceaușescu dazu über, die Macht entsprechend dem Loyalitätsprinzip zunehmend auf einen immer kleineren Kreis von Funktionären zu reduzieren – zum Nachteil jener jüngeren technokratischen Eliten, auf die er sich während der liberalen Phase der sechziger Jahre gestützt hatte. Die „Rotation der Kader“ sollte verhindern, daß Vertreter der Nomenklatura eigene Seilschaften aufbauen und eigene Machtareale abstecken konnten. In einer dritten Phase, deren Beginn mit der Übernahme des Staatspräsidentenamts durch Parteichef Ceaușescu im Jahre 1974 gleichzusetzen ist und die mit dem Sturz des Diktators ihr Ende fand, erfolgte der Übergang vom autoritären zum oligarchischen Führungsprinzip.¹⁴ Es kam zur quasi-hermetischen Schließung der Führungselite, die normale Zirkulation der Eliten auf allen Ebenen wurde praktisch unterbunden. Die operative Macht im Staate war in den Händen des Ceaușescu-„Clans“ konzentriert, bei dessen Rekrutierung nicht moderne Selektionskriterien, sondern patriarchalische Verwandtschafts- und Loyalitätsbeziehungen den Ausschlag gegeben hatten.¹⁵

Widerspruch gegen die Politik und den Führungsstil des Staats- und Parteichefs regte sich in unterschiedlichen Gruppierungen der Partei, aus unterschiedlichen, zum Teil sogar gegensätzlichen Motiven. Die Unzufriedenheit mit Ceaușescu einte Bürokraten und Technokraten, alte Feinde und alte Freunde des Diktators. Aus den Reihen der Leistungseliten kam Kritik an Ceaușescus politischer und ökonomischer Gesamtstrategie, insbesondere die hohe Akkumulationsrate, die forcierte Industrialisierung zum Schaden der Landwirtschaft, die Reformfeindlichkeit und die Autarkiebestrebungen des Regimes. Forderungen nach einer Demokratisierung der streng zentralistischen innerparteilichen Strukturen war Ceaușescu in einer Rede vor dem Politischen Exekutivkomitee

¹⁴ Siehe z. B. Shils, Edward: *Center and Periphery. Essays in Macrosociology.* Chicago etc. 1975.

¹⁵ Siehe hierzu: Gilberg, Trond: *Nationalism and Communism in Romania. The Rise and Fall of Ceaușescu's Personal Dictatorship.* Boulder etc. 1990, S.83–109.

der RKP im April 1988 mit dem Argument entgegengetreten, die Partei sei kein Debattierklub.¹⁶

In den achtziger Jahren ging Ceaușescu auch mit dem Parteiapparat als solchem auf Kollisionskurs. In dem Maße, wie Ceaușescu seine persönlichen Machtbefugnisse ausweitete, wurde der politische Einfluß der Partei- und Staatsbürokratie, die seit längerem Ansätze einer Verbürgerlichung gezeigt hatten, systematisch herabgestuft, ihre wirtschaftlichen Privilegien wurden abgebaut.¹⁷ Angesichts der in der Bevölkerung aufgestauten Empörung über die beispiellose Senkung des Lebensstandards im Zuge der Austeritätspolitik der 80er Jahre mußte die Elite fürchten, bei dem zunehmend absehbaren Sturz Ceaușescus mit in die Tiefe gerissen zu werden. Die Furcht und der Unmut im gesamten Staats- und Parteiapparat erklärt, weshalb Ceaușescu im Dezember 1989 über sowenig Rückhalt verfügte.¹⁸

Die Möglichkeiten, legal zusätzliche Einkünfte außerhalb des staatlichen Sektors zu erwirtschaften, waren in Rumänien ungünstiger als sonstwo in Osteuropa. Private Handwerksbetriebe und Kleinunternehmer waren mit Ausnahme einer kurzen Liberalisierungsperiode zum Ende der 60er Jahre nicht zugelassen. Die private Landwirtschaft wurde zunehmend zurückgedrängt. Schätzungen zufolge lag der Anteil einer potentiellen Mittelklasse in Rumänien vor der Wende bei 5 Prozent der Gesamtbevölkerung – im Vergleich zu 30 Prozent in Tschechien, 25 Prozent in Polen und 20 bis 25 Prozent in Ungarn.¹⁹

Für rumänische Bürger, die illegal Gewinne machten, sah das Gesetz drakonische Strafen vor. Das hinderte die damalige rumänische Führung jedoch nicht, ebenso wie die anderen Ostblockstaaten okkulte, in Devisen abgewickelte Geschäfte mit westlichen Partnern zu tätigen, um dem drohenden wirtschaftlichen und finanziellen Kollaps zu entgehen. Nur we-

¹⁶ Scânteia, 4.5.1988; siehe hierzu: Gabanyi, Anneli Ute: Von Gorbačev zu Gromyko: Zum Stand der rumänisch-sowjetischen Beziehungen, in: Südosteuropa 37 (1986), S. 257–271.

¹⁷ Kenneth Jowitt hat diesen Prozeß als „party familialization“ beschrieben in: *The Leninist Response to National Dependency*. Berkeley 1978, S.70.

¹⁸ Vgl. die Analyse in: Tănase, Stelian: *Revoluția ca eșec*, a.a.O., S.54–85.

¹⁹ Silviu Brucan: *De la party hacks la nouveaux riches* [Von Parteihengsten zu Neureichen], in: *Sfera Politicii* Nr. 59 / April 1998, S.17.

nige Personen aus dem Umkreis Ceaușescus sowie einige der zuständigen Finanz- und Wirtschaftsexperten kannten dieses Geflecht inländischer und ausländischer Firmen und Geheimdienste. Die wichtigsten dieser Unternehmen waren:

- das Zentrale Wirtschaftsamt *Carpați*, Mitte der 80er Jahre als Teil des parteieigenen Wirtschaftsunternehmens gegründet mit dem Ziel, okkulte Devisengeschäfte der Partei und Transaktionen mit anderen KPs zu tätigen;
- das Außenhandelsunternehmen des Sicherheitsdienstes Securitate, *ICE Dunărea*, gegründet im Oktober 1982 und aufgelöst im April 1990. Seine Warenpalette reichte von Waffen bis zu künstlichen Diamanten, Gewinne wurden auf geheime Auslandskonten überwiesen;
- Sicherheitsdienste unterhielten eigene Devisenkonten, auf die Zahlungen ausländischer Regierungen und Geheimdienste für Waffengeschäfte, die Ausreise von Aussiedlern etc. erfolgten;
- in- und ausländische Firmen, die von den rumänischen Sicherheitsbehörden kontrolliert oder gesteuert wurden. Eine der wichtigsten war die eines arabischen Privatmannes 1990 in Piräus gegründete und später in Zypern ansässige Firma *Crescent*.²⁰

In diesen dem Bereich, der mit Fug und Recht als halblegale Schattenwirtschaft des Staates bezeichnet werden kann, wurden nicht nur die Dollarmilliarden erwirtschaftet, die zur Rückzahlung der Devisenschulden Rumäniens in den 80er Jahren gebraucht wurden. Hier lernte auch eine Kaste von Spezialisten und Managern den Umgang mit marktwirtschaftlichen Praktiken, die ihnen für die Zeit nach dem Sturz des Diktators unmittelbar nach der Wende einen Startvorsprung verschaffen sollte.

Zugleich mit dem Machtkampf, der mit dem Sturz des kommunistischen Staats- und Parteichefs durch den sogenannten *Rat der Front der Nationalen Rettung* am 22. Dezember 1989 einsetzte, begann auch der Kampf um das Vermögen der *Rumänischen Kommunistischen Partei* und dasjenige Nicolae Ceaușescus. Im Anschluß an die am 25. Dezember erfolgte Exekution Ceaușescus und seiner Frau Elena erklärte sich dieses

²⁰ Siehe hierzu detaillierte Angaben in: Badea, Dan: *Averea Președintelui. Conturile lui Ceaușescu* [Das Vermögen des Präsidenten. Die Ceaușescu-Konten]. Bukarest 1998.

Gremium zum alleinigen Inhaber der Macht im Staate mit allen legislativen und exekutiven Befugnissen – einschließlich des Zugriffs auf die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen des Staates. In dessen Besitz wurde am 18. Januar 1990 das Vermögen der *Rumänischen Kommunistische Partei* überführt, die offiziell weder aufgelöst noch verboten worden war. Zum Jahresende 1989 betrug das gesamte mobile und immobile Parteivermögen, das von dem sogenannten Zentralen Wirtschaftsamt „Carpați“ verwaltet wurde, rund 40 Milliarden Lei (zum Tageskurs rund 2,23 Milliarden USD).²¹ Die von Ceaușescu persönlich genutzten Villen und die darin befindlichen Wertgegenstände und Geschenke – darunter 584 Schmuckstücke aus Edelmetallen, eine kostbare Sammlung alter Waffen, mehrere Luxuswagen – waren darin nicht jedoch enthalten.²² Eine Vielzahl dieser Betriebe, Villen und Restaurants wurden zur Nutzung an Ministerien, Stadtverwaltungen, die Orthodoxe Kirche, aber auch an Unternehmer und Politiker übergeben.

Im Vordergrund stand dabei die Frage nach den Geheimkonten des damaligen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu, auf denen angeblich zwischen 400 Millionen und fünf Milliarden US-Dollar liegen sollten. Bei der Vernehmung im Rahmen des Schauprozesses, der den beiden Ceaușescus bereitet worden war, bestritten sie, über Privatkonten in der Schweiz zu verfügen. Auch weigerten sie sich, ihr Einverständnis zur Übernahme dieser Konten durch den rumänischen Staat schriftlich zu erklären.²³ Verschleudern des Volksvermögens und die Anhäufung persönlichen Reichtums auf ausländischen Bankkonten gehörten zu den Anklagepunkten, aufgrund derer der alte von den neuen Machthabern zum Tode verurteilt und exekutiert wurde.

Für die Führung dieser Konten war bis zu seiner 1978 erfolgten Flucht in die USA der stellvertretende Chef des rumänischen Auslandsnachrichtendienstes, Ion Mihai Pacepa, verantwortlich. Danach wurde diese Funktion von Ceaușescus Bruder Marin, dem Leiter der rumänischen Handelsmission in Wien, wahrgenommen. Er wurde am 29. Dezember 1989 in Wien erhängt aufgefunden.

²¹ Ebda., S.17.

²² Dekretgesetz Nr. 30, 18.1.1990.

²³ Badea, D.: op.cit., S. 61.

Während das Interesse der Öffentlichkeit in Rumänien, aber auch im Ausland auf die Suche nach Ceaușescus Devisenguthaben gelenkt wurde, war es Vertretern der alten politischen und wirtschaftlichen Eliten gelungen, sich das Vermögen der ehemaligen Staatspartei sowie die in Staatsbesitz befindlichen Ressourcen anzueignen. Das Notizbuch Elena Ceaușescus, worin u.a. Bankadressen und Kontonummern vermerkt gewesen sein sollen, wurde beim Sturm auf das Gebäude des Zentralkomitee der RKP am 22. Dezember 1989 gefunden und an den dort anwesenden Ion Iliescu, den künftigen Staatspräsidenten übergeben, wie Zeugen berichteten.²⁴ Es tauchte nie wieder auf. Ein im Dezember 1989 aufgefundenes Notizbuch Nicolae Ceaușescus wurde aus den Parlamentsarchiven entwendet und blieb seither ebenfalls unauffindbar.²⁵

Die von den neuen Machthabern durchgeführten offiziellen Demarchen zur Auffindung der geheimen Ceaușescu-Konten wurden Ende 1992 abgebrochen. Die Arbeit dreier – von der Regierung, dem Senat sowie von mehreren Ministerien eingesetzten – Kommissionen führte nicht zum Erfolg, obwohl die von der Regierung beauftragten ausländischen Ermittler sehr wohl Hinweise auf eventuelle Geheimkonten entdeckt hatten. Der Vertrag mit dem kanadischen Ermittlungsbüro wurde von Bukarest aufgekündigt, weil dieses seine Erkenntnisse den Herstellern eines kanadischen Fernsehfilms über die Ceaușescu-Konten weitergegeben hatte, nachdem die rumänische Seite die Ermittlungen trotz – oder gerade wegen – der erzielten Anfangserfolge nicht weiterführen wollte.²⁶ Die Bukarester Führung versuchte, eine für Oktober 1991 geplante Ausstrahlung des Films zu verbieten.

Im Jahre 1995 fand die Parlamentskommission zur Erforschung der Ereignisse von 1989, nunmehr geleitet von Valentin Gabrielescu, einem Vertreter der damals oppositionellen *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei*, heraus, daß die kanadischen Ermittler zu dem Schluß ge-

²⁴ Ebda., S. 25–37.

²⁵ Conturile lui Ceaușescu rămân îngropate [Ceaușescus Konten bleiben begraben], in: *Adevărul*, 3.10.1995.

²⁶ Neacșu, Romeo / Georgescu, Daniela: Intâmplări ciudate pe traseul descoperirii conturilor lui Ceaușescu [Seltsame Begebenheiten auf dem Wege der versuchten Aufdeckung der Konten Ceaușescus], in: *Tineretul Liber*, 30.10.1991.

langt waren, Anlage und Transfer von Geldern auf rumänische Geheimkonten hätten nur von vier rumänischen Firmen – verdeckt arbeitende Außenhandelsfirmen der Partei, der Geheimdienste und der Armee – sowie von der Rumänischen Außenhandelsbank getätigt werden können. Die rumänische Regierung unter Ministerpräsident Teodor Stolojan hatte den Ermittlern die Unterlagen der entsprechenden Firmen mit dem Hinweis verweigert, es handle sich dabei um Staatsgeheimnisse.²⁷ Fachleute zweifeln nicht daran, daß die Ceauşescu-Konten längst abgeräumt und zum Grundstock von Kapitalakkumulation durch Eingeweihte gemacht wurden. Die Tatsache, daß der Zugang zu diesen Konten nicht ohne die Unterstützung von Mitwissern aus den Reihen der engsten Ceauşescu-Mitarbeiter erfolgt sein konnte, die Investition dieser Vermögenswerte in Rumänien aber auch nicht ohne eine Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern getätigt werden konnte, wirft ein Schlaglicht auf die enge Kooperation zwischen bürokratischen und technokratischen Eliten der Vor- und Nach-Wende-Zeit.

„Bereichert euch!“ – Die Privatisierung der Nomenklatura

Wie überall in den Übergangstaaten Osteuropas bildete die parlamentarische Demokratie den Nebelvorhang, vor dem sich die eigentlich relevante Umwandlung politischen in ökonomisches Kapital vollzog. Um eine wie auch immer geartete primitive Akkumulation von Kapital auf den Weg zu bringen, hatte die Regierung unter Premierminister Petre Roman die Parole „Bereichert euch“ ausgegeben. „Wir alle sind der Meinung,“ so Roman, „daß die Menschen in einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche

²⁷ Vor 1989 war Stolojan als Ceauşescus Vertrauensmann im Finanzministerium beauftragt mit der Führung der Devisengeschäfte. Am 29. Dezember 1989 wurde er Stellvertretender Finanzminister in der neuen provisorischen Regierung, nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom Mai 1990 Finanzminister. Im Mai 1991 übernahm er die Leitung der staatlichen Privatisierungsagentur, nach dem Sturz Petre Romans folgte er ihm auf dem Stuhl des Premierministers. Nach den Parlamentswahlen von 1992 avancierte der im Westen hochgeschätzte „unpolitische Fachmann“ Stolojan auf einen leitenden Posten bei der Weltbank. Erst anlässlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom November 1996 legte Stolojan seine politischen Präferenzen offen – sie gelten dem früheren Präsidenten Ion Iliescu. Siehe hierzu: Meier, Viktor: Mehr als Iliescus Aushängeschild?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1991.

Freiheit herrscht, das Recht haben (oder haben müßten), sich zu bereichern. Aber in jedem zivilisierten Staat müssen jene, die Einkünfte haben, diese auch anmelden und begründen.“²⁸

Auf welchen Wegen wurden die ehemals Mächtigen und Tüchtigen – die Spitzen von Partei, Sicherheitsdienst und Militär, die leitenden Manager, Bürokraten und die Experten des alten Regimes – nach der Wende reich?

Dem Aufruf Petre Romans folgten zuerst die Vertreter der politischen Eliten der Vor-Wende-Zeit. Sie oder ihre Familienmitglieder hatten vor 1989 trotz der Androhung hoher Strafen Schwarzgeld angehäuft, das sie unmittelbar nach der Wende in eilig gegründete Privatfirmen einbrachten. Einige dieser Firmen entstanden noch im Dezember 1989.²⁹ Nach rumänischen Presseberichten befanden sich im September 1994 1.000 von 1.540 Firmen, die über eine Milliarde Lei Gewinn machten, in den Händen von Mitgliedern der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura.³⁰ Ion Dinca, Mitglied im Politischen Exekutivkomitee des Zentralkomitees der untergegangenen *RKP*, dessen Schwiegersöhne vor 1989 dank der politischen Vormachtstellung ihres Schwiegervaters einflußreiche Positionen im Elektronikbereich eingenommen hatten, verfügte nach der Wende über Kapital und Kontakte, um Privatfirmen im Computer- und Fotokopierbereich zu gründen und in kurzer Zeit ein Vermögen zu verdienen. Auch Marius Țârlea, der Schwiegersohn von Nicolae Ceaușescus Bruder Ion, vor 1989 Mitglied des Staatlichen Planungskomitees, gründete nach der Wende eine Exportfirma und mit dem damit erwirtschafteten Geld die rumänisch-schweizerische Columna-Bank.

Es ist das Verdienst des rumänischen Publizisten Andrei Cornea von der Wochenzeitung 22, auf die Bedeutung eines nach der Wende entstandenen Netzwerks von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung

²⁸ Echipa de sacrificiu. Din culisele guvernării postrevoluționare. 5 ianuarie 1990–5 februarie 1991 [Die Opfermannschaft. Aus den Kulissen der nachrevolutionären Regierung]. Bukarest 1992, S.70.

²⁹ Șega, Liana: În democrația de tip nou averea dă puterea [In der Demokratie neuen Typs verleiht Besitz Macht], in: Azi, 30.6.1995.

³⁰ Popescu, Cristian Tudor: PCR&CO., ltd. [RKP und Co., GmbH], in: Adevărul, 17.9.1994.

hingewiesen zu haben, das er die „Direktokratie“ nennt.³¹ Diese „Klasse“ besteht nicht nur aus den gewöhnlich so genannten „roten Direktoren und Managern“ großer Staatsbetriebe, sie umfaßt auch die Besitzer und Manager von Privatfirmen, die mit den großen Staatsfirmen eng verflochten sind, sowie Teile der Bürokratie auf lokaler und auf Landesebene. Aus den vor 1989 bestehenden überdimensionierten Industrie- und Handelskomplexen wurden die profitablen Firmenteile herausgelöst und von den Managern im Zuge der sogenannten MEBO-Privatisierung oder des Aufkaufs von Privatisierungscoupons in Besitz gebracht.³² Diese Privatfirmen – gelegentlich „Zeckenfirmen“ genannt – werden bevorzugt mit Kapital, Rohstoffen und Maschinen zum Nachteil der Staatsbetriebe versorgt. Im Jahre 1997, so ein Bericht, bereiteten insgesamt 20.789 solcher Firmen dem rumänischen Staat Verluste von über 200 Milliarden Mark. Die meisten dieser Firmen gibt es in bestimmten Industriezweigen und bei dem autonomen Regiebetrieb der Telekommunikation (10.350 Fälle im Jahre 1997), in den Bereichen Handel, Tourismus, Nahrungsmittelindustrie und staatliche Landwirtschaft (6.508 Fälle), im Baugewerbe und im Transport auf der Straße (3.931 Fälle).³³

Die Strategie der Direktokratie beruht auf der Nutzung der materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen der Staatsbetriebe in privaten Unternehmen, die von der Bürokratie durch günstige Kredite und Subventionen unterstützt werden. Die Folgen: fortdauernde mangelhafte Effizienz der Staatsbetriebe, wachsende Defizite der öffentlichen Haushalte, die Ausbreitung einer parasitären Form der Privatwirtschaft und die Förderung der Korruption auf allen Ebenen. Zur Zeit der Regierung von Ministerpräsident Nicolae Văcăroiu konnte die „Direktokratie“ ihre Machtposition im Staat festigen, wobei sie sich gelegentlich auch der Unterstützung unfähiger oder korrupter Gewerkschaftsführer bediente.

³¹ Cornea, Andrei: Lichidarea directocrației [Das Ausmerzen der Direktokratie], in: 22 Nr. 33, 19.–25.8.1997.

³² Petria, Alexandra: Directorii acaparează întreprinderile prin metoda „MEBO“ [Die Direktoren erwerben die Unternehmen nach der MEBO-Methode], in: Cotidianul, 11.10.1994, und Schröder, Henriette: Die Nomenklatura von einst sahnt ab, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.1994.

³³ Croitoru, Adina: În 1997, au acționat în România 20.789 rețele de firme-căpușă [In Rumänien waren im Jahre 1997 20.798 Zeckenfirmen tätig], in: România Liberă, 6.7.1998.

Dieses Netzwerk der „Direktokraten“ ist an der Beibehaltung der graduellen Reformstrategie interessiert und widersetzt sich daher der Privatisierung und Umstrukturierung der Betriebe.

Am Beispiel der Bereicherungsstrategien der Direktoren und Technokraten aus dem Bereich Außenhandel vor 1989 läßt sich die Umwandlung von politischem Kapital, Expertenwissen und Kontakten in wirtschaftliches Kapital ebenso überzeugend darstellen.³⁴ Diese Personen waren gut ausgebildet, mehrsprachig, weit gereist und im Umgang mit westlichen Geschäftspartnern geübt. Da die rumänischen Außenhandelsfirmen in der Regel kein großes Anlagevermögen besaßen, fiel es den führenden Managern und Experten nicht leicht, diese Firmen zu erwerben. Silviu Brucan beschreibt die Schritte, mit denen es diesem Personenkreis gelang, ihre Monopolstellung im Außenhandelsbereich in die neue Zeit herüberzuretten. Vier Schritte waren dazu notwendig: die Privatisierung ihrer bisherigen Unternehmen; die Kontaktaufnahme zu rumänischen Unternehmen, deren Direktoren dafür gewonnen werden mußten, wie bisher für westliche Abnehmer zu produzieren und ihre Erzeugnisse durch Vermittlung ihrer früheren Vermittler zu exportieren; die Kontaktaufnahme zu ihren Abnehmern im Westen mit dem Ziel, die vor der Wende bestehenden Handelsabkommen zu verlängern; und schließlich die Aufnahme von Beziehungen zu rumänischen und westlichen Banken, um sie dazu zu bewegen, ihre vor 1989 getätigten Geschäfte bei der Abwicklung dieser Exporte nach der Wende fortzusetzen. Um ihre Exportgeschäfte abzusichern, kauften die alt-neuen Exportkaufleute Aktien der für sie produzierenden Betriebe auf und drängten in die Aufsichtsräte ihrer Banken. Aus dem Außenhandelsbereich sind einige der prominentesten neuen Reichen der Nach-Wende-Zeit hervorgegangen. An ihrem Werdegang läßt sich der erreichte Grad der Verflechtung von wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Macht ablesen:

Petre Crişan, vor 1989 Direktor der Firma Romanoexport, privatisierte 1990 sein Exportunternehmen und sicherte sich die Aktienmehrheit; daraufhin kaufte er zwei große rumänische Zulieferfirmen und erwarb die Aktien weiterer 124 solcher Firmen. In der Regierung Văcăroiu avancierte er zum Handelsminister;

³⁴ Siehe hierzu Brucan, Silviu: *Stilpii noii puteri* [Die Stützen der neuen Macht]. Bukarest 1996, S.108–114.

Virgil Cataramă: arbeitete in den 80er Jahren für die Exportfirma Tehnoforestexport, die in dem profitablen Sektor rumänischer Möbelexporte in westliche Staaten eine Monopolstellung innehatte. Ab 1984 war Cataramă als Exportdirektor für das Ostgeschäft bei einer belgischen Firma tätig. 1990 gründete er in Rumänien mehrere große Möbel- und Textilunternehmen. Seine Firma Elvila International gehört zu den umsatzstärksten rumänischen Unternehmen. Cataramă gehört auch der Liberalen Partei in führender Position an. Im Jahre 1992 war er für wenige Monate Unterstaatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel;

General Victor Atanasie Stănculescu, einer der Regisseure des Staatsstreichs gegen Nicolae Ceaușescu, leitete seit 1980 die Abteilung Beschaffung der rumänischen Armee. Bei der Abwicklung der Waffengeschäfte, die vor der Wende von rumänischen ebenso wie von anderen osteuropäischen Vertretern über okkulte Kanäle nach Ost und West getätigt wurden, spielte Stănculescu offenbar auch eine Rolle.³⁵ In den ersten Monaten nach der Wende avancierte der General zunächst zum Industrieminister, später zum Verteidigungsminister. Nach den Wahlen vom Mai 1990 übernahm er die Bukarester Vertretung des biritischen Bali-Konzerns und gründete eine Handelsfirma sowie eine Versicherungsgesellschaft;

George Constantin Păunescu, in den 80er Jahren Chef der rumänischen Handelsmission in Mailand und Direktor im Außenhandelsministerium, gründete 1991 zwei große Import-Export-Firmen. Gemeinsam mit seinem Bruder Viorel ist George Constantin Păunescu einer der reichsten Männer Rumäniens. Den Brüdern gehören die Bukarester Luxushotels Lido und Intercontinental, die Bukarester Melody-Bar und das Hotel Rex in Mamaia. Seine Luftflotte DacAir mit 24 kanadischen Flugzeugen ist inzwischen in Konkurs gegangen;

Dan Voiculescu: vor 1989 Mitarbeiter der Exportfirmen Tehnoforst und Vitrocim und in enger Verbindung mit der – von dem Nachrichtendienst Securitate gesponserten – zyprischen Firma Crescent. Nach der Wende gründete Voiculescu ein Unternehmen für Feinmechanik, das

³⁵ Ica, S.R.: *România în caracatița spălării dolarilor. Proiectul Demavand* [Rumänien in den Fängen der Geldwäscher. Das Projekt Demavand], in: *România Liberă*, 22.12.1994.

bald Umsatzrekorde erzielte. Er ist Besitzer der Zeitung *Jurnalul Național* und des Fernsehsenders *Antena 1*.

Auch im Bankensektor stammen die (inzwischen zum Teil abgesetzten) Gründer der meisten Privatbanken aus dem Kreis der Direktoren und Spezialisten des Finanzapparats des alten Regimes. Marcel Ivan, der Vorsitzende der Creditbanc, war vor der Wende der Direktor einer Filiale der Landwirtschaftsbank; Ion Sima, der Vorsitzende der Dacia-Felix-Bank, war bei der Klausenburger Investmentbank tätig; der Leiter von Bankcoop Alexandru Dinulescu war vorher Direktor der Kreditkasse der Konsumgesellschaften usw. Ihnen wird präferentielle Kreditvergabe, Investitionen zugunsten der Bankvorstände, illegale Finanztransfers, Bestechung und Geldwäsche vorgeworfen, womit im Finanzbereich seit der Wende unvorstellbare Gewinne erzielt wurden.³⁶ Nicht selten sollen derartige Gewinne zur Unterstützung politischer Parteien abgezweigt worden sein.³⁷ Der Volkswirtschaft, aber auch privaten Anlegern und Sparern entstanden dadurch hohe Schäden, nicht zuletzt auch für die Geprellten der rund 600 Pyramidenspiele, die in Rumänien nach der Wende grassierten.³⁸ Bei Transaktionen hatten gelegentlich auch aus dem westlichen Ausland heimgekehrte Emigranten oder westliche Banken ihre Hand im unsauberen Spiel.

Die neuen Wendegewinnler tragen ihren Reichtum demonstrativ zur Schau. Sie fahren große Wagen (häufig mit Vierradantrieb) und erhalten Zutritt zu den zahllosen Bukarester Kasinos. Ihr Statussymbol ist das Handy.³⁹ Der Prototyp des neuen Neureichen ist Ilie Alexandru, Patensohn des ehemaligen Vorsitzenden der Creditbank Marcel Ivan und selbst Mitglied des Aufsichtsrates dieser Bank. Vor 1989 war Alexandru Boxer,

³⁶ Banken und Kommunikation, Minuspunkte für Rumänien, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 1.2.1997; Stâncă, Florina / Raveica, Dan: Alexandru Dinulescu—de la venitul prin șpagă la venitul în Calea Rahovei [Alexandru Dinulescu—vom Einkommen durch Bestechung zur Ankunft beim Untersuchungsrichter], in: Azi, 21.2.1997.

³⁷ Geldwäsche mit staatlicher Genehmigung. Die Columna-Bank soll mit dem Geld ihrer Kunden das linke Parteienbündnis finanziert haben, in: Hermannstädter Zeitung, 8.8.1997.

³⁸ Gavrilesco, Al.: Cangrena Caritas [Das Caritas-Geschwür], in: Adevărul, 6.9.1994.

³⁹ Kivu, Mircea: Purtătorii de celular [Die Handy-Träger], in: Dilema Nr. 229, 13.–19.6.1997.

Boxtrainer, Kleingangster und Österreicherasyllant, bevor er nach Rumänien zurückkehrte und ein Wirtschaftsimperium auf Pump gründete. Zu seinen besten Zeiten besaß er eine Ranch in der Nähe seiner südrumänischen Heimatstadt Slobozia, wo er eine fünfzig Meter hohe Replik des Pariser Eiffelturm errichten ließ. Zu der Ranch im Dallas-Stil gehörten ein Schwimmbad, eine Pferdekoppel, in der sich 170 Pferde tummelten, dazu eine Straußenfarm, Kamele und sogar ein Lama.⁴⁰

Wie überall in Ostmitteleuropa sind auch in Rumänien die Grenzen zwischen den neuen Magnaten und den staatlichen Strukturen auf der einen, dem organisierten Verbrechen auf der anderen Seite fließend. In vielen Bereichen der Wirtschaft ist die Eigentumsfrage im Falle der – immer noch – staatlichen Betriebe nicht klar definiert. Der Staat ist offiziell nicht der Arbeitgeber („patron“). Diese Funktion erfüllt der Staatliche Eigentumsfonds (rum. „Fondul Proprietății de Stat“, kurz FPS), der jedoch seinerseits der Regierung unterstellt wurde.⁴¹ Aus dem Zusammenspiel okkulter, zu einem großen Teil aus den früheren Macht- und Wirtschaftseliten hervorgegangenen Kräfte entstand eine Schattenwirtschaft, die dem Staatshaushalt durch Steuerhinterziehung, Zollbetrug, Korruption, Subventionsschwindel, Schmuggel, Geldwäsche usw. große Verluste einbrachte. Sie werden durch die gesetzgeberische Mängel ebenso begünstigt wie durch die Schwäche der mit der Bankenaufsicht und der Kontrolle der Zollbehörden befaßten Institutionen.⁴² 1995 entstanden dem Staatshaushalt infolge der Schattenwirtschaft Mindereinnahmen von 2 Milliarden US-Dollar. Allein die Steuerhinterziehung machte 60 Prozent des Staatshaushalts aus. Über das Ausmaß dieser Parallelwirtschaft gibt es unterschiedliche Angaben. Für das Jahr 1993 hatte das Landesamt für Statistik einen Wert von 9–10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angegeben. Im gleichen Jahr hatte der Direktor des Rumänischen Nachrichtendienstes SRI diesen Anteil bei 38 Prozent

⁴⁰ Adevărul, 16.1.1997.

⁴¹ Șerbănescu, Ilie: Lupii moraliști profită de absența unei strategii de restructurare [Die Wölfe im Schafspelz profitieren vom Fehlen einer Strategie der Umstrukturierung], in: 22 Nr. 34, 26.8.–1.9.1997.

⁴² Die jährlichen Berichte der Polizeibehörden liefern detaillierte Informationen zu den vielfältigen Formen der Wirtschaftskriminalität. Siehe hierzu: Adevărul, 17.1.1997 und 3.3.1997.

des BIP festgemacht.⁴³ Für das Jahr 1997 sprach Präsident Constantinescu von Schattenwirtschaft in Rumänien, entsprechend 35–40 Prozent des Staatshaushalts.⁴⁴ Die Schätzungen hinsichtlich der Zahl der Schwarzarbeiter, die im Bereich der Schattenwirtschaft tätig sind, schwanken zwischen 850 000 im Jahre 1995 und 2 Millionen im Jahre 1998. (1998 lag die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Personen bei 878.785.)⁴⁵

Hinzu kommen diverse Mafiabanden, die wie Sekundärparasiten an den neuen Unternehmen der formale Wirtschaft, vor allem aber der Schattenwirtschaft hängen. Es gibt eine Erdölmafia, die enge Beziehungen zum alten Nachrichtendienst Securitate und zur neuen Führung zur Zeit des Präsidenten Ion Iliescu unterhält. Radu Tinu, einer der prominentesten und reichsten Vertreter der Erdölmafia, ist der ehemalige lokale Securitate-Chef der westrumänischen Stadt Temeswar. Nach der Wende wurde er verhaftet und mußte eine zweijährige Gefängnisstrafe verbüßen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis bereicherte er sich am Erdölschmuggel mit Jugoslawien. Er ist der Leiter einer deutsch-rumänischen Import-Export-Firma.⁴⁶

Die Gewerkschaftsmafia – eine spezifisch rumänische Form des organisierten Verbrechens – erpreßte im Zuge der sogenannten „Mineriaten“ (Aufmärsche der Bergarbeitern in der Hauptstadt) Politiker und brutalisierte die Bevölkerung. Mitglieder von Zigeunermafia-Gruppen treiben Schutzgelder ein oder sind als Geldverleiher tätig.⁴⁷ Stark vertreten ist in Rumänien auch eine arabische Mafia. Hierzu zählen ehemalige Studenten aus arabischen Staaten, die vor der Wende, von Ceauşescus Dritte-Welt-Politik bevorzugt, in großer Zahl in Rumänien studierten.

⁴³ Albu, Lucian: Anatomia economiei subterane V [Die Anatomie der Schattenwirtschaft V], in: *Tribuna Economică* Nr. 13, 28.3.1996, S.63.

⁴⁴ Azi, 21.1.1998.

⁴⁵ Rădulescu, Liana: Munca la negru – o boală ce tinde să devină epidemie [Die Schwarzarbeit – eine Krankheit, die chronisch zu werden beginnt], in: *Românul* Nr. 19, 15.5.1995, und: O lovitură pentru amatorii de muncă la negru [Ein Schlag für die Liebhaber der Schwarzarbeit], in: Azi, 24.6.1998.

⁴⁶ Transition, 17.5.1996.

⁴⁷ Teodorescu, Vlad: Mafia țigănească face legea în piețele Bucureștiului [Die Zigeunermafia bestimmt die Gesetze auf den Bukarester Märkten], in: *Adevărul*, 30.6.1997.

Viele blieben nach der Wende in Rumänien oder kehrten dorthin zurück, um Firmen zu gründen und schnelle Geschäfte zu machen. Der bekannteste von ihnen ist der aus Syrien stammende Zaher Iskandarani, bereits in den 70er Jahren in illegale Geschäfte verwickelt und abgeschoben, baute nach der Wende in mehreren rumänischen Städten zusammen mit arabischen Geschäftsleuten eine mafiaartige Organisation auf, die sich mit Zigaretten-, Kaffee- und KFZ-Schmuggel befaßte.

Der Aufbau des Kapitalismus mit ehemaligen Kommunisten

Vertreter der radikalen antikommunistischen Opposition hatten frühzeitig auf die sich anbahnende Umwandlung der früheren Nomenklatura in die neu entstehende kapitalistische Unternehmerschicht hingewiesen. „Diese auch weiterhin herrschende Klasse,“ so ein Kommentator, „welche über die wirtschaftlichen Hebel verfügt, hat sich ihre eigenen Privilegien geschaffen. (...) In ihrer Eigenschaft als ‘Besitzer von Kapital’ haben die Vertreter der Nomenklatura beim Start in die ‘Marktwirtschaft’ die günstigsten Positionen besetzt. (...) es ist der ‘roten Aristokratie’ gelungen, ihren eigenen Fortbestand zu sichern.“⁴⁸

In der am 19. März 1990 verabschiedeten „Proklamation von Temeswar“ hatten oppositionelle Gruppen nicht nur die politische Abstinenz aller ehemaligen kommunistischen Funktionäre und Angehörigen der Nachrichtendienste gefordert, sondern auch die Erfassung ihres Vermögens. Bei den Parteien des Runden Tisches, des sogenannten *Provisorischen Rates der Nationalen Einheit (CPUN)*, fand diese Forderung kein Gehör. Bei einer Demonstration anlässlich des ersten Jahrestages der Proklamation fand ein Redner drastische Worte:

„Die Justiz hat sich nicht um die Privilegierten der früheren Machthaber gekümmert (...) Viele von ihnen sind heute Besitzer bedeutender privater Investitionsprojekte, morgen werden sie die Wirtschaftsmagnaten Rumäniens sein. Mithilfe der schmutzigen Korruptionsgelder der Ceauşescu-Ära entsteht vor unseren Augen ein Bürgertum mit unsichtbaren Schulterstücken. Die Speichellecker Ceauşescus von gestern sind die

⁴⁸ Roman, Toma: *Criza morală și viitorul României* [Die moralische Krise und die Zukunft Rumäniens], in: *România Literară* Nr. 8, 21.2.1991.

Bojaren von morgen.“⁴⁹ Politische Beobachter sehen darin nicht eine Restauration des Kommunismus, wohl aber der Kommunisten: „Wir bauen den Kapitalismus mit den ehemaligen Kommunisten auf,“ schrieb der liberale Politiker Nicolae Manolescu.⁵⁰

Die neuen Machthaber, so heißt es immer wieder, hätten der Öffentlichkeit anfangs das Märchen von der drohenden Rückkehr des Kommunismus vorgegaukelt, um von der laufenden Kapitalisierung der Nomenklatura abzulenken. Liberalisierung, Entbürokratisierung, Privatisierung – im Windschatten dieser Parolen sei die „Ausplünderung des Staatsvermögens“ zügig vorangetrieben worden. Inzwischen sei dieser Prozeß im wesentlichen abgeschlossen. Seine Kritiker würden mit Hinweisen auf freie Marktwirtschaft, die Verfassung, Demokratie, den Rechtsstaat, Europa, etc. in die Schranken verwiesen.⁵¹ Es sei das Ziel der in Rumänien nach 1989 regierenden Parteien gewesen, sich so lange an der Macht zu halten, bis die Kapitalisierung der Nomenklatura und ihrer Klientel abgeschlossen war. Diese „Kommunisten im Kapitalistenpelz“ bildeten in Rumänien inzwischen eine „wirtschaftliche und politische Oligarchie“.⁵²

Nicht allen Kommentatoren ist hierüber der Humor vergangen. In einem oligarchischen System dieses Typs sei sogar die Demokratie von einem oligarchischen Zuschnitt: „In der Demokratie vom oligarchischen Typus kümmert sich jeder um seine eigenen Angelegenheiten: Die Oligarchen um Handel, Industrie und das Regieren, wir um Streiks, Proteste und Parabeln. Ihnen bleibt das Geld, uns die Einsicht, daß wir den Kapitalismus nicht mehr aufbauen müssen, weil er schon von einer Handvoll beherzter, geschichtsbewußter Leute aufgebaut worden ist.“⁵³

Früh wurde in der rumänischen Presse auf den mafiosen Charakter dieser im Entstehen befindlichen „neuen neuen Klasse“ hingewiesen: „Seit der [kommunistischen Machtübernahme des Jahres] 1948 war nur

⁴⁹ Radio Temeswar, 10.3.1991.

⁵⁰ Interview in: *România Liberă*, 4.10.1994.

⁵¹ Popescu, Cristian Tudor: PCR&CO., Ltd. [RKP und Co., GmbH], in: *Adevărul*, 17.9.1994.

⁵² Antonesei, Liviu: *Comuniştii în blană capitalistă* [Die Kommunisten im Kapitalistenpelz], in: 22 Nr. 40, 5.–11.10.1994.

⁵³ Octavian, Tudor: *Proclamație către popor*, in: *România Liberă*, 6.4.1995.

eine einzige Partei an der Macht. (...) Diese Partei tritt nicht als Partei auf. Es handelt sich um eine Gemeinschaft, eine Mafia, ein Netzwerk, eine verschworene Gesellschaft, ein Netzwerk, das durch gemeinsame Interessen zusammengehalten wird.“⁵⁴ Als besonders besorgniserregend – aus der Sicht der antikommunistischen Opposition, aber auch der Europäischen Institutionen – gilt die Vernetzung der neuen Wirtschaftsmagnaten mit Teilen der Regierung, des Parlaments, der öffentlichen Verwaltung und der Justiz.⁵⁵

Die so entstandene „neue neue Klasse“ war jedoch keineswegs monolithisch. Vielmehr zeigten sich in Rumänien wie auch anderswo in den Transformationsländern bald erhebliche Interessengegensätze zwischen den alten und neuen Wirtschaftseliten. Die einflußreichen „roten Direktoren“ an der Spitze der überdimensionierten, ständig vom Zusammenbruch bedrohten staatlichen Betriebe und die Ministerialbürokratie waren primär an der Beibehaltung des Status quo interessiert. Hingegen wollen die neuen Wirtschaftseliten der früheren Außenhandelsunternehmen, viele Ingenieure und im Betriebsmanagement eingesetzte Juristen, die gute technische und organisatorische Fähigkeiten mitbrachten, die Reformen der Wirtschaft stärker vorantreiben. Die Interessen der alten Bürokratie innerhalb der Regierungspartei vertrat die konservative Fraktion der *Front der Nationalen Rettung* um Ion Iliescu, die technokratische neue Bourgeoisie scharte sich um Premierminister Petre Roman.

Die Spannungen führten zur Spaltung der Partei und zum gewaltsamen Sturz des Premierministers im September 1991. Schon im November 1990 hatte eine oppositionelle Tageszeitung den Sturz der Regierung Roman von der Hand der Direktoren großer Wirtschaftsbetriebe vorausgesagt.⁵⁶ Diese Direktoren avancierten danach zu „Patriarchen“ der *Partei*

⁵⁴ Tănase, Stelian: Cine duce greul [Wer die Last trägt], in: Acum Nr. 13/1991.

⁵⁵ Crețu, Tătălin: Jocul de interese din interiorul NATO și integrarea României [Das Spiel der Interessen in der NATO und die Integration Rumäniens], in: Sfera Politicii Nr. 49/1997, S. 29–30.

⁵⁶ Paniș, Anatolie: Directorii fesenști doboară guvernul Roman [Die Direktoren der Front der Nationalen Rettung stürzen die Regierung Roman], in: România Liberă, 24.11.1990.

der Sozialen Demokratie Rumäniens von Ion Iliescu.⁵⁷ Roman und seine Minister sahen sich denn auch im Rückblick als Opfer der vom alten Regime übernommenen Bürokratenriege. Diese habe nach der Revolution zwar ängstlich reagiert, sei dann aber bald zum passiven Widerstand und schließlich zum offenen Aufruhr übergegangen mit dem Ziel, „die Reform zu blockieren und zu zerstören.“⁵⁸

Bei den Parlamentswahlen vom November 1992 verlor die von der *Front der Nationalen Rettung* abgespaltene, auf Ion Iliescu eingeschworene so genannte *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* die absolute Mehrheit. Angesichts wirtschaftlicher Krisensymptome und eines sinkenden Lebensstandards reagierte die Öffentlichkeit auf die zunehmenden Einkommensunterschiede und den immer offener zur Schau getragenen Luxus der neuen Superreichen mit Ablehnung. Die Presse enthüllte die Privatisierungspraktiken der Regierung, die zu einer eklatanten Benachteiligung der einfachen Bürger zugunsten der Insider aus den Kreisen der alten und neuen Eliten führte.⁵⁹ Die Journalisten bemächtigten sich des Themas der Revolutionsgewinnler wie George Păunescu, die offen zugaben, das nach dem Sturz Ceaușescus entstandene Chaos und die Fehler einer „inkompetenten Regierung“ ausgenutzt zu haben.⁶⁰ In der Öffentlichkeit entstand die Einsicht, daß es sich hier nicht um das Spiel freier Marktkräfte handelte, sondern um Korruption an der Nahtstelle von staatlichem Eigentum und politischem Monopol. Die Skandale häuften sich, die Verflechtung zwischen einflußreichen mafiosen Gruppen und der Regierung trat immer deutlicher zutage. So wurde Landwirtschaftsminister Ioan Oancea, der gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der rumänischen Bauern verfügt hatte, unter dem Druck der einflußreichen Mafia der Getreideimporteure abgesetzt. Einer dieser Importeure, Angelo Miculescu, hatte vor 1989 das Amt des Landwirtschaftsministers ausgeübt. Sein Schwiegersohn, Adrian Năstase, ist

⁵⁷ Tinu, Dumitru: *Legea de fier a nomenclaturii* [Das eiserne Gesetz der Nomenklatura], in: *Adevărul*, 15.9.96.

⁵⁸ Severin, Adrian: *Lacrimile dimineții* [Die morgendlichen Tränen]. Bukarest 1995, S.22.

⁵⁹ Cristoiu, Ion: *Adevărul despre privatizare* [Die Wahrheit über die Privatisierung], in: *Expres Magazin* Nr. 33, 23.8.–30.8.1994.

⁶⁰ Ficeac, Bogdan: *Profitorii* [Die Profiteure], in: *România Liberă*, 18.11.1995.

stellvertretender Vorsitzender der regierenden *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens*.⁶¹

Ion Iliescu und seine Partei waren sich der Gefahr, die ihrer politischen Machtstellung von der herrschenden, korruptionsfeindlichen Stimmung in der Bevölkerung drohte, sehr wohl bewußt. Im Wahljahr 1996 kamen aus ihren Reihen Klagen über die angeblich 10 000 Personen, die seit 1996 aufgrund illegaler Praktiken zu Lei-Millardären geworden seien.⁶² Um nicht selbst als Schuldige dazustehen, wurden Inkompetenz und Korruption dem 1991 abgelösten Ministerpräsident Petre Roman und seinen Ministern zur Last gelegt.

Demgegenüber präsentierte sich Staatspräsident Ion Iliescu als Ehrenmann, der Steuern zahle und seine Einkünfte offenlege. In einem Fernsehinterview bezeugte er Leuten wie George Păunescu gegenüber Respekt, weil sie es verstanden hätten, die Schlupflöcher der Gesetzgebung zu nutzen und „leichte, wenn auch keineswegs illegale“ Gewinne einzufahren.⁶³ Zugleich schob Iliescus *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* ihren ehemaligen Parteigenossen um den früheren Premierminister Petre Roman die Schuld an den während der ersten Jahre gemeinsamer Machtausübung aufgetretenen Korruptionsfälle zu.

Das Ablenkungsmanöver mißlang. Angesichts der Kooptierung zahlreicher Direktoren in die *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* hatten die Wähler vielmehr dieser Partei die Schuld für die ausufernde Korruption im Lande zugewiesen. Daraufhin setzte Iliescus Partei zur Großoffensive auf einem Gebiet – der Korruptionsbekämpfung – an, das die Opposition und insbesondere sein Herausforderer Emil Constantinescu von der *Demokratischen Konvention Rumäniens* in den Mittelpunkt seiner Wahlaussage gestellt hatten. Doch auch Petre Romans *Demokratische Partei* übte Kritik an dem „verfassungsfeindlichen und unpopulären Gesetz, das in Kürze zu einer Aufteilung der Gesellschaft in sehr arme und sehr reiche Menschen führen werde.“⁶⁴

⁶¹ Interview mit Landwirtschaftsminister Ioan Oancea in: *Adevărul*, 6.8.1994 und: Tinu, Dumitru: *Cabinetul doi* [Das Kabinett Nr. 2], in: *Adevărul*, 20.8.1994.

⁶² *Süddeutsche Zeitung*, 6.3.1996.

⁶³ Interview mit dem Fernsehsender Antena 1, abgedruckt in: *Adevărul*, 1.2.1996.

⁶⁴ *Azi*, 10.3.1995.

Die Führung der *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* versprach, dafür zu sorgen, daß Unternehmer, die auch in der Parteiführung vertreten waren, sich zwischen ihrer politischen Funktion und ihrer wirtschaftlichen Position entscheiden müßten.⁶⁵ Die Regierung von Premierminister Nicolae Văcăroiu legte dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der es den höchsten staatlichen Würdenträgern ebenso wie den Vertretern der Leitungsgremien in der noch-staatlichen Wirtschaft zur Auflage machte, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen.⁶⁶ Ein Gesetzentwurf, der den rumänischen Parlamentariern verbot, den Aufsichtsräten von Betrieben und Banken anzugehören, fiel 1995 im Parlament durch. Der Innenminister verlangte von der Polizei Aufklärung über den Stand der Ermittlungen in den zahlreichen großen Korruptionsfällen, die von der Polizei aufgedeckt worden waren, ohne daß die Schuldigen bisher vor Gericht gestellt worden wären.⁶⁷

Die Kampagne konnte die Abwahl der seit 1989 regierenden Machtpartei und ihres Präsidenten Ion Iliescu nicht verhindern. Gelegentlich wurde sogar die Meinung geäußert, daß die „zunehmend gierige und arrogante Wirtschafts- und Finanzoligarchie“ dies auch nicht gewollt habe: „Nachdem der Nationalkommunismus die Umwandlung der staatlichen in private Monopole begünstigt hat, ist er nun seinerseits zu einem Bremsen der Entwicklung dieser privaten Monopole geworden.“⁶⁸ In der Tat waren es nicht zuletzt die privaten elektronischen Medien in den Händen der neuen Magnaten, die entscheidenden Einfluß auf die Wahlentscheidung der Bürger gegen die bisher herrschenden Parteien und Präsident Ion Iliescu ausübten.

Der Kampf gegen die Korruption – ein Kampf um die Macht

Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen vom November 1996 setzten die oppositionellen bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die Korruption ganz oben auf die Tagesordnung. In ihrem Wahlprogramm mit dem

⁶⁵ Corupția – piatra legată de piciorul pedeseriștilor [Die Korruption – der Mühlstein am Bein der PSDR], in: Adevărul, 27.7.1996.

⁶⁶ Mircea Moldovan in: Curierul Românesc Nr. 7/1996.

⁶⁷ Militaru, Nicolae: Lista lui Tărăcilă [Tărăcila Liste], in: Adevărul, 29.6.1996.

⁶⁸ Adrian Severin in einem Interview mit der Zeitung Azi, 4.1.1996.

Titel „Kontrakt mit Rumänien“ hatte die *Rumänische Demokratische Konvention* dem Kampf gegen Korruption einen hohen Stellenwert verliehen. Mit den Geldern, die dem Staatshaushalt aus der Vernichtung der Schattenwirtschaft zufließen sollten, wollte das Oppositionsbündnis seine Wahlversprechen hinsichtlich eines verbesserten Sozialschutzes finanzieren.⁶⁹ Auch Emil Constantinescu, der Präsidentschaftskandidat der Opposition, nahm sich dieses Themas in besonderer Weise an, war die überhandnehmende Korruption Meinungsumfragen zufolge doch die größte Sorge der rumänischen Bürger.⁷⁰

Zwar hatten die oppositionellen Parteien und ihr Kandidat für das Präsidentenamt, Emil Constantinescu, versichert, im Falle ihres Wahlsieges werde es keinen politisch motivierten Elitenwechsel, also keine „Hexenjagd“ geben. Nach ihrem Wahlsieg wurde Constantinescu und insbesondere den Politikern der *Rumänischen Demokratischen Konvention* jedoch bald klar, daß sie den angesagten Kampf gegen die Korruption nicht mit den Vertretern des alten Apparats führen konnten. Vertreter der abgewählten *Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens* reichten beim Europarat Beschwerde gegen die von der neuen Führung eingeleiteten „politischen Säuberungen“ im Bereich der Verwaltung ein. Innenminister Gavril Dejeu von der *Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei* betonte jedoch, „die Demokratie kann nicht mit jenen Leuten aufgebaut werden, die die Diktatur aufgebaut haben; die Marktwirtschaft kann nicht jenen Leuten aufgebaut werden, die die Kommandowirtschaft aufgebaut haben.“⁷¹ „Die Liquidierung dieser Mafia,“ so der Politologe Stelian Tănase, „ist nicht nur eine Sache der Justiz und der Moral, oder der Wirtschaft im engeren Sinne, sondern vor allem der Politik – und somit eine Existenzfrage für den Prozeß der Demokratisierung der rumänischen Gesellschaft“.⁷²

Entsprechend fanden seit Jahresbeginn 1997 in Rumänien umfangreiche Umbesetzungen im Bereich der Polizei, der Justiz, der Staats-

⁶⁹ Adevărul, 23.9.1996.

⁷⁰ Rumänischer Präsidentschaftskandidat will die Korruption bekämpfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.1996.

⁷¹ Interview in: Evenimentul Zilei, 29.1.1997.

⁷² Tănase, Stelian: Amenințările dezamăgirii [Die Gefahren der Enttäuschung], in: Sfera Politicii Nr. 47 / 1997, S.3.

anwaltschaft und der Nachrichtendienste, auf Landesebene wie auf der Ebene der lokalen Behörden statt. Noch im Januar 1997 wurde auch die gesamte Leitung des *Fonds des Staatseigentums*, der Schlüsselbehörde bei der Privatisierung, ausgetauscht, im Juni 1997 folgte der Chefkommissar der Finanzgarde.

Präsident Constantinescu rief einen Nationalen Aktionsrat gegen Korruption und Kriminalität (*Consiliul Național de Acțiune împotriva Corupției și Criminalității*) ins Leben, für dessen Tätigkeit er die persönliche Verantwortung übernahm. Dem Aktionsrat, ein dem Landesrat für Verteidigung untergeordnetes Beratungsorgan, gehören Regierungsvertreter, hohe Finanzbeamte und die Leiter der Nachrichtendienste an. Entsprechende Komitees sollten auf Kreisebene eingerichtet werden. In einem Fernsehinterview betonte Constantinescu, der Kampf gegen die Korruption sei keine politische Maßnahme, sondern ziele auf die Stärkung der staatlichen Institutionen und auf die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit.⁷³

Zeitgleich mit der Ankündigung dieser Kampagne startete der Präsident auch internationale Aktivitäten mit dem Ziel, den Kampf seiner Regierung zur Bekämpfung der Korruption auch international abzusichern. Noch im Januar 1997 brachte Nadia Constantinescu, die Gattin des Staatspräsidenten und selbst Juristin, beim Europarat den Vorschlag für eine Rahmenkonvention zum Thema Korruptionsbekämpfung ein, an deren Ausarbeitung sie aktiv mitwirkte. Im März 1997 unterzeichnete Rumänien Konventionen des Europarats zum Thema Geldwäsche und Konfiszierung krimineller Güter.⁷⁴ Im November 1997 forderte Präsident Constantinescu auf dem Europa-Forum in Berlin zum gemeinsamen Kampf aller europäischen Staaten gegen Kriminalität, Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel sowie Schmuggel auf.⁷⁵ Auf der Europakonferenz der EU in London im März 1998 schlug Präsident Constantinescu die Gründung eines europäischen Zentrums für Kriminalitätsbekämpfung in Bukarest vor.⁷⁶ Die internationale Kampagne der rumänischen Regierung

⁷³ Nachgedruckt in: *România Liberă*, 22.1.1997.

⁷⁴ *Le Figaro*, 19.3.1997.

⁷⁵ *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 11.11.1997.

⁷⁶ *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 14.3.1998.

war erfolgreich. Lob kam nicht nur vom Missionschef der Weltbank in Rumänien, Francois Etori, sondern auch von dem amerikanischen Kongressabgeordneten Tom Lantos, der erklärte, Unternehmer und Bankenvertreter der Vereinigten Staaten würden durch die rumänische Antikorruptionskampagne zu weiteren Investitionen in diesem Lande ermuntert.⁷⁷

Die rumänische Presse begrüßte die Initiative der neuen rumänischen Führung zur Bekämpfung der Korruption, zugleich wurden aber auch Befürchtungen laut, ob der Staatspräsident sich damit auch innerhalb der eigenen Koalition durchsetzen könne.⁷⁸ Diese Befürchtung war nicht ganz unbegründet, schließlich gehörte der Regierungskoalition auch Petre Romans *Demokratische Partei* an, die nicht nur von der oppositionellen *Partei der Sozialen Demokratie* des ehemaligen Staatspräsidenten Ion Iliescu, sondern auch von einigen Vertretern der *Rumänischen Demokratischen Konvention* als die hauptsächlich Verantwortlichen für die Privatisierung der Nomenklatura nach 1989 betrachtet wurde.

Seit seiner Gründung konnte der Aktionsrat bei der Erforschung und Erfassung der organisierten Verbrechen und der Kriminalität beachtliche Leistungen vorweisen, allen voran ein umfangreiches Weißbuch, das der Öffentlichkeit im Juli 1998 vorgestellt und in der Presse ausführlich kommentiert wurde. Darin wurden auch Vorschläge zur besseren Verbrechensbekämpfung in Zusammenarbeit mit westlichen Staaten und dem Europarat unterbreitet.⁷⁹ In der Praxis gestaltete sich die Bekämpfung der Korruption jedoch schwieriger als offenbar erhofft. Trotz der zahlreichen personellen Umbesetzungen setzte sich der passive Widerstand innerhalb des Apparats gegen diese Maßnahmen fort. In den ersten Wochen nach dem Amtsantritt der neuen Regierung wurden zwar einige der „prominentesten“ Wirtschaftskriminellen, sofern sie sich nicht durch Flucht ihrer Verhaftung entziehen konnten, in Untersuchungshaft genommen. Bis August 1997 waren die meisten von ihnen – mit Ausnahme

⁷⁷ Financial Times, 6.4.1997 und Mediafax, 320.1.1997.

⁷⁸ Tinu, Dumitru: În bârlogul lupilor [In der Höhle der Wölfe], in: Adevărul, 10.1.1997.

⁷⁹ Azi, 21., 22., 24.7.1998.

einiger „kleinen Fische“ – wieder auf freiem Fuß.⁸⁰ Ein Jahr später ging Staatspräsident Constantinescu in einer Rede selbst auf diese Negativbilanz der rumänischen Justizbehörden ein. Er nannte es „unglaublich“, daß 1997 nur sieben große Korruptionsfälle vor Gericht behandelt worden seien. Es habe nur 314 Verurteilungen für Schmiergeldannahme und 113 für Amtsmißbrauch in eher marginalen Fällen gegeben.⁸¹

Auch in der Koalition kam es deswegen zu Spannungen. Zwar hatte die *Demokratische Partei* ihre Unterstützung für die Antikorruptionskampagne zugesagt. Petre Roman behauptete sogar, den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität selbst initiiert zu haben.⁸² Es war offensichtlich, daß man in der Koalition bereit war, Rücksicht auf Romans Partei zu nehmen, der Korruptionsvorwürfe aus der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 1990 – und 1991 nachhingen. Die Untersuchungen im Falle des Führers der Bergarbeitergewerkschaft, Miron Cosma, der unmittelbar nach dem Amtsantritt der neuen Führung verhaftet wurde, konzentrierten sich ausschließlich auf seine Rolle beim Sturz der Regierung Roman im September 1991, ließ jedoch die blutigen Ausschreitungen vom Juni 1990 außer acht, für die auch Petre Roman in der Öffentlichkeit als mitverantwortlich gilt. Präsident Constantinescu nahm die *Demokratische Partei* Petre Romans ausdrücklich vor Kritik in Schutz.⁸³ Hingegen ging das Kontrolldepartement der Regierung, an dessen Spitze ein Repräsentant der *Bürgerallianz*, Valerian Stan, stand, bald in die Offensive und setzte das Thema der nach 1989 von der „neuen neuen Klasse“ besetzten Villen aus dem Fundus der Villen des Staats- und Parteiprotokolls vor der Wende, als deren Nutznießer besonders viele Vertreter der *Demokratischen Partei* galten, auf die Tagesordnung. Diese

⁸⁰ Militaru, Nicolae: Când se va ocupa Guvernul și de falimentele în lanț din Justiția română [Wann wird sich die Regierung auch mit der Pleitenserie in der rumänischen Justiz befassen?], in: *Adevărul*, 16.8.1997.

⁸¹ *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 3.3.1998.

⁸² Drăgotescu, Corina: PD își asumă paternitatea cruciadei anti-corupție a lui Emil Constantinescu [Die Demokratische Partei beansprucht die Vaterschaft des Kreuzzugs Emil Constantinescus gegen die Korruption], in: *Adevărul*, 10.1.1997, und Petre Roman in: *Adevărul*, 17.2.1997.

⁸³ Rede auf dem Bilanztreffen des Innenministeriums, in: *Azi*, 21.1.1998.

Aktion löste die erste schwere Koalitionskrise aus. Die Proteste der *Demokratischen Partei* führten zur Entlassung Valerian Stans.⁸⁴

Führende Vertreter der *Demokratischen Partei* brachten dessenungeachtet ihren Widerstand gegen den von Staatspräsident Constantinescu, Premierminister Victor Ciorbea und einigen Minister der *Bauernpartei* eingeleiteten Kampf gegen die Korruption immer unverhohlener zum Ausdruck. In einem Interview mit der Tageszeitung *Evenimentul Zilei*, das zu seiner Entlassung als Transportminister führte, übte Traian Băsescu unverhohlenen Kritik an dem Präsidenten, dem im Kampf gegen die Korruption „die Pferde durchgegangen“ seien.⁸⁵ Und Bogdan Niculescu-Duvăz, Vizepräsident der *Demokratischen Partei*, rügte jüngst die Vereinnahmung der Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen durch die *Rumänische Demokratische Konvention* beziehungsweise durch die *Bauernpartei*.⁸⁶

Die Presse setzte sich nach dem Amtsantritt der neuen Regierung bald sehr kritisch mit jenen Parteien und Politikern auseinander, für deren Wahlsieg sie vor 1996 gekämpft hatte. Unter Iliescu, so hieß es, sei von Korruption die Rede gewesen, ohne korrupte Personen konkret zu benennen. Unter Constantinescu gebe es zwar korrupte Personen, doch behaupte man, die Korruption gestoppt zu haben.⁸⁷ Der neuen Führung wird vorgeworfen, die Strukturen von Wirtschaft und Verwaltung nur deswegen von Vertretern der Vorgängerregierung zu säubern, um ihre eigenen Leute in lukrative Stellungen zu hieven.⁸⁸ Präsident Constantinescu wurde vorgeworfen, die wichtigsten Schlüsselpositionen im Staat

⁸⁴ Annemarie Weber: Hat die Politik den Rechtsstaat besiegt? In: Hermannstädter Zeitung, 5.9.1997.

⁸⁵ Evenimentul Zilei, 29.12.1997.

⁸⁶ „Tendința de cederizare sau, mai bine zis, de pențecederizare a structurilor administrative și economice“. Siehe hierzu: Munteanu, Andreea: PD acuză pențecederizarea structurilor economice [Die Demokratische Partei rügt die Vereinnahmung der Wirtschaftsstrukturen durch die Bauernpartei], in: Azi, 7.8.1998.

⁸⁷ Ciobanu, Rodica: Statul de drept în epoca de piatră [Der Rechtsstaat im Steinzeitalter], in: Adevărul, 1.5.1998.

⁸⁸ Kessler, Malte: Schnitzer, die man sich nicht leisten dürfte, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 9.4.1997, und: Popescu, Cristian Tudor: Talibanii – cutremurați de scârbă [Die Taliban – von Ekel geschüttelt], in: Adevărul, 6.7.1998.

mit Leuten seines eigenen Apparats zu besetzen.⁸⁹ Aus der Presse kamen auch Hinweise auf Fehlbesetzungen seitens der neuen Führung sowie auf Korruptionsfälle, die auch in jenen Parteien der Regierungskoalition auftraten, die mit einem hohen moralischen Anspruch angetreten waren.

Inzwischen ist in Rumänien ein offener Machtkampf zwischen den aus der alten Nomenklatura hervorgegangenen oligarchischen Strukturen und der neuen Führung entbrannt. In einer aufsehenerregenden Pressekonferenz vom September 1997 gestand Präsident Constantinescu: „Im November 1996 haben wir die Wahlen gewonnen, nicht aber die Macht errungen. Denn ein großer Teil der Wirtschaftsmacht gehörte und gehört immer noch weitgehend gewissen mafiosen Interessenstrukturen, die keinerlei Bezug zum nationalen Interesse haben.“⁹⁰ Noch deutlicher wurde der Präsident in einer öffentlichen Erklärung, die er aus Anlaß der akuten Krise abgab, die zwei Monate später zum Rücktritt von Premierminister Victor Ciorbea führen sollte:

„Tatsache ist, daß es in Rumänien Interessengruppen gibt, die eigentlich keine Reformen wollen oder die Reformen nur zu ihren eigenen Gunsten wollen. Es gibt Kreise, die von dem Kampf gegen Korruption, Schattenwirtschaft und gegen mafiose Strukturen in Alarmbereitschaft versetzt wurden. Es gibt Kreise, die den Interessen der internationalen Zusammenarbeit Rumäniens feindlich gegenüberstehen.“⁹¹

Der Präsident äußerte seine Besorgnis angesichts der zunehmenden Bereitschaft dieser Interessengruppen, mittelbar oder unmittelbar Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen.⁹² Er sollte bald selbst im Fadenkreuz dieser Gewalt stehen. Ende April flog eine brisante Schmuggelaffäre auf dem Flughafen Otopeni auf, die nach Meinung von Constantinescus Beraterin Zoe Petre das Ziel hatte, den Präsidenten per-

⁸⁹ Mitroi, Răzvan / Ioniță, Ion M.: Unde au fost și unde au ajuns oamenii președintelui [Wo die Leute des Präsidenten waren und wo sie hingelangt sind], in: *Adevărul*, 17.7.1998.

⁹⁰ Palade, Rodica: Am câștigat alegerile, dar nu am cucerit puterea [Wir haben die Wahlen gewonnen, nicht aber die Macht], in: 22 Nr. 39, 30.9.–6.10.1997. Siehe auch: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.9.1997.

⁹¹ 22 Nr. 3, 20.–26.1.1998.

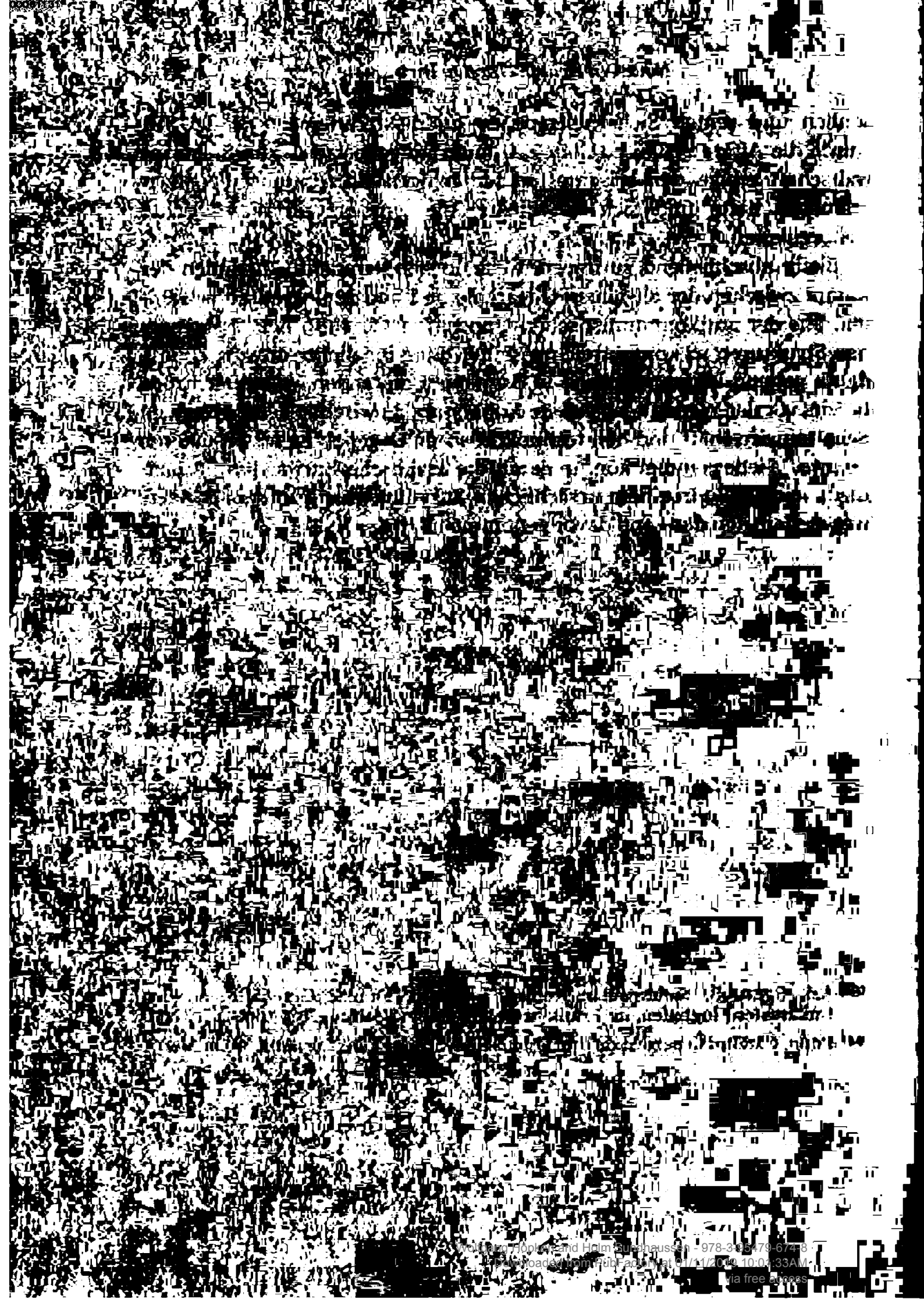
⁹² Castall, Luminița: Structurile mafioate reacționează cu violență [Die mafiosen Strukturen reagieren gewaltsam], in: *România Liberă*, 5.2.1998.

sönlich und seinen Sicherheitsapparat zu diskreditieren.⁹³ In der Tat wurde die Affäre genau zu dem Zeitpunkt aufgedeckt, als die Staatsanwaltschaft einige der brisantesten anhängigen Korruptionfälle abgeschlossen hatte und sich anschickte, die Dossiers an die Gerichte weiterzuleiten.⁹⁴

Bleibt abschließend zu fragen, weshalb sich gerade in Rumänien der Kampf zwischen der alt-neuen Oligarchie und den demokratisch gewählten, aus der antikommunistischen Opposition vor 1989 hervorgegangenen Strukturen so konfliktreich gestaltet. Eine mögliche Antwort könnte dahin gehend lauten, daß sich in Rumänien die anderswo in Osteuropa bereits vor der Wende verhandelte Kohabitation zwischen der halblegalen Schattenwirtschaft und den technokratischen Gegeneliten erst etablieren konnte. Wieder einmal könnte damit die azyklische Entwicklung Rumäniens nach 1989 in einem ursächlichen Zusammenhang zu dem Sonderweg stehen, den das Land davor genommen hatte.

⁹³ Azi, 6.5.1998. Siehe auch: Kohler, Berthold: *Dunkle Geschäfte auf dem Bukarester Flughafen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.5.1998.

⁹⁴ Popa, Cătălin: *O perdea de fum [Ein Nebelvorhang]*, in: *Curentul*, 30.4.1998.



Eliten im postsozialistischen Ungarn¹

Csilla Machos

1. Einleitung

Wie in öffentlichen Diskursen oft der Fall, kursierten in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus auch in Ungarn häufig diametral entgegengesetzte Meinungen über das Ausmaß des Elitenaustausches im Transformationsprozeß. Einerseits klagten viele ehemalige systemoppositionelle Politiker und ihnen nahe stehende Intellektuelle über den vollzogenen „Systemwechsel ohne Elitenwechsel“. Das Ausbleiben des radikalen Wechsels in der personellen Zusammensetzung von Verwaltungs-, Wirtschafts-, aber auch eines großen Teiles von politischen Eliten als organische, „spontane“ Folge des Transformationsprozesses führte zu Frustrationen bei vielen ehemaligen, liberal gesinnten Oppositionellen. Sie gerieten oft in Konflikt mit sich selbst, weil der von ihnen ersehnte postkommunistische Zustand (die Entfernung der alten Kader aus den gesellschaftlichen Schlüsselpositionen) entsprechend ihrer Prinzipien, unter voller Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, nicht zu erreichen schien. Letzteres interessierte einige sich rechts profilierende Politiker weniger, die von der ersten frei gewählten, nicht-kommunistischen Antall-Regierung nach dem Systemwechsel härtere Maßnahmen beispielsweise gegen die „Konvertierung der politischen Macht in ökonomische durch die ehemalige Nomenklatura“ forderten.

Andererseits griffen viele linke, aber auch einige rechte Kritiker die neue Regierung aus ganz unterschiedlichen Gründen, doch immerhin mit der gemeinsamen Parole „Elitenwechsel ohne Systemwechsel“ an und forderten dabei konsequentere sozio-ökonomische Maßnahmen in die

¹ Es sei dankbar vermerkt, daß diese Studie mit der Unterstützung der Alexander von Humboldt-Stiftung zustande gekommen ist.

eine oder andere Richtung. Die linken Diskussionsteilnehmer hielten oft sogar das Ausmaß des stattgefundenen Elitenaustausches zu hoch, und bewerteten es mit dem Argument, daß dadurch das fachliche Niveau sinke, als äußerst kontraproduktiv. Man redete in diesem Zusammenhang in postkommunistischen Kreisen von einem „unterbrochenen Systemwechsel“. Man nahm dabei an, daß die Europäisierungs- und Kapitalisierungstendenzen, die die letzte sozialistische Regierung noch vor dem politischen Systemwechsel in Gang setzte, durch die christlich-konservative Antall-Regierung verlangsamt und in einigen Bereichen sogar angehalten worden wären.

Inzwischen sind, obwohl die Gefechte der politischen Akteure in diesen Fragen noch immer andauern, die sozialwissenschaftlichen Bewertungen allerdings etwas ausgewogener, differenzierter geworden. Anhand von Ergebnissen der soziologisch und politologisch orientierten Elitenforschung wird in diesem Beitrag folgenden Fragen nachgegangen:

1. Inwieweit konnte sich die staatssozialistische Nomenklatura Ungarns während der Systemtransformation reproduzieren bzw. in welchem Ausmaß und durch welche Mechanismen kam es zur personellen Erneuerung der Elite?
2. Welches waren die Besonderheiten des Wandels der politischen Elite? Welche neuen Selektionsmechanismen der Elitenauslese etablierten sich in diesem Bereich und durch welche Politikertypen wird er dominiert?

Abschließend folgen einige Bemerkungen zur Frage des Standes der Konsolidierung der neuen politischen Elite und der Vertrauenskrise der Bevölkerung ihr gegenüber.

2. Reproduktion oder/und Zirkulation der Elite?

Die charakteristischen Sichtweisen der politischen Diskussionen spiegeln sich auch in den Sozialwissenschaften wider. Während das Denkmuster „Systemwechsel ohne Elitenwechsel“ sein sozialwissenschaftliches Äquivalent in der These der einfachen Elitenreproduktion während des Transformationsprozesses findet, reflektiert die These der Elitenzirkulation die Erwartung eines vollzogenen deutlichen Elitenwechsels bzw. einer relevanten Veränderung der Elitenstruktur im Laufe der Transition.

Die „klassische“ Reproduktionsthese wurde das erste Mal Ende der 80er Jahre durch Elemér Hankiss unter dem Eindruck der spontanen Privatisierung formuliert. Sie beinhaltet, daß in dem Transformationsprozeß durch aktives Mitwirken der einstigen Nomenklatura ein „politischer Kapitalismus“ entsteht, indem das ehemalige politische Establishment sein politisches Amt dafür nutzt, sich Privateigentum anzueignen. So gehe das Großbürgertum aus der einstigen Nomenklatura hervor bzw. bilde mit anderen Teilen der entstehenden Kapitalistenklasse eine „große Koalition“. Hankiss nahm dabei stillschweigend an, daß die entscheidende Kapitalform in dieser Periode das soziale Kapital darstellt. (Hankiss 1989 a,b)

Im Laufe der darauffolgenden Untersuchungen rückte bei der Erforschung der Reproduktionsbedingungen die Frage in den Vordergrund, wie mitgebrachte „alte“ in neue Aufstiegsüter transferiert werden bzw. wie die wichtigsten Kapitalformen (ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital (Bourdieu 1983)) so ineinander zu konvertieren sind, daß ihr Besitz für die gegebenen Personen auch im neuen System eine Eliteposition garantiert.² Dabei brach man nach und nach auch mit der These der absoluten Priorität des sozialen Kapitals.

Es verstärkten sich intensive Überlegungen zu der in der Tradition von Pareto stehenden Zirkulationsthese, nachdem es infolge der Systemwechsel-Wahlen in vielen osteuropäischen Ländern zu relevanten Verän-

² Iván Szelényi und Szonja Szelényi schlugen in einer früheren Publikation vor, den Begriff „soziales Kapital“ bezüglich des Staatssozialismus durch den Terminus „politische Güter“ zu ersetzen. (Szelényi/Szelényi 1991, S.9) Die „politischen Güter“ konstruierten in dieser Zeit wegen der absoluten Priorität der Politik im Sozialsystem in der Tat im wesentlichen die Elitenstruktur. Trotzdem erscheint es uns sinnvoller, diese Kapitalform als Teil eines breiteren sozialen Beziehungsgeflechtes (des sozialen Kapitals) sowohl bezüglich des Staatssozialismus als auch anderer moderner Gesellschaften aufzufassen. Es gab nämlich auch schon in der Zeit des Realsozialismus eine Reihe von wichtigen sozialen Kontakten, die nicht primär politisch determiniert waren und eine relevante Rolle bei der Reproduktion des Elitestatus spielten. Inzwischen benutzen auch Szelényis wie viele andere Sozialwissenschaftler sowohl bezüglich der post- als auch der staatssozialistischen Verhältnisse neben dem Begriff „soziales Kapital“ oft auch den Terminus „politisches Kapital“. Das werden wir auch tun, wobei wir den ersteren Begriff dann verwenden werden, wenn wir dabei das allgemeine soziale Beziehungssystem des gegebenen Individuums meinen und den zweiten dann, wenn wir seine primär politisch determinierten Kontakte betonen wollen.

derungen in der personellen Zusammensetzung der Parlamente kam und dies auch zum weiteren Elitenwandel in anderen Segmenten der Elite führte. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, inwieweit diese Prozesse in der politischen Elite andere (Verwaltungs-, Wirtschafts- und kulturelle) Eliten betreffen, welche Selektionsmechanismen dabei eine Rolle spielen und wie dauerhaft sie sind.

Inzwischen zeigen die Befunde vieler Untersuchungen, daß weder die Reproduktions- noch die Zirkulationsthese auf die alleinige Erklärung des vollzogenen Elitenwandels prästendieren kann. So auch die Ergebnisse des u.a. durch Iván Szelényi geleiteten, unserer Kenntnis nach bisher größten länderübergreifenden soziologischen Forschungsprojektes zum Thema „Soziale Schichtung in Osteuropa nach 1989“ (im weiteren: „Szelényi-Projekt“), auf die wir in der folgenden Analyse in erster Linie zurückgreifen können. In dieser, im Herbst 1993 beendeten vergleichenden Untersuchung analysierten europäische und amerikanische Soziologen die sozialen Umstrukturierungsprozesse in Rußland und in fünf ost- bzw. mitteleuropäischen Ländern (Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen und Slowakei). Die Ergebnisse des Forschungsprojektes zu drei der untersuchten Länder (Polen, Rußland und Ungarn) wurden in der Sondernummer von „Theory and Society“ vom Oktober 1995 veröffentlicht.³ Der Zeitraum der Untersuchung (1988–1993) engt die Verallgemeinbarkeit der Ergebnisse naturgemäß ein. Deshalb werden die Befunde dieser Untersuchung an einigen Stellen durch Ergebnisse anderer, aktuellerer Studien ergänzt.

Die allgemeine Logik des Elitenwandels scheint am ehesten dem Prozeß zu entsprechen, den die ungarische Soziologin, Erzsébet Szalai, in der Diskussion um die These der „großen Koalition“ von Elemér Hankiss prognostizierte. (Szalai 1989) Sie wandte sich gegen diese Auffassung, weil sie – nach ihrer Meinung – die Nomenklatura als einheitliches Subjekt auffasse. Sie ging hingegen davon aus, daß die spätsozialistische Elite sehr differenziert gewesen sei. Sie unterschied dabei zwei wesentliche Gruppierungen innerhalb der Machtelite: die „bürokratische Fraktion“ (ältere, weniger qualifizierte „systemtreue Kommunisten“) und die „neue

³ Siehe: Böröcz/Róna-Tas 1995; Eyal/Townsley 1995; Fodor/Wnuk-Lipinski/Yershova 1995; Szelényi/Szelényi 1995; Szelényi/Szelényi/Kovács 1995.

Technokratie“ (jüngere, gebildete Personen, die ihren Glauben an den Sozialismus – „wenn sie überhaupt je einen hatten“ – verloren und unter Umständen zur radikalen Umgestaltung des Institutionensystems bereit waren). Die Angehörigen dieser „Fraktionen“ besäßen unterschiedliche Fähigkeiten und Ressourcen, ihr Schicksal im und nach dem Umbruchsprozeß zu ihren Gunsten mit Erfolg zu gestalten: Die Vertreter der „bürokratischen Fraktion“ seien in einem stärkeren Maße zum Verlust ihrer Positionen prädestiniert als die „neuen Technokraten“, denen es öfter gelänge, ihren Status zu behalten oder sogar ihre Lage zu verbessern.

Diejenigen Angehörigen der 88er Nomenklatura, die ihren Elitestatus in Ungarn auch im Jahre 1993 behalten konnten (das waren 29,2% der 88er ökonomischen, 21,9% der politischen und 9% der kulturellen Elite), waren – nach den Befunden des Szelényi-Projektes – überwiegend Personen, die neben ihrem sozialen Kapital *auch* über kulturelles Kapital verfügten und zur technokratischen Fraktion der alten Führung zählten. (Szelényi/Szelényi 1995, S.623, 627–629) Nach den Ergebnissen einer von Tamás Kolosi und Matild Sági durchgeführten Analyse konnte man ca. ein Viertel der von ihnen untersuchten sog. „redistributiven Elite“⁴ aus der Zeit vor dem Systemwechsel im Jahr 1995 in einem solchem Status wiederfinden. Für den Statuserhalt reichte aber das „positionelle“ Kapital der betreffenden Personen nicht aus. Wenn diese Ressource jedoch mit kulturellem Kapital verbunden war, war die alte Elite in ihre einstigen Positionen gewissermaßen „einbetoniert“. (Kolosi/Sági 1996, S.169–170)

Eine besondere Gruppe, deren Vertreter es im neuen System (besonders in der Privatwirtschaft) oft „geschafft“ haben, bilden die

⁴ Unter „redistributiver Sphäre“ verstehen die Autoren – im Einklang mit den soziologischen Arbeiten von Kolosi in den 80er Jahren – die Sphäre der gesellschaftlichen Produktion, die nicht dem Marktprinzip unterliegt und die im Staatssozialismus praktisch dem breit interpretierten „staatlichen Umverteilungssektor“ gleichzusetzen war. Die Verwendung der Begriffe „redistributive Elite“ und „Marktelite“ im entsprechenden Sinne behielt in bestimmter Hinsicht auch heute noch ihren heuristischen Wert. Viele staatliche Betriebe fordern z.B. von ihren Managern auch heute noch andere Fähigkeiten bzw. Einstellungen als die Privatwirtschaft. Deshalb kommt es nicht selten vor – wie die Untersuchungen der Autoren zeigen –, daß einige ehemalige Leiter der redistributiven Sphäre, die sich in der Privatwirtschaft versuchen, aber sich dort nicht etablieren können, nach einiger Zeit wieder in die „Redistribution“ zurückkehren.

Funktionäre des ehemaligen kommunistischen Jugendverbandes (Kommunista Ifjúsági Szövetség), die teilweise zur alten politischen, aber oft „nur“ zur damaligen Sub-Elite zählten.

Ein anderer Teil der alten Nomenklatura war allerdings in der neuen Situation nicht in der Lage, seine Elitepositionen zu behalten und ist in dieser Hinsicht durch eine „Abwärts-Mobilität“ zu charakterisieren. Das betraf nicht nur die kompromittierte politische Spitzenelite. Immerhin gehörten dazu 1993 in Ungarn ca. 80% der alten Nomenklatura. (Szelényi/Szelényi 1995, S. 623) Das waren in erster Linie diejenigen Personen, die überwiegend über soziales Kapital verfügten.

Auch die 1995er ungarische Eliten-Studie von Kolosi und Sági lieferte Argumente gegen die einstmals vorherrschende Hypothese der „Großen Koalition“. Die Autoren bemerken in diesem Zusammenhang sarkastisch: Es könne zwar sein, daß die Betreffenden dachten, daß sie ihre politischen Beziehungen in ökonomisches Kapital „konvertieren“ könnten, aber es ist wenigen gelungen. (Kolosi/Sági 1996, S.170) (In einem Interview schätzte Kolosi die Rolle der politischen „Machtkonvertierung“ bei der Etablierung einer wirtschaftlichen Eliteposition ungefähr so groß ein wie die der Auslandsbeziehungen, über die die aus der Emigration zurückgekehrten Alt- bzw. Neukapitalisten am stärksten verfügten. (Kolosi 1997, S.52))

Nach Angaben von Kolosi und Sági versuchte ca. ein Viertel der alten redistributiven Elite, Marktaktivitäten zu entfalten, aber nur etwa die Hälfte davon war verhältnismäßig dauerhaft. Ein großer Teil derjenigen, die durch „Selbstprivatisierung“ der staatlichen Betriebe auch in der Privatwirtschaft ihren Status hielten, konnte nur kurze Zeit in dieser Position bleiben. Um dem Statusverlust in den gegebenen Unternehmen zu entgehen, gingen diese Personen oft in andere Leitungspositionen in die redistributive Sphäre zurück oder gründeten gelegentlich kleinere privatwirtschaftliche Unternehmen. (Kolosi/Sági 1996, S.169–173)

Diese Personen erlebten also überwiegend keinen großen sozialen Abstieg. Unter denen, die sich im Jahre 1993 in Nicht-Elite-Positionen befanden, waren in Ungarn nur 15,7% in solchen Stellen beschäftigt, wo sie über keine untergeordneten Mitarbeiter verfügten. Ein bedeutender Teil von ihnen ging außerdem mit Hilfe der sich schon im Staatssozialismus bewährten, alten „Fluchttechnik“ in die Rente. In Ungarn waren es im Jahre 1993 32,8% der im Szelényi-Projekt untersuchten '88er Ge-

samtnomenklatura. (Szelényi/Szelényi 1995, S. 622–623) Viele von ihnen wurden vorzeitig pensioniert. Von den durch Kolosi und Sági in Ungarn 1995 untersuchten ehemaligen Angehörigen der Nomenklatura gingen sogar 18% unter 55 Jahren in Rente. (Kolosi/Sági 1996, S. 171)

Im Zusammenhang mit der Frage der „Abwärts-Mobilität“ einiger im Staatssozialismus gut positionierter Personen lenkten Kolosi und Sági die Aufmerksamkeit auf ein weiteres, sehr lehrreiches Phänomen. Viele Vertreter der spätsozialistischen „Marktelite“ konnten ihren Elitestatus unter den neuen Verhältnissen nicht reproduzieren. Mehr als die Hälfte der von ihnen untersuchten Personen verlor nach dem Systemwechsel ihren Elitestatus. Dieses Phänomen kann damit erklärt werden, daß im Staatssozialismus die Teilnahme am Marktgeschehen (was im wesentlichen die sog. „zweite Wirtschaft“ bzw. ihre durch die Parteiführung nach beliebigen Kriterien legalisierten Segmente bedeutete) eng mit der Logik der Redistribution verbunden war und andere Kenntnisse und Fähigkeiten erforderte, als die nach dem Systemwechsel institutionalisierte Marktwirtschaft. (Kolosi/Sági 1996, S.154–155, 167) Ähnlich wie die Angehörigen der „bürokratischen Fraktion“ der Nomenklatura durch ihr soziales Kapital allein nicht „gerettet“ werden konnten, konnte den „Helden“ der „zweiten Wirtschaft“ durch ihr in den letzten Jahren des Spätsozialismus eventuell erworbenes ökonomisches Kapital nicht in Elitepositionen „hinübergeholfen“ werden, wenn sie nicht über für die Orientierung unter den neuen Verhältnissen aktualisierbares kulturelles Kapital (Kenntnisse, Hintergrundwissen und Wertesystem) verfügten.

Nach der Untersuchung der Stellung der Vertreter der alten Elite im neuen System ergibt sich die Frage, woher diejenigen Angehörigen der neuen Elite kamen, die vorher nicht zur Nomenklatura gehörten. Das waren in Ungarn – nach den Ergebnissen des Szelényi-Projektes – immerhin 68,3% der '93er Gesamtelite. 47,5% von ihnen gehörten 1988 zur Gruppe der „mittleren Leiter“. Ihr Anteil übersteigt deutlich den Anteil sowohl der alten Nomenklatura (32,7%) als auch der „newcomers“ (19,8%). (Szelényi/Szelényi 1995, S. 623)⁵ Seltener war – wie erwartet –

⁵ Einige Unterschiede zwischen den Angaben über den Elitenstatus der Angehörigen der 1988er Nomenklatura im Jahr 1993 und den sozialen Status der 1993er Elite im Jahr 1988 erklären sich damit, daß die 1993er Elite in absoluter Zahl größer ist als es die 88er Nomenklatura war. In dem neuen

der Aufstieg der mittleren Leiter innerhalb der politischen Elite. Er charakterisierte allerdings stark die Wirtschaftseliten (54,7% dieser Elite kamen 1993 aus den Reihen der 1988 noch „mittleren Leiter“) und war auch in der kulturellen Elite bedeutend (47,4%). (Szelényi/Szelényi 1995, S. 628–629)

In der Sphäre der Wirtschaft war diese Tendenz nicht nur in den „redistributiven“, staatlichen Betrieben so deutlich, sondern auch im Privatsektor, wo viele aus den „second ranks of enterprise management“ während des Privatisierungsprozesses oder kurz danach in Schlüsselpositionen gelangten. (Kolosi/Sági 1996, S.172) (Böröcz/Róna-Tas 1995, S. 777) Wegen dieses relevant hohen Anteils der ehemaligen mittleren Leiter in der neuen Elite wurde der ungarische Transformationsprozeß durch Tamás Kolosi treffend als „Revolution der stellvertretenden Abteilungsleiter“ bezeichnet. In der Situation, als eine Reihe von zuvor exponierten Leitern ihre Positionen verlor, entstand ein Machtvakuum, was durch die Angehörigen der bisherigen Sub-Elite, die meistens jünger und gebildeter waren als ihre bisherigen Vorgesetzten (Lengyel 1992, S.205), oft mit Erfolg genutzt worden ist. Dieser Prozeß bedeutete also auch einen deutlichen und „beschleunigten Generationswechsel“. (Kolosi/Sági 1996, S.153) Dabei deuten einige Zeichen darauf hin, daß sich die Intergenerationsmobilität der neuen Elite verlangsamt. So stellte z.B. György Lengyel fest, daß 1990 ca. die Hälfte der ökonomischen Elite von einem Vater mit Beruf eines Arbeiters und 68% von einer Mutter mit Grundschulbildung abstammte, während ihr Anteil innerhalb der 93er Elite 35 bzw. 37% betrug. (Lengyel 1995, S.316)

Die Elitenzirkulation war in Ungarn im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern relativ hoch. Dabei war nicht nur beispielsweise für Rußland eine deutlich höhere Elitenreproduktion charakteristisch, sondern überraschenderweise auch für Polen. Im ersteren konnten 81,8% der 88er ökonomischen, 67,7% der politischen und 49,4% der kulturellen Elite bis 1993 ihren Elitestatus behalten, während im zweiten das auf 56,6% der 88er ökonomischen, 27,5% der politischen und 43,9% der kulturellen Elite zutraf. (Szelényi/Szelényi 1995, S. 623, 627–629; Fodor/Wnuk-Lipinski/Yershova 1995, S.799) Eine höhere Elitenzirkula-

gesellschaftlichen System sind – besonders in der (Privat)Wirtschaft – mehr Elitepositionen als vorher entstanden. (Szelényi/Szelényi 1995, S.625)

tion in Ungarn kann man im Vergleich zu einigen anderen ehemaligen staatssozialistischen Ländern wie auch zu Rußland mit dem Argument begründen, daß sich in Ungarn wegen seines Vorsprungs in der Entwicklung der Marktwirtschaft zum Zeitpunkt der Untersuchung die marktwirtschaftlichen Kriterien der Elitenselektion schon stärker auswirkten. Außerdem war in der Sowjetunion nur eine sehr schwache antistaatssozialistische Opposition vorhanden, was die hohe Elitenreproduktion in Rußland auch begünstigte. Hingegen war der Stand von ökonomischen Reformen in Polen als einstigem Reformland des Staatssozialismus dem ungarischen sehr ähnlich. Außerdem stand in Polen während des politischen Transitionsprozesses eine viel stärkere Opposition der Staatspartei gegenüber. Deshalb konnte man vermuten, daß die Mitglieder der ehemaligen Nomenklatura in einem stärkeren Maße von ihren Posten verdrängt worden wären als das in Ungarn der Fall war.⁶

Die erste polnische nicht-kommunistische Regierung unter Mazowiecki war aber ausgehend von ihren liberalen Wertpräferenzen weniger bereit, alte Kader aus der ökonomischen und kulturellen Elite mit administrativen Maßnahmen zu entfernen, wie das in Ungarn unter der christlich-konservativen Regierung von József Antall der Fall war. (Szelényi/Szelényi/Kováč 1995, S.715) Das Ausmaß der Elitenreproduktion bzw. -zirkulation kann also nicht nur durch die staatssozialistische Vergangenheit dieser Länder, sondern nur unter Einbeziehung der konkreten Besonderheiten der Politik nach dem Systemwechsel erklärt werden.

⁶ Die relativ starke Elitenzirkulation in Ungarn war auch deswegen überraschend, weil Sozialwissenschaftler bezüglich dieses Landes oft davon berichteten, daß sich dort schon in den 80er Jahren in der staatlichen Administration und innerhalb der Leitung der Wirtschaft ein radikaler Elitenwandel vollzog. Während in den 70er Jahren nur 9,3% der Regierungs- und ökonomischen Elite ausgewechselt wurden, hatte das Maß der Erneuerung in den 80er Jahren – noch vor dem Systemwechsel – 70% überschritten. (Gazsó 1993, S.16–26)

3. Politische Elite: postsozialistische Selektionsmechanismen und Politikertypen

Die personelle Erneuerung der politischen Elite war nach den Ergebnissen des Széleányi-Projekts im Vergleich zum Personalwechsel innerhalb der ökonomischen und kulturellen Elite am deutlichsten. (Széleányi/Széleányi 1995, S. 629) 30,4% der 93er politischen Elite gehörten zu der 1988er Nomenklatura, 26,1% zu den damaligen „mittleren Leitern“ und 43,5% waren „newcomer“. Der Anteil der letzteren war in der politischen Elite im Vergleich zum kulturellen und ökonomischen Bereich am größten: ungefähr doppelt so hoch wie in der kulturellen Elite und ca. viermal höher als in der Wirtschaftselite. Die politische Sphäre war die einzige, deren Elite im Jahre 1993 weder durch ehemalige (alte) „Stellvertreter“ noch durch Angehörige der alten Nomenklatura dominiert wurde.

Die innerhalb der politischen Elite im Vergleich zu anderen Sphären stärkste Elitenzirkulation wurde in erster Linie durch eine der wichtigsten Basisinstitutionen von modernen Demokratien, durch „freie Parlamentswahlen“ hervorgerufen. Sie fanden in Ungarn im Frühjahr 1990 statt. Der Sieger der Wahl wurde das christlich-konservative Ungarische Demokratische Forum (UDF) (24,73% der Stimmen; 42,7% der Mandate), das mit zwei kleineren Parteien, Unabhängige Kleinlandwirtepartei (UKLWP) (11,73%; 11,4%) und Christlich-Demokratische Volkspartei (CDVP) (6,46%; 5,4%), die Regierungskoalition bildete. Auf die Oppositionsseite gelangten die zwei liberalen Parteien, Bund Freier Demokraten (BFD) (21,39%; 23,6%) und Bund Junger Demokraten (BJD) (8,95%; 5,4%) und der Nachfolger der ehemaligen Staatspartei, die Ungarische Sozialistische Partei (USP) (10,89%; 8,5%). Diese Parlamentswahlen führten also zur Abwahl der Regierung der seit Jahrzehnten regierenden Staatspartei. Die darauffolgenden Veränderungen brachten eine Reihe von unbekanntem Politikern in Elitepositionen. Auch in der „Nachfolgepartei“ erschienen viele neue Gesichter.

Die „newcomer“ der Politik kamen hauptsächlich aus den Reihen der intellektuellen Elite des Staatssozialismus, oder verfügten zumindest über bedeutendes kulturelles Kapital. Die herausragende Rolle des letzteren konnte sowohl beim Stuserhalt der alten Elite als auch beim Aufstieg

der „Stellvertreter“ sowie bei der Etablierung der spätsozialistischen „Marktelite“ unter den neuen Verhältnissen festgestellt werden.

Die besondere Bedeutung des kulturellen Kapitals erklärt sich aus historischen Traditionen Ost- und Mitteleuropas und aus dem besonderen „teleologischen“ Charakter der staatssozialistischen Modernisierung.⁷ Es spielte außerdem in der Determinierung der sozialen Ungleichheitsstruktur dieses Systems eine viel größere Rolle, als das in den kapitalistischen Gesellschaften der Fall ist. Das folgte u.a. aus der Unmöglichkeit der Akkumulation ökonomischen Kapitals. Für viele bürgerliche Familien war die kulturelle die einzige Kapitalform, die auch weiterhin „vererbt“ werden konnte. (Kolosi/Sági 1996, S.168; Utasi 1996) Es wurde nach Möglichkeit mehrdimensional, gleichzeitig in seinen a) inkorporierten (verinnerlichten), b) in kulturellen Gütern objektivierten und c) in wissenschaftlichen Titeln institutionalisierten (Bourdieu 1983) Formen akkumuliert. Zu diesem Kapital gehörte auch ein breites Netz von sozialen Kontakten innerhalb des „Standes“ des während des Staatssozialismus anonymen Bildungsbürgertums. Ihr spezifisches soziales und kulturelles Kapital „betonierte“ die gegebenen Intellektuellen in ihre Positionen „doppelt“ ein bzw. ermöglichte ihnen gute Aufstiegschancen während und besonders nach dem Realsozialismus. (Kolosi/Sági 1996, S.169)

Von den bildungspolitischen Erfolgen des staatssozialistischen Systems profitierten auch breite Schichten der Bevölkerung. Für sie entstanden oft das erste Mal in der Geschichte dieser Länder Aufstiegschancen durch Bildung. Das kulturelle Kapital dieser Intellektuellen der ersten Generation war aber nicht im gleichen Maße mehrdimensional und nicht mit einem solch breiten Netz von sozialen Kontakten verbunden, wie das des anonymen staatssozialistischen Bildungsbürger-

⁷ Die Besitzer des kulturellen Kapitals, die Intellektuellen, spielten in den osteuropäischen Gesellschaften traditionell eine herausgehobene Rolle. (Man denke z.B. an die besonderen Funktionen des Bildungsbürgertums in den widersprüchlichen Verbürgerlichungsprozessen dieser Länder, an die Vorreiterrolle der Humanintelligenz in den national-demokratischen Bewegungen dieser Länder im XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts.) Selbst die „sozialistische Revolution“ (was ihre Konzipierung anbelangt) war größtenteils Sache der sozialistisch gesinnten Intellektuellen, die sich die Utopie einer bewußten, zielgerichteten (staatssozialistischen) Modernisierung, die die zivilisatorische Funktion des Marktes durch andere gesellschaftliche Mechanismen ersetzen kann, zu eigen machten.

tums. Das häufige Engagement der neuen Intelligenz innerhalb der bestehenden staatssozialistischen politischen Strukturen diente auch der Kompensation dieser Situation: Die Vertreter dieser Gruppe nutzten überwiegend mit Erfolg das erworbene politisch-positionelle Kapital als Aufstiegsstütze. Eine Reihe dieser Intellektuellen hat sich aber im Laufe der Zeit von doktrinären Ideologen des Regimes zu Technokraten oder zu „Reformintellektuellen“ gewandelt. Letztere entwickelten in der Spätphase des Staatssozialismus den Programmen der „Demokratischen Opposition“ weitgehend ähnliche politische Konzepte zur grundlegenden Reform des bestehenden gesellschaftlichen Systems.

Viele Vertreter des Bildungsbürgertums, die sich außerhalb ihrer fachspezifischen Tätigkeit in irgendeiner Form auch politisch-sozial (meistens in der „Demokratischen Opposition“) engagierten, wurden als „teleologische“ oder „empirische Revisionisten“ in die Marginalität gedrängt. (Konrád/Szelényi 1981, S.375) Letztere unterstützten im Spätsozialismus den Anspruch der Technokraten, ihre Macht auf Kosten des „herrschenden Standes“ (genauer gesagt, der doktrinären „bürokratischen Fraktion“ des Partei- und Staatsapparats) auszudehnen und sind praktisch zu „Ideologen“ der Technokratie geworden. (Konrád/Szelényi 1981, S.379) Die „teleologischen Revisionisten“ trugen zur geistigen Vorbereitung der Systemtransformation wesentlich bei, indem sie Geschichtsdiskussionen über die antistalinistischen, antistaatssozialistischen Traditionen initiierten und moralisch-philosophische Gegenkonzepte zum „real existierenden“ System entwarfen. Mit diesen stellten sie die Legitimität des aktuellen Regimes nach und nach in Frage. Währenddessen sind sie (und unter ihnen überproportional viele Repräsentanten des Bildungsbürgertums) zu einer ernst zu nehmenden politisch-kulturellen Gegenmacht des alten Systems geworden. Dabei stellten sie – trotz aller programmatisch-konzeptioneller Ähnlichkeiten – eine ernstzunehmende Konkurrenz für die durch Intellektuelle der ersten Generation dominierte „neue Technokratie“ und „Reformintelligenz“ dar.

Auch soziale Unterschiede anderer Art aus der Zeit vor dem Staatssozialismus wurden während der Systemtransformation Ende der 80er Jahre wiederbelebt. Sie wurden durch familiäre Sozialisation der gegebenen Politiker „vererbt“. Es gibt z.B. zwei parlamentarische Parteien (die Unabhängige Kleinlandwirtpartei und die Ungarische Sozialistische

Partei), unter deren in den Parteiführungen tätigen Politikern (im Zeitraum von der Entstehung der Partei Ende der 80er Jahre bis 1997) nur eine Minderheit (ca. 20%) aus intellektuellen Familien stammte. Währenddessen dominierten in den anderen vier Parteien zu etwa 70% Politiker aus „gebildeten Elternhäusern“.⁸ Bei ca. 50% der Politiker der UKLWP war mindestens ein Elternteil (natürlicherweise meistens der Vater) Klein- oder mittlerer Bauer. Im Zusammenhang mit ihm wurde in den Autobiografien meistens auch die Größe des Landbesitzes der Familie genau angegeben. (Der eigentliche Anteil der aus „Kleinlandwirte“-Familien stammenden Politiker dieser Partei ist mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich höher, weil vermutlich auch viele andere Eltern – Mütter, deren Beruf als „Hausfrau“ angegeben wurde oder Väter mit Berufen wie Handwerker, Jurist oder Beamte – vor dem Staatssozialismus über Bodenbesitz verfügten, was aber in den gegebenen Autobiografien aus unterschiedlichen Gründen keine Erwähnung fand. In dieser Hinsicht ist es bestimmt kein Zufall, daß 87% der Politiker dieser Partei in der Provinz geboren wurden – eine im Vergleich zu anderen Parteien sehr hohe Zahl.) In den meisten Lebensläufen dieser Politiker wird das unter dem Staatssozialismus erlittene Unrecht, die Enteignung des Grundbesitzes der Familie nach dem Zweiten Weltkrieg, beklagt.

Demgegenüber wird in den Autobiografien der Mitglieder des USP-Präsidiums hauptsächlich der soziale Aufstieg betont. Wenn auch ihre Eltern intellektuelle Berufe ausübten, handelte es sich um die traditionell unteren Positionen der Intelligenz (z.B. Lehrer in Grundschulen). In diesem Zusammenhang wurde in den Lebensläufen mehrmals darauf hinge-

⁸ Die folgenden Angaben sind erste Ergebnisse einer laufenden Forschungsarbeit der Autorin, in der Entwicklungstendenzen der Führungen der ungarischen parlamentarischen Parteien seit ihrer Entstehung bis 1997 untersucht und dabei auch einige soziologische Merkmale ihrer Mitglieder verglichen werden. Hauptquellen der Untersuchung waren die in den Handbüchern des ungarischen Parlaments und der Budapester Abgeordnetenversammlung (Kiss 1992; Kiss 1996; A Fövárosi... 1994) und in anderen Lexika veröffentlichten Lebensläufe der Politiker der Parteien bzw. die auf schriftliche Anfrage der Autorin zugesandten Autobiografien der Personen, über die in keinem anderen Handbuch Angaben gefunden werden konnten. (Die Mehrzahl der Biografien – außer den in Lexika gefundenen Lebensläufen einiger der bekanntesten Politiker – trugen autobiografischen Charakter, weil die parlamentarischen Handbücher primär auf der Grundlage der Eigenangaben der Abgeordneten angefertigt worden sind.)

wiesen, daß der gegebene Elternteil Intellektueller der ersten Generation war (z.B. als sog. „Arbeiterdirektor“, dem es erst in den 50er Jahren möglich wurde, ein Hochschulstudium zu absolvieren.) Auch im Falle der Zugehörigkeit der Eltern zu anderen sozialen Schichten konnte festgestellt werden, daß sie oft zu den untersten Schichten der jeweiligen sozialen Gruppen gehörten. Das trifft sowohl auf die Gruppe der Angestellten zu, als auch auf die Handwerker, die meistens nicht selbständig tätig waren; das gleiche gilt auch für die in der Landwirtschaft Beschäftigten. In letzteren Fällen fand in Lebensläufen der Status eines Elternteiles als „Agrarproletarier“ besonders häufig Erwähnung. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß mehrmals auch die Bezeichnung des Berufs der Mutter als „Dienstmädchen“ zu finden war. Diese freiwillig gewählte Formulierung – man hätte „eleganter“ auch „Angestellte“ schreiben können – deutet auf diesbezügliche Sensibilität und die bewußte Wahrnehmung des eigenen sozialen Aufstiegs hin. Im Zusammenhang mit der Berufsangabe der Eltern wurde aber in keinem Fall angeführt, daß diese Besitzer von bedeutendem Privateigentum gewesen und demzufolge nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet worden wären. Diese Umstände prägten die Interessenlage der gegebenen Politiker nach dem Systemwechsel deutlich mit, und bestimmten ihr Verhältnis z.B. zu den verschiedenen Privatisierungs- bzw. Eigentumsformen.

Die Untersuchung der familiären Sozialisation spielt für das Verständnis der Wertpräferenzen von einzelnen Politikern bzw. auch der programmatischen Prioritäten von ganzen Parteien eine um so größere Rolle, weil die dominierenden Politikergruppen des neuen Systems anhand einer Reihe von soziologischen Merkmalen (wie Ausbildungsgrad, Berufsstruktur usw.) durch eine weitgehende Homogenität zu charakterisieren sind. Es konnte z.B. in den Führungsgremien aller parlamentarischen Parteien die Dominanz einiger Berufe (Juristen, Ökonomen und Sozialwissenschaftler) und ein deutliches Übergewicht der Intellektuellen generell festgestellt werden.

Das rührt daher, daß die Intellektuellen in der Systemtransformation eine überproportionale Bedeutung hatten.⁹ Sie waren – entsprechend der

⁹ Die ersten Parlamentarier der neuen osteuropäischen Demokratien wiesen viele Ähnlichkeiten mit den „Honoratioren“ der westlichen bürgerlichen Entwicklung auf – sie hatten Berufe der „geistigen Aristokratie“: „Geistliche,

Traditionen der klassischen Revolutionen – sinn- und orientierungsgebend auch für den ungarischen Systemwechsel. Ihre Massenmobilisierungskapazität war aber im Unterschied zu dem klassischen Muster sehr beschränkt. Die Massen mobilisierten sich nur punktuell, meistens für kurze Zeit und aus den vereinzelt Massenprotesten entstanden keine großen Massenbewegungen, die neue soziale Schichten der Bevölkerung in die politische Elite hätten bringen können. Die relevanten Systemveränderungen blieben im wesentlichen durch die intellektuelle Elite¹⁰ und durch einen Teil der spätsozialistischen Machtelite dominiert.

Die Vertreter dieser neuen/alten politischen Elite verfügen über ein unterschiedliches Maß an politischer Erfahrung, die sie während diverser gesellschaftlicher Tätigkeiten gesammelt haben. Die dabei erworbene Erfahrungswelt prägt ihre Wertpräferenzen und ihr Verhältnis zur politischen Tätigkeit im besonderen Ausmaß. In diesem Zusammenhang können – außer den ehemaligen Vertretern der spätsozialistischen Machtelite – folgende Poitikertypen unterschieden werden:

a) „Altpolitiker“: Politiker der Zeit vor der Etablierung des Staatssozialismus, insbesondere während des demokratischen Aufbruchs zwi-

Lehrer, Professoren, Advokaten, Ärzte...“ (Weber 1984, S.34) und waren zum Zeitpunkt der Wahl wirklich die angesehensten Bürger in ihrem Wahlbezirk. Konrád und Szelényi sehen in der Dominanz des Systemwechsels durch Intellektuelle sogar die Bestätigung ihrer noch am Anfang der 70er Jahre formulierten, bekanntesten These über „die Intelligenz“, die sich „auf dem Weg zur Klassenmacht“ befindet. Die Intellektuellen (als Vertreter einer Art „Bildungsbürgertums“) sind infolge der osteuropäischen Umbruchsprozesse – zwar unter anderen Umständen als erwartet – für eine Übergangszeit, für die Zeit zwischen dem Niedergang der Kader-Elite und der Formierung der Bourgeoisie, zur „Politokratie“ der Gesellschaft geworden. Nach der Erfüllung ihrer diesbezüglichen historischen Aufgabe (der Schaffung der Voraussetzungen für die Herausbildung des Besitzbürgertums) würden sie sich von der Politik verabschieden und in ihre Forschungsinstitute, Universitäten zurückgehen. Damit würden sie zu ihrer eigentlichen Funktion, zur Rolle einer „Mediokratie“ (zur Formung einer gebildeten öffentlichen Meinung) zurückkehren, die sie auch im Prozeß der Aufhebung des Parteistaates erfolgreich ausübten. (Szelényi/Konrád 1992, S.9–28)

¹⁰ Der politische Transformationsprozeß war nicht einfach durch Intellektuelle, sondern durch *männliche* Intellektuelle dominiert. Der Anteil der Frauen in der politischen Elite ist sehr gering. So waren von den Parlamentsabgeordneten nach den 1990er Wahlen 7,3%, nach den Wahlen von 1994 11,1% Frauen. (Agh/Kurtán 1995, S.18).

schen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der stalinistischen Gleichschaltung 1948/49;

b) „Altoppositionelle“: Teilnehmer der „klassischen“ antistalinistischen, demokratisch-sozialistisch orientierten Bewegungen (in Ungarn insbesondere der Revolution von 1956); Oppositionelle, die seit den 70er Jahren z.B. in der Arbeit der sog. „Demokratischen Opposition“ tätig waren;

c) „Neuoppositionelle“: Personen, die sich in der Systemopposition erst ab Ende der 80er Jahre engagierten;

d) „Experten“: Sie waren bis zum Ende des Staatssozialismus meistens in Forschungsinstituten, Universitäten tätig und erfreuten sich auf ihrem Spezialgebiet gewisser Bekanntheit. Sie „überlebten“ den Realsozialismus ohne besonderes politisches Engagement, gehörten auch nicht zur Systemopposition und erst zu bestimmten Ereignissen des Systemwechsels (z.B. zu den „Runde-Tisch-Gesprächen“) wurden sie – meistens dank ihrer persönlichen Bekanntschaft zu dominanten Persönlichkeiten der zuerst genannten drei Gruppen – als juristische, ökonomische usw. Berater der oppositionellen Seite „herangeholt“. Einige von ihnen erlangten während dieser Tätigkeit solche Bekanntheit, daß sie sich der späteren politischen Verantwortung nicht entziehen konnten. Zu dieser Gruppe gehören auch Personen, die nach den ersten freien Wahlen ohne irgendwelche vorherige politische oder oppositionelle Tätigkeit auf Einladung der neuen Regierungsparteien aus dem Expertenstatus sofort in höhere politische Positionen gelangten. Ihr Politikstil stieß oft auf die Sympathie der sich weniger nach revolutionärer Rethorik, sondern nach Berechenbarkeit und Sachverstand sehnenen Wähler, demzufolge ein großer Teil der „Experten“ auch weiterhin in der Politik blieb.

Demgegenüber gelang während des Systemwechsels vielen „Altpolitikern“ der „historischen Parteien“ die Rückkehr nicht. Eine Reihe von ihnen war nämlich durch das ihnen während der stalinistischen Gleichschaltung des politischen Systems geschehene Unrecht derart traumatisiert, daß sie auch die Konflikte der 90er Jahre nur durch das Prisma der Konfliktstruktur der 40er Jahre sehen konnten. Ihre Verhaltensweisen, politische Sprache, Geschichtsbilder und historischen Vorbilder erwiesen sich als weit entfernt von den Mentalitäten großer Teile der Bevölkerung, was das relativ schlechte Abschneiden dieser Parteien bei den

Parlaments- und Kommunalwahlen 1990 verursachte, entgegen den aufgrund ihrer historischen Traditionen erwarteten Ergebnissen. Die Etablierung der UKLWP seit 1992 als stärkste unter den vielen, durch rivalisierende „Altpolitiker“ geleiteten Kleinlandwirteparteien und ihr anschließender Popularitätsanstieg begann auch erst unter der Leitung von József Torgyán, des vom juristischen „Experten“ der Partei nach dem Systemwechsel in der Partei aufgestiegenen, ambitionierten nationalistischen Populisten.

In dieser ersten kurzen „institutionsfreien“ Zeit des Systemwechsels, als die alten Mechanismen der Elitenauslese nicht mehr funktionierten, neue aber noch nicht entstanden waren, gelangten oppositionelle Netzwerke und intellektuelle Subkulturen in der Rekrutierung der neuen politischen Elite zu entscheidender Bedeutung. (Róna-Tas 1991, S. 363–374) Die politische Rolle der Emigranten blieb dabei überraschenderweise im Gegensatz zu den Erwartungen relativ gering, was vermutlich dadurch zu erklären ist, daß die „Väter“ für ein politisches Engagement schon zu alt und die „Söhne“ in den gegebenen westlichen Ländern schon so verwurzelt waren, daß sie nicht mehr zurückkehrten oder allenfalls ein „Doppelleben“ begannen und sich meistens in der Wirtschaft engagierten. Andererseits entwickelte sich in den letzten Jahren der ungarischen „weichen Diktatur“ eine relativ starke „heimische“ oppositionelle Gegenelite, die 1989/90 auch nicht sehr intensiv darum bemüht war, Emigranten als politische Konkurrenten „nach Hause“ zu holen.

Neben den Parteien der Systemopposition hatte auch die Nachfolgepartei, die USP, ihre eigenen „Neuoppositionellen“: die radikalen Reformer innerhalb der Staatspartei, die am Ende 1988 die sog. „Reformkreis-Bewegung“ ins Leben riefen. (Sipos 1996) Außerdem konnte sie nach dem Systemwechsel viele „Experten“ und auch einige „Altoppositionelle“ für sich gewinnen. Innerhalb der Parteilite der USP im Zeitraum von 1989–1997 gehörten 21,8% der Politiker zu denen, die Spitzenfunktionäre im Staatsozialismus waren, also im engeren Sinne des Wortes zur politischen Elite des alten Systems gehörten; 29,9% der neuen Parteilite waren Funktionäre auf der mittleren Ebene (gehörten gewissermaßen zu den „Stellvertretern“ im Partei- und Staatsapparat). 34,5% waren „Experten“, also Personen mit fachlich orientierter Karriere ohne Unterbrechung (die vorher nicht einmal „Stellvertreterpositionen“ bekleideten, also nicht zu

der Sub-Elite gehörten) und 10,3% hatten „unterbrochene“ fachliche und/oder politische Karrieren hinter sich. Unter den letzteren befanden sich einige „Altoppositionelle“ des Volksaufstandes von 1956. (Machos 1997, S.73)

Bei der Formierung des Wertesystems und politischen Stils der Politiker spielt ihre Generationszugehörigkeit auch eine wichtige Rolle. Zu einer politischen Generation zählen (den Gedanken von Karl Mannheim folgend) Personen, die die gleichen politischen Ereignisse im gleichen, für ihre politische Sozialisation wichtigsten jungen Alter erlebten. Sie verfügen durch ihre sozialisationsprägende Grunderfahrung über eine ähnliche Optik, durch die sie die Welt sehen, auch wenn sie zu verschiedenen Parteien gehören und das Gesehene im Endeffekt anders interpretieren. In der ersten Zeit nach dem Systemwechsel waren sogar ganze Parteien durch Angehörige der einen oder der anderen politischen Generation mit ihren spezifischen Mentalitäten und Verhaltensweisen dominiert. Diese Parteien konnten bei den 1990er Parlamentswahlen auch in der Tendenz Wähler mit derselben politischen Sozialisation ansprechen.

Zu dieser Zeit konnten die folgenden relevanten politischen Generationen unterschieden werden: 1. die Generation der Horthy-Ära, die in der Zeit der kommunistischen Machtübernahme schon über ein relativ ausgeprägtes Weltbild verfügte (repräsentiert durch die „historischen Parteien“, die während der Transition wiederbelebten Parteien aus der Zeit vor dem Staatssozialismus – UKLWP und CDVP); 2. die zwischen 1930 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges geborene Generation, die ihre grundlegende politische Sozialisation während der Rákosi-Zeit bekam (vertreten hauptsächlich in der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei –USAP¹¹ und in der USP); 3. die nach dem zweiten Weltkrieg geborene Generation, die in der frühen und klassischen Kádár-Zeit sozialisiert worden ist (sie bildete meistens den Kern des BFD und UDF), 4. die

¹¹ Sie ist die staatssozialistisch-konservative Nachfolgepartei der gleichnamigen ehemaligen Staatspartei. Nachdem im Oktober 1989 auf dem XIV. Parteitag der USAP die Staatspartei aufgelöst und die USP gegründet worden war, separierten sich einige konservative Kräfte und verkündeten die weitere Existenz der Partei. Die USAP nahm an den Parlamentswahlen 1990 teil, schaffte aber den Sprung ins Parlament nicht, wurde jedoch die zahlenmäßig stärkste außerparlamentarische Partei. Sie benannte sich im April 1993 in Arbeiterpartei um.

nach 1956 geborene Generation, die „Enkelkinder von Kádár“, die ihre ersten politischen Erfahrungen in der späten Kádár-Zeit sammelten. Ihre Generationspartei stellte der BJD (entstanden im März 1988 ursprünglich als alternative Jugendorganisation) dar. (Róna-Tas 1992, S. 609) Ihre Politiker widerspiegeln die typischen Charakterzüge ihrer Generation: Fachwissen und Erfolg an der Spitze ihrer Wertehierarchie, Streben nach persönlicher Souveränität, spontaner Liberalismus mit wenig sozialer Sensibilität, yuppie-ähnliche Züge, rationale Abneigung gegenüber ideologischen Debatten, Pragmatismus. (Machos 1993)

Mittlerweile haben sich die politischen Generationen sowohl in der politischen Elite als auch in den Sympathisantenkreisen der verschiedenen Parteien vermischt. Der Generationsfaktor spielt zwar in den Mentalitäten, Verhaltensweisen der Kerne der Parteien immerhin noch eine gewisse Rolle, allerdings ähneln sich Sprache und Argumentationsweise von Politikern einer politischen Generation parteiübergreifend oft stärker, als die verschiedener Generationen innerhalb einer Partei.

Polikertypen, die in Ungarn seit dem Systemwechsel eine relevante Rolle spielen, können außerdem nach der spezifischen Politikauffassung der gegebenen Politiker wie folgt unterschieden werden:

a) Politiker der „historischen Vision“ („politician of historical visions“ (Agh 1996b, S. 47)): Für ihn ist Politik das Feld für die Verwirklichung von großen Idealen, die in der Geschichte seines Landes tief verwurzelt sind. Seine Hauptvision ist meistens die Europäisierung des Vaterlandes, begleitet von einer historischen Argumentation nach dem Schema: „Wir gehörten schon immer zu Europa.“ Dementsprechend ist Tradition für ihn von außerordentlichem Wert. Seine politischen Vorbilder stammen häufig aus den älteren Zeiten der nationalen Geschichte oder zumindest aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. In der Kontinuität des nationalen Erbes findet er etwas mit rationalen Kategorien nicht Faßbares, Mystisches. (Es ist kein Zufall, daß ein sehr charakteristischer Repräsentant dieses Typus, der UDF-Politiker und ungarische Ministerpräsident 1990–93, József Antall (Bod 1996), z.B. kaum eine Rede hielt, in der er nicht über die „1000-jährige nationale Mythologie“ der Ungarn gesprochen hätte.) Mit gewisser Moderne-kritischer Attitüde bemängelt er das Fehlen der „richtigen“ Erziehung der Jugend, die er sich durch verstärkte staatliche Aufsicht über die Medien und das Bildungswesen vorstellt. Weil er all

seine Kräfte auf die Verwirklichung der großen Ideale konzentriert, findet er Kompromisse eher lästig, obwohl er sich entsprechend den elitendemokratischen Traditionen des Landes in der Kamarillenpolitik sehr gut auskennt. Er scheut vor Extremen zurück. Wegen seines deutlich spürbaren Elitismus hat er oft Kommunikationsschwierigkeiten mit breiten Schichten der Bevölkerung. Er beschäftigt sich häufig mehr mit den aus der Vergangenheit herrührenden Problemen (z.B. mit der „Schaffung einer historischen Gerechtigkeit“, mit der Rückgabe des Kirchenbesitzes), als mit den konkreten Problemen des „heutigen Tages“. Am wohlsten fühlt er sich unter den Vertretern der gebildeten Mittelschichten.

b) Populistischer Politiker: Für ihn ist Politik in erster Linie Vertretung von Interessen des „Volkes“, die durch die Betroffenen oft (noch) gar nicht artikuliert, aber durch den Populisten als „Auserwählten“ rechtzeitig erkannt werden. In dieser Gruppe von Politikern kann man folgende Untertypen unterscheiden:

b1) traditioneller Populist: In seiner Auffassung wird das Volk in erster Linie durch die Bauern (und/oder andere Kleinproduzenten) gebildet, deren durch die kapitalistische Entwicklung bedrohte traditionelle Gemeinschaft für ihn das ideale Gemeinwesen bedeutet. Er fühlt sich mit ihnen besonders verbunden wegen ihres tief verwurzelten Nationalgefühls. Sein Gesellschaftsideal ist der Sozialismus oder Kapitalismus der Kleinproduzenten. Er gedenkt, das Volk durch direkten staatlichen Interventionismus und sozialen Protektionismus zu schützen. Seine Kapitalismuskritik paart sich in einigen Fällen auch mit Antisemitismus. Dieser Politikertyp hat tiefes Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Demokratie, westliche Institutionen erscheinen ihm oft als der Volksseele fremd. Parteien gegenüber verhält er sich besonders skeptisch. Ihr Hauptübel sieht er darin, daß sie die Einheit des Volkes spalten. Aufgrund seiner Kapitalismuskritik verwickelt er sich oft in emotionsgeladene, „Kulturkampf“-ähnliche Streitigkeiten vor allem mit liberalen Politikern. Kompromisse betrachtet er oft als Verrat und neigt dazu, alles Schlechte in der Gesellschaft durch Verschwörung von Kommunisten und Liberalen zu erklären. (Man könnte als Beispiel für diesen Politikertyp István Csurka, den ehemaligen „Gründungsvater“ und stellvertretenden Vorsitzenden des Ungarischen Demokratischen Forums nennen. Er leitet seit

1993 die nationalistisch-rechtspopulistische Partei der Ungarischen Wahrheit und des Ungarischen Lebens.)

b2) postmoderner Populist: Er ähnelt seinen westeuropäischen „Kollegen“ in politischen Inhalten, Politikstrategien, Stil stärker, als die Traditionspopulisten. József Torgyán, der ambitionierte Budapester Rechtsanwalt, Vorsitzender der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei, wurde in diesem Zusammenhang in der Literatur treffend als „Haider in Ungarn“ bezeichnet. (Kovács 1996, S.182) Dieser Typ von Politiker hat keine besondere Zielgruppe, er wendet sich an alle, die mit dem sog. „Parteistaat“ unzufrieden sind. Seine Hauptthemen sind Korruptionsaffären von „denen da oben“, Kriminalität und zur Assimilation nicht bereite Minderheiten. (Torgyán ist in diesem Zusammenhang zwar zurückhaltend, bedient sich aber ab und zu antisemitischer Metaphern.) Zur Bewältigung dieser Probleme fordert der postmoderne Populist in erster Linie einen starken Staat und eine härtere Polizei. In Wirtschaftsfragen ist er liberaler als die Traditionspopulisten. Im Gegensatz zu letzteren, die ständig darüber klagen, daß die Medien ihre Worte verdrehen, bedient er sich in perfekter Weise der modernen Massenkommunikationsmittel. Er kann am treffendsten durch eine mit der Haltung „Stil ist wichtiger als Überzeugung“ verbundene „Ideologielosigkeit“ (Kovács 1996, S.195) charakterisiert werden. Dementsprechend bleibt er in der Regel den durch Traditionspopulisten mit Vorliebe betriebenen durchideologisierten „Kulturkampf“-Debatten fern.

c) Rationaler Politiker: Für ihn fungiert Politik als Spiel, in dem sowohl die politischen Akteure als auch die Wähler nach vorher definierten Spielregeln rationale Entscheidungen treffen. Er hält sich für einen Vermittler der gleichermaßen legitimen Interessen von verschiedenen Wählergruppen. Dieser Politikertyp behält auch in der Politik den analytischen Geist eines Intellektuellen. Er achtet „die vernünftigen Argumente mehr als Gefühle. Unter Einhaltung des notwendigen Abstandes versucht er die kritische Betrachtungsweise auch bei den täglichen politischen Auseinandersetzungen zur Geltung zu bringen.“ (Kéri 1994, S.243) Er strebt auch als Politiker danach, seine Autonomie zu bewahren, und deshalb hat er oft Probleme mit der Parteidisziplin. Für ihn ist z.B. seine Präferenz für Modernisierung, Europäisierung eine rational durchdachte Entscheidung ohne Alternative. Er hält es für seine Pflicht, seine politi-

schen Positionen bei jeder Gelegenheit mit klugen, vielschichtigen Argumenten zu verteidigen. Deshalb verwickelt er sich oft mit „Strukturkonservativen“ (Glaeßner 1994, S.260) aller Art in ideologische Debatten des „Kulturkampfes“. Er pflegt – meistens durch seine persönlichen Kontakte – außerordentlich gute Beziehungen zu den Medien, deren wichtige Vermittlerfunktion in modernen Gesellschaften ihm vollkommen bewußt ist. Sein „Publikum“ wird durch Intellektuelle und einige Teile der Mittelschichten gebildet. In der Kommunikation mit Wählern aus unteren Schichten der Gesellschaft hat er große Schwierigkeiten. (Als Beispiel für diesen Politikertyp könnten viele Politiker des Bundes Freier Demokraten genannt werden.)

d) Pragmatischer Politiker: Für ihn ist Politik das Feld der konkreten Problemlösung. Er kommt oft aus der „Neuen Technokratie“ des Spätsozialismus oder aus den Reihen der während des Systemwechsels in die Politik gelangten „Experten“, und ist eigentlich mehr oder weniger stark in allen Parteien zu finden. Sein wichtigstes Leitmotiv ist die Effektivität. Er ist zwar Meister der alltäglichen politischen Problembewältigung, hat aber kein Gespür für langfristiges, strategisches Denken. „Mit den Medien geht er ganz rational um und kalkuliert sie in seine tägliche Arbeit als einen Faktor ein, der seine Wirksamkeit unterstützt...“ Er begreift „auch die sozialen Fragen als einen rationalen Faktor in der eigenen Strategie...– weshalb die Abgeordneten dieses Typs nicht aus ideologischen, sondern aus sehr praktischen Gründen zeitweilig zum Sprecher von Problemgruppen in der Gesellschaft werden.“ (Kéri 1994, S.249) Seine Handlungsmaxime ist: „wenn man seine Interessen gut genug abstimmt, wird man sich mit jedem einigen können. Wenn es sein muß, ist er empfänglich für jede Ideologie, weil er sich sagt, daß es sich nicht besonders lohnt, kostbare Zeit für ideologische Fragen zu verschwenden.“ (Kéri 1994, S.248) Für ihn ist nicht einmal einer Selbstreflexion wert, daß er vor einigen Jahren gegen einen NATO-Beitritt seines Landes plädierte und heute sich als überzeugtester Protagonist des NATO-Beitritts präsentiert, oder daß er gestern noch über eine behutsame, die Interessen des eigenen Staates berücksichtigende Privatisierung sprach und heute sich als Politiker erweist, der den Großteil der Nationalwirtschaft im Interesse von ausländischen Großunternehmen privatisiert. (Zu dieser Gruppe gehört z.B. Gyula Horn, der Vorsitzende der USP, seit 1994 ungarischer Ministerpräsident.)

Nach den ersten freien Wahlen waren unter den Vertretern all dieser Typen nicht wenige, die während der chaotischen Verhältnisse des Systemzusammenbruchs „zufällig“ Politiker geworden sind („politician by chance“ (Agh 1996b, S.48)). Das war merkwürdigerweise sogar bei den Systemoppositionellen oft der Fall. Sie kämpften zwar radikal gegen den Abbau von staatssozialistischen Strukturen, sind aber durch die Schnelligkeit der Ereignisse sehr überrascht worden und waren auf die Machtübernahme in vielen Fällen nicht vorbereitet.

Seitdem traten deutliche Professionalisierungstendenzen ein, aus einer Reihe von Amateuren sind professionelle, erfolgreiche Berufspolitiker geworden. Viele bekannte Vertreter der ehemaligen Systemopposition verließen aber die Politik.¹² Einige von ihnen gingen freiwillig, weil sie wieder ihre Berufe ausüben wollten. Andere wurden von ihren Posten nach der Logik von Parteipolitik durch ihre Konkurrenten verdrängt. Letztere entsprachen oft besser den veränderten Kriterien der Elitenselektion (Regionalisierung der Auswahl, Medienpräsenz, Sicherung von ökonomischen Ressourcen usw.). Die Neu-Aufsteiger waren oft Apparatschicks oder gewählte Politiker auf unteren Ebenen („neue Stellvertreter“) innerhalb der Parteien (Sugatagi 1994, S.50), die die Apparate in der Übergangszeit im Schatten der großen Namen der „revolutionären Aristokratie“ aufbauten und jetzt für sich Karrieren, Ämterpatronage forderten.

4. Elitenkonsolidierung und Vertrauenskrise – einige Schlußbemerkungen

Bei der Interpretation der Ergebnisse derjenigen Elitenstudien, die aus der Zeit vor 1994 stammen, muß man unbedingt bedenken, daß sich in dieser Zeit die Grundstruktur der neuen Macht noch im Herausbildungsprozeß befand, weil die Privatisierung und wichtige legislative Kontroversen über den legitimen Zugang zu politischen und ökonomischen

¹² Davon zeugt beispielsweise, daß in Führungsgremien aller parlamentarischen Parteien seit 1993/94 der Anteil der Politiker mit Karrieretyp „unterbrochene Karriere“ (Personen, die wegen ihrer systemoppositionellen Tätigkeit während des Staatssozialismus Retorsionen ausgesetzt waren) deutlich abgenommen hat. Parallel dazu erhöhte sich die Zahl der Politiker mit Karrieretyp „fachlich orientierte Karriere“.

Führungspositionen noch im Gange waren. Außerdem kam es zu wichtigen Umstrukturierungsprozessen innerhalb der politischen Elite durch die Parlamentswahlen 1994, die mit einigem Recht als Protest der Bürger gegen die „mit administrativen Mitteln beschleunigte“ Elitenzirkulation-Kontraselektion der ersten Legislaturperiode unter der Antall-Regierung interpretiert werden können. (Szelényi/Szelényi/Kovách 1995, S.715) Infolge der Wahlen gelangten die christlich-konservativen Regierungsparteien (UDF /11,74 % der Stimmen und 9,8 % der Mandate/, CDVP /7,03 %; 5,6 %/ und UKLWP /8,82; .6,7%/) und der sich inzwischen in Richtung des national-konservativ geprägten Liberalismus gewendete BJD (7,02 %; 5,1%) in die Opposition. Der Sieger der Wahl, die sich sozialdemokratisch profilierte Nachfolgepartei USP (32,99%; 54,1%), schloß eine Regierungskoalition mit dem sozialliberalen BFD (19,74%; 17,8%).

In dieser Koalition wurde das Bündnis der 80er Jahre zwischen der spät-kádárschen Technokratie und ihren Ideologen: den Vertretern der „Demokratischen Opposition“ einerseits und der „neuen Reformer-Intelligenz“ andererseits, reaktiviert. (Szalai 1996, S.24) Trotz der bedeutenden ideologischen und programmatischen Ähnlichkeiten der Vertreter dieser Gruppierungen wird allerdings die Regierungskoalition durch permanente Konflikte, persönliche Spannungen ihrer Politiker charakterisiert. Das hängt nicht zuletzt mit den Mentalitätsunterschieden, Empfindlichkeiten der sie dominierenden „Fraktionen“ der Intelligenz (der in der USP überwiegenden Intellektuellen der ersten Generation und des im BFD repräsentierten traditionellen Bildungsbürgertums) zusammen. (Von der diesbezüglichen sozialen Zusammensetzung dieser Parteien zeugt beispielsweise, daß in der USP der Anteil derer, die nicht aus Intellektuellenfamilien stammen, 80% betrug, während 1994 ca. 80% der Abgeordneten des BFD aus der Intelligenzschicht kamen. (Zsolt 1994))

Auf die 1994er Parlaments- und Kommunalwahlen folgten wichtige Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Verwaltungs-, aber auch in der ökonomischen und kulturellen Elite. Über deren Ausmaß wurden bisher leider wenig solide empirische Angaben veröffentlicht. Diese Veränderungen trugen einerseits sicherlich dazu bei, daß ein Teil der Klientel der ehemaligen Staatspartei, aber auch der ehemaligen „Demokratischen Opposition“, (wieder) in Macht- oder machtnahe Positionen gelangte. (Helybenjárás... 1997, S.8) Andererseits entstanden aber

inzwischen die wichtigsten Basisinstitutionen des neuen Systems, deutliche Verselbständigungstendenzen setzten in der Wirtschaft und in der Kultur ein, die die Möglichkeit der Rückkehr zu alten Elitenkonstellationen erheblich erschweren. Das bezieht sich auch auf die politische Sphäre, wo sich neben dem Institutionenwandel die Kriterien der Eliten-selektion, die Karrierewege und die ganze politische Transitionselite in einem solchen Ausmaß veränderten, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß die alte Struktur der politischen Elite auch nur annähernd adäquat reproduziert werden kann.

Obwohl die politische Rhetorik der Parteipolitiker oft als irrational überideologisiert bezeichnet und ihre gegenseitige Wahrnehmung durch viel Mißtrauen und Fehlperzeption charakterisiert werden können (Simon 1997, S.677), scheint der Prozeß der Elitenkonsolidierung in Ungarn sowohl auf institutioneller als auch mentaler Ebene weit vorangeschritten zu sein. Die Angehörigen der politischen Elite nehmen ihre gemeinsamen Interessen zunehmend bewußt wahr, wovon das im Jahre 1995 verabschiedete Mediengesetz (das die gemeinsame Kontrolle aller größeren Parteien über die Medien sichert) oder die neuesten Regelungen über das Vermögen der Parteien, ihre staatliche Finanzierung oder die Diätenerhöhung der Parlamentsabgeordneten zeugen. (Agh 1996a, S.30; Agh 1996c, S.9–10) In der Bewertung der Grundfragen der Systemtransformation kann man unter den relevanten politischen Akteuren sogar von einem fundamentalen Elitenkompromiß (*elite settlement*) sprechen (Burton/Higley 1987; Higley/Burton 1989, S.28; Burton/Gunther/Higley 1992, S.325), wodurch nach Meinung einer Reihe von Transformationsforschern die allgemeinen Demokratisierungs- und Konsolidierungschancen des Landes deutlich erhöht werden. (Baylis 1994, S.316)

Inzwischen entwickelte sich aber auch eine Vertrauenskrise gegenüber der politischen Elite. (Agh 1997a, S.28) Ein Teil der einst mit hohem moralischen Anspruch angetretenen Systemwechsel-Elite oder ihrer Nachfolger (in den Jahren 1990–94: ihr christlich-konservativer und ab 1994 ihr sozialistisch-liberaler Teil) ist nämlich in der Nähe der Macht und der Zentren der Privatisierung dabei, ihr während des Systemwechsels erworbenes „politisches Kapital“ in „ökonomisches“ und „kulturelles“ zu konvertieren. (Szalai 1996, S. 27; Lengyel 1996, S.177) Nicht zuletzt die diesen Prozeß begleitenden Korruptionsskandale und Parteifinanzie-

rungsaffären führen zu in unterschiedlichsten Meinungsumfragen dokumentierten niedrigen Vertrauenswerten der Bevölkerung gegenüber allen Akteuren, die zu der politischen Elite gezählt werden können.

Literatur:

- A Fővárosi Közgyűlés Almanachja 1990–1994 (1994), Budapest.
- Agh, Attila (1992): Kultúrharc és médiaháború (avagy hogyan beszéljünk európaiul?), in: *Mozgó Világ*, Nr.9.
- Agh, Attila (1996a): Az útkeresés éve, in: Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/ Vass, László (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 1995-ről*, Budapest.
- Agh, Attila (1996b): From Nomenclatura to Clientura. The Emergence of New Political Elites in East-Central Europe, in: Pridham, Geoffrey/Lewis, Paul G. (Hrsg.): *Stabilising Fragile Democracies. Comparing New Party Systems in Southern and Eastern Europe*, London, New York.
- Agh, Attila (1996c): The End of the Beginning: The Partial Consolidation of East Central European Parties and Party Systems, in: *Budapest Papers of Democratic Transition*, Nr.156.
- Agh, Attila (1997a): A félidős konfliktusok éve, in: Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/ Vass, László (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 1996-ról*, Budapest.
- Agh, Attila (1997b): Egy posztmodern ország esete a politikai elittel, in: *Mozgó Világ*, Nr.1.
- Agh, Attila/Kurtán, Sándor (1995): The 1990 and 1994 Parliamentary Elections in Hungary: Continuity and Change in the Political System, in: Agh, Attila/Kurtán, Sándor (Hrsg.): *Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament 1990–1994*, Budapest.
- Baylis, Thomas A. (1994): Plus Ca Change? Transformation and Continuity Among East European Elites, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Nr.3.
- Bod, Péter Akos (1996): Értelmiségi a politikában– Antall József miniszterelnöksége, in: *Valóság*, Nr.12.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Welt*2, Göttingen.
- Bozóki, András (1996a): Modernizációs ideológia és materialista politika: szocialisták szocializmus után, in: *Századvég*, Winter.
- Bozóki, András (1996b): Értelmiségiek a politikában, in: Bozóki, András: *Magyar panoptikum*, Budapest.
- Böröcz, József/Róna-Tas, Akos (1995): Small Leap Forward: Emergence of New Economic Elites, in: *Theory and Society*, October.
- Burton, Michael G./Higley, John (1987): Elite Settlements, in: *American Sociological Review*, June.

- Burton, Michael/Gunther, Richard /Higley, John (1992): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe: an Overview*, in: Higley, John/Gunther, Richard (Hrsg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge, New York, Port Chester, Melbourne, Sydney.
- Domány, András (1993): *A tények hasznossága. Az Országgyűlési Almanachban lapozgatva*, in: *Mozgó Világ*, Nr.6.
- Domány, András (1997): *Más ez a parlament? Tallózás az Országgyűlés Almanachjában*, in: *Mozgó Világ*, Nr.1.
- Eyal, Gil/Townsley, Eleanor (1995): *The Social Composition of the Communist Nomenclatura: A Comparison of Russia, Poland and Hungary*, in: *Theory and Society*, October.
- Fellegi, Tamás L. (1992): *Regime Transformation and the Mid-Level Bureaucratic Forces in Hungary*, in: Volten, Peter M.E. (Hrsg.): *Consolidating Democracy in East Central Europe*, New York, Prag.
- Fodor, Eva/Wnuk-Lipinski, Edmund/Yershova, Natasha (1995): *The New Political and Cultural Elite*, in: *Theory and Society*, October.
- Gazsó, Ferenc(1993): *Elitváltás Magyarországon*, in: *Társadalmi Szemle* Nr.5
- Gazsó, Ferenc (1996): *Volt egyszer egy állampárt*, in: *Társadalmi Szemle*, Nr.11.
- Gazsó, Ferenc (1997): *Nómenklátúra és törésvonalak*, in: *Társadalmi Szemle*, Nr.6.
- Glacßner, Gert-Joachim (1994): *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus*, Opladen.
- Gyurgyák, János (1994): *Valahol megint utat tévesztettünk...*, in: *2000*, Nr.9.
- Hankiss, Elemér (1989a): *A nagy koalíció avagy a hatalom konvertálása*, in: *Valóság*, Nr.2.
- Hankiss, Elemér (1989b): *Kelet-európai alternatívák*, Budapest.
- Helybenjárás és szabadesés* (1997), in: *Társadalmi Szemle*, Nr.2.
- Higley, John/Burton, Michael G. (1989): *The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns*, in: *American Sociological Review*, February.
- Higley, John/Kullberg, Judith/Pakulski, Jan (1996): *The Persistence of Postcommunist Elites*, in: *Journal of Democracy*, Nr.2.
- Kéri, László (1994): *Ungarische Politikertypen am Anfang der neunziger Jahre*, in: Berking, Helmuth/ Hitzler, Ronald/Neckel, Sighard (Hrsg.): *Politikertypen in Europa*, Frankfurt am Main.
- Kiss, József (Hrsg.) (1992): *Az 1990-ben megválasztott Országgyűlés Almanachja*, Budapest.
- Kiss, József (Hrsg.) (1996): *Az 1994-ben megválasztott Országgyűlés Almanachja*, Budapest.

- Kolosi, Tamás/Sági, Matild (1996): Rendszerváltás és társadalomszerkezet, in: Andorka, Rudolf/Kolosi, Tamás/Vukovich, György (Hrsg.): Társadalmi Riport 1996, Budapest.
- Kolosi, Tamás (1997): „Ha a politika békén hagyná a gazdaságot...” (Interview, geführt von Bossányi, Katalin), in: *Mozgó világ*, Nr.7.
- Konrád, György/Szelényi, Iván (1981): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt am Main.
- Kovách, Imre (1996): Economic Elite in Russia, Poland and Hungary. Property and Social Origin, in: Working Papers of Political Science, Institute for Political Science of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest.
- Kovács, Eva (1994): A rendszerváltók almanachja. Képviselői (ön)életrajzok, in: *Világosság*, Nr.4.
- Kovács, János Mátyás (1996): Haider in Ungarn. Notizen zum postmodernen Populismus, in: *Transit*, Nr.11.
- Körösényi, András (1996): Nomenklatura és vallás- törésvonalak és pártrendszer Magyarországon, in: *Századvég*, nyár.
- Körösényi, András (1997): Nomenklatura és törésvonal, in: *Társadalmi Szemle*, Nr.2.
- Lengyel, György (1992): A gazdasági elit a 80-as években és az átmenet időszakában, in: Andorka, Rudolf/ Kolosi, Tamás/ Vukovich, György (Hrsg.): Társadalmi riport 1992, Budapest.
- Lengyel, György (1995): A magyar gazdasági elit a kilencvenes évek első felében, in: Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/ Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve, Budapest.
- Lengyel, László (1996): A rendszerváltó elit tündöklése és bukása, Budapest.
- Machos, Csilla (1993): FIDESZ- der Bund Junger Demokraten. Zum Porträt einer Generationenpartei in Ungarn, in: *Südosteuropa*, Nr.1.
- Machos, Csilla (1997): Elitenbildung und Elitenwandel in der Ungarischen Sozialistischen Partei (1989–1996), in: *Südosteuropa*, Nr.1.
- Machos, Csilla/Segert, Dieter (1995): Überraschende politische Erfolge postkommunistischer Parteien in Deutschland und Ungarn: Parallelen und Unterschiede, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation, WZB-Jahrbuch, Berlin.
- Mánicke-Gyöngyösi, Krisztina (1994): Alte und neue Machteliten in Ostmitteleuropa, in: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft, Potsdam.
- Pataki, Ferenc (1991): A rendszerváltás parlamentje. Szociálpszichológiai jegyzetek, in: *Társadalmi Szemle*, Nr.1.
- Róna-Tas, Akos (1991): The Selected and the Elected: The Making of the New Parliamentary Elite in Hungary, in: *East European Politics and Societies*, Nr.3.

- Róna-Tas, Akos (1992): FIDESZ- MI DESZ? Nemzedékek és pártok, in: Bozóki, András (Hrsg.): Tiszta lappal. A FIDESZ a magyar politikában. Budapest.
- Segert, Dieter/Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa – Kontext und Akteure, Opladen.
- Simon, János (1990): Vajúdnak a hegyek... Az MSZMP apparátusi csúcsvezetés politikai orientációinak összehasonlítása az országos állampolgári mintával, in: Bruszt, László/ Simon, János: A lecsendesített többség, Budapest.
- Simon, János (1997): Kifelé integráció, befelé dezintegráció? A politikai elitcsoportok viszonya az európai integrációhoz és egymáshoz, in: Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/ Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1996-ról, Budapest.
- Sipos, József (1996): Zur Entstehung der Reformkreis-Bewegung innerhalb der MSZMP , in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin.
- Stark, David: (1992): Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe, in: East European Politics and Societies, Winter.
- Sugatagi, Gábor (1994): Politikus-kiválasztódás, politikuskarrierék, in: Politikatudományi Szemle, Nr.4.
- Sükösd, Miklós/ S. Ráduly, János (1995): Kultúrharc és harckultúra, in: Valóság, Nr.5.
- Szalai, Erzsébet (1989): Az új elit, in: Beszélő. Összkiadás 1987–1989, III.
- Szalai, Erzsébet (1994): Utelágazás. Hatalom és értelmiség az államszocializmus után, Budapest-Szombathely.
- Szalai, Erzsébet (1996): Az elitek átváltozása, Budapest.
- Szalai, Erzsébet (1997): A bünbakképzés anatómiája, in: Mozgó Világ, Nr.1.
- Szelényi, Iván/Konrád, György (1992): Értelmiség és dominancia a posztkommunista társadalmakban, in: Politológiai Szemle, Nr. 1.
- Szelényi, Iván/Szelényi, Szonja (1991): Az elit cirkulációja? A társadalmi szerkezet változásai Közép-Európában a posztkommunizmusra való átmenet korában, in: Kritika, Nr.10.
- Szelényi, Iván/Szelényi, Szonja (1995): Circulation or Reproduction of Elites During the Postcommunist Transformation of Eastern Europe, in: Theory and Society, October.
- Szelényi, Szonja/Szelényi, Iván/Kovács, Imre (1995): The Making of the Hungarian Postcommunist Elite: Circulation in Politics, Reproduction in the Economy, in: Theory and Society, October.
- Tökés, Rudolf L. (1990): Hungary's New Political Elites: Adaptation and Change, 1989–90, in: Problems of Communism, Nov–Dec.
- Tökés, Rudolf L. (1996): Hungary's Negotiated Revolution: Economic Reform, Social Change, and Political Succession, 1957–1990, Cambridge.

- Tölgyessy, Péter (1996): Elégedetlenségek egyensúlya, in: Népszabadság, 27.4.**
- Utasi, Agnes (1996): Lifestyles, Contact Capital and Hungary's Elite, in: Working Papers of Political Science N6, Institute for Political Science of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest.**
- Várhegyi, Eva (1996): Bankvezetők kiválasztása a nyolcvanas-kilencvenes években Magyarországon, in: Szociológiai Szemle, Nr.3-4.**
- Weber, Max (1987): Politik als Beruf, Berlin.**
- Zsolt, Péter (1994): Tapogatózások a parlamentről, in: Népszabadság, 9.7.**

Verzeichnis der Autoren

Prof. Dr. Fikret Adanır (Ruhr-Universität Bochum)

Dr. Mile Bjelajac (Institut für Moderne Serbische Geschichte, Belgrad)

Dr. Rumen Dimitrov (Universität „Sv. Kliment Ochridski“, Sofia)

Dr. Anneli Ute Gabanyi (Südost-Institut München)

Dr. Maria Georgieva (Bulgarische Akademie der Wissenschaften Sofia)

Anila Habibi (Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Universität Leipzig)

Irina Livezeanu (Department of History, University of Pittsburgh)

Dr. Csilla Machos (Humboldt-Universität Berlin)

Fanny Papoulia (Freie Universität Berlin)

Dr. Juliana Roth (München)

Prof. Dr. Anton Sterbling (Universität der Bundeswehr Hamburg)

Dr. Dubravka Stojanović (Universität Belgrad)

Prof. Dr. Holm Sundhaussen (Freie Universität Berlin)

Dr. Mihai Sorin Rădulescu (Historische Fakultät der Universität Bukarest)

Dr. Nenad Zakošek (Universität Zagreb)

Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Eine vollständige Liste der bisher von der SOG herausgegebenen Publikationen ist über die Geschäftsstelle, Widenmayerstraße 49, D-80538 München, zu beziehen.

SÜDOSTEUROPA-JAHRBÜCHER

- Band 27: **Sprache und Politik: Die Balkansprachen in Vergangenheit und Gegenwart.** Hrsg. von Helmut Schaller. 348 S., München 1996. (DM 76,-)
- Band 28: **Religion und Gesellschaft in Südosteuropa.** Hrsg. von Hans-Dieter Döpman. 310 S., München 1997. (DM 76,-)
- Band 29: **Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart.** Hrsg. von Wolfgang Höpken und Holm Sundhaussen. 357 S., München 1998. (DM 80,-)

SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

- Band 54: **Transition to a Market Economy at the End of the 20th Century. Übergang zur Marktwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts.** Hrsg. von Ivan T. Berend. 272 S., München 1994. (DM 48,-)
- Band 55: **Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration.** Hrsg. von Nikolaus Wenturis. 237 S., München 1994. (DM 48,-)
- Band 57: **Long-Term Structural Changes in Transforming Central & Eastern Europe (The 1990s).** Hrsg. von Iván T. Berend. 195 S., München 1997. (DM 38,-)
- Band 58: **Germany and Southeastern Europe - Aspects of Relations in the Twentieth Century. Deutschland und Südosteuropa - Aspekte der Beziehungen im Zwanzigsten Jahrhundert.** Hrsg. von Roland Schönfeld. 209 S., München 1997. (DM 38,-)
- Band 59: **Migration und sozioökonomische Transformation in Südosteuropa.** Hrsg. von Wilfried Heller. 326 S., München 1997. (DM 58,-)
- Band 60: **Die Staaten Südosteuropas und die europäisch-atlantischen Strukturen. Eine Bestandsaufnahme.** Hrsg. von Hansjörg Brey und Günther Wagenlehner. 287 S., München 1997. (DM 54,-)
- Band 61: **Redefining Southeastern Europe: Political Challenges and Economic Opportunities.** Hrsg. von Theofanis G. Stavrou und John R. Lampe. 283 S., München 1998. (DM 52,-)
- Band 62: **Romania: Migration, Socio-economic Transformation and Perspectives of Regional Development.** Hrsg. von Wilfried Heller. 342 S., München 1998. (DM 62,-)

SÜDOSTEUROPA AKTUELL

- Heft 20: **Beiträge zur Stabilisierung Südosteuropas aus deutscher und griechischer Sicht.** Hrsg. von Heinz-Jürgen Axt. 296 S., München 1995. (DM 32,-)
- Heft 21: **Der Donauverkehr: Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.** Hrsg. von Werner Gumpel. 154 S., München 1996. (DM 18,-)
- Heft 22: **Aktuelle Umweltprobleme in Südosteuropa.** Hrsg. von Frank-Dieter Grimm. 152 S., München 1996 (DM 18,-)
- Heft 23: **Cyprus and the European Union. New Chances for Solving an Old Conflict?** Hrsg. von Heinz-Jürgen Axt und Hansjörg Brey. 257 S., München 1997. (DM 30,-)
- Heft 24: **Problems of Privatization in Bulgaria.** Hrsg. von Bruno Schönfelder. 95 S., München 1997. (DM 14,-)

- Heft 25: **Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch.** Hrsg. von Frank-Dieter Grimm und Klaus Roth. 277 S., München 1997. (DM 34,-)
- Heft 26: **Strukturwandel in Europa - Südosteuropa, Ruhrgebiet und Reform der EU-Strukturpolitik.** Hrsg. von Heinz-Jürgen Axt. 288 S., München 1997. (DM 34,-)
- Heft 27: **Bulgarien - ein Jahr nach dem Regierungswechsel.** Hrsg. von Gernot Erler und Johanna Deimel. 157 S., München 1998. (DM 20,-).
- Heft 28: **Grenzen und Grenzregionen in Südosteuropa.** Hrsg. von Frank-Dieter Grimm. 154 S., München 1998. (DM 20,-)

AUS DER SÜDOSTEUROPA-FORSCHUNG

- Band 1: **Fünf Jahre nach der Wende - Bilanz in Mittel- und Südosteuropa.** Hrsg. von Roland Schönfeld. 240 S., München 1995. (DM 26,-)
- Band 2: **Südosteuropa-Veröffentlichungen aus der Bundesrepublik Deutschland 1989-1993.** Hrsg. von Gerhard Grimm; zusammengestellt von Filip Hlušička. 175 S., München 1996. (DM 22,-)
- Band 3: **100 Jahre Rumänistik an der Universität Leipzig.** Hrsg. von Klaus Bochmann und Sabine Krause. 165 S., München 1996. (DM 22,-)
- Band 4: **Rumänien und die deutsche Klassik.** Hrsg. von Eva Behring. 206 S., München 1996. (DM 24,-)
- Band 5: **Tendenzen der kroatischen Gegenwartsliteratur.** Hrsg. von Josip Matešić. 131 S., München 1996. (DM 20,-)
- Band 6: **Das Ungarnbild in Deutschland und das Deutschlandbild in Ungarn.** Hrsg. von Holger Fischer. 140 S., München 1996. (DM 20,-)
- Band 7: **Deutschland und die Türkei - Gemeinsame Interessen in Europa, im Mittleren Osten und in Mittelasien.** Hrsg. von Werner Gumpel. 103 S., München 1996. (DM 18,-)
- Band 8: **Konfliktregion Südosteuropa - Vergangenheit und Perspektiven.** Hrsg. von Wilfried Potthoff. 182 + VII S., München 1997. (DM 26,-)
- Band 9: **Frauen in Südosteuropa.** Hrsg. von Anneli Ute Gabanyi und Hans Georg Majer. 115 S., München 1998. (DM 20,-)

SÜDOSTEUROPA-SCHRIFTEN

- Band 18: **Südosteuropa - Kontinuität und Wandel. Ausgewählte Beiträge von Roland Schönfeld.** Hrsg. von Walter Althammer und Hansjörg Brey. 432 S., München 1995. (DM 78,-)
- Band 20: **Das Karpatenbecken und die osteuropäische Steppe.** Hrsg. von Bernhard Hänsel und Jan Machnik. 560 S., München • Rahden/Westf. 1998. (DM 149,80)

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

- Frieden oder Krieg auf dem Balkan? - Dayton und die Folgen.** Reader zu einer Diskussionsveranstaltung am 18.6.1996 in Köln. Hrsg. von Dietrich Schlegel. Deutsche Welle. 120 S., Köln 1996. (kostenlos)
- Die Lage im Kosovo.** Reader zu einer Diskussionsveranstaltung am 28.5.1998 in Köln. Hrsg. von Dietrich Schlegel. Deutsche Welle. 90 S., Köln 1998. (kostenlos)